



NOUVEAU RECUEIL
DE
T R A I T É S
d'Alliance, de Paix, de Trêve, de Neutralité,
de Commerce, de Limites, d'Echange etc. et de
plusieurs autres actes servant à la connoissance
des relations étrangères
des Puissances et Etats
DE L'EUROPE

TANT DANS LEUR RAPPORT MUTUEL
QUÉ DANS CELUI ENVERS LES PUISSANCES
ET ETATS DANS D'AUTRES PARTIES DU GLOBE
depuis 1808 jusqu'à présent.

*Tiré des copies publiées par autorité, des meilleures collections
particulières de traités et des auteurs les plus estimés.*

PAR
G E O. F R É D. D E M A R T E N S
continué par
F R É D É R I C S A A L F E L D.

Volume supplémentaire au V^{ème} Tome.
1815 — 1822.



À GOTTINGUE,
DANS LA LIBRAIRIE DE DIETERICH.

1 8 2 9.

JX

142

165

7.50



AVANT - PROPOS.

Le neuvième tome du supplément du recueil de traités, ou le cinquième tome du nouveau recueil, publié par Mr. le Baron Charles de Martens, étant incomplet, l'éditeur actuel a cru devoir y ajouter un volume supplémentaire, contenant une collection assez intéressante de traités et de conventions qui ne se trouvent pas dans l'ouvrage dont il vient de parler. Ce n'est pas que le soussigné veuille prétendre que le recueil qu'il a fait lui-même est complet, mais il tâchera du moins de le rendre aussi peu defectueux que possible. Pour faciliter les recherches dans le neuvième (cinquième) tome et dans ce volume

supplémentaire, il a jugé à propos de fondre ensemble les tables de matières de ces deux volumes, surtout comme les tables qui se trouvent à la suite du volume publié par Mr. le Baron Charles de Martens sont peu exactes. Le onzième tome (le septième du nouveau recueil) qui comprendra les années de 1827 et de 1828, paroîtra incessamment.

Gottingue
ce 20 Mars
1829.

FR. SAALFELD.

1.

*Convention entre la Prusse et la Saxe 1815
royale concernant les billets de caisse, signée
à Dresde le 25 Novembre 1815.*

(Gesetzsammlung für das Königreich Sachsen. 1819.
Nr. 19. III. pag. 343.)

In Folge des, zwischen Ihre Königlichen Majestäten von Sachsen und von Preussen, am 18ten May d. J. zu Wien abgeschlossenen Friedenstractats, ist, zu näherer Bestimmung des, den Punct der Cassenbilletts betreffenden 11ten Artikels, und der diesfallsigen Auseinandersetzung, unter Vermittelung des mit unterzeichneten Kaiserl. Königl. Oesterreichischen Herrn Commissarii, von den unterzeichneten beiderseitigen Friedensvollziehungs - Commissarien, vermöge der ihnen ertheilten und gegen einander ausgewechselten Vollmachten, nachstehende Uebereinkunft, in Gemäfsheit der deshalb erhaltenen Instructionen, verabredet und abgeschlossen worden.

1. Da Ihre Majestät der König von Preussen in vorerwähntem 11ten Friedensartikel das, unter dem Namen Cassenbilletts bekannte Papier, ausdrücklich als zu denjenigen Landesschnulden gehörig anerkannt haben, welche nach den, durch den 9ten Art. festgestellten Grundsätzen vertheilt werden sollen, die beiderseitigen Commissarien sich jedoch nicht darüber vereinigen können, zu welcher Gattung der, im letztern Artikel, theils als fundirt, theils als nicht fundirt bezeichneten Schulden die Cassenbilletts zu rechnen sein möchten, indem man Königl. Sächs. Seits solche als unfundirt betrachten, und nach dem

1815 Maasstabe der gesammten fiscalischen Einkünfte abtheilen zu müssen behauptet, Königl. Preufs. Seits hingegen sie, zu Folge der deshalb erlassenen Edicte, für auf die Landaccis - Einkünfte fundirt halten, und deren Abtheilung nach dem Verhältniß, in welchem die nurgedachten Einkünfte auf jeden der beiden Landestheile fallen, bewirkt wissen wollen, auch der eigentliche Betrag der gegenseitig verschieden angenommenen beiderlei Einkünfte zur Zeit genau nicht anzumitteln gewesen, so hat man, zu Beschleunigung dieser für beide Theile so dringenden Angelegenheit, sich, auf diesfallsigen Vorschlag des obgenannten Kaiserl. Oesterreichischen Herrn Vermittelungs-Commissarii, über gewisse Durchschnittssummen vereinigt, und nach fernern darüber gepflogenen Unterhandlungen dahin verglichen, daß Ihre Königl. Majestät von Preussen von den für das Königreich Sachsen nach und nach creirten Cassenbilletts an 5 Millionen Thaler, die Vertretung einer Aversional-Summe von Einer Million Achtmalhundert und Zehn Tausend Thalern übernehmen.

2. Die vorgedachte Abtheilung geschieht dergestalt, daß Ihre Königl. Majestät von Preussen von den aus drei Classen bestehenden, mit dem Buchstaben A., zu 1 Thlr. mit B., zu 2 Thlr. und mit C., zu 5 Thlr. bezeichneten Cassenbilletts auf das Herzogthum Sachsen die ganze Classe von 1 Thlr. mit A. bezeichnet, welche die Summe von 1.750.000 Thlr. beträgt, und von 1. bis 1.750.000. numerirt ist, überwiesen wird, dem Königreiche Sachsen hingegen die Cassenbilletts bezeichnet mit B. zu 2 Thlr. und mit C. zu 5 Thlr., wovon die erstere Classe auf die Summe von 2.000.000 Thlr., die zweite auf 1.250.000 Thlr. sich beläuft, verbleiben, und sonach jeder Theil die ihm zufallenden Summen zu vertreten hat. Da aber die Cassenbilletts mit dem Buchstaben A. bezeichnet, zu 1 Thlr. nur die Summe von 1.750.000 Thlr. ausmachen, so wird man Königl. Preufs. Seits, zu Erfüllung der auf das Herzogthum Sachsen übernommenen 1.810.000 Thlr. der Königl. Sächs. Regierung annoch die Summe von Sechszig Tausend Thalern in den dem Königreiche Sachsen verbleibenden Cassenbilletts unter den Buchstaben B. und C. (von bei-

den Classen. soviel möglich in gleichem Verhältniß) 1815 binnen 6 Wochen von dato an, herauszahlen.

3. Sollte sich bei der, durch die nach Leipzig abgeordnete gemeinschaftliche Commission angestellten Erörterung ergeben, daß nicht die vollen 5 Millionen Thaler Cassenbillets bis zum 5ten Junius d. J. wirklich emittirt gewesen; so gehet der Betrag der nicht emittirten Cassenbillets beiden Theilen an der übernommenen Summe, nach dem oben Art. 1. bestimmten Verhältniß zu Gute.

4. In Rücksicht der etwa vernichteten, oder verloren gegangenen Cassenbillets findet keine gegenseitige Abrechnung Statt, sondern es kommen jedem Theile diejenigen Cassenbillets zu Gute, welche an den von ihm übernommenen Buchstabenclassen fehlen.

5. Sämmtliche jetzt vorrätliche Platten, und Stempelungszubehör zu Fertigung der gegenwärtig mit dem Buchstaben A. zu 1 Thlr. coursirenden Cassenbillets werden unverzüglich den, zu gemeinschaftlicher Erörterung der Cassenbilletsangelegenheiten, nach Leipzig abzusendenden Königl. Preuss. Commissarien ausgeantwortet, und man wird Königl. Sächs. Seits, durch Vorlegung der betreffenden Acten und Nachrichten, die erforderliche Nachweisung geben, wie viel Platten von diesem Buchstaben gefertigt worden sind. Die Platten und übrigen Geräthschaften zu den Cassenbillets der Buchstaben B. und C. verbleiben dem Königreiche Sachsen.

6. Eben dieses ist auch in Absicht der etwa vorhandenen Brouillons von den vorerwähnten verschiedenen Classen der Cassenbillets zu beobachten.

7. Bis zum 31sten Decbr. d. J. werden die beiderseitigen Cassenbillets in den öffentlichen Cassen beider Landestheile noch, wie bisher, ohne Unterschied angenommen.

8. Innerhalb Vierzehn Tagen nach Ablauf dieses Termins kann jede Regierung den Gesamtbetrag der bei besagten Cassen anjetzo vorhandenen, und bis zu dem bemeldeten Zeitpuncte auf jeder Seite annoch eingehenden Cassenbillets des andern Theils, der jenseitigen Regierung anzeigen, und die Aus-

1845 tanschung dieser in Händen habenden Summe gegen Cassenbillets seines Antheils verlangen. Mit diesem Austausch wird sogleich der Anfang gemacht, und derselbe soll, insoweit diese Summen sich gegenseitig decken, bis zum 31sten Januar künftigen Jahres vollendet werden.

9. Das Maximum der Summe, welches die eine Regierung zum Austausch an die andere bringen darf, soll indeß in keinem Falle mehr als Siebenmal Hundert Tausend Thaler betragen; jedoch sind die aus Processen, Vormundschafts- Erbschafts- und dergleichen Rechtssachen herrührende gerichtliche Deposita, so wie die Cautionen, die in Cassenbillets bestellt, und an Preussen herauszuzahlen sind, unter der nurgedachten Summe nicht mit begriffen.

10. Der Ueberschuß, welchen die eine Regierung mit Cassenbillets der andern bis zum 31sten Januar k. J. nicht ausgleichen kann, wird entweder in Preussischen oder Sächsischen Staatspapieren, (die Sächsischen unzinbaren Staatspapiere ausgenommen,) oder in Cassenbillets desjenigen Theils, der zu empfangen hat, in sechswöchentlichen Terminen herausgezahlt, und es werden diese terminlichen Zahlungen im ersten Fall jedesmal mit 100,000 Thlr., und im letztern Fall mit 50,000 Thlr. geleistet. Frühere Zahlungen stehen jeder Regierung frei, und es hängt von derjenigen Regierung, die zu zahlen hat, ab, welches der obigen Zahlungsmittel sie anwenden will. Die Staatspapiere und Cassenbillets werden hierbei nach ihrem Nennwerthe gerechnet.

11. Beide Regierungen, die Königl. Sächs. und Königl. Preuss. machen sich gegen einander anheischig, und jede wird durch öffentliche Bekanntmachung verbindlich erklären, daß sie binnen einer Frist von vier Monaten von Abschluß dieser Uebereinkunft an, keine Maasnehmung, wodurch der Umlauf der Cassenbillets gegen die bisherigen Fälle beschränkt würde, und ihrem Credit ein Nachtheil entstehen könnte, ergreifen, mithin insbesondere keine Beschränkung in Rücksicht der Annahme der Cassenbillets ihres Antheils in den öffentlichen Cassen, gegen die bis zum 5ten Junius d. J. hierunter gesetzlich bestanden Bestimmungen, verfügen werde.

12. Die im 9ten Artikel erwähnten Deposita und Cautionen, welche in Cassenbilletts erlegt und bestellt worden sind, können binnen dem, Art. 7. festgesetzten Zeitraum, in derjenigen Gattung von Cassenbilletts zurückgegeben werden, in welchen sie eingeliefert worden, nach Verlauf dieser Frist aber müssen sie gegenseitig nur in solchen Cassenbilletts herausgezahlt werden, die derjenigen Regierung angehören, welcher die Depositen und Cautionen zurückzuliefern sind.

13. Es versteht sich von selbst, daß nur ächt befundene Cassenbilletts gegenseitig angenommen und ausgetauscht werden.

14. Zu den Hauptauswechslungs-Orten von Seiten der beiden Regierungen sind die Städte Dresden und Merseburg festgesetzt, und zu Erleichterung des Transports gestehen sich beide Theile gegenseitig die Portofreiheit wegen der auszutauschenden Cassenbilletts zu.

15. Hiernächst verpflichten sich annoch beiderseitige Regierungen, da die, in Verfolg des 11ten Artikels des Friedenstractats bisher Statt gehabte gemeinschaftliche Discontirung mit Ende dieses Monats aufhört, wenigstens bis zu dem im 8ten Art. bemerkten Termine des 31sten Januars künftigen Jahres, in ihrem Antheil für die Cassenbilletts desselben, eine oder mehrere Disconto-Cassen zu unterhalten, und dazu nach dem Maasstabe der auf jeden Antheil übernommenen Cassenbilletts, mindestens eine, zu dem, was in der letztern Zeit für den Gesammbetrag der Cassenbilletts ist verwendet worden, im Verhältniß stehende Summe monatlich aufzuwenden.

16. Alle sonstige Maasregeln, welche zur Hebung und Befestigung des Credits der Cassenbilletts im Königreiche sowohl, als im Herzogthum Sachsen gereichen können, bleiben der Willkühr der beiderseitigen Regierungen unbeschränkt vorbehalten.

17. Uebrigens behält man sich Königl. Preuss. Seits seine Gerechtsame an die gesammten Fonds der Hauptauswechslungs- und der Discontocasse, soviel dergleichen, nach Abzug der etwanigen Schulden einer jeden Casse vorhanden sind, ingleichen auf die, bei Stiftung der Discontocasse, zur Sicherheit derselben und der Actionairs eingelegten Summen,

1815 vor; wogegen auch, ohne an der Berechtigung zu diesem Vorbehalte irgend etwas einzuräumen, die Königl. Sächs. Regierung sich gleichergestalt alle Gerechtsame an den besagten Fonds und eingelegten Summen reservirt.

18. Vor völlig getroffener Einigung über sothane Cassen, kann weder bei der einen, noch der andern einseitig von einem Theil über die Fonds verfügt werden.

19. Gegenwärtige Uebereinkunft, soweit sie zur Kenntniß des Publicums geeignet, und nöthig ist, wird auf das schleunigste in beiden Landestheilen durch die öffentlichen Blätter bekannt gemacht.

Zu Urkund dessen haben sowohl der K. K. Herr Vermittelungs-Commissarius, als die beiderseitigen Bevollmächtigten diese Convention unterzeichnet und besiegelt.

So geschehen zu Dresden, am 25ten Nov. 1815.

SPIEGEL ZUM DIESENBERG, VON GLOBIG.
K. K. Vermittelungs-Commissair. VON BÜNAU.

GÜNTHER.

VON WATZDORF.

Freiherr v. GAUDI.

FRIESE.

2.

1816 *Traité de paix et d'amitié, conclu entre les Etats-Unis de l'Amérique septentrionale et le Dey et la Regence d'Alger et signé à Alger le 22 et le 23 Décembre 1816; ratifié par le président des Etats-Unis le 11 Février 1822.*

(Acts passed at the first session of the seventeenth congress of the United-States. pag. 117.)

The President of the United States and the Dey of Algiers, being desirous to restore and maintain, upon

a stable and permanent footing, the relations of 1816 peace and good understanding between the two powers, and for this purpose to renew the treaty of peace and amity which was concluded between the two states by William Shaler and commodore Stephen Decatur, as commissioners plenipotentiary on the part of the United States, and his Highness Omar Bashaw, Dey of Algiers, on the 30th of June, 1815.

The President of the United States having subsequently nominated and appointed, by commission, the above named William Shaler, and Isaac Chauncey, commodore and commander in chief of all the naval forces of the United States in the mediterranean, commissioners plenipotentiary to treat with his Highness the Dey of Algiers, for the renewal of the treaty aforesaid; and they have concluded, settled, and signed, the following articles:

ART. I. There shall be, from the conclusion of this treaty, a firm, perpetual, inviolable, and universal, peace and friendship between the President and citizens of the United States of America, on the one part, and the Dey and subjects of the Regency of Algiers, in Barbary, on the other, made by the free consent of both parties, and on the terms of the most favored nations: And if either party shall hereafter grant to any other nation any particular favor or privilege in navigation or commerce, it shall immediately become common to the other party; freely, when freely it is granted to such other nations; but when the grant is conditional, it shall be at the option of the contracting parties to accept, alter, or reject, such conditions, in such manner, as shall be most conducive to their respective interests.

ART. II. It is distinctly understood between the contracting parties, that no tribute, either as biennial presents, or under any other form or name whatever, shall be required by the Dey and Regency of Algiers from the United States of America, on any pretext whatever.

ART. III. [Relates to the mutual restitution of prisoners and subjects, and has been duly executed.]

1816 ART. IV. [Relates to the delivery, into the hands of the Consul General, of a quantity of Bales of Cotton, etc. and has been duly executed.]

ART. V. If any goods belonging to any nation with which either of the parties are at war, should be loaded on board vessels belonging to the other party, they shall pass free and unmolested, and no attempt shall be made to take or detain them.

ART. VI. If any citizens or subjects, belonging to either party, shall be found on board a prize vessel taken from an enemy by the other party, such citizens or subjects shall be liberated immediately, and in no case, or on any pretence whatever, shall any American citizen be kept in captivity or confinement, or the property of any American citizen found on board of any vessel belonging to any nation with which Algiers may be at war, be detained from its lawful owners after the exhibition of sufficient proofs of American citizenship and American property, by the consul of the United States residing at Algiers.

ART. VII. Proper passports shall immediately be given to the vessels of both the contracting parties, on condition that the vessels of war belonging to the Regency of Algiers, on meeting with merchant vessels belonging to the citizens of the United States of America, shall not be permitted to visit them with more than two persons besides the rowers; these only shall be permitted to go on board without first obtaining leave from the commander of said vessel, who shall compare the passports, and immediately permit said vessel to proceed on her voyage; and should any of the subjects of Algiers insult or molest the commander, or any other person on board a vessel so visited, or plunder any of the property contained in her, on complaint being made to the consul of the United States residing in Algiers, and on his producing sufficient proofs to substantiate the fact, the commander or rais of said Algerine ship or vessel of war, as well as the offenders, shall be punished in the most exemplary manner.

All vessels of war belonging to the United States of America, on meeting a cruiser belonging to

the Regency of Algiers, on having seen her pas- 1816
ports and certificates from the consul of the United
States residing in Algiers, shall permit her to pro-
ceed on her cruise unmolested, and without deten-
tion. No passport shall be granted by either party
to any vessels, but such as are absolutely the pro-
perty of citizens or subjects of the said contracting
parties, on any pretence whatever.

ART. VIII. A citizen or subject of either of the
contracting parties having bought a prize vessel con-
demned by the other party, or by any other nation,
the certificates of condemnation and bill of sale
shall be a sufficient passport for such vessel for six
months; which, considering the distance between
the two countries, is no more than a reasonable
time for her to procure passports.

ART. IX. Vessels of either of the contracting
parties putting into the ports of the other, and
having need of provisions or other supplies, shall
be furnished at the market price; and if any such
vessel should so put in from a disaster at sea, and
have occasion to repair, she shall be at liberty to
land and re-embark her cargo, without paying any
customs or duties whatever; but in no case shall
be compelled to land her cargo.

ART. X. Should a vessel of either of the con-
tracting parties be cast on shore within the territo-
ries of the other, all proper assistance shall be given
to her and her crew; no pillage shall be allowed;
the property shall remain at the disposal of the
owners; and, if reshipped on board of any vessel for
exportation, no customs or duties whatever shall be
required to be paid thereon, and the crew shall be
protected and succored until they can be sent to
their own country.

ART. XI. If a vessel of either of the contracting
parties shall be attacked by an enemy within can-
non-shot of the forts of the other, she shall be
protected as much as is possible. If she be in port,
she shall not be seized or attacked, when it is in
the power of the other party to protect her; and
when she proceeds to sea, no enemy shall be per-

1816 mitted to pursue her from the same port within twenty-four hours after her departure.

ART. XII. The commerce between the United States of America and the Regency of Algiers, the protections to be given to merchants, masters of vessels, and seamen, the reciprocal rights of establishing consuls in each country, the privileges, immunities, and jurisdictions, to be enjoyed by such consuls, are declared to be on the same footing, in every respect, with the most favored nations, respectively.

ART. XIII. The consul of the United States of America shall not be responsible for the debts contracted by the citizens of his own country, unless he gives previously written obligations so to do.

ART. XIV. On a vessel or vessels of war belonging to the United States anchoring before the city Algiers, the consul is to inform the Dey of her arrival, when she shall receive the salutes which are, by treaty or custom, given to the ships of war of the most favored nations on similar occasions, and which shall be returned gun for gun; and if, after such arrival, so announced, any Christians whatever, captives in Algiers, make their escape and take refuge on board any of the said ships of war, they shall not be required back again, nor shall the consul of the United States or commander of the said ship be required to pay any thing for the said Christians.

ART. XV. As the government of the United States has, in itself, no character of enmity, against the laws, religion, or tranquillity, of any nation, and as the said states have never entered into any voluntary war, or act of hostility, except in defence of their just rights on the high seas, it is declared, by the contracting parties, that no pretext arising from religious opinions shall ever produce an interruption of the harmony between the two nations; and the consuls and agents of both nations shall have liberty to celebrate the rites of their respective religions in their own houses.

The consuls respectively, shall have liberty and personal security given them to travel within the

territories of each other by land and sea, and shall not be prevented from going on board any vessel they may think proper to visit; they shall likewise have the liberty to appoint their own drogoman and broker. 1816

ART. XVI. In case of any dispute arising from the violation of any of the articles of this treaty, no appeal shall be made to arms, nor shall war be declared on any pretext whatever; but if the consul residing at the place where the dispute shall happen, shall not be able to settle the same, the government of that country shall state their grievance in writing, and transmit the same to the government of the other, and the period of three months shall be allowed for answers to be returned, during which time no act of hostility shall be permitted by either party; and in case the grievances are not redressed, and a war should be the event, the consuls, and citizens, and subjects, of both parties, respectively, shall be permitted to embark with their effects unmolested, on board of what vessel or vessels they shall think proper, reasonable time being allowed for that purpose.

ART. XVII. If, in the course of events, a war should break out between the two nations, the prisoners captured by either party shall not be made slaves; they shall not be forced to hard labor, or other confinement than such as may be necessary to secure their safe keeping, and shall be exchanged rank for rank; and it is agreed that prisoners shall be exchanged in twelve months after their capture; and the exchange may be effected by any private individual legally authorized by either of the parties.

ART. XVIII. If any of the Barbary powers, or other states at war with the United States, shall capture any American vessel and send her into any port of the Regency of Algiers, they shall not be permitted to sell her, but shall be forced to depart the port on procuring the requisite supplies of provisions; but the vessels of war of the United States, with any prizes they may capture from their enemies, shall have liberty to frequent the ports of Algiers for refreshment of any kind, and to sell

1816 such prizes in the said ports, without paying any other customs or duties than such as are customary on ordinary commercial importations.

ART. XIX. If any of the citizens of the United States, or any persons under their protection, shall have any disputes with each other, the consul shall decide between the parties; and whenever the consul shall require any aid or assistance from the government of Algiers to enforce his decision, it shall be immediately granted to him; and if any disputes shall arise between any citizens of the United States and the citizens or subjects of any other nations having a consul or agent in Algiers, such disputes shall be settled by the consuls or agents of the respective nations; and any disputes or suits of law that may take place between any citizens of the United States and the subjects of the Regency of Algiers, shall be decided by the Dey in person, and no other.

ART. XX. If a citizen of the United States should kill, wound, or strike, a subject of Algiers, or, on the contrary, a subject of Algiers should kill, wound, or strike, a citizen of the United States, the law of the country shall take place, and equal justice shall be rendered, the consul assisting at the trial; but the sentence of punishment against an American citizen shall not be greater or more severe than it would be against a Turk in the same predicament; and if any delinquent should make his escape, the consul shall not be responsible for him in any manner whatever.

ART. XXI. The consul of the United States of America shall not be required to pay any customs or duties whatever on any thing he imports from a foreign country for the use of his house and family.

ART. XXII. Should any of the citizens of the United States of America die within the Regency of Algiers, the Dey and his subjects shall not interfere with the property of the deceased, but it shall be under the immediate direction of the consul, unless otherwise disposed of by will. Should there be no consul, the effects shall be deposited in the hands

of some person worthy of trust, until the party shall appear who has a right to demand them, when they shall render an account of the property; neither shall the Dey or his subjects give hindrance in the execution of any will that may appear. 1816

Article additional and explanatory.

The United States of America, in order to give to the Dey of Algiers a proof of their desire to maintain the relations of peace and amity between the two powers upon a footing the most liberal, and in order to withdraw any obstacle which might embarrass him in his relations with other states, agree to annul so much of the eighteenth article of the foregoing treaty, as gives to the United States any advantage in the ports of Algiers over the most favored nations having treaties with the Regency.

Done at the palace at the government, in Algiers, on the 22d day of December, 1816, which corresponds to the third of the moon Safar, year of the Hegira 1232.

Whereas the undersigned William Shaler, a citizen of the state of New-York, and Isaac Chauncey, commander in chief of the naval forces of the United States, stationed in the mediterranean, being duly appointed commissioners, by letters patent under the signature of the president and seal of the United States of America, bearing date at the city of Washington, the twent-fourth day of August, A. D. 1816, for negotiating and concluding the renewal of a treaty of peace between the United States of America and the Dey and subjects of the Regency of Algiers, we, therefore, William Shaler and Isaac Chauncey, commissioners as aforesaid, do conclude the foregoing treaty, and every article and clause therein contained, reserving the same, nevertheless, for the final ratification of the President of the United States of America, by and with the advice and consent of the Senate of the United States.

1816 Done in the Chancery of the Consulate General of the United States, in the city of Algiers, on the 23d day of December, in the year 1816, and of the independence of the United States the forty-first.

WM. SHALER.

I. CHAUNCEY.

The signature of the Dey is stamped at the beginning and end of the treaty.

(The foregoing treaty was ratified on the 11th February, 1822.)

3.

1817 *Convention entre la Prusse et la Saxe royale, concernant la remise et la continuation des procès pendans dans le royaume et dans le duché de Saxe, conclue le 28 Juillet 1817.*

(*Beilagen zum 19ten Stück der Gesetzsammlung für das Königreich Sachsen vom Jahr 1819. p. 319.*)

Nachdem die, in dem Wiener Friedens-Tractate, zwischen Ihren Königlichen Majestäten von Sachsen und Preussen, vom 18ten Mai v. J., an Preussen erfolgte Abtretung einiger Provinzen, Districte, Gebiete oder Gebietsheile, auch Bestimmungen wegen des veränderten Gerichtsstandes bei den betreffenden Landestheilen nothwendig macht; so ist, wegen Abgabe und Fortsetzung der bei den Gerichtshöfen beider Lande verhandelten Prozeß-, Vormundschafts-, Hypotheken-, Lehns- und anderer Rechtsangelegenheiten, und wegen der dazu gehörigen Acten, Depositen und Documente, es mögen sich nun diese bei obern oder niedern Civil-, geistlichen oder Militär-Gerichten, oder sonstigen Behörden befinden, unter Vermittelung des mit unterzeichneten Kaiserl. Königl. Oesterreichischen Herrn Commissarii, von

den beiderseitigen Auseinandersetzungs- und Ausgleichungs-Commissarien, Kraft ihrer Vollmachten und Instructionen, ingleichen mit Zuziehung des mit unterzeichneten Königl. Preussischen Cammergerichtsraths, Herrn Sietze, nachstehende Uebereinkunft verabredet und geschlossen worden.

1. *Personalsachen.*

Bei allen, bewegliche Sachen betreffenden, und überhaupt bei allen persönlichen Klagen ist der wesentliche Wohnsitz des Beklagten, Letzterer mag einen privilegirten oder den gewöhnlichen Gerichtsstand gehabt haben, zur Richtschnur anzunehmen, und der Prozeß vor demjenigen Richter fortzusetzen, welchem der Beklagte, oder dessen Erben, am dreißigsten November v. J., nach deren damaligem wesentlichem Wohnsitze, unterworfen waren.

Die Rechtsangelegenheiten derjenigen, welche am gedachten Tage weder in dem Königreiche Sachsen, noch in der Königl. Preussischen Monarchie überhaupt ihren wesentlichen Wohnsitz hatten, oder nicht in Civil- oder Militairdiensten derselben standen, verbleiben dem Gerichte, wo sie dermalen anhängig sind.

Diese Bestimmungen wegen des nurgedachten Zeitpunctes, so wie wegen der Ausländer und des privilegirten Gerichtsstandes, gelten als allgemeine Regel für alle die Fälle, wegen welcher in dieser Convention nicht etwas Anderes ausdrücklich festgesetzt ist.

2. *Litis - Consorten.*

Wenn bei Personalklagen mehrere Litis-Consorten vorhanden sind, welche unter verschiedener Landeshoheit wohnen, so ist die Sache da zu lassen und zu beendigen, wo sie am dreißigsten November v. J. anhängig war: jedoch stehet den Partheien, Klägern sowohl als Beklagten frei, darauf anzutragen, daß, wenn der Gegenstand der Klage theilbar ist, in Rücksicht derjenigen Litis Consorten, mit welchen die antragende Gegenparthei unter derselben Landeshoheit stehet, die Sache, in Rücksicht dieser Theilhaber, an ihre Landeshoheit abgegeben werde. In diesem Falle sind die Gerichte der

1817 andern Landeshoheit gehalten, die dazu nöthigen Verhandlungen, blos gegen Vergütung der Copialien, der neuen Gerichtsbehörde mitzutheilen.

3. *Realklagen überhaupt.*

Realklagen werden vor dem Gerichte fortgesetzt, unter welchem der streitige Gegenstand gelegen ist. Diefs findet auch bei Sequestrationen, Subhastationen und andern, ein Grundstück und Grundgerechtigkeiten betreffenden, gerichtlichen Handlungen Statt, insofern nicht eine Ausnahme ausdrücklich bedungen ist.

4. *Bei Grundstücken unter verschiedener Landeshoheit.*

Sollte der Gegenstand des Prozesses sich zum Theil in dem Königreiche, zum Theil in dem Herzogthume Sachsen befinden; so wird der Prozeß da, wo er anhängig ist, beendigt: liegt jedoch der überwiegend grössere Theil unter der andern Landeshoheit, so ist die Sache an die gegenseitige Gerichtsbehörde abzugeben.

5. *Streitigkeiten, wobei die Grenze einschlägt.*

In Rücksicht der Streitigkeiten, wobei die Landesgrenze einschlägt, ist denjenigen Grundsätzen nachzugehen, welche in dergleichen Angelegenheiten bisher zwischen den beiderseitigen Regierungen Statt gefunden haben.

6. *Concourse.*

Die Fortsetzung der Concurssachen richtet sich nach dem wesentlichen Wohnsitze des Gemeinschuldners am dreissigsten November v. J., und, wenn derselbe früher verstorben, nach seinem Wohnsitze am Tage der Eröffnung des Concursses durch Erlassung der Edictalien; es wäre denn, daß der Schuldner, oder dessen Erben und die Mehrheit der Gläubiger, einverständlich wünschten, den Conkurs bei dem Gerichte, wo er einmal anhängig ist, fortzusetzen. In diesem Falle ist jedoch die Mehrheit der Gläubiger nicht nach den Köpfen, sondern nach dem Betrage und der Qualität der Forderungen-

gegenstände zu bestimmen. Die dießfallsige Erklärung muß binnen Sechs Wochen, vom Tage der Bekanntmachung gegenwärtiger Convention, entweder von den Betheiligten selbst, oder, wenn sie durch Bevollmächtigte erfolgt, mittelst Beibringung einer Special-Vollmacht, bei dem zeitherigen Richter geschehen. Sollte bei oder über diese gemeinsame Erklärung irgend ein Zweifel oder eine Ungewißheit obwalten, so ist die Abgabe der Acten ohne Anstand zu bewirken.

In den Fällen, wo die vorgedachte Ausnahme von der Regel eintritt, muß jedoch der Richter, bei welchem der Concurs schwebt, die dießfallsigen Original-Erklärungen und Vollmachten, mit einer Uebersicht der Forderungen, welche an die Masse gemacht werden und des Fundaments, aus dem dieselben entspringen, der gegenseitig zur Actenübernahme nach §. 34. autorisirten Behörde mit übergeben, welche selbige, in dem Falle eines ihr begehenden Bedenkens, ihrer obern Behörde zur weitem Entschliessung einreicht.

7. *Dazu gehörige Grundstücke.*

Wenn zu der Concursmasse Grundstücke gehören, welche unter einer andern Landeshoheit liegen, als wo der Concurs verhandelt wird; so sind sowohl die Subhastation, als die dazu nöthigen Einleitungen und andere darauf Bezug habende gerichtliche Handlungen, auf Antrag des den Concurs dirigirenden Gerichts, von dem Richter, unter welchem das Grundstück liegt, vorzunehmen: derselbe zieht auch die Kaufgelder ein und befriediget die Realgläubiger, nach der Anweisung des Concursgerichts, zahlt aber den, nach Befriedigung der Realgläubiger, und nach Abzug der gewöhnlichen Gerichtskosten, etwa verbleibenden Ueberschufs an den Concursrichter hinaus.

8. *Beigüter und Parzellen.*

Liegt indess das Hauptgut unter der Landeshoheit des Concursgerichts, und es gehören dazu blos einzelne Beigüter oder Parzellen, welche in dem gegenseitigen Gebiete gelegen, jedoch in dem Complexu des Hauptguts mit verpfändet sind, so gehören, in

- 1817 Rücksicht dieser einzelnen Stücke, die Subhastation und andere nöthige Verfügungen mit vor die Gerichte, unter welchen das Hauptgut liegt; und es kann bei den Gerichten der erstern kein Special-Concurs eröffnet werden, sondern diese haben, auf den Antrag der Haupt-Concursbehörde, das Erforderliche zu besorgen.

9. *Sequestration u. s. w. außer dem Concourse.*

Gleiche Grundsätze sind bei Streitigkeiten über Grundstücke, wo, außer dem Fall eines eröffneten Concurses, von Befriedigung mehrerer Gläubiger aus diesen Grundstücken, oder von Sequestration oder Subhastation derselben, die Frage ist, zu beobachten.

10. *Erbschaftsangelegenheiten.*

In Erbschaftsangelegenheiten, bei Regulirung und Theilung der Erbschaftsmasse, und was dahin gehörig, ingleichen, wenn über einen Nachlaß der Concurs eröffnet worden, entscheidet der Wohnsitz des Erblassers, und in Absicht der dazu gehörigen Grundstücke ist, nach der Lage derselben, dasjenige zu befolgen, was bei den Concursen in den vorhergehenden Paragraphen festgesetzt worden.

11. *Vormundschaften.*

Vormundschaftsangelegenheiten sind, insoweit hierunter in den folgenden Paragraphen keine abändernde Bestimmung getroffen worden, von den Gerichten fortzusetzen, unter welchen der Erblasser zur Zeit des Ablebens seinen wesentlichen Wohnsitz gehabt hat.

12. *Personal-Vormundschaft.*

Die Bestellung der Personal-Vormundschaft gehört für die Gerichte, wo der Minderjährige sich wesentlich aufhält, und sind die dahin gehörigen Acten an dieselben abzugeben. Haben diese Minderjährigen, welche Grundstücke unter verschiedener Landeshoheit besitzen, ihren Aufenthalt bis zum dreißigsten November v. J. bereits auf Gütern genommen, welche unter einer andern Landeshoheit liegen, als wohin die Vormundschaftsangelegenheit, nach dem gehabten Gerichtsstande des Erblassers,

zur Zeit seines Ablebens, in Folge obigen Grundsatzes 1817 gehören würde, so kann der Minderjährige nicht genöthiget werden, unter diese Landeshoheit zurückzukehren, sondern die Vormundschaft ist von der Obrigkeit des Aufenthaltsorts fortzusetzen.

13. *Vormundschaft über Verschwender, Blödsinnige, Abwesende u. s. w.*

Wegen Verschwender, Blödsinniger und überhaupt solcher Personen, wegen welcher aus einem andern Grunde, als dem der Minderjährigkeit, eine Bevormundung eingetreten ist, richtet sich die Abgabe der Acten, Documente und Depositen nach dem wesentlichen Wohnorte des Curanden am dreifeigsten November v. J., es sei denn, daß der Curande damals in eine öffentliche oder Privatanstalt untergebracht gewesen; da sodann dessen letzter wesentlicher Wohnort vor dieser Unterbringung entscheidet.

Bei bevormundeten Abwesenden entscheidet deren letzter wesentlicher Wohnort vor der Entfernung.

14. *Zur Vormundschaft gehörige Immobilien.*

In Absicht der zu dem Vermögen der Unmündigen oder Curanden gehörigen Immobilien, welche unter der andern Landeshoheit liegen, stehet der gegenseitigen Gerichtsbehörde frei, wegen dieser besondere Vormünder zu bestellen, oder den auswärtigen Personal-Vormund ebenfalls zu bestätigen. Im erstern Falle sind die Gerichte der Hauptvormundschaft gehalten, der Behörde, welche wegen der Grundstücke besondere Vormünder bestellt hat, aus den Acten die nöthigen Nachrichten, auf Erfordern, mitzutheilen; auch haben beiderseitige Gerichte, wegen Verwendung der Einkünfte aus den Gütern, soweit solche zum Unterhalt und der Erziehung, auch sonstigen Fortkommen der Unmündigen oder Curanden erforderlich, sich mit einander zu vernehmen, und in dessen Verfolg das Nöthige zu verabreichen.

15. *Vormundschaft über den mütterlichen Erbtheil.*

Ist der Vater noch am Leben, so wird, in Absicht des mütterlichen Erbtheils, die Vormundschaft

1817 der Kinder bei dem Gerichte fortgesetzt, unter welchem ersterer am dreifsigsten November v. J. seinen wesentlichen Wohnsitz hatte; jedoch bleibt auch hier den verschiedenen Landesbehörden unbenommen, über die unter ihrer Landeshoheit gelegenen Immobilien besondere Vormünder zu bestellen, insoweit diese bei dem Leben des Vaters überhaupt zulässig sind.

16. *Liberirung der Vormünder.*

In allen den Fällen, wo von der jenseitigen Gerichtsbehörde neue Vormünder bestellt werden, haben die abgehenden Vormünder die Rechnungen, bis zur Zeit ihres Abganges, dem bisherigen vormundschaftlichen Gerichte, es sei dies das eigentliche, oder commissionsweise bestellte, einzureichen, welches sodann die Rechnungen, da nöthig, monirt, sich darüber mit dem neuen Vormundschaftsgerichte vernimmt, und, nach dessen erfolgter Erklärung, wenn kein Bedenken obwaltet, den bisherigen Vormund liberirt.

17. *Edictalprozesse.*

Edictalprozesse gegen Abwesende folgen dem letzten, innerhalb dem jetzigen Königreiche oder Herzogthume Sachsen gehaltenen Gerichtsstande.

18. *Abwesender Ehescheidungen.*

Die Ehescheidungssachen Abwesender gehören vor den Gerichtsstand, unter welchem der zurückgebliebene Ehegatte, welcher die deshalb etwa nöthige Edictal-Citation ausgebracht hat, sich am dreifsigsten November v. J. wesentlich aufhielt.

19. *Verhandlungen der freiwilligen Gerichtsbarkeit.*

Die Verhandlungen der freiwilligen Gerichtsbarkeit, ingleichen die gerichtlich niedergelegten Testamente, bleiben da, wo sie sich befinden; und es beruhet lediglich auf der Willkühr der Interessenten, ob sie dergleichen Verhandlungen und niedergelegte Urkunden abfordern, und einem andern Gerichte übergeben wollen.

20. *Untersuchungssachen.*

Alle Criminal-, fiscalische und andere Untersuchungssachen werden vor dem Gerichte, unter

welchem der Angeschuldigte seinen Wohnsitz gehabt 1817 hat, fortgesetzt.

Sollte indess die Untersuchung bei dem zeitherigen Gerichte ihrem Ende nahe und bereits so weit gediehen sein, daß das Verfahren annoch binnen Vier Wochen, vom Tage der erlassenen und gehörig insinuirten Bekanntmachung gegenwärtiger Convention, zum nächsten Spruche beendigt sein kann, so bleibt die Sache bei dem ersten Richter; der Angeschuldigte wird jedoch, nach vollführtem Verfahren, mit den Acten, zu Abfassung oder Einholung des Urthels, auch Vollziehung der Strafe, an die gegenseitige Behörde überlassen. Nach Ablauf dieser Vier Wochen muß die Abgabe des Angeschuldigten und der Acten in jedem Falle erfolgen.

21. *Mitschuldige.*

Wo Mitschuldige aus dem beiderseitigen Gebiete vorhanden sind, wird die Untersuchung gegen selbige, da, wo sie anhängig gemacht ist, fortgeführt, und soll die jedesmalige erforderliche Gestellung dieser Mitschuldigen, Behufs der Vernehmung, Confrontation, oder einer andern, zu dieser Untersuchung erforderlichen, gerichtlichen Handlung, aus dem andern Gebiete unweigerlich erfolgen.

Sollte sich hierbei die Verhaftung des gestellten Mitschuldigen als nothwendig ergeben, so kann der untersuchende Richter sie zwar verfügen, muß jedoch den Verhafteten, ohne Anstand, seinem ordentlichen Richter ausliefern. Das Urthel wird von dem Gerichte, welches die Untersuchung führt, nach denjenigen Gesetzen abgefaßt, welche in beiden Gebieten die milderen sind.

Die Vollziehung der Strafen muß jedesmal von der ordentlichen Obrigkeit des Verurtheilten erfolgen. Auch ist sofort ein Verzeichniß der, aus dem gegenseitigen Gebiete, schon Inhaftirten, von den betreffenden Obrigkeiten ihren Regierungen einzureichen, welche solche einander gegenseitig mittheilen werden.

22. *Bestrafung überhaupt.*

Die gelindere Bestrafung findet auch in den §. 20. erwähnten, so wie überhaupt in allen übrigen

1817 Fallen Statt, wo Angeschuldigte der gegenseitigen Landesbehörde auszuliefern sind.

23. *Defraudationen der Einnahmer u. s. w.*

Was die Untersuchungen in Einnahme-, Cassen- und Rechnungssachen wegen Defecten (Properresten) oder anderer Vermittrenungen betrifft, entscheidet der Wohnsitz zwar ebenfalls über den Gerichtsstand des Schuldigen, jedoch wird wegen Ersatz, Strafe und Kosten die bereitwillige Unterstützung der gegenseitigen Landesbehörden, so wie die ungehinderte Verabfolgung dessen zugesichert, was, nach Maßgabe der im Königreiche Sachsen geltenden Rechte, wegen der Priorität, aus dem Vermögen des untreuen Dieners, zur Entschädigung der Cassen erlangt werden kann. Die Behörden werden jedoch hierunter allenthalben noch nähere Anweisungen erhalten.

24. *Depositen.*

Die zu jeder, an eine Gerichtsbehörde des andern Gebiets, vermöge dieser Convention, übergehenden Sache gehörigen Deposita und Documente, werden von sämtlichen Behörden aus beiden Antheilen, sogleich mit der Sache selbst, an die gegenseitige Behörde ausgeliefert, oder wenn die Sache bereits in den jenseitigen Händen sich befindet, unverzüglich nachgesendet. Jede Behörde ist verpflichtet, in beiden Fällen darüber eine vollständige Nachweisung zu fertigen und der jenseitigen Behörde zu übergeben. Was jedoch die zu der Königlich Sächsischen Rentkammer, oder dermaligen Depositenkasse, eingelieferten Deposita anlangt, so wird wegen der Zeit ihrer Nachzahlung besondere Uebereinkunft getroffen werden.

25. *Abhaltung der Termine.*

Damit wegen der, in den abzugebenden Rechtsachen, zur Zeit der Abgabe etwa noch stehenden Termine, zum Nachtheil der Partheien, keine Ungewissheit entstehe, so wird festgesetzt, daß diese Termine, sobald solche nicht ausdrücklich aufgehoben worden, der Abgabe ungeachtet, bei dem neuen Gerichte ihren Fortgang haben sollen, eben so, als ob sie von diesem selbst angesetzt worden wären.

Das abgebende Gericht muß aber eine besondere 1817
Nachweisung der anberaumten, noch nicht abgehaltenen Termine, der Behörde, an welche es die Acten abgiebt, gleichzeitig übergeben.

26. *Edictal - Termine u. s. w.*

Wegen der in den abzugebenden Concurssachen insbesondere stehenden Edictal- und andern, durch die öffentlichen Blätter bekannt gemachten, Termine, hat man festzusetzen für zweckmäßige gefunden:

- 1) daß diese Termine, wenn sie binnen den nächsten Vier Wochen, von Zeit der öffentlichen Bekanntmachung dieser Convention, fallen, annoch vor demjenigen Richter abgehalten werden sollen, vor welchem die Concurse dermalen anhängig sind; und
- 2) daß, nach Verlauf dieser Frist, die erwähnten Termine zwar bei dem neuen Richter, an welchen die Concurse durch die Abgabe gelangen, abzuhalten sind, daß aber der vorige Richter, wenn ein oder der andere Interessent, oder sämtliche Theilhaber, demungeachtet sich zum Termine bei ihm anmelden sollten, eine Registratur darüber abzufassen, und solche dem neuen Richter, an welchen der Concurse gelangt ist, binnen den nächsten Vier Wochen, entweder urschriftlich oder in beglaubter Abschrift, mitzutheilen habe.

27. *Prozessform.*

Nach welcher Prozessform die schwebenden, an die Gerichte des Herzogthums gelangenden Sachen fortzusetzen, dies hängt von den deshalb von der Preussischen Regierung zu treffenden Bestimmungen ab; jedoch geschieht Königlich Preussischer Seits die Zusicherung, daß die Rechte der Partheien in den Fällen nicht gefährdet werden sollen, wo die Formalien, nach der bisherigen Prozessform, einen wesentlichen Einfluß auf die Entscheidung der Hauptsache haben, oder solche schon erworbene Rechte und Befugnisse begründen, als wohin z. B. das Recht der Eides-Delation, der Reinigungs- und Ergänzungs-eide u. s. w. zu zählen.

1817 28. *Beobachtung der Königlich Sächsischen Gesetze.*

Dagegen werden im Materiellen bei den, nach obigen Grundsätzen, an die Königlich Preussischen Behörden abzugebenden Rechtssachen, die §. 21. und 22. erwähnten Straffälle ausgenommen, durchgängig die bisher bestandenen Königlich Sächsischen Gesetze beobachtet.

29. *Mittheilung der Gesetzgebungs-Nachrichten.*

Zu dem Ende verspricht man Königlich Sächsischer Seits, die auf die Gesetzgebung Bezug habenden Nachrichten und Abschriften aus den, dem Königreiche Sachsen verbleibenden, allgemeinen, die Gesetzgebung betreffenden Acten den Behörden des Herzogthums Sachsen, auf Verlangen, mitzutheilen.

30. *Gerichtsgebühren.*

Die Auslieferung der abgehenden Acten soll von der zuvörderst zu bewirkenden Bezahlung der, in der Sache etwa noch rückständigen, gerichtlichen und außergerichtlichen Verläge, Sporteln und anderen Unkosten nicht abhängig gemacht werden; jedoch wird die gegenseitige Zusicherung ertheilt, daß das neue Gericht, wohin die Rechtssache gedeiht, für die alsbaldige Einbringung und Berichtigung der Verläge und übrigen Gebühren, insofern solche nicht dem Staate, sondern Privatpersonen, zu entrichten sind, und nicht in öffentlichen Cassen fließen, vorzügliche Sorge tragen solle.

Wegen der in die öffentlichen Cassen fließenden Sporteln wird besondere Bestimmung vorbehalten; jedoch darf auch wegen dieser Sporteln die Abgabe der Acten nicht aufgehalten werden.

31. *Künftige Mittheilung der abgegebenen Acten.*

Bei Abgabe der Acten wird deren Wiedermithteilung an die ansantwortende Behörde, besonders in Vormundschafts- und Concurssachen, auch in Lehns- und Consenssachen, wegen der, zu einem Hauptgute gehörigen, in dem jenseitigen Gebiet gelegenen Pertinenzien, bedungen und gegenseitig zugesichert, wenn solche bei etwaigen Regreßklagen oder andern Rechtsangelegenheiten, zu Rechtferti-

gung des vorigen Richters, oder sonst, nöthig sein 1817 oder werden sollten.

32. *Lehns- und Consens-Acten.*

Die Lehns- und Consens-Acten, auch andere dahin gehörige Schriften, soweit sie zu trennen sind, verbleiben oder sind dem Lehns- oder Gerichtshofe zu überliefern, unter welchem das betreffende Grundstück gelegen und zu verleihen ist.

33. *Ueber Güter verschiedener Landeshoheit.*

Sind mehrere unter beiderlei Landeshoheit gelegene Güter in einem Complexu begriffen, so gehören die Originalien derjenigen Landesbehörde, unter welcher das Hauptgut gelegen ist; und diese hat der jenseitigen Behörde, unter welcher die übrigen Grundstücke liegen, auf Verlangen, die erforderlichen Abschriften zu ertheilen. Der letztern wegen darf daher die Abgabe der Acten nicht aufgehalten werden.

34. *Behörde zur Abgabe.*

Jede Instizbehörde hat die, in Sachen solcher Personen, welche ihrer Gerichtsbarkeit unmittelbar untergeben sind, sowohl, als die commissionsweise vor ihr ergangenen Acten, insofern solche, nach den vorstehenden Grundsätzen, an die gegenseitigen Gerichte abzugeben sind, unmittelbar und ohne weitere Rückfrage, an die von jeder Regierung hierzu zu beauftragenden und sich darüber gehörig legitimirenden Beamten des andern Landes, mittelst Verzeichnisses, gegen Quittung, welches bei ihrer vorgesetzten Behörde zur Kenntnissnahme einzureichen ist, ohne Anstand abzuliefern.

Die allhier in Dresden bei den höchsten Behörden befindlichen, zur Abgabe geeigneten Rechtsacten werden an die Königl. Preussischen Commissarien zur Ausgleichung mit dem Königreiche Sachsen abgegeben.

35. *Künftig anhängig werdende Rechtssachen.*

Uebrigens gilt die gegenwärtige Uebereinkunft in allen ihren Bestimmungen nur in Rücksicht der bis zu dem dreissigsten November v. J. anhängig

1817 ^{gewesenen} Rechtssachen; in Rücksicht der später anhängig gewordenen treten die allgemeinen Grundsätze ein, welche darüber zwischen den beiden Regierungen schon früher statt gefunden haben, oder noch künftig festgestellt werden dürften.

36. *Bekanntmachung dieser Convention.*

Gegenwärtige Uebereinkunft wird von den beiderseitigen Regierungen ohne Anstand, zur Nachricht und Nachachtung, öffentlich bekannt gemacht werden.

Zu Urkund dessen haben sowohl der Kaiserl. Königl. Herr Vermittelungs-Commissarius, als die beiderseitigen Bevollmächtigten, ingleichen der Königl. Preussische Kammergerichtsrath Herr Sietze, diese Convention unterzeichnet und besiegelt.

So geschehen zu Dresden, am 20sten Februar 1816.

Kaiserl. Königl. Oesterreichischer Vermittelungs-Commissarius

K. PH. SPIEGEL ZUM DIESENBERG.

Königl. Sächs. Friedensvollziehungs- und Auseinandersetzungs-Commission.

Königl. Preussische Commission zur Ausgleichung mit dem Königreiche Sachsen.

VON GLOBIG.

GAUDI.

VON BÜNAU.

FRIESE.

GÜNTHER.

SIETZE.

VON WATZDORF.

4.

*Convention entre la Prusse et la Saxe 1817
royale concernant le partage des fondations
pieuses dans le royaume et dans le duché de
Saxe, signée à Dresde le 27 Juillet 1817.*

*(Gesetzsammlung für das Königreich Sachsen. 1819.
Nr. 19. IV. pag. 348.)*

Um die gänzliche Ausgleichung der Stiftungen jeder Art, mit Ausnahme der bisher unter ständischer Aufsicht gestandenen Anstalten und Stiftungen in der Oberlausitz und sämmtlicher Familien-Stiftungen, (worunter nur diejenigen verstanden werden, welche fortdauernd und vorzugsweise zum Besten einzelner, namentlich ausgedrückter Familien und deren Glieder errichtet sind) in so weit zweckmäßig einzuleiten, als der zu Wien, zwischen Sr. Königl. Sächsischen und Königl. Preussischen Majestät am 18ten May 1815 abgeschlossene Friedenstractat, und die dadurch geschehenen Territorial-Abtretungen auf sie Einfluß haben oder haben können, sind die beiderseitigen, mit dem Vollzug besagten Friedens beauftragten Königl. Commissionen, unter Mitwirkung des Oesterreichisch Kaiserl. Vermittelungs-Commissairs, über folgende Punkte übereingekommen.

§. 1. So wie jedermann von der Gerechtigkeit beider Höchster Regierungen ohnehin erwarten kann, daß sie sowohl bei der vorsehenden Ausgleichung über die Stiftungen, als in Zukunft, bei Ausübung der Landeshoheitlichen Gerechtsame über dieselben, die Aufrechthaltung dieser Institute und den Vollzug des Willens der Stifter, in so fern solcher nicht etwa durch die, in dem besagten Tractat, geschehenen Territorial-Abtretungen mit dem allgemeinen Wohl des Staats unvereinbarlich geworden sein sollte, vor Augen haben werden, und, so wie hiernach auch diejenigen, welchen an besagte Institute, was immer für schon bestehende oder eventuelle Rechte zustehen, sich versichert halten kön-

1817 nen, daß sie weder jetzt noch künftig Nachtheile zu besorgen haben; so versteht es sich von selbst, daß keine der beiden Regierungen, bei Ausübung der Landesherrlichen Ober-Aufsichtsrechte, über die ihr bereits angefallenen oder im Gefolge der zu treffenden Ausgleichungen annoch anfallenden Stiftungen der andern Regierung irgend einen weitem Einfluß gestatten kann, als in so weit durch gemeinsame Uebereinkunft in der gegenwärtigen Convention hierunter etwas ausdrücklich festgesetzt ist.

§. 2. Um jedoch diejenigen Unterthanen der einen Regierung, welche zur Theilnahme an den Zwecken einer Stiftung des andern Landestheils schon jetzt oder nur eventuell in der Art berufen sind, daß ihnen der Genuß oder ihr eventueller Anspruch, ohne Verletzung ihrer Rechte, nicht wieder entzogen werden kann, vollkommen zu sichern, machen sich beide Höchste Regierungen gegenseitig verbindlich, mit dergleichen Stiftungen, weder vermöge des Landesherrlichen Oberaufsichtsrechts, noch aus einem andern Grunde, irgend eine Veränderung vorzunehmen oder geschehen zu lassen, welche zur Schmäherung oder Aufhebung erwähnter Genußrechte der Unterthanen des andern Landestheils gereichen könnte. Sollten Rücksichten auf das allgemeine Wohl, oder den in anderer Weise nicht erreichbaren Stiftungszweck solche Veränderungen wider Verhoffen unausweichlich nothwendig machen: so werden sie doch eher nicht vollzogen werden, bis die Genußberechtigten des andern Landestheils, nach einem zu treffenden gütlichen Uebereinkommen, vollkommen entschädigt sind. In Entstehung eines gütlichen Uebereinkommens ist das Entschädigungsquantum von einer gemeinschaftlichen Commission nach Billigkeit zu bestimmen.

§. 3. So viel die Administrations- und Collaturrechte und die mit denselben in Verbindung stehenden oder rücksichtlich derselben competirenden Genüsse. Bezüge nutzbarer und Ehrenrechte anlangt; so werden diese, in soweit sie der einen Regierung oder Landesherrlichen Behörde oder Landesherrlichen Beamten, als solchen, auf Stiftungen in dem Landestheil der andern Regierung zustehen, zu Gunsten dieser Regierung der-

gestalt für erloschen erklärt, daß hierüber zwischen 1817
beiden Regierungen keine weitere Ausgleichung zu
geschehen hat. Wenn hingegen Familien oder Pri-
vatpersonen, vermöge stiftungsmäßiger Anordnungen,
sich im wohlgegründeten, folglich ihnen ohne
Rechtsverletzung nicht wieder zu entziehenden Be-
sitz des Administrationsrechts, des Collaturrechts und
etwa auch noch anderer, damit connexer Bezüge,
Genüsse nutzbarer oder Ehrenrechte an oder auf
Stiftungen des andern Landestheils befinden: so sind
diese Rechte und Emolumente als ein Theil ihres
Privateigenthums anzusehen und haben ihnen un-
verkürzt und ungeschmälert zu verbleiben. Sollte
wider Erwartung eine der beiden höchsten Regiern-
gen sich durch Rücksichten auf das allgemeine Wohl
oder den in anderer Weise nicht erreichbaren Stif-
tungszweck unumgänglich zu solchen Verfügungen
bei einer ihrer Stiftungen ermüßiget sehen, durch
welche die Administrations- Collatur- und damit
connexen Rechte einer Familien- oder Privatperson
des andern Landestheils beeinträchtigt oder geschmä-
lert würden, oder werden könnten: so wird sie alles
dasjenige beobachten, was in dem vorigen §. für
dergleichen Fälle zum Besten der zur Theilnahme
an dem Hauptzwecke der Stiftungen Berufenen be-
dingen worden ist. Sollten sich bei der künftigen
Auseinandersetzung der Verhältnisse einzelner Stif-
tungen, Fälle ergeben, wo Stadträthe, Corporatio-
nen oder Communen des einen Landestheils ver-
möge stiftungsmäßiger Anordnungen sich im wohl-
gegründeten, folglich ihnen ohne Rechtsverletzung
nicht wieder zu entziehenden, Besitz von Admini-
strations- oder Collatur-Rechten auf Stiftungen des
andern Landestheils befinden, und sollten mit der
fernern Ausübung dieser Rechte wegen der einge-
tretenen Territorial- und Hoheits-Veränderungen,
Nachtheile oder Unzukömmlichkeiten für die besag-
ten Administratoren und Collatoren oder für die
Stiftungen selbst verbunden sein: so werden beide
Königl. Regierungen, vermöge der ihnen obliegen-
den Verpflichtung, für das Wohl der Stiftungen und
anderer moralischer Personen in ihrem Gebiete zu
sorgen, sich über solche Verfügungen vereinigen,
wodurch das Beste der Stiftungen, ohne Benachthei-

1817 ligung und Kränkung der Rechte besagter Administratoren und Collatoren, gewahrt wird, und dergleichen Administrations- und Collaturrechte gegen ähnliche in dem eignen Gebiet ausgetauscht, oder, wo dieses nach den gegenseitig vorhandenen Fällen nicht mehr möglich sein sollte, den zur Collatur oder Administration berechtigten Stadträthen, Corporationen oder Communen billige Entschädigungen geleistet werden. Ganz auf dem nämlichen Wege wird man die Ausgleichung zu bewirken bemüht sein, wenn etwa ähnliche Fälle mit ständischen Collatur- oder Administrationsrechten annoch vorkommen sollten. Uebrigens versteht es sich von selbst, daß jeder auswärtige Administrator so gut wie der inländische, sich den Weisungen der mit der Oberaufsicht über die Stiftung beauftragten Landesbehörden, welche an ihn in seiner Eigenschaft als Administrator ergehen werden, zu fügen und insbesondere dieser Behörde, auf jedesmaliges Verlangen, Rechnung zu legen verpflichtet ist. Auch ist der auswärtige Administrator einer wichtigeren Stiftung verbunden, an dem Orte, wo sich die mit der Oberaufsicht über die Stiftung beauftragte Landesbehörde befindet, auf ihr Verlangen einen Bevollmächtigten aufzustellen, welchem alle die Administration der Stiftungen betreffende Weisungen zugestellt werden können, und durch welchen die Administrationsgeschäfte, in soweit sie in dem Landestheile, dem die Stiftung angehört, vorkommen, zu verrichten sind.

§. 4. Rücksichtlich der Privat-, Genuß- und Collaturrechte bei den Drei Fürstenschulen, hat man sich zu deren Besten, wegen der bei denselben eintretenden besondern Verhältnisse, dahin vereinigt, daß die Freistellen auf jeder derselben künftig nur an Unterthanen des Landestheils, worin die Fürstenschule liegt, und nur von Collatoren, welche sich in eben diesem Landestheile befinden, werden vergeben werden. Solchergestalt werden die Genuß- und Collaturrechte an Freistellen dieser Art, welche bisher von Unterthanen oder Collatoren des einen Landestheils auf Fürstenschulen des andern Landestheils auszuüben waren, im Ganzen gegen einander ausgetauscht.

Nachdem jedoch bisher auf der Schule zu Pforta 1817 mehr Freistellen von Collatoren in dem Königreich, als auf den Fürstenschulen zu Meissen und Grimma von Collatoren in dem Herzogthum zu vergeben waren, mithin die Collatoren in dem Königreich durch die von den Collatoren in dem Herzogthum aufgegebenen Freistellen zu Meissen und Grimma nicht schadlos gehalten werden können: so ist man ferner übereingekommen, daß die Königl. Sächsische Regierung die Entschädigung der betheiligten Collatoren und Genußberechtigten wegen der auf solche Weise verloren gehenden Freistellen, gegen ein von der Königl. Preussischen Regierung zu gewährendes Aversionalquantum von Sieben und Fünfzig Tausend Fünfhundert Thalern sogenannter Reichenbachscher Obligationen, nebst den seit Johannis 1817 darauf haftenden Zinsen übernimmt. Die Königl. Preussische Regierung läßt sich demnach diesen Betrag an denjenigen 72000 Thalern — — sogenannter Reichenbachscher Obligationen in Abzug bringen, welche sie vermöge des §. 13. der, am 23sten Julius 1817 abgeschlossenen Peräquations- und Centralsteuer-Convention zu erhalten hat.

§. 5. Jede Regierung wird rücksichtlich des in ihrem Lande befindlichen, beweglichen oder unbeweglichen Vermögens einer Stiftung des andern Landestheils, keine andern Rechte ausüben, als welche überhaupt einer Landesherrschaft in Ansehung des in ihrem Gebiete befindlichen Eigenthums fremder Unterthanen zusteht. Was im §. 16. des Tractats vom 18ten Mai 1815 zwischen Sr. Königl. Sächsischen und Königl. Preussischen Majestät stipulirt worden, ist hier als wörtlich wiederholt anzusehen.

§. 6. Da es für die Stiftungen und selbst für die Regierungen wünschenswerth ist, daß das Vermögen der ersteren, wenigstens in soweit es aus Capitalien besteht, soviel möglich in dem Lande, welchem sie angehören, vereinigt werde; so verpflichten sich beide Königl. Regierungen, zwischen den Stiftungen beider Landestheile den Austausch der außer Landes angelegten Capitalien gegen solche, die im Lande angelegt sind, nach Thunlichkeit einzuleiten.

1817 §. 7. So wie es sich von selbst versteht, daß jede der beiden Regierungen über Beschwerden oder Klagen, welche bei ihr, oder ihren Gerichten, gegen ihre Behörden oder Unterthanen, von Stiftungen des andern Landestheils, oder in ihren Namen angebracht werden könnten, die ergiebigste Abhülfe und prompteste Justiz nie versagen wird: so verpflichten sich insbesondere auch beide Regierungen gegenseitig in dem Falle, wo etwa der Administrator einer Stiftung mit derselben nicht unter der nämlichen Landesherrschaft stehen sollte, und sich seinen Pflichten gegen die Stiftung oder ihre Landesherrschaft zu entziehen versuchte, gegen denselben den nachdrücklichsten Beistand zu leisten und ihn zu ungesäumter Erfüllung seiner Obliegenheiten anzuhalten.

§. 8. Da die gemeinschaftliche Ausübung der Landesherrlichen Rechte über eine Stiftung sich kaum mit gutem Erfolge gedenken läßt; so ist man übereingekommen, daß diejenigen Stiftungen, welche ihren Verhältnissen nach als der Landeshoheit beider Regierungen gemeinschaftlich unterstehend betrachtet werden müssen, unter beiden Regierungen getheilt werden sollen, insofern die Theilung dem Zweck der Stiftung unbeschadet geschehen kann. Wo dieses nicht möglich ist, wird man die Gemeinschaft der Landeshoheit dadurch aufzuheben trachten, daß man eine solche, nicht theilbare Stiftung dem einen Landesherrn, und dagegen eine andere, in ähnlicher Lage befindliche Stiftung, dem andern Landesherrn ganz zuweist.

§. 9. Rücksichtlich der, mehrern Stiftungen aus beiden Landestheilen gemeinschaftlich gehörigen Fonds, wird man sich sowohl über die Frage, nach welchem Verhältnisse jede Stiftung Theil zu nehmen habe, als über die weitere Frage: wie die Theilung zu vollziehen sei, besonders zu vereinigen trachten.

§. 10. Da vermöge §. 5. supra jede Stiftung in dem Besitze des ihr zugehörigen Vermögens in dem andern Landestheile ungestört zu verbleiben hat; so ist eine besondere Ueberweisung der Schuldner nicht nöthig. Das in der Verwahrung Landesherrlicher

Behörden befindliche Eigenthum einer Stiftung des andern Landestheils, wird, nach Beendigung der etwa nöthigen Erörterungen, baldthunlichst beantwortet werden. 1817

§. 11. In Erwägung, daß die Verhältnisse vieler Stiftungen es sehr zweifelhaft machen, ob die Landeshoheit über selbige mit dem daraus fließenden Rechte der Oberaufsicht, der einen oder der andern Regierung oder beiden gemeinschaftlich zustehe? und in fernern Anbetracht, daß es, ohne diese Verhältnisse wenigstens bei den wichtigern Stiftungen zu kennen, kaum möglich ist, sich über erschöpfende und sachgemäße Bestimmungen zu vereinigen, durch welche erwähnte Zweifel über das Domicilium der Stiftungen gelöst werden können, ist man übereingekommen, durch eine gemeinschaftliche subdelegirte Commission eine actenmäßige tabellariische Uebersicht der Stiftungen fertigen zu lassen, bei welchen sich etwa dergleichen Umstände ergeben könnten.

Um versichert zu sein, daß hierbei keine Stiftung übersehen wird, und um zugleich von allen Familienstiftungen, obwohl sie von gegenwärtiger Convention Eingangsgedachtermaassen ausgeschlossen sind, wenigstens Nachricht zu erhalten, verbinden sich beide Königl. Regierungen, unmittelbar nach Unterzeichnung gegenwärtiger Convention, eine gleichlautende Aufforderung an die Stiftungs-Administratoren in beiden Landestheilen öffentlich zu erlassen, und ihnen darin die genaue Angabe der unter ihrer Administration stehenden Stiftungen und der bei denselben eintretenden Verhältnisse, binnen einer Frist von 2 Monaten, zur strengen Pflicht zu machen. Sollte sich die Erörterung über einige unbedeutende Stiftungen verzögern; so wird man dieswegen die Auseinandersetzung der wichtigern nicht hinhalten.

§. 12. Um die Arbeit dieser Commission nicht zwecklos zu vergrößern, hat man sich jedoch schon jetzt über folgende Bestimmungen einiger der hauptsächlichsten Fälle vereinigt.

I. Solche Stiftungen, die an einem bestimmten Orte dergestalt ihren unveränderlichen Sitz haben,

1817 dafs an diesem Orte der Hauptzweck der Stiftung in Erfüllung geht, z. B. Kirchen, Schulen, Universitäten, Erziehungs-, Versorgungs-, Kranken- und Siechenhäuser u. s. w. folgen jederzeit der Landeshoheit des Orts, wo sie ihren Sitz haben.

II. Rücksichtlich der Stiftungen, bei welchen dieser Fall nicht eintritt, z. B. der Stiftungen zu Ausstattung armer Mädchen, zu Unterstützung armer Wittwen, zu Stipendien oder Freitischen armer Studirenden u. s. w. entscheidet sich die Frage, welcher Landeshoheit sie zu folgen haben, nach dem Domicilium der, zur Theilnahme an dem Zwecke der Stiftung principaliter Berufenen, mit Rücksichtnahme auf den Ort, wo sich die Fonds der Stiftungen befinden, insoweit sie nicht aus aufkündbaren oder in fundis publicis angelegten Capitalien oder baarem Gelde, Pretiosen, oder dergleichen beweglichen Effecten bestehen. Diesemnach wird

- a. diejenige Regierung, in deren Gebiete die zur Theilnahme an dem Zwecke der Stiftung principaliter Berufenen sämmtlich ihr Domicilium haben, die Landeshoheit über die Stiftung erhalten, ihre Fonds mögen sich wo immer befinden.
- b. Wenn die zur Theilnahme an dem Zwecke der Stiftungen principaliter Berufenen theils in dem einen, theils in dem andern Landestheile ihren Wohnsitz haben, aber die oben bemerkte, als entscheidend angenommene Gattung von Fonds ganz und ausschliessend in einem Landestheile sind: so folgt die Stiftung der Landeshoheit derjenigen Regierung, in deren Gebiete sich besagte Fonds befinden.

Dahingegen ist

- c. eine Stiftung, bei welcher nicht nur die zur Theilnahme an ihrem Zwecke principaliter Berufenen in beiden Landestheilen domiciliren, sondern die auch in beiden Landestheilen Fonds der oben gedachten Art besitzt, für gemeinschaftlich anzusehen. Soviel endlich

d. die hier unter a. und b. nicht begriffenen 1817 Fälle, ingleichen die sub c. erwähnten gemeinschaftlichen Stiftungen anlangt: so wird man sich demnächst über die dabei eintretenden Bestimmungen zu vereinigen suchen, sobald man durch die Arbeiten der §. 11. erwähnten Commission in die Kenntniß der wirklich vorkommenden Fälle dieser Art gesetzt sein wird.

Obwohl übrigens, wie sich hiernach von selbst versteht, das Domicilium der Administratoren und Collatoren, so wie der Ort, wo aufkündbare Stiftungs-Capitalien angelegt sind, auf die Bestimmung der Landeshoheit über die Stiftungen von keinem Einflusse sind, so wird man sich doch bei der, vermöge §. 8. vorzunehmenden Theilung der gemeinschaftlichen Stiftungen, möglichst bemühen, jeder Regierung solche Stiftungen zuzuweisen, deren Administratoren und Collatoren sich in ihrem Lande befinden, und deren etwa bloß oder hauptsächlich aus aufkündbaren Capitalien bestehende Fonds in ihren Landestheilen elocirt sind.

§. 13. Zu näherer Erläuterung des vorhergehenden §s wird annoch bemerkt:

a. der 5te Juni 1815 ist bei Verfertigung der Tabelle dergestalt als Normaltag zu betrachten, daß alle nach demselben mit den Fonds oder mit dem Domicilium der, zur Theilnahme an dem Hauptzweck der Stiftung oder zur Administration und Collatur und den damit verknüpften Rechten, Berufenen vorgegangene Veränderungen nicht berücksichtigt werden.

b. Unter denen im §. 12. erwähnten Administrations- und Collatur-Rechten sind nur solche zu verstehen, welche nicht Kraft des §. 3. und 4. der gegenwärtigen Convention erlöschen.

§. 14. Die §. 11. erwähnte Commission wird alsogleich aus Mitgliedern von beiden Seiten zusammen gesetzt werden, sie wird ihre Arbeit damit beginnen, daß sie über die wichtigern Stiftungen, deren Verhältnisse, den obigen Bestimmungen nach, annoch zweifelhaft scheinen, die Tabelle nach dem hier sub © angebogenen Formular verfertigt, und in diese Uebersicht alle actenmäßigen factischen Aufschlüsse zusammenfaßt, welche von Einfluß auf

1817 die fernerer Bestimmungen über besagte Stiftungen sein können. Sie wird zu diesem Ende mit einer von den beiderseitigen Königl. Commissionen bereits verabredeten und doppelt gleichlautend ausgefertigten Instruction versehen.

§. 15. Der subdelegirten Commission werden alle zur Hand zu bringende Urkunden, Rechnungen und Papiere jeder Art, deren sie zu ihrer Arbeit bedürfen könnte, im Original, insoweit die Urschriften vorhanden sind, auf jedesmaliges Begehren, zur Einsicht vorgelegt werden.

§. 16. Da es nun, die im §. 9. vorbehaltenen näheren Bestimmungen über die Fonds, an welchen Stiftungen aus beiden Landestheilen das Eigenthums- oder Benutzungsrecht gemeinschaftlich zusteht, zweckmäßig und billig treffen zu können, unumgänglich nöthig ist, besagte gemeinschaftliche Fonds, ihre Verhältnisse, so wie den Ursprung und die Art der den theilnehmenden Stiftungen an selbige zustehenden Ansprüche, genauer zu wissen; so ist man übereingekommen, der oben erwähnten gemeinschaftlichen subdelegirten Commission auch die, über die, hier in Frage stehenden gemeinschaftlichen Fonds sprechenden oder sie betreffenden Urkunden, Acten, Rechnungen und andern Litteralien im Original, soweit sie in dieser Gestalt vorhanden sind, von beiden Seiten vorlegen, und hieraus von ihr eine erschöpfende Uebersicht besagter Fonds verfertigen zu lassen.

§. 17. Damit jede der beiden Königl. Regierungen ehethunlichst in die vollständige Kenntniß der Fonds gesetzt werde, welche den ihrer Landeshoheit, Kraft der in gegenwärtiger Convention ausgesprochenen Grundsätze, zufallenden Stiftungen in dem andern Landestheile gehören, und damit sich hierüber, bei der gegenseitigen Auslieferung der, jeder Regierung einzuantwortenden, ihren Stiftungen gehörigen, oder sie betreffenden Baarschaften, Documente, Litteralien u. s. w. keine verzögernden Anstände ergeben, so werden der subdelegirten Commission sämmtliche, über dergleichen Fonds sprechende Urkunden, Rechnungen, Acten und Papiere

(ebenfalls soviel möglich in originali) zu dem Ende 1817 vorgelegt werden, damit sie über besagte Fonds vollständige Ausweise verfassen und sie beiden Königl. Commissionen mittheilen könne.

§. 18. Gegenwärtige Convention wird durch den Druck öffentlich bekannt gemacht werden.

So geschehen Dresden am 27sten Juli 1817.

Der Oesterreichisch Kaiserliche Vermittelungs - Commissair

F. C. Freiherr VON GÄRTNER.

Königl. Sächs. Friedensvollziehungs - und Auseinandersetzungs - Commission.

VON GLOBIG.

GÜNTHER.

VON WATZDORF.

Königl. Preussische Commission zur Ausgleichung mit dem Königreiche Sachsen.

GAUDI.

FRIESE.

SIETZE.

5.

Concordat entre la France et le Saint-1817
Siège, signé à Rome le 11 Juin 1817.

(DE PRADT *les quatre concordats* [à Paris 1818] T. 3.
 p. 75.)

Au nom de la très-sainte Trinité!

Sa Sainteté le souverain Pontife Pie VII et Sa Majesté Très-Chrétienne, animés du plus vif désir que les maux qui, depuis tant d'années, affligent l'Eglise, cessent entièrement en France, et que la religion recouvre dans ce royaume son ancien éclat, puisque enfin l'heureux retour du petit-fils du Saint Louis sur le trône de ses ayeux permet que le régime ecclésiastique y soit plus convenablement réglé, ont en conséquence résolu de faire une convention solennelle, se réservant de pourvoir ensuite plus amplement, et d'un commun accord, aux intérêts de la religion catholique.

ART. I. Le concordat passé entre le souverain pontife Léon X et le roi de France François I, est rétabli.

ART. II. En conséquence de l'article précédent, le concordat du 15 Juillet 1801 cesse d'avoir effet.

ART. III. Les articles dits organiques, qui furent faits à l'insu de Sa Sainteté, et publiés sans son aven le 8 Avril 1802, en même tems que ledit concordat du 15 Juillet 1801, sont abrogés en ce qu'ils ont de contraire à la doctrine et aux lois de l'Eglise.

ART. IV. Les sièges qui furent supprimés dans le royaume de France, par la bulle de Sa Sainteté du 29 Novembre 1801, seront rétablis en tel nombre, qui sera convenu d'un commun accord, comme étant le plus avantageux pour le bien de la religion.

ART. V. Toutes les églises archiépiscopales et épiscopales du royaume de France, érigées par la bulle du 20 Novembre 1801, sont conservées ainsi que leurs titulaires actuels.

1817 ART. VI. La disposition de l'article précédent, relatif à la conservation desdits titulaires actuels dans les archevêchés et évêchés qui existent maintenant en France, ne pourra empêcher des exceptions particulières, fondées sur des causes graves et légitimes, ni que quelques-uns desdits titulaires actuels, ne puissent être transférés à d'autres sièges.

ART. VII. Les diocèses, tant des sièges actuellement existans que de ceux qui seront de nouveau érigés, après avoir demandé le consentement des titulaires actuels et des chapitres des sièges vacans, seront circonscrits de la manière la plus adoptée à leur meilleure administration.

ART. VIII. Il sera assuré à tous lesdits sièges, tant existans qu'à ériger de nouveau, une dotation convenable en biens-fonds et en rentes sur l'état, aussitôt que les circonstances le permettront, et, en attendant, il sera donné à leurs pasteurs un revenu suffisant pour améliorer leur sort. Il sera pourvu également à la dotation des chapitres, des cures et séminaires, tant existans que de ceux à établir.

ART. IX. Sa Sainteté et Sa Majesté Très-Chrétienne connoissent tous les maux qui affligent l'église de France. Elles savent également combien la prompte augmentation du nombre des sièges qui existent maintenant sera utile à la religion. En conséquence, pour ne pas retarder un avantage aussi éminent, Sa Sainteté publiera une bulle pour procéder sans retard à l'érection et à la nouvelle circonscription de diocèses.

ART. X. Sa Majesté Très-Chrétienne, voulant donner un nouveau témoignage de son zèle pour la religion, emploiera, de concert avec le Saint-Père, tous les moyens qui sont en son pouvoir, pour faire cesser, le plus tôt possible, les désordres et les obstacles qui s'opposent au bien de la religion, et à l'exécution des lois de l'Eglise.

ART. XI. Les territoires des anciennes abbayes, dites nullius, seront unis aux diocèses dans les limites desquels ils se trouveront enclavés à la nouvelle circonscription.

ART. XII. Le rétablissement du concordat qui a été suivi en France jusqu'en 1789 (stipulé par l'art. 1

de la présente convention) n'entraînera pas celui des 1817
abbayes, prieurés, et autres bénéfices qui existoient
à cette époque. Toutefois, ceux qui pourroient être
fondés à l'avenir, seront sujets aux réglemens pre-
scrits dans le dit concordat.

ART. XIII. Les ratifications de la présente con-
vention seront échangées dans un mois, ou plus-tôt,
si faire se peut.

ART. XIV. Dès que lesdites ratifications auront
été échangées, Sa Sainteté confirmera par une bulle
la présente convention, et elle publiera, aussitôt
après, une seconde bulle pour fixer la circonscription
des diocèses.

En foi de quoi, les plenipotentiaires respectifs
ont signé la présente convention, et y ont apposé
le cachet de leurs armes.

Rome 11 Juin 1817.

H. C. CONSALVI.

BLACAS D'AULPS.

6.

*Déclaration, concernant l'abolition du droit 1818
d'aubaine entre le royaume des deux Siciles
et le royaume de Wurtemberg, datée de
Stouttgart du 6 Novembre 1818.*

(Copie.)

Sa Majesté le roi du royaume des deux Siciles
ayant déclaré par un décret donné à Naples le
12 Août 1818

1. que le droit d'aubaine ne seroit plus exercé
dans le royaume des deux Siciles relativement aux
sujets, de celles d'entre les puissances qui ne l'exer-
ceroient plus vis-à-vis de sujets de Sa Majesté;

2. que les étrangers ne pourroient commencer à
jouir des effets resultans de la disposition contenue
dans l'article précédent, que du jour où la puissance
à laquelle ils appartiennent aura manifesté par une

1818 déclaration officielle de vouloir accorder la réciprocité en faveur des sujets de Sa Majesté le roi du royaume des deux Siciles;

3. que les étrangers, en faveur desquels le droit d'aubaine ne seroit plus exercé, pourroient recueillir librement les successions qui pourroient être ouvertes pour eux dans l'étendue du royaume des deux Siciles;

Et Sa Majesté le roi du royaume des deux Siciles, ayant désiré d'étendre les effets de ce décret, en faisant inviter Sa Majesté le roi de Wurtemberg d'en appliquer réciproquement les dispositions à leurs états et ayant fait connaître en même tems à Sa Majesté que, pour éviter les formalités et longueurs d'un traité solennel, elle ne desiroit de la part du gouvernement de Wurtemberg qu'une simple déclaration, par laquelle il s'engageroit à faire exécuter les dispositions du décret susmentionné pour les reconnaître réciproquement obligatoires dans les deux états;

Sa Majesté le roi de Wurtemberg pour répondre à cette invitation et pour témoigner en même tems à Sa Majesté le roi du royaume des deux Siciles son désir de satisfaire à tout ce qui peut lui être agréable, de même que pour contribuer à faciliter les rapports entre les deux états et à resserrer l'amitié existant si heureusement entre eux: a autorisé le Comte de Zeppelin, son conseiller intime et ministre des affaires étrangères à donner une déclaration, qui rende témoignage de ces sentimens, ainsi que de l'intention de Sa Majesté de répondre aux vœux de Sa Majesté le roi du royaume des deux Siciles; lequel déclare en conséquence que Sa Majesté le roi de Wurtemberg accepte la proposition qui lui a été faite par Sa Majesté le roi des deux Siciles pour l'abolition réciproque du droit d'aubaine, que par suite de cette acceptation les dispositions contenues dans le décret donné par Sa Majesté le roi du royaume des deux Siciles en date de Naples du 12 Août 1818 au sujet de l'abolition de ce droit, telles qu'elles sont exprimées plus haut, sont et demeurent obligatoires pour le gouvernement de Wurtemberg et que l'application en aura lieu dans

tous les cas en faveur et dans les intérêts des sujets 1818
de Sa Majesté le roi du royaume des deux Siciles,
de la même manière, qu'elles seront observées dans
le royaume des deux Siciles à l'égard des sujets
Wurtembergeois.

En foi de quoi cet acte a été signé par le sous-
signé et muni du cachet de ses armes.

Fait à Stouuttgart ce 6 Novembre 1818.

(Signé) *Le Comte DE ZEPPELIN.*

7.

*Concordat entre le royaume des Deux Sici-
les et le Saint-Siège, signé à Terracine
le 16 Février 1818.*

(*Le Journal de Francfort* 1818. No. 93. 94. 95.)

Au nom de la très-sainte Trinité.

S. S. le souverain Pontife Pie VII. et S. M. Ferdi-
nand I. roi du royaume des Deux Siciles, animées
d'un égal désir de réparer les desordres qui se sont
introduits dans les affaires ecclésiastiques de ce
royaume, se sont déterminés d'un commun accord
à conclure entre eux une nouvelle convention.

En conséquence S. S. le souverain Pontife Pie VII.
a nommé son plénipotentiaire S. Em. Hercule Con-
salvi, cardinal de la sainte église romaine, diacre de
St. Marie des martyrs, son secrétaire d'état;

Et S. M. le roi des Deux Siciles, S. Exc. Don
Louis de Medici, chevalier de l'ordre royal de S.
Janvier, grand'croix des ordres royaux de St. Ferdi-
nand et du mérite, de l'ordre de St. Georges, et de
l'ordre impérial de St. Etienne de Hongrie, son
conseiller et secrétaire d'état ministre des finances;

Lesquels après l'échange mutuel de leurs pleins-
pouvoirs respectifs, sont convenus des articles
suivans :

ART. I. La religion catholique-apostolique-ro-
maine est la seule religion du royaume des Deux

1818 Siciles, et elle y sera toujours conservée avec les droits, et les prérogatives qui lui appartiennent, d'après les dispositions de la providence et la sanction des canons.

ART. II. En conformité de l'article précédent, l'enseignement dans les universités royales, les collèges, les écoles soit publiques, soit privées devra être en tout conforme à la dite religion catholique.

ART. III. La nécessité de réunir plusieurs petits évêchés, dont les évêques ne peuvent point s'entretenir avec la décence convenable, ayant été reconnue dans la convention de 1741, et cette réunion, qui ne fut point exécutée alors, étant devenue maintenant plus nécessaire encore par la diminution des dites menses épiscopales et d'autres, il se fera, dans les états en deçà du Phare, de la manière convenable, et après qu'on aura demandé le consentement préalable des parties intéressées, une nouvelle circonscription des diocèses. Pour la déterminer on aura égard à la commodité des fidèles, et particulièrement à leur avantage spirituel. Parmi les sièges que l'on ne peut conserver, soit à cause de l'exiguïté des revenus, soit à cause de l'obscurité des lieux, ou pour tous autres motifs raisonnables, on conservera les plus anciens et les plus illustres comme les metropoles.

Dans les domaines au delà du Phare on conservera tous les sièges archi-épiscopaux et épiscopaux qui existent maintenant: et en outre afin de mieux pourvoir à l'avantage spirituel des fidèles, le nombre en sera augmenté.

Les territoires des abbayes qui ne font partie d'aucune diocèse, soit à cause de leur peu d'étendue, soit à cause de la modicité de leurs revenus, ou par la perte qu'elles en ont faite, seront de concert réunis aux diocèses dans lesquels ils se trouveront d'après la nouvelle circonscription.

Les abbayes consistoriales qui jouissent encore d'un revenu annuel d'environ 500 ducats, ne seront pas réunies. Les fonds de celles dont le revenu est moindre ou seront réunis à d'autres abbayes ecclésiastiques jusqu'à la concurrence de la somme indi-

quée de 500 ducats, ou il en sera disposé en faveur des chapitres et des paroisses. Cette disposition ne concerne point les commandemens des ordres militaires. 1818

ART. IV. Chaque mense épiscopale du royaume ne pourra avoir un revenu annuel au-dessous de 3000 ducats en biens-fonds et libre des impositions publiques.

S. S. de concert avec S. M. assignera le plus-tôt possible des dotations de cette espèce, en faveur des évêchés auxquels la présente disposition sera applicable.

ART. V. Chaque église archiépiscopale, ou épiscopale, aura son chapitre et son séminaire, auxquels on conservera leur dotation actuelle en biens-fonds, si elle est suffisante; on l'augmentera, si elle ne suffit pas, et même, s'il étoit nécessaire, on leur assignera une suffisante.

Chaque dignité du chapitre métropolitain de Naples n'aura pas moins de 500 ducats de revenu annuel, et celui des autres canonicats sera au moins de 400 ducats.

Les dignités des chapitres des autres églises archiépiscopales et épiscopales qui seront établies dans la nouvelle circonscription, dans la partie en deçà du Phare, ne devront pas avoir un revenu annuel au-dessous de 130 ducats, et celui des chanoines devra être au moins de 100 ducats.

Cette disposition ne comprend pas les canonicats à patronage royal, ecclésiastique et laïc, que l'on conservera dans l'état où ils sont, à moins que leurs patrons respectifs ne veuillent en augmenter les revenus dans les formes légales. Les séminaires seront réglés et leurs biens administrés d'après la teneur du concile de Trente.

ART. VI. Les revenus des églises à réunir s'appliqueront à celles que l'on conservera dans la nouvelle circonscription, à moins que d'autres cas urgens des dites églises à réunir ne demandent une autre application ecclésiastique, qui auroit lieu avec l'intervention de l'autorité du Saint Siège.

Les chapitres des églises qui ne seront point conservées dans la nouvelle circonscription, après avoir

1818 demandé d'abord le consentement des parties intéressées seront convertis en collégiales, et leurs revenus resteront dans l'état où ils se trouvent maintenant.

ART. VII. Les paroisses dont la portion congrue ne sera pas suffisante, auront un supplément de dotation, de manière que les cures au-dessous de 2000 ames n'aient pas moins de 100 ducats par ans; celles au-dessous de 5000 ames pas moins de 150 ducats, et enfin celles de 5000 ames et au-dessus, pas moins de 200 ducats par an. L'entretien de l'église paroissiale et du vicaire sera à la charge des communes respectives, dans le cas où il n'y aurait pas de revenus assignés à cette fin, et pour surêté on assignera des fonds, ou une taxe privilégiée.

Cet article ne comprend point les églises paroissiales à patronage royal, ecclésiastique et laïc, acquis canoniquement, qui seront à la charge des patrons respectifs.

ART. VIII. La collation des abbayes consistoriales qui ne sont point à patronage royal appartiendra toujours au Saint-Siège, qui les conférera aux sujets de S. M.

Les bénéfices simples de collation libre avec fondation et érection en titre ecclésiastique, seront conférés par le Saint-Siège et les évêques, suivant la distinction des mois pendant lesquels la vacance arrivera, c'est à dire de Janvier à Juillet par le Saint-Siège, et de Juillet à Janvier par les évêques. Les personnes nommées seront toujours des sujets de S. M.

ART. IX. On dressera avec soin pour le Saint-Père un état des abbayes qui sont à la nomination de S. S. et de celles qui sont à patronage royal. Ces états pourront dans la suite être rectifiés de concert.

ART. X. Les canonicats de collation libre tant des chapitres de cathedrales que des collégiales, seront conférés respectivement par le Saint-Siège et les évêques, savoir dans les six premiers mois de l'année par le Saint-Siège, et dans les six derniers par les évêques. La première dignité sera toujours à la collation libre du Saint-Siège.

ART. XI. S. S. accorde aux évêques du royaume le droit de conférer les cures qui viendront à vaquer en tous tems. Après un concours pour les cures à collation libre, les évêques les conféreront aux sujets qu'ils jugeront les plus dignes parmi ceux qui sont approuvés. Mais pour les cures à patronage ecclésiastique, ils donneront, après l'examen, l'institution à ceux que le patron ecclésiastique présentera comme les plus dignes parmi ceux qui ont été approuvés par les examinateurs. Enfin pour les cures à patronage royal et laïc, l'évêque donnera l'institution à l'ecclésiastique présenté, pourvu que lors de l'examen, il soit jugé capable. 1818

Sont exceptés les cures qui vaqueront in *curia*, ou par promotion à quelque dignité ecclésiastique, ou canoniat conféré par le Saint-Siège, et qui seront à la collation du souverain Pontife.

Tous les biens ecclésiastiques non aliénés par le gouvernement militaire, et qui, au retour de S. M., se sont trouvés dans l'administration dite du domaine, sont rendus à l'église.

Après la ratification du présent concordat, la masse desdits biens sera administrée par quatre personnes choisies, dont deux seront à la nomination de S. S., et deux à celle de S. M., et qui devront les administrer fidèlement aussi long-tems qu'on ne leur aura point donné régulièrement une destination ou une application.

ART. XIII. Une partie assez considérable de biens appartenans à l'église ayant été aliénée sous le gouvernement militaire dans les domaines en deçà du Phare; et S. M. pour s'opposer par tous les efforts possibles à l'invasion ennemie, ayant été elle-même forcée, tant à Naples avant que l'invasion des dits domaines n'ait eu lieu, que dans ceux au delà du Phare pour en empêcher l'invasion, d'aliéner une petite quantité de fonds ecclésiastiques, en assignant aux possesseurs ecclésiastiques dans les dits domaines au delà du Phare des revenus civils équivalens pour les indemniser convenablement; en conséquence d'après les instances de S. M. et ayant égard à la tranquillité publique dont la conservation importe infiniment à la religion, S. S. déclare que les pos-

1818 sesseurs des dits biens ne seront molestés en rien, ni par elle ni par les pontifes romains ses successeurs, et qu'en conséquence la propriété de ces biens, les revenus et droits y annexés, leur appartiendront d'une manière immuable et à leurs ayans cause.

ART. XIV. L'état de gêne où se trouve actuellement le patrimoine des ordres réguliers qui n'a point été aliéné et que S. M. a trouvé à son retour dans l'administration dite du domaine, ne permettant pas de rétablir toutes les maisons religieuses de l'un ou de l'autre sexe, elles seront rétablies dans le plus grand nombre compatible avec les moyens de dotation, et particulièrement les maisons de ces ordres qui s'adonnent à l'instruction de la jeunesse dans la religion, les lettres, ou au soin des malades et à la prédication.

Les biens des réguliers dotés, non aliénés, seront répartis dans une juste proportion entre les convents à rétablir, sans avoir aucun égard aux titres d'ancienne propriété, qui, en vertu du présent article, sont tous éteints.

Les bâtimens des maisons religieuses non aliénés à des usages publics, dans le cas où le manque de moyens ne permettroit pas de rétablir ces maisons, formeront partie du patrimoine des réguliers; et si cela est utile au dit patrimoine, on pourra les aliéner à condition que le prix qu'on en retirera appartiendra à ce patrimoine.

L'on augmentera le nombre des convents existans actuellement, lorsque les circonstances et les besoins de la population le demanderont.

Les revenus et les convents étant déterminés, il sera libre aux ordres réguliers dotés et aux religieuses à recevoir des novices en proportion des moyens de subsistance; les religieux mendiants pourront de même recevoir des novices.

Les dots des jeunes personnes qui prendront le voile, seront employées au profit du monastère suivant les dispositions canoniques.

Tous les religieux, tant mendiants que dotés qui seront rétablis, dépendront, comme ceux, qui existent, de leurs supérieurs généraux respectifs.

Le gouvernement continuera à payer pour le 1818 compte du trésor public à titre de patrimoine, aux religieux des ordres réguliers dotés qui seront rétablis dans les domaines en deça du Phare, lorsqu'ils auront obtenu un indult apostolique de sécularisation, et qu'ils ne seront pas pourvus de bénéfices ecclésiastiques, la pension dont ils jouissent maintenant, jusqu'à ce qu'ils soient pourvus d'un bénéfice équivalent. Le gouvernement continuera indistinctement le paiement des pensions actuelles aux religieux des couvens qu'on ne pourra pas rétablir.

ART. XV. L'Église aura le droit d'acquérir de nouvelles possessions, et quelque acquisition qu'elle fasse de nouveau, elle lui appartiendra, et cette acquisition jouira du même droit que les anciennes fondations ecclésiastiques. — Cette faculté s'entend à compter d'aujourd'hui, et sans prejudice aux effets légaux des lois d'amortissement qui sont restées en vigueur jusqu'ici, ni à l'exécution des susdites lois à l'avenir pour les acquisitions qui ne sont point encore vérifiées.

On ne pourra supprimer, on réunir aucune des fondations ecclésiastiques sans l'intervention de l'autorité du siège apostolique, sauf les facultés attribuées aux évêques par le saint concile de Trente.

ART. XVI. Les malheureuses circonstances des tems ne permettant pas que les ecclésiastiques jouissent de l'exemption des impôts publics, royaux et communaux, S. M. promet de faire cesser l'abus introduit dans les derniers tems, et d'après lequel les ecclésiastiques et leurs propriétés étoient plus grévés que les laïcs mêmes, et de suppléer par des largesses à l'avantage du clergé lors des momens heureux où l'état parviendra à une plus grande prospérité.

ART. XVII. Le mont dit *Frumentario*, établi à Naples, c'est à dire l'administration royale des dépouilles (spogli) et des revenus des menues épiscopales, des abbayes et autres bénéfices vacans, sera supprimé. Aussitôt que la nouvelle circonscription des diocèses sera exécutée, on établira dans chacun d'eux des administrations diocésaines, composées de deux chanoines que choisira le chapitre soit métro-

1818 polittain, soit épiscopal, et qu'il renouvellera de trois en trois ans à la pluralité des voix, et d'un procureur du roi que S. M. nommera.

Chacune de ces administrations sera présidée par l'évêque ou son vicaire-général, et pendant la vacance du siège par le vicaire-capitulaire. L'ordinaire et un ministre de S. M. se concerteront pour appliquer les revenus perçus pendant la vacance des sièges au bénéfice des églises, des hôpitaux et des séminaires, à des secours de charité et à d'autres usages pieux. On réservera néanmoins au profit du futur évêque la moitié des revenus des menses épiscopales vacantes.

La résolution qui a été jusqu'à présent en vigueur, de déposer au mont *Frumentario* susdit, le tiers des revenus des évêchés et bénéfices sous le nom de *terzo pensionabile*, est abrogée par le présent article, sans que pour cela les pensionnaires actuels soient privés des pensions dont ils sont en possession.

Lorsqu'il sera pourvu aux évêchés et bénéfices à la nomination royale, on continuera d'admettre la réserve des pensions suivant les formes canoniques. Les individus nommés par S. M. à ces pensions obtiendront du Saint-Siège les bulles apostoliques correspondantes, par le moyen desquelles ils seront habiles à les percevoir leur vie durant, et à leur mort, l'évêché ou le bénéfice sur lesquels cette réserve avoit eu lieu, seront délivrés de cette charge.

ART. XVIII. S. S. se réserve à perpétuité, sur les évêchés et abbayes qui seront établis dans le royaume, 12000 ducats de pension annuelle, dont le souverain Pontife disposera suivant les circonstances et à sa volonté, au profit de ses sujets de l'état ecclésiastique.

ART. XIX. Les bénéfices et abbayes situés dans le royaume des Deux-Siciles, et dont les fruits se trouvent en tout ou en partie appliqués à des ecclésiastiques, à différentes églises, collèges, monastères et maisons religieuses de Rome et des autres pays de l'état ecclésiastique, continueront à être appliqués au même usage. Cette disposition ne s'étend pas

aux bénéfices et abbayes à patronage royal, ni à celles dont les biens sont aliénés.

ART. XX. Les archevêques et les évêques seront libres dans l'exercice de leur ministère pastoral, suivant les saints canons. Ils connoîtront des causes ecclésiastiques, et principalement des causes matrimoniales, qui, suivant le 12^e canon de la 24^e session du concile de Trente, sont du ressort des juges ecclésiastiques, et ils prononceront sur les causes. Ne sont point comprises dans cette disposition les causes civiles des clercs, par exemple celles qui concernent les contrats, les dettes, les héritages, dont les juges laïcs connoîtront et sur lesquels ils prononceront définitivement.

Les archevêques et évêques soumettront aux peines établies par le saint concile de Trente ou à d'autres qu'ils jugeront convenables, les clercs qui se rendront répréhensibles, ou qui ne porteront pas l'habit clérical conforme à leur dignité et à leur ordre, sauf le recours canonique; ils les confineront dans les séminaires et des maisons religieuses. Ils emploieront également les censures contre ceux des fidèles qui transgresseroient les lois ecclésiastiques et saints canons.

Ils n'éprouveront aucun empêchement pour faire les visites de leurs diocèses respectifs pour se rendre *ad limina apostolorum*, et convoquer les synodes diocésains. Il sera également libre aux archevêques et évêques de communiquer avec le clergé et le peuple de leur diocèse, pour remplir leur devoir pastoral, de publier leurs instructions sur les affaires ecclésiastiques, de faire des ordinations, et d'ordonner des prières publiques et d'autres pieuses pratiques, quand le bien de l'église, de l'état ou du peuple le demandera. Les causes majeures sont du ressort du souverain Pontife.

ART. XXI. Les archevêques et les évêques admettront aux ordres sacrés, après l'examen prescrit, et quand ils seront pourvus d'un patrimoine suffisant ou d'un autre titre canonique, les clercs qu'ils jugeront nécessaires ou utiles à leurs diocèses, en se conformant néanmoins aux mesures et aux réglemens prescrits par le décret du pape Grégoire XV en

1818 date du 1^{er} Juillet 1623 et dans le concordat *Benedettino* chap. 4 qui a pour titre *Requisiti di Promovendi*, auxquels mesures et réglemens il n'est point dérogé par le présent concordat.

Comme il est nécessaire de pourvoir suffisamment à l'entretien de chaque ecclésiastique, lequel dans les tems actuels exige plus de dépense, les archevêques et les évêques augmenteront dorénavant le taux du patrimoine sacré à constituer en biens-fonds pour les ordinands, lequel ne pourra être ni au-dessous de cinquante ducats ni au-dessus de quatre-vingt.

L'expérience ayant démontré qu'il arrive fréquemment dans le royaume qu'en constituant les patrimoines sacrés il se fait des assignations frauduleuses, simulées, ou qui ne sont point libres soit d'hypothèques, soit d'autres charges, d'où il résulte que ceux qui sont ordonnés sur le titre de tels patrimoines, se trouvent ensuite dépourvus de moyens de subsistance; afin d'éviter à l'avenir de pareils abus, on constatera, pour la vérité du fait, d'une manière légale que le fond ou les fonds constitués par les ordinands en patrimoine sacré sont libres de toute hypothèque et de toute charge; à cet effet les autorités ecclésiastiques demanderont au tribunal civil de la province l'acte constatant la propriété et la franchise du fonds, et le tribunal ne pourra refuser de le délivrer.

Les aspirans aux ordres sacrés à titre de bénéfice ou de chapelle, devront pour être ordonnés, se constituer un certain supplément jusqu'à la concurrence du taux diocésain ci-dessus, lorsque le revenu du bénéfice ou de la chapelle sera inférieur à ce taux.

Cette disposition ne s'étend pas aux diocèses dans lesquels il auroit déjà été établi un taux patrimonial plus élevé, auquel il ne sera pas fait aucun changement.

ART. XXII. On sera libre d'appeller au Saint-Siège.

ART. XXIII. La communication des évêques, du clergé et du peuple avec le St. Siège sur toutes les matières spirituelles et les objets ecclésiastiques

sera parfaitement libre ; sont par conséquent révoqués les circulaires, lois et décrets de *liceat scribere*. 1818

ART. XXIV. Toutes les fois que les archevêques et les évêques trouveront dans les livres introduits ou qui s'introduiront, imprimés ou qui s'imprimeront dans le royaume, quelque chose de contraire à la doctrine de l'église et aux bonnes mœurs, le gouvernement n'en permettra pas la publication.

ART. XXV. S. M. supprime la charge de délégué royal de la juridiction ecclésiastique.

ART. XXVI. Le tribunal du *chapelain majeur* et sa juridiction, se renfermeront dans les limites prescrites par la constitution *Convenit* de Benoît XIV et par le *motu proprio* subséquent de ce même Pontife.

ART. XXVII. La propriété de l'église dans ses possessions et acquisitions sera sacrée et inviolable.

ART. XXVIII. En considération de l'utilité que la religion et l'église retirent du présent concordat, et pour donner une marque d'affection particulière à la personne de S. M. le roi Ferdinand, S. S. accorde à perpétuité à lui et à ses descendants catholiques successeurs au trône, l'indult de nommer des ecclésiastiques dignes, aptes et ayant les qualités requises par les saints canons, à tous ceux des archevêchés et évêchés du royaume des Deux Siciles pour lesquels S. M. ne jouissoit pas du droit de nomination ; et à cet effet S. S. fera expédier la bulle d'indult aussitôt après les ratifications du présent concordat.

S. M. fera connoître en tems dû à S. S. les personnes nommées, afin que suivant la teneur des canons, on fasse les informations nécessaires et que ces personnes obtiennent l'institution canonique suivant le mode et les formes observés jusqu'ici. Cependant avant de l'avoir obtenue, elles ne pourront en aucune manière s'immiscer dans le gouvernement ou l'administration des églises pour lesquelles elles sont nommées.

ART. XXIX. Les archevêques et évêques feront en présence de S. M. le serment de fidélité, dont

1818 voici la formule : "Je jure et promets sur les Saints-Evangiles obéissance et fidélité à Sa Majesté Royale. Je promets également que je n'aurai aucune communication, que je ne ferai partie d'aucune réunion, et que je ne conserverai, soit au-dedans soit au-dehors du royaume, aucune union suspecte, qui nuise à la tranquillité publique, et que si, tant dans mon diocèse qu'ailleurs, j'apprends qu'il se trame quelque chose au détriment de l'état, j'en préviendrai S. M."

ART. XXX. Quant aux autres ecclésiastiques dont il n'a pas été fait mention dans les articles ci-dessus, les choses seront réglées suivant la discipline de l'Eglise, et s'il survenoit quelque difficulté, S. S. et S. M. se réservent de se concerter entre elles:

ART. XXXI. Le présent concordat est substitué à toutes les lois, ordonnances et décrets émanés dans le royaume des Deux Siciles en matière de religion.

ART. XXXII. Comme il a été représenté à S. S. de la part de S. M. qu'attendu les besoins actuels des églises du royaume en deçà du Phare, et les effets produits par l'invasion ennemie, la convention de 1741 ne suffit plus pour obvier aux maux qui exigent un remède indispensable, et que d'un autre côté la partie des domaines au delà du Phare, que la dite convention n'embrasse pas, n'a besoin que de soins et que d'ailleurs les domaines en deçà et au delà du Phare ne constituant maintenant qu'un royaume, il convient de fixer une règle uniforme à observer également dans les églises des deux susdits domaines, il est convenu que le présent concordat est substitué au précédent.

ART. XXXIII. Chacune des deux hautes parties contractantes promet en son nom et en celui de ses successeurs, d'observer exactement tout ce qui est contenu dans ces articles.

ART. XXXIV. Les ratifications du présent concordat seront échangées à Rome au plus tard dans quinze jours à dater de la présente convention.

ART. XXXV. Après la ratification du présent concordat on en confiera l'exécution à deux sujets re-

commendables, dont l'un sera nommé par S. S. et 1818 l'autre par S. M. et qui seront munis des pouvoirs nécessaires par les parties contractantes.

En foi de quoi, lesdits plénipotentiaires ont souscrit le présent concordat, et y ont apposé leurs cachets.

Fait à Terracine le 16 Février 1818.

S. Em. le cardinal CONSALVI.

S. chev. L. DE MEDICI.

8.

Convention entre le royaume des Pays-Bas 1819 et le Grand-Duché de Hesse, relativement à l'abolition réciproque du droit de détraction (Jus detractus) et de l'impôt d'émigration (census emigrationis), conclue à Francfort sur Mein le 7 Janvier 1819.

(Journal officiel du royaume des Pays-Bas 1819.)

ART. I. **L**es droits connus sous le nom de Jus detractus, Gabella hereditaria et census emigrationis ne seront réciproquement plus exigés ni perçus à l'avenir, lorsqu'en cas de succession, donation, vente, émigration ou en tout autre cas, il y a lieu à une translation de biens du royaume des Pays-Bas dans les états de Son Altesse royale le Grand-Duc de Hesse, et de ceux-ci dans les états du royaume des Pays-Bas; toutes les impositions de cette nature étant abolies entre les deux pays.

ART. II. Cette disposition s'étend non seulement aux droits et autres impositions de ce genre, qui font partie des revenus publics, mais également à ceux qui jusqu'ici pourroient avoir été levés par quelques provinces, villes, juridictions, corporations, arrondissemens ou communes, de manière que les

1819 sujets respectifs, qui exporteront des biens, ou auxquels il en échoiroit à un titre quelconque dans l'un ou l'autre état, ne sont assujettis sous ces rapports, à d'autres impositions ou taxes, qu'à celles qui, soit à raison de droit de succession, de vente ou de mutation de propriété quelconque, seroient acquittées par les habitans même du royaume des Pays-Bas ou du Grand-Duché de Hesse, d'après les réglemens et ordonnances qui existent ou qui émaneront par la suite dans les deux pays.

ART. III. La présente convention est applicable non seulement à toutes les successions à échoir à l'avenir et à celles déjà dévolues, mais à toutes les translations de biens en général dont l'exportation n'a point encore été effectuée jusqu'à ce jour.

ART. IV. Comme cette convention ne regarde que les propriétés et leur libre exportation, toutes les lois relatives au service militaire restent en pleine vigueur dans les deux pays, et à ce même égard les gouvernemens contractans ne seront nullement restreints dans leur future législation.

ART. V. La présente convention sera ratifiée et les ratifications seront échangées à Francfort sur Mein dans le terme de six semaines, ou plustôt si faire se peut.

En foi de quoi, les plénipotentiaires respectifs l'ont signée et l'ont munie du cachet de leurs armes.

Fait à Francfort sur Mein le 7 Janvier 1819.

DE GRUNNE,

HARNIER.

Lieutenant - Général.

Le ministre des affaires étrangères déclare que la présente convention a été ratifiée par le gouvernement du Grand-Duché de Hesse, le 20 Janvier 1819 et par celui des Pays-Bas, le 21 Janvier même année.

A. W. C. DE NAGELL.

9.

*Convention de cartel concernant l'extradition 1819
reciproque des déserteurs, conclue entre la
Prusse et le duché d'Oldenbourg le*

*4 Nov. 1818.
12 Janv. 1819.*

(*Oldenburgische wöchentliche Anzeigen* 1819. No. 4.
und No. 5. *Gesetzsammlung für die Königlichen
Preussischen Staaten* 1819. No. 1. pag. 4.)

Zwischen Sr. Durchlaucht dem Herzoge von Oldenburg und Sr. Majestät dem Könige von Preussen ist folgende Cartel-Convention verabredet und geschlossen worden:

ART. I. Alle in Zukunft, und zwar vom Tage der Bekanntmachung der Convention angerechnet, von den Truppen Sr. Durchlaucht des Herzogs von Oldenburg und von den Armeen Sr. Majestät des Königs von Preussen desertirende Militair-Personen sollen gegenseitig ausgeliefert werden.

ART. II. Als Deserteurs werden, ohne Unterschied des Grades oder der Waffe, alle diejenigen angesehen, welche zu irgend einer Abtheilung des stehenden Heeres, oder der bewaffneten Landesmacht nach den gesetzlichen Bestimmungen eines jeden der beiden Staaten, gehören und denselben mit Eid und Pflicht verwandt sind, mit Inbegriff der bei der Artillerie oder sonstigem Fuhrwesen angestellten Knechte.

ART. III. Sollte der Fall vorkommen, daß ein Deserteur der hohen contrahirenden Mächte früher schon von einer andern Macht desertirt wäre, so wird dennoch, selbst wenn mit der letztern ebenfalls Auslieferungs-Verträge beständen, die Auslieferung stets an diejenige der hohen contrahirenden Mächte erfolgen, deren Dienst er zuletzt verlassen hat. Wenn ferner ein Soldat von den Truppen eines der pacificirenden Souverains zu denen eines Dritten und von diesen wiederum in die Lande des

1819 andern paciscirenden Souverains oder sonst zu dessen Truppen desertirt, so kommt es darauf an, ob letzterer Souverain mit jenem Dritten ein Cartel hat. Ist dieses der Fall, so wird der Deserteur dahin abgeliefert, woher er zuletzt entwichen ist, im entgegengesetzten Falle aber wird er dem paciscirenden Souverain, dessen Dienst er zuerst verlassen hat, ausgeliefert.

ART. IV. Nur folgende Fälle werden als Gründe, die Auslieferung eines Deserteurs zu verweigern, anerkannt:

- a) wenn der Deserteur aus den Staaten des jenseitigen hohen Souverains, so wie sie durch die neuesten Verträge begrenzt sind, gebürtig ist, und also vermittelt der Desertion nur in seine Heimath zurückkehrt;
- b) wenn ein Deserteur in dem Staate, in welchen er entwichen ist, ein Verbrechen begangen hat, dessen Bestrafung vor seiner Auslieferung die Landes-Gesetze erfordern. Wenn nach überstandener Strafe der Deserteur ausgeliefert wird, sollen die denselben betreffenden Untersuchungs-Acten, entweder im Original oder auszugsweise und in beglaubten Abschriften, übergeben werden, damit ermesen werden kann, ob ein dergleichen Deserteur noch zum Militair-Dienst geeignet sei, oder nicht.

Schulden oder andere von einem Deserteur eingegangene Verbindlichkeiten geben dagegen dem Staat, in welchem er sich aufhält, kein Recht, dessen Auslieferung zu versagen.

ART. V. Die Verbindlichkeit zur Auslieferung erstreckt sich auch auf Pferde, Sattel und Reitzzeug, Armatur und Montirungs-Stücke, welche von den Deserteurs etwa mitgenommen sind, und tritt auch dann ein, wenn der Deserteur selbst, nach den Bestimmungen des vorhergehenden Artikels, nicht ausgeliefert wird.

ART. VI. Um durch die möglichste Regelmäßigkeit die Auslieferung zu beschleunigen, werden beide hohe contrahirende Theile wegen bestimmter an ihren Grenzen belegenen gegenseitigen Ausliefe-

rungs-Orte übereinkommen, an welchen eine ge- 1819
genseitig bekannt zu machende Behörde mit der
Empfangnahme der Deserteurs und sofortiger Be-
zahlung aller in den nachfolgenden Artikeln 10. und
12. stipulirten Kosten beauftragt sein wird.

ART. VII. Die Auslieferung geschieht in der Re-
gel freiwillig, und ohne erst eine Requisition abzu-
warten. Sobald daher eine Militair- oder Civil-Be-
hörde einen jenseitigen Deserteur entdeckt, wird
derselbe nebst den etwa bei sich habenden Effecten,
Pferden, Waffen u. s. w. sofort, unter Beifügung
eines aufzunehmenden Protocolls, an die jenseitige
Behörde im nächsten Ablieferungs-Orte, gegen Be-
scheinigung, übergeben.

ART. VIII. Sollte aber ein Deserteur der Auf-
merksamkeit der Behörde desjenigen Staats, in wel-
chen er übergetreten ist, entgangen sein, so wird
dessen Auslieferung sogleich auf die erste desfalsige
Requisition erfolgen, selbst dann, wenn er Gelegen-
heit gefunden hätte, in dem Militair-Dienste des
gedachten Staats angestellt zu werden. Nur wenn
über die Richtigkeit wesentlicher in der Requisition
angegebenen Thatsachen, welche die Auslieferung
überhaupt bedingen solche Zweifel obwalten, daß
zuvor eine nähere Aufklärung derselben zwischen
der requirirenden und der requirirten Behörde nö-
thig wird, ist der Auslieferung Anstand zu geben.

ART. IX. Die im vorstehenden Artikel erwähn-
ten Requisitionen ergehen Oldenburgischer Seits, in
Hinsicht schon zum Dienst angenommener Deserteurs,
an das General-Commando der Provinz, worin sich
der Deserteur befindet; in allen übrigen Fällen an
die betreffende Preussische Provinzial-Regierung;
und Preussischer Seits an die Oldenburgische Regie-
rung desjenigen Landes, in welchem der Deserteur
oder Ausgetretene sich aufhält.

ART. X. An Unterhaltungs-Kosten werden der
ausliefernden Seite für jeden Deserteur vom Tage
seiner Verhaftung an, bis zum Tage der Ansliefe-
rung einschließlic, für den Tag drei Groschen
Preussisch Courant, für ein Pferd aber täglich sechs
Pfund Hafer, acht Pfund Heu und drei Pfund Stroh,

1819 Berliner Gewicht, den Centner zu 110 Pfund, gut gethan.

Die Berechnung der Futter-Kosten geschieht nach den Marktpreisen des Orts oder der nächsten Stadt, wo die Arretirung geschehen ist, und die Bezahlung erfolgt ohne die geringste Schwierigkeit gleich bei der Auslieferung.

Wenn auf die auszuliefernden Deserteurs nach ihrer zum Zweck der Auslieferung erfolgten Verhaftung wegen Krankheit höhere Verpflegungs-Kosten haben verwendet werden müssen, so werden diese ebenfalls sogleich bei der Auslieferung, jedoch auf den Grund einer mitzutheilenden besondern Berechnung, erstattet.

ART. XI. Aufser diesen Kosten und der im nachfolgenden Art. 12. bemerkten Belohnung, kann ein mehreres unter irgend einem Vorwand, wenn auch gleich der auszuliefernde Mann unter den Truppen des Souverains, der ihn auszuliefern hat, angeworben sein sollte, etwa wegen des Handgeldes, genossener Löhnung, Bewachung und Fortschaffung, oder wie es sonst Namen haben möchte, nicht gefordert werden.

ART. XII. Dem Unterthan, welcher einen Deserteur einliefert, soll eine Gratification von Fünf Thalern Preuss. Courant für einen Mann ohne Pferd, und von Zehn Thalern Preuss. Courant für einen Mann mit dem Pferde gereicht, von dem ausliefernden Theile vorgeschossen und sofort bei der Auslieferung wieder erstattet werden. In Rücksicht anderer angetretenen Militairpflichtigen, die nicht nach Art. 2. in die Classe der eigentlichen Deserteurs gehören, fällt dieses Cartel-Geld weg.

ART. XIII. Ueber den Empfang der Art. 10. und 12. gedachten Kosten- und Gratifications-Erstattung hat die ausliefernde Behörde zu quittiren. Des etwa nicht sofort auszumittelnden Betrages der zu erstattenden Unkosten halber ist aber die Auslieferung des Deserteurs, wenn derselben sonst kein Bedenken entgegensteht, nicht aufzuhalten.

ART. XIV. Allen Behörden, besonders den Grenz-Beörden, wird es strenge zur Pflicht gemacht wer-

den, auf die jenseitigen Deserteurs ein wachsames 1819
Auge zu haben, und daher einen jeden, aus dessen
Aussagen, Kleidung, Waffen oder anderen Anzeichen
sich ergibt, daß er ein solcher Deserteur sei, so-
gleich, ohne erst eine Requisition deshalb abzuwar-
ten, unter Aufsicht zu stellen, oder nach Umstän-
den zu verhaften.

ART. XV. Alle nach der Verfassung der beider-
seitigen Staaten, Reserve- oder Landwehr- und über-
haupt militairpflichtige Unterthanen, welche sich
von Zeit der Publication dieser Convention an, in
die Lande des andern Souverains, oder zu dessen
Truppen begeben, sind, auf vorgängige Reclamation,
der Auslieferung ebenfalls unterworfen, und es soll
mit dieser Auslieferung im übrigen, sowohl in Hin-
sicht der dabei zu beobachtenden Form, als auch
wegen der zu erstattenden Verpflegungskosten eben-
so gehalten werden, wie es wegen der Auslieferung
militairischer Deserteurs in dieser Convention be-
stimmt ist.

Bei allen solchen Auslieferungen aber, welche
von der Obrigkeit auf jenseitige Requisition bewirkt
werden, wird ein Cartelgeld nicht entrichtet.

ART. XVI. Diejenigen Individuen, welche nach
den Gesetzen eines jeden der pacificirenden Staaten
im militairpflichtigen Alter sind und bei Ueberschrei-
tung der gegenseitigen Grenzen, ohne eine hin-
reichende Legitimation verzeigen zu können, den
Verdacht auf sich ziehen, daß sie sich der Militair-
pflicht gegen ihren Staat entziehen wollen, sollen
sofort zurückgewiesen, und dergleichen Personen
weder Aufenthalt noch Zuflucht in dem jenseitigen
Staate gestattet werden.

ART. XVII. Den beiderseitigen Behörden und
Unterthanen wird strenge untersagt werden, Deser-
teurs oder solche Militairpflichtige, die ihre des-
falsige Befreiung nicht hinlänglich nachweisen kön-
nen, zu Kriegs- Diensten anzunehmen, deren Aufent-
halt zu verheimlichen, oder dieselben, um sie etwai-
gen Réclamationen zu entziehen, in entferntere Gegen-
den zu befördern. Auch soll es nicht gestattet wer-
den, daß von irgend einer fremden Macht derglei-

1819 chen Individuen innerhalb der Staaten der hohen Souverains angeworben werden.

ART. XVIII. Wer sich der wissentlichen Verhellung eines Deserteurs oder Militairpflichtigen und der Beförderung der Flucht desselben schuldig macht, wird mit einer nachdrücklichen Geld - oder Gefängnißstrafe belegt.

ART. XIX. Gleichmäfsig wird es den Unterthanen beider hohen Contrahirenden untersagt werden, von einem jenseitigen Deserteur Pferde, Sattel und Reitzzeug, Armatur und Montirungsstücke zu kaufen, oder sonst an sich zu bringen. Der Uebertreter dieses Verbots wird nicht allein zur Herausgabe dergleichen an sich gebrachter Gegenstände, ohne den mindesten Ersatz, oder zu Erstattung des Werthes angehalten, sondern noch überdies mit willkührlicher Geld - oder Gefängniß - Strafe belegt werden, wenn bewiesen wird, daß er wissentlich von einem Deserteur etwas gekauft oder an sich gebracht hat.

ART. XX. Indem auf diese Art eine regelmäfsige Auslieferung der gegenseitigen Deserteurs und Militairpflichtigen eingeleitet ist, wird jede eigenmächtige Verfolgung eines Deserteurs auf jenseitigem Gebiete, als eine Verletzung des letztern, streng untersagt, und sorgfältig vermieden werden. Wer sich dieses Vergehens schuldig macht, wird, wenn er dabei betroffen wird, sogleich verhaftet und zur gesetzlichen Bestrafung an seine Regierung abgeliefert werden.

ART. XXI. Als eine Gebiets - Verletzung ist jedoch nicht anzusehen, wenn von einem Commando, welches einen oder mehrere Deserteurs bis an die Grenze verfolgt, ein Commandirter in das jenseitige Gebiet gesandt wird, um der nächsten Orts - Obrigkeit die Desertion zu melden.

Diese Obrigkeit muß vielmehr, wenn der Deserteur sich in ihrem Bereiche findet, denselben sofort verhaften, und wird in diesem Falle, wie überhaupt jedesmal, wenn ein Deserteur von der Obrigkeit verhaftet wird, kein Cartelgeld gezahlet. Der Commandirte darf sich aber keinesweges an den Deserteur vergreifen, widrigenfalls er nach Art. XX. zu behandeln ist.

ART. XXII. Jede gewaltsame oder heimliche An- 1819
werbung im jenseitigen Territorio, Verführung jenseitiger Soldaten zur Desertion, oder anderer Unterthanen zum Austreten mit Verletzung ihrer Militairpflicht, ist strenge untersagt. Wer eines solchen Beginns wegen in dem Staate, wo er sich dessen schuldig gemacht, ergriffen wird, ist der gesetzlichen Bestrafung desselben unterworfen. Wer sich aber der Bestrafung durch die Flucht entzieht, oder von seinem Vaterlande aus auf obige Art auf jenseitige Unterthanen zu wirken sucht, wird auf desfallsige Requisition in seinem Vaterlande zur Untersuchung und nachdrücklichen Strafe gezogen werden.

ART. XXIII. Diejenigen, welche vor Bekanntmachung dieser Convention von den Truppen des einen der hohen contrahirenden Theile desertirt sind, und entweder bei denen des andern Souverains Militair-Dienste genommen haben, oder sich, ohne dergleichen wieder ergriffen zu haben, in dessen Landen aufhalten, sind der Reclamation und Auslieferung nicht unterworfen.

ART. XXIV. Den Landeskindern beider Theile, welche zur Zeit der Publication wirklich in dem Militair-Dienst des andern Souverains sich befinden, soll die Wahl frei stehen, entweder in ihren Geburtsort zurück zu kehren, oder in den Diensten, in welchen sie sich befinden, zu bleiben. Doch müssen sie sich längstens binnen Einem Jahre nach der Publication gegenwärtiger Convention desfalls bestimmt erklären, und es soll denjenigen, welche in ihre Heimath zurückkehren wollen, der Abschied unweigerlich ertheilt werden.

Bei freiwilligen Capitulanten treten diese Bestimmungen erst nach der Capitulation ein.

ART. XXV. Gegenwärtige Convention wird von den hohen Contrahirenden beiderseits zu gleicher Zeit zur genauesten Befolgung publicirt werden, und ist gültig und geschlossen auf Sechs Jahre, mit stillschweigender Verlängerung bis zu erfolgender Aufkündigung, welche sodann jedem der hohen contrahirenden Theile ein Jahr voraus frei steht.

1819 Wenn auf dem Bundestage jedoch allgemeine Beschlüsse gefaßt würden, welche mit den vorstehenden Bestimmungen unvereinbar sind, so wird das Bundesschlussmäßige Verfahren künftig an die Stelle treten.

So geschehen und unterzeichnet Oldenburg den 4ten November 1818.

Herzoglich Holstein - Oldenburgisches Cabinets-Ministerium.

Ad mandatum speciale serenissimi Ducis,

V. BRANDENSTEIN.

10.

Déclaration, concernant l'abolition du droit de détraction et de traite-foraine entre la Prusse et la principauté de Schaumbourg-Lippe; publiée à Berlin le 20 Février 1819.

(Gesetzsammlung für die Königlichen Preussischen Staaten 1819. No. 3. p. 52.).

Nachdem die Königlich Preussische Regierung mit der Fürstlich Schaumburg-Lippeschen Regierung dahin übereingekommen ist, gegenseitig den Abschofs und das Abfahrtsgeld, auch in Beziehung auf die nicht zum deutschen Bunde gehörigen Preussischen Provinzen, nach ihrem gegenwärtigen und künftigen Umfange, aufzuheben; so erklären beide gedachte Regierungen hiermit, daß sie, statt einer besondern Uebereinkunft dieserhalb, lediglich den Inhalt des im Protocolle der deutschen Bundesversammlung vom 23ten Juni 1817 befindlichen Beschlusses, wegen der unter sämtlichen deutschen Bundesstaaten festgesetzten Nachsteuer- und Abzugsfreiheit, auch auf die nicht zum deutschen Bunde gehörigen Preussischen Provinzen, nach ihrem gegenwärtigen und künftigen Umfange, ausdehnen wollen.

Gegenwärtige, im Namen Sr. Majestät des Königs 1819 von Preussen, und Sr. Durchlaucht des Fürsten von Schaumburg-Lippe, zweimal gleichlautend ausgefertigte Erklärung soll, nach erfolgter gegenseitiger Auswechslung, sogleich Kraft und Wirksamkeit erhalten, und in den beiderseitigen Landen öffentlich bekannt gemacht werden.

Gegeben Berlin, den 20ten Februar 1819.

Königl. Preuss. Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten.

Graf VON BERNSTORFF.

11.

Convention entre la Prusse et la Hesse grand-ducale, concernant la réception réciproque des vagabonds, signée le 23 Février 1819.

(Gesetzsammlung für die Königlichen Preussischen Staaten 1819. No. 11. p. 132.)

Zwischen der Königlich Preussischen und der Großherzoglich Hessischen Regierung ist unterm 23sten Februar d. J. wegen wechselseitiger Uebnahme der Vagabunden und Ausgewiesenen eine Uebereinkunft geschlossen worden, welche mit der durch die Gesetzsammlung pro 1818 sub No. 478 publicirten dergleichen Convention mit dem Königreiche Baiern vom 31sten Mai 1818, mit Ausnahme des in der Anlage besonders abgedruckten Artikels 12, völlig gleichlautend ist.

Nachdem diese Convention, welche vom Tage gegenwärtiger Bekanntmachung an in Kraft tritt, hierdurch zur allgemeinen Kenntniß gebracht wird, ist es der Wille Seiner Majestät des Königs, daß dieselbe von allen Militair- und Civil-Behörden, wie auch von sämmtlichen Allerhöchst-Ihren Un-

1819 terthanen. in allen Stücken auf das Genaueste befolgt werde.

Berlin den 30sten April 1819.

Königl. Preuss. Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten.

Graf VON BERNSTORFF.

Auszug aus der unterm 23ten Februar mit der Großherzoglich Hessischen Regierung abgeschlossenen Uebereinkunft wegen gegenseitiger Uebernahme der Vagabunden und Ausgewiesenen.

ART. XII. Rücksichtlich der Uebernahmorte für die beiderseitigen Rheinlande, wird auf die, zwischen den beiderseitigen Provinzial- Behörden bereits getroffenen oder künftig noch zu verabredenden Correspondenztags- Einrichtungen hiermit Bezug genommen. In solchen Fällen, wo aus und nach anderen Provinzen der beiden hohen contrahirenden Theile der Transport von Vagabunden erforderlich wird, werden letztere an die nächste Polizeibehörde desjenigen zwischen liegenden Staats abgeliefert, durch dessen Gebiet der grade Weg vom Orte der Ergreifung aus nach der Grenze des zur Uebernahme verpflichteten Staats führt.

12.

Déclaration concernant l'abolition du droit de détraction et de traite-foraine entre la Prusse et la principauté de Lippe-Detmold, publiée à Berlin le 6 Mars 1819.

(Gesetzsammlung für die Königlichen Preussischen Staaten 1819. No. 6. p. 69.)

Nachdem die Königlich Preussische Regierung mit der Fürstlich Lippischen vormundschäftlichen Regierung dahin übereingekommen ist, gegenseitig den

Abschofs und das Abfahrtsgehd, auch in Beziehung 1819 auf die nicht zum deutschen Bunde gehörigen Preussischen Provinzen, nach ihrem gegenwärtigen und künftigen Umfange aufzuheben, so erklären beide gedachte Regierungen hiermit, daß sie, statt einer, besonderen Uebereinkunft dieserhalb, lediglich den Inhalt des im Protocolle der deutschen Bundesversammlung vom 23sten Juni 1817 befindlichen Beschlusses, wegen der unter sämmtlichen deutschen Bundesstaaten festgesetzten Nachsteuer- und Abzugsfreiheit, auch auf die nicht zum deutschen Bunde gehörigen Preussischen Provinzen, nach ihrem gegenwärtigen und künftigen Umfange, ausdehnen wollen.

Gegenwärtigo, im Namen Sr. Majestät des Königs von Preußen und Ihro Durchlaucht, der Fürstin Vormünderin und Regentin zur Lippe, zweimal gleichlautend ausgefertigte Erklärung soll, nach erfolgter gegenseitiger Auswechselung, sogleich Kraft und Wirksamkeit erhalten und in den beiderseitigen Landen öffentlich bekannt gemacht werden.

Gegeben Berlin, den 6ten März 1819.

Königl. Preuss. Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten.

Graf VON BERNSTORFF.

Une déclaration absolument semblable a été publiée par rapport à l'abolition du droit de détraction et de traite - foraine

13.

1. *entre la Prusse et la principauté de Hohenzollern-Sigmaringen, en date du 6 Mars 1819.*

(Gesetzsammlung für die Königlichen Preussischen Staaten 1819. No. 6. p. 70.)

14.

1819 2. entre la Prusse et la ligne cadette des princes de Reufs - Plauen, en date du 15 Mars 1819.

(*Gesetzsammlung für die Königlichen Preussischen Staaten* 1819. No. 6. p. 71.)

15.

3. entre la Prusse et la ligne ainée des princes de Reufs, en date du 22 Mars 1819.

(*Gesetzsammlung für die Königlichen Preussischen Staaten* 1819. No. 6. p. 72.)

16.

4. entre la Prusse et la principauté de Lichtenstein, en date du 29 Mars 1819.

(*Gesetzsammlung für die Königlichen Preussischen Staaten* 1819. No. 7. p. 76.)

17.

5. entre la Prusse et la régence de Hesse Hombourg, en date du 16 Avril 1819.

(*Gesetzsammlung für die Königlichen Preussischen Staaten* 1819. No. 8. p. 80.)

18.

et 6. entre la Prusse et la principauté de Hohenzollern - Hechingen, en date du 23 Septembre 1819.

(*Gesetzsammlung für die Königlichen Preussischen Staaten* 1819. No. 20. p. 217.)

19.

*Publication concernant l'abolition du droit 1819
d'aubaine entre le royaume des deux Siciles
et le duché d'Oldenbourg, du 29 Mars
1819.*

(Copie.)

Seine Majestät der König beider Sicilien haben durch ein Decret vom 12ten Aug. 1818 das Heimfallsrecht (droit d'aubaine, jus albinagii) in dem Königreiche beider Sicilien in Beziehung auf diejenigen Staaten aufgehoben, welche diese Aufhebung gleichmäfsig rücksichtlich des gedachten Königreichs verfügen würden. Wenn gleich jenes Recht in den hiesigen Landen niemals ausgeübt ist, so haben doch Seine Herzogliche Durchlaucht mittelst höchster Declaration vom 16ten Febr. d. J., dessen Nicht-Anwendbarkeit auf die Unterthanen des Königreichs beider Sicilien besonders zu bestätigen gernhet, welches daher hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht wird.

Oldenburg, aus der Regierung, den 29sten März 1819.

V. BRANDENSTEIN. MENTZ. RUNDE. SUDEN.
JÜRGENS.

V. KETTLER.

1819 *Déclaration concernant l'abolition des fraix de justice en matières criminelles, concertée entre la Prusse et le Grand-Duché de Saxe-Weimar, en date du 31 Mars 1819.*

(Gesetzsammlung für die Königlichen Preussischen Staaten 1819. No. 8. p. 79.)

Die Königlich Preussische Regierung und die Großherzoglich Sachsen-Weimar-Eisenachsche Regierung sind mit einander dahin übereingekommen und erklären hiermit:

dafs in allen Untersuchungssachen, wo wegen Unvermögenheit des Inculpaten die Kosten niedergeschlagen werden müssen, keine andere Kosten, als die baaren Auslagen: für Atzung, Transport, Porto und Copialien, von den gegenseitigen Preussischen und Weimarschen, sowohl unmittelbaren als Patrimonialgerichten berechnet und erstattet werden sollen.

Gegenwärtige Erklärung soll, nachdem sie in gleichlautenden Exemplaren, von dem Königlich Preussischen Ministerium vollzogen und ausgewechselt worden, durch öffentliche Bekanntmachung in den beiderseitigen Landen Kraft und Wirksamkeit erhalten.

Berlin, den 31sten März 1819.

Königl. Preuss. Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten.

Graf VON BERNSTORFF.

*Cartel entre l'Hanovre et le duché de Bruns. 1819
vic, concernant l'extradition réciproque des
déserteurs, publié le 5 Avril 1819.*

*(Gesetz - Sammlung für das Königreich Hannover
1819. Abthl. 1. No. 6. p. 13.)*

Georg, Prinz Regent, im Namen und von wegen
Seiner Majestät, Georg des Dritten, von Gottes Gna-
den, Königs des vereinigten Reichs Großbritannien
und Irland u. s. w. auch Königs von Hannover,
Herzogs zu Braunschweig und Lüneburg u. s. w.

Demnach zwischen Unserm Cabinets - Ministerio
und dem Herzoglich Braunschweig - Lüneburgschen
Geheimen Raths - Collegio über die gegenseitige Aus-
lieferung der Deserteurs und sonst ausgetretenen
Militair - und Landwehrpflichtigen Einwohner eine
Convention abgeschlossen ist, welche von Wort zu
Wort lautet wie folgt:

ART. I. Alle in Zukunft und zwar vom 1sten
Mai, als dem Tage der Publication gegenwärtiger
Convention angerechnet, von den Armeen der bei-
den hohen contrahirenden Theile, unmittelbar oder
mittelbar in des andern Lande oder zu dessen Trup-
pen, wenn diese auch außerhalb ihres Vaterlandes
sich befinden sollten, desertirende Militair - Perso-
nen sollen gegenseitig ausgeliefert werden.

ART. II. Als Deserteurs werden, ohne Unter-
schied des Grades oder der Waffe, alle diejenigen
angesehen, welche zu irgend einer Abtheilung des
stehenden Heeres oder der bewaffneten Landesmacht,
nach den gesetzlichen Bestimmungen eines jeden der
beiden Staaten gehören, und denselben mit Eid
und Pflicht verwandt sind, mit Inbegriff der bei der
Artillerie oder sonstigem Fuhrwesen angestellten
Knechte.

ART. III. Sollte der Fall vorkommen, daß ein
Deserteur der hohen contrahirenden Mächte früher
schon von einer andern Macht desertirt wäre: so

1819 wird dennoch, selbst wenn mit der letztern ebenfalls Auslieferungs-Verträge beständen, die Auslieferung stets an diejenige der hohen contrahirenden Mächte erfolgen, deren Dienste er zuletzt verlassen hat. Wenn ferner ein Soldat von den Truppen eines der hohen paciscirenden Souverains zu denen eines dritten, und von diesem wiederum in die Lande des andern paciscirenden Souverains oder sonst zu dessen Truppen desertirt: so kommt es darauf an, ob letzterer Souverain mit jenem dritten ein Cartel hat. Ist dieses der Fall, so wird der Deserteur dahin abgeliefert, woher er zuletzt entwichen ist; im entgegengesetzten Falle aber wird er dem paciscirenden Souverain, dessen Dienste er zuletzt verlassen hat, ausgeliefert.

ART. IV. Nur folgende Fälle werden als Gründe, die Auslieferung eines Deserteurs zu verweigern, anerkannt:

a. wenn der Deserteur aus dem Staate des jenseitigen hohen Souverains, sowie sie durch die neuesten Verträge begrenzt sind, gebürtig ist, und also mittelst der Desertion nur in seine Heimath zurückkehrt;

b. wenn ein Deserteur in dem Staate, in welchen er entwichen ist, ein Verbrechen begangen hat, dessen Bestrafung vor seiner Auslieferung die Landes-Gesetze erfordern.

Wenn nach überstandener Strafe der Deserteur ausgeliefert wird, sollen die denselben betreffenden Untersuchungs-Acten, entweder im Original oder Auszugsweise und in beglaubten Abschriften, übergeben werden, damit ermessen werden kann, ob ein dergleichen Deserteur noch zum Militairdienst geeignet sei oder nicht. Schulden oder andere von einem Deserteur eingegangene Verbindlichkeiten geben dagegen dem Staate, in welchem er sich aufhält, kein Recht, dessen Auslieferung zu versagen.

ART. V. Die Verbindlichkeit zur Auslieferung erstreckt sich auch auf die Pferde, Sattel- und Reitzeng, Armatur- und Montirungs-Stücke, welche von dem Deserteur etwa mitgenommen, und bei seiner Verhaftung bei ihm gefunden worden, oder

auch nach der näheren Bestimmung des Art. 20 in 1819 den Händen dritter Personen sich befinden sollten. Dies tritt auch dann ein, wenn der Deserteur selbst, nach den Bestimmungen des vorhergehenden Artikels, nicht ausgeliefert wird.

ART. VI. Um durch die möglichste Regelmäßigkeit die Auslieferung zu beschleunigen, ist die Uebereinkunft getroffen, daß die Ablieferung jederzeit an die nächst befindliche jenseitige Obrigkeit geschehen und von derselben, bei der Empfangnahme des Deserteurs, auch die sofortige Bezahlung der in den nachfolgenden Artikeln 11 und 12 stipulirten Kosten verfügt werden soll.

ART. VII. Die Auslieferung geschieht in der Regel freiwillig, und ohne erst eine Requisition abzuwarten. Sobald daher eine Militair- oder Civil-Behörde einen jenseitigen Deserteur entdeckt, wird derselbe nebst den etwa bei sich habenden Effecten, Pferden, Waffen, und sofort, unter Beifügung eines aufzunehmenden Protocols, an die jenseitige Behörde, im nächsten Ablieferungs-Orte, gegen Bescheinigung übergeben.

ART. VIII. Sollte aber ein Deserteur der Aufmerksamkeit der Behörden desjenigen Staats, in welchen er übergetreten ist, entgangen sein: so wird dessen Auslieferung sogleich auf die erste desfallsige Requisition erfolgen, selbst dann, wenn er Gelegenheit gefunden hätte, in dem Militair-Dienste des gedachten Staats angestellt zu werden. Nur wenn über die Richtigkeit wesentlicher, in der Requisition angegebener Thatsachen, welche die Auslieferung überhaupt bedingen, solche Zweifel obwalten, daß zuvor eine nähere Aufklärung derselben zwischen der requirirenden und der requirirten Behörde nöthig wird, ist der Auslieferung Anstand zu geben.

ART. IX. Die im vorstehenden Artikel erwähnten Requisitionen ergehen Königlich Hannoverischer Seits an das Herzoglich Braunschweigische Geheime Raths-Collegium, und Herzoglich Braunschweigischer Seits an das Königliche General-Commando zu Hannover, oder an die Provinzial-Regierung der Provinz, wohin der Deserteur sich begeben hat. Von den Militair-Behörden werden diejenigen De-

1819 serteurs, welche etwa zum Dienste angenommen sein sollten, von den Civil-Behörden aber diejenigen, bei denen dies nicht der Fall ist, ausgeliefert.

ART. X. Sollten zwischen Seiner Majestät, dem Könige von Hannover und andern deutschen Bundes-Staaten, welche durch den Herzoglich Braunschweigischen Staat von dem Hannoverschen Gebiete getrennt sind, Cartel-Conventionen bestehen oder noch geschlossen werden, in deren Folge Auslieferungs-Fälle Hannoverischer Deserteurs vorkommen: so sind die Herzoglich Braunschweigischen Behörden verpflichtet, dergleichen Deserteurs von solchen hinterliegenden dritten Staaten anzunehmen und den weitem Transport nach den in Gemäfsheit des Artikels 6 zu bestimmenden Hannoverischen Ablieferungs-Orten in eben der Art zu veranstalten, als ob solche Deserteurs innerhalb des Herzoglich Braunschweigischen Staats selbst zuerst ergriffen worden wären. Eine gleiche Verpflichtung findet auf Seiten der Königlich Hannoverischen Behörden statt, wenn in ähnlichen Fällen, auf den Grund zwischen der Herzoglich Braunschweigischen Regierung und anderen deutschen Bundes-Staaten bestehenden Cartel-Conventionen, Herzoglich Braunschweigische Deserteurs das Königlich Hannoverische Gebiet passiren müssen, um ihre Auslieferung zu bewirken.

ART. XI. An Unterhaltungs-Kosten werden der ausliefernden Macht für jeden Deserteur, vom Tage seiner Verhaftung bis zum Tage der Auslieferung einschließlic, für jeden Tag Drei gute Groschen Conventions-Münze, für ein Pferd aber täglich Sechs Pfund Hafer, Acht Pfund Heu und Drei Pfund Stroh, Berliner Gewicht, den Centner zu Einhundert und Zehn Pfund, gut gethan. Die Berechnung der Futterkosten geschieht nach den Marktpreisen des Orts oder der nächsten Stadt, wo die Arretirung geschehen ist und die Bezahlung erfolgt ohne die geringste Schwierigkeit, gleich bei der Auslieferung.

ART. XII. Aufser diesen Kosten und der im nachfolgenden Artikel 13 bemerkten Belohnung, kann ein Mehreres unter irgend einem Vorwande, wenn auch gleich der auszuliefernde Mann unter den Truppen des Souverains, der ihn auszuliefern hat,

angeworben sein sollte, etwa wegen des Handgeldes, 1819 genossener Löhnung, Bewachung und Fortschaffung oder wie es sonst Namen haben möchte, nicht gefordert werden.

ART. XIII. Dem Unterthanen, welcher einen Deserteur einliefert, imgleichen den Polizei- und obrigkeitlichen Unterbedienten, so wie auch den Land- Dragonern, von welchen, ohne vorgängigen Auftrag, ein Deserteur angehalten und abgeliefert wird, soll eine Gratification von Fünf Thaler Conventions-Münze für einen Mann ohne Pferd, und von Zehn Thaler Conventions-Münze für einen Mann mit dem Pferde gereicht, von dem ausliefernden Theile vorgeschossen und sofort bei der Auslieferung wieder erstattet werden. In Ansehung anderer ausgetretenen Militairpflichtigen, die nicht nach Artikel 2 in die Classe der eigentlichen Deserteurs gehören, fällt dieses Cartel-Geld weg.

ART. XIV. Ueber den Empfang der Artikel 11 und 13 gedachten Kosten- und Gratifications-Erstattung hat die ausliefernde Behörde zu quittiren. Des etwa nicht sofort auszumittelnden Ertrags der zu erstattenden Unkosten halber ist aber die Auslieferung des Deserteurs, wenn derselben sonst kein Bedenken entgegensteht, nicht aufzuhalten.

ART. XV. Allen Behörden, besonders den Grenz- Behörden wird es strenge zur Pflicht gemacht werden, auf die jenseitigen Deserteurs ein wachsames Auge zu haben, und daher einen jeden, aus dessen Aussagen, Kleidung, Waffen oder andern Anzeigen sich ergibt, daß er ein solcher Deserteur sei, sogleich ohne erst eine Requisition deshalb abzuwarten, unter Aufsicht zu stellen, oder nach Umständen zu verhaften.

ART. XVI. Alle, nach der Verfassung der beiderseitigen Staaten, Reserve- oder Landwehr- und überhaupt militairpflichtige Unterthanen, welche sich, von Zeit der Publication dieser Convention an, in die Lande des andern Souverains oder zu dessen Truppen begeben, sind, jedoch nur auf vorgängige Reclamation, der Auslieferung ebenfalls unterworfen, und es soll mit dieser Auslieferung im übrigen, sowohl in Hinsicht der dabei zu beobach-

1819 tenden Form, als auch wegen der zu erstattenden Verpflegungs-Kosten, eben so gehalten werden, wie es wegen der Auslieferung militairischer Deserteurs in dieser Convention bestimmt ist. Bei allen solchen Auslieferungen aber, welche von der Obrigkeit auf jenseitige Requisition bewirkt werden, wird ein Cartel-Geld nicht entrichtet.

ART. XVII. Diejenigen Individuen, welche nach den Gesetzen eines jeden der pacificirenden Staaten im militairpflichtigen Alter sind, und bei Ueberschreitung der gegenseitigen Grenzen, ohne einen obrigkeitlichen Pass oder eine sonstige hinreichende Legitimation vorzeigen zu können, den Verdacht auf sich ziehen, dafs sie sich der Militair-Pflicht gegen ihren Staat entziehen wollen, sollen sofort zurückgewiesen, und dergleichen Personen weder Aufenthalt, noch Zuflucht in dem jenseitigen Staate gestattet werden.

ART. XVIII. Den beiderseitigen Behörden und Unterthanen wird strenge untersagt werden, Deserteurs, oder solche Militairpflichtige, die ihre desfallsige Befreiung nicht hinlänglich nachweisen können, zu Kriegs-Diensten anzunehmen, deren Aufenthalt zu verheimlichen, oder dieselben, um sie etwanigen Reclamationen zu entziehen, in entferntere Gegenden zu befördern. Auch soll es nicht gestattet werden, dafs von irgend einer fremden Macht dergleichen Individuen innerhalb der Staaten der hohen Souverains angeworben werden.

ART. XIX. Wer sich der wissentlichen Verhelfung eines Deserteurs oder Militairpflichtigen und der Beförderung der Flucht desselben schuldig macht, wird mit einer nachdrücklichen Geld- oder Gefängniß-Strafe belegt.

ART. XX. Gleichmäfsig wird es den Unterthanen beider hohen contrahirenden Mächte untersagt werden, von einem jenseitigen Deserteure Pferde, Sattel- und Reitzzeug, Armatur- und Montirungsstücke zu kaufen, oder sonst an sich zu bringen. Der Uebertreter dieses Verbots wird nicht allein zur Herausgabe dergleichen an sich gebrachter Gegenstände, ohne den mindesten Ersatz, oder zu Erstattung des Werths angehalten, sondern noch überdem mit willkühlicher Geld- oder Gefängniß-

strafe belegt werden, wenn bewiesen wird, daß er 1819 wissentlich von einem Deserteur etwas an sich gebracht oder gekauft hat.

ART. XXI. Indem auf diese Art eine regelmäßige Auslieferung der gegenseitigen Deserteurs und Militairpflichtigen eingeleitet ist, wird jede eigenmächtige Verfolgung eines Deserteurs auf jenemseitigem Gebiete, als eine Verletzung des letztern streng untersagt, und sorgfältig vermieden werden. Wer sich dieses Vergehens schuldig macht, wird, wenn er dabei betroffen wird, sogleich verhaftet, und zur gesetzlichen Bestrafung an seine Regierung abgeliefert werden.

ART. XXII. Als eine Gebiets-Verletzung ist jedoch nicht anzusehen, wenn von einem Commando, welches einen oder mehrere Deserteurs an die Grenze verfolgt, ein Commandirter in das jenseitige Gebiet gesandt wird, um der nächsten Orts-Obrigkeit die Desertion zu melden. Diese Obrigkeit muß vielmehr, wenn der Deserteur sich in ihrem Bereiche findet, denselben sofort verhaften, und wird in diesem Falle, wie überhaupt jedesmahl, wenn ein Deserteur von der Obrigkeit verhaftet wird, kein Cartelgeld bezahlt. Der Commandirte darf sich aber keineswegs an dem Deserteur vergreifen, widrigenfalls er nach Art. 21 zu behandeln ist.

ART. XXIII. Jede gewaltsame oder heimliche Anwerbung im jenseitigen Territorio, Verführung jen-eitiger Soldaten zur Desertion oder anderer Unterthanen zum Austreten, mit Verletzung ihrer Militair-Pflicht, ist streng untersagt. Wer eines solchen Beginnens wegen, in dem Staate, wo er sich dessen schuldig gemacht, ergriffen wird, ist der gesetzlichen Bestrafung desselben unterworfen. Wer sich aber dieser Bestrafung durch die Flucht entzieht, wird auf desfallsige Requisition in seinem Vaterlande zur Untersuchung und nachdrücklichen Strafe gezogen werden.

ART. XXIV. Diejenigen, welche vor Bekanntmachung dieser Convention von den Truppen der hohen contrahirenden Mächte desertirt sind und entweder bei der Armee des andern Souverains Militair-Dienste genommen haben, oder sich, ohne dergleichen wiederum ergriffen zu haben, in dessen

1819 Lande aufhalten, sind der Reclamation und Auslieferung nicht unterworfen.

ART. XXV. Den Landes-Kindern beider Theile, welche zur Zeit der Publication wirklich in dem Militair-Dienste des andern Souverains sich befinden, soll die Wahl freistehen, entweder in ihren Geburtsort zurückzukehren, oder in den Diensten, in welchen sie sich befinden, zu bleiben. Doch müssen sie sich längstens binnen einem Jahre nach Publication gegenwärtiger Convention diesfalls bestimmt erklären, und es soll denjenigen, welche in ihre Heimath zurückkehren wollen, der Abschied unweigerlich ertheilt werden. Bei freiwilligen Capitulanten treten diese Bestimmungen erst nach Ablauf der Capitation ein.

ART. XXVI. Es versteht sich, und wird hierdurch noch ausdrücklich erklärt, daß durch keine der bevorstehenden Bestimmungen den künftigen Beschlüssen des Bundestages über einen allgemeinen Termin der Militairpflichtigkeit vorgegriffen, oder die bundesmäßige Auswanderungs-Freiheit der Unterthanen beschränkt werden soll.

ART. XXVII. Gegenwärtige Convention wird beiderseits zu gleicher Zeit zur genauesten Befolgung publicirt werden, und ist gültig und geschlossen auf Sechs Jahre mit stillschweigender Verlängerung bis zu erfolgender Aufkündigung, welche sodann jederzeit jedem der hohen contrahirenden Theile Ein Jahr vorans freisteht: —

Und dann diese Convention in allen Puncten von Uns genehmigt worden; so befehlen Wir sämmtlichen Militair- und Civil-Behörden und allen Unterthanen Unseres Königreichs Hannover vermittelt der gegenwärtigen Verordnung, welche der ersten Abtheilung der Gesetz-Sammlung inserirt werden soll, den vorstehenden Bestimmungen und Vorschriften auf das pünctlichste nachzukommen.

Hannover den 5ten April 1819.

Kraft Seiner Königlichen Hoheit, des Prinzen Regenten, Special-Befehl.

ADOLPHUS FREDERICK.

DECKEN. BREMER. ARNSWALDT.
G. HOPPENSTEDT.

22.

*Déclaration concernant l'émigration des su- 1819
jets respectifs entre la Bavière et le duché
de Saxe-Hildbourghausen, du 6 Avril 1819.*

(*Gesetzblatt für das Königreich Baiern*, IIIs Stück,
vom 17ten Mai 1819.)

Maximilian Joseph, von Gottes Gnaden König von
Baiern.

Uebereinstimmend mit der unterm 10ten November 1817 bekannt gemachten Erklärung über die von Uns und des Großherzogs von Sachsen-Weimar-Eisenach Königlichen Hoheit angenommenen Grundsätze über die Militair-Pflichtigkeit bei wechselseitiger Auswanderung von Unterthanen ist nun auch die Erklärung über die Annahme und gegenseitige Beobachtung der erwähnten Grundsätze zwischen Uns und des Herzogs von Sachsen-Hildburghausen Durchlaucht von beiden Seiten unterzeichnet, und gegenseitig ausgewechselt worden; mit der einzigen Abweichung jedoch, daß die Jahre der Militair-Pflichtigkeit für Unsere Unterthanen zwar wie immer auf die Zeit vom Anfange des 18ten bis zum vollendeten 27sten Lebensjahre, für die Herzoglich Sachsen-Hildburghausischen Unterthanen aber auf die Zeit vom Anfange des 20sten bis zum vollendeten 29sten Lebensjahre festgesetzt worden.

Die hiernach bestehenden Bestimmungen sind nunmehr in Bezug auf die Herzoglich Sachsen-Hildburghausischen Lande genau zu beobachten.

München den 6ten April 1819. .

MAX. JOSEPH.

Graf VON RECHBERG.

Auf Königlichen Allerhöchsten Befehl,
der General - Secretair:

V. BAUMÜLLER.

23.

1819 *Déclaration concernant l'interprétation du §. 3 de la convention du 27 Mai 1817 sur l'abolition du droit de détraction entre la Prusse et la Saxe royale, du 29 Avril 1819.*

(*Gesetzsammlung für das Königreich Sachsen. 1818. No. 9. pag. 171.*)

Von Gottes Gnaden, Friedrich August, König von Sachsen u. s. w.

Im 3ten §. der, mit dem Königlich Preussischen Hofe, am 27sten Mai 1817 geschlossen, und durch das Mandat vom 2ten August desselben Jahres bekannt gemachten Convention über die wechselseitige Aufhebung des Abschosses und Abfahrts Geldes ist angeordnet worden, daß die deshalb getroffenen Bestimmungen auch auf alle "*jetzt anhängige Fälle*" Anwendung leiden sollen. Da jedoch über die Auslegung des Ausdrucks der "anhängigen Fälle" Zweifel entstanden ist, so wird hierdurch, in Uebereinstimmung mit dem Königl. Preussischen Hofe, dieser Ausdruck dahin erläutert:

daß unter den "anhängigen Fällen" diejenigen zu verstehen sind, in welchen, beim Abschlusse der gedachten Convention, der Abschoss oder das Abfahrts Geld noch nicht wirklich bezahlt gewesen ist.

Es wird daher solches zu Jedermanns Wissenschaft und Nachachtung hierdurch bekannt gemacht.

Dresden, den 29sten April 1819.

Freiherr VON WERTHERN.

CARL FERDINAND MENKE, S.

24.

*Convention entre la Prusse et le duché de 1819
Saxe-Gotha et d'Altenbourg, concernant
l'abolition des fraix de justice en matières
criminelles, publiée à Berlin le 8 Mai 1819.*

*(Gesetzsammlung für die Königlichen Preussischen
Staaten 1819. No. 12. p. 133.)*

Nachdem die Königlich Preussische Regierung mit der Herzoglich Sachsen-Gotha und Altenburgischen Regierung dahin übereingekommen ist, die gegenseitige Kostenvergütung in Criminal-Untersuchungssachen aufzuheben; so erklären gedachte beide Regierungen Folgendes:

1. In allen Fällen, wo Delinquenten von einer Königlich Preussischen Criminal-Justizbehörde an eine Herzoglich Sachsen-Gothaische oder Altenburgische Criminal-Justizbehörde oder von dieser an jene, nach vorgängiger Requisition ausgeliefert werden, sind nicht allein alle baaren Auslagen, sondern auch die sämmtlichen nach der bei dem requirirten Gericht üblichen Taxe zu liquidirenden Gerichtsgebühren dem letzteren aus dem Vermögen des an das requirirende Gericht ausgelieferten Delinquenten, wenn solches dazu hinreicht, zu entrichten. Hat aber der ausgelieferte Delinquent kein hinreichendes Vermögen, so fallen die Gebühren für die Arbeiten des requirirten Gerichts durchgehends weg, und das requirirende Gericht bezahlt alsdann dem Ersteren lediglich die baaren Auslagen, welche durch die Verhaftnehmung des Delinquenten bis zur erfolgten Abholung desselben veranlaßt worden sind.

2. Nach gleichen Grundsätzen soll auch in Absicht der Bezahlung der Kosten in solchen Criminalfällen verfahren werden, wo es nicht auf die Auslieferung von Delinquenten, sondern nur auf die Abhörung oder Sistirung von Zeugen oder anderen Personen ankommt.

1819 3. Zur Entscheidung der Frage: ob der Delinquent hinreichendes Vermögen zur Bezahlung der Gerichtsgebühren besitze oder nicht? soll in den beiderseitigen Ländern nichts Weiteres als das Zeugniß derjenigen Gerichtsstelle erfordert werden, unter welcher der Delinquent seine wesentliche Wohnung hat. Sollte derselbe seine wesentliche Wohnung in einem dritten Lande gehabt haben und die Beitreibung der Kosten dort mit Schwierigkeiten verbunden sein; so wird es angesehen, als ob er kein hinreichendes eigenes Vermögen besitze.

4. Den bei Criminal-Untersuchungen zu sistirenden Zeugen und anderen abzuhörenden Personen, sollen die Reise- und Zehrungskosten, nebst der wegen ihrer Versäumniß ihnen gebührenden Vergütungs-Summe, nach deren vom requirirten Gericht geschehenen Verzeichnung, bei erfolgter wirklicher Sistirung vom requirirenden Gericht sofort verabreicht werden. Sofern sie deswegen eines Vorschusses bedürfen, wird das requirirte Gericht zwar die Auslage davon übernehmen, es soll selbige jedoch vom requirirenden Gericht, auf die erhaltene Benachrichtigung, dem requirirten Gericht ungesäumt wieder erstattet werden.

5. Gegenwärtige, im Namen Sr. Majestät des Königs von Preussen und Sr. Durchlaucht des Herzogs von Sachsen-Gotha und Altenburg zweimahl gleichlautend angefertigte und von den respectiven Ministerien unterzeichnete Erklärung, soll, nach erfolgter gegenseitiger Auswechslung, Kraft und Wirksamkeit in den gesammten beiderseitigen Ländern haben, und öffentlich bekannt gemacht werden.

So geschehen Berlin, den 8ten Mai 1819.

Königl. Preuß. Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten.

Graf VON BERNSTORFF.

25.

*Ordonnance de S. M. le roi de Prusse, 1819
concernant l'abolition du droit de détraction
et de la gabelle d'émigration envers les états
de la confédération germanique, datée du
11 Mai 1819.*

*(Gesetzsammlung für die Königlichen Preussischen
Staaten 1819. No. 12. p. 134.*

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden. König von Preussen u. s. w. thun kund und fügen hiermit zu wissen:

Bald nach dem Abschlusse der deutschen Bundesacte haben Wir bereits Unsere Behörden angewiesen, die darin, Artikel 18, den Unterthanen der deutschen Bundesstaaten zugesicherte Freiheit von aller Nachsteuer in Beziehung auf alle Unsere zum deutschen Bunde gehörigen Provinzen, unter Erwartung der Gegenseitigkeit, von den andern deutschen Bundesstaaten, eintreten zu lassen. Um nun auch die Ausübung dieser Freiheit in völlige Uebereinstimmung mit den Beschlüssen zu bringen, welche die deutsche Bundesversammlung in ihrer sieben und dreissigsten Sitzung am 23ten Junius 1817 über diesen Gegenstand gefasst hat, verordnen Wir, nach erfordertem Gutachten Unseres Staatsraths, wie folgt:

1. Die Nachsteuer- und Abzugsfreiheit von dem Vermögen, welches aus dem Lande gebracht wird, findet Statt zwischen sämmtlichen Provinzen Unseres Staats, welche zum deutschen Bunde gehören, namentlich den Provinzen Pommern, Brandenburg, Schlesien, Sachsen, Westphalen, Cleve, Berg und Niederrhein, und allen andern deutschen Bundesstaaten:

2. Jede Art von Vermögen, welches in einen andern Staat übergeht, es sei aus Veranlassung einer Auswanderung, oder aus dem Grunde eines Erbschaftsanfalls, eines Verkaufs, Tausches, einer

1819 Schenkung, Mitgift, oder auf andere Weise, ist unter der Abzugsfreiheit begriffen.

3. Jede Abgabe, welche die Ausfuhr des Vermögens, oder den Uebergang des Eigenthums auf Angehörige eines andern Bundesstaats beschränkt, wird für aufgehoben erklärt, dagegen ist unter der Freizügigkeit nicht begriffen, jede Abgabe, welche mit einem Erbschaftsanfall, Legat, Verkauf, einer Schenkung und dergleichen verbunden ist, und ohne Unterschied, ob das Vermögen im Lande bleibt oder hinausgezogen wird, ob der neue Besitzer ein Inländer oder ein Fremder ist, bisher entrichtet werden mußte, namentlich Collateral - Erbschaftsteuer - Stempelabgaben und dergleichen, auch Zoll - Abgaben werden durch die Nachsteuerfreiheit nicht ausgeschlossen.

4. Sollten in einzelnen Gemeinden, wegen der Communalschulden, Abzüge vom auswandernden Vermögen eingeführt gewesen sein, so werden sie als aufgehoben angesehen.

5. Die Nachsteuer - und Abzugsfreiheit findet ohne Unterschied Statt, ob die Erhebung dieser Abgabe bisher dem Fiscus, den Standesherrn, Communen, Patrimonialgerichten, oder sonst einem Privatberechtigten zustand; auch kann die Aufhebung aller und jeder Nachsteuer keinen Grund zu einer Entschädigungsforderung an den Staat für die den Berechtigten entgehende Einnahme abgeben. Ebenso wenig kann die Art der Verwendung der Abzugsgefälle einen Grund darleihen, dieselben bestehen zu lassen.

6. Die mit einzelnen deutschen Bundesstaaten bestehenden Freizügigkeitsverträge sollen zwar in allen denjenigen Bestimmungen aufrecht erhalten werden, welche die in vorstehenden Grundsätzen erhaltene Freiheit von aller Nachsteuer begünstigen, erleichtern oder noch mehr ausdehnen, in allen übrigen aber nur, soweit sie diesen Grundsätzen nicht entgegen sind.

7. Als allgemein geltender Termin, von welchem an die völlige Nachsteuerfreiheit von allem in deutsche Bundesstaaten ausgehenden Vermögen Statt haben

soll, wird der 8te Junius 1815, jedoch unbeschadet 1819 der günstigeren Bestimmung, welche aus Verträgen mit einzelnen Bundesstaaten sich ergeben, angenommen, und dabei der Zeitpunkt der Vermögens-Ausfuhr zum Grunde gelegt. Wenn jedoch in Fällen, welche vor dem 1sten Julius 1817 vorgekommen, die Nachsteuer oder der Abzug von Privatberechtigten bereits eingezogen ist, so hat es dabei sein Bewenden.

Wir befehlen Unsern Ober- und Unterbehörden, den Standesherrn, Gemeinden, Gerichtsherrn, und allen anderen, welchen etwa bisher die Erhebung der Nachsteuer zugestanden, nach obigen Vorschriften genau sich zu achten.

Gegeben Berlin, den 11ten Mai 1819.

FRIEDRICH WILHELM.

C. Fürst VON HARDENBERG. V. ALTENSTEIN.

Beglaubigt:

FRIESE.

26.

Déclaration concernant l'abolition du droit de détraction et de la gabelle d'émigration entre le royaume des Pays-Bas et la Hesse grand-ducale, du 19 Mai 1819.

(Großherzogl. Hessische Zeitung No. 62. vom 25sten Mai 1819.)

Nachdem die Großherzoglich Hessische Regierung mit der Königlich Niederländischen übereingekommen, die, wegen der Nachsteuer- und Abzugsfreiheit unter sämmtlichen deutschen Bundesstaaten vermöge Beschlusses der deutschen Bundesversammlung vom 23sten Juni 1817 festgesetzten Bestimmungen, so wie solche schon bisher für den hiesigen

1819 Staat und das zum deutschen Bunde gehörige Großherzogthum Luxemburg wechselseits verbindend gewesen, auf den ganzen gegenwärtigen und künftigen Umfang ihrer beiderseitigen Lande (mit Ausnahme der Königlich Niederländischen Colonien außerhalb Europa) auszudehnen und zu diesem Ende am 7ten Januar d. J. zu Frankfurt derjenige besondere Vertrag errichtet, auch seitdem von den beiden allerhöchsten Souverains ratificirt worden ist, welcher nach dem Originaltexte abgedruckt, hier unten folgt und dessen Kraft und Wirksamkeit mit dem Tage seines Abschlusses begonnen hat, so wird solches zur Wissenschaft und Nachachtung aller derer, die es angehet, hierdurch öffentlich bekannt gemacht.

Darmstadt den 14ten Mai 1819.

Großherzogl. Hessisches geheimes Staatsministerium.

Freiherr v. LICHTENBERG. JAUP.

Freiherr v. LOHMANN. HEINEMANN.

27.

Déclaration concernant l'abolition du droit d'aubaine entre le royaume des Deux Siciles et la Hesse grand-ducale, du 19 Mai 1819.

(*Großherz. Hessische Zeitung* No. 62. 25. Mai 1819.)

Des Großherzogs Königliche Hoheit haben sich, in Anbetracht, daß, durch ein von Seiner Majestät, dem Könige beider Sicilien, unterm 12ten August v. J. erlassenes, und officiell hierher mitgetheiltes Decret, in dessen Reiche das Heimfallsrecht (droit d'aubaine) gegen die Unterthanen derjenigen Staaten, welche gleiches Verfahren gegenseits zu beobachten versprechen, aufgehoben worden ist, gnädigst zu

verordnen bewogen gefunden, daß alle Verlassen- 1819
schaften von Unterthanen des Königreichs beider
Sicilien in den hiesigen Landen ebenfalls ganz frei
verabfolgt werden sollen, welches daher hiermit
öffentlich bekannt gemacht wird.

Darmstadt den 14ten Mai 1819.

Großherzogl. Hessisches geheimes Staatsministerium.

Freiherr v. LICHTENBERG. JAUP.

Freiherr v. LOHMANN. HEINEMANN.

28.

*Déclaration concernant l'abolition du droit
de détraction entre la Suède et la Norvège
et la Hesse électorale, du 25 Mai 1819.*

(Sammlung von Gesetzen u. s. w. für die Kurhessi-
schen Staaten. Zweiter Band. Jahr 1819. No. VI.
Juni p. 33.)

In Gemäßheit einer allerhöchsten Entschliessung
vom 25sten v. M. wird hierdurch zur öffentlichen
Kunde gebracht, daß das Abzugsrecht zwischen den
Kurhessischen Staaten und den Königreichen Schwe-
den und Norwegen ferner nicht besteht.

Cassel den 5ten Juni 1819.

Kurfürstlich Hessische Regierung.

29.

1819 Convention entre la Prusse et la Hesse
 électorale, concernant le transport des pri-
 sonniers militaires, publiée à Cassel le 5 Juin
 1819.

(Sammlung von Gesetzen u. s. w. für die Kurhessi-
 schen Staaten. Zweiter Band. Jahr 1819. No. V.
 Juni p. 31.)

Zwischen Kurhessen und Preussen ist wegen des
 sichern Transports und der nächtlichen Bewachung
 der beiderseitigen Militair-Verhafteten folgende
 Uebereinkunft getroffen worden:

§. 1. Sämmtliche Königlich Preussische Militair-
 Arrestaten, welche die Kurfürstlichen Lande zu
 passiren haben, sollen auf die eine oder andere der
 bereits stipulirten Kurhessischen Militairstraßen diri-
 girt, und sodann nach Verfügung der Kurfürstlichen
 Behörden auf diesem Wege mittelst der eingeführ-
 ten Landdragoner - Correspondenz nach dem zu-
 nächst belegenen Preussischen Grenzorte escortirt
 und an die Behörde abgeliefert werden. Um zu-
 gleich im Allgemeinen die Bewachungs-, Erlench-
 tungs- und Heitzungs-Kosten in den Nachtquar-
 tieren zu vermeiden, wird ausdrücklich festgesetzt,
 daß die Nachtquartiere für dergleichen Militair-
 Sträflinge nur in den Haupt-Etappen-Orten abzu-
 halten sind, und der jedesmalige Marsch eines Ar-
 restanten - Transports von einem Haupt-Etappen-
 Orte zum andern fortzusetzen ist, so daß das Ver-
 bleiben über Nacht in Dorfschaften der Regel nach
 nicht Statt findet.

§. 2. Den Behörden und Transportführern wird
 es zur angelegentlichsten Pflicht gemacht, dahin die
 genaueste Aufsicht zu führen, daß nicht, trotz der
 Escorte, ein Militair-Arrestat dennoch vielleicht
 Gelegenheit finde, von dem Transporte oder aus
 dem nächtlichen Gewahrsam zu entweichen.

§. 3. Die hierdurch entstandenen Kosten werden 1819 Königlich Preussischer Seits täglich mit zwei guten Groschen Hessischer Währung für die Verpflegung, mit einem guten Groschen für den Dienst des Gefangenwärters, und mit einem guten Groschen für das nöthige Lagerstroh, für jeden Arrestaten, durch die Königlich Preussische Regierung zu Erfurt, auf vierteljährliche Liquidationen, an das 1ste Departement des Kurfürstlichen General - Kriegs - Collegiums zu Cassel entrichtet.

§. 4. Vorstehende Bestimmungen sind gleichmäfsig auf diejenigen Fälle anwendbar, wo Kurhessische Militair-Arrestaten durch die Königlich Preussischen Staaten, insbesondere auf der, aus der Kurfürstlichen Grafschaft Schaumburg nach Cassel führenden Militairstrasse zu transportiren sind. Die im §. 3 bezeichneten Verpflegungs- und andere Kosten sollen eben so nach desfallsiger Liquidation von dem Kurfürstlichen General - Kriegs - Collegium bezahlt werden.

Auf allerhöchsten Befehl Sr. Königlichen Hoheit des Kurfürsten wird dieses öffentlich bekannt gemacht.

Cassel den 5ten Juni 1819.

Kurfürstlich Hessische Regierung.

30.

Cartel concernant l'extradition réciproque des déserteurs, conclu entre la Hesse électorale et le duché de Brunsvic et publié à Cassel le 1 Juillet 1819.

(Sammlung von Gesetzen u. s. w. für die Kurhessischen Staaten. Zweiter Band. Jahr 1819. No. IX.

Juli p. 41.)

Kraft erhaltener allerhöchsten Autorisation Sr. Königlichen Hoheit des Kurfürsten hat das Kurhessische General - Kriegs - Collegium, 1stes Departement, ei-

1819 nerseits, mit der Herzoglich Brannschweigischen Militair-Administrations-Commission andererseits nachstehende Cartel-Convention verabredet und geschlossen:

ART. I. Alle in Zukunft, und zwar vom Tage der Publication gegenwärtiger Convention angerechnet, von den Armeen der beiden hohen contrahirenden Theile unmittelbar oder mittelbar in des andern Lande oder zu dessen Truppen, wenn diese auch aufserhalb ihres Vaterlandes sich befinden sollten, desertirenden Militairpersonen sollen gegenseitig ausgeliefert werden.

ART. II. Als Deserteurs werden ohne Unterschied des Grades, oder der Waffe, alle diejenigen angesehen, welche zu irgend einer Abtheilung des stehenden Heeres, oder der bewaffneten Landesmacht, nach den gesetzlichen Bestimmungen eines jeden der beiden Staaten gehören, und denselben mit Eid und Pflicht verwandt sind, mit Inbegriff der bei der Artillerie oder sonstigem Fuhrwesen angestellten Knechte.

ART. III. Sollte der Fall vorkommen, daß ein Deserteur der hohen contrahirenden Mächte früher schon von einer andern Macht desertirt wäre; so wird dennoch, selbst wenn mit der letztern ebenfalls Auslieferungs-Verträge beständen, die Auslieferung stets an diejenige der hohen contrahirenden Mächte erfolgen, deren Dienste er zuletzt verlassen hat. Wenn ferner ein Soldat von den Truppen eines der hohen paciscirenden Souveraine zu denen eines dritten, und von diesen wiederum in die Lande des andern paciscirenden Souverains, oder sonst zu dessen Truppen, desertirt; so kommt es darauf an, ob letzterer Souverain mit jenem dritten ein Cartel hat. Ist dieses der Fall, so wird der Deserteur dahin abgeliefert, woher er zuletzt entwichen ist; im entgegengesetzten Falle aber wird er dem paciscirenden Souverain, dessen Dienste er zuletzt verlassen hat, ausgeliefert.

ART. IV. Nur folgende Fälle werden als Gründe, die Auslieferung eines Deserteurs zu verweigern, anerkannt:

a. wenn der Deserteur aus dem Staate des jenseitigen hohen Souverains, sowie sie durch die

neuesten Verträge begrenzt sind, gebürtig ist, und 1819 also mittelst der Desertion nur in seine Heimath zurückkehrt.

b. Wenn ein Deserteur in dem Staate, in welchen er entwichen ist, ein Verbrechen begangen hat, dessen Bestrafung vor seiner Auslieferung die Landes-Gesetze erfordern.

Wenn nach überstandener Strafe der Deserteur ausgeliefert wird, sollen die denselben betreffenden Untersuchungs-Acten, entweder im Original, oder Auszugsweise und in beglaubigten Abschriften, übergeben werden, damit ermessen werden kann, ob ein dergleichen Deserteur noch zum Militairdienst geeignet sei, oder nicht. Schulden oder andere von einem Deserteur eingegangene Verbindlichkeiten geben dagegen dem Staate, in welchem er sich aufhält, kein Recht, dessen Auslieferung zu versagen.

ART. V. Die Verbindlichkeit zur Auslieferung erstreckt sich auch auf die Pferde, Sattel- und Reitzeug, Armatur- und Montirungs-Stücke, welche von dem Deserteur etwa mitgenommen worden sind, und bei seiner Verhaftung bei ihm gefunden worden, oder auch nach der näheren Bestimmung des Art. 20 in den Händen dritter Personen sich befinden sollten und tritt auch dann ein, wenn der Deserteur selbst, nach den Bestimmungen des vorhergehenden Artikels, nicht ausgeliefert wird.

ART. VI. Um durch die möglichste Regelmäßigkeit die Auslieferung zu beschleunigen, sind von Seiten Kurhessens die Städte Cassel und Carlshafen und Herzoglich Braunschweigischer Seits die Stadt Braunschweig zu Auslieferungs-Orten bestimmt worden, an welchen Orten eine gegenseitig bekannt zu machende Behörde mit der Empfangnahme der Deserteurs und der Bezahlung aller in den nachfolgenden Artikeln 11 und 12 stipulirten Kosten beauftragt sein wird.

ART. VII. Die Auslieferung geschieht in der Regel freiwillig, und ohne erst eine Requisition abzuwarten. Sobald daher eine Militair- oder Civil-Behörde einen jenseitigen Deserteur entdeckt hat, wird derselbe, nebst den etwa bei ihm befindlichen

1819 Effecten, Pferden, Waffen u. s. w. sofort, unter Beifügung eines aufzunehmenden Protocolls, an die jenseitige Behörde im nächsten Ablieferungs-Orte gegen Bescheinigung übergeben.

ART. VIII. Sollte aber ein Deserteur der Aufmerksamkeit der Behörden desjenigen Staats, in welchen er übergetreten ist, entgangen sein: so wird dessen Auslieferung sogleich auf die erste desfallsige Requisition erfolgen, selbst dann, wenn er Gelegenheit gefunden hätte, in dem Militair-Dienste des gedachten Staats angestellt zu werden. Nur wenn über die Richtigkeit wesentlicher, in der Requisition angegebener Thatsachen, welche die Auslieferung überhaupt bedingen, solche Zweifel obwalten, dafs zuvor eine nähere Aufklärung derselben zwischen der requirirenden und der requirirten Behörde nöthig wird, ist der Auslieferung Anstand zu geben.

ART. IX. Die im vorstehenden Artikel erwähnten Requisitionen ergehen Kurfürstl. Hessischer Seits an die Herzoglich Braunschweigische Militair-Administrations-Commission, und Herzoglich Braunschweigischer Seits an das General-Kriegs-Collegium zu Cassel. Von den Militair-Behörden werden diejenigen Deserteurs, welche etwa zum Dienste angenommen sein sollten, von den Civil-Behörden aber diejenigen, bei denen dies der Fall nicht ist, ausgeliefert.

ART. X. Sollten zwischen Sr. Königlichen Hoheit dem Kurfürsten zu Hessen und andern deutschen Bundes-Staaten, welche durch die Herzoglich Braunschweigischen Lande von dem Kurhessischen Gebiete getrennt sind, Cartel-Conventionen bestehen, oder noch geschlossen werden, in deren Folge Auslieferungen Kurhessischer Deserteurs vorkommen; so sind die Herzoglich Braunschweigischen Behörden verpflichtet, dergleichen Deserteurs von solchen hinterliegenden dritten Staaten anzunehmen und den weitem Transport nach den, in Gemäfsheit des Artikels 6 zu bestimmenden, Kurhessischen Ablieferungs-Orten in eben der Art zu veranstalten, als ob solche Deserteurs innerhalb der Herzoglich Braunschweigischen Lande selbst ergriffen worden wären. Eine gleiche Verpflichtung findet auf Seiten

der Kurhessischen Behörden Statt, wenn in ähn- 1819
lichen Fällen, auf den Grund zwischen der Herzog-
lich Braunschweigischen Regierung und anderen
deutschen Bundesstaaten bestehenden Cartel-Con-
ventionen, Herzoglich Braunschweigische Deserteurs
das Kurfürstliche Gebiet passiren müssen, um ihre
Auslieferung zu bewirken.

ART. XI. An Unterhaltungs-Kosten werden der
ausliefernden Macht für jeden Deserteur, vom Tage
seiner Verhaftung an bis zum Tage der Auslieferung
einschliesslich, für den Tag Drei gute Groschen
Conventions-Münze, für ein Pferd aber täglich
sechs Pfund Hafer, acht Pfund Heu und drei Pfund
Stroh, Braunschweigischen Gewichts, der Centner zu
einhundert und zehn Pfund, gut gethan. Die Be-
rechnung der Futterkosten geschieht nach den Markt-
preisen des Orts, oder der nächsten Stadt, wo die
Arretirung geschehen ist, und die Bezahlung erfolgt,
ohne die geringste Schwierigkeit, gleich bei der
Auslieferung.

ART. XII. Aufser diesen Kosten und der im
nachfolgenden Artikel 13 bemerkten Belohnung, kann
ein Mehreres unter irgend einem Vorwande, wenn
auch gleich der auszuliefernde Mann zu den Trup-
pen des Souverains, der ihn auszuliefern hat, an-
geworben sein sollte, etwa wegen des Handgeldes,
genossener Löhnung, Bewachung und Fortschaffung
oder wie es sonst Namen haben möchte, nicht ge-
fordert werden.

ART. XIII. Dem Unterthan, welcher einen De-
serteur einliefert, soll eine Gratification von fünf
Thaler Conventionsmünze für einen Mann ohne
Pferd und von zehn Thaler Conventionsmünze für
einen Mann mit dem Pferde gereicht, von dem aus-
liefernden Theile vorgeschossen und sofort bei der
Auslieferung erstattet werden. In Rücksicht anderer
ausgetretenen Militairpflichtigen, die nicht nach
Art. 2 in die Classe der eigentlichen Deserteurs ge-
hören, fällt dieses Cartelgeld weg.

ART. XIV. Ueber den Empfang der in den Art.
11 und 13 gedachten Kosten- und Gratifications-Er-
stattung hat die ausliefernde Behörde zu quitiren.
Wegen des etwa nicht sofort auszumittelnden Betra-

1819 ges der zu erstattenden Unkosten aber ist die Auslieferung des Deserteurs, wenn derselben sonst kein Bedenken entgegensteht, nicht aufzuhalten.

ART. XV. Allen Behörden, besonders den Grenz- Behörden wird es strenge zur Pflicht gemacht werden, auf die jenseitigen Deserteurs ein wachsames Auge zu haben und daher einen Jeden, aus dessen Aussagen, Kleidung, Waffen oder andern Anzeichen sich ergibt, daß er ein solcher Deserteur sei, sogleich, ohne erst eine Requisition deshalb abzuwarten, unter Aufsicht zu stellen, oder nach den Umständen zu verhaften.

ART. XVI. Alle, nach der Verfassung der beiderseitigen Staaten, Reserve- oder Landwehr- und überhaupt militairpflichtige Unterthanen, welche sich, von Zeit der Publication dieser Convention an, in die Lande des andern Souverains oder zu dessen Truppen begeben, sind, jedoch nur auf vorgängige Reclamation, der Auslieferung ebenfalls unterworfen, und es soll mit dieser Auslieferung im Uebrigen, sowohl in Hinsicht der dabei zu beobachtenden Form, als auch wegen der zu erstattenden Verpflegungskosten, eben so gehalten werden, wie es wegen der Auslieferung militairischer Deserteurs in dieser Convention bestimmt ist. Bei allen solchen Auslieferungen aber, welche von der Obrigkeit auf jenseitige Requisition bewirkt werden, wird ein Cartel-Geld nicht entrichtet.

ART. XVII. Diejenigen Individuen, welche nach den Gesetzen eines jeden der pacificirenden Staaten im militairpflichtigen Alter sind, und bei Ueberschreitung der gegenseitigen Grenzen, ohne einen obrigkeitlichen Paß, oder eine sonstige hinreichende Legitimation vorzeigen zu können, den Verdacht auf sich ziehen, daß sie sich der Militairpflicht gegen ihren Staat entziehen wollen, sollen sofort zurückgewiesen, und dergleichen Personen weder Aufenthalt noch Zuflucht in dem jenseitigen Staate gestattet werden.

ART. XVIII. Den beiderseitigen Behörden und Unterthanen wird strenge untersagt werden, Deserteurs, oder sonstige Militairpflichtige, die ihre desfallsige Befreiung nicht hinlänglich nachweisen können,

zu Kriegsdiensten anzunehmen, deren Aufenthalt zu 1849
verheimlichen, oder dieselben, um sie etwaigen Re-
clamationen zu entziehen, in entferntere Gegenden
zu befördern. Auch soll es nicht gestattet werden,
dass von irgend einer fremden Macht dergleichen
Individuen innerhalb der Staaten der hohen Souve-
raine angeworben werden.

ART. XIX. Wer sich der wissentlichen Verbeh-
lung eines Deserteurs oder Militairpflichtigen, und
der Beförderung der Flucht desselben schuldig
macht, wird mit einer nachdrücklichen Geld- oder
Gefängniss-Strafe belegt.

ART. XX. Gleichmäfsig wird es den Unterthanen
beider hohen contrahirenden Mächte untersagt wer-
den, von einem jenseitigen Deserteur Pferde, Sat-
tel- und Reitzeng, Armatur- oder Montirungsstücke
zu kaufen oder sonst an sich zu bringen. Der
Uebertreter dieses Verbots wird nicht allein zur
Herausgabe dergleichen an sich gebrachter Gegen-
stände, ohne den mindesten Ersatz, oder zur Erstat-
tung des Werths angehalten, sondern noch über-
dem mit willkührlicher Geld- oder Gefängniss-
strafe belegt werden, wenn bewiesen wird, dass er
wissentlich von einem Deserteur etwas an sich ge-
bracht oder gekauft hat.

ART. XXI. Indem auf diese Art eine regel-
mäfsige Auslieferung der gegenseitigen Deserteurs
und Militairpflichtigen eingeleitet ist, wird jede
eigenmächtige Verfolgung eines Deserteurs auf jen-
seitigem Gebiete, als eine Verletzung des letztern,
streng untersagt, und sorgfältig vermieden werden.
Wer sich dieses Vergehens schuldig macht, wird,
wenn er dabei betroffen wird, sogleich verhaftet,
und zur gesetzlichen Bestrafung an seine Regierung
abgeliefert werden.

ART. XXII. Als eine Gebiets-Verletzung ist je-
doch nicht anzusehen, wenn von einem Commando,
welches einen oder mehrere Deserteurs bis an die
Grenze verfolgt, ein Commandirter in das jenseitige
Gebiet gesandt wird, um der nächsten Orts-Obrig-
keit die Desertion zu melden. Diese Obrigkeit muss
vielmehr, wenn der Deserteur sich in ihrem Be-
reiche befindet, denselben sofort verhaften, und in

1819 diesem Falle wird, wie überhaupt jedesmahl, wenn ein Deserteur von der Obrigkeit verhaftet wird, kein Cartelgeld bezahlt. Der Commandirte darf sich aber keineswegs an dem Deserteur vergreifen, widrigenfalls er nach Artikel 21 zu behandeln ist.

ART. XXIII. Jede gewaltsame oder heimliche Anwerbung im jenseitigen Territorium, Verführung jenseitiger Soldaten zur Desertion, oder anderer Unterthanen zum Austreten, mit Verletzung ihrer Militairpflichtigkeit, ist streng untersagt. Wer eines solchen Beginns wegen in dem Staate, wo er sich dessen schuldig gemacht, ergriffen wird, ist der gesetzlichen Bestrafung desselben unterworfen. Wer sich aber dieser Bestrafung durch die Flucht entzieht, oder von seinem Vaterlande aus auf obige Art auf jenseitige Unterthanen zu wirken sucht, wird auf desfallsige Requisition in seinem Vaterlande zur Untersuchung und nachdrücklichen Strafe gezogen werden.

ART. XXIV. Diejenigen welche vor Bekanntmachung dieser Convention von den Truppen der einen der hohen contrahirenden Mächte desertirt sind, und entweder bei der Armee des andern Souverains Militairdienste genommen haben, oder sich, ohne dergleichen wiederum ergriffen zu haben, in dessen Landen aufhalten, sind der Reclamation und Auslieferung nicht unterworfen.

ART. XXV. Den Landeskindern beider Theile, welche zur Zeit der Publication wirklich in dem Militairdienste des andern Souverains sich befinden, soll die Wahl freistehn, entweder in ihren Geburtsort zurückzukehren, oder in den Diensten, in welchen sie sich befinden, zu bleiben. Doch müssen sie sich längstens binnen einem Jahre nach der Publication gegenwärtiger Convention diesfalls bestimmt erklären, und es soll denjenigen, welche in ihre Heimath zurückkehren wollen, der Abschied unweigerlich ertheilt werden. Bei freiwilligen Capitulantn treten diese Bestimmungen erst nach Ablauf der Capitulation ein.

ART. XXVI. Es versteht sich, und wird hierdurch noch ausdrücklich erklärt, daß durch keine der vorstehenden Bestimmungen den künftigen etwai-

gen Beschlüssen des Bundestages über einen allge- 1819
meinen Termin der Militairpflichtigkeit vorgegriffen,
oder die bundesmässige Auswanderungs-Freiheit der
Unterthanen beschränkt werden soll.

ART. XXVII. Gegenwärtige Convention wird
beiderseits zu gleicher Zeit, zur genauesten Befol-
gung publicirt werden, und ist gültig und geschlos-
sen auf sechs Jahre mit stillschweigender Verlänge-
rung bis zu erfolgender Aufkündigung, welche so-
dann jederzeit jedem der contrahirenden Theile
ein Jahr voraus freisteht.

Sämmtliche Militair- und Civil-Behörden wer-
den demnach hierdurch angewiesen, die Bekannt-
machung dieser, vom 1sten Juli an in Vollziehung
tretenden Uebereinkunft bei ihren Untergebenen auf
die gewöhnliche Weise zu bewirken, sich nach
allen diesen Vorschriften pünctlich zu achten und
darauf zu sehen, dafs solche überall genau befolgt
werden.

Cassel am 1sten Juli 1819.

Kurhessisches General-Kriegs-Collegium 1stes De-
partement.

W. VON URFF.

V. CANSTEIN.

31.

*Cartel concernant l'extradition réciproque
des déserteurs, conclu entre la Hesse électo-
rale et la principauté de Schaumbourg-
Lippe et publié à Cassel le 15 Juillet 1819.*

(Sammlung von Gesetzen u. s. w. für die Kurhes-
sischen Staaten. Zweiter Band. Jahr 1819. No. IX.

Juli p. 45.)

Kraft erhaltener allerhöchsten Autorisation Sr. Kö-
niglichen Hoheit des Kurfürsten haben Wir mit der
gleichfalls dazu ermächtigten Fürstlich Schaumburg-
Lippeschen Regierung zu Bückeburg eine Cartel-
Convention folgenden Inhalts abgeschlossen:

1819 ART. I. Alle und jede Unteroffiziere, Spielleute und Gemeinen, auch Train-Soldaten der Kurhessischen und Fürstlich Schaumburg-Lippeschen Truppen und Landwehr, welche künftig von ihren Corps desertiren, und in Ansehung der Kurhessischen Truppen sich in das Fürstenthum Schaumburg-Lippe und umgekehrt von den Fürstlich Schaumburg-Lippeschen Truppen sich in das Kurhessische Gebiet begeben, sollen gegenseitig angehalten, dem Commandanten der nächsten Garnison davon Nachricht gegeben, und sofort demselben ausgeliefert werden. Diese Auslieferung fällt jedoch weg in Ansehung derjenigen Deserteurs der Kurhessischen Truppen, welche aus dem Fürstenthum Schaumburg-Lippe gebürtig, und der Deserteurs der Fürstlich Schaumburg-Lippeschen Truppen, welche aus dem Kurhessischen gebürtig sind und sich in ihre Heimath zurückbegeben.

ART. II. Alle noch nicht angestellten militair- und landwehrpflichtigen Unterthanen, welche, um sich der Militairpflicht zu entziehen, ohne gültigen Paß oder ohne Bescheinigung, daß sie ihrer Dienstpflcht Genüge gethan haben, in die beiderseitigen Lande sich begeben, sollen da, wo sie betroffen werden, angehalten und ausgeliefert werden.

ART. III. Diese Auslieferung findet auf gleiche Weise gegenseitig Statt bei allen Unterthanen des einen oder des andern Landes, welche sich eine kürzere Zeit als drei Jahre bis zum 1sten Januar 1814, daselbst aufgehalten haben, ohne daselbst wirklich ansässig zu sein, sich verheirathet oder sonst ein Domicilium erworben zu haben. Ist aber einer dieser letzteren Fälle eingetreten, oder hat der Aufenthalt am 1sten Januar 1814 schon drei Jahre gedauert, so werden diese Personen am Ort ihres jetzigen Aufenthalts zur Militairpflicht herbeigezogen. Nur alsdann soll ein dreijähriger Aufenthalt die Unterthanen beider Lande nicht da, wo sie sich aufgehalten haben militairpflichtig machen, wenn der Aufenthalt nur die Erlernung einer Kunst, einer Wissenschaft oder irgend eines Gewerbes gewidmet war, so wie auch der Aufenthalt nur als Knecht oder Dienstbote nicht von der Militairpflicht gegen das Geburtsland befreiet.

ART. IV. Denjenigen gegenseitigen Unterthanen, 1819
welche nach den obigen Bestimmungen zwar ausgeliefert werden müssen, die aber schon gegenwärtig sich in dem Militairdienste des einen oder des andern Staates befinden und in dessen Dienste zu bleiben wünschen, soll die Erlaubniss dazu ertheilt, künftig jedoch kein Unterthan des einen Staates ohne besondere Erlaubniss in den Militairdienst des andern aufgenommen werden.

ART. V. Die Auslieferung geschieht gegenseitig an die Commandanten zu Rinteln und zu Bückeburg. Die durch Anhaltung, Verpflegung und Transport der ausgelieferten Personen verursachten baaren Auslagen werden von der Behörde, an welche die Auslieferung geschehen ist, sofort vergütet. Für Atzungskosten werden von beiden Seiten täglich zwei gute Groschen als Entschädigung festgesetzt.

ART. VI. Die bei den Deserteurs gefundenen Waffen, Pferde und Montirungsstücke werden jederzeit und ohne Bezahlung ausgeliefert.

ART. VII. Dieser Vertrag soll gleich nach erfolgter Vollziehung der beiden Theile seinem ganzen Inhalte nach in Ausübung kommen.

ART. VIII. Die Aufkündigung dieser Cartel-Convention soll zwar beiden hohen contrahirenden Theilen frei stehen, jedoch wollen sich dieselben drei Monate vorher hiervon benachrichtigen.

Sämmtliche Militair- und Civil-Behörden werden demnach hierdurch angewiesen, die Bekanntmachung dieser Uebereinkunft bei ihren Untergebenen auf die gewöhnliche Weise zu bewirken, sich nach allen diesen Vorschriften pünctlich zu achten und darauf zu sehen, dass solche überall genau befolgt werden.

Cassel, am 15ten Juli 1819.

Kurhessisches General-Kriegs-Collegium 1stes Departement.

W. VON URFF.

VON CANSTEIN.

32.

1819 *Déclaration, concernant l'abolition réciproque du droit de détraction, de la gabelle héréditaire et d'émigration entre le royaume des Deux Siciles et le royaume de Wurtemberg du 25 Juillet 1819.*

(Copie.)

Le soussigné conseiller et secrétaire d'état, ministre des affaires étrangères de S. M. le roi du royaume des Deux Siciles déclare par les présentes que sauf l'approbation et la ratification des souverains respectifs, les articles suivans ont été arrêtés d'accord avec le ministère d'état de S. M. le roi de Wurtemberg, relativement à l'abolition réciproque des droits connus sous la dénomination de *Ius detractus*, *Gabella haereditaria*, et *Census emigrationis*.

ART. I. Les droits connus sous la dénomination de *Ius detractus*, *Gabella haereditaria*, et *Census emigrationis* ne seront plus ni exigés, ni perçus à l'avenir, lorsqu'en cas de succession, legs, donation, vente, émigration, ou autre, il y a lieu à une transaction de biens du royaume des Deux Siciles dans les états Wurtembergeois, ou de ceux-ci dans les états de S. M. Sicilienne, toutes les impositions de cette nature étant abolies entre les deux pays.

ART. II. Cette disposition s'étend non seulement aux droits et autres impositions de ce genre qui font partie des revenus publics, mais encore à ceux qui jusqu'ici pourroient avoir été levés par quelques provinces, villes, juridictions, corporations ou communes, de manière que les personnes intéressées à ces exportations de biens ne seront assujetties à d'autres impositions ou taxes, qu'à celles qui, soit à raison de droit de succession, de vente, ou mutation de propriété quelconque, sont acquittées par les habitans du royaume des Deux Siciles ou de Wurtemberg même, d'après les loix, réglemens et ordonnances existant, ou à émaner dans la suite.

ART. III. Les articles susdits sont applicables 1819 non seulement à toutes les successions à échoir à l'avenir, mais encore à celles déjà dévolues, mais dont la transaction n'a point encore été effectuée.

ART. IV. Comme ces articles ne regardent que les propriétés et leur libre exportation, toutes les loix relatives au service militaire restent en pleine vigueur dans les deux pays et les gouvernemens contractans ne sont nullement restreints par la présente déclaration dans leur future législation sur cet objet.

ART. V. Cette déclaration sera délivrée en double de la même teneur et aura force et valeur dans les états respectifs.

Naples le 25 Juillet 1819.

Le secrétaire d'état
ministre des affaires étrangères
Marquis DE CIRCELLO.

33.

Convention entre le grand-duché de Bade et le canton d'Argovie, concernant l'extradition réciproque des fondations pieuses, signée à Carlsruhe le 27 Juillet 1819.

(Regierungsblatt des Großherzogthums Baden. 1819. 20sten Nov. No. XXIX.)

Zum Vollzuge der Artikel 12 und 15 des zwischen dem Großherzogthum Baden und der Regierung des eidgenössischen Cantons Aargau bestehenden Staatsvertrags vom 17ten September 1808, und zur Ausgleichung der darüber entstandenen Schwierigkeiten wegen Herausgabe frommer und milder Stiftungen im Frickthal, einer Seite, und anderer Seite im Breisgau, ist nachstehende Uebereinkunft, unter Vorbehalt beiderseitiger Staatsgenehmigung, im Namen der Großherzoglich Badischen Regierung von dem

1819 geheimen Rath Friedrich, Seiner Königlichen Hoheit Minister-Resident bei der Eidgenossenschaft, und im Namen der Regierung des Cantons Aargau, von dem Herrn Regierungsrathe Rengger und dem Herrn Appellationsgerichts-Präsidenten Jehle, unter dem Heutigen abgeschlossen worden.

ART. I. Die Regierung des Cantons Aargau macht sich verbindlich, alles im Frickthal befindliche Vermögen, und die davon herrührenden Rückstände, welche den hier unten genannten kirchlichen und weltlichen Stiftungen und Corporationen gehören, sie bestehen in was sie immer wollen, ungehindert an das Großherzogthum Baden abfolgen zu lassen, und zwar nach Maafgabe des Bestandes im Jahre 1802, wie solcher wird ausgewiesen werden. Nämlich:

Das Vermögen der Waldburger Caplanei zu Säckingen, der Peter- und Pauls-Caplanei, Fridolins-Caplanei, Organisten-Caplanei, St. Johannis-Caplanei und Seelen-Caplanei von da; das zur Pfarrei Murg gehörende Vermögen, das Vermögen der Gottesacker-Capelle zu Säckingen, jenes der dortigen Pfarrpflegschaft, der Spitalstiftung, der Todtmoser Wallfahrtsbruderschaft; ferner das Vermögen der Münster-Präsenz zu Freiburg, jenes der Spitalstiftung zu Waldshut und des Rural-Capitels Waldshut, der Caplanei zu Hochsal und der Pfarrkirche daselbst. Eben so wird die Regierung des Cantons Aargau alle von benannten Stiftungen und Körperschaften erhobene Nutzungen, sie bestehen worin sie immer wollen, an das Großherzogthum Baden ersetzen.

ART. II. Auf gleiche Weise macht sich dagegen die Großherzoglich Badische Regierung verbindlich, an den Canton Aargau abfolgen zu lassen, das im Großherzogthum befindliche Vermögen und die davon herrührenden Rückstände, worin beide immer bestehen mögen, welche den hier unten genannten kirchlichen und weltlichen Stiftungen und Körperschaften gehören, nach dem Bestande im Jahre 1802, wie solcher wird ausgewiesen werden. Nämlich:

Das Vermögen der Spitalstiftung zu Rheinfelden, der Gottesacker-Capelle, der Margarethenstiftung,

der Bruderschaft zu Gilgenberg, der Kirche zu Kaiserangst, zu Möli, zu Obermumpf, zu Niedermumpf, zu Schupfart, zu Zuggen, zu Wegenstetten, zu Olsberg, zu Eiken, zu Gausingen; ferner das Vermögen der Caplaneien St. Nicolai zu Rhinfelden, B. M. Virginis, St. Trinitatis und Corporis Christi zu Rhinfelden, das Vermögen der Dr. Hoppischen und Bröchischen Stiftung von da, und der Wirtlichen Stiftung; zu Möhlin, das Vermögen der Martinsban-Pflegschaft, der Junkerischen Chorherren, Knappischen und Probst-Biesnerischen Stiftung, der Sebastian- und der Rosenkranz-Bruderschaft dasselbst. Eben so wird die Großherzoglich Badische Regierung alle von benannten Stiftungen und Körperschaften erhobene Nutzungen, sie bestehen, worin sie immer wollen, an den Canton Aargau ersetzen.

ART. III. Zur Verification und Liquidation des gegenseitig auszuantwortenden Vermögens werden von den beiden hohen Regierungen Commissarien aufgestellt werden, welche spätestens vierzehn Tage nach der Ratification dieses Vertrags ihre Arbeiten beginnen und dieselben mit möglichster Beschleunigung und ununterbrochen vollziehen sollen. Alle desfalls nöthige Rechnungen, Ausweise und Urkunden werden wechselseitig auf die vollständigste und zuverlässigste Weise mitgetheilt werden.

ART. IV. Sobald das Vermögen einer Stiftung verificirt und liquidirt ist, soll der Berechtigte ohne Verzug in den Genuß desselben, so wie aller Rückstände, sie seien von der Regierung erhoben, oder noch bei den Schulduern ausständig, gesetzt werden. Zur Eintreibung der Rückstände versprechen beide Regierungen die prompteste Rechtshülfe eintreten zu lassen.

ART. V. Da die bezogenen Naturalgefälle nicht mehr im Gegenstande vorhanden sind, so wird der verrechnete Betrag derselben ausgefolgt. Sollte sich aber dieser nicht liquid darstellen, oder sonstige Anstände sich ergeben; so wird der jedes Jahr bestimmte Martinipreis vom Markt zu Lausienburg für die von Seite Aargau's zu vergütenden Gefälle, und von Rheinheim für die von Seite Badens zu vergütenden Gefälle, als Maassstab angenommen.

1819 ART. VI. Die den Großherzoglich Badischen Stiftungen zugehörenden Gefälle und Eigenthümlichkeiten im Frickthal, und jene des Cantons Aargau im Großherzogthum Baden, deren Ausfolgung in diesem Vertrag bewilligt ist, sollen, wie bereits in dem Vertrag von 1808 bedungen ward, so weit ihr Betrag reicht, gegenwärtig nach den allgemeinen, für solche Operationen bestehenden Grundsätzen, sobald die Gesamtliquidation vollendet ist, ausgetauscht werden.

ART. VII. Die Regierung des Cantons Aargau macht sich verbindlich, zu Handen der Großherzoglich Badischen Regierung, innerhalb vier Wochen vom Tage der Ratification dieses Vertrags an, fünfzehntausend Gulden (15000 Fl.) im vier und zwanzig-Guldenfuß, an jenen Großherzoglich Badischen Commissair zu bezahlen, welcher mit dem Vollzug dieses Vertrags beauftragt werden wird. Dagegen verzichtet die Großherzoglich Badische Regierung auf die Ansprüche, welche sie rücksichtlich nachfolgender Stiftungen u. s. w., in Folge des Vertrags vom Jahre 1808 erhoben hat. Nämlich:

Auf ihre Ansprüche wegen der Chorpräsenz-Stiftung, der Custodie, des Jahrzeiten-Amtes und des Fabrik-Amtes zu Säckingen, der Dekan Freyischen Stiftung, Pfarrer Gerberischen und der Pfeiffischen Recollections-Stiftung daselbst; ferner wegen der Fridolins- und der Rosenkranz-Bruderschaft zu Säckingen; ferner wegen der Mariä-Himmelfahrts-Bruderschaft zu Todtemos, und endlich wegen der Freiherr von Rollischen Stiftung für die Kapuziner in Waldshut und der von Rollischen Fräulein-Stiftung, dergestalt, daß durch den gegenwärtigen Vertrag, alle aus dem Art. 12 und 15 des Vertrags von 1808, sowohl von Seiten der Großherzoglich Badischen Regierung, als von jener des Cantons Aargau erhobenen Ansprüche abgethan sein sollen. Uebrigens versteht es sich von selbst, daß alle jene Stiftungen, welche nicht durch diesen Vertrag ausdrücklich frei gegeben, oder ausdrücklich abgetreten worden sind, als Gegenstände, worüber aus den Artikeln 12 und 15 des Vertrags von 1808 kein Streit obwaltete, von beiden Regierungen als unangefochten angesehen und frei gegeben werden.

ART. VIII. Alle Urkunden und Rechnungen, 1819 welche auf die im Verzicht des vorhergehenden Artikels begriffenen Gegenstände sprechen, sofern sie dieselben allein angehen, und noch im Besitz Großherzoglich Badischer Behörden sich befinden, werden binnen vier Wochen nach erfolgter Ratification dieses Vertrags, oder früher, je gleichzeitig mit der Zahlung der §. 7 stipulirten 15000 Fl. an die Canton Aargauische Behörde ausgeliefert. Von Actenstücken gemeinschaftlichen Inhalts werden dem begehrenden Theile, auf dessen Kosten, beglaubte Abschriften jederzeit ertheilt.

ART. IX. Von den vertragenden Staaten wird die Ratification gegenwärtiger Ausgleichung spätestens binnen drei Wochen erfolgen.

Zur Urkunde ist dieser doppelt ausgefertigte Vergleich von den beiderseitigen Bevollmächtigten unterschrieben und besiegelt.

Geschehen Carlsruhe, am 27sten Juli 1819.

A. FRIEDERICH,

RENGGER,

Großherzogl. Bad. geh. Rath
und Minister-Resident bei der
schweizerischen Eidgenossenschaft.

Regierungsrath vom Canton
Aargau.

JEHLE,

App. Gerichtspräsident.

34.

*Traité entre le grand-duché de Bade et
le canton d'Argovie, concernant l'arrange-
ment de différentes réclamations, signé à
Carlsruhe le 27 Juillet 1819.*

(Regierungsblatt des Großherzogthums Baden 1819.
30sten October. No. XXVII.)

Nachdem seit einer Reihe von Jahren über die aus dem Frieden von Lüneville, dem Reichsdeputations-

1819 *Recess* von 1803 und dem Prefsburger Frieden von Seiner Königlichen Hoheit dem Großherzog von Baden gegen die Eidgenossenschaft erhobenen Ansprüche auf Besitzthümer und Lastentheilnahme des hochlöblichen Cantons Argau namentlich, als dem Besitzer des Frickthals, mehrmal weilläufige Unterhandlungen gepflogen, und verschiedene Ausgleichungswege versucht worden sind, ohne zu dem gewünschten Ziele gelangen zu können, so haben nunmehr beide Theile, von dem Wunsche beseelt, diese langwierige Zwistigkeiten im Vergleiche freundschaftlich zu beenden und Seine Königliche Hoheit der Großherzog von Baden insbesondere, um der gesammten Eidgenossenschaft sowohl, als der Regierung des Cantons Argau einen Beweis freundlich wohlwollender Gesinnung und Mäßigung zu geben, nach reiflicher Erwägung aller waltenden Verhältnisse, sich bewogen gefunden, durch ihren dazu besonders Bevollmächtigten, nämlich von Seite Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs von Baden, Höchstdero Minister-Residenten bei der hohen Eidgenossenschaft, den Herrn geheimen Rath Friederich, und von Seite der hochlöblichen Regierung des Cantons Argau, den Herrn Regierungsrath Rengger und den Herrn Appellationspräsidenten Jehle, über die nachfolgenden Gegenstände den gegenwärtigen Vertrag, unter Vorbehalt beiderseitiger Staatsgenehmigung, abzuschließen.

ART. I. Seine Königliche Hoheit der Großherzog von Baden befriedigt sich, für den Beitrag des Frickthals zu den Breisgauischen Landesschulden und das Guthaben der Breisgauer Landeskasse an das Frickthal, so wie für die gemachten Ansprüche auf das Kloster Sion, auf die Rheinfelder Zollrückstände von 1803 bis 1807, auf die im Canton Argau befindlichen Besitzungen des Stiftes Säckingen und der Commende Bruggen, auf rückständige Einkünfte dieser Besitzungen und auf Beiträge zu den Schulden und Pensionen des Stiftes Säckingen und der Commende Bruggen, mit einer Summe von zweimal hundert fünf und siebenzig Tausend Gulden, nach dem 24 Fl. Fufs.

ART. II. Diese Summe wird auf folgende Weise 1819 entrichtet:

a. durch den vom Canton Argau zu übernehmenden Betrag der Breisgauisch-Landständischen Obligationen, welche Frickthaler Gläubigern zugehören, in Capital und Zinsen 43,202 Fl. 30 Kr.

b. Durch Abtretung der Bodenzinse von den der Commende Leuggerin zugestandenen, im Großherzogthum Baden liegenden Lehenhöfe Steinbach und Hechwyl, nach Argauischem Looskaufgesetz im Werthe berechnet von 1,860 Fl. 32 $\frac{1}{4}$ Kr. nebst rückständigen Zins;

c. Durch baare Zahlung von 229,936 — 57 $\frac{3}{4}$ —
Summa 275,000 Fl.

Von der baar zu entrichtenden Summe wird die Hälfte vier Wochen, die andere Hälfte acht Wochen nach der Ratification dieses Vertrages, nach Anweisung der Großherzoglich Badischen Regierung, in Basel ausgezahlt.

ART. III. Die Regierung des Cantons Argau verpflichtet sich, alle noch vorhandenen Frickthalischen Gläubiger der Breisgauischen Landstände, über deren Obligationen ein specificirtes Verzeichniß dem gegenwärtigen Vertrage beigelegt werden soll, zu befriedigen.

ART. IV. Seine Königliche Hoheit der Großherzog von Baden erkennt alle Ansprüche an den Canton Argau, welche von den im ersten Artikel genannten Gegenständen herrühren, für erledigt.

ART. V. Die unterm 31sten Heumonats 1813 zwischen dem Großherzoglich Badischen Herrn Kreisrath Jäger und dem Canton Argauischen Herrn Regierungsrath Fetzer Statt gefundene Zollabrechnung wird von Baden als richtig erkannt, und die davon herrührende Summe von neun Tausend siebenhundert sechs und siebenzig Gulden 24 $\frac{1}{2}$ Kr. innerhalb acht Wochen nach der Ratification dieses Vertrags an den Canton Argau bezahlt; jedoch hierbei Argauer Seite die von der Stadt Rheinfelden für einen zu ihrem Brückenbau erhaltenen Vorschuss

1819 aus der Freiburger Salzkasse schuldenden Tausend-Gulden-Capital in Aufrechnung an Zahlungsstatt angenommen, und diese Forderung hierdurch von Baden an den Canton Argau übertragen.

ART. VI. Die Ausgleichung der über den Art. 12 und 15 des Staatsvertrags vom 17ten Herbstmonat 1808, hinsichtlich der Herausgabe und der Befreiung vom Beschlage der frommen und milden Stiftungen im Frickthal einer Seite und anderer Seite im Breisgau entstandenen Schwierigkeiten, wird durch den unter dem Hentigen darüber abgeschlossenen besondern Vergleich bezweckt, dessen Inhalt so angesehen wird, als sei er wörtlich hier eingeschaltet. Namentlich wird, was von Besitz, Eigenthum und Gefällen der Stifter Rheinfelden und Olsberg und der Commende Rheinfelden im Breisgau, und was von dergleichen dem Stifte Säckingen und der Commende Bruggen im Frickthale gehörig vorhanden ist, von den wechselseitigen Ansprüchen, nach Inhalt dieses und des angezogenen Separat-Vertrags für befreit erkannt.

ART. VII. Beide Staaten verpflichten sich, alle noch in ihren Händen befindlichen Urkunden, Schuldenbriefe und Titel jeder Art, welche sich auf Besitzungen und Eigenthum beziehen, die durch gegenwärtigen Vertrag in den definitiven und rechtlich anerkannten Besitz des andern Theils übergehen, dem letztern auszuliefern. Von Actenstücken gemeinschaftlichen Inhalts werden dem begehrenden Theile auf dessen Kosten beglaubte Abschriften jederzeit ertheilt.

ART. VIII. Aller bisher noch bestandene Sequester auf das gegenseitige Staats- und Corporations-Eigenthum wird in Folge und nach Maafsgabe dieser Verträge vollständig aufgehoben, und die jeden Theils während des Beschlags bezogenen Einkünfte den Regierungen zu Handen der Eigenthümer zugestellt.

ART. IX. Von den vertragenden Staaten wird die Ratification gegenwärtiger Ausgleichung spätestens binnen drei Wochen erfolgen.

ART. X. Beide Theile werden jeder für sich 1819 vom Abschlufs dieses Vertrags der Eidgenossenschaft alsbald die Eröffnung machen.

Zu Urkunde haben die beiderseitigen Bevollmächtigten Gegenwärtiges gleichlautend doppelt ausgefertigt, unterschrieben und besiegelt.

Geschehen Carlsruhe, den 27sten Juli 1819.

A. FRIEDERICH,

RENGGER,

Großherzogl. Bad. geh. Rath
und Minister-Resident bei der
schweizerischen Eidgenossenschaft.

Regierungsrath vom Canton
Argau.

JEHLE,

Appellationspräsident.

Separat-Artikel.

Da in dem Verzeichniß der von Seite der Regierung des Cantons Argau an der Summe von zweimal hundert fünf und siebenzig Tausend Gulden, in Aufrechnung zu bringenden drei und vierzig Tausend zweihundert zwei Gulden 30 Kr., welche an Frickthaler Gläubiger zu zahlen sind, auch zwei Tausend Gulden sich befinden, welche an Zins eines der Stadt Laufenburg zuständig gewesenem Capitals von zehn Tausend Gulden gezahlt wurden, so hat man aus diesem Anlaß sich gegenseitig dahin verständigt:

Die Stadt Groß- und Kleinlaufenburg hat nach dem Art. 13 des Staatsvertrags von 1808 an besagtem Capital der zehn Tausend Gulden zu resp. zwei Drittel, und ein Drittel Antheil. Sofern daher dieses Activum nicht bereits früher zwischen beiden in Rechnung ausgeglichen ward, so wird von Seite des Cantons Argau der Stadt Kleinlaufenburg für das ihr Zustehende ein Drittel an Capital und Zinsen der zehn Tausend Gulden, die vollkommene Vergütung bei der unverzüglich vorzunehmenden Abrechnung zwischen beiden Städten, nach Maassgabe jenes Vertrags, zu Handen der Großherzogl. Badischen Regierung hiermit zugesagt, und dieser

1819 Separat-Artikel so angesehen, als sei er wörtlich dem Vertrage eingeschaltet.

Geschehen wie oben am 27sten Juli 1819.

A. FRIEDERICH,

RENGGER,

Großherzogl. Bad. geh. Rath Regierungsrath vom Canton
und Minister-Resident bei der Argau.
schweizerischen Eidgenossenschaft.

JEHLE,

Appellationspräsident.

(Ratifié par S. A. R. le gr.-duc de Bade le 5 Août 1819.)

35.

Convention entre la Hesse électorale et la principauté de Schaumbourg-Lippe, concernant l'extradition réciproque des criminels et la suppression des fraix de justice en matières criminelles, signée le $\frac{7}{17}$ Août 1819.

(Sammlung von Gesetzen u. s. w. für die Kurhessischen Staaten. Zweiter Band. Jahr 1819. No. XIV. November.)

Da die Auslieferung der Verbrecher an den Richter, in dessen Gerichtsbezirke die Haupthandlung des Verbrechens begangen ist, den schnelleren Gang der Untersuchung erleichtert, und den Zweck der Vollziehung der Strafe befördert, so ist zwischen der Kurfürstlich Hessischen Regierung zu Rinteln und der Fürstlich Schaumburg-Lippeschen Regierung zu Bückeburg, unter Vorbehalt der höchsten Landesherrlichen Ratification, folgende Uebereinkunft getroffen worden:

ART. I. Es soll eine wechselseitige Auslieferung aller Personen Statt finden, welche in dem Umfange der Kurhessischen und der Fürstlich Schaumburg-

Lippeschen Lande ein peinliches Verbrechen began- 1819
gen haben und vor erlittener Strafe in das andere
Land entwichen sind.

ART. II. Unter peinlichen Verbrechen werden
nur solche verstanden, welche nach den in beiden
Landen geltenden Rechten eine peinliche Strafe zur
Folge haben; jedoch sollen die Forst- und Jagd-
Frevler, ohne Rücksicht auf die Grösse der von ih-
nen verwirkten Strafe, in allen Fällen gegenseitig
sistirt werden. Wegen anderer Vergehungen hinge-
gen, welche nur mit einer bürgerlichen oder poli-
zeilichen Strafe bedrohet sind, so wie wegen Ver-
gehungen gegen die Steuergesetze, wenn gleich in
dem einen oder dem andern Lande aus besonderen
Gründen eine peinliche Strafe darauf gesetzt sein
sollte, findet die Sistirung oder Auslieferung nie-
mals Statt.

ART. III. Den Amts- und Polizei-Bedienten
beider Regierungen soll verstattet sein, flüchtige
Verbrecher über die Grenze zu verfolgen; sie müs-
sen aber die, auf solche Weise angehaltenen Perso-
nen an das nächste Amt des Landes abliefern, worin
dieselben ergriffen worden sind.

ART. IV. Ist der Verbrecher noch nicht zur
Haft gebracht, so soll, auf Verlangen des requiriren-
den Gerichts, schleunigst zu dessen Verhaftung ge-
schritten werden. Dem requirirten Richter jedoch
müssen jederzeit die Gründe mitgetheilt werden,
wegen deren ein Verdächtiger oder Angeklagter ge-
fänglich eingezogen werden soll.

ART. V. Sobald der Verbrecher in Haft gezogen
ist, muß dem requirirenden Richter sogleich davon
Nachricht gegeben werden, damit dieser die unge-
säumte Abholung desselben besorge.

ART. VI. Die Auslieferung der Verbrecher ge-
schieht nicht anders, als auf eine, vom Richter des
begangenen Verbrechens erlassene, allgemeine oder
besondere Requisition. Kein Gericht ist daher zur
Annahme eines Verbrechers verbunden, wenn es die
Auslieferung desselben nicht begehrt hat.

ART. VII. Wenn der Verbrecher sich zur Zeit
der nachgesuchten Auslieferung wegen des, im Ge-

1819 richtsbezirke des requirirenden Richters begangenen Verbrechens, bereits im andern Lande in Untersuchung befindet; so soll dessen Auslieferung, ungeachtet der eingetretenen Prävention, nicht verweigert werden. Betrifft dagegen die vom requirirten Richter bereits angefangene Untersuchung ein anderes Verbrechen; so findet die Auslieferung des Inquisiten nur dann Statt, wenn das Verbrechen, welches der requirirende Richter zu untersuchen hat, nach den Gesetzen beider Lande mit einer größeren Strafe bedrohet ist.

ART. VIII. Würden die verschiedenen Verbrechen, wegen deren ein Verbrecher in beiden Landen zur Bestrafung gezogen werden soll, von gleicher Strafbarkeit sein, oder wäre es zweifelhaft, welches Verbrechen eine größere Strafe nach sich ziehe; so soll die Auslieferung des Verbrechers nicht verlangt werden können.

ART. IX. Wenn Verbrechen auf der Grenze verübt worden sind, oder wenn es überhaupt zweifelhaft ist, ob die Haupthandlung des Verbrechens in dem einen oder dem andern Lande begangen worden; so soll die Prävention unter den beiderseitigen Gerichten dergestalt entscheiden, daß die Untersuchung und Bestrafung demjenigen Gerichte verbleibt, welches den Inquisiten zuerst über das angezeigte Verbrechen vernommen hat.

ART. X. In den Fällen der drei vorhergehenden Artikel soll der die Untersuchung führende Richter, jederzeit auch über diejenigen Verbrechen, welche der Verbrecher im andern Lande begangen hat und deren Bestrafung erkennen. Zu diesem Ende sollen demselben die, bei den Gerichten des andern Landes bereits verhandelten Acten und alle sonst vorräthigen Nachrichten, welche auf die Vervollständigung der Untersuchung Bezug haben, schleunigst mitgetheilt werden.

ART. XI. Auch die Strafe der Gehülfen eines Verbrechers soll, ohne Unterschied, ob dieselben in dem Lande des requirirenden, oder des requirirten Richters an dem Verbrechen Theil genommen haben, von dem Richter bestimmt werden, welcher in der Hauptsache zu erkennen hat; und es treten daher

in Rücksicht der Sistirung und Auslieferung der Ge- 1819
hülffen dieselben Grundsätze ein, welche über die
Auslieferung der Hauptverbrecher entscheiden. Da-
gegen sind die Begünstiger eines Verbrechens zwar
ebenfalls dem Richter der Hauptsache zur Erleich-
terung der Untersuchung zu stellen; wenn aber de-
ren widerrechtliche Handlung in dem Lande des re-
quirirten Richters vorgefallen ist, so soll die Bestra-
fung derselben dem Letztern überlassen bleiben, an
welchem mithin nach erfolgter Entscheidung in der
Hauptsache, die Acten abzugeben sind.

ART. XII. Die Gerichte beider Lande sollen
sich, auch außer dem Falle der Auslieferung eines
Verbrechers, bei anderen vorkommenden Criminal-
Untersuchungen mit aller Willfährigkeit zu Hülfe
kommen. Selbst die Stellung der Zeugen und an-
derer Personen soll, wenn sie der requirirende Rich-
ter unumgänglich nöthig findet, nicht verweigert
werden.

ART. XIII. Wenn die Stellung eines oder meh-
rerer, bereits in Haft befindlichen, Inquisiten zum
Zwecke der Confrontation, oder aus anderen Grün-
den, nöthig befunden wird; so soll dieselbe eben-
sowohl gestattet, jedoch von den Landes-Instiz-
Collegien sowohl wegen des Orts der Ueberliefe-
rung, als auch wegen der zu ergreifenden Sicher-
heitsmaasregeln eine vorgängige Uebereinkunft ge-
troffen werden.

ART. XIV. Im Falle der Auslieferung eines Ver-
brechers erstattet der requirirende Richter dem re-
quirirten Gerichte nur die baaren Auslagen, welche
durch die Haft und durch die Unterhaltung des
Verbrechers bis zu dessen Abholung veranlasset wor-
den sind. Wenn aber der Verbrecher demnächst
zum Ersatze der Untersuchungskosten verurtheilt
ist, und hinreichendes Vermögen zu deren Bezah-
lung besitzt; so sollen hieraus nicht allein alle baa-
ren Auslagen, sondern auch die sämtlichen Ge-
richtsgebühren, nach der in jedem Lande üblichen
Taxe, entrichtet werden.

1819 ART. XV. Nach gleichen Grundsätzen soll auch in Absicht der Bezahlung derjenigen Kosten verfahren werden, welche durch die Abhörung oder Stellung der Zeugen oder anderer Personen, so wie durch die Auslieferung oder Stellung der Gehülfen und Begünstiger des Verbrechens veranlaßt worden sind.

ART. XVI. Um darüber zu entscheiden: ob ein Verbrecher eigenes Vermögen zur Bezahlung der Gerichtsgebühren besitze, soll in den beiderseitigen Ländern ein Mehreres nicht, als das Zeugniß des Gerichts erfordert werden, unter welchem der Verbrecher seine eigentliche Wohnung hat. Sollte derselbe seinen Wohnsitz in einem dritten Lande gehabt haben, und die Beitreibung der Kosten dort mit Schwierigkeiten verbunden sein; so wird es so angesehen, als ob derselbe kein hinreichendes Vermögen besitze.

ART. XVII. Den Zeugen und anderen abzuhörenden Personen sollen die Reise- und Zehrungskosten, nebst der, wegen ihrer Versäumniß ihnen gebührenden Vergütungs-Summe, nach deren von dem requirirten Gerichte geschehener Verzeichnung, sogleich bei wirklich erfolgter Stellung, von dem requirirenden Richter verabreicht werden.

ART. XVIII. Wegen Durchführung der Gefangenen durch beiderseitige Lande ist annoch festgesetzt, daß in den Fällen, wenn

a. der Arrestat kein Unterthan desjenigen Landesherrn ist, durch dessen Lande die Durchführung geschieht,

b. die zur Wache mitgegebene Mannschaft nicht vom Militair ist, sondern nur aus Polizei- Bedienten oder anderen Personen besteht, auch

c. nicht von beträchtlicher Anzahl, und zwar höchstens fünf Mann stark ist, solche auf bloße Pässe der Polizei- Behörden, welche jedoch die obige Einschränkung unter a., deutlich enthalten müssen, von den Garnisonen und jeden Ortsobrigkeiten gestattet, auch die nöthige Assistenz

dabei geleistet, außer solchen Fällen aber die vor-1819
gängige Correspondenz der höheren Collegien fer-
nerweit erforderlich sein solle.

Rinteln am 7ten August 1819.

Kurfürstlich Hessische Regierung.

WIEDERHOLT.

(Cette convention a été ratifiée par S. A. R. l'électeur de
Hesse le 19 Novembre et par S. A. S. le prince de Schaum-
bourg-Lippe le 11 Septembre 1819.)

36.

*Arrangement concerté entre la Prusse et la
Saxe royale, concernant les passeports de
leurs sujets respectifs; publié à Dresde le
10 Août 1819.*

(Gesetzsammlung für das Königreich Sachsen 1819.
No. 13. pag. 188.)

In Folge der, wegen der Verhältnisse zu den Kö-
niglich Preussischen Staaten, in Hinsicht des Pafs-
wesens zeither Statt gefundenen Verhandlungen, ist
von Seiten des Königl. Preussischen Hofes mit
dem diesselts geschehenen Antrage, daß, zur Er-
leichterung des Verkehrs zwischen den Königlich
Sächsischen und Königlich Preussischen Staaten, den
beiderseitigen Unterthanen der Eingang in die gegen-
theiligen Lande auf Pässe ihrer Ortspolizei - Obrig-
keiten gestattet werden möchte, dahin sich einver-
standen worden, daß

1. die Königlich Sächsischen Unterthanen an dem
Eingange in die jenseitigen Staaten, auf Pässe der-
jenigen ordentlichen Ortspolizei - Obrigkeiten, in
deren Verwaltungsbezirken sie ihren Wohnsitz haben,
nicht behindert werden sollen, insofern diese Pässe
noch nicht abgelaufen, übrigens nicht fehlerhaft,
und mit der hinreichenden Personbeschreibung des
Inhabers versehen wären; wobei in Ansehung des

1819 letzten Erfordernisses jedoch bei hinlänglich bekannten und distinguirten Personen eine Ausnahme gemacht werden könne;

2. dafs, gleich den Pässen, die von Königlich Sächsischen Behörden den aus dem Königreiche Sachsen gebürtigen Handwerksgesellen ertheilten Wanderbücher, wenn gegen ihre Richtigkeit nichts zu erinnern ist, die Einlassung der rechtmässigen Inhaber in die jenseitigen Lande, ohne dafs es für dieselben eines besondern Passes bedürfe, begründen sollen, und dafs

3. in allen diesen Puncten, von Seiten der Königlich Sächsischen Regierungen, in Ansehung der Pässe jenseitiger Behörden, insoweit sie in die zu 1. gedachte Kategorie gehören, die vollkommenste Reciprocität beobachtet werde.

Wenn denn das Königlich Preussische Polizeiministerium zu Berlin in solcher Masse unterm 20sten April dieses Jahres an die sämmtlichen dortigen Königlichen Regierungen verfügt hat; so werden die hiesigen Landeseinwohner von dieser Uebereinkunft hierdurch in Kenntniß gesetzt; und es wird zugleich verordnet, dafs von Seiten der hierländischen Polizeibehörden das verlangte, mit den Vorschriften des hiesigen Passregulativs vom 27sten Januar 1818 ohnehin übereinstimmende Reciprocum gegen die Preussischen Unterthanen genau beobachtet werden soll.

Dresden, am 10ten August 1819.

Königl. Sächs. Landesregierung.

Freiherr VON WERTHERN.

FRIEDRICH MOSSDORF, S.

37.

*Convention principale conclue entre la Prusse 1819
et la Saxe royale en exécution du traité de
paix entre les deux puissances fait à Vienne
le 18 Mai 1815, et signée à Dresde
le 28 Août 1819.*

*(Gesetzsammlung für das Königreich Sachsen 1818.
No. 49. pag. 237.)*

Da Se. Majestät der König von Sachsen, und Se. Majestät der König von Preussen, in dem Artikel 14 des Wiener Friedensvertrags vom 18ten Mai 1815 dahin übereingekommen, Commissarien zu ernennen, um auf eine genaue und ausführliche Weise die, in den 6ten bis 13ten und 16ten bis 20sten Artikeln, erwähnten Gegenstände in Ordnung zu bringen; hiernächst in dem Artikel 15 des gedachten Vertrags, Se. Majestät der Kaiser von Oesterreich, ihre Vermittelung für alle, zwischen dem Königl. Sächsischen und dem Königl. Preussischen Hofe, in Folge der, durch den 2ten Artikel festgesetzten Gebietsabtretungen, nöthig gewordenen Auseinandersetzungen, angeboten, und beide hohe contrahirende Theile diese Vermittelung, sowohl im Allgemeinen, als auch besonders für die Auseinandersetzungen, bereitwilligst angenommen haben, mit welchen die, in dem 3ten und 14ten Artikel erwähnten Commissionen beauftragt worden; so haben sich, in Gemäßheit dieser Bestimmungen, bald nach der Ratification des mehrgedachten Wiener Vertrags, die von beiden Regierungen ernannten Friedens-Vollziehungs- und Ausgleichungs-Commissionen in Dresden vereinigt, und diese Verhandlungen, unter Mitwirkung des, von Sr. Majestät dem Kaiser von Oesterreich, dazu bestellten Vermittelungs-Commissarii begonnen.

Obgleich nun solchergestalt, bis zum April des vergangenen Jahres, mehrere wichtige Gegenstände, durch gedachte beiderseitige Commissionen, und

1819 unter vorerwähnter Vermittelung, zur vollkommensten Zufriedenheit der beiden hohen contrahirenden Theile, erörtert und abgeschlossen. auch andere, zu den nachmaligen Vereinigungen, vorbereitet worden; so schien es doch beiden Regierungen wünschenswerth, zu noch mehrerer Beschleunigung und Vereinfachung der Verhandlungen, Special-Bevollmächtigte zu ernennen, und durch diese die verbliebenen Anstände zu beseitigen und den gänzlichen Abschluß des Friedens-Vollziehungs-Geschäfts zu bewirken.

In dieser Absicht haben Se. Majestät der König von Sachsen Dero Geheimen-Rath und Kammerherrn, auch außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister an dem Königlich Preussischen Hofe, Hanns August Fürchtegott von Globig, Comthur des Königlich Sächsischen Civil-Verdienst-Ordens, und Se. Majestät der König von Preussen Dero wirklichen Geheimen Legationsrath, dormalen außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister am Königlich Sächsischen Hofe, Johann Ludwig von Jordan, Ritter des rothen Adlerordens 2ter Classe mit Eichenlaub, und des eisernen Kreuzes 2ter Classe am weißen Bande, des Russischen St. Annenordens 1ster und des St. Wladimirordens 2ter Classe, Großkreuz des Civil-Verdienst-Ordens zur Baiерischen Krone, und des Schwedischen Nordstern-Ordens; Commandeur des Oesterreichischen Leopold- und des Dänischen Danebrog-Ordens; Ritter des Spanischen Ordens Karls des Dritten u. s. w. mit unmittelbaren Aufträgen versehen, welche, nach Auswechselung ihrer, in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten, über folgende Artikel übergegangen sind:

ART. I.

G r o n z e.

Was zuvörderst die, in nurgedachtem Tractate Art. 2 bezeichnete Grenzlinie der abgetretenen Districte und Gebiete betrifft, so hat man sich, zu möglichster Beseitigung der, bei deren vorläufigen gemeinschaftlichen Besichtigung und Aufnahme, über die Auslegung und Anwendung einiger Bestimmungen dieses Tractats, sich ergebenden Zweifel, sowohl überhaupt, als in Absicht der Zertheilung zusammen

gehöriger Grundstücke unter verschiedene Landes- 1819
hoheit, in nachstehender Mafse vereinigt:

1. Von der Böhmischen Grenze an bildet das
Flufsbette des Wittichbachs, genau nach der Bestim-
mung des Friedenstractats, die Grenze beider Ge-
biete bis zum Einflufs in die Neisse.

2. Die, an der Grenze des Eigenschen Kreises,
welche durch die Flurgrenzen der, dem Kloster Ma-
rienstern zugehörigen Ortschaften gedachten Kreises
bestimmt wird, gelegenen kleinen Wiesen und Wald-
stücke: die Kuhnauer Wiese, die Tauchritzer Pfarr-
und Schulmeister-Wiese, und die Görlitzer Hospi-
talwiese, ingleichen der, in eben dieser Gegend be-
findliche Hospitalwald, und die Nichaer Hinterfol-
gen (auf der aufgenommenen Grenzkarte Section I.
und II. mit a, b, c, d und e bezeichnet) werden,
als zu Hauptgütern des Herzogthums Sachsen gehör-
rig und mit dessen Gebiet grenzend, dem gedachten
Herzogthume einverleibt.

3. Das, in dem Winkel zwischen Paulsdorf und
Obersohland gelegene Hikische Bauergut, dessen
Fluren sich vom Paulsdorfer See an, quer durch
die Mittelsohlandischen Grundstücke, bis in dieses
Dorf hinein erstrecken, auch bis Paulsdorf und Mit-
telsohland in Verbindung stehen, und dadurch des-
sen Verhältnifs zweifelhaft machen, verbleibt dem
Königreiche Sachsen.

4. Da nach dem Friedenstractate die grofse Post-
strafse zwischen Görlitz und Bauzen, bis an die
Grenze der beiden genannten Kreise, Preussisch
sein soll; so ist man übereingekommen, dafs von
dem Punkte an der Strafse von Bauzen nach Gör-
litz, wo die Oehlscher und Gofs-witzer Fluren zu-
sammentreffen (auf der Karte Sect. II. mit G. be-
zeichnet) die Landesgrenze der nördlichen Gofs-
witzer Flurgrenze bis an den Punct, wo sie zwi-
schen dem Fuchsberge und dem Radmeritzer Busch
die nördliche Klein-Radmeritzer Flurgrenze erreicht,
und von da an, dieser Flurgrenze, bis zu dem
Puncte, wo die Schöpfer- und Glosner Fluren an
einander stofsen, folge. Von diesem Puncte an geht
die Landesgrenze mit der östlichen Glosner Flur-
grenze fort, bis sie an die südliche Grenze der

1819 Meuselwitzer Flur stößt. Von hier an soll die Landesgrenze sich mit der nördlichen Glosner Flurgrenze bis zu dem Punkte vereinigen, wo sie die Bauzner Kreisgrenze bei dem Petzschker Berg berührt, weiter mit der westlichen Meuselwitzer Flurgrenze bis an die Poststrasse von Bauzen nach Görlitz, und endlich mit dieser Poststrasse bis an die Grenze des Bauzner Kreises fortlaufen, mit welcher Kreisgrenze sie dann bis Dubrauke vereinigt bleibt, dergestalt, daß Gofswitz, Glossen und Manschwitz nebst deren Ländereien, in so weit letztere sich nur bis zur Poststrasse von Görlitz nach Bauzen erstrecken, bei dem Königreiche Sachsen verbleiben, und auf diesem Tracte die Poststrasse in der Art als Grenzbestimmung angenommen wird, daß die Stadt und das Dorf Reichenbach, ingleichen das Dorf Schöps mit ihren gesammten Fluren, zum Herzogthume gehörig sind.

5. Ein zu dem Gute Maltitz gehöriges Stück Feld an der Landesgrenze, rechts der obgedachten Poststrasse (auf der Karte Sect. III. mit K. i. bezeichnet) wird bei dem Königreiche Sachsen belassen, hingegen das Dorf Thräna, das Thümlitzer Gut, die zu den Rittergütern Lauritz und Glossen gehörigen Försterwohnungen, und zwei dabei befindliche Grundstücke: die Dreiteiche und die kleine Hartbe genannt, ferner die zum Rittergute Maltitz gehörigen Waldungen: die Scheere, die große und kleine Heyke, ingleichen des Bauers zu Maltitz, Farack oder Witschersholz und eine, zu den Rittergütern Unwürde und Kittlitz gehörige Haide, welche insgesamt bisher zwar zu dem Bauzner Kreise gerechnet worden, jedoch in den Görlitzer Kreis eingeschlossen sind, fallen unter die Hoheit des Herzogthums Sachsen.

6. Desgleichen wird das Skadische Bauergut und die Wenkische Gärtnernahrung, deren Gebäude in dem Dorfe Weigersdorf gelegen, und welche auch mit diesem verschiedentlich verbunden sind, dem Herzogthume zugetheilt.

7. Das zu dem Gute Baruth gehörige Vorwerk Praschwitz, ingleichen das Holz, die Menschen genannt, bleiben dem Königreiche Sachsen.

8. Die, bei dem Löbaner Wasser, seiner beiden 1819 Arme wegen, zweifelhaft geschienene Grenzlinie, (auf der Karte Sect. IV. P. bis S.) ist dergestalt festgesetzt worden, daß Klein - Saubernitz, Wartha, Lömischau und die Schäferei Barothsche, mit ihren Markungen, auf Königlich Sächsischer, die daran stoßenden Weigersdorfer, Taubaner und Zimpler Fluren aber, auf Königlich Preussischer Seite bleiben.

9. Die, in der Neudorfer Flur liegenden, nach Kaschel und Lieska veräußerten, kleinen Acker-Wiesen - und Waldgrundstücke (auf der Karte Sect. IV. und V. mit f, g und m bezeichnet) werden bei dem Königreiche Sachsen gelassen; dagegen fallen die Guttaer, Brösner, die Göbelper, Salgaer und Leichnamer Haiden, als über der, im Friedenstractate angenommenen Neudorfer Grenze hinausgelegen, an das Herzogthum.

10. Die Orte Wessel und Cummerau verbleiben dem Königreiche Sachsen.

11. In Absicht der, nach dem Friedenstractate, von der schwarzen Elster bei Zolldorf (in dem Tractate Solleschwitz genannt) bis zur Grenze der Herrschaft Königsbrück, bei Großgrabe zu ziehenden geraden Linie, ist die Uebereinkunft dergestalt getroffen worden, daß die Orte: Skaske, Weißsig und Straßgräbchen, ingleichen auch Osling und Lieska mit ihren Fluren, und alle übrige, links oder südlich derselben gelegenen Orte und Grundstücke dem Königreiche Sachsen verbleiben.

12. Von dem Punkte an, wo die nördliche Grenze der Herrschaft Königsbrück an das Amt Grossenhain stößt, ist die Grenze südlich von Ortrand, in Ansehung der, von beiden Theilen in Anspruch genommenen Orte Heynersdorf (auch Hennersdorf genannt) und Krausnitz, dergestalt bestimmt worden, daß der letztere Ort, mit seiner Markung, bei dem Königreiche verbleibt, Hennersdorf hingegen dem Herzogthume Sachsen zugetheilt wird. Zur Sicherstellung der, bei Krausnitz auf irgend eine Art in Frage kommenden Privatgerechtsame der Stadt Ortrand, sollen, wie überhaupt gegenseitig in andern ähnlichen Fällen, bei der endlichen Grenzbeziehung,

1819 behufige Bestimmungen getroffen, und hierbei die liberalsten Grundsätze angenommen werden.

13. Die zwischen Brösnitz und Kleinkmehlen gelegene Teichmühle verbleibt dem Königreiche Sachsen.

14. Die Besitzungen, welche Hirschfelder Unterthanen in der Oelsnitzer Flurmarkung angekauft haben, bleiben mit dieser Mark, ingleichen die zu dem Rittergute Walda gehörige wüste Mark Hermsdorf, bei dem Königreiche Sachsen, so wie das Feldstück, welches zu Strauch gehört hat, und von Merzdorf gegen ein Wiesenstück eingetauscht worden ist, zum Herzogthume Sachsen abgegrenzt wird.

15. Da in Ansehung der, in dem Tractate genannten Strafse von Ortrand nach Mühlberg, und der Ortschaften, durch welche sie geht, Zweifel entstanden sind, indem diese Strafse bei einigen Orten sich in zwei Wege zertheilt, wovon der eine die in Frage kommenden Orte nicht berührt, so ist festgesetzt worden, daß die Dörfer Groß- und Kleinkmehlen, Großthiemig, Hirschfeld, Seifertsmühl und Wainsdorf mit ihren Fluren, als zum Herzogthume Sachsen gehörig, anzunehmen; was aber das Vorwerk, die Pfeife genannt, nebst den dabei gelegenen Waldungen, und die beiderseitigen Ansprüche darauf betrifft, so hat man sich über die dortige Grenzlinie zwischen dem Königreiche und dem Herzogthume Sachsen dahin vereinigt: daß solche vom Anfange des Pfeifholzes (auf der Grenzkarte Sect. XII. von Ea. bis Fa.) bis zu dem, von Merzdorf nach Wainsdorf führenden Wege der Merzdorfer Flurgrenze folgt, dann an der Südseite besagten Weges bis an das, auf derselben Seite des Weges liegende Stückchen der Wainsdorfer Flur fortgesetzt wird, dieses Stückchen umgeht, und für das Herzogthum abgrenzt, ferner sich an der südlichen Seite des Weges hinzieht, endlich aber am Ende des dadurch für das Herzogthum abgeschnittenen Stücks des Pfeifholzes den Weg verläßt, und der südlichen Grenze der Wainsdorfer Hutung und Flur, bis zu dem Punkte, wo die Grenzen der Altdorfer und Stockwiese, ingleichen des Pfeifberges, zusammen treffen, folgt, und solchergestalt die übrigen Pfeifengrundstücke bei dem Königreiche Sachsen belassen werden.

16. Von da, wo die Reppiser Hutung und die Hoische oberhalb zusammentreffen (auf der Karte Sect. XII. und XIII. von dem, mit Ga. bis Ha. bezeichneten Punkte) soll die Grenze in der Richtung gehen, daß die Orte Nauwalde, Spanenberg und Schweinfurt, mit ihren zusammenhängenden Fluren, insoweit diese Fluren nicht nördlich durch die Strafee, als zum Herzogthume gehörig, abgeschnitten werden, bei dem Königreiche Sachsen verbleiben, hingegen mit den, im Tractate namhaft gemachten Orten, unter der Benennung Gröbels, auch die besondern Ortschaften, Mühlndorf, Mittelsdorf und Grimmersdorf, mit ihren zusammenhängenden Fluren, so wie die Steins- oder Pflugebreite, dem Herzogthume Sachsen zufallen. 1819

17. Die Grenze folgt sodann in gerader Linie der des Amts Mühlberg, bis zur Elbe bei Fichtenberg in der Art, daß Jacobs- oder Cobenthal, Kreinitz und Lorenzkirchen, ingleichen die Fichtenberger Rittergutswaldung und die Rustelstücke bei dem Königreiche Sachsen gelassen werden, sämtliche Gatschhäuser aber, mit Einschluss der Kreinitzer, an das Herzogthum gelangen.

18. Das Vorwerk Kleindrebig verbleibt bei dem Königreiche Sachsen.

19. In Ansehung des Ueberganges der Grenzlinie von dem rechten auf das linke Elbufer, ingleichen wegen der, nach dem Friedenstractate Artikel 2., ohne nähere und namentliche Bezeichnung, hier bestimmten Abschneidung einiger Enclaven und halben Enclaven, ist man, mit Rücksicht auf anderwärts getroffene Ausgleichungen, dahin übereingekommen, daß von den sub No. 17. gedachten Gatschhäusern an, die Grenze schräg über die Elbe nach dem Punkte auf dem linken Ufer gezogen wird, wo die Lösninger und Görziger Fluren zusammentreffen.

Von den daselbst auf der Elbe befindlichen drei Schiffmühlen, verbleibt zwar die oberhalb gelegene, bei der Grenzbeziehung Gottlob Pettersen zugehörte, bei dem Königreiche Sachsen; die dazu gehörige, auf dem rechten Elbufer gelegene Weiche und der daran stoßende Grasplatz aber Preussen; die abga-

1819 benfrete fernere Benutzung der gedachten Weiche wird dem Besitzer dieser Schiffmühle Preussischer Seits zugesichert.

Die beiden unterhalb gelegenen Schiffmühlen dagegen kommen an Preussen, und es wird, wenn deren Verlegung unterhalb in das Preussische Gebiet mit Schwierigkeiten verbunden sein sollte, Königl. Sächsischer Seits ihnen gestattet, ihre bisherigen Stationen auf dem Elbstrom, ohne, daß sie deshalb Königlich Sächsischer Seits mit Abgaben belegt werden, auch künftig zu behalten.

Auf dem linken Elbufer fallen die Dörfer Lösnig, Pausnitz, Schirmenitz, nebst den zuletzt gedachten beiden Dörfern gehörigen wüsten Marken Hilbersdorf und Klingenhain, die zu Schirmenitz gehörige Dreikuttenmühle, desgleichen die Dörfer Aussig, Seydewitz, Wohlau und Oelschan, sämmtlich mit den zu denselben gehörenden Fluren und Markungen, an das Herzogthum Sachsen; wogegen die Orte Cavertitz, Schöna, Klingenhain, nebst der an der wüsten Mark Klingenhain gelegenen Nieder-Mühle, Olganitz, Treptitz, ingleichen der Forst Reidnitz nebst dem Reidnitz-Hause, und alle innerhalb der dadurch und bis an die Lausar Pfarrbrücke, gebildeten Linie, gelegenen Grundstücke, das zum Rittergute Hof gehörige Stück Holz, und der, links dem sogenannten A. Wege (von Mühlberg nach Eilenburg gerechnet) gelegene Theil der Sitzerodaer Oberhaide, nebst den dazwischen liegenden Privatwaldungen und Wiesen, dem Königreiche Sachsen verbleiben.

20. Das zum Rittergute Kötitz gehörige Weishäuserholz, und die, zum Rittergute Ochsenaal gehörige Waldung, der Heynitz genannt, ingleichen das innerhalb der Tannenhainer Flurgrenze befindliche Wald- und Wiesenstück, welches dermalen dem Schönauer Richter gehört, bleiben bei dem Königreiche Sachsen.

21. Weiterhin (auf der Karte Sect. XVI. und XVII. von Qa. bis Ta.) wird die Landesgrenze in der Art gezogen, daß dadurch die Orte und Feldmarken Rücknitz und Treben (mit Ausnahme des, nördlich der Eilenburger StraÙe gelegenen Stücks der Trebner

Fluren) Böhlitz, Colm, nebst den Marken Zwochau, 1819 Döllnick, Praschwitz, Siedewitz und Boigen ebenfalls dem Königreiche Sachsen verbleiben, das Dorf Colla, (nebst den beiden daselbst am linken Mulden- ufer gelegenen Hägern) und das Vorwerk Punitz mit ihren Markungen und Fluren aber zu dem Herzogthume Sachsen geschlagen werden, demselben auch die wüsten Marken Plothä oder Blottwitz, Pahr- ritzsch, Pestewitz oder Peschwitz, Buchwitz und Gardewitz, überlassen bleiben.

22. Das, mit den Steuern in das Kreisamt Leip- zig, und als Pertinenz zu dem Rittergute Nischwitz gehörige Dorf Pönitz, so wie die, zum Amte Leip- zig ebenfalls gehörige Mark Nebeltitz, bleiben bei dem Königreiche Sachsen; hingegen wird die Holle- ber Mark für das Herzogthum abgegrenzt.

23. Die Kirche, Pfarr- und Schulgebäude, in- gleichen die auf Kirchengrunde stehenden Gebäude, nebst den Pfarrfeldern des, in dem Friedenstractate dem Königreiche Sachsen zugetheilten Dorfes Podel- witz, welche sich auf Delitzscher Amtsgrunde und Boden befinden, verbleiben dem Königreiche Sach- sen, insofern sie nicht als Ganz-Enclaven in das Herzogthum fallen.

24. Das Straßienstück von fünf und sechzig Ru- then lang, auf dem Wege von Leipzig nach De- litzsch, zwischen Breitenfelder und Görditzer Fluren, ingleichen die Görditzer und Milkaer Marken wer- den, letztere beide, als im Amte Delitzsch gelegen, Preussen überlassen, auch begiebt man Sächsischer Seits sich der Ansprüche auf den, nördlich von dem, in dem Tractate als Sächsisch bezeichneten Dorfe Breitenfeld gelegenen Ort Hayna; die zu nurgedach- tem Dorfe Breitenfeld gehörigen Laas- und Leede- felder, ingleichen das, nach Rückmarsdorf gehörige Holz, verbleiben dem Königreiche Sachsen; dagegen fallen diejenigen Grundstücke, welche in der Klein- liebenauer Flur von Königlich Sächsischen Unterthan- en besessen werden, an das Herzogthum Sachsen.

25. Zu näherer Bestimmung der, in dem Frie- denstractate angenommenen Grenzlinie, welche das Stift Merseburg durchschneiden soll, ist, nach deren

1819 Ermittlung, festgesetzt worden, daß, nebst den, in nur erwähnten Tractate als Königlich Sächsisch genannten Ortschaften, auch noch die Dörfer Prieststäblich, Quesitz, mit Ausnahme des, auf Döhlener Flur stehenden Chaussee-Hauses, Kulkwitz, Görnitz und Seebenisch, mit ihren Fluren, bei dem Königreiche Sachsen verbleiben; Dohlen, Thronitz, Schkeitbar, Groß- und Klein-Schkorlopp mit ihren Fluren hingegen, so wie die, in der Willeber Mark gelegene halbe Mönchshufe annoch an das Herzogthum fallen.

26. Die Vereinigung in Absicht des Durchschneidens bei dem Flossgraben im Amte Pegau ist dahin erfolgt: daß Werben mit seiner Markung als zu dem Herzogthume Sachsen gehörig, anzusehen, sodann aber die Grenze, längs dem Flossgraben in einer Entfernung von vier Ruthen herunter läuft, der Flossgraben mit seinen beiden Ufern daher dem Herzogthume Sachsen zufällt; Mausitz aber und die Dörfer Großdalzig, Kleindalzig, Tellschütz, Großstorkwitz mit Maschwitz, die wüste Mark Niperitsch, Zauschwitz, Carlsdorf, Stöntzsch, Enlau, Elstertrebnitz, Tannewitz, Trautschen, Greitschütz, Costewitz und Odervitz mit ihren Fluren, letztere bis in einer Entfernung von vier Ruthen vom Flossgraben, bei dem Königreiche Sachsen verbleiben, und endlich die Grenze sich mit der Flurgrenze zwischen Kleinoderwitz und Beersdorf vereinigt, bis sie die Grenze des Stifts Zeitz erreicht, so daß Beersdorf, mit seiner ganzen Markung, zu dem Herzogthume abgegrenzt wird.

27. Die zwölf in der Profener, und die acht in der Prödler Flur liegenden Acker- Wiesen- und Holzstücke (auf der Grenzkarte Sect. XXI. mit c. bezeichnet) ingleichen das Durchstichholz und der Profener Gemeindebusch werden dem Herzogthume, die bei Kleinoderwitz gelegene Mühlwiese und der Penzig dagegen dem Königreiche Sachsen zugetheilt.

28. Unter- und Oberauligk. mit Inbegriff des vorhin zu dem Stifte Zeitz gehörig gewesenen Antheils, sammt den dazu gehörigen Fluren, insofern diese zusammenhängen, und nicht als Ganz-Encla-

ven im Herzogthume belegen sind, verbleiben dem 1819 Königreiche Sachsen.

29. Bei der, in dem Friedenstractate ermangelnden ausdrücklichen Bestimmung, welchem Theile die nicht genannten, im auswärtigen Gebiete enclavirten Orte zugehören sollen, hat man, zur Entscheidung dieser Streitfrage, den zeitherigen Besitzstand angenommen. Nach solchem verbleiben dem Königreiche Sachsen die zum Amte Borna gehörigen, größtentheils vom Renssischen Gebiete umschlossenen Orte, Liebschwitz, Loitzsch, Presseln, Rùppersdorf und Bösengräbe, auch alle übrige in einem sonstigen auswärtigen Gebiete gelegenen, bisher im Sächsischen Besitze befindlich gewesenen Ortschaften; dahingegen die, im Preussischen Besitze sich dormalen befindenden Klein-Braunschainer Ortschaften, namentlich Nauendorf, Tanna, Klein-Braunschain, Hohenkirchen, Penkwitz und Wermsdorf, ingleichen die sonst Preussischer Seits etwa besetzten auswärtigen Enclaven, an das Herzogthum gelangen.

30. Die bei dem, von Preußen wiederum an Sachsen-Weimar abgetretenen Theile des Neustädter Kreises, gegen das Amt Zwickau obwaltenden Zweifel und Grenzirrungen, werden der besondern Vereinigung der Königlich Sächsischen und der Großherzoglich Sachsen-Weimarschen Regierung überlassen.

Im Uebrigen, wo in vorstehenden Puncten eine Erläuterung oder nähere Bestimmung nicht erfolgt ist, bewendet es bei dem ausdrücklichen Inhalte des zweiten Artikels des, am 18ten Mai 1815 abgeschlossenen Friedenstractats, ingleichen bei dem angenommenen Grundsatz: dafs die, in dem einen Landestheile ganz enclavirten Parcellen derjenigen Regierung zufallen, in deren Landestheile sie sich befinden.

Nach dieser solchergestalt durch nurgedachten Tractat und gegenwärtige Convention nunmehr festgesetzten Grenzlinie, soll unverzüglich durch abgeschickte beiderseitige Commissarien, so weit dies nicht bereits erfolgt, die Landesgrenze gehörig berichtigt, über den Grenzzug ein unständliches Protocol aufgenommen, die Grenzlinie in die doppelt

1819 gefertigten, in gewisse Sectionen gleichförmig abgetheilte Grenzkarten eingetragen, und letztere sollen von den Commissarien beglaubigt, beides aber, sowohl das Protocoll, als die Grenzkarte, dieser Convention künftig beigelegt werden.

ART. II.

Wechselseitige öffentliche und Privatgerechtsame in den getheilten Landesdistricten.

1. In Gemäfsheit des, bereits in dem Friedenstractate, Art. 3 und 13. ausgesprochenen und festgestellten Grundsatzes: bei der Grenzberichtigung alle Verletzungen des Privateigenthums zu vermeiden, die Besitzungen der, auf den Grenzen wohnhaften Individuen, besonders derjenigen, welche Besitzungen unter beiden Regierungen, der Sächsischen und Preussischen, behalten, sicher zu stellen, und überhaupt alles, was das Eigenthum und das Interesse der beiderseitigen Unterthanen betrifft, auf die liberalste Weise zu bestimmen, ist man, sowohl in Absicht der Privatgerechtsame, als der dabei einschlagenden öffentlichen Verhältnisse, in den getheilten Landesdistricten, und den dadurch unter verschiedene Hoheit kommenden, zusammen gehörigen Grundstücken, zu näherer Erläuterung obangezogener Friedensartikel, annoch in folgenden Puncten übereingekommen.

Steuern und andere Landesherrliche Abgaben.

2. Die öffentlichen Gerechtsame und Verhältnisse anlangend, so fällt, vermöge der, an Preussen geschehenen Abtretung der, im Tractate angegebenen Provinzen, Districte und Gebiete, oder Gebietstheile des Königreichs Sachsen, mit aller Souverainität, und deren dadurch erfolgenden Absonderung von einander, die Ausübung einiger Hoheitsrechte einer Regierung in dem, der andern zugehörigen Gebiete überhaupt gänzlich weg. Es werden daher keine Steuern von irgend einem, in dem Gebiete des einen Theils gelegenen Grundstücke an die Landesherrlichen Behörden des andern Theils weiter entrichtet, es verbleibet und gebühret vielmehr jeder Regierung die Erhebung aller Landesherrlichen Abgaben, von denjenigen Grundstücken und Parzellen,

welche unter ihrem Bereiche gelegen sind. Hier- 1819
nach sind alle, in Landesherrliche Cassen fließende
Abgaben und andere Prästationen, die von Grund-
stücken herrühren, oder darauf Bezug haben, den
Landesherrlichen Cassen derjenigen Regierung, wel-
cher die Landeshoheit zusteht, einzuzahlen; jedoch
ist bei Bestimmung der, von jeder der beiderseitigen
Regierungen verhältnißmässig zu erhebenden, auf
den ganzen Complex der, durch die Landesabtretung
getheilten Grundstücke zeither gehafteten Abgaben
und Prästationen aller Art, billige Rücksicht auf die-
jenigen Leistungen zu nehmen, welche der Besitzer
an die andere Regierung, Hinsichts des, durch die
Grenzregulirung, der letztern zugewiesenen Theils
seiner Grundstücke, zu entrichten hat.

Ritterschaftliche Prästationen.

3. Diese Abtheilung der Leistungen soll nament-
lich auch auf diejenigen Prästationen sich erstrecken,
welche von Gütern, nach denen darauf haftenden
Ritterpferden, bisher entrichtet werden müssen, und
es ist das angemessene Verhältniß des, jeder Regie-
rung davon zukommenden Anthells von den an sie
gefallenen Zubehörungen der, in dem andern Gebiete
gelegenen Hauptgüter, durch beiderseitige ständische
Deputirte auszumitteln und zu berichtigen.

Ungehinderte und freie Ein- und Ausfuhr der Natur- und Kunsterzeugnisse.

4. Zur möglichsten Erleichterung des Verkehrs
derjenigen Individuen, welche an der Grenze woh-
nen, und deren unmittelbar an selbiger gelegene
Grundbesitzungen durch die gezogene Grenze in
der Art getheilt werden, daß sie, mit diesen, bei-
den Regierungen angehören, soll den Besitzern
solcher getrennten Hauptgüter und ihrer Zubehörun-
gen, oder sonst getheilten Grundstücke, frei stehen,
für sich, ihre Bedienung und Einwohner mit ihren
Ackergeräthschaften, ihrem Vieh und ihren sonstigen
Utensilien, ohne alle Hinderung, von dem, in dem
einen Gebiete gelegenen Theile ihres Grundstücks
in dem, in dem andern Gebiete gelegenen Theile
desselben hin und her zu gehen, auch die Erzeug-
nisse dieser getheilten Grundstücke von dem einen

- 1819 Theile in den andern zu schaffen, ohne deshalb eines Paases zu bedürfen, oder aber eine Abgabe bei der Ausfuhr oder Einbringung in das andere Gebiet entrichten zu müssen; diese Begünstigung sich jedoch allein auf letztgedachte Abgaben, und auf diejenigen Erzeugnisse beschränken, welche durch Natur oder Kunst auf dem getheilten Grundstücke gewonnen, oder hervorgebracht, und zum Betriebe der Wirthschaft auf solchen Grundstücken erfordert werden. Mit einem weitem Absatze derselben im Lande hören obige Begünstigungen auf, und es bleibt alsdann einer jeden Regierung überlassen, die sonst gewöhnlichen Abgaben von dergleichen Producten der Natur und der Kunst zu erheben.

Neben- und Beigüter.

5. In der Regel kommen zwar die, im vorstehenden 4ten §. zugesicherten Begünstigungen nur den, durch die Grenze unmittelbar betroffenen Grundbesitzungen zu statten, und können auf besondere Neben- und Beigüter nicht ausgedehnt werden; in Ansehung dieser letztern will man jedoch in einzelnen Fällen, und ganz vorzüglich, wenn die Neben- und Beigüter unmittelbar an der Grenze gelegen sind, besondere, die Erleichterung ihrer Bewirthschaftung bezweckende Vereinigungen zu treffen suchen.

Auf Landesherrliche Concessionen beruhende Gerechtsame.

6. Das, einzelnen oder mehreren Individuen des einen Landestheils in dem Gebiete des andern Landestheils bisher zugestandene Befugniß zum Lumpensammeln, Schneiden und Abdecken des Viehes, Schornsteinfegen, und die Ausübung ähnlicher, blos auf Landesherrlichen Concessionen beruhenden Gerechtsame im andern Gebiete, hören, diese oder jene mögen titulo oneroso erlangt sein oder nicht, auf, ohne daß die Regierung, in deren Gebiete die Ausübung eines solchen Rechts wegfällt, zu irgend einer Entschädigung verpflichtet ist.

Militairpflichtigkeit.

7. In Absicht der Verpflichtung zum Militairdienste solcher Unterthanen, welche in beiden Lan-

destheilen angesessen sind, ist man dahin überein- 1819
gekommen, daß diese Verpflichtung bei Minderjäh-
rigen nach dem bleibenden Wohnsitz (*domicilium
fixum*) des Vaters, bei Volljährigen aber darnach zu
bestimmen sei, in welchem Gebiete ein solcher Un-
terthan seinen bleibenden Wohnsitz genommen hat.
Hat ein Majorennner noch kein *Domicilium fixum*
gewählt, so wird seine Militairpflichtigkeit ebenfalls
nach dem bleibenden Wohnsitze des Vaters bestimmt.

Kirchliche Verhältnisse.

8. Was die bisherigen kirchlichen Verhältnisse
und den damit in Verbindung stehenden Schulun-
terricht, in den, durch den Grenzduet getheilten
Bezirken betrifft, so sollen dieselben, Hinsichts aller
christlichen Confessionen, vorläufig, bis auf weitere
Festsetzung, fortbestehen. den Geistlichen, Schul-
und Kinderlehrern auch der Genuß ihrer Emolu-
mente, und sonstigen Einkünfte, bis auf weitere
Bestimmung, verbleiben. dieselben aber dabei ver-
pflichtet sein, den Verfügungen Folge zu leisten,
welche die Regierung jedes Landestheils, in Bezie-
hung auf den, in ihrem Bereich befindlichen District
desselben, und ihrer eingepfarrten Unterthanen, zu
erlassen nöthig finden dürfte. Es wird jedoch zwis-
schen beiden Regierungen, in dazu geeigneten Fäl-
len, besonders bei eintretenden Vacanzen, für die
künftige und baldige Aufhebung der, in kirchlicher
Beziehung, ingleichen in Ansehung des Schulwesens,
unter beiden Landestheilen vorkommenden gemisch-
ten Verhältnisse, und dabei zugleich dafür gesorgt
werden, daß, bei den diessfalls für nöthig befunden-
en und eintretenden Veränderungen, die dermaligen
Inhaber der geistlichen, auch Schul- und Lehrstel-
len, eine angemessene Entschädigung erhalten.

Innungszwang.

9. Der Innungszwang, welcher in den, durch
die Landesgrenze getheilten Districten oder Orten
bisher bestand, ist als aufgehoben anzusehen, und
es soll die Anseinandersetzung und Theilung des
gemeinschaftlichen Innungsvermögens, sowie im Ge-
gentheil die Tilgung der, von einer Innung etwa
contrahirten, ihr Activvermögen übersteigenden

1819 Schulden, in der Regel, und wenn nicht etwa Special-Innungs-Artikel oder andere hierbei entscheidende besondere Verhältnisse, und sonstige getroffene rechtsbeständige Verabredungen, ein Anderes hierunter bestimmen, nach der Anzahl der gegenwärtig bei der betreffenden Innung vorhandenen, hierzu berechtigten Meister, erfolgen.

Mahlen in auswärtigen Mühlen.

10. Die Erlaubniß, in Mühlen des, nach der Grenzecheidung, als Ausland zu betrachtenden, andern Gebiets zu mahlen und zu schroten, soll zwar in Zukunft insofern aufhören, als hierbei nicht die, weiter unten im 16ten §. enthaltenen Bestimmungen, wegen des, durch rechtmäßigen Titel erworbenen Mühlenzwangs, eintreten; zur gegenseitigen Berücksichtigung der, an der Grenze wohnenden Unterthanen und Müller, soll jedoch, während eines Zeitraums von Fünf Jahren, vom Abschlusse dieser Convention an gerechnet, den gedachten Unterthanen verstatet sein, in Mühlen des jenseitigen Landestheils, gegen Entrichtung der, im letztern dormalen bestehenden, oder künftig einzuführenden dießfallsigen Abgaben, zu mahlen und zu schroten.

Diese Abgaben sollen die von Landeseingebornen zu entrichtenden dergleichen Abgaben nicht übersteigen, und werden von der Regierung desjenigen Landestheils erhoben, in welchem die Mühle gelegen ist.

Patrimonial-Gerichtsbarkeit.

11. Im Betreff der vorhin Statt gehabten Ausübung der Patrimonial-Gerichtsbarkeit über die, nunmehr zu einem andern Gebiete gehörigen, Grundstücke und Unterthanen, bewendet es bei der bereits von beiden Seiten getroffenen Einrichtung, daß über die, durch die Grenzlinie von der vorigen Gerichtsbehörde getrennten Ortschaften oder Parzellen, die Gerichtsbarkeit bloß durch einen, von der Regierung, unter deren Hoheit sothane Ortschaften oder Parzellen gelegen sind, verpflichteten und in deren Gebiet wesentlich wohnenden Gerichtshalter ausgeübt werden. Wo dieses jedoch bei dem einen oder dem andern Orte noch nicht geschehen, ist,

Obigem gemäß, das Erforderliche sofort, und läng- 1819
stens binnen drei Monaten, zu veranstalten.

Privat-Lehne.

12. Die Privat-Lehns-Verbindungen aller Art
hingegen sollen, bis zur weitem Bestimmung, auf-
recht erhalten werden.

Andere Privatgerechtsame überhaupt.

13. Ueberhaupt sollen im Allgemeinen, und inso-
fern nicht in einzelnen Beziehungen in gegenwärtig-
er Convention hierunter ein Anderes festgesetzt
wird, alle Privatgerechtsame, welche durch die ge-
schehene Landestrennung betroffen werden, zur Zeit
annoeh fortbestehen; es sollen jedoch bei der end-
lichen Grenzregulirung die Fälle, wo dergleichen
Verhältnisse eintreten, ermittelt, und sodann, nach
den möglichst liberalsten Grundsätzen, nähere Be-
stimmungen über die Fortdauer oder Aufhebung
derselben getroffen werden.

Trift- und dergleichen Gerechtsame und Servituten.

14. Insbesondere ist man einverstanden, daß,
wenn Gutsbesitzern des einen Gebiets, auf Grund-
stücken in dem andern Gebiete eine Weide- Trift-
oder andere ähnliche Gerechtigkeit zusteht, diese
fernerhin unbeschränkt ausgeübt werden könne,
daher auch zu dem Ende den Hirten oder Führern
der Heerden, diese aus einem in das andere Gebiet
unbehindert zu treiben und zu hüten freistehen.
überhaupt aber das Verkehr auf der Grenze, durch
die erfolgte Landestheilung, nicht behindert werden
soll. In Ansehung der Landesherrlichen Kammergü-
ter soll zwar für jetzt ein Gleiches Statt finden, in-
dessen behält man sich vor, nach näherer Erörterung
der Fälle, über die Aufhebung der, bei selbigen ein-
tretenden dergleichen Gerechtsame sich da, wo es
thunlich, zu vereinigen.

Freizügigkeit der Unterthänigkeitspflichtigen.

15. Sollten Individuen, welche Gutsbesitzern un-
terthänig sind, aus dem einen in das andere Gebiet
ziehen wollen; so sollen, wie man, in Gemäßheit
des Friedenstractats Art. 13. übereingekommen ist,

1819 die Gutsherrschaften gehalten sein, diese, ohne irgend einiges Lösegeld, ihrer Unterthänigkeit zu entlassen, und diese einzelnen Individuen, insofern sie ihrer Militairpflichtigkeit genügt, die Freiheit haben, sich in dem andern Gebiete niederzulassen.

Bier - Mahl - und dergleichen Zwang.

16. Der Bier - Mahl - und dergleichen Zwang, welcher einem Orte oder Gute, im Betreff anderer Orte und ihrer Bewohner des jenseitigen Gebiets, zusteht, soll, bis auf weitere Bestimmung, unter der, bis zum 5ten Juni 1815 Statt gehabten Begünstigung, fort dauern; der Verpflichtete soll daher ferner gehalten sein, sein Getränk von denjenigen Orten zu entnehmen, und sein Getreide in den Mühlen mahlen zu lassen, wo er bis zum gedachten 5ten Juni zwangspflichtig war.

Zinsen und andere Prästationen.

17. Die bisherige, auf rechtsgültigen Titel beruhende Leistung der, Privatpersonen oder Corporationen zustehenden, Natural - und andern Zinsen, auch sonetigen Prästationen, von einem Gebiete in das andere, besteht ungehindert fort, und sollen dieselben eben so wenig, als die oben (No. 4.) erwähnten Natur - und Kunsterzeugnisse, beim Aus - oder Einbringen mit einiger Abgabe belegt werden.

Uebrigens verbleibt es jedoch bei den Bestimmungen am Schlufs des Art. 16. des Friedenstractats.

Jagd - Holzungs - und dergleichen Befugnisse.

18. Wenn Privatpersonen des einen Gebiets das Befugniß zur Jagd, zu Holz - oder Wildpretsdeputaten, in Gefolge rechtsgültiger Titel und Anweisungen, auf Landesherrlichen Forsten des andern Gebiets zusteht; so sollen dieselben ferner, jedoch mit Vorbehalt einer angemessenen Ausgleichung beider Regierungen, bis dahin in deren ungestörtem Genuß verbleiben. Jedoch haben sich die Berechtigten den Forstgesetzen des Landestheils, worinnen sie das Befugniß auszuüben haben, zu unterwerfen.

Dienste und Frohnen überhaupt.

19. Wenn Unterthanen des einen Gebiets zu Gütern oder Grundstücken, welche im andern Gebiete

gelegen sind, zu Diensten, Frohnen oder andern 1819 Leistungen verpflichtet sind, so soll es bei den bisherigen Dienst- und andern dergleichen Leistungen zwar sein Bewenden behalten, jedoch, auf Antrag des Dienstpflichtigen oder berechtigten Theils, in Rücksicht beiderseitiger Unterthanen, die Ablöslichkeit solcher Leistungen freistehen, und die Entschädigung, welche den Guts- oder Grundstücksbesitzern, für den Wegfall dieser Dienste, Frohnen, und andern Leistungen gebührt, durch gemeinschaftliche sachkundige Commissarien ausgemittelt, diese Entschädigung jedoch längstens binnen Jahresfrist, von Zeit des desfallsigen Antrags an gerechnet, bestimmt werden.

Ein gleichmäßiges Befugniß zur Ablösung gegen eine auszumittelnde Entschädigung soll auch bei den, oben §. 14., erwähnten Gerechtigkeiten und Servituten, insofern solche Corporationen oder Privatberechtigten im jenseitigen Gebiete zustehen, Statt finden.

Dienste und Frohnen bei Kammergütern.

20. Dienstleistungen und Frohnen, welche Unterthanen an Domainen oder Kammergüter des andern Gebiets zu leisten haben, hören, insofern deshalb nicht in einzelnen Fällen andere Bestimmungen getroffen worden, mit dem 1sten October 1818 auf, und erhält die Vergütung für die, zu Landesherrlichen Domainen und Kammergütern des andern Gebiets zu leistenden Dienste, diejenige Regierung, unter deren Bereich der Verpflichtete sich befindet, oder seinen wesentlichen Wohnsitz hat.

ART. III.

Anhängige Rechtsstreitigkeiten.

1. Da wegen Fortstellung der zur Zeit der, durch den Friedenstractat vom 18ten Mai 1815 beschenehen Abtretung einiger Provinzen, Districte, Gebiete und Gebietstheile an Preussen, vor den Königlich Sächsischen Gerichtsbehörden anhängig gewesenen Prozeß-Vormundschafts - Hypotheken - Lehen - und andern Rechtsangelegenheiten, auch Abgabe der dazu gehörigen Acten, Documente und Depositen, bereits

1819 unterm 20sten Februar 1816 eine besondere, in der Anlage unter No. I. befindliche Convention abgeschlossen worden ist, so wird solche, ihrem ganzen Inhalte nach, hiermit nochmals bestätigt.

Fideicommissse.

2. Ueber die seitdem, in Ansehung der. in nurgedachter Convention nicht ausdrücklich berührten Fideicommissse, entstandenen Zweifel, hat man sich, zur Ergänzung der deshalb ermangelnden Bestimmungen, dahin vereinigt, daß die Oberaufsicht über die Fideicommissse, ingleichen die Abgabe der Fideicommissmassen und der, über dieselben verhandelten Acten, sich nach dem bleibenden Wohnsitz (*domicilium fixum*) bestimmen solle, welchen der Fideicommissstifter zur Zeit seines Ablebens gehabt hat. Diese Uebereinkunft ist jedoch nur auf wirklich fortdauernde Fideicommissse, und keinesweges auf bloße Substitutionen, zu erstrecken; indem es, im Betreff dieser letztern, lediglich bei der allgemeinen Bestimmung der vorerwähnten Convention vom 20sten Februar 1816 sein Bewenden behält.

Wenn, nach dieser Bestimmung, den Gerichten, oder Behörden des einen Gebiets, die Oberaufsicht und Verwaltung einer solchen Fideicommissmasse verbleibt, im andern Gebiete aber dazu gehörige Immobilien belegen sind, so kommen hierbei die Bestimmungen des 14ten §. der mehrgedachten Convention vom 20sten Februar 1816 in Anwendung; übrigens aber versteht es sich von selbst, daß, wenn der Nutzniesser des Fideicommisses in einem andern Gebiete, als demjenigen, wo die Fideicommissmasse verwaltet wird, sich befindet, dann demselben ungehindert die ihm zustehenden Revenüen des Fideicommisses nach dem Gebiete, wo sein Wohnort ist, verabfolgt werden müssen, auch den Gerichten seines Wohnorts die Verfügung über seine Person, bei eintretenden Fällen, verbleibt.

Personal-Ansprüche.

3. In Beziehung auf die entstandene Frage: inwiefern Jemand, der in dem einen Gebiete wohnhaft, in dem andern aber mit Grundstücken angesessen ist, bei den Gerichten dieses letztern Gebiets,

wegen persönlicher Forderungen, in Anspruch genommen werden könne? ist man dahin übereingekommen, daß dergleichen Personen, wegen eines persönlichen Anspruchs, nur vor der Gerichtsbehörde ihres beständigen Wohnorts (in foro domicilii) belangt werden mögen.

Eine Ausnahme hiervon findet jedoch alsdann Statt, wenn ein dergleichen, wenn schon persönlicher Anspruch, die Pachtung oder Verwaltung eines, in dem jenseitigen Landestheile gelegenen Grundstücks betrifft; Ansprüche dieser Art sollen vor den Gerichten des Landestheils, in welchem das Grundstück gelegen, angebracht und verhandelt werden.

Erbschaftssachen.

4. In Erbschaftssachen, und wegen der, aus diesen entspringenden Forderungen und Verpflichtungen, sind die Erben, so lange die Erbschaft oder ein Theil derselben in dem Gerichtsstande des Nachlasses sich noch ungetheilt befindet, daselbst Recht zu nehmen verpflichtet, ohne Rücksicht auf ihren Wohnort, und in diesen Fällen die Gerichte des Wohnorts der Erben, die Insinuation, auf die deshalb an sie von dem erbschaftlichen Forum erlassene Requisition, zu bewirken schuldig.

Rückständige Reallasten.

5. Eine gleiche Verpflichtung haben auch die fora domicilii einzelner Individuen oder Communen, wenn diese, wegen der, auf Grundstücken des andern Gebiets haftenden Reallasten, und sonstigen Realansprüche, in foro rei sitae belangt werden.

Verfahren bei Concursen über getrennte Güter, in gleichen bei deren Verpfändung.

6. a) In den Fällen, wo über Jemandes Vermögen oder über einen Nachlaß der Concurs ausbricht, und zu der Masse Immobilien gehören, welche, nach der neuen Landesgrenze, in beiden Landestheilen belegen sind, soll die Eröffnung des Concurses bei denjenigen Gerichten erfolgen, unter denen der Gemeinschuldner zu der Zeit, in welcher sich die Unzulänglichkeit der Masse zeigt, und die

1819 Nothwendigkeit zu dessen Eröffnung eintritt, oder bei Erbschaften vor den Gerichten, unter denen der Erblasser, zur Zeit seines Ablebens, in einem der beiden Landestheile seinen bleibenden Wohnsitz hat.

b) Der Richter, unter welchem die Immobilien gelegen sind, ist in diesem Falle gehalten, auf Ansuchen des, den Concurs dirigirenden Richters, für die Sicherstellung der auf dem Immobile sich befindenden Masse, zu sorgen, auch die Taxe und den Verkauf derselben, so wie die Subhastation des Immobiles und die Einziehung der, zur Masse gehörigen Revenüen und Kaufgelder zu bewirken.

c) Sind die Immobilien gegen den, den Concurs dirigirenden Richter im andern Landestheile belegen, und stehen dieselben nicht mit Immobilien des andern Landestheils in einer solchen Verbindung, daß deren Verpfändung als zu *einem* Complexu gehörig, erfolgt ist, so verbleiben die, aus dergleichen Immobilien gewonnenen Revenüen und Kaufgelder, unter der Administration des Richters, unter welchem sich die Immobilien befinden, und es bewirkt dieser die Vertheilung der Kaufgelder nach der, durch die Gesetze seines Landes bestimmten Folgeordnung; den, nach Deckung der, solcher gemäß, aus diesen Immobilien vorzugsweise zu befriedigenden Gläubiger, etwa verbleibenden Ueberschuß, ist er aber an den, den Concurs dirigirenden Richter des andern Landestheils zu übersenden verpflichtet.

d) Sind die Immobilien beider Landestheile unter *einem* Complexu verpfändet, so leitet derjenige Richter, unter welchem das Hauptgut belegen ist, die, wegen der Administration, Taxation und Subhastation des Immobiles nöthigen Verfügungen, bewirkt auch die Einziehung und Vertheilung der Kaufgelder, in der, nach den Gesetzen des Landes, unter welchen das Hauptgut belegen ist, bestimmten Folgeordnung und überschickt demnächst, wenn der Concurs vor einem Gericht im andern Landestheile anhängig ist, den, nach Deckung der, aus diesen Immobilien vorzugsweise zu befriedigenden Gläubiger, von den Revenüen und Kaufgeldern derselben, verbleibenden Ueberschuß dem, in dem andern Landestheile sich befindenden Concursrichter.

Hiernach darf

1819

e) in den Fällen, wo mehrere Immobilien unter *einem* Complexu verpfändet worden, von dem Richter desjenigen Landestheils, unter welchem, zu dem Hauptgute des andern Landestheils gehörige Beigüter oder Parzellen, belegen sind, kein Specialconcurrs eröffnet werden, sondern es hat vielmehr dieser, auf Ansuchen des Richters des Hauptguts, die zur Administration und Taxe dieser Beigüter und Parzellen nöthigen Verfügungen zu treffen, auch die nöthigen Revenüen, diese jedoch nach Abzug der currenten öffentlichen Lasten seines Landes, dem Richter des Hauptgutes zu übersenden, letzterer aber zwar die Subhastation des ganzen Complexus der Immobilien zu bewirken, jedoch muß derselbe von den anberaumten Licitationsterminen den Richter der Beigüter und Parzellen, unter Zufertigung eines Patents, zur Affixion in dessen Gerichtsstelle, gehörig benachrichtigen, auch die Bekanntmachung der Termine in den öffentlichen Blättern des Landestheils, in welchem die Beigüter belegen sind, veranlassen, ferner über die, im andern Landestheile belegenen Beigüter und Parzellen, besondere Gebote zur Werthbestimmung, Behufs der Consensertheilung bei anderweiten Verpfändungen und ewaniger Trennung von dem Hauptgute, erfordern, so wie endlich den Consens zum Zuschlag und die Bestätigung des Adjudicationsscheins, von dem Richter, unter welchem die Beigüter oder Parzellen belegen sind, einholen.

f) Diese, wegen der, in *einem* Complexu verpfändeten, in beiden Landestheilen belegenen Immobilien, erfolgte Uebereinkunft, hat übrigens nur auf die bis jetzt bestellten Hypotheken und Verpfändungen Anwendung.

g) Endlich versteht es sich von selbst, daß bei beiden Richtern, dem des Hauptguts, so wie dem der Beigüter und Parzellen, die erforderlichen Consense, Bestätigungen und Belehnungen bei Besitzveränderungen, so wie bei Verpfändungen nachgesucht, auch die Eintragung in die Inscriptions- und Hypothekenbücher, bei Verpfändungen und Hypothekbestellungen aber, mit dem ausdrücklichen Beifügen: daß die verpfändeten Haupt- und Beigüter

1819 im jenseitigen Landestheile belegen sind, bewirkt werden muß.

ART. IV.

Steuer - Credit - Schulden und Steuer - Credit - Kasse.

Zu näherer Auseinandersetzung wegen der, im 9ten Friedensartikel erwähnten Landesschulden und der damit in Verbindung stehenden öffentlichen Kassen, hat man zuvörderst, in Ansehung der Steuer-Credit-Schulden und der Steuer-Credit-Kasse, folgende Uebereinkunft getroffen:

Festsetzung dieser Schuldenmasse.

1. Nachdem die Verhältnisse der Steuereinkünfte und der, theils auf gewisse Gattungen derselben bereits ausdrücklich fundirten, theils aus denselben überhaupt zu berichtigenden Schulden, durch dazu, nicht nur von beiden Commissionen, sondern auch von Seiten des Kaiserlich Oesterreichischen Vermittelungs-Commissars, besonders subdelegirte Rechnungsbeamte aus den ihnen vorgelegten Landtagsverhandlungen, Rechnungen und sonstigen Nachrichten gemeinschaftlich genau erörtert, auch die von ihnen, mit den erforderlichen Rechnungsauswürfen, belegte Uebersicht von den beiderseitigen Friedens - Vollziehungs - Commissionen als richtig anerkannt worden; so hat sich die, von beiden Königlichen Regierungen antheilig zu vertretende Hauptsumme dieser Steuerschulden, also ergeben:

13,147,332 Thlr. 5 gr. — - Dreizehn Millionen, Ein mal Hundert Sieben und vierzig Tausend, Drei Hundert Zwei und Dreißig Thaler, Fünf Groschen, von den, in dem Steuer - Credit - System vom Jahre 1763 begriffenen ältern Schulden;

3,440,000 — — — — — Drei Millionen, Vier mal Hundert Vierzig Tausend Thaler, von den im Jahre 1807 creirten landschaftlichen Obligationen an 4 Millionen, nachdem auf letztgedachte Summe

		vor dem 5ten Juni 1815, von 1819
		den Ständen bereits 560.000
		Thlr. — — abgezahlt worden;
16,587,332	Thlr. 5 gr.	— — Transport
5,917,500	— — —	— — Fünf Millionen, Neun mal
		Hundert Siebenzehn Tausend,
		Fünf Hundert Thaler, wegen
		der, im Jahre 1811 bewilligten
		ständischen Anleihe von 6 Mil-
		lionen, wovon bis zum 5ten
		Juni 1815 in sogenannten Rei-
		chenbachischen Obligationen
		nur obige Summe debitirt wor-
		den; folglich
22,504,832	Thlr. 5 gr.	— — Zwei und Zwanzig Millio-
		nen, Fünf mal Hundert Vier
		Tausend, Acht Hundert Zwei
		und Dreißig Thaler, Fünf Gro-
		schen in Summa.

Abtheilungsmafsstab.

2. Bei Abtheilung dieser Steuer - Credit - Schulden wird, in Folge der, über den an Preussen gekommenen Antheil der Stenereinkünfte gepflogenen Berechnungen, der, über den darnach anzunehmenden Mafsstab, Statt gefundenen Unterhandlungen, und des endlich hierunter getroffenen Vergleichs, für die in dem Steuer - Credit - System vom Jahre 1763 begriffenen Schulden, das Verhältnifs von Einem Drittel für das Herzogthum und Zwei Dritteln für das Königreich Sachsen angenommen, für die in den Jahren 1807 und 1811 entstandenen hingegen, nach Anleitung des neuerlich zu Anbringung der außerordentlichen Bedürfnisse bestimmten Steuer - Provisorii, das Verhältnifs von Drei Hundert Zwei und Funfzig Tausend Theil für das Herzogthum, und Sechshundert Acht und Vierzig Tausend Theil für das Königreich zum Grunde gelegt.

Art der Uebernahme.

3. Um indess dieses Schuldenwesen, zum Besten der Gläubiger sowohl, als der beiden Königlichen Regierungen, möglichst zu vereinfachen, hat man sich über einen Abtheilungsplan vereinigt, bei

1819 welchem zwar im Ganzen die im vorbergehenden §. angegebenen Verhältnisse beobachtet, jedoch nicht auf jede der einzelnen Steuer-Credit-Schulden-Klassen insbesondere angewendet, sondern diese Klassen, so weit es thunlich gewesen, von einem oder dem andern Landestheile ausschliessend übernommen worden sind.

Königlich Preussischer Antheil.

4. Vermöge obiger Mafsstäbe und dieser getroffenen Vereinigung, beträgt die, auf das Herzogthum Sachsen fallende Summe der Steuerschulden überhaupt: 7.676.284 Thlr. 1 Gr. 8 Pf. Da man aber Königlich Preussischer Seits in der, am 23sten Juli 1817 über die Peräquations-Lieferungs-Acquivalent-Gelder- und Central-Steuer-Angelegenheiten, abgeschlossenen besondern Convention, sämtliche Central-Steuer-Schulden allein übernommen, und daher, nach deren 30stem §. das Königreich Sachsen eine Entschädigung des Herzogthums, durch Mehrübernahme von 4.585.500 Thaler von den, unter dem Namen der Reichenbachischen Obligationen bekannten Steuer-Credit-Schulden, bei deren Abtheilung zu leisten hat; so gehen diese von obiger Summe ab, und es würden nur noch 6.690.784 Thlr. 1 Gr. 8 Pf. Steuerschulden zur Vertretung des Herzogthums Sachsen verbleiben.

Wegen des Aufgeldes und Zinsnachsusses, von der aus dem ehemaligen Kurbraunschweigischen Hypothekenanlehn herrührenden Schuld (cfr. §. 8.) ist jedoch, zur deßfalls nöthigen Ausgleichung, der Totalbetrag der Steuerschulden auf 22.857.626 Thlr. 1 Gr. — festgestellt, und von diesem Betrage, mit Rücksicht auf das vorstehend, wegen der Central-Steuer-Obligationen, Festgesetzte, Seiten des Herzogthums Sachsen, die Summe von 6.196.854 Thlr. 22 Gr. 5 Pf. Sechs Millionen, Ein mal Hundert Sechs und Neunzig Tausend, Acht Hundert Vier und Fünfzig Thaler, Zwei und Zwanzig Groschen, Fünf Pfennige, zur Vertretung übernommen worden.

Abtheilungsplan.

5. Welche Steuer-Credit-Schulden, Allem diesem zu Folge, von dem Herzogthume andurch über-

nommen werden, und welche dem Königreiche Sachsen zur Last bleiben, ist aus dem, von beiden Königlichen Regierungen genehmigten, unter dem Buchstaben A. anliegenden Plane zu ersehen. 1819

Angabe der beiden Theilen zufallenden unverloosbaren Steuerscheine.

6. In Absicht der, nach diesem Plane, Königlich Preussischer Seits unter andern zu übernehmenden 17,146 Thlr. — 4 Pf. an bis jetzt nicht angemeldeten Steuerscheinen,

549,586 — 10 Gr. 1 Pf. an andern, in der Verloosung nicht begriffenen Steuerscheinen, zu 3 p. C. zinsbar,

566,732 Thlr. 10 Gr. 5 Pf. in Summa betragenden, zur Zeit noch nicht in der Verloosung begriffenen Steuerscheine, ist die Vereinigung dahin erfolgt, daß Preussen von diesen Gattungen der ältern Schulden, die, in der Beilage unter B., aufgeführten übernimmt, die übrigen aber Sachsen zur Vertretung verbleiben.

Oeffentliche Bekanntmachung der von jedem Theile zu vertretenden Schulden.

7. Der vorgedachte Plan sowohl, als die, vermöge dieser Vereinigung, zur Vertretung an Preussen fallende Klasse der letzterwähnten, noch nicht verloosbaren Scheine, soll von beiden Regierungen, zur Nachricht der betheiligten Gläubiger, durch inländische und auswärtige öffentliche Blätter zur allgemeinen Wissenschaft gebracht werden.

Ausgleichung wegen der verschiedenen Schuldenklassen.

8. Bei sothanem Abtheilungsplane sind zugleich die, wegen der, bei Uebernahme einer und der andern Klasse von Schulden, Statt findenden verschiedenen Verzinsung und sonstigen Verhältnisse, wechselseitig zu machenden Vergütungen und Entschädigungen ausgeglichen worden, indem, namentlich auch in Rücksicht der Supplementzinsen von $\frac{1}{2}$ Procent und $7\frac{3}{4}$ Procent Agio bei dem sogenannten Kurbraunschweigischen Darlehne, welche aus dem

1819 Steuer - Aerario den Inhabern dieser Obligationen zu leisten, und nunmehr künftig von Sachsen allein zu übernehmen sind, dem Herzogthume eine verhältnißmäßige, nach dem Maßstabe der gesammten, für das Herzogthum auf Drei Hundert und Sieben und ein halb Eintausend Theil, und für das Königreich auf Sechs Hundert Zwei und Neunzig und ein halb Ein Tausend Theil berechneten Steuereinkünfte, gröfsere Summe der Schulden zugetheilt worden ist; das Königreich Sachsen dagegen auch, wegen der ihm überwiesenen Summe von 931.736 Thlr. 6 Gr. 9 Pf. unzensbarer Steuerscheine, durch gleichmäßige Mehrübernahme von Schulden, die erforderliche Entschädigung geleistet hat.

Beiträge von dem vormaligen Königreiche Westphalen.

9. Was die von Seiten des vormaligen Königreichs Westphalen, wegen Barby und Gommern, vermöge Convention vom 5ten März 1810 zu den Steuer - Credit - Schulden und der desfallsigen Steuer - Credit - Casse zu leisten gewesenen Beiträge betrifft; so begiebt sich die Königlich Sächsische Regierung der, auf zwei Drittheile sowohl der bisher erwachsenen Rückstände, als der künftigen Leistungen zu machenden Ansprüche, und wird deshalb von der Königlich Preussischen Regierung, bei der im Art. XII. §. 18. festgesetzten Ausgleichung über die Deposita, entschädigt.

Verzinsung der Capitalien.

10. Die bisherige gemeinschaftliche Verzinsung der Steuer - Credit - Schulden hat sich mit dem Michaelisterrnine 1817 geendigt, und es ist daher die endliche Abrechnung dergestalt zu bewerkstelligen, daß jede der beiden Königlichen Regierungen die, von Ostern 1818 an verfallenen und fernerhin verfallenden, halbjährigen Zinsen ihres nun bestimmten Antheils besagter Schulden, allein bezahlt. Auch übernimmt jede der beiden Regierungen die Haftung für die, vor dem Ostertermin 1818 verfallenen, aber unerhoben gebliebenen Zinsen der ihr nun zur Last fallenden Steuer - Credit - Schulden, und wird deren Berichtigung, auf Anmelden der Gläubiger,

in so weit bewirken, als nicht in einzelnen Fällen 1819 hierbei, wegen Mangel an Legitimationen, Verjährung oder ähnlicher Ursachen halber, Hindernisse eintreten. Zu dieser Berichtigung der verfallenen und noch nicht erhobenen Zinsen aber, erhält jede Regierung den Betrag derselben aus der Steuer-Credit-Casse, vor deren Abtheilung, im voraus.

Regiekosten.

11. So lange indess diese Zinsenzahlung annoch durch die bisherige Behörde geschieht, trägt auch die Königlich Preussische Regierung zu den deshalb erforderlichen gewöhnlichen Regiekosten antheilig bei.

Undebitirte Obligationen von 1811.

12. Die bei der Steuer-Credit-Kasse befindlichen undebitirten, über 82,500 Thlr. — — Zwei und Achtzig Tausend, Fünf Hundert Thaler, lautenden, von der ständischen Anleihe des Jahres 1811 herrührenden, sogenannten Reichenbachischen Obligationen, bleiben zur Disposition der Königlich Sächsischen Regierung.

Abschluss über den Bestand der Steuer-Credit-Kasse.

13. Im Uebrigen hat man sich, wegen des Bestandes der Steuer-Credit-Casse, und der bei derselben bis Michaelis 1817 Statt gehabten Einnahme und Ausgabe, in Gemäßeheit des, nach vorgängiger Erörterung, durch allerseits subdelegirte gemeinschaftliche Rechnungsbeamte, gefertigten, und von den Könighchen Commissionen richtig befundenen und genehmigten Auswurfs, über den, in der Anfüge mit C. bezeichnet, enthaltenen Abschluss vereinigt, nach welchem, von der Könighch Preussischen Regierung, dem Sächsischen Steuer-Aerario annoch die Summe von 23,685 Thlr. 7 Gr. 2 Pf. Drei und Zwanzig Tausend, Sechs Hundert Fünf und Achtzig Thaler, Sieben Groschen, zwei Pfennige, zu gewähren ist.

Schlussrechnung.

14. Nach den Bestimmungen des §. 10., ingleichen wegen der, von und mit dem Ostertermine 1818

1819 an, von den beiderseitigen Regierungen, zur Steuer-Credit-Casse geleisteten Zinsbeiträge und Regiekosten, wird die Schlußrechnung nach obigen Grundsätzen erfolgen.

Wechselseitige Verzichtleistung.

15. Durch gegenwärtige Auseinandersetzung werden alle weitem Ansprüche und Forderungen, welche der Regierung und den Ständen des einen Landestheils an die Regierung und die Stände des andern Landestheils, vermöge des Wiener Tractats vom 18ten Mai 1815, in Beziehung auf die Steuer-Credit-Schulden, und die Steuer-Credit-Kasse zustehen, für erledigt erklärt und gegenseitig aufgehoben.

ART. V.

Steuer-Aerarium.

Wegen der am 5ten Juni 1815. zu dem Steuer-Aerario überhaupt gehörigen Bestände und der daraus annoch zu berichtigenden Forderungen, ist, nach deren vollständigen Erörterung durch allerseitige Rechnungsbeamte, auch erfolgter Durchgehung der von ihnen darüber erstatteten Anzeige, folgende Uebereinkunft im Hauptwerke, und in Ansehung der zu einer Ausgleichung ausgesetzten Gegenstände, getroffen worden.

Mafsstab der Abtheilung.

1. Als Mafsstab der Abtheilung hat man das gesammte erbländische Steuereinkommen, welches, incl. der ritterschaftlichen Beiträge, $\frac{689\frac{1}{2}}{1000}$ für das Königreich, und $\frac{310\frac{1}{2}}{1000}$ für das Herzogthum Sachsen beträgt, zum Grunde gelegt.

Zu den Beständen gehörige Kreis- und stiftische Steuergelder.

2. Zu den Beständen des Steuer-Aerarii überhaupt werden auch nicht nur die, bei den Kreis-Steuer-Kassen in den getheilten Kreisen, sondern auch die in den Steuerkassen der Stifter Merseburg und Naumburg befindlich gewesenen, ingleichen

diejenigen Gelder gerechnet, welche vor dem 5ten Juni 1815 aus den stiftischen und aus den Kreis-Steuer-Kassen getheilter Kreise abgeschickt worden, jedoch erst nach diesem Zeitpuncte bei dem Steuer-Aerario eingegangen sind, folglich nach dem nämlichen Mafstabe der gesammten Steuereinkünfte abgetheilt.

Nach dem 5ten Juni 1815 eingegangene Gelder aus den unzertheilten Kreisen.

3. Nicht minder werden zu diesen Beständen und zu gleichmäfsiger Theilung diejenigen 9324 Thlr. 4 Gr. 6 Pf. gebracht, welche, aus den unzertheilten Kreisen des Herzogthums Sachsen, zum Steuer-Aerario vor dem 5ten Juni 1815 zwar abgeschickt gewesen, daselbst aber erst nach dieser Zeit eingegangen sind.

Bestände der Kreis-Steuer-Kassen in unzertheilten Kreisen.

4. Die Bestände in den Kreis-Steuer-Kassen der unzertheilten Kreise verbleiben derjenigen Regierung welcher der fragliche Kreis gehört.

Bestände in den Untereinnahmen.

5. Da diese Vereinigung sich blos auf die Kreis- und Stifts-Steuer-Kassen, nicht aber auf deren Untereinnahmen, oder die Amts- und Ortseinnahmen, erstreckt, so verbleiben letztere, ohne weitere Auseinandersetzung, ungetheilt derjenigen Regierung, in deren Gebiete sie am 5ten Juni 1815 belegen waren, wenn auch gleich der, zu einer Amts- oder Ortseinnahme gehörige Bezirk durch die Landesabtretung getheilt worden ist.

Einziehung rückständiger Steuern und Berichtigung der Anforderungen.

6. Jeder Regierung fallen übrigens sämmtliche rückständige Einnahmen (worunter auch die Propre-reste gehören) und Ausgaben der Ober-Steuer-Einnahme und der Steuerkassen in den Kreisen und Stiftern, aus oder in denen sie rückständig sind, ohne weitere Nachrechnung zu. Es wird daher auch Königlich Preussischer Seits, auf eine weitere

1819 Theilnahme der Stände des Herzogthums, bei der künftigen Rechnungsabnahme der Ober-Steuer-Einnahme für denjenigen Zeitraum, in welchem selbige amnoch aus der letzten Bewilligungsperiode von 1811 bis 1817 gemeinschaftlich gewesen, Verzicht geleistet, und die Gemeinschaft überhaupt, durch den Abschluß dieser Convention und deren Ausführung, gegenseitig als aufgehoben betrachtet.

Uebernahme einiger Passivorum.

7. Wegen der Forderungen insbesondere, welche der Erzgebirgische Kreis mit 14,011 Thlr. 12 Gr. 11 Pf., und die Grafen zu Stollberg mit 10,626 Thlr. — 8 Pf. amnoch an das Steuer-Aerarium machen, und die zum Theil noch einer nähern Erörterung bedürfen, hat man sich dahin vereinigt, daß erstere von dem Königreiche, letztere dagegen von dem Herzogthume Sachsen, ohne weitere Nachrechnung, übernommen werden.

Vertretung der Depositien.

8. Die zu dem Steuer-Aerario gekommenen Depositien hat diejenige Regierung zu vertreten, aus deren Gebiete dieselben herrühren, und es fallen sonach dem Königreiche Sachsen namentlich die Depositien, wegen der Dresdner Communschocke von 2146 Thlr. 4 Gr. 9½ Pf., und des Voigtländischen Kreises von 167 Thlr., dem Herzogthume aber die Depositien, wegen der Stollbergischen Römermonate von 894 Thlr. 10 Gr. 8 Pf., und wegen des Grassischen Defects in Naumburg an 165 Thlr. zur Last.

Jede Regierung erhält die zur Vertretung übernommenen Depositien aus den Beständen des Steuer-Aerarii.

Wegen der, bei dem Steuer-Aerario deponirten Summe von 3861 Thlr. 5 Gr. 6 Pf. aus der, von Fouragelieferungen in den Jahren 1761 und 1762 herrührenden Land-Lieferungs-Kasse, ist man übereingekommen, daß selbige, nach dem Mafsstabe, nach welchem die Communen des Königreichs und des Herzogthums Sachsen daran Anspruch zu machen haben, getheilt werden soll. Nach diesem Mafsstabe, welcher ein Verhältniß von $\frac{888}{10000}$ für das Königreich, und von $\frac{112}{10000}$ für das

Herzogthum gewährt, erhält Preussen aus jenem 1819 Land - Lieferungs - Kassen - Fonds überhaupt die Summe von 432 Thlr. 10 Gr. 11 Pf. Vier Hundert Zwei und Dreissig Thaler, Zehn Groschen, Eilf Pfennige.

Auslieferung der Cautionen.

9. Der Königlich Preussischen Regierung werden die, bei dem Steuer-Aerario befindlichen, in das Herzogthum gehörigen, Cautionen der Steuerofficianten, welche, nach der bisherigen Ausmittlung, 134,426 Thlr. 7 Gr. 7 Pf. betragen, in derjenigen Valuta, worin die einzelnen Cautionen bestellt worden, überliefert und resp. ausgezahlt. Ein Gleiches findet auch mit den Cautionen stiftischer Steuerofficianten Statt, welche zur Zeit der Landesabtretung noch als solche angestellt waren, insofern sie nicht bereits unter der vorgedachten Cautionssumme, oder die Cautionbesteller nicht in der, Art. XII. §. 17. und dessen Beilage sub K., enthaltenen besondern Vereinigung mit begriffen sind. Beide Regierungen behalten sich übrigens die Auslieferung aller, etwa noch bei den Behörden des einen Theils befindlichen, in das andere Gebiet gehörigen Steuercautionen vor. Was die Zinsen der vorgedachten Cautionen anlangt, so werden von denen in Staatspapieren bestehenden Cautionen sämtliche dazu gehörige, noch unerhobene Zins-Coupons und Talons, zugleich mit besagten Staatspapieren, ausgeantwortet. Die Verzinsung der in baarem Gelde bestellten Cautionen übernimmt Sachsen, bis mit dem, der Ausantwortung der Cautionen zunächst vorhergehenden Zinstermin.

Zins- und Aufgeldsrückstand von dem Kurbraunschweigischen Anlehn.

10. Der Königlich Sächsischen Regierung gebührt noch aus dem Bestande des Steuer-Aerarii der Zins- und Aufgeldsrückstand von dem Kurbraunschweigischen Hypothekenanlehn bis mit dem Termin Michaelis 1817, und ist solcher daraus zuvor-derst zu berichtigen.

1819 *Stiftständische Kasse zu Merseburg.*

11. Wegen der etwanigen Ansprüche, welche die stiftständische Casse zu Merseburg an das Steuer-Aerarium und an die bei der Leipziger Kreiseinnahme sich befindene Stifts-Steuer-Casse machen sollte, wird bestimmt, daß die nähere Ermittlung und Feststellung derselben, als Activa der stiftständischen Kasse, den Verhandlungen der subdelegirten Commission des Stifts Merseburg vorbehalten bleibt, hierbei aber von Seiten der Königlich Sächsischen Regierung die diefallsige alleinige Vertretung an die stiftständische Kasse zu Merseburg insofern übernommen werde, als nicht durch Vorlegung der Bücher nachzuweisen ist, daß die von der stiftständischen Kasse reclamirten Einnahmeposten sich unter den vertheilten Beständen des Merseburger Steuer-Aerarii oder der Kreis-Steuer-Kasse befinden, in welchem letztern Falle dann jede der beiden Regierungen selbige der stiftständischen Kasse nach dem Verhältniß zu vertreten verbunden ist, nach welchem sie an den Beständen der besagten Kassen Theil genommen hat.

Rechnungsabschlufs.

12. Vorstehender Vereinigung gemäß, ist von dem subdelegirten Rechnungsbeamten der, in der hier angefügten, mit D. bezeichneten Uebersicht enthaltene Rechnungsabschlufs gefertigt, und von beiderseitigen Commissionen als richtig anerkannt worden. Derselbe soll daher bei endlicher Vollziehung der Auseinandersetzung zum Grunde gelegt werden.

Gegenseitige Verzichtleistung.

13. Wegen aller übrigen, nicht zur Berechnung gezogenen Posten entsagen beide Regierungen gegenseitig allen weitem Ansprüchen an einander. Sollten sich, wider Vermuthen, in der Folge annoch wohlbegründete Ansprüche der Stände an das Steuer-Aerarium ermitteln, so übernimmt daher auch jede Regierung, Hinsichts ihrer Stände, deren alleinige Vertretung.

ART. VI.

1819

Kammer - Credit - Kasse und deren Schulden.

1. Bei der, durch gemeinschaftliche Rechnungsbeamte, angestellten genauen Erörterung des Zustandes und der übrigen Verhältnisse der Kammer - Credit - Casse und der aus derselben zu berichtenden Schulden und, auf die darüber an die beiderseitigen Friedens - Vollziehungs - und Ansgleichungs - Commissionen, unterm 15ten Februar 1817 erstattete Anzeige, ist, vermöge der, mit gemeinsamen Einverständniß, entworfenen Uebersichten, Inhalts des am 21sten October 1817 abgefaßten Protocolls, als die gesammte, annoch rückständige, und von beiden Königlichen Regierungen zu übernehmende Schuld der Kammer - Credit - Kasse, eine Summe von 3.402.374 Thlr. — — Drei Millionen, Ein mal Hundert Zwei Tausend, Drei Hundert und Vier und Siebenzig Thaler, als richtig anerkannt worden.

Mafsstab der Abtheilung und Betrag der beiderseitigen Antheile.

2. In Folge dieser Erörterungen und der sich ergebenden Resultate, hat man sich, in Absicht des Mafsstabes der Abtheilung, dahin vereinigt, daß für das Königreich Sachsen Zwei und Funfzig Ein Hunderttheil, und für das Herzogthum Acht und Vierzig Ein Hunderttheil anzunehmen und zum Grunde zu legen. Diesemnach fällt auf das Königreich die Summe von 1,613.234 Thlr. 41 Gr. 6 Pf. Einer Million, Sechs mal Hundert Dreizehn Tausend, Zwei Hundert Vier und Dreißig Thaler, Eilf Groschen, Sechs Pfennige, und auf das Herzogthum die Summe von 1.489.439 Thlr. 12 Gr. 6 Pf. Einer Million, Vier mal Hundert Neun und Achtzig Tausend, Ein Hundert Neun und Dreißig Thaler, Zwölf Groschen, Sechs Pfennige.

Art der Uebernahme.

3. Aus dem schon oben, Art. IV. §. 3. rücksichtlich der Steuer - Credit - Schulden, angegebenen Grunde, ist man jedoch übereingekommen, daß der vorerwähnte Mafsstab nicht auf jede einzelne Klasse der Kammer - Credit - Kassen - Schulden, sondern nur

1819 auf die ganze Summe derselben, anzuwenden sei, und daher die wirkliche Abtheilung in der Art und nach denjenigen Summen, Klassen und Buchstaben erfolgen solle, wie solche in der, der gegenwärtigen Hauptconvention, unter dem Buchstaben E., nebst Unterbeilagen sub a. und b., beigefügten Uebersicht, sowohl der zinsbaren, als unzensbaren, ingleichen der unangemeldeten unverwandten Scheine, näher bezeichnet sind. Es hat daher jede der beiden Königlichen Regierungen von nun an allein für diejenigen Kammer - Credit - Schulden zu haften, welche derselben, vermöge besagter Uebersicht, zur Last fallen. Man wird die, solchergestalt geschehene Abtheilung, in eben der Art, wie bei den Steuer-Credit-Schulden bemerkt worden, öffentlich bekannt machen.

Ausgleichung der auf Sachsen fallenden Mehrübernahme.

4. Da aber, in Gemäfsheit dieser Abtheilung, dem Königreiche Sachsen eine Summe von 4,622,109 Thlr. — — Einer Million, Sechs mal Hundert Zwei und Zwanzig Tausend, Ein Hundert und Neun Thaler, Kammer - Credit - Kassen - Schulden, folglich 8,875 Thlr. — — mehr, als nach dem §. 2. festgesetzten Mafsstabe auf dasselbe fällt, verbleiben, so hat die Königlich Preussische Regierung dem erstern diese Mehrübernahme, auf die nachstehend unter 7. bemerkte Weise, zu vergüten.

Verzinsung der Capitalien.

5. Mit Verzinsung der, beiden Theilen überwiesenen Kammer - Credit - Kassen - Schulden, wird der Abschnitt und gemeinschaftliche Rechnungsabschluß eben so, wie in Ansehung der Steuer - Credit - Schulden, gemacht. Jede der beiden Königlichen Regierungen wird nicht nur die, von ihren Kammer-Credit - Schulden von und mit Ostern 1818 an, und fernerhin verfallenden Zinsen entrichten, sondern auch die von frühern Verfallterminen her unerhoben gebliebenen Zinsen, ohne weitere Nachrechnung, nach mehrerem Inhalte des oben ad 1. angezogenen, am 21sten October 1817 abgefaßten Protocolls, insoweit übertragen lassen, als nicht in einzelnen

Fällen hierbei, wegen Mangel an Legimations- 1819
Verjährung, oder ähnlicher Ursachen halber, Hindernisse eintreten.

Abtheilung der Kammer - Credit - Kasse.

6. Die, nach dem, im vorhergehenden §. erwähnten Abschluß der Berechnung über die gemeinschaftliche Verzinsung und der Kammer - Credit - Kasse überhaupt, bis mit dem Termine Michaelis 1817, besage der Beilage mit F. bezeichnet, in der nurbesagten Kasse befindlichen Gelder, werden, nach eben dem Maßstabe, wie die Kammer - Credit - Kassen - Schulden, unter beide Regierungen, nämlich nach $\frac{52}{1000}$ für das Königreich, und $\frac{48}{1000}$ für das Herzogthum Sachsen abgetheilt.

Abtheilung deren Nebenfonds.

7. Derselbe Maßstab gilt auch bei der Abtheilung des Nebenfonds der Kammer - Credit - Kasse. Da der ganze Betrag desselben, in Gemähsheit der angestellten Erörterung, und des, mit beiderseitigem Einverständniß darüber, besage des mehrangezogenen Protocolls vom 21sten October 1817, gefertigten Auswurfs, auf 152.883 Thlr. — — Ein mal Hundert Zwei und Funfzig Tausend, Acht Hundert Drei und Achtzig Thaler, in der daselbst angegebenen Valuta, und 7.623 Thlr. 18 Gr. — Sieben Tausend, Sechs Hundert und Drei und Zwanzig Thaler, Achtzehn Groschen, an davon, von Ostern 1815 bis mit dem Michaelisterrnine 1817 zu berechnenden Zinsen festgestellt worden ist; so treffen davon, nach obigem Maßstabe: 79.499 Thlr. 3 Gr. 10 Pf. an Scheinen, und 3.964 Thlr. 8 Gr. 7 Pf. an Zinsen auf Sachsen, und 73.383 Thlr. 20 Gr. 2 Pf. an Scheinen, und 3.659 Thlr. 9 Gr. 5 Pf. an Zinsen auf Preussen; es sind jedoch von diesen, aus dem Nebenfonds an Preussen kommenden Kammer - Credit - Kassen - Scheinen, 8.875 Thlr. — — zu Tilgung der §. 4. gedachten Vergütungsverbindlichkeit Preussens, in Abzug zu bringen, folglich daraus von Sachsen an Preussen nur die Summe von 64.508 Thlr. 20 Gr. 2 Pf. Vier und Sechzig Tausend, Fünf Hundert und Acht Thaler, Zwanzig Groschen, Zwei Pfennige, in Scheinen, und 3.659 Thlr. 9 Gr. 5 Pf. Drei Tausend,

1819 Sechs Hundert Neun und Funfzig Thaler, Neun Groschen, Fünf Pfennige, an Zinsen, und zwar, was die erstern betrifft, in denjenigen Scheinen, welche der vorangezogene, dem Protocolle vom 21sten October 1817 beigelegte, unter dem Buchstaben G. hier angefügte Auswurf angiebt, die Zinsen aber baar in Conventionsgelde, beide Summen jedoch unverzüglich nach dem Abschlufs gegenwärtiger Hauptconvention auszuantworten.

Von und mit dem Oster-Zins-Termine 1818 an, bezieht jede der beiden Königlichen Regierungen die Zinsen der, auf sie nach Obigem fallenden Capitalsrate.

Schlussberechnung.

Wegen der, zur Zeit nicht erhobenen, so wie der, mit und von dem Termine Ostern 1818 verjährten Zinsen, ingleichen wegen der, von und mit dem letztbesagten Termine an, von den beiderseitigen Regierungen zur Kammer-Credit-Kasse geleisteten Zinsbeiträge und Regiekosten, wird die Schlussberechnung nach obigen Grundsätzen erfolgen.

ART. VII.

Auf Steuer- und Kammer-Credit-Kassen-Schulden Bezug habende Bestimmungen.

Uebrigens haben sich beide Theile, in Beziehung sowohl auf die Steuer-Credit-Kassen-Schulden, die Steuer-Credit-Kasse und das Steuer-Aerarium, als auf das Kammer-Credit-Kassen-Wesen, noch über folgende Punkte vereinigt.

Vernichtung der bezahlten Scheine und Coupons.

1. Die bei der Steuer- oder Kammer-Credit-Kasse annoch vorhandenen, bereits eingelösten, oder bezahlten Steuer- und Kammer-Credit-Kassen-Scheine und Coupons werden durch gemeinschaftliche Commissarien sogleich vernichtet.

Zahlung oder Abrechnung der herauszugebenden Summen.

2. Beide Regierungen verpflichten sich gegenseitig, dasjenige, was, außer der, im vorigen Artikel

§. 7. bedungenen Zahlung an Preussen aus dem Nebenfonds der Kammer-Credit-Kasse, nach der entweder bereits erfolgten, oder sofort zu bewerkstelligenden Berechnung, eine der andern heranzuzahlen hat, sobald es liquid und durch eben so liquide Gegenforderungen nicht zu compensiren ist, sofort nach dem Abschluß dieser Hauptconvention und erfolgter Schlußberechnung, baar in Conventionsmünze herauszuzahlen.

Verfahren wegen verlornen oder unangemeldeter Scheine.

3. Jeder Regierung gebührt, in Hinsicht der von ihr übernommenen Klassen und Buchstaben der Schuldscheine, nicht allein die Erlassung der nöthigen Edictalien wegen der verloren gegangenen Scheine, so wie die Fortsetzung des dießfallsigen Edictalverfahrens, im Fall solches bereits eingeleitet worden, sondern auch die Bestimmung des Verfahrens wegen der Depositencapitalien und unangemeldeten Scheine, welche von ihr übernommen worden, bei etwaniger künftiger Anmeldung der Eigenthümer dieser Capitalien und Scheine. Zu dem Ende wird man Königlich Sächsischer Seits

a. sämmtliche Bücher, Acten, Rechnungen und sonstige Verhandlungen, wozu auch die, wegen vorgedachtermaßen etwa schon eingeleiteten Edictalverfahrens, gehören, welche die Königlich Preussischer Seits übernommenen Schuldengattungen ausschließlich betreffen;

b. sämmtliche, zu der Preussischen Schuldenrate gehörige Depositencapitalien und unangemeldete Scheine selbst, so wie

c. die sonstigen, zu dem Preussischen Schuldenantheile gehörigen, noch unabgeforderten Zinscheine und Coupons, und endlich

d. eine Nachweisung, wenn die, Preussischer Seits zu übernehmenden, ausgelooften und zur Zahlung ausgesetzten Schulden, ingleichen die unzinsbaren Scheine zur Zahlung angesetzt worden, und, bei unterlassener Anmeldung, zu präcladiren, nach Abschluß dieser Hauptconvention, der Königlich Preussischen Behörde unverzüglich aushändigen und übergeben.

- 1819 e. Von Büchern, Acten und übrigen Schriften, welche Schulden beider Landestheile betreffen, wird man die nöthigen Auszüge und Abschriften Königlich Sächsischer Seits fertigen lassen und der Preussischen Behörde ausantworten, auch in Zukunft diejenigen Nachrichten, worüber, zur weitem Verwaltung des Preussischen Schuldenantheils, den Königlich Preussischen Behörden noch Auskunft nöthig sein sollte, bereitwillig ertheilen.

Einziehung präcludirter Zahlungen.

4. Ferner kommt jeder Regierung dasjenige, ohne weitere Nachrechnung, zu gute, was aus ihrem Schuldenantheile etwa präcludirt wird, oder für wegfallend zu achten ist.

Abgabe der, das Steuerwesen und die Kammer-Credit - Kassen - Verhältnisse überhaupt betreffenden Schriften.

5. Ueberhaupt aber werden Königlich Sächsischer Seits, sogleich nach Abschlusse dieser Hauptconvention, die, das gesammte Steuer- und Steuer-Credit-, auch Kammer - Credit - Kassenwesen des Herzogthums Sachsen und der dazu gehörigen Kreise, Stifter, Districte und Ortschaften betreffenden Acten, Bücher, Rechnungen und sonstige Schriften des Ober-Steuer-Collegiums und der übrigen Königlich Sächsischen Behörden, insonderheit auch derjenigen, welche von den Unterbehörden des Herzogthums an die höhern Behörden im Königreiche eingeseudet worden sind, den Königlich Preussischen Behörden ausgeliefert. Insofern dergleichen Schriften die gedachten Kreise, Stifter, Districte und Ortschaften nicht ausschliesslich betreffen, so verbleiben die Originalien derjenigen Regierung, wohin die Einnahmebehörde gehört, wogegen diese Regierung der jenseitigen daraus die nöthigen Auszüge und Abschriften mitzutheilen hat. Es werden auch die Originalien der, in Leipzig sich befindenen, Merseburger Kreiskasse, zu Preussen, mit gleichmässiger Verpflichtung, wegen der, an Sachsen zu ertheilenden nöthigen Abschriften und Auszüge, verabfolgt.

Königlich Sächsischer Seits giebt man hiernächst die Zusicherung, dafs, wenn künftig den Preussischen

Behörden annoch mehrere Nachrichten über die ob- 1819
bemerkten Gegenstände nöthig sein sollten, selbige
ertheilt werden sollen.

Gleiche Auslieferung und Mittheilung von Schrif-
ten und Nachrichten, welche die Steuerverhältnisse
der, von den Stiftern Merseburg und Naumburg
bei dem Königreiche Sachsen verbliebenen Parzellen
betreffen, und den Königlich Sächsischen Behörden
nöthig sein sollten, wird Königlich Preussischer
Seits ebenfalls versprochen.

ART. VIII.

*Sicherstellung, sowohl der Steuer - als Kammer-
Credit - Kassen - Gläubiger.*

Beide Königliche Regierungen sichern gegenseitig
hierdurch, in Ansehung der, von ihnen durch ge-
genwärtige Convention übernommenen Steuer - Cre-
dit - Kassen - Schulden, den Gläubigern die vollstän-
dige Aufrechthaltung ihrer Gerechtsame, sowohl in
Ansehung des Capitals, als der Zinsen, zu. Na-
mentlich soll weder der Zins - noch der Münzfuß
je herabgesetzt werden; auch soll die Capitalrück-
zahlung noch ferner nach der, durch Verloosung zu
bestimmenden Reihenfolge, Statt finden. In Anse-
hung der noch nicht fundirten Steuerschulden, ver-
pflichtet sich die Königlich Sächsische Regierung,
die nöthigen Fonds zu künftiger Verzinsung und
successiver Rückzahlung, auszumitteln, und vor
Ablauf eines Jahres den, solchergestalt festgesetzten
Zahlungsplan und die zu dessen Ausführung be-
stimmten Fonds, öffentlich bekannt zu machen; als
worüber bereits während des letzten Landtags im
Königreiche Sachsen vorläufige Bestimmungen ge-
troffen, und unterm 23sten Juni 1818 zur Kennt-
niss des Publicums gebracht worden sind.

Beide Regierungen versprechen auch, in Anse-
hung der Behandlung der Gläubiger, zwischen ihren
und fremden Unterthanen keinen Unterschied zu
machen, sondern beide überall nach gleichen Grund-
sätzen zu behandeln. Insoweit übrigens bei den,
auf namhaft gemachte Gläubiger ausgestellten Schuld-
verschreibungen, ein derartiger gegenseitiger Aus-
tausch der Schuldposten von den Gläubigern ge-

1819 wünscht wird, daß Gläubiger des einen Landestheils, welche ihre Befriedigung von der Regierung des andern Landestheils, nach den obigen Bestimmungen zu fordern haben, an ihre eigene Regierung gewiesen werden, wird man denselben zu bewirken suchen.

ART. IX.

Schulden der Central-Steuer-Commission.

1. Die wegen der Schulden der vormaligen Central-Steuer-Commission, ingleichen der damit in Verbindung stehenden Peräquations-Lieferungs- und Aequivalent-Gelder-Angelegenheiten, am 23sten Julius 1817 abgeschlossene, unter No. II. angefügte Convention, wird hierdurch nochmals bestätigt. Dieselbe soll eben die Kraft und Gültigkeit haben, als wenn sie der gegenwärtigen Hauptconvention wörtlich einverleibt wäre.

Erläuterung der vorigen deßfallsigen Convention.

2. Da indess bei den, in Folge des 39sten Art. nurbesagter besondern Convention, von den beiderseitigen subdelegirten Beamten vorgenommenen Berechnungen, Erhebungen und Liquidationen, sich einige Zweifel und verschiedene Meinungen über die Anlegung und Anwendung dieser Convention ergeben haben; so ist, zu deren Erledigung, von beiderseitigen Königlichen Commissarien und Bevollmächtigten, nach Inhalt eines darüber sub dato Dresden am 7ten April 1818 aufgenommenen Protocolls, eine Uebereinkunft getroffen, hierauf auch von den beiderseitigen subdelegirten Beamten die Schlußrechnung angefertigt worden; und wird solche, nebst der von diesen unterm 16ten Mai d. J. deßfalls gepflogenen Verhandlung, hiermit genehmigt.

Auslieferung der darauf Bezug habenden Gelder und Papiere.

3. Die, nach erfolgter deßfallsiger endlichen Berechnung, der Königlich Preussischen Regierung gebührenden Gelder, Staatspapiere und sonstige, auf diese Angelegenheiten Bezug habende, für das Herzogthum Sachsen gehörige, und bei den Königlich

Sächsischen Behörden annoch befindliche Papiere, 1819
werden der erstern, sofort nach Unterzeichnung
dieses Artikels der Convention, ausgeantwortet.

ART. X.

*Cassenbillets und dahin gehörige Fonds.*a) *Antheilige Uebernahme von Preussen.*

1. In Ansehung der, nach Art. 11. des Tractats vom 18ten Mai 1815 ausdrücklich als zu den Landesschulden gehörig anerkannten Cassenbillets, bewendet es, soviel die antheilige Uebernahme und Vertretung derselben von Seiten der Königlich Preussischen Regierung und die dahin gehörigen Bestimmungen betrifft, bei der, bereits unterm 25sten November 1814 dieserhalb geschlossenen, in der Anlage No. III. enthaltenen, mit der gegenwärtigen gleiche Kraft und Gültigkeit habenden Convention.

b) *Berichtigung der an Sachsen herauszuzahlenden Summe.*

2. Die, vermöge des 2ten Artikels derselben an die Königlich Sächsische Regierung von der Königlich Preussischen herauszuzahlende Summe von 60.000 Thlr. — — Sechzig Tausend Thalern, ist bei der, im folgenden 5ten §. dieses Artikels erwähnten Uebereinkunft, wegen der aus den Cassenbilletsfonds an Preussen gekommenen Cassenbillets berichtigt worden.

c) *Vertheilung der Fonds,*

1. der alten Auswechslungskasse;

3. Ueber die Abtheilung der, bei der vormaligen Cassen - Billets - Haupt - Auswechslungs - Casse vorhandenen Fonds hat man sich in folgender Mafse vereinigt: dafs

a. einer jeden der beiden Königlichen Regierungen die in ihrem Gebiete besonders hypothecirten, oder auch ohne Hypothek bei ihren Unterthanen ausstehenden Capitalien, nebst den davon rückständigen oder laufenden Zinsen, ohne weitere Nachrechnung zufallen. Nach den hierunter von den

1819 beiderseitigen Rechnungsbeamten angestellten, und richtig befundenen Erörterungen, beträgt, besage der, unter dem Buchstaben H., hier angefügten Berechnung, der auf das Königreich Sachsen kommende Antheil die Summe von 351.643 Thlr. 18 Gr. — Drei mal Hundert Ein und Fünfzig Tausend, Sechs Hundert Drei und Vierzig Thaler, Achtzehn Groschen, der dem Herzogthume gebührende hingegen in den daselbst namentlich aufgeführten Capitalien, die Summe von 44.300 Thlrn. — — Solchemnach begiebt die Königlich Sächsische Regierung, zu Gunsten der Königlich Preussischen Regierung, sich aller Ansprüche an die nurgedachten Capitalien und Zinsen, welche in dem Herzogthume ausstehen, so wie die Königlich Preussische Regierung allen Ansprüchen an Capitalien und Zinsen, welche in dem Königreiche ausstehen, entsagt.

b. Alle übrigen Activen dieser Auswechselungskasse, namentlich die in öffentlichen Fonds angelegten Capitalien, nebst den davon fallenden Zinsen, ingleichen die sämmtlichen Kassenbestände, nach Abzug der Regiekosten, werden nach dem, für die Abtheilung der Kassenbills, angenommenen Mafstabe von Sechs Hundert Acht und Dreissig Ein Tausend Theil für das Königreich, und Drei Hundert Zwei und Sechzig Ein Tausend Theil für das Herzogthum Sachsen, zwischen beiden Regierungen, nach Mafgabe der vorangezogenen Berechnung, abgetheilt.

2. der neuern Discontokasse.

4. Die neuere, zu Leipzig bestandene Kassenbills - Discontokasse anlangend, wird, nachdem daraus die Privat-Actionairs an Capital und rückständigen Zinsen bereits befriediget worden, auch jede der beiden Könighchen Regierungen das Capital der in ihren Händen befindlichen Actien, welches sich für Sachsen auf 210.000 Thlr. — — und für Preussen auf 178.000 Thlr. — — beläuft, nebst der darauf fallenden Gewinndividende erhalten hat, ingleichen nach Abzug der Regiekosten, der hiernach übrig bleibende Kassenbestand ebenfalls nach vorgedachtem Mafstabe von $\frac{618}{1000}$ für Sachsen und $\frac{362}{1000}$ für Preussen getheilt.

d) *Austausch der Cassenbillets.*

1819

5. Da vermöge nurgedachter Abtheilungen, nach Maßgabe der unter lit. I. anliegenden Berechnung, aus beiderlei Kassen zusammen, der Königlich Preussischen Regierung, nach Abzug der vorhin §. 2. erwähnten, an Sachsen zu berichtigenden Summe von 60,000 Thlr. — — annoch 180,918 Thlr. 16 Gr. 1 Pf. in Cassenbillets von den, dem Königreiche Sachsen verbliebenen Buchstaben zufallen; so ist man, wegen eines Austausches dieser Kassenbillets gegen Central-Steuer-Obligationen, dahin übereingekommen, daß die Königlich Sächsische Regierung nurbesagte Summe der Kassenbillets an sich behält, und an Preussen dagegen die Summe von 188,000 Thlr. — — in Central-Steuer-Obligationen, nebst Zinsleihen und Coupons von dem Termine Michaelis 1818 an, nach dem verglichenen Cours der Cassenbillets von 105 $\frac{3}{4}$ p. Ct. gegen baar, und der Central-Steuer-Obligationen von 91 Procent gegen baar, ingleichen zur Erfüllung 1 Thlr. 11 Gr. 6 Pf. baar überliefert; welcher Austausch auch, besage eines darüber aufgenommenen, und von beiderseitigen Commissarien unterzeichneten Protocolls vom 18ten Mai 1818, bewerkstelliget, und von beiden Seiten darüber quittiret worden ist.

e) *Anshändigung der übrigen Bestände.*

6. Die Anshändigung der, Preussen aus den Beständen mehrgedachter Kassen, noch zustehenden baaren Gelder und Documente soll, und zwar, soviel die Documente von den §. 3. erwähnten 44,300 Thlr. — — anbelangt, sofort, die der übrigen Bestände aber nach Unterzeichnung gegenwärtiger Convention erfolgen.

f) *Depositum bei dem Rathe zu Leipzig.*

7. Die, bei dem Rathe zu Leipzig, als Unterpfand für die Actionairs der Kassenbillets - Disconto-Anstalt, liegenden Kassenbillets und Staatspapiere, verbleiben ausschliessend der Königlich Sächsischen Regierung, und Preussen verzichtet gänzlich auf Theilnahme an denselben, indem es die dieserhalb zu dem erwähnten Protocolle vom 18ten Mai bereits abgegebene Erklärung hiermit nochmals bestätigt.

1819 g) *Prämien wegen Entdeckung von Cassenbilletts-Verfertign und Verfälschern.*

8. Was endlich die, wegen Entdeckung von Cassenbilletts-Verfertign oder Verfälschern, einigen Personen vor dem 5ten Juni 1815 zuerkannten Prämien anbelangt, so übernimmt die Königlich Preussische Regierung die Bezahlung der, dem Königlich Preussischen Unterthan Görschner in Großheringen zuerkannten Prämie von 500 Thlr. — — für die Entdeckung eines, mit einem Cassenbillettsmuster getriebenen Mißbrauchs, wogegen Sachsen zwei ähnliche Prämien von zusammen 1000 Thlr. — — welche Unterthanen des Königreichs, nämlich Martens zu Zittan und der Landschreiberin zu Waldheim, zuerkannt worden sind, berichtet.

ART. XI.

Königlich Preussische Nutzungen und Vorschüsse, während der Verwaltung von Sachsen.

1. So viel die von der Königlich Preussischen Regierung, während ihrer Verwaltung bis zum 5ten Juni 1815 aus Sachsen bezogenen Nutzungen irgend einer Art, ingleichen die, während dieses Zeitraums, für Sachsen gemachten Vorschüsse oder Verwendungen in Geld oder Naturalien betrifft, da findet keine weitere Nachrechnung Statt. Beide Königliche Regierungen entsagen gegenseitig allen Ansprüchen, welche sie aus einem solchen Grunde an einander machen zu können vermeinen sollten.

Insbesondere die, am 5ten Juni 1815 aus der Finanz-Haupt-Kasse gezogene Beträge.

2. Unter dieser allgemeinen Verzichtleistung sind auch die, Königlich Preussischer Seits, am 5ten Juni 1815 aus der Finanz-Haupt-Kasse gezogenen Beträge an baarem Gelde, Cassenbilletts und Staatspapieren, mit Anschluß der, im folgenden §. erwähnten Obligationen, begriffen, und es wird Königlich Sächsischer Seits der auf deren Wiedererstattung gemachte Anspruch aufgegeben.

*Die darunter befindlichen ständischen Obligationen 1819
von 50,000 Thalern.*

3. Die Königlich Preussische Regierung verpflichtet sich jedoch, die, unter nurgedachten, aus der Finanz-Haupt-Kasse erhobenen Beträgen mit befindlichen, auf 50,000 Thlr. — — Fünfzig Tausend Thaler lautenden ständischen Obligationen vom Jahre 1807, nebst deren Zinsleisten und Coupons von und mit dem Termine Michaelis 1818, ihrer Bestimmung gemäß, der Königlich Sächsischen Regierung unverzüglich zurückstellen zu lassen. Bis mit dem Ostertermine 1818 kommen die Zinsen Preussen zu.

*Preussische Verzicht auf einige Obligationen aus
der Anleihe 1811.*

4. Auch verzichtet man Königlich Preussischer Seits auf den vorhin gemachten Anspruch an eine Theilnahme an den, aus der ständischen Anleihe vom Jahre 1811 herrührenden, sogenannten Reichenbachischen Obligationen, welche das Handelshaus Reichenbach und Comp. als Unterpfand für den Rest der von ihm geleisteten Vorschüsse in Händen hatte; und da besagter Rest der Vorschüsse bereits durch Debitirung eines Theils der verpfändeten Obligationen berichtigt worden ist, und die übrigen Obligationen zu der Königlich Sächsischen Finanz-Haupt-Kasse zurückgekommen sind, so behält es hierbei, ohne weitere desfallsige Nachrechnung, zwischen beiden Regierungen sein Bewenden.

ART. XII.

Fiscalische Kassen und Einkünfte überhaupt.

1. Uebrigens entsagt die Königlich Preussische Regierung allen Ansprüchen an das Activvermögen der Königlich Sächsischen Finanz-Haupt-Kasse und Rentkammer, und die Königlich Sächsische Regierung übernimmt dagegen die Vertretung und Verzinsung der, auf diesen Kassen haftenden Schulden, unter andern namentlich der durch das Handelshaus Frege und Comp. in Leipzig contrahirten Anleihen, der Kassenbilletsanleihe vom Jahre 1813. in gleichen der Holländischen, insoweit, im Betreff des

1819 Activ- oder Passivzustandes der eben genannten Kassen, in der gegenwärtigen Haupt-Convention oder einer der vorhergegangenen, nicht eine anderweite ausdrückliche Bestimmung getroffen worden ist.

Preussische Theilnahme an einigen Schulden der Finanz-Kassen.

2. In Absicht der fiscalischen Schulden, findet jedoch die Theilnahme der Königlich Preussischen Regierung bei folgenden Statt:

Kammer-Credit-Kassen-Schulden.

a) bei der Kammer-Credit-Kasse in der bereits oben Art. VI. u. f. festgesetzten Masse;

Hypothecirte und radicirte Capitalien.

b) übernimmt Preussen diejenigen fiscalischen Schulden zur alleinigen Verzinsung und Bezahlung, welche auf, im Herzogthum Sachsen gelegene Aemter, Kammergüter oder andere einzelne Realbesitzungen, unterpfändlich versichert oder radicirt sind, oder welche sonst auf den jedesmaligen Besitzer, derselben rechtlich übergehen.

Die Frage: ob eine solche fiscalische Schuld von der nurerwähnten Art sei, oder nicht? wird, ohne Rücksicht auf ältere, in späterer Zeit abgeänderte Bestimmungen, lediglich nach der Qualität beurtheilt, welche dieselbe am 5ten Juni 1815 hatte.

Mansfeldisches Debitwesen.

c) Rücksichtlich des Mansfeldischen Debitwesens, soll, zu näherer Erörterung der dabei einschlagenden beiderseitigen Verhältnisse und Feststellung der hierunter anzunehmenden Grundsätze eine gemeinschaftliche Commission niedergesetzt werden, und dieselbe hauptsächlich zu erforschen suchen: ob und welche Passiva als Lehns- oder Landesschulden zu betrachten, folglich von Preussen zu übernehmen sind, und welche Forderungen bloß an den Allodialnachlaß gestellt werden können, mithin nur aus diesem ihre Befriedigung zu erwarten haben, ingleichen ob und inwieweit die, bei der Finanz-Haupt-Kasse deponirte Summe von 11.808 Thlr. 22 Gr. 2 Pf. Elf Tausend, Acht Hundert Acht Tah-

ler, Zwei und Zwanz'g Groschen, Zwei Pfennige, 1819 zu diesem Creditwesen gehörig sei? Was zufolge dieser Erörterungen ein oder der andere Theil an die Allodialmasse oder sonst zu gewähren hat, wird von demselben berichtet werden.

Fürstlich Weissenfelsisches Debitwesen.

d) Was das Fürstlich Weissenfelsische Debitwesen anlangt, so werden für den Fall, daß die dabei annoch theilhabenden Gläubiger bei Sachsen oder Preußen, als nunmehrigen Land- und Lehnbesitzer der vormaligen Weissenfelsischen Landesportion, ihre Forderungen in Anregung bringen sollten, oder rücksichtlich der Allodialmasse, Zweifel entstünden, die hierüber nöthigen Erörterungen ebenfalls gemeinschaftlich angestellt, und wird in deren Verfolg künftig näher bestimmt werden, ob und inwiefern beide Regierungen, oder welche von ihnen, diese Schulden zu vertreten haben.

Weidaisches Creditwesen.

e) Eine gleichmäßige Erörterung und Bestimmung der Königlich Preussischen Theilnahme wird, wegen derjenigen Forderungen, vorbehalten, welche die Gläubiger des Weidaischen Creditwesens an Preußen, als Mitbesitzer der vormaligen Sachsen-Weitzschen Landesportion, machen sollten.

Auf sothane Schuldforderungen Bezug habende Pensionen.

3. Die Pensionen, welche die Königlich Sächsische Regierung einigen Gläubigern der gedachten Creditwesen, als Aequivalent ihrer Forderungen angewiesen hat, sind auf eben die Weise, wie es wegen der Pensionen überhaupt in dem XIVten Artikel festgesetzt worden, von einer oder der andern Regierung fortzuzahlen.

Aus der Finanz-Haupt-Kasse auf gewisse Steuer-Capitalien bezahlte Supplementzinsen.

4. Wegen der, Königlich Sächsischer Seits, aus der Finanz-Haupt-Kasse einigen Städten des Herzogthums Sachsen, auf ihre, bei der Steuer zu fordern habenden Capitalien, bisher bezahlten, jährlich

1819 708 Thlr. 23 Gr. 9 Pf. betragenden Zuschußzinsen, hat man sich dahin vereinigt, daß die Königlich Preussische Regierung die künftige Zahlung dieser Zuschußzinsen, gegen die im 17ten §. dieses Artikels, ihr von Sachsen zugestandene Einziehung einiger Vertretungsposten von vormaligen Domänen-Pächtern oder Beamten, übernimmt.

Sogenannte Amts - Capitalien.

5. Von den Activis der Rentkammer überläßt die Königlich Sächsische Regierung der Königlich Preussischen alle, den, zu dem Herzogthume Sachsen gehörigen Aemtern zuständige sogenannte Amts - Capitalien, welche aus Steuer - oder Kammer - Credit - Kassen - Scheinen bestehen, oder auf irgend eine andere Art in öffentlichen Fonds, hypothecarisch oder sonsten angelegt sind, mit alleiniger Ausnahme derjenigen Capitalien, in Ansehung deren die Königlich Sächsische Rentkammer selbst bisher als Schuldnerin gehandelt hat. Auf letztere wird Königlich Preussischer Seits gänzlich Verzicht geleistet.

Stiftische Kammer - Capitalien.

6. Eben so werden der Königlich Preussischen Regierung die Activ - Capitalien der Stift - Merseburgischen und Naumburg - Zeitzischen Rentkammer überlassen; jedoch verbleiben ferner dem Königreiche Sachsen

a) 21.604 Thlr. 45 Gr. 4 Pf. Ein und Zwanzig Tausend, Sechs Hundert und Vier Thaler, Fünfzehn Groschen, Vier Pfennige, vom Stifte Merseburg und

b) 22.305 Thlr. — — Zwei und Zwanzig Tausend, Drei Hundert und Fünf Thaler, vom Stifte Naumburg - Zeitz,

(welche beide Posten früher von den stiftischen Rentkammern an die erbländische Rentkammer eingeliefert, und von letzterer verzinset worden sind) ingleichen

c) 22.968 Thlr. 18 Gr. — Zwei und Zwanzig Tausend, Neun Hundert Acht und Sechzig Thaler, Achtzehn Groschen, bei der Steuer, worüber keine Verschreibungen vorhanden sind;

Preussen verzichtet daher auf diese drei Capitalien - summen.

Zinsen von diesen Capitalien.

1819

7. Die Zinsen von den, an Preussen abgetretenen Amts- sowohl, als stiftischen Kammer-Capitalien, verbleiben, insoweit sie bereits erhoben sind, der Königlich Sächsischen Regierung, die etwa noch nicht erhobenen hingegen werden an Preussen überlassen; jedoch von den in Staatspapieren bestehenden Capitalien nur von und mit dem Termine Michaelis 1818 an.

Auslieferung der diefallsigen Documente.

8. Die, über diese an Preussen kommenden Capitalien vorhandenen, bei den Königlich Sächsischen Behörden befindlichen Documente, sollen, und zwar die Staatspapiere, mit den Coupons pro Termin Michaelis 1818, der Königlich Preussischen Regierung ungesäumt überliefert, oder, Falls sie von Sachsen bereits erhoben worden, deren Betrag baar vergütet werden.

Bestände der Provinzial-Kassen.

9. Ob nun wohl, nach §. 1. dieses Artikels, der Königlich Preussischen Regierung einiger Anspruch an die fiscalischen Haupt- und Central-Kassen nicht zusteht, so hat man sich doch, in Ansehung der fiscalischen Provinzial-Kreis-Amts- und Orts-Kassen, dahin vereinigt, daß solche, mit ihren Beständen und allen Activ- und Passiv-Verhältnissen, ohne weitere Nachrechnung, derjenigen Regierung verbleiben, in deren Gebiete sie belegen sind; insofern die gegenwärtige Convention über die wechselseitigen Verbindlichkeiten dieser und anderer Landesherrlichen Kassen des einen Gebiets, gegen die des andern, nicht besondere Bestimmungen enthält, oder dergleichen Forderungen für gänzlich aufgehoben erklärt.

Naturalbestände.

10. Eben so verbleiben jeder der beiden Regierungen die Naturalbestände, Vorräthe, und Effecten aller Art, welche sich am 5ten Junius 1815 in ihrem Landestheile befunden haben, und Eigenthum der Regierung waren.

1819 *Vorschüsse und daher rührende Forderungen.*

11. Uebrigens werden alle Ansprüche oder Forderungen vorstehender Art, welche bis zum 5ten Juni 1815 entstanden, und von Landesherrlichen Kassen und Behörden des Herzogthums Sachsen und im Namen derselben, von der Königlich Preussischen Regierung an die Königlich Sächsische Finanz-Haupt-Kasse oder irgend eine andere Landesherrliche Kasse und Behörde, oder von Landesherrlichen Kassen und Behörden des Königreichs Sachsen, und im Namen derselben, von der Königlich Sächsischen Regierung an Königlich Preussische Landesherrliche Kassen und Behörden gemacht werden könnten, oder bisher aufgestellt worden sind, insoweit gänzlich gegen einander aufgehoben, als nicht in dieser oder einer der früher abgeschlossenen Conventionen darüber etwas anderes festgesetzt worden ist.

Unter diese allgemein gegen einander aufgehobenen Ansprüche gehört auch der Anspruch Sachsens, wegen der, an verschiedene Kassen, zum Behuf der Verpfändung, gegebenen und dazu verwendeten, aber nicht wieder eingelösten Obligationen.

Die Königlich Sächsische Regierung verzichtet nicht minder überhaupt auf alle Vorschüsse und Darlehne, nebst den davon noch rückständigen Zinsen, welche aus irgend einer Königlich Sächsischen Kasse an Behörden des jetzigen Herzogthums Sachsen, unter andern namentlich der Ober- und Niederlausitz, den Ständen der Stifter Merseburg und Naumburg, ingleichen dem Wittenberger Kreise, gegeben worden sind, insbesondere auch auf die, aus öffentlichen Kassen für einzelne Administrationsbedürfnisse gegebenen größern oder kleinern Vorschüsse und Berechnungsgelder.

Wenn Vorschüsse obiger Art an Landesherrliche Kassen gegeben worden sind, welche zwischen beiden Regierungen zur Theilung kommen, so erfolgt diese letztere, insoweit man deshalb nicht besondere Bestimmungen getroffen hat.

Vorschüsse und Darlehne an Städte und Communen, sind, vermöge getroffener besonderer Ueberein-

kunft, unter vorgedachter Verzichtleistung, ebenfalls 1819 begriffen.

Die Documente und Quittungen über diejenigen Vorschüsse und Forderungen, denen die Königlich Sächsische Regierung zu Gunsten des Herzogthums entsagt, werden den Königlich Preussischen Behörden sofort überliefert werden.

Einkommen - Rückstände und Verwaltungs - Ausgaben.

12. Sämmtliche rückständige fiscalische Einkünfte, mit Inbegriff der Proprereste der Einnahmer, fallen derjenigen Regierung zu, aus oder in deren Gebiet sie rückständig sind. Jeder Theil übernimmt aber auch für die in seinem Gebiete noch unberichtigten Verwaltungsausgaben aller Art und ohne Ausnahme zu haften, und es wird gegenseitig keine Nachrechnung Statt finden, noch irgend ein Anspruch deshalb geltend gemacht werden.

Rückstände ständischer Bewilligungen.

13. Diese gegenseitige Verzichtleistung auf Einkommenrückstände erstreckt sich auch auf die rückständigen ständischen Bewilligungen, welche diesemnach jede Regierung in ihrem Gebiete, ohne Nachrechnung mit der andern Regierung, für sich zu beziehen hat. Bloss die zur Unterstützung der allgemeinen Straf- und Versorgungsanstalten und zu ähnlichen Institutsfonds, bestimmten ständischen Bewilligungen und ihre Reste, sind hiervon ausgenommen, und wird derenthalber, bei Feststellung der Verhältnisse dieser Anstalten, die erforderliche Berechnung bewerkstelliget, und über die deftsfallige Ausgleichung Vereinigung getroffen werden.

Einnahmen und Ausgaben aus Irrthum oder von streitigen Orten.

14. Fiscalische Einnahmen und Ausgaben der beiden Königlichen Regierungen, welche nach dem 5ten Juni 1815 bis zum Schlufs desselben Jahres, aus dem Gebiete der einen, an Behörden der andern, aus Irrthum, oder bis zum 30sten Junius 1818 von Districten und Orten Statt gefunden haben, welche bisher zweifelhaft oder streitig gewesen sind, und deren Hoheitsverhältnisse erst durch den

1819 1sten Artikel der gegenwärtigen Hauptconvention die endliche Bestimmung erhalten haben, werden ebenfalls im Ganzen gegen einander aufgehoben, und verbleiben derjenigen Regierung ohne weitere Berechnung, zu deren Kassen sie wirklich erhoben und eingerechnet worden sind.

Diejenigen Einkünfte, Prästationen oder Nutzungen, welche von und aus besagten Orten annoch rückständig, oder bis zur näheren Bestimmung ihres Landesherrn, und zum Theil mit dieser ausdrücklichen Bedingung, namentlich wegen der Holznutzungen in einigen Forsten, bei den Behörden eines oder des andern Gebiets, bloß deponirt worden sind, werden der Regierung überlassen, oder angeliefert, unter deren Hoheit der District oder Ort nunmehr gelanget ist. Die Central-Steuer-Obligationen, welche Königlich Sächsischer Seits aus vorhin streitig gewesenen, bei der endlichen Grenzregulirung aber an Preußen überwiesenen Orten ausgeschrieben worden, werden, nebst Zinsleisten und Coupons, und den etwa schon erhobenen Zinsen, von Sachsen zurückgegeben.

Vertretung der Cautionen.

15. Für die von Beamten und Pächtern des Herzogthums Sachsen, vor dem 5ten Juni 1815, in die Königlich Sächsische Rentkammer eingezahlten, und zur Finanz-Haupt-Kasse geflossenen, baaren Cautionen und sogenannten Anticipationen, so wie für deren Verzinsung von dem Termine Michaelis 1818 an, übernimmt Preußen die alleinige Vertretung, ohne dieserwegen einen Ersatz von Sachsen zu verlangen, wogegen vom Königreiche Sachsen die, bis zu dem gedachten Termine, gefälligen Zinsen berichtigt werden.

Die, nach den Depositionsscheinen, zur Königlich Sächsischen Rentkammer, oder Finanz-Haupt-Kasse, eingelieferten, aus dem Herzogthume herrührenden, in Staatspapieren oder andern Documenten bestehenden Cautionen aber, werden von der Königlich Sächsischen Regierung vertreten, und, insoweit es noch nicht geschehen ist, der Königlich Preussischen Regierung sofort in den eingelegten Valuten ausgeliefert.

Uebrigens werden, aufser dem, was bereits oben 1819 Art. V. §. 9. in Absicht der von den Steuerbeamten bestellten Cautionen festgesetzt worden ist, alle zu andern Kassen, als der königlich Sächsischen Rentkammer und Finanz-Haupt-Kasse, eingezahlten, auch in den Kreisen und Stiftern etwa befindlichen Cautionen, derjenigen Regierung zu Theil, von deren Beamten sie bestellt worden sind.

Auslieferung der dahin gehörigen Nachrichten.

16. Die auf sothane Cautionen Bezug habenden sämmtlichen Rechnungen, Belege, Justificationen, Acten und sonstigen Nachrichten, sollen ungesäumt den Behörden ausgeantwortet werden.

Die Sächsischer Seits mit einigen Beamten und Pächtern bereits gehaltene Abrechnung.

17. Da von den königlich Sächsischen Behörden noch nach dem 5ten Junius 1815, mit einigen, in der Beilage unter K., namentlich benannten Beamten und Pächtern des Herzogthums Sachsen, bereits Abrechnung gehalten worden ist, so bewendet es bei diesen Abrechnungen in der Masse, daß die königlich Preussische Regierung von jeder Vertretungsverbindlichkeit, im Betreff der, von gedachten Beamten und Pächtern bestellten Cautionen entbunden wird, und eine nochmalige Rechnungsablegung von ihnen nicht zu erfordern ist. Was die von selbigen, in Folge der vorerwähnten Abrechnungen, zu leistenden Vertretungsposten anlangt, so verzichtet die königlich Preussische Regierung darauf, insoweit dieselben bereits bei den königlich Sächsischen Kassen vereinnahmt, und zu diesen berechnet worden sind; es verbleibt jedoch Preussen die Einziehung der, nach der Berechnung in der angezogenen Beilage, annoch rückständigen, zusammen 33,764 Thlr. 19 Gr. 11 Pf. Drei und Dreissig Tausend, Sieben Hundert Vier und Sechzig Thaler, Neunzehn Groschen, Elf Pfennige, jedoch ohne deren besondere Gewähr, von Seiten der Sächsischen Regierung. Die zu deren Einziehung nöthigen Rechnungen und Nachrichten sollen an Preussen ebenfalls überliefert werden.

1819 *Deposita bei der Finanz - Haupt - Kasse.*

18. Wegen der zur Rentkammer und nachherigen Depositenkasse eingelieferten baaren Depositen, welche nach Mafsgabe des 24sten Artikels der, wegen Abgabe und Fortsetzung der anhängigen Rechts-sachen, unterm 20sten Februar 1816 abgeschlossenen Convention, in das Herzogthum Sachsen gehören, und wegen welcher über die Zeit ihrer Rückzahlung die besondere Uebereinkunft daselbst vorbehalten worden ist, bewendet es zuvörderst bei den seitdem bereits erfolgten Zahlung von

49.875 Thlr. 18 Gr. 1 Pf. und

18.000 — — — —

37.875 Thlr. 18 Gr. 1 Pf. Sieben und Dreissig Tausend, Acht Hundert Fünf und Siebenzig Thalerp, Achtzehn Groschen, Einem Pfennig in Summa an Preussen.

Im Betreff des, auf die Deposita dieser Art annoch verbliebenen Rückstandes aber, hat man sich dahin vereinigt:

a) Dafs die Summe der annoch in das Herzogthum Sachsen zu berichtigenden Depositen, mit Ausnahme der nachher zu erwähnenden, zu dem Mansfeldischen Creditwesen gehörigen, vermöge der deshalb angestellten Erörterungen auf 465.000 Thlr. — — — — Einmal Hundert, Fünf und Sechzig Tausend Thaler, als liquid angenommen wird.

Zu Vermeidung aller Irrungen wird über den nurbemerkten Betrag ein speciellcs Verzeichnifs angefertigt werden.

b) Zu Berichtigung dieser Summe nimmt die Königlich Preussische Regierung:

aa) In Folge der, Art. IV. § 8. dieser Convention bei den Steuer - Credit - Schulden getroffenen Uebereinkunft, diejenigen 402.491 Thlr. 8 Gr. — — Einmal Hundert und Zwei Tausend, Vierhundert Ein und Neunzig Thaler, Acht Groschen, an Zahlungsstatt an, welche die vormalige Königlich Westphälische Regierung, vermöge einer mit Sachsen abgeschlossenen Convention vom 5ten März 1810, zu Tilgung der, auf der Grafschaft Barby und dem Amte Gommern, antheilig haftenden Steuer - und

Kammer - Credit - Kassen - Schulden, übernommen hat, 1819 jetzt aber die Königlich Preussische Regierung, mit Vorbehalt ihrer Rechte an die übrigen Staaten des vormaligen Königreichs Westphalen, zu vergüten sich verpflichtet, zu welchem Ende die Königlich Sächsische Regierung ihre delfallsigen Ansprüche aufgibt, und Preussen überläßt, solche gegen die übrigen nunmehrigen Besitzer der ehemals zu dem Königreiche Westphalen gehörig gewesenen Länder, nach Befinden, geltend zu machen.

bb) Werden der Königlich Preussischen Regierung von der Königlich Sächsischen 40.000 Thaler — — — — Vierzig Tausend Thaler in dreiprocentigen verloosbaren Steuer - Credit - Kassen - Scheinen nach dem Nominalwerth, nebst deren Coupons von pro termino Michaelis 1818 an, überliefert.

cc) Der solchemnach noch ausfallende Ueberrest an Depositengeldern von 22.508 Thlr. 16 Gr. — — Zwei und Zwanzig Tausend, Fünf Hundert und Acht Thaler, Sechzehn Groschen. wird von Preussen, in Rücksicht anderer, von der Königlich Sächsischen Regierung erhaltenen Zugeständnisse, für berichtet angenommen, und entsagt man Königlich Preussischer Seits allen weitem Ansprüchen darauf.

c) Sollten, wider Erwarten, künftig noch mehrere, die angenommene Summe von 165.000 Thlr. — — — — übersteigende, zur Rentkammer baar eingezahlte, in das Herzogthum Sachsen gehörige Deposita sich finden, so übernimmt Preussen annoch deren Deckung, bis auf die Summe von 5000 Thlr. — — — — Fünf Tausend Thaler; die Königlich Sächsische Regierung hingegen verpflichtet sich zur baaren Zahlung der, über dieses Quantum in einem oder mehrern Depositen hinausgehenden Summen an die Königlich Preussische Regierung.

d) Die vorgedachten, unter den neuerlich in Frage gekommenen Depositengeldern befindlichen, auf das Mansfeldische Creditwesen Bezug habenden, 11,808 Thlr. 22 Gr. 2 Pf. verbleiben für jetzt, und bis nach näherer Erörterung dieses Creditwesens und Festsetzung angemessener Bestimmungen hierunter, bei den Behörden der Königlich Sächsischen Regierung.

1819 *Bei den Unterbehörden und sonst in dem andern Gebiete annoch befindliche Depositen.*

19. In Absicht der

a) in Staatspapieren und andern Documenten bestehenden, ingleichen

b) aller und jeder bei den Provinzial- und Unterbehörden des Königreichs, so wie bei denen des Herzogthums Sachsen, namentlich in den Stiftern Merseburg und Naumburg befindlichen, in das Gebiet der andern Regierung gehörigen, in Baarschaft oder Documenten bestehenden Depositen, ist die nöthige Einleitung und Veranstaltung zu treffen, daß solche, insoweit es nicht bereits geschehen, unverzüglich gehörig Orts abgeliefert werden.

ART. XIII.

Militair- und Kriegs-Kassen-Angelegenheiten.

a) *Abtheilung der Armee, und Militaireffecten.*

1. Die, in Folge und Gemäßheit des Tractats vom 18ten Mai 1815, Art. 6 und 8, geschehene Abtheilung der Armee, Artillerie- und Kriegsvorräthe, Regiments- und Compagnie-Kassen n. s. w. und der dabei angenommene Maßstab von $\frac{5}{2}$ für das Königreich und $\frac{4}{2}$ für das Herzogthum Sachsen, wird hiermit nochmals bestätigt; und findet deshalb keine weitere Nachrechnung Statt. So wie übrigens, vermöge Art. XII. §. 9. die daselbst erwähnten Kassenbestände, nebst deren Activ- und Passiv-Verhältnissen, ingleichen nach §. 10. desselben Artikels die Naturalbestände und Vorräthe aller Art derjenigen Regierung verbleiben, in deren Gebiete sie sich am 5ten Junius 1815 befunden haben. so findet ein Gleiches auch in Ansehung der Militair-Kassen-Bestände, Vorräthe und Effecten Statt.

b) *Vorschüsse aus der General-Kriegs-Kasse.*

2. Nicht minder begiebt die Königlich Sächsische Regierung sich eben so, wie dies Art. XII. §. 11. in Ansehung aller Ansprüche an die, von Landesherrlichen Kassen des Königreichs an Landesherrliche Kassen oder Kreise, Districte und Behörden des Herzogthums überhaupt geleisteten Vorschüsse ge-

schehen, so auch der, eben diesen Behörden, aus 1819 der General-Kriegs-Kasse gegebenen Vorschüsse, zu Gunsten des Herzogthums Sachsen.

c) *Schulden dieser Kasse.*

3. Von den Schulden der nurgedachten Kasse übernimmt die Königlich Preussische Regierung die Befriedigung derjenigen Forderungen, welche Untertbanen des Herzogthums Sachsen

a) für die vom Lande gelieferten Pferde;

b) für die von demselben in den Jahren 1805 und 1806 gelieferten Naturalien an Getreide, Heu und Stroh;

c) an, den vormaligen Compagnie-Inhabern, auf den, im Jahre 1809 erlittenen, feindlichen und erweislich unverschuldeten Verlust, zukommenden Vergütungen;

d) an Compagnie-Uebergabe-Geldern, nach Abzug der, von den ehemaligen Compagnie-Inhabern aus ihrem Dienste etwa zu leistenden Vertretungen, welche den Königlich Preussischen Kassen zu gute gehen, und weshalb die darüber sprechenden Schriften und Nachrichten an Preussen auszuliefern sind;

e) an Löhnungs- und Beimontirungsgeldern;

f) für Rekrutirungsaufwand;

g) an Lazarethkosten, und

h) für die, von und mit dem Jahre 1806 bis 5ten Juni 1815 geschehenen Lieferungen an das Königlich Sächsische Militair, und aus den, wegen dieser, etwa abgeschlossenen Contracten, zustehen, ohne einige Theilnahme der Königlich Sächsischen Regierung.

Kosten des Festungsbaues von Torgau und Wittenberg.

4. Ferner vertritt Preussen die, wegen des Festungsbaues von Torgau und Wittenberg, Privatpersonen etwa noch zustehenden Forderungen, ohne Unterschied, ob diese sich im Herzogthume, oder Königreiche Sachsen, oder in andern Ländern befinden. Die etwanigen, aus fiscalischen Kassen zu diesem Behuf geleisteten Vorschüsse, so wie überhaupt die, Königlich Sächsischen Kassen dieserhalb zustehenden Forderungen hingegen, werden als auf-

1819 gehoben angesehen, und für erloschen erachtet. Sämmtliche, die besagten Festungen und deren Bau betreffende Acten, Rechnungen, Belege, und sonstige Schriften, sollen daher ungesäumt den Herzoglich Sächsischen Behörden ausgeantwortet werden.

Verpflegungsausprüche auswärtiger Staaten.

5. Wegen der von auswärtigen Staaten, für die Verpflegung Königlich Sächsischen Militaire, von und mit dem Jahre 1806 an, bis zum 5ten Juni 1815 gegen Sachsen erhobenen, und vielleicht künftig noch zu erhebenden Ansprüche, soll von beiden Königlichen Regierungen gemeinschaftlich im diplomatischen Wege mit den betreffenden Mächten verhandelt, und demnächst die weitere Bestimmung des Verhältnisses der Theilnahme, zur Bezahlung der Passiven und Einziehung der Activen, getroffen werden.

Russische Vorschüsse an die Sächsischen Gefangenen.

6. Soviel jedoch die, von der Kaiserlich Russischen Regierung für die, dem Königlich Sächsischen Militair, während der Gefangenschaft in Rußland gemachten Vorschüsse, etwa anzubringenden Ansprüche anlangt, hat man sich dahin vereinigt, daß diese von der Königlich Sächsischen Regierung allein vertreten werden, Preussen aber die Tilgung der, den, in Königlich Preussische Militairdienste getretenen, oder auch nur im Herzogthume Sachsen am 5ten Juni 1815 wohnhaft gewesenen, ehemaligen Königlich Sächsischen Offiziers, zur Deckung jener etwanigen Ansprüche, innebehaltenen Tractamentsgebühren an besagte Offiziers, oder ihre Erben, übernimmt.

Fall, wenn die Interessenten verstorben sind.

7. Sind die Offiziere und resp. vormaligen Compagnie-Inhaber, deren unter n. 3. c. d. und unter 6. genannten Forderungen in Frage kommen, vor dem 5ten Juni 1815 verstorben, so entscheidet, dafern jene im Auslande verstorben, der Ort des zu der Zeit, wo die Forderung entstanden ist, der Truppenabtheilung, zu welcher der Verstorbene gehörte, angewiesen gewesenem ordentlichen Stand-

quartiers; wenn aber derselbe in dem Königreiche Sachsen, nach seinem Umfange vor der Abtretung, mit Tode abgegangen, die Lage des Orts, wo derselbe verstorben, von welcher von beiden Regierungen die Forderung gegen dessen Erben zu vertreten ist.

Verpflegungsaufwand für Sächsische und Preussische Truppen.

8. In Ansehung der von Sachsen, für die Verpflegung Preussischer Truppen in den Jahren 1805 und 1806 gemachten Forderungen, so wie gegenseitig wegen der von Preussen gegen Sachsen, wegen Verpflegung Königlich Sächsischer Truppen in den Rheinprovinzen, in Anregung gebrachten Ansprüche, ist man dahin übereingekommen, daß die diesfallsigen fiscalischen Ansprüche gegen einander aufgehoben, und als völlig erledigt zu achten sind, die der Unterthanen des einen oder andern Landestheils dagegen, ohne Beziehung auf die gegenwärtige, zu Vollziehung des Tractats vom 18ten Mai 1815, zwischen Sachsen und Preussen abgeschlossene Convention, einer nähern Erörterung und Feststellung vorbehalten werden.

Trauschein - Gelder - Kasse.

9. Wegen der sogenannten Trauscheingelders hauptsächlich zu den Schulanstalten bei dem Militair bestimmten Kasse, hat man sich dahin vereinigt, daß Preussen von dem Bestande derselben zu seinem Antheil die Summe von 5019 Thlr. — — Fünf Tausend Neunzehn Thaler erhält, und zu deren Erfüllung dieser Regierung

- | | |
|---|----------------|
| a) baar, | 4801 Thlr. — — |
| b) in Schwedischen Obligationen, | 1500 — — — |
| c) in unzinbaren Kammer - Credit - Kassen - oder sogenannten Spitzscheinen, | 468 Thlr. — — |
| d) in zweiprocentigen Kammer - Credit - Kassen - Scheinen, | 1550 Thlr. — — |
- daraus überliefert werden; wogegen dieselbe sich, zu Gunsten des Königreichs Sachsen, aller weitem Ansprüche an den Fonds sothaner Kasse begiebt.

1819 *Cautionen der Militair-Rechnungsführer.*

10. Die von den Militair-Rechnungsführern der Königlich Sächsischen Regierung bestellten, und in den Händen Königlich Sächsischer Behörden befindlichen Cautionen, werden von der Königlich Sächsischen Regierung vertreten, und solche, insofern die Rechnungsbeamten in Preussische Dienste getreten, oder am 5ten Juni 1815 im Herzogthume Sachsen befindlich gewesen sind, der Königlich Preussischen Regierung ausgeantwortet, auch deren Rechnungen dieser ausgeliefert, wenn selbige Kassen betreffen, welche, nach der Bestimmung ad 1. als zum Herzogthume Sachsen gehörig, anzusehen sind.

ART. XIV.

Pensionen, Wartegelder u. s. w.

Im Betreff der, zu den, im 6ten Artikel des Tractats vom 18ten Mai 1815, einer nähern Auseinandersetzung vorbehaltenen Lasten, gehörigen Pensionen und ähnlichen Bewilligungen, hat man sich dahin vereinigt, daß jede der beiden Königlichen Regierungen von den Pensionisten, und den auf Wartegeld stehenden Beamten im Civil- und Militairdienst, ingleichen von den mit Provisionen versehenen Invaliden und andern, dergleichen Unterstützungen genießenden Personen, alle diejenigen, ohne weitere Ausgleichung, übernimmt, welche am Fünften Junius Eintausend Achthundert Fünfzehn in ihrem Gebiete den wesentlichen Wohnsitz hatten.

Diese Verbindlichkeit ändert sich nicht, wenn auch dergleichen mit Pensionen, Wartegeldern, Provisionen, oder sonstigen Unterstützungsbewilligungen versehene Personen in der Zwischenzeit einen andern Wohnsitz im jenseitigen Gebiete gewählt hätten, oder künftig wählen sollten. Der Bezug ihrer vorigen Genüsse wird ihnen dieserhalb weder entzogen, noch erschwert werden.

Wegen der auf gewisse Stiftungsfonds insbesondere gewiesenen Bezüge, ist jedoch denjenigen Bestimmungen nachzugehen, welche theils durch die, am 27sten Julius 1817 abgeschlossene Convention über die Stiftungen bereits getroffen worden, theils im Art. XXII-XXVIII. festgesetzt sind.

ART. XV.

1819

Ständische und ritterschaftliche Kassen.

Was die, unter den, in den vorhergehenden Artikeln enthaltenen Bestimmungen nicht mit begriffenen ständischen und ritterschaftlichen Kassen anlangt, da ist die Vereinigung dergestalt erfolgt, daß solche in den unzertheilten Provinzen und Kreisen den Ständen eines jeden Gebiets verbleiben; hingegen in der Oberlausitz, dem Meißner, Leipziger und Voigtländischen Kreise, ingleichen den Stiftern Merseburg und Naumburg, die Abtheilung der Bestände dieser Kassen und die Ausgleichung wegen deren Rückstände sowohl, als die Auseinandersetzung wegen der übrigen, auf den ständischen Verbindungen in diesen Kreisen beruhenden Verhältnisse, durch Uebereinkunft der eigends dazu niedergesetzten ständischen Deputirten, unter Genehmigung der beiderseitigen königlichen Regierungen, bewirkt werden soll.

Was in solcher Maaße festgesetzt werden wird, soll gleiche Kraft und Wirkung haben, als ob es der gegenwärtigen Convention ausdrücklich einverleibt worden wäre.

In Ansehung der Reste bei vorerwähnten Kassen, ist den ständischen Deputirten die nöthige Vereinigung zu treffen überlassen worden, jedoch mit der Beschränkung, daß, wenn diese Einigung bis zum 3ten Junius 1818 nicht erfolgt sein sollte, jedem Theil, auch bei diesen Kassen, die Einziehung der Reste ohne Zurechnung überlassen bleibt.

ART. XVI.

Cottbusser Kreis.

Der, im 12ten Artikel des Tractats vom 18ten Mai 1815, erwähnten Reclamationen der Königlich Sächsischen Regierung, in Absicht des Cottbusser Kreises, und der, von Preussen gemachten Gegenforderungen halber, haben beide Theile sich verglichen, daß die gegenseitigen Forderungen, wegen Einkommen und Leistungen aus dem Cottbusser Kreise, oder wegen Vorschüssen und Verwendungen

1819 für denselben, gänzlich gegen einander aufgehoben werden sollen.

ART. XVII.

Brandkasse und Brand-Versicherungs-Institute.

Nach der, durch die Convention vom 23sten Februar 1816 erfolgten Auflösung des Brand-Versicherungs-Societäts-Verbandes zwischen dem Königreiche und dem Herzogthume Sachsen, hat man:

Alte Brandkasse:

1. Wegen der Fonds der sogenannten *alten Brandkasse*, welche, vermöge Königl. Sächs. Rescripts vom 29sten Mai 1788 mit $\frac{1}{3}$ tel für die Mobil- und mit $\frac{2}{3}$ tel für die Immobil-Brand-Kasse, der neuern erbländischen Brand-Versicherungs-Anstalt übereignet worden sind, die Uebereinkunft getroffen, daß solche, mit Beobachtung dieses Unterschiedes, zwischen beiden Regierungen, nach dem, bei der erbländischen Brand-Versicherungs-Anstalt, am 5ten Junius 1815 Statt gehabten Verhältniß der gesammten Beiträge, oder der damit übereinstimmenden gesammten Assecurationssumme des Königreichs und des Herzogthums Sachsen, getheilt werden.

In Rücksicht dieser Abtheilung hat man sich übrigens noch dahin verglichen, daß, bei Feststellung des Mafsstabes, die Niederlausitz, ingleichen die Schwarzburgischen Aemter Kellbra und Heringen, ob sie schon, bei Erlassung des obgedachten Rescripts, in dem Societätsverbande noch nicht begriffen waren, gleichwohl mit in Anschlag gebracht werden.

Vorstehende Bestimmungen gewähren einen Abtheilungsmafsstab:

a) bei der Immobil-Brand-Kasse von Sechs Hundert und Siebzehn Tausendtheilen für das Königreich, und Drei Hundert Drei und Achtzig Tausendtheilen für das Herzogthum.

b) bei der Mobil-Brand-Kasse von Sechs Hundert Vier und Fünfzig Tausendtheilen für das Königreich, und von Drei Hundert Sechs und Vierzig Tausendtheilen für das Herzogthum.

Nach diesen Maßstäben erhält, von den Beständen der alten Brandkasse, Sachsen auf seinen Antheil 60,760 Thlr. 9 Gr. 9 Pf. Sechzig Tausend Sieben Hundert und Sechzig Thaler, Neun Groschen, Neun Pfennige, und Preußen 35,786 Thlr. 20 Gr. 5½ Pf. Fünf und Dreißig Tausend Sieben Hundert Sechs und Achtzig Thaler, Zwanzig Groschen, Fünf und einen halben Pfennig, in den in der Beilage unter L. verzeichneten Valuten.

Mit den darunter befindlichen hypothecarischen Capitalien bekommt jede Regierung die davon rückständigen und laufenden Zinsen. Von den jeder Regierung überwiesenen Staatspapieren bezieht selbige die Zinsen von und mit dem Termine Michaelis 1818 an.

Immobiliar-Brand-Versicherungs-Kasse.

2. Zur neuern Immobiliar-Brand-Versicherungs-Kasse gewährt Preußen annoch die, für den Eintritt der Niederlausitz in die Societät rückständige Zuschufsumme von 5,344 Thlr. 7 Gr. 6 Pf. Fünf Tausend, Drei Hundert Vier und Vierzig Thaler, Sieben Groschen, Sechs Pfennige, und, in Folge der beschenehen endlichen Abrechnung, in Ansehung der Beiträge und Vergütungen bei dieser Kasse, hat, nach Maßgabe der unter M., beiliegenden Uebersicht, das Königreich Sachsen an das Herzogthum annoch 19,113 Thlr. 11 Gr. 6 Pf. Neunzehn Tausend. Einhundert und Dreizehn Thaler, Elf Groschen, Sechs Pfennige, herauszuzahlen.

Streitig gewesene Orte.

3. Hinsichts derjenigen streitig gewesenen Orte, welche durch die, Art. I., erfolgte endliche Grenzbestimmung, der Regierung des einen Landestheils zugewiesen sind, bis dahin aber sich in dem Besitze der Regierung des andern Landestheils befunden haben, auch, in dieser Beziehung, als Theilnehmer der Brand-Versicherungs-Anstalt des letzteren Landestheils sind behandelt worden, kommen beide Königliche Regierungen dahin überein, daß es dafür angesehen werden solle, als wären diese Orte bereits seit dem 1sten April 1816 der Brand-Versicherungs-Anstalt desjenigen Landestheils einverleibt gewesen,

1819 zu welchem dieselben gegenwärtig gehören. Es werden daher diesen Orten die, der Brand-Versicherungs-Anstalt des andern Landestheils bereits entrichteten Beiträge zurückgewährt, auch wird gegenseitig den Brand-Versicherungs-Anstalten die, zum Ersatz der erlittenen Brandschäden, an Orte des andern Landestheils gezahlte Vergütung erstattet, und es wird, insoweit es nicht bereits geschehen, sich darüber berechnet werden.

Mobilier-Brand-Versicherungs-Kasse.

4. In Ansehung der Mobilier-Brand-Versicherungs-Kasse hat man sich dahin vereinigt, daß der am 1sten April 1816 in derselben sich befindene Bestand, nach dem Verhältnisse der, am 1sten Januar gedachten Jahres in den beiderseitigen Landestheilen annoch zu vergüten gewesenen Mobilier-Brandschäden, zu theilen; hiernächst rücksichtlich der, im Königreiche Sachsen zu vergütenden mehreren Brandschäden, überdiß von Preussen, aus seinem Anthelle an dem Bestande der alten Brandkasse, eine Aversionalsumme von 2000 Thlr. — — Zwei Tausend Thalern, in Kammer-Credit-Kassenscheinen, zu 2 Procent zinsbar, an Sachsen zu vergüten sei.

Diesemnach und in Gemälsheit der, unter N., anliegenden Berechnung, erhält das Königreich Sachsen von dem Herzogthume die Summe von 5,790 Thlr. 14 Gr. 5 Pf. Fünf Tausend, Sieben Hundert und Nennzig Thaler, Vierzehn Groschen, Fünf Pfennige. Jedem Landestheile bleibt übrigens die, wegen Leistung der rückständigen Mobilier-Brandschäden-Vergütungen, zu treffende Verfügung anheimgegeben.

ART. XVIII.

Fonds der Hülf- und Wiederherstellungs-Commission.

1. Von den Fonds der Hülf- und Wiederherstellungs-Commission werden der Königlich Preussischen Regierung, zur eigenen Disposition und Einziehung, alle Berechnungsposten, Vorschüsse, Bestände, etwanige Pfänder und Capitalien überlassen,

welche für Unterthanen des Herzogthums Sachsen 1819 verwendet worden sind, und am 5ten Juni 1815 im Herzogthume ausstanden, oder sich in dasigen Klassen befanden.

Die darüber sprechenden Schulddocumente und Beweise, sammt den, der gedachten Commission, von Behörden und Individuen dieses Herzogthums übergebenen Rechnungen, werden an Preussen ausgeliefert, insofern sie nicht auch Gegenstände des Königreichs betreffen, als in welchem letztern Falle daraus blos die nöthigen Abschriften und Auszüge gegeben werden.

Dagegen verzichtet die Königlich Preussische Regierung auf alle weitem Ansprüche an die übrigen Fonds gedachter Commission, und die am 5ten Juni 1815 im Königreiche Sachsen vorhanden gewesenen Bestände, Capitalien und etwanige Pfänder.

Schulden und Regiekosten dieser Commission.

2. Wegen der bei dieser Hülf- und Wiederherstellungs-Kasse vorhandenen Schulden und bei derselben zu bestreitenden Regiekosten, deren antheilige Vertretung in Anregung gekommen, hat man Sächsischer Seits sich jedes weitem Anspruchs wegen sothaner Passivforderungen von 17,650 Thlr., in gleichen 18,107 Thlr. 5 Gr. 11 Pf. begeben, wogegen man Preussischer Seits aller Theilnahme an dem, wegen jenes Passivi bestellten, im Königreiche Sachsen befindlichen Pfande entsagt, auch die Hälfte der, bis mit dem November 1817 berechneten Administrationskosten, mit 1465 Thlr. 7 Gr. 9 Pf. übernimmt, außerdem aber die Königlich Preussische Regierung von jedem fernern Beitrage zu den Administrationskosten entbunden wird.

ART. XIX.

Hebammeninstitute.

Wegen der Hebammeninstitute zu Leipzig und Wittenberg und deren Fonds, ist man dahin übereingekommen:

1. dafs jedem dieser Institute das demselben ausschließend zugehörige Vermögen, in gleichen die bis zum 5ten Juni 1815 für ein jedes derselben aus den

1819 gemeinschaftlichen Fonds verwendeten Summen, ohne weitere dießfallsige Nachrechnung, verbleiben.

2. Von dem, aus den ständischen Bewilligungen herrührenden, vermöge der durch beiderseitige Rechnungsbeamte beschienenen gemeinschaftlichen Ermittlungen, am 5ten Juni 1815 die Summe von 30,366 Thlr. 6 Gr. 4 Pf. theils in baarem Gelde, theils in Staatspapieren und Activis betragenen Bestande, erhält Preussen ein Pauschquantum von 12,000 Thlr. — — Zwölf Tausend Thalern, und zwar in nachbemerkten Valuten, nämlich

a) 2,200 Thlr. — — Zwei Tausend Zwei Hundert Thaler, in Fregeschen Partial-Obligationen,

b) 1,150 Thlr. — — Ein Tausend Ein Hundert und Fünfzig Thaler, in sogenannten Reichenbachischen Obligationen,

c) 5,650 Thlr. — — Fünf Tausend Sechs Hundert und Fünfzig Thaler, in zweiprocentigen Kammer-Credit-Kassen-Scheinen,

d) 3,000 Thlr. — — Drei Tausend Thaler, in baarem Gelde.

Von den unter a., b. und c. bemerkten Staatspapieren werden Preussen die Zinsen vom 5ten Juni 1815 an, entweder in unehobenen Coupons oder baar, nebst Zinsleisten, gewährt.

3. Gegen dieses Pauschquantum entsagt die Königlich Preussische Regierung allen und jeden weiteren Ansprüchen, sowohl auf die gemeinschaftlichen Fonds und Bestände der Königlich Sächsischen Hebammeninstitute, als auch namentlich auf das Leipziger Institut und das demselben durch Vermächtnisse und sonst zuständige Vermögen.

Gegenseitig entsagt die Königlich Sächsische Regierung ihrerseits allen Ansprüchen in Ansehung des Wittenberger Instituts und dessen Vermögens.

4. Die Auszahlung des vorbemerkten Pausch-Quantum erfolgt sofort nach Unterzeichnung dieser Convention.

ART. XX.

✱ *Soldaten - Knaben - Institut zu Annaburg.*

In Ansehung des, im Herzogthume Sachsen gelegenen Soldaten-Knaben-Instituts zu Annaburg, be-

giebt sich die Königlich Sächsische Regierung aller Theilnahme an den Fonds und den am 5ten Juni 1815, bei dem Institute sich befindenen Natural- und etwanigen Kassenbeständen. Wegen des legitirten von Unruhischen Capitals von Zwei Tausend Thalern, ist man jedoch vergleichsweise übereingekommen, daß von selbigem jede der beiden Regierungen die Hälfte, nebst deren Zinsen, zu erhalten habe.

Für die nach dem Königreiche Sachsen gehörigen, am 5ten Juni 1815 aber sich im Institute befindenen Soldatenknaben, wird, so lange diese sich noch in dem Institute aufhalten, von dem ersten Juli gedachten Jahres an, der Königlich Preussischen Regierung von der Königlich Sächsischen Regierung Vier Groschen Drei Pfennige täglich, oder Fünf und Sechzig Thaler jährlich, für jeden Knaben, vergütet; über den Betrag des Rückstandes wird die nöthige Berechnung angelegt, und dieser, nach Vollziehung gegenwärtiger Hauptconvention, baar abgeführt, die Berichtigung der künftigen Verpflegungsgelder aber in vierteljährigen Raten baar bewirkt werden.

Wegen Zurückgabe und Zurücknahme der, in das Königreich Sachsen gehörigen Zöglinge, wird für beide Theile eine dreimonatliche Aufkündigungsfrist bestimmt.

ART. XXI.

Allgemeine Straf- und Versorgungs-Irren- Waisen- und Land- Arbeits- Anstalten.

In Ansehung der allgemeinen Straf- und Versorgungs- Irren- Waisen- und Land- Arbeits- Anstalten, deren Fonds, Bestände, und sonstigen, hier in Frage kommenden Verhältnisse, wird, nachdem, durch beiderseitige subdelegirte Beamte, die nöthigen Erörterungen aus den Acten und Rechnungen angestellt, und ihre Fonds genau constatirt worden, Nachfolgendes festgesetzt:

Bestimmungen wegen der einzelnen Anstalten, deren Vermögen u. s. w.

1. Die Anstalten selbst bleiben, nebst den dazu gehörigen Gebäuden und Grundstücken, demjenigen Landestheile, unter welchem sie gelegen sind.

1819 2. Den einzelnen Anstalten verbleiben ebemälsig und gehen mit ihnen, ohne weitere Nachrechnung, an den betreffenden Landestheil über: die von ihnen am 5ten Juni 1815 etwa noch zu beziehen gewesenenen Nutzungen und rückständigen Zieh- und Verpflegungsgelder, die Verbindlichkeit derselben zu Leistung der damals annoch zu entrichten gewesenenen Abgaben, die Berichtigung der am nurgedachten Termine noch nicht justificirten Rechnungen, mit allen dazu gehörigen Activis und Passivis, das einer jeden Anstalt eigenthümlich zugehörige Vermögen überhaupt, auch die, durch Legate oder Schenkungen ihnen zugewiesenen einzelnen Bezüge, ingleichen die, am 5ten Juni 1815 sich daselbst befindenen Inventarien- und Naturalbestände aller Art.

3. Eben dies gilt auch in der Regel von den, bei den einzelnen Anstalten am 5ten Juni 1815 sich befindenen Geldbeständen; und blos in Ansehung des, bei einigen solcher Hauskassen damals vorrätbig gewesenenen, sogenannten eisernen Bestandes, findet hierunter eine Ausnahme insofern Statt, als diese, zusammen Zehn Tausend Thaler in Kassenbillets betragende, eiserne Bestände, bei der Auseinandersetzung über die Hauptkasse der Straf- und Versorgungs-Anstalten, zur Berechnung und Theilung gebracht werden.

Ausstehende Activreste.

4. Die am 5ten Juni 1815 annoch ausgestandene Reste auf Collectengelder, Beiträge von Innungen, und Besoldungsabzüge, verbleiben demjenigen Landestheile, in welchem sie an gedachtem Tage ausgestanden, und die etwanigen Proprereste der Lotteriecollections den Anstalten desjenigen Landestheils, in welchem die Lotteriecollections damals wohinhaft gewesen.

Cautiönen.

5. Die Cautiönen der, bei den Anstalten angestellten Offizianten kommen an diejenige Regierung, in deren Landestheile die Institute, an denen die Cautiönesbesteller am 5ten Juni 1815 angestellt waren, sich befinden.

Wegen der, seit dem 5ten Juni 1815 von den baar erlegten Cautiönen bezahlten Zinsen, soll keine Nachrechnung Statt finden.

*Aversional-Verpflegungs-Quanta, und diesfallsige 1819
Entschädigungen.*

6. Die von den Verpflegten eingezahlten Aversional-Quanta, und diesfallsige Deposita, ingleichen das, dem Verpflegten etwa anheim gefallene und unter den Activis der Armen-Haus-Haupt-Kasse bereits mit enthaltene Vermögen, verbleiben, ohne alle diesfallsige einzelne Ab- und Zurechnung, bei der gedachten Kasse; und jede der beiden königlichen Regierungen übernimmt, ohne diesfallsige Nachrechnung, in Ansehung der Unterthanen ihres Landestheils, die Verbindlichkeit zu den, wegen frühern Austritts der Verpflegten, etwa zu gewährenden Entschädigungen.

Auspruch der Niederlausitz.

7. Zu Berichtigung der, Seiten der Strafanstalten der Niederlausitz, wegen der 45sten Lotterie, gemachten Forderung, vereinigt man sich dahin: dafs diesfalls Ein Tausend Dreihundert Thaler, als ein gemeinschaftliches Passivum aus dem Fonds der Armen-Haus-Haupt-Kasse berichtet, und Preussen gewährt werden.

*Abtheilung des Fonds der Armen-Haus-
Haupt-Kasse.*

8. Das Activ- und Passiv-Vermögen bei der Armen-Haus-Haupt-Kasse hat man, nachdem über die, in Ansehung einiger hierbei in Frage gekommener Posten, eingetretene Zweifel, zwischen den beiderseitigen Bevollmächtigten eine Vereinigung getroffen, und einem, unterm 28sten und 29sten December 1818 von ihnen unterzeichneten Protocolle einverleibt worden, in derjenigen Mafse festgestellt, wie die, der gegenwärtigen Convention unter O beigefügte Uebersicht näher nachweist, und welche daher von beiden Theilen als richtig anerkannt wird.

9. Das, Inhalts der nurangezogenen Uebersicht, nach Abzug der Passivorum, bei der Armen-Haus-Haupt-Kasse verbleibende Activvermögen, wird zwischen Sachsen und Preussen, nach einem, mit Rücksicht auf die Bevölkerung der Gebietstheile,

1819 für welche die befraglichen Anstalten bestimmt waren, und vergleichsweise festgesetzten Maßstabe abgetheilt, nach welchem hiervon das Königreich Sachsen Sieben Zehentheile, Preussen aber, wegen des abgetretenen Theils, Drei Zehentheile erhält.

In welcher Art die Theilung nach dem nurgedachten Maßstabe ausgeführt, und wie hierbei namentlich, in Ansehung der, in den beiderseitigen Landestheilen, theils ausstehenden Activorum, theils zu berichtigenden Passivorum, verfahren werden soll, dies ist in dem, bei dem vorhergehenden 8ten §. angezogenen Protocolle vom 28sten und 29sten December 1818 sub No. I. lit. r., näher bestimmt worden.

Gegenseitige Abgabe der, aus den jenseitigen Landestheilen in den Anstalten sich befindenden Personen, und Vergütung des Verpflegungsaufwands für selbige.

40. Die in den Straf- und Versorgungs-Irren-Waisen- und Land-Arbeitshaus-Anstalten des einen Landestheils sich befundenen und verpflegten Unterthanen aus dem jenseitigen Landestheile, werden, insoweit solches nicht bereits geschehen, an die Regierung des nurgedachten Landestheils abgegeben und von derselben ehebaldigst übernommen. Die näheren Bestimmungen über die, bei deren Transportirung zu beobachtende Moralität, und wegen der diesfälligen Kosten, enthält das mehrangezogene Protocoll vom 28sten und 29sten December 1818, unter dem Buchstaben u.

Wegen des, für dergleichen in den jenseitigen Landestheil gehörige Personen, seit dem 5ten Juni 1815 Statt gefundenen, und bis zur Abgabe noch ferner zulaufenden Verpflegungsaufwands, ist festgesetzt worden, dafs auf gedachten Zeitraum: für einen sogenannten Distinguirten 120 Thlr. — —, für einen sogenannten Halbdistinguirten, 90 Thlr. — —, für einen gemeinen Armen, ingleichen für einen Sträfling und Vagabonden, in den Straf- und Land-Arbeits-Anstalten, 72 Thlr. — —, für ein in dem Waisenhause zu Langendorf verpflegtes Waisenkind aber 15 Thlr. — — jährlich, gegenseitig

vergütet und sich nach diesen Sätzen berechnet 1819 werden soll.

Besondere Bestimmungen wegen des Waisenhauses zu Langendorf.

11. Die, aus der Königlich Sächsischen Rentkammer, an das, in dem abgetretenen Theile gelegene Waisenhaus zu Langendorf, vormals Statt gefundene Zahlung von 2000 Thlr. — — jährlich, hört mit dem 5ten Juni 1815 auf; und hiermit zugleich das zeitherige Recht Königlich Sächsischer Behörden, zu Besetzung von Stellen in der besagten Anstalt.

Unterstützungsfonds.

12. In Ansehung des, bei der Armen-Haus-Haupt-Kasse sich befindenen, sogenannten Unterstützungsfonds, dessen ursprünglicher Zweck die Unterstützung emeritirter Lotteriedienten, und deren Wittwen und Waisen, inglichen außerordentliche Gratificationen für dergleichen Beamte, war, ist man übereingekommen, daß der am 5ten Juni 1815 in besagtem Fonds sich befindene, in der bereits angezogenen Uebersicht unter O. nach seinen einzelnen Valuten aufgeführte Bestand, nach dem, besage des 9ten §. wegen der Armen-Haus-Haupt-Kasse festgesetzten Maßstabe, zwischen Sachsen und Preussen ebenmäßig abgetheilt werden soll.

Land-Arbeits-Haus-Haupt-Kasse.

13. Wegen der Land-Arbeits-Haus-Haupt-Kasse ist man übereingekommen, daß Preussen von selbiger ein Pauschquantum von 30,000 Thlr. — — Dreißig Tausend Thalern, erhält.

Dieses Aversionalquantum wird in der Masse berichtigt, daß Preussen alle diejenigen Capitalien, welche mehrgedachte Kasse in dem Herzogthume Sachsen anstehen hat, nebst den, bis zu dem 5ten Juni 1815 daselbst ausgestandenen Zinsraten und Beiträgen, welche letztere, mit Rücksicht auf deren Unsicherheit, vergleichsweise nur zu Ein Tausend, Vier Hundert Thalern, Preussen angerechnet werden, zu überlassen.

1819 Da aber murgedachte Capitalien, nebst diesen rückständigen Zinsen und Beiträgen, die Summe von 30.000 Thlr. — — übersteigen, so wird der diesfallsige Mehrbetrag Sachsen bei dem Fonds der Armen-Haus-Haupt-Kasse vergütet, und Preussen aus der letztern Kasse um so viel weniger gewährt.

Z i n s e n.

14. In Ansehung der Zinsen ist festgesetzt worden: dafs, söviel die Fonds der Armen-Haus-Haupt-Kasse und des Unterstützungsfonds, betrifft, jede Regierung die Zinsen der ihr überwiesenen Capitalien, vom 5ten Juni 1815 an, erhält, und sind solche, wenn sie von der Regierung des andern Landes theils bereits erhoben worden, baar derjenigen Regierung, welcher die Fonds überwiesen sind, zu gewähren.

Von den, aus dem Fonds der Land-Arbeits-Haus-Haupt-Kasse, überwiesenen Capitalien dagegen, sollen die vom 5ten Juni 1815 bis Michaelis 1818 laufenden Zinsen, derjenigen Regierung, ohne weitere Nachrechnung, verbleiben, welche solche bereits erhoben hat; die etwa aus dem zuletzt gedachten Zeitraum rückständigen, so wie die von Michaelis 1818 an laufenden Zinsen aber von Preussen erhoben werden.

Abtragung der, Preussen zukommenden Rate.

15. Die, nach den vorstehenden Bestimmungen, im 9ten, 12ten und 13ten §., an der Armen-Haus-Haupt-Kasse, dem sogenannten Unterstützungsfonds, ingleichen der Land-Arbeits-Haus-Haupt-Kasse, der Königlich Preussischen Regierung zu gewährenden Antheile, empfängt selbige in der, in der mehrangezogenen Uebersicht sub O. enthaltenen Masse, und in den daselbst aufgeführten einzelnen Activis.

V e r z i c h t l e i s t u n g.

16. Preussen verzichtet, gegen Empfang dieser Antheile, auf alle und jede an die Königlich Sächsischen Straf- und Versorgungs- auch Land-Arbeits-Haus-Anstalten, deren Vermögen, Fonds, Nutzungen und sonst diesfalls zu machende Ansprüche.

Eben so begiebt sich Sachsen aller, in Beziehung 1819 auf die Straf- und Versorgungsanstalten, an Preussen und an die, in dem Herzogthume Sachsen sich befindenden dergleichen Anstalten zu machenden Ansprüche.

ART. XXII.

Fromme Stiftungen und Unterrichtsanstalten.

Wegen derjenigen frommen Stiftungen und Unterrichtsanstalten, auf welche der Friedens-Tractat vom 18ten Mai 1815, und die durch selbigen geschehenen Gebietsabtretungen Einfluß haben, oder haben können ist, zu Einleitung der darüber erforderlichen Auseinandersetzung, und zu Treffung fallsiger allgemeiner Bestimmungen, bereits zwischen den beiderseitigen Friedens-Vollziehungs- und Ausgleichungs-Commissionen, unter Mitwirkung des Oesterreichisch Kaiserlichen Vermittelungs-Commissarii, die unter No. IV anliegende Convention d. d. Dresden den 27sten Juli 1817 geschlossen und durch den Druck bekannt gemacht worden.

Nachdem, in Gemäßheit des 11ten § dieser Convention, eine öffentliche Aufforderung, wegen, von den sämtlichen Stiftungsadministratoren in den beiden Landestheilen, über die unter ihrer Verwaltung stehenden Stiftungen und deren Verhältnisse, zu erstattender Anzeigen erlassen, demnächst in Folge der §§ 9. 11. 14. und 16. der nurgedachten Convention enthaltenen Bestimmungen, die nähere Erörterung einzelner Stiftungen durch beiderseitige subdelegirte Commissarien gemeinschaftlich vorgenommen, diese Erörterung auch in Ansehung mehrerer Stiftungen bereits vollendet worden, so ist sodann über diese Stiftungen die Auseinandersetzung in der, in den folgenden XXIII-XXVIIIsten Artikeln enthaltenen Mafse erfolgt, und hiernächst im Allgemeinen noch Folgendes bestimmt worden:

Künftige Verhandlung über die zur Zeit noch nicht erörterten Stiftungen.

1. Diejenigen milden Stiftungen, in Ansehung deren, bei der großen Anzahl derselben, jene Erörterung zur Zeit noch nicht beendigt und daher die

1849 Auseinandersetzung, bei dem Abschlufs dieser Convention, noch nicht hat erfolgen können, werden, um diesen Abschlufs nicht aufzuhalten, zu fernerer besonderer Unterhandlung angesetzt. Es soll, in Ansehung derselben, die Erörterung von beiderseitigen subdelegirten Commissarien thätigst fortgesetzt, über die Auseinandersetzung in Ansehung der auf diese Weise erörterten Stiftungen, zwischen, von beiderseitigen Allerhöchsten Regierungen, zu ernennenden Bevollmächtigten, sich vereinigt und darüber eine nachträgliche Verhandlung, spätestens Sechs Monate nach erfolgter Ratification der gegenwärtigen Hauptconvention, abgeschlossen werden.

Einstweilige Fortleistung der gegenseitigen Bezüge.

2. Immittelst und bis zu dessen Erfolg, werden die, aus dem einen Landestheile an Stiftungen des andern Landestheils, bisher zu leisten gewesenen Bezüge gegenseitig fortentrichtet.

Stipendien.

3. In Ansehung der Stipendien ist man im Allgemeinen dahin übereingekommen, daß diejenigen, deren Genufs, vermöge der Stiftungen, auf königlich sächsischen Universitäten überhaupt, oder namentlich auf der Universität Wittenberg Statt finden soll, nach erfolgter aufhebung der letztgedachten Universität, auch zu Halle genossen werden können.

Die ausdrücklich für Leipzig bestimmten Stipendien dagegen, dürfen lediglich daselbst bezogen werden.

Bestimmungen der Convention vom 27sten Juli 1817.

4. In allen den Fällen, in welchen nicht durch die gegenwärtige Hauptconvention, oder sonstige besondere Vereinigung, ein Anderes festgesetzt wird, bewendet es bei den Bestimmungen der obenangezogenen Convention vom 27sten Juli 1817, welche daher insoweit mit gegenwärtiger Hauptconvention gleiche Kraft haben soll.

Ständische Oberlausitzische Stiftungen.

5. Wegen der, in der nur angezogenen frühern Convention ausgenommen, unter ständischer Aufsicht

stehenden, Anstalten und Stiftungen in der Ober- 1819
lausitz, wird über die, von den damit beauftragten
ständischen Deputirten, diesfalls bereits projectirte,
oder annoch zu entwerfende Auseinandersetzung
sich besonders vereinigt werden.

ART. XXIII.

1) *Die vormaligen Deutschen Ordensgüter.*

Die, Ihre Königl. Majestät von Sachsen anheim
gefallenen, in dem an Preussen abgetretenen Theile
gelegenen, vormaligen Deutschen Ordensgüter, die
zur ehemaligen Balley Thüringen gehörten Vier
Comthurhöfe, Zwätzen, Lehsten, Liebstädt und Nä-
gelstädt, ingleichen der von der ehemaligen Balley
Hessen abhängig gewesene Comthurhof zu Grief-
städt, waren, nebst allen ihren Zubehörungen. Rech-
ten und Einkünften, vermöge einer, von gedachter
Ihre Königl. Majestät im Jahre 1811 gestifteten
Schenkung, den beiden Landesuniversitäten Leipzig
und Wittenberg, ingleichen den drei Land- und
Fürstenschulen, Pforta, Meissen und Grimma, als
unwiderrufliches Eigenthum gewidmet worden; und
da die Universität Wittenberg und die Land- und
Fürstenschule Pforta an Preussen gekommen, die
übrigen drei nurgenannten Stiftungen aber bei dem
Königreiche Sachsen verblieben, so ist wegen der,
diesen beiderseitigen Lehranstalten, an den vorbe-
nannten Gütern zu gewährenden Antheile, nachbe-
merkte Vereinigung getroffen worden:

1. Nach der Anzahl der betheiligten Anstalten,
werden von den erwähnten Gütern, oder deren
Werth, $\frac{3}{5}$ auf die drei Königlich Sächsischen, und
 $\frac{2}{5}$ auf die zwei Herzoglich Sächsischen Anstalten
vergleichsweise gerechnet.

2. Da hiernächst eine Naturaltheilung der Güter,
insbesondere, nachdem die Comthurhöfe Zwätzen,
Lehsten und Liebstädt nebst ihren Einkünften, im-
mittelst von Preussen an Sachsen-Weimar abgetre-
ten worden, eben so wenig, als ein gemeinschaft-
licher Besitz und Benutzung derselben für thunlich
und zweckmäfsig erachtet worden; so hat man,
nach vorgängiger Ausmittelung des Werths der be-
fraglichen Güter, sich dahin vereinigt, daß Preussen

1819 an Sachsen zur gänzlichen Abfindung wegen des, der Universität Leipzig, ingleichen den Land- und Fürstenschulen Meissen und Grimma, an den mehrgedachten Gütern zustehenden Anthells und der diesfallsigen Ansprüche, eine vom 1sten Juli 1815 an, nach 5 vom Hundert verzinsbare Aversionalsumme von 160,000 Thlr. — — Einmal Hundert und Sechzig Tausend Thalern zahlt.

3. Diese Aversionalsumme wird, durch Ueberweisung von zu 5 vom Hundert zinsbaren, sichern hypothecarischen Activforderungen und baaren Zahlungen, welche Sachsen von andern, zur Theilung kommenden Stiftungsfonds, an Preussen zu gewähren haben wird, compensando berichtet, und insoweit hierdurch obige Summe nicht völlig erfüllt werden sollte, das Fehlende baar geleistet.

Auf die Zinsen kommt dasjenige in Zurechnung, was auf die, nach der gegenwärtigen Uebereinkunft wegfallende, vorhin dem Königreiche Sachsen und dessen Instituten, auf die Ordensgüter angewiesenen Bezüge aus erstern und deren Fonds, seit dem 1sten Juli 1815 bereits geleistet worden; wogegen gegenseitig auch alle von Sachsen, seit dem 1sten Juli 1815 wegen der vormaligen Deutschen Ordensgüter, in das Herzogthum Sachsen etwa geleisteten Zahlungen, demselben wieder erstattet werden.

4. Gegen Empfang dieser Aversionalsumme von 160,000 Thlr., nebst den vorbemerkten Zinsen, wird der, den theilhabenden Königlich Sächsischen Lehranstalten zustehende Antheil an den vormaligen Deutschen Ordensgütern, nebst allen dazu gehörigen Natural- und Geldbeständen und Activen, an Preussen abgetreten, auch, soweit selbige bei Königlich Sächsischen Behörden sich befinden, ausgehändigt, und Königlich Sächsischer Seits auf alle, in Ansehung der oftgedachten Güter und deren Nutzungen, zu machenden Ansprüche, namentlich auch wegen der, von der Balley Thüringen, an die Stipendienkasse zu Leipzig zu leistenden sogenannten Dienstgeschirrgelder, verzichtet.

5. Die Königlich Preussische Regierung übernimmt die alleinige Vertretung aller, auf den Deut-

schen Ordensgütern haftenden Schulden und Lasten, 1819 und liberirt daher die Königlich Sächsische Regierung und die mehrgedachten Königlich Sächsischen Anstalten von allen und jeden diesfallsigen Ansprüchen. Dahin gehören namentlich die Pensionen und Pensionrückstände für einige Ordenscomthure, Beiträge zu den Centrallasten des vormaligen Deutschen Ordens, und alle und jede andere, in Beziehung auf gedachten Orden etwa zu gewährenden Leistungen, die Pensionen für einige in Diensten des verstorbenen letzten Comthurs, von Berlepsch, gestandene Personen; ingleichen alle, in dem abgetretenen Theile, aus den Gütern und deren Einkünften, zu leistenden sowohl bleibenden, als temporairen Bezüge.

6. So wie die Königlich Preussische Regierung, vermöge der von ihr übernommenen Verbindlichkeit, alle diejenigen Bedingungen zu erfüllen sich verpflichtet, welche den befraglichen Anstalten bei Errichtung dieser Stiftung auferlegt worden, so gilt dies insbesondere auch von den Bestimmungen, welche, in Folge des Königlichen Fundationsrescripts vom 31sten August 1811 zu Gunsten der Erben des letzten Ordenscomthurs und Besitzers der mehrgedachten Güter, von Berlepsch, von der Königlich Sächsischen Regierung, namentlich in den Jahren 1813 und 1815 getroffen worden. Die Königlich Preussische Regierung verspricht, die diesfallsigen und etwanigen sonstigen, jetzigen und künftigen Ansprüche der vorerwähnten von Berlepschischen Erben eben sowohl, als alle andere, an den Berlepschischen Nachlaß zu machende Anforderungen, allenthalben allein zu vertreten.

7. In Ansehung der, von einigen Pächtern und auf den Ordensgütern angestellten Beamten erlegten, und bei Königlich Sächsischen Behörden deponirten Cautionen, soll den, wegen der Cautionen, in dem XIIten Conventionsartikel §. 15. enthaltenen allgemeinen, ingleichen den, diesfalls bei Gelegenheit der, in dem vorstehenden 6ten §. angezogenen Bestimmungen, in Beziehung auf die Berlepschischen Erben erfolgten besondern Festsetzungen nachgegangen werden.

2) *Kloster St. Jacob zu Freiberg und Freiburger Accession.*

Wegen des Fonds des vormaligen Jungfrauenklosters St. Jacob zu Freiberg, und der sogenannten Freiburger Accession, vereinigen sich beide königliche Regierungen dahin, dafs:

1. die, der Universität Wittenberg, auf den, derselben mit 168 Thlr. jährlich, aus besagtem Fonds gebührenden Bezug, zustehende Rückstandsforderung von 1521 Thlr. — — Ein Tausend Fünf Hundert, Ein und Zwanzig Thalern, von dem Königreiche Sachsen an das Herzogthum baar berichtet,

2. zu künftiger Deckung des nurerwähnten jährlichen Bezugs, hiernächst eine Capitalsumme von 3360 Thlr. — — Drei Tausend Drei Hundert und Sechzig Thalern, à 5 Procent verzinsbar, von Ostern 1818 an, dem Herzogthume Sachsen entrichtet werde.

Sollten auf die, seit 1818 gefälligen Termine, Zahlungen an die Universität Wittenberg geleistet sein, so werden die hierüber sprechenden Quittungen auf jene Zinsen in Abrechnung gebracht.

3. die Königlich Preussische Regierung begiebt sich, nach Empfang der gedachten Zahlungen, aller fernern Ansprüche an den hier in Rede stehenden Fonds.

3) *Procuratur Meissen.*

Von dem Fonds der Procuratur Meissen, bei dessen Anseinandersetzung das Verhältnifs der Volkszahl der daran Theil habenden Kreise und Aemter, welches einen Abtheilungsmafsstab von 0.7290. Sieben Tausend, Zwei Hundert und Neunzig Zehntausendtheilen für das Königreich, und von 0.2710. Zwei Tausend, Sieben Hundert und Zehn Zehntausendtheilen für das Herzogthum gewährt, berücksichtigt worden ist, werden

A. zur Deckung und Abfindung der bleibenden Bezüge, so wie

B. zur Berichtigung des Antheils, welcher einzelnen Gebietstheilen des Herzogthums an den

Ueberschüssen dieses Fonds zusteht, an Preußen 1819 überwiesen:

1. die der Procuratur Meissen aus dem Herzogthume gebührenden Leistungen vom 1sten Juli 1815 an;

2. in 5 procentigen Staatspapieren und hypothecarischen Capitalien, Sechzig Tausend Acht Hundert Vier und Fünfzig Thaler, Neunzehn Groschen, Sechs Pfennige, 60,854 Thlr. 19 Gr. 6 Pf.

3 in 4 procentigen Staatspapieren, Drei Tausend Vier Hundert Acht und Sechzig Thaler, Neunzehn Groschen, Zwei Pfennige, 3,468 Thlr. 19 Gr. 2 Pf.

4. in 3 procentigen Staats- und hypothecarischen Papieren, Neun Tausend Acht Hundert Zwei und Vierzig Thaler, Fünf Groschen Eilf Pfennige, 9,842 Thlr. 5 Gr. 11 Pf.

5. in 2 procentigen Staatspapieren, Fünf Tausend Dreihundert Acht und Dreißig Thaler, Sechzehn Groschen, Zehn Pfennige, 5,338 Thlr. 16 Gr. 10 Pf.

6. an Natural- und Geldbeständen, so wie ausstehenden Resten, Zwei Tausend Zwei Hundert und Dreizehn Thaler, Funfzehn Groschen, Zwei Pfennige, 2,213 Thlr. 15 Gr. 2 Pf.

Die sub No. 2, 3, 4 und 5, aufgeführten zinsbaren Capitalien, werden vom 1sten Juli 1815 an, der Königlich Preussischen Regierung, nach ihren verschiedenen Zinsfüßen verzinset, hierauf jedoch die, seit diesem Termine, an Institute und Genussberechtigte des Herzogthums geleisteten Zahlungen in Abrechnung gebracht.

Gegen Empfang obiger Zahlungen begiebt sich die Königlich Preussische Regierung aller Ansprüche an die Fonds der Procuratur Meissen, überläßt auch der Königlich Sächsischen Regierung ihren Antheil an dem, am 5ten Juni 1815 vorhanden gewesenem, auf 17,507 Thlr. 22 Gr. 5 Pf. angenommenen unsichern Vermögen, mit 4,744 Thlr. 15 Gr. 7 Pf. Vier Tausend Sieben Hundert Vier und Vierzig Thaler, Funfzehn Groschen, Sieben Pfennige.

Die seitdem, durch entstandenen Concurs, unsicher gewordenen Capitalien und deren Zinsreste, an zusammen 7,744 Thlr. 6 Gr. 11 Pf. Sieben Tausend Sieben Hundert Vier und Vierzig Thaler, Sechs

1819 Groschen, Eilf Pfenninge, werden dagegen nach dem oben bemerkten Mafsstabe abgetheilt.

Auch verpflichtet sich die Königlich Preussische Regierung, der Königlich Sächsischen Regierung, wegen der, bis zum 1sten Juli 1815 in Rest gebliebenen Leistungen aus dem Herzogthume, Vergütung zu gewähren und sich deren Betrag bei der endlichen Abrechnung anrechnen zu lassen, wogegen von dem Königreiche Sachsen dem Herzogthume dasjenige erstattet wird, was seit dem 1sten Juli 1815 auf diese Leistungen an die Procuraturkasse entrichtet worden.

Zu den, auf die Procuratur am 5ten Juni 1815 gewiesenen, temporären persönlichen Bezügen, an 3.649 Thlr. 14 Gr. — Drei Tausend Sechs Hundert Neun und Vierzig Thaler, Vierzehn Groschen, tragen, auf die Zeit ihrer Dauer, beide Königl. Regierungen, nach dem oben angegebenen Theilungsmafsstabe bei.

Auf den Fall, dafs etwa von Seiten des Domcapituls zu Meissen, wegen dessen ursprünglicher Verbindung mit der dasigen Procuratur, oder von sonst irgend Jemanden, aus einem, bereits vor dem 5ten Juni 1815 vorhanden gewesenen Grunde, Ansprüche an den Fonds der Procuratur Meissen gemacht worden, oder annoch gemacht werden sollten, hat man sich gegenseitig dahin vereinigt, dafs alle dergleichen Ansprüche, wenn sie von den beiderseitigen Regierungen für rechtmässig befunden worden, von dem Königreiche und Herzogthume Sachsen, nach eben dem Mafsstabe, welcher bei Theilung dieses Fonds überhaupt zum Grunde gelegt worden, als eine dem ganzen Fonds zur Laast fallende Leistung, gemeinschaftlich übernommen werden sollen.

4) *Schul - Pfortaische Stiftung.*

5) *Pfortaische Ueberschufskasse.*

6) *Pfortaischer Relutions - Zinsen - Fonds.*

Wegen der Fonds der Schule Pforta, sind beide Königl. Regierungen vergleichsweise dahin übereingekommen, dafs

1. Preussen das Vermögen der Schul-Pfortaischen 1819 Stiftung zur unbeschränkten Disposition verbleibt, und alle und jede Zahlungen, welche aus demselben an Institute und andere Genußberechtigte des Königreichs geleistet worden, vom 5ten Juni 1815 an, erlöschen; dagegen

2. dem Königreiche Sachsen

a) der sogenannte Pfortaische Relutions-Fonds so wie

b) die sogenannte Pfortaische Ueberschufskasse, zur alleinigen Disposition überlassen bleiben.

3. Dasjenige, was, nach dem 5ten Juni 1815 aus der Schul-Pfortaischen Stiftung in das Königreich, so wie aus dem Pfortaischen Relutions-Zinsen-Fonds in das Herzogthum Sachsen gezahlt worden, ist gegenseitig von einer Regierung der andern zu erstatten.

Die frühern, bis zum 5ten Juni 1815 etwa in Rückstand verbliebenen dergleichen gangbaren Leistungen, werden aus demjenigen der obengenannten Pfortaischen Fonds, auf welchen sie damals gewiesen waren, berichtet.

4. Preussen zahlt überdies an Sachsen, zur Entschädigung wegen der, auf die Schul-Pfortaische Stiftung für das Königreich angewiesenen, künftig wegfallenden Bezüge, ingleichen zu Beseitigung anderer, theils bei der Anseinandersetzung der milden Stiftungen, theils bei Gegenständen des XIIten Artikels dieser Convention vorgewalteter Anstände, eine Aversionalsumme von 10,000 Thlr. — — Zehn Tausend Thalern, in 3 procentigen verloosbaren Steuerscheinen, nebst Zinsen vom 1sten Juli 1815 an.

5. Die Königlich Sächsische Regierung begiebt sich aller weitem Ansprüche an die Schul-Pfortaische Stiftung, so wie die Königlich Preussische Regierung an den Pfortaischen Relutions-Zinsen-Fonds und die Ueberschufskasse; endlich sind

6. alle, von dem Herzogthume und der Schul-Pforta an das Königreich Sachsen, so wie gegenseitig von dem Königreiche an das Herzogthum Sachsen und an besagte Anstalt, wegen des sogenannten Relutions-Capitals von 100,000 Mfl. und dessen Zin-

1819 sen etwa zu erhebende Ansprüche als gänzlich erloschen zu erachten.

ART. XXV.

7) *Die Wexische Stiftung.*

Die Fonds der Wexischen Stiftung werden unter beide Regierungen, nach der Volkszahl der genussberechtigten Aemter und Districte vertheilt, und ist hiernach das Verhältniß

A) wegen des Fonds, der unter Administration der Königlich Sächsischen Landesregierung gestanden, auf 0,0060. Sechzig Zehntausendtheile für das Königreich und 0,9940. Neun Tausend Neun Hundert und Vierzig Zehntausendtheile, für das Herzogthum;

B) wegen des, unter Administration der Regierung zu Merseburg gestandenen Fonds aber auf 0.1886. Ein Tausend Acht Hundert Sechs und Achtzig Zehntausendtheile, für das Königreich, und 0.8114. Acht Tausend Ein Hundert und Vierzehn Zehntausendtheile, für das Herzogthum anzunehmen gewesen.

Mit Rücksicht auf das nurgedachte Theilungsverhältniß und auf die, wegen der verschiedenen Zinsfüße Statt gehabten Reductionen, erhält von dem obenerwähnten Fonds sub A. das Königreich von dem sichern Vermögen: 203 Thlr. 18 Gr. 3 Pf. Zwei Hundert und Drei Thaler, Achtzehn Groschen, Drei Pfennige, zu 5 Procent zinsbares Capital, (incl. eines zu 4 Procent zinsbaren Capitals von 200 Thlr. — —, welches nach 5 Procent nur zu 160 Thlr. — — angerechnet wird.) 18 Thlr. 4 Gr. 3 Pf. Achtzehn Thaler, Vier Groschen, Drei Pfennige, unzinbar, 81 Thlr. 18 Gr. 6 Pf. Ein und Achtzig Thaler, Achtzehn Groschen, Sechs Pfennige, als Antheil von den unsichern Activis, und das Herzogthum von dem sichern Vermögen: 33.756 Thlr. 5 Gr. 9 Pf. Drei und Dreißig Tausend Sieben Hundert Sechs und Fünfzig Thaler, Fünf Groschen, Neun Pfennige, zu 5 Procent zinsbares Capital, (incl. eines zu $4\frac{1}{2}$ Procent zinsbaren Capitals von 11.000 Thlr. — —, welches nach 5 Procent nur zu 9.900 Thlr. — — angerechnet wird.) 3,011 Thlr. 13 Gr. 10 Pf. Drei

Tausend und Eilf Thaler, Dreizehn Groschen, Zehn 1819 Pfennige, aus den unzinbaren Beständen, 13.546 Thlr. 10 Gr. 5 Pf. Dreizehn Tausend Fünf Hundert Sechs und Vierzig, Zehn Groschen, Fünf Pfennige, als Antheil an dem unsichern Vermögen.

Aus dem Fonds sub B., erhält das Königreich von dem sichern Vermögen: 4,969 Thlr. 14 Gr. 8 Pf. Vier Tausend Neun Hundert Neun und Sechzig Thaler, Vierzehn Groschen, Acht Pfennige, an zu 5 Procent zinsbaren Capitalien, 109 Thlr. 9 Gr. 3 Pf. Ein Hundert und Neun Thaler, Neun Groschen, Drei Pfennige, an unzinbaren Capitalien, 2,352 Thlr. 6 Gr. 3 Pf. Zwei Tausend Drei Hundert Zwei und Fünfzig Thaler, Sechs Groschen und Drei Pfennige, als Antheil an dem unsichern Vermögen; das Herzogthum dagegen 24,380 Thlr. 9 Gr. 4 Pf. Ein und Zwanzig Tausend Drei Hundert und Achtzig Thaler, Neun Groschen, Vier Pfennige, an zu 5 Procent zinsbaren Capitalien, 470 Thlr. 14 Gr. 4 Pf. Vier Hundert und Siebenzig Thaler, Vierzehn Groschen, Vier Pfennige, an unzinbaren Capitalien, von dem sichern Vermögen; 10,119 Thlr. 23 Gr. 1 Pf. Zehn Tausend Ein Hundert und Neunzehn Thaler, Drei und Zwanzig Groschen, Ein Pfennig, unsicheres Vermögen.

Die unsichern Activa werden nach den oben angenommenen Verhältnissen abgetheilt.

Sollten nach dem 5ten Juni 1815 von der Regierung des einen Landestheils, einzelnen Individuen des andern Landestheils, Beneficien aus diesem Fonds bewilliget sein, so werden diese eben sowohl, als diejenigen, welche, vermöge vor nurgedachtem Zeitpunkt beschehener Bewilligungen damals bestanden, von der Regierung des dermaligen wesentlichen Aufenthaltsortes des Beneficiaten berichtigt werden.

An eben diese Regierung ist daher auch der regulativmäßige Ersatz der aus den Wexischen Stiftungskassen geleisteten Vorschüsse, eintretenden Falls, zu gewähren.

Uebrigens begeben sich beide Regierungen gegenseitig aller weitem Ansprüche, wegen der hier in Rede stehenden Fonds.

1819 8) *Die beiden ständischen Pensions- und Gratifications-Kassen.*

Die Erste und Zweite ständische Pensions- und Gratifications-Kasse, welche zu Besoldungszulagen und Gratificationen für academische Lehrer auf den Universitäten Leipzig und Wittenberg bestimmt sind, werden nach der Anzahl der, auf jeder dieser Universitäten, im Jahre 1813 angestellt gewesenen Professoren abgetheilt; dieß gewährt einen Theilungsmafsstab von $\frac{47}{6}$ für das Königreich und von $\frac{22}{6}$ für das Herzogthum.

Nach diesem Verhältnisse erhält das Herzogthum von dem sichern Activ-Vermögen 5,255 Thlr. 19 Gr. — Fünf Tausend Zwei Hundert Fünf und Sechzig Thaler, Neunzehn Groschen, à 5 Procent zinsbar, 2,861 Thlr. 20 Gr. 3 Pf. Zwei Tausend Acht Hundert Ein und Sechzig Thaler, Zwanzig Groschen, Drei Pfennige, à $4\frac{1}{2}$ Procent zinsbar. 440 Thlr. 2 Gr. 7 Pf. Vier Hundert und Vierzig Thaler, Zwei Groschen, Sieben Pfennige, baar.

Von dem, bei diesem Fonds vorhandenen unsichern Vermögen an 10,000 Thlr. — — Zehn Tausend Thalern Capital zu 5 Procent und 90 Thlr. 6 Gr. 8 Pf. Neunzig Thaler, Sechs Groschen, Acht Pfennige, an Zinsresten hiervon, bis 5ten Juni 1815, erhält jede der beiderseitigen Regierungen ihren Antheil nach dem übrigen Theilungsmafsstabe.

Dem Herzogthume gehen, von den ihm zukommenden zinsbaren Capitalien, die Interessen nach den verschiedenen Zinsfüfsen, vom 6ten Juni 1815 an zu gute.

Nach Empfang dieser Zahlung erklärt sich die Königlich Preussische Regierung, wegen dieses Fonds, als abgefunden, und übernimmt ihrerseits die Abführung der, den Genufsberechtigten des Herzogthums zugestandenen Gratificationen, von dem gedachten Zeitpuncte an, auf die Zeit ihrer Dauer.

ART. XXVI.

9) *Procuratur Zeitz.*

An dem Vermögen der Procuraturkasse zu Zeitz erhält das Königreich Sachsen einen Antheil, nach

dem Verhältniß der Volkszahl des, demselben ver- 1819
bliebenen Theils des Stiftes Naumburg-Zeitz, wor-
nach sich der Theilungsmaßstab auf 0,9383. Neun
Tausend Drei Hundert Drei und Achtzig Zehntau-
sendtheile, für das Herzogthum, und 0,0617. Sechs
Hundert und Siebzehn Zehntausendtheile, für das
Königreich, bestimmt.

Unter Beobachtung dieses Theilungsverhältnisses
werden dem Königreiche Sachsen, zur Berichtigung
des, demselben an dem, nach Deckung der fort-
dauernden Bezüge, verbleibenden Ueberschufs, zu-
stehenden Anthells überwiesen:

1. die, von Ortschaften und Grundstücken des
Königreichs Sachsen, zur Procuraturkasse zu Zeitz
zu leistenden Abgaben und Gefälle, vom 1sten Juli
1815 an, welche nach einem Durchschnittsverhält-
nisse jährlich 53 Thlr. 21 Gr. 6 Pf. betragen, à 50
zu Capital gerechnet, sich auf Ein Tausend Sieben
und Siebenzig Thaler, Zwei und Zwanzig Groschen,
1,077 Thlr. 22 Gr. — belaufen;

2. in 5 procentigen Capitalien, Fünf Tausend
Zwei Hundert Sechs und Fünfzig Thaler, Zwanzig
Groschen, Zwei Pfennige, 5,256 Thlr. 20 Gr. 2 Pf.

3. in $4\frac{1}{2}$ procentigen Capitalien, Sieben Hundert
Vier und Neunzig Thaler, Zwanzig Groschen, Fünf
Pfennige, 794 Thlr. 20 Gr. 5 Pf.

4. in 4 procentigen Capitalien, Acht Hundert Ein
und Neunzig Thaler, Dreizehn Groschen, Sieben
Pfennige, 891 Thlr. 13 Gr. 7 Pf.

5. in 3 procentigen Capitalien, Siebenhundert
Acht und Siebenzig Thaler, Dreizehn Groschen,
Zehn Pfennige, 778 Thlr. 13 Gr. 10 Pf.

6. an unzinbarem Vermögen, nach Abzug der,
von dem Königreiche Sachsen, bis ult. Juni 1815
annoch zu vertretenden Leistungen und Zinsen, à
187 Thlr. 17 Gr. 5 Pf., Zweihundert und Achtzehn
Thaler, Zehn Groschen, Elf Pfennige, 218 Thlr.
10 Gr. 11 Pf.

Von den zinsbaren Capitalien werden dem Kö-
nigreiche Sachsen, nach den verschiedenen Zins-
füßen, die Zinsen vom 1sten Juli 1815 an, zu gute
gerechnet, dagegen hat dasselbe sich alle Zahlungen,

1810 welche aus der Procuraturkasse, für die Zeit vom 1sten Juli 1815, demselben etwa geleistet worden, in An- und Abrechnung bringen zu lassen; eben so aber der Procuraturkasse die Rückstandsleistungen von Ortschaften und Grundstücken des Königreichs, für die Zeit bis zum 1sten Juli 1815 zu vergüten. Die, seit dem nurgedachten Zeitpunkt, von eben diesen Ortschaften und Grundstücken, an die Procuratur Zeitz etwa erfolgten Leistungen, erstattet letztere dem Königreiche Sachsen.

Von dem, auf 2,743 Thlr. 5 Gr. 4 Pf. Zwei Tausend Sieben Hundert Drei und Vierzig Thaler, Fünf Groschen, Vier Pfennige, als unsicher angenommenen Vermögen der Procuraturkasse, hat das Königreich Sachsen, nach dem oben angegebenen Verhältniß, seinen Antheil zu erhalten.

Wegen der Forderungen der Procuraturkasse an das Weidaische Creditwesen, ingleichen an die sogenannten Alten Stiftungsgelder, wird die weitere Bestimmung bei der, Art. XII. §. 2. lit. e. eingeleiteten Regulirung des Weidaischen Creditwesens erfolgen.

Die Königlich Sächsische Regierung begiebt sich, nach Empfang der oben gedachten Zahlungen, und unter Vorbehalt ihrer antheiligen Ansprüche, wegen der nurerwähnten Forderungen, an das Weidaische Creditwesen, und an die sogenannten Alten Stiftungsgelder, aller weiteren Ansprüche an die Procuraturkasse zu Zeitz. Beide Regierungen verpflichten sich, den erforderlichen Beitrag, zu den, auf die Procuraturkasse am 5ten Juni 1815 gewiesenen, temporären persönlichen Bezügen, nach Maßgabe des obenbemerkten Theilungsverhältnisses, so lange zu leisten, als die Genußberechtigten solche zu erhalten haben.

10) *Schloßkirchen - Cymbel - Kasse zu Zeitz.*

Bei der Schloßkirchen - Cymbel - Kasse zu Zeitz, deren Ueberschuß ebenmäßig, nach dem obenbemerkten Verhältnisse der Volkszahl der beiderseitigen Antheile an dem Stifte Naumburg - Zeitz abgetheilt wird, erhält das Königreich Sachsen, nach

Deckung der auf den Fonds gewiesenen bleibenden 1819 Bezüge,

A. 12 Thlr. 8 Gr. 2 Pf. Zwölf Thaler, Acht Groschen, Zwei Pfennige, als Antheil der, dem Fonds gehörigen Kassen-Billets-Actien, nebst den davon treffenden Zinsen, vom 1sten Juli 1815 an.

B. 318 Thlr. 16 Gr. 3 Pf. Dreihundert und Achtzehn Thaler, Sechzehn Groschen, Drei Pfennige, zu 5 $\frac{1}{2}$ % verzinsbar.

C. 317 Thlr. 18 Gr. 1 Pf. Dreihundert und Siebzehn Thaler, Achtzehn Groschen, Ein Pfennig, zu 4 $\frac{1}{2}$ % verzinsbar.

D. 475 Thlr. 2 Gr. 2 Pf. Vierhundert Fünf und Siebenzig Thaler, Zwei Groschen, Zwei Pfennige, zu 3 $\frac{1}{2}$ % verzinsbar.

E. 26 Thlr. 9 Gr. 8 Pf. Sechs und Zwanzig Thaler, Neun Groschen, Acht Pfennige, an unzinbaren Vermögen.

Von den zinsbaren Capitalien gehen dem Königreiche die Zinsen vom 1sten Juli 1815 an, nach Verhältniß des verschiedenen Zinsfußes, zu gute; dagegen hat dasselbe dem Herzogthum dasjenige zu erstatten und auf die Zinsen sich anrechnen zu lassen, was etwa auf die Zeit nach dem 1sten Juli 1815 dem Königreiche aus diesem Fonds gezahlt worden.

Uebrigens begiebt sich, nach Empfang dieser Zahlungen, die königlich Sächsische Regierung aller fernern Ansprüche an diesen Fonds, mit Vorbehalt ihres Anrechts an die Forderungen, welche mehrgedachtem Fonds an das Weidaische Creditwesen zustehen, da die weiteren Bestimmungen hierüber bei der künftigen Regulirung desselben erfolgen sollen.

11) *Procuratur-Almosen-Kasse zu Zeitz.*

Aus der Procuratur-Almosen-Kasse zu Zeitz, deren Ueberschuß nach dem, bei den beiden vorhergehenden Zeitzer Fonds, angenommenen Verhältnisse der Volkszahl abgetheilt wird, erhält das Königreich Sachsen, da die gesammten hypothecarischen Capitalien zur Deckung der bleibenden Bezüge des Herzogthums erforderlich, von dem unzinbaren Vermögen überhaupt 18 Thlr. 11 Gr. 6 Pf.

1819 Achtzehn Thaler, Eilf Groschen, Sechs Pfennige; ist dagegen verpflichtet, nach eben diesem Verhältnisse, zu dem am 5ten Juni 1815 auf diesen Fonds gewiesenen, temporären persönlichen Bezuge, an 17 Thlr. 12 Gr. — jährlich, auf dessen Dauer beizutragen.

Sollte übrigens die Schule zu Zeitz von Eingebornen des Königlich Sächsischen Stifteantheils besucht werden, so wird ihnen, neben diesem Recht, der Fortgenuss der, ihnen vor der Abtretung ebenfalls zugestandenen Vortheile und Beneficien, auch fernerhin zugesichert.

Wegen der, diesem Fonds an das Weidaische Creditwesen zustehenden Forderungen, bleibt auch hier die weitere Bestimmung der allgemeinen Regulirung des Weidaischen Creditwesens vorbehalten, und es begiebt sich, mit Vorbehalt der antheiligen Ansprüche an diese Forderungen, die Königlich Sächsische Regierung, nach Empfang der obigen Zahlungen, aller fernern Ansprüche an diesen Fonds.

ART. XXVII.

12) *Allgemeiner Schulfonds.*

Der allgemeine Schulfonds wird nach der Bevölkerung der betheiligten Provinzen abgetheilt; dies gewährt einen Theilungsmafsstab von 0,6772. Sechs Tausend Siebenhundert Zwei und Siebenzig Zehntausendtheilen, für das Königreich, und von 0,3228. Drei Tausend Zweihundert Acht und Zwanzig Zehntausendtheilen, für das Herzogthum.

Von diesem Fonds erhält, mit Rücksicht auf den gedachten Theilungsmafsstab, ingleichen auf einen darauf gewiesenen bleibenden Bezug von 5 Thlr. jährlich, für den Schullehrer zu Wohlsborn im Herzogthume, das letztere überhaupt: 100 Thlr. — — Einhundert Thaler, zinsbar zu 5 Procent vom 6ten Juni 1815 an, und 825 Thlr. 1 Gr. 5 Pf. Achthundert Fünf und Zwanzig Thaler, Einen Groschen, Fünf Pfennige, unzinsbar.

Sollten aus diesem Fonds, nach dem 5ten Juni 1815, Zahlungen an das Herzogthum geleistet sein; so werden solche auf obige Zahlungen in Anrechnung gebracht.

Die Königlich Preussische Regierung begiebt sich, 1819 nach Leistung der gedachten Zahlungen, aller Ansprüche an besagten Fonds.

13) *Ständische Schullehrer - Besoldungs - Kasse.*

Aus der ständischen Schullehrer - Besoldungskasse, deren Fonds nach dem Mafsstabe der Bevölkerung in den 7 Kreisen der alten Erblande abgetheilt wird, welches ein Theilungsverhältnifs von 0,7039. Sieben Tausend und Neun und Dreißig Zehntausendtheilen, für das Königreich, und von 0,2961. Zwei Tausend Nennhundert Ein und Sechzig Zehntausendtheilen, für das Herzogthum gewährt, werden dem letztern

1. die, bis zum 5ten Juni 1815 rückständig gebliebenen Zulagen an Schullehrer des Herzogthums, soweit sie nicht etwa seit diesem Zeitpuncte von dem Königreiche Sachsen bereits berichtigt worden, zu gute gerechnet;

2. als Antheil, welcher den betreffenden Theilen des Herzogthums an dem Bestande dieses Fonds gebührt:

A. in 5 procentigen Capitalien. Drei Tausend Siebenhundert und Ein Thaler, Sechs Groschen, Ein Pfennig, 3701 Thlr. 6 Gr. 1 Pf.

B. in $4\frac{1}{2}$ procentigen Capitalien, Achthundert Drei und Vierzig Thaler, Ein und Zwanzig Groschen, Drei Pfennige, 843 Thlr. 21 Gr. 3 Pf. beide nebst Zinsen vom 6ten Juni 1815 an,

C. baar. Achthundert Acht und Sechzig Thaler, Drei und Zwanzig Groschen, 868 Thlr. 23 Gr. — entrichtet, und hierbei diejenigen Zahlungen, welche auf die, seit dem 5ten Juni 1815 gefälligen Zulagen von Sachsen an Preussen geleistet worden, dem letztern in Zurechnung gebracht.

Von dem unsichern Vermögen dieses Fonds, welches in 1400 Thlr. — — Ein Tausend Vierhundert Thalern Capital zu 5 Procent, und 12 Thlr. 15 Gr. 4 Pf. Zwölf Thalern, Funfzehn Groschen, Vier Pfennigen, hiervon am 5ten Juni 1815 rückständigen Zinsen, besteht, erhält Preussen seinen Antheil nach obigem Mafsstabe.

1819 Preussen begiebt sich, gegen Empfang obiger Zahlungen, aller Ansprüche an diesen Fonds.

ART. XXVIII.

14) *Augusteische Priester- Wittwen- und Waisen-Stiftung.*

Aus dem Fonds der Augusteischen Priester-Wittwen- und Waisen-Stiftung, werden dem Herzogthume, nach dem Verhältnisse der Anzahl der Predigerstellen in den betheiligten Provinzen und Districten, welches einen Maßstab von 0.5200. Fünf Tausend und Zweihundert Zehntausendtheilen, für das Königreich, und von 0.4800. Viertausend und Achthundert Zehntausendtheilen, für das Herzogthum Sachsen gewährt, überwiesen:

I. an sicherem Vermögen:

A. 43.704 Thlr. — — Drei und Vierzig Tausend Siebenhundert und Vier Thaler, à 5% zinsbar.

B. 91.440 Thlr. 48 Gr. 8 Pf. Ein und Neunzig Tausend Vierhundert und Vierzig Thaler, Achtzehn Groschen, Acht Pfennige, à $4\frac{1}{2}\%$ zinsbar.

C. 4.944 Thlr. — — Vier Tausend Neunhundert Vier und Vierzig Thaler, à 4% zinsbar.

Da. 3840 Thlr. — — Drei Tausend Achthundert und Vierzig Thaler, in 3 procentigen hypothecarischen Capitalien.

ß. 819 Thlr. — — Achthundert und Neunzehn Thaler, in 3 procentigen Staatspapieren.

E. 528 Thlr. — — Fünfhundert Acht und Zwanzig Thaler, in 2 procentigen Staatspapieren.

F. 4.148 Thlr. 7 Gr. 6 Pf. Vier Tausend Einhundert Acht und Vierzig Thaler, Sieben Groschen, Sechs Pfennige, baar.

Dem Herzogthume werden auf die ihm, nach Obigem, zu gewährende Summe zu 5 pro Cent, die aus demselben an diesen Fonds zu leistende, geistlichen Stiftungsgelder, an jährlich 2196 Thlr. 6 Gr. — (nachdem 8 Thlr. 48 Gr. — vergleichsweise wegen Zwenkau abgerechnet worden,) in Anrechnung gebracht, und da diese Leistung nach 5 pro Cent einen Capitalwerth von 43,925 Thlr. ergibt, eine

Capitalsumme von 221 Thlr. — — zu 5 pro Cent 1819 zinsbar, von dem Herzogthume an das Königreich herausgezahlt.

II. Das unsichere Vermögen an

100,046 Thlr. 12 Gr. — Einmal Hundert Tausend und Sechs und Vierzig Thalern, Zwölf Groschen, Capital und bis 30sten Juni 1815 rückständigen Zinsen, wird nach obigem Mafsstabe ebenmäfsig abgetheilt.

Von den zinsbaren Capitalien gehen dem Herzogthume, nach den verschiedenen Zinsfüfsen, die Zinsen vom 1sten Juli 1815 an, zu gute, auf die Baarzahlung werden dagegen 493 Thlr. 21 Gr. —, welche aus dem Herzogthume an rückständigen Stiftungsgeldern abzuführen waren, demselben in Anrechnung gebracht.

Vom 1sten Juli 1815 an übernimmt jede Regierung die Pensionirung nach dem Orte der Anstellung der Pensionairs und ihrer resp. Gatten und Väter.

Sollten an Pensionairs der andern Regierung Zahlungen geleistet sein, so wird eine Regierung der andern, nach hierüber erfolgter Berechnung, den Ueberschufs erstatten.

Es steht den Pensionairs frei, die ihnen ausgesetzte Pension auch in dem andern Landestheile zu geniessen, ohne dafs hierdurch die, nach Obigem sich bestimmende, Zahlungsverbindlichkeit der Regierung gegen die Pensionairs verändert wird.

Auch wird die Königlich Preussische Regierung der Königlich Sächsischen Regierung deshalb Ersatz leisten, wenn die, für die Stifter Merseburg und Naumburg-Weitz, dem Herzogthume bereits in Zurechnung gebrachten, bis zum 1sten Juli 1815 verbliebenen Rückstände, an die Pensionairs des Königreichs, aus den genannten Stiftern, nicht vom Herzogthume abgeführt sein sollten; ingleichen diejenigen Zinsen sich zurechnen lassen, welche von den im Herzogthume ausstehenden Capitalien, bei Kassen des letztern erhoben worden.

Die Königlich Sächsische Regierung übernimmt vergleichsweise die, den, am 5ten Juni 1815 im

1819 Genuß gestandenen Wittwen und Waisen der Geistlichen in den ehemals Westphälischen Aemtern Elbenau, Gommern und Treffurth, bewilligten Pensionen, auf die bestimmte Zeit ihrer Dauer fortzuleisten.

Die Königlich Preussische Regierung begiebt sich dagegen aller fernern Ansprüche an die deshalb auf die Königlich Sächsische Rentkammer fundirte Zuschußsumme von 70 Thlr. jährlich, so wie an diesen Stiftungsfonds überhaupt.

15) *Klengelsche Stiftung.*

Wegen der Klengelschen Stiftung, welche, nach dem Verhältniß der Volkszahl in den 7 Kreisen der alten Erblande, und mithin nach einem Maßstabe von 0,7039. Sieben Tausend Neun und Dreißig Zehntausendtheilen für das Königreich, und von 0,2961. Zwei Tausend Nennhundert Ein und Sechzig Zehntausendtheilen für das Herzogthum Sachsen, abgetheilt wird, kommen beide Königliche Regierungen vergleichsweise dahin überein, daß dem Herzogthume

A. 3187 Thlr. 1 Gr. 2 Pf. Drei Tausend Einhundert Sieben und Achtzig Thaler, Ein Groschen, Zwei Pfennige, in $5\frac{2}{3}\%$ sichern Activis nebst Zinsen vom 5ten Juni 1815, und

B. 244 Thlr. 12 Gr. 7 Pf. Zwei Hundert Vier und Vierzig Thaler, Zwölf Groschen, Sieben Pfennige, von dem unzinbaren Kassenbestande zu überweisen.

Von den unsichern Activis an 22,863 Thlr. 13 Gr. — Zwei und Zwanzig Tausend Achthundert Drei und Sechzig Thalern, Dreizehn Groschen, an Capital und Zinsen bis 5ten Juni 1815, erhalten beide Regierungen ihre Antheile nach dem obbemerkten Theilungsverhältnisse.

Hiernächst ist von dem Herzogthume, nach eben diesem Verhältnisse, auch

C. zu einem Bezuge von 24 Thlr. jährlich, auf die Lebenszeit der Genußberechtigten beizutragen.

Nach Empfang dieser Zahlungsmittel begiebt sich die Königlich Preussische Regierung aller Ansprüche an diesen Fonds.

ART. XXIX.

1819

Bestimmungen in Absicht des Salzes.

In Absicht der, in dem Tractate vom 18ten Mai 1815 Art. 19. zur commissarischen Uebereinkunft ausgesetzten nähern Bestimmungen, wegen Ueberlassung einer jährlichen Quantität Salzes an die Königlich Sächsische Regierung, hat man sich folgendermassen vereinigt:

Quantität und Qualität des Salzes.

1. Ihre Königliche Majestät von Preussen versprechen der Königlich Sächsischen Regierung jährlich zu überlassen, und diese verpflichtet sich anzunehmen 170,000 Centner, Ein Hundert Siebenzig Tausend Centner weißes Salz, von guter und tüchtiger Qualität, den Centner zu 110 Pfund Berliner Handelsgewicht; nach Dresdner Scheffeln à 128 Pfund Leipziger Handelsgewicht, zu 146,433 $\frac{61}{128}$ Scheffel, Ein Hundert Sechs und Vierzig Tausend, Vier Hundert Drei und Dreissig, Ein und Sechzig, Ein Hundert Acht und Zwanzigtheil Scheffel, gerechnet.

Die im obgedachten Artikel, auf Verlangen der Königlich Sächsischen Regierung, zugestandene Erhöhung dieser Quantität, wird in der daselbst bestimmten Masse ausdrücklich vorbehalten.

Salinen, aus welchen es zu liefern.

2. Die zu liefernde Quantität Salz soll mit
 115,632 $\frac{61}{128}$ Dresdner Scheffeln aus der Saline Dürrenberg,
 15,140. — Dresdner Scheffeln aus den gewerkschaftlichen Salinen zu Teuditz und Kötzschau,
 15,661 — Dresdner Scheffeln aus der Saline Kösen,
 Sa. 146,433 $\frac{61}{128}$ Dresdner Scheffel geliefert werden.

Daferne jedoch, in einer der vorbenannten Salinen, die hier bemerkte Quantität Salz in Einem Jahre nicht erzeugt werden sollte; so wird man Königlich Sächsischer Seits das Ermangelnde von einer der übrigen jener Salinen annehmen.

1819

P r e i s s e.

3. Der Preis des Salzes wird für den Dresdner Scheffel zu 128 Pfund Leipziger Handeltgewicht, von dem Dürrenberger, Tenditzer und Köttschauer auf 1 Thlr. 14 Gr. — Einen Thaler und Vierzehn Groschen, von dem Köseener aber auf 1 Thlr. 12 Gr. — Einen Thaler und Zwölf Groschen, festgesetzt.

Zeitperiode, für welche diese Preise eintreten.

4. Diese Preisbestimmung gilt nicht allein für das künftig, während der Dauer der weiter unten §. 8. bestimmten Zeit, sondern auch für das, seit und mit dem 1sten October 1818 bereits an Sachsen gelieferte Salz, und es soll daher, wegen des seit dem nurgedachten Zeitpunkte gelieferten, die nöthige Berechnung gepflogen werden.

Vergütung wegen des früher gelieferten Salzes.

5. Da, vermöge einer, zwischen dem vormaligen Königlich Preussischen General-Gouvernement zu Merseburg und dem Königlich Sächsischen Geheimen Finanz-Collegio, getroffenen provisorischen Vereinigung, mit Vorbehalt künftiger Berechnung, zeither ein Salzpreis von 1 Thlr. 20 Gr. 4 Pf. pro Dresdner Scheffel, für das, aus den abgetretenen Salinen, an das Königreich Sachsen gelieferte Salz, bestimmt war; so ist man übereingekommen, daß Preussen, wegen dieses von Sachsen zeithero zu leisten gewesenen, und bis zu dem 1sten October 1818, so in Rechnung zu stellenden, höhern Preisses, an Sachsen ein aversionelles Vergütungs-Quantum von 70,000 Thlr. — — Siebenzig Tausend Thalern, und zwar mit Vierzig Tausend Thalern in verloosbaren 3 procentigen Steuerscheinen nebst Coupons von pro Michaelis 1818 an, und Dreissig Tausend Thalern in baarem Gelde, gewähre.

Die Berichtigung dieses Vergütungs-Quantum wird in der Art geleistet, daß

a) Sachsen von Entrichtung der, nach Art. XII. §. 18. lit. b, bb, dieser Convention, wegen der Depositorum, an Preussen zu gewährenden 40,000 Thlr. an 3 procentigen verloosbaren Steuer-Credit-Kassen-Scheinen, nebst Coupons, von pro termino

Michaelis 1818 an, durch Compensation entbun- 1819 den wird;

b) die 30.000 Thlr. in baarem Gelde, in dem Laufe des jetzigen Jahres 1819 durch successive Abrechnung auf die von Sachsen, für das gelieferte Salz, an Preussen zu zahlenden Summen, abgeführt werden.

Zahlungszeit und Modalität.

6. Die Bezahlung für das gelieferte Salz erfolgt im Uebrigen, der Regel nach, sogleich bei der Abnahme des Salzes, und kann zur Hälfte in Preussischem Courant, zur Hälfte in dem, bei den Königlich Preussischen Kassen, nach dem Nennwerthe, zur jedesmaligen Zahlungszeit gültigen Papiergelde erfolgen.

Ablieferungszeit und Modalität.

7. Ueber die Fristen und die Art der Ablieferung auf Sächsische Transportkosten, hat das Königl. Geheime Finanz-Collegium sich mit der Salinendirection zu vereinigen.

Dauer der dermaligen Uebereinkunft.

8. Gegenwärtige Uebereinkunft wird auf den Zeitraum bis zu dem 1sten October 1829 geschlossen.

Vor Ablauf dieser Frist werden beide Königl. Regierungen, nach Maßgabe des Friedenstractats Art. 19. über die Fortdauer dieser Uebereinkunft sich anderweit vereinigen.

Zölle und andere Abgaben.

9. In Ansehung der Zölle und anderer Abgaben, bewendet es bei den Bestimmungen des Friedenstractats.

Maßregeln gegen Unterschleife.

10. Zu Verhütung etwanigen Unterschleifs, soll die Ablieferung des Salzes nicht unmittelbar an die Unterthanen, sondern an die betreffenden Königl. Sächsischen Behörden erfolgen; auch wollen beide Regierungen, mit gemeinsamen Einverständniß, die nöthigen Maßregeln treffen, daß von den Unterthanen kein Salz nach dem andern Landestheile verkauft oder heimlich eingebracht werde.

1819

ART. XXX.

A c t e n a b g a b e.

Alle etwa noch nicht abgegebene Urkunden, Acten, Bücher, Rechnungen und andere Schriften und Papiere, auch insoweit ihrer in gegenwärtiger Hauptconvention nicht besonders erwähnt ist, welche auf die Regierung und Administration eines oder des andern Landestheils ausschließlichen Bezug haben, und dabei nothwendig oder nützlich erachtet werden können, (wohin namentlich auch die, von Königlich Sächsischen Behörden, über die, vermöge obigen Artikels XII. §. 18. nunmehr von Preussen zu vertretenden Deposita ausgestellten Recognitionen gehören) sollen gegenseitig, sobald es möglich, vollständig ausgeliefert werden, und eben so wird man von solchen Urkunden, Acten, Rechnungen und andern Schriften, die für beide Regierungen annoch von Interesse sein können, auf Erfordern, gegenseitig Abschriften oder Auszüge ohne Verzug ertheilen.

Sämmtliche Abschriften oder Auszüge, welche vermöge dieses oder eines andern vorhergehenden Artikels, oder vermöge einer der frühern abgeschlossenen Conventionen, gegenseitig mitzutheilen sind, werden, insofern sie nicht von Privatpersonen verlangt werden, oder bloß auf das Privatinteresse Bezug haben, unentgeltlich gefertigt werden.

Jede Regierung wird eogleich, nach erfolgter Vollziehung der gegenwärtigen Hauptconvention, die nöthigen Befehle an die betreffenden Behörden, wegen genauer, schneller und vollständiger Befolgung der obigen Bestimmungen, ergehen lassen.

ART. XXXI.

S c h l u ß b e r e c h n u n g.

Nach Vollziehung dieser Convention wird sofort eine General-Schlussberechnung über alle und jede, von beiden Regierungen, in derselben übernommene, gegenseitigen Zahlungsverbindlichkeiten angelegt werden. Insofern letzteren nicht, vermöge besonderer Verabredung, in einzelnen Fällen bis dahin bereits genügt worden, tritt für beide Regierungen, erst nach erfolgter Genehmigung obiger Schlussbe-

rechnung, die übernommene Zahlungsverbindlichkeit 1819 ein, indem durch mehrerwähnte Schlußberechnung sich erst ergeben kann, welche Summe, mit Berücksichtigung der nothwendig Statt findenden Compensationen, von einer Regierung an die andere herauszuzahlen sein dürfte. Die solchergestalt ermittelten Summen werden sogleich nach der Vollziehung der Hauptconvention, berichtigt.

ART. XXXII.

Großherzoglich Weimarische Beitrittserklärung betreffend.

Da Königlich Preussischer Seits einige Districte des, durch den Tractat vom 18ten Mai 1815 acquirirten Theils des Königreichs Sachsen, an das Großherzogthum Weimar überlassen, und in dem, unterm 22sten September d. a. zwischen Preussen und Weimar geschlossenen Staatsvertrage, unter andern im Art. 10. von Großherzoglich Weimarischer Seite ausdrücklich erklärt worden ist:

„dafs Sr. Königl. Hoheit, in Absicht dieser Gebiete, alle Bestimmungen als auch für sich gültig anerkennen, welche in dem, zwischen Sachsen und Preussen, am 18ten Mai 1815 geschlossenen Vertrage, und namentlich in den Art. 6. 7. 9. 10. 11. und 18. enthalten sind, oder von der, in Gemäßheit des 18ten Artikels des gedachten Vertrags, anzuordnenden Commission noch würden festgesetzt werden;“

So übernimmt die Königlich Preussische Regierung, die pünctliche Erfüllung dieser Erklärung zu garantiren, und verspricht: die Königlich Sächsische Regierung hierunter allenthalben und zu jeder Zeit gegen Weimar zu vertreten.

ART. XXXIII.

Allgemeine Verzichtleistung.

Durch die, in den vorhergehenden Artikeln der gegenwärtigen Hauptconvention, erfolgte Auseinandersetzung und Ausgleichung, werden alle Ansprüche, welche von einer oder der andern Regierung, in Beziehung auf den Friedenstractat vom 18ten Mai

1819 1815, oder aus der, demselben vorausgegangenen Verwaltung der Königlich Sächsischen Lande, nach allen verschiedenen Epochen derselben, gemacht worden sind, oder auf irgend eine Weise noch gemacht werden könnten, für beseitigt und aufgehoben erklärt, und beide Theile verzichten hierdurch gegenseitig feierlichst auf alle fernere, in der gegenwärtigen Hauptconvention nicht gegründete, diefallsige Anforderungen.

ART. XXXIV.

Schiffahrt auf der Elbe.

Da die, vermöge des am 18ten Mai 1815 abgeschlossenen Friedenstractats, Art. 17, zwischen Preussen und Sachsen, in Bezug auf die Elbschiffahrt zu treffenden besondern Verabredungen, auf das allgemeine Reglement zu gründen sein werden, welches vermöge des 108ten Artikels der Wiener Congress-Acte, von allen Regierungen, deren Gebiet die Elbe berührt, gemeinschaftlich zu entwerfen ist, und wozu bereits die nöthigen Einleitungen getroffen sind; so behalten sich beide Königliche Regierungen zur Zeit nur vor, nach zu Stande gebrachtem allgemeinen Reglement, dasjenige noch unter sich festzusetzen, was etwa dann noch einer besondern Vereinigung über diesen Gegenstand zwischen beiden Staaten bedürfen wird.

ART. XXXV.

Bekanntmachung der nöthigen Artikel.

Diejenigen Artikel oder Paragraphen dieser Convention, welche, nach dem einverständlichen Ermessen beider Königlichen Regierungen, dazu geeignet sind, werden zur allgemeinen Wissenschaft durch den Druck öffentlich bekannt gemacht werden.

ART. XXXVI.

Ratification.

Gegenwärtige Hauptconvention wird von Ihren Königlichen Majestäten von Sachsen und Preussen ratificirt werden, und die Auswechselung der Ratificationen innerhalb drei Wochen, oder, wenn es geschehen kann, noch früher erfolgen.

Zu Urkund dessen haben der Kaiserlich Königlich 1819
Oesterreichische Vermittelungs - Commissair, inglei-
chen die beiderseitigen Königlichen Bevollmächtig-
ten dieselbe unterzeichnet und mit ihren Wappen
besiegelt.

Geschehen zu Dresden, den 28sten August 1819.

Der Oesterreichisch Kaiserliche
Vermittelungs - Commissair

GÄRTNER.

VON GLOBIG. v. JORDAN.

(Suivent les annexes savoir: A. Uebereicht
sämmtlicher Steuer - Credit - Kassen - Schulden und
deren Abtheilung; zu Art. IV. §. 5. der Haupt-
convention. et B. Nachweisung der Preussischer
Seits übernommenen unverwandten Steuer-
scheine; zu Art. IV. §. 6. der Hauptconvention.)

38.

1819 Kongl. Cantzli – Styrelsens Kungörelse, Angående Uphåfwandet af Jus Detractus emellan Sverige och Norrige å ena sidan, samt åtskilliga Europeiska Stater å den andra; Gifwen Stockholm den 2 September 1819.

(Stockholm, tryckt i Kongl. Tryckeriet, 1819.)

Wi, Lars von Engeström, Grefwe, Stats – Minister för Utrikes – Ärenderne, Lunda Academiä – Cantzler, Riddare och Commendeur af Kongl. Maj:ts Orden, Riddare af Konung Carl XIII:s Orden, Storkorfs af Kongl. Franska Heders – Legionen, Riddare af Kongl. Preussiska Swarta och Röda Örn:s Orden, Riddare med Stora Korset af Kongl. Ungerska S:t Stephans Orden; Grefwe, En af Rikets Herrar, Hof – Cantzler, Riddare och Commendeur af Kongl. Maj:ts Orden, Riddare af Kongl. Preussiska Röda Örn:s Ordens Första Class, Commendeur med Stora Korset af Kejsarl. Österrikiska Leopolds Orden, En af de Aderton i Svenska Akademien; Så ock samtelige Ledamöter i Kongl. Maj:ts Cantzli – Styrelse, göra weterligt: Att, sedan Kongl. Maj:t under den 9 sistledne December i Näder tackts besluta uphåfwandet af det så kallade Jus Detractus, eller Sjette Pennings afgiften utaf arf, som ur Riket föres, till förmon för alla de Magters undersätare, hwilkas Regeringar wore benägne att bewilja Swenske och Norrske undersätare enahanda förmon, så hafwa hittills följande Regeringar låtit afgifwa en Förklaring, att ofwannämnde Jus Detractus skulle inom deras Stater, hwad Swenska och Norrska undersätare betråffar, uphåfwas, nemligen: Hans Maj:t Kejsaren af Österrike, Konung af Ungern, Böhmen, Lombardiet och Venedig; Hans Maj:t Konungen af båda Sicilierne; Hans Kejsarl. Kongl. Höghet Årke – Hertigen, Stor – Hertigen af Toscana; Hennes Maj:t Årke – Hertiginnan, Hertiginnan af Parma; Hennes Maj:t, f. d. Drottningen af Etrurien, Hertiginnan af Lucca; Hans Kongl. Höghet, Churfursten af Hessen; samt

38.

*Publication de la chancellerie royale de 1819
Stockholm, concernant l'abolition du droit
de détraction entre la Suède et la Nor-
vège d'un côté et plusieurs états Européens
de l'autre, du 2 Septembre 1819.*

(Traduction privée.)

Nous, Lars d'Engeström, comte, ministre d'état pour les affaires étrangères, chancelier de l'académie de Lund etc. etc. et tous les membres de la chancellerie de Sa Majesté savoir faisons: Sa Majesté royale ayant très-gracieusement résolu le 9 Decembre dernier, de supprimer l'ainsi dit jus detractus ou le droit du sixième denier de tout héritage sortant du royaume, au profit des sujets de tous les états dont les gouvernemens ont eu la bonté d'accorder une semblable faveur aux sujets Suédois et Norvégiens, les gouvernemens suivans nous ont fait déclarer jusqu'à ce jour que le sus-mentionné jus detractus pour ce qui concerne les sujets Suédois et Norvégiens sera aboli dans leurs états: nommément Sa Majesté l'empereur d'Autriche, roi d'Hongrie, de Bohême, de Lombardie et de Venise, Sa Majesté le roi des deux Siciles, Son Altesse impériale l'archi-duc grand-duc de Toscane, Sa Majesté l'archi-duchesse, duchesse de Parme, Sa Majesté ci-devant reine d'Hetrurie, duchesse de Lucques, Son Altesse royale l'électeur de Hesse et Son Altesse royale le grand-duc de Mecklenbourg-Strelitz. Sous ce rapport la résolution sus-mentionnée de Sa Majesté du 9 Decembre dernier aura pleine force et effet en faveur des sujets des états sus-mentionnés, qui dorénavant viendront à hériter en Suède et en Norvège. La chancellerie royale fait publier ceci pour l'information générale.

L. d'Engeström.	J. W. Lammerstjerna.	G. de Wetterstedt.
Nils de Rosenstein.	C. Klintberg.	W. Carpelan.
E. Bergstedt.	C. G. de Leopold.	C. W. Ehrenborg.
B. C. Quiding.	C. B. Hegardt.	C. Adlersparre.
Albrecht Ihre.	D. von Schulzenheim.	J. Lagerheim.
A. C. de Kullberg.		S. E. Hallencreutz.

1819 Hans Kongl. Høghet Stor-Hertigen af Mechlenburg Strelitz; i anledning hwaraf Kongl. Maj:ts ofwanbemande Nådiga Förordning af den 9 December 1818, kommer att åga full kraft och verkan till förmon för dem af ofwanuppräknade Magters undersåtare, hwilka kunna komma att arf ur Sverige och Norrige utföra. Hwilket Kongl. Cantzli-Styrelsen härmed till allmän efterrättelse skolat kungöra. Stockholm den 2 September 1819.

På Dragande Kall och Embetes wägnar

N. v. ENGESTRÖM.

G. AF WETTERSTEDT.

Nils v. Rosenstein.	J. W. Lannerstjerna.	W. Carpelan.
E. Bergstedt.	C. Klinthberg.	C. W. Ehrenborg.
B. C. Quiding.	C. G. af Leopold.	C. Adlersparre.
Albrecht Ihre.	C. B. Hegardt.	J. Lagerheim.
A. C. af Kullberg.	D. von Schulzenheim.	S. E. Hallencreutz.

39.

Déclaration concernant le for légal dans les actions de provocation pour les sujets Saxons et Prussiens du 30 Sept. 1819.

(*Gesetzsammlung für das Königreich Sachsen 1819. No. 16. pag. 220.*)

Von Gottes Gnaden, Friedrich August, König von Sachsen u. s. w.

Wir haben mit dem Königreiche Preussen, in Ansehung der zwischen den beiderseitigen Unterthanen vorkommenden Provocations - Processe, eine Uebereinkunft getroffen, durch welche derjenige Gerichtsstand, vor welchen die Verhandlung der Hauptsache gehört, gegenseitig für das bei der Anstellung von Provocationsklagen allein gültige Forum angesehen und erklärt wird.

Wornach sich Alle, die es angeht, gehorsamst zu achten haben.

Dresden, den 30sten September 1819.

Freiherr VON WERTHERN.

CARL FERDINAND MENKE, S.

40.

*Convention entre la Prusse et le grand-1819
duché de Bâde, pour faciliter les réquisitions,
les citations et les insinuations judiciaires,
signée à Berlin le 27 Octobre 1819.*

*(Regierungsblatt des Großherzogthums Baden 1820.
20 Jan. No. II.)*

Die Großherzoglich Badische Regierung ist mit der Königlich Preussischen Regierung übereingekommen, den bisher Statt gehabten Weg der gesandtschaftlichen Vermittelung bei Beförderung gerichtlicher Requisitionen, um Ladungen und Insinuationen, die aus dem einen der beiderseitigen Lande in das andere ergehen, aufzuheben und eine unmittelbare Communication gewisser Gerichtsbehörden herzustellen. Beide Regierungen haben sich daher über folgende Bestimmungen vereinigt:

ART. I. Die unmittelbare Communication findet Statt zwischen der Preussischen Immediat-Justiz-Commission zu Cölln, und nach deren Auflösung zwischen dem General-Procurator des Königlichen Appellationshofes zu Cölln einerseits, und den folgenden Großherzoglich Badischen Gerichten andererseits:

1. dem Hofgerichte zu Meersburg, für den See- und Donaukreis.

2. dem Hofgerichte zu Freiburg, für den Treisamkreis;

3. dem Hofgerichte zu Rastadt, für den Murg- und Pfinz- und Kinzigkreis;

4. dem Hofgerichte zu Mannheim, für den Neckar- und Main- und Tauberkreis, dergestalt, daß alle von Preussischen Gerichten ausgehende, Badischen Unterthanen einzuhändigende Verhandlungen von der Königlichen Immediat-Justiz-Commission oder nach ihrer Auflösung von dem General-Procurator des Königlichen Appellationshofes zu Cölln, an die vorgenannten Badischen

1819 Gerichte; alle aus Baden an Preussische Unterthanen gerichtete und diesen einzuhändigende Verhandlungen aber von den genannten Badischen Gerichten an die Immediat-Justiz-Commission zu Cölln, und nach deren Auflösung an den General-Procurator des Königlichen Appellationshofes daselbst zu senden sind.

ART. II. Die Königlich Preussische Immediat-Justiz-Commission, oder der General-Procurator des Appellationshofes zu Cölln sowohl, als die Großherzoglich Badischen Gerichte sorgen für die Weiterbeförderung und für die Einsendung der Empfangsbescheinigungen.

ART. III. Die Großherzoglich Badischen Gerichte sind dergestalt beauftragt, daß sie auch dann, wenn ein Requisitoriale nicht den Bezirk des angesprochenen Gerichtes angehen sollte, verbunden sind, für die schnellste Beförderung desselben zu sorgen; und Preussischer Seits wird, sobald sich in der Folge wegen eines lebhaften gerichtlichen Verkehrs zwischen den Großherzoglichen Landen und den Preussischen Provinzen diesseits der Weser die Bestellung einer Behörde in diesen Provinzen zur Veranlassung der Insinnationen, der mehreren Beschleunigung wegen, wünschenswerth zeigen sollte, diese angeordnet werden.

ART. IV. Für die Besorgung der Insinuation, so wie für die ganze jetzt angeordnete Communication, sollen gegenseitig keine Kosten und kein Porto berechnet werden, sondern es soll jedem der beiderseitigen Staaten überlassen bleiben, ob und welche Kosten er von seinen Unterthanen dafür einziehen will. Zur Ausführung dieses Punctes werden die Badischen Gerichte ihre nach Cölln bestimmten Briefe mit der besonderen Bemerkung: "herrschaftliche gerichtliche Insinnationssachen" versehen, und die von Cölln nach Baden abgehenden Briefe werden dieselbe Bezeichnung führen, um sie von allem Preussischen Porto frei zu machen.

Gegenwärtige Erklärung soll, nachdem sie in gleichlautenden Exemplaren von der Königlich Preussischen Regierung und von der Großherzoglich Badischen Regierung vollzogen und ausgewechselt

worden, durch öffentliche Bekanntmachung in den 1819 beiderseitigen Landen Kraft und Wirksamkeit erhalten.

So geschehen Berlin, den 27sten October 1819.

Vorstehender Vertrag wird zur Nachricht und Nachachtung bekannt gemacht, mit dem Bemerken, daß nach bereits erfolgter Auflösung der Immediat-Justiz-Commission zu Cölln, zu Folge der geschlossenen Uebereinkunft, alle gerichtliche Insinnationen und Ladungen diesseitiger Gerichte an Königlich Preussische Unterthanen dem General-Procurator bei dem Appellationshofe zu Cölln zur weiteren Beförderung zuzusenden sind. Das Porto für die von den Königlich Preussischen Behörden hierher geschickten Communicationen bis an die Großherzogliche Grenze ist von Preussen übernommen worden, die von hierlands abgehenden aber sind bis an die Königlich Preussische Grenze zu frankiren.

Carlsruhe den 14ten December 1819.

Großherzoglich Badisches Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten.

In Abwesenheit des Ministers.

RHEINHARD.

Vdt. RÖMER.

41.

Déclaration concernant une convention entre la Bavière et le duché de Saxe-Meiningen, pour la réception réciproque des vagabonds du 18 Novembre 1819.

(Allg. Intelligenzblatt für das Königreich Baiern St. LV. vom 4ten December 1819.)

Maximilian Joseph, von Gottes Gnaden König von Baiern.

Nachdem gegen Unsre am Königlich Sächsischen Hoflager bestehende Gesandtschaft von dem Herzog-

1819 lich Sächsischen Obervormundschaftlichen geheimen Raths - Collegium zu Meiningen der Wunsch des Beitritts zu Unserer Uebereinkunft, welche Wir mit den Königlich Württembergischen und Großherzoglich Badischen Höfen am 7ten März 1816 (Regierungsblatt 1816. Seite 731.) in Beziehung auf die Uebernahme der Vaganten abgeschlossen haben, zu erkennen gegeben worden ist; so sind in Gemäßheit der von Uns erklärten Annahme jenes Beitritts mit gegenseitigem Einverständnisse als Uebernahms-Orte in Unsern Staaten die Orte *Mellerichstadt* und *Kronach* und im Herzoglich Sachsen-Meiningenschen Gebiete die Orte *Mafsfeld* und *Neuhaus* bestimmt worden.

Ihr werdet hiernach zur Verfügung des geeigneten Vollzuges angewiesen.

München, den 18ten November 1819.

MAX JOSEPH.

Graf VON RECHBERG.

Auf Königl. Allerhöchsten Befehl:

Der General - Secretär:

V. BAUMÜLLER.

42.

Déclaration concernant l'abolition de la gabelle d'émigration entre la Bavière et les Deux Siciles du 25 Novembre 1819.

(Gesetzblatt für das Königreich Baiern St. XIV. vom 1 December 1819.)

Maximilian Joseph, von Gottes Gnaden König von Baiern.

Nachdem Wir mit Seiner Majestät dem Könige beider Sicilien, zum Vortheile des gegenseitigen Verkehrs der Unterthanen beider Staaten, über Fest-

setzung einer vollkommenen Freizügigkeit überein- 1819
gekommen sind, und den darüber abgeschlossenen
Vertrag bereits ausgewechselt haben; so ist dieses
zur Nachachtung Unserer Regierungen und anderer
unmittelbarer und mittelbarer Behörden, durch das
Gesetz-Blatt bekannt zu machen, damit eben er-
wähnter Vertrag in Vollzug gesetzt, sohin rücksicht-
lich jeder Art von Vermögen, welches wie immer
aus Unsern Staaten in gedachtes Königreich über-
geht, die eingeführte Nachsteuer- und Abzugs-Frei-
heit beobachtet werde.

München, den 25sten November 1819.

MAXIMILIAN JOSEPH.

Graf VON RECHBERG.

Auf Königl. Allerhöchsten Befehl:

Der General-Secretär:

VON BAUMÜLLER.

43.

*Convention conclue entre les royaumes des 1820
Pays-Bas et de Sardaigne, à l'égard d'une
abolition réciproque du droit d'aubaine du
1 Janvier 1820.*

*(Le Journal officiel du royaume des Pays-Bas.
1822. No. 3.)*

ART. I. Le droit d'aubaine est réciproquement
aboli entre les états de S. M. le roi des Pays-Bas,
y compris le grand-duché de Luxembourg, et ceux
de S. M. le roi de Sardaigne.

En conséquence les sujets de l'une des deux
puissances contractantes seront exempts dudit droit
pour toutes les successions et pour tous les legs, qui
pourront leur appartenir dans les états de l'autre.

ART. II. La même exemption de tout droit d'au-
baine sera accordée aux sujets de S. M. le roi des

1820 Pays-Bas, grand-duc de Luxembourg, qui établiront leur domicile dans le royaume de Sardaigne, et à ceux de S. M. le roi de Sardaigne, qui établiront leur domicile dans le royaume des Pays-Bas, et dans le grand-duché de Luxembourg, par rapport aux biens, meubles et immeubles, qui appartiendront aux sujets de l'une des deux puissances contractantes dans les états de l'autre.

ART. III. Cette exemption est bornée au seul droit d'aubaine, et ne s'étendra pas aux impositions auxquelles les sujets des deux puissances se trouvent ou se trouveront soumis, par l'effet de leurs propres lois, et auxquelles les sujets de S. M. le roi des Pays-Bas sont ou seront particulièrement assujettis, tels que le droit de succession et autres.

Le ministre des affaires étrangères déclare, que la présente convention a été ratifiée par le gouvernement des Pays-Bas, le 24 Janvier 1820 et par celui de Sardaigne, le 20 Octobre 1821.

(Signé) A. W. C. DE NAGELL.

44.

Articles supplémentaires à la déclaration qui établit l'abolition réciproque des droits de détraction entre les royaumes des Deux Siciles et de Wurtemberg, du 11 Janvier 1820.

(Copie.)^o

Afin de mieux assurer pour l'avenir l'application du contenu de la déclaration qui établit entre les royaumes des Deux Siciles et de Wurtemberg l'abolition réciproque des droits de détraction sous quel titre qu'ils aient été perçus jusqu'à présent, et dans la vue d'étendre davantage les bienfaits qui doivent en résulter pour les sujets de ces deux états, le soussigné conseiller et secrétaire d'état, ministre des

affaires étrangères de S. M. le roi du royaume des Deux Siciles déclare de plus par ces deux articles supplémentaires :

ART. I. Que les stipulations qui se trouvent annoncées dans la susdite déclaration sont censées applicables aux possessions de S. M. le roi du royaume des Deux Siciles et de S. M. le roi de Wurtemberg pour toute leur étendue tant présente que future.

ART. II. Que la teneur de l'article trois de cette déclaration est déclarée recevoir son application, non seulement aux successions qui, déjà échues, n'ont pas encore été transmises, mais aussi à toute sorte de translation de biens quel que soit le titre auquel elle aura été effectuée, et qui aura eu lieu au moment de l'échange de la ratification de la déclaration sus-mentionnée, sans aucune distinction que l'exportation s'en soit déjà enivie, ou non.

Fait à Naples ce 11 Janvier 1820.

Le secrétaire d'état,
ministre des affaires étrangères

(Signé) *Le Marquis DE CIRCELLO.*

45.

Convention entre la Hesse électorale et la principauté de Lippe-Detmold, concernant l'extradition réciproque des criminels et la suppression des fraix de justice en matières criminelles, du 22 Février 1820.

(*Sammlung von Gesetzen u. s. w. für die Kurhessischen Staaten. Dritter Band. Jahr 1820. No. V.*

April p. 48.)

(Cette convention ratifiée par S. A. R. l'électeur de Hesse le 4 Avril 1820, contient absolument les mêmes dispositions que celle conclue entre la Hesse électorale et la principauté de Schaumbourg-Lippe le 7/19 Août 1819.)

46.

1820 Convention entre la Prusse et la principauté de Schwarzbourg-Sondershausen, concernant la suppression des fraix de justice en matières criminelles, signée le 25 Mars 1820.

(Gesetzsammlung für die Königlichen Preussischen Staaten 1820. No. 6. p. 61.)

Nachdem die Königlich Preussische Regierung mit der Fürstlich Schwarzburg-Sondershausenschen Regierung dahin übereingekommen ist, die gegenseitige Kostenvergütung in Criminal-Untersuchungssachen wider unvernünftige Personen aufzuheben; so erklären gedachte beide Regierungen Folgendes:

1. In allen Fällen, wo Delinquenten von einer Königlich Preussischen Criminal-Justizbehörde an eine Fürstlich Schwarzburg-Sondershausensche Criminal-Justizbehörde, oder von dieser an jene, nach vorgängiger Requisition ausgeliefert werden, sind nicht allein alle baaren Auslagen, sondern auch die sämmtlichen nach der bei dem requirirten Gerichte üblichen Taxe, zu liquidirenden Gerichtsgebühren dem letzteren aus dem Vermögen des an das requirirende Gericht ausgelieferten Delinquenten, wenn solches dazu hinreicht, zu entrichten. Hat aber der ausgelieferte Delinquent kein hinreichendes Vermögen, so fallen die Gebühren für die Arbeiten des requirirten Gerichts durchgehends weg, und das requirirende Gericht bezahlt alsdann dem Ersteren nur die baaren Auslagen für Atzung, Transport, Porto und Copialien.

2. Nach gleichen Grundsätzen soll auch in Absicht der Bezahlung der Kosten in solchen Criminalfällen verfahren werden, wo es nicht auf die Auslieferung von Delinquenten, sondern nur auf die Abhörung oder Sistirung von Zeugen oder anderen Personen ankommt.

3. Zu Entscheidung der Frage: ob der Delinquent 1820 hinreichendes eigenes Vermögen zur Bezahlung der Gerichtsgebühren besitze oder nicht? soll in den beiderseitigen Landen nichts Weiteres als das Zeugniß derjenigen Gerichtsstelle erfordert werden, unter welcher der Delinquent seine wesentliche Wohnung hat. Sollte derselbe seine wesentliche Wohnung in einem dritten Lande gehabt haben, und die Beitreibung der Kosten dort mit Schwierigkeiten verbunden sein; so wird es angesehen, als ob er kein hinreichendes eigenes Vermögen besitze.

4. Den bei Criminal-Untersuchungen zu sistirenden Zeugen, und andern abzuhörenden Personen, sollen die Reise- und Zehrungskosten nebst der, wegen ihrer Versäumniß ihnen gebührenden Vergütung, nach deren vom requirirten Gericht geschehenen Verzeichnung, bei erfolgter wirklicher Sistirung, vom requirirenden Gericht sofort verabreicht werden. Sofern sie deswegen eines Vorstusses bedürfen, wird das requirirte Gericht zwar die Auslage davon übernehmen; es soll selbige jedoch vom requirirenden Gericht, auf die erhaltene Benachrichtigung dem requirirten Gerichte ungesäumt wieder erstattet werden.

5. Gegenwärtige im Namen Sr. Majestät des Königs von Preussen, und Sr. Durchlaucht des Fürsten von Schwarzburg-Sondershausen zweimal gleichlautend ausgefertigte und von den beiderseitigen Ministerien unterzeichnete Erklärung soll, nach erfolgter gegenseitiger Auswechselung, Kraft und Wirksamkeit in den gesammten beiderseitigen Landen haben, und öffentlich bekannt gemacht werden.

So geschehen Berlin, den 25sten März 1820.

E. Fürst von HARDENBERG.

47.

1820 *Règlement concernant une convention entre la Saxe royale et la Bohème pour la réception réciproque des vagabonds, publié à Dresde le 28 Mars 1820.*

(*Gesetzsammlung für das Königreich Sachsen 1820.*
No. 6. pag. 38.)

Von Gottes Gnaden, Friedrich August, König von Sachsen u. s. w.

Liebe getreue. Von Seiten Unsrer Landesregierung ist, damit bei dem Transporte der auf den Schub gesetzten Personen nach Böhmen und aus diesem in die hiesigen Lande, zu Ersparung der Kosten und Zeit, die möglichst gerade Richtung genommen, auch alle Weiterungen und Unannehmlichkeiten bei der Ablieferung der Schüblinge thunlich beseitiget werden mögen, bei dem Königlich Böhmischen Landes-Gubernio zu Prag der Antrag gemacht worden, gegenseitig an den Landesgrenzen gewisse Orte zu bestimmen, in welchen gehörig instruirte polizeiliche Behörden, die aus einem Lande in das andre zu schaffenden Vagabunden und andere dergleichen Personen anzunehmen und ihrethalber das weiter Nöthige zu besorgen hätten.

Nachdem nun hierauf die Uebereinkunft getroffen worden ist, daß diesseits die Beamten zu Voigtsberg, Schwarzenberg, Wolkenstein, Altenberg, Pirna und Hohnstein, jenseits aber, in Beziehung auf Unsere Erblande, für den Elbogner Kreis Asch, Graslitz und Neudeck, für den Leitmeritzer Kreis Schönwald, und für den Saatzter Kreis die Städte Prefsnitz, Katharinenberg und Sebastiansberg, diejenigen Behörden und Orte sein sollen, wo die Annahme der Schüblinge ausschließlich zu bewirken ist: so wird solches hierdurch bekannt gemacht, und es werden die betreffenden Beamten hiermit angewiesen, Obigem gemäß in vorkommenden Fällen das Erfor-

derliche zu beobachten, auch die Transporte der 1820 Schüblinge in möglichst gerader Richtung einzuleiten.

Dresden, am 28sten März 1820.

Freiherr VON WERTHERN.

FRIEDRICH MOSSDORF, S.

48.

Convention conclue entre la régence d'Oldenbourg et de Lubek et le tribunal de Glückstadt, concernant l'extradition réciproque des criminels et la suppression des fraix de justice en matières criminelles; du 2 Avril 1820.

(Oldenburgische wöchentliche Anzeigen 1820.

No. 15. und 16.)

Auf Seiner Herzoglichen Durchlaucht Höchsten Special-Befehl wird hierdurch bekannt gemacht: daß zwischen der unterzeichneten Herzoglich Oldenburgischen Regierung und der Fürstlich Lübekischen Regierung zu Eutin einer- und dem Königlich Dänischen Holstein-Lauenburgischen Obergericht zu Glückstadt anderer Seits, wegen wechselseitiger Auslieferung der Verbrecher und Aufhebung der Gerichtsgebühren in Criminalfällen, mit unmittelbarer Genehmigung der beiderseitigen höchsten und allerhöchsten Landesherrschaften, folgende Vereinbarung getroffen und festgesetzt ist:

1. Alle Personen, die während ihres Aufenthalts in dem Herzogthum Oldenburg und dem Fürstenthum Lübek, oder in den Herzogthümern Holstein und Lauenburg ein Verbrechen begangen, welches nach den Grundsätzen der in beiderseitigen Landen geltenden Rechte eine peinliche Strafe nach sich zieht, sollen, wenn sie vor erfolgter Bestrafung in die anderseitige Lande sich gewandt haben, an dasjenige Gericht unweigerlich ausgeliefert werden, in

1820 dessen Gerichtsbarkeit das Verbrechen verübt worden ist.

Wofern jedoch die Verbrecher, deren Auslieferung verlangt wird, wirklich domiciliirte Landes-Untertanen des einen oder andern Landesherrn sind, so soll die Bewilligung der Auslieferung derselben zu einer, vorher darüber in jedem einzelnen Falle zwischen der Herzoglich Oldenburgischen Regierung oder der Fürstlich Lübeckschen Regierung und dem Königlich Holstein-Lauenburgischen Obergericht in Betreff des Herzogthums Holstein, und der Königlich Lauenburgischen Regierung in Betreff des Herzogthums Lauenburg zu treffenden Uebereinkunft hin verstellt bleiben.

Nach der in diesem Artikel enthaltenen Bestimmung findet demnach die Auslieferung in bloßen Accise- und Contrebande-Vergehen, wenn gleich in dem einen oder dem andern Lande darauf entweder überhaupt oder nach den Zeitumständen, z. B. bei Fruchtsperren u. s. w., eine peinliche Strafe gesetzt sein sollte, nur in den Fällen Statt, wenn deshalb für den vorkommenden einzelnen Fall zwischen beiderseitigen Regierungen eine Uebereinkunft getroffen werden sollte.

2. Sollte nach der Verfassung desjenigen Landes, wo das Verbrechen verübt worden ist, die Untersuchung von einem andern Gericht, als demjenigen geführt werden, in dessen Gerichtsbezirk das Verbrechen sich zugetragen hat, so erfolgt die Auslieferung an den die Untersuchung auf sich habenden Richter.

3. Zur Annahme der angebotenen Auslieferung der Verbrecher sollen die beiderseitigen Gerichte nicht nur in dem Falle verpflichtet sein, wenn die Auslieferung durch Steckbriefe und Aufforderungen in öffentlichen Blättern oder durch besondere Schreiben requirirt ist, sondern auch in den Fällen, wenn ein Inculpat in dem andern Lande in Untersuchung gezogen und vor beendigtem Proceß ausgetreten ist, oder wenn ein Verbrecher in eine peinliche Strafe verurtheilt und vor vollzogener oder geendigter Strafe entwichen ist, in sofern er nicht demnächst

in dem andern Lande ein schwereres Verbrechen 1820 verübt hat.

4. Trüge es sich zu, daß um die Auslieferung eines Verbrechers zu einer Zeit nachgesucht würde, wo selbiger schon wegen eines andern Verbrechens bei dem requirirten Gerichte in Untersuchung befangen ist: so soll die Auslieferung nur alsdann Statt finden, wenn das Verbrechen, welches der requirirende Richter zu untersuchen hat, nach den Grundsätzen der seinem Verfahren zum Grunde liegenden Rechte eine größere Strafe nach sich zieht.

5. Ist es aber zweifelhaft, welches von beiden Verbrechen eine größere Strafe nach sich ziehe, oder sind beide Verbrechen von gleicher Strafbarkeit, so unterbleibt die Auslieferung, wofern nicht in jedem einzelnen Falle durch Uebereinkunft beiderseitiger Regierungen ein anderes beliebt wird.

6. Erfolgt die Auslieferung in einem solchen Falle, wo der Verbrecher in beiden Landen sich vergangen hat, so werden dem requirirenden Richter die von dem requirirten Gerichte geführten Acten und alle sonst erforderliche Nachrichten zugleich mitgetheilt, um darnach die auf beiden Verbrechen beruhenden Strafen zu erkennen und auch sonst in Ansehung der Entschädigung oder anderer Umstände darauf die nöthige Rücksicht nehmen zu können.

Eben diese Grundsätze sollen auch in den Fällen Statt finden, wenn die requirirte Auslieferung des Verbrechers aus rechtlichen Gründen nach obigen Bestimmungen abgelehnt ist.

7. Wenn der Verbrecher, um dessen Auslieferung nachgesucht wird, nicht bereits bei dem requirirten Gericht sich in Haft befindet, so sollen zur Verhaftung desselben die schleunigsten Anstalten getroffen werden.

8. Sobald der Verbrecher in Haft gezogen ist, muß der requirirte Richter dem requirirenden davon unverzüglich Nachricht ertheilen, damit dieser sodann die ungesäumte Abholung besorge. Der requirirende Richter hat demnach die eigene Abholung des Verbrechers nur alsdann zu veranstalten, wenn beide Richter deshalb einverstanden sind.

1820 9. Auch in solchen Criminalfällen, wo nicht um die Auslieferung eines Verbrechers, sondern nur um Vernehmung der Zeugen oder anderer Personen und um Mittheilung der Acten oder sonstiger Nachrichten angesucht wird, sollen die Gerichtsstellen der beiderseitigen Lande mit aller Willfährigkeit einander zu Hülfe kommen. Selbst die Stellung der Zeugen oder anderer Personen soll, wenn sie der requirirende Richter unumgänglich nöthig findet, nicht verweigert werden.

10. Wenn Behuf anzustellender Confrontationen die Stellung eines oder mehrerer Inquisiten nöthig erachtet wird, so sollen, auf vorgängige Communication der Landes-Justiz-Collegien, der- oder dieselben nicht Elos bis auf die Crenze, sondern unter den erforderlichen Sicherungs-Anstalten an das untersuchende Gericht selbst zu solchem Zwecke verabfolgt werden.

11. Mit der Bezahlung der Kosten soll es nachfolgendermassen gehalten werden:

Wenn der an das requirirende Gericht ausgelieferte Verbrecher hinreichend eigenes Vermögen besitzt, so werden hieraus dem requirirten Richter nicht allein alle baare Auslagen, sondern auch die sämmtlichen nach der bei dem requirirten Gericht üblichen Taxe zu liquidirenden Gerichtsgebühren entrichtet.

Hat aber der ausgelieferte Verbrecher kein hinreichendes eigenes Vermögen, so fallen die Gebühren für die Arbeiten des requirirten Gerichts durchgehends weg, und der requirirende Richter bezahlt alsdann dem requirirten Gericht lediglich die baaren Auslagen, welche durch die Haft und die Unterhaltung des Verbrechers bis zur erfolgten Abholung desselben veranlaßt worden sind.

12. Nach gleichen Grundsätzen soll auch in Absicht der Bezahlung der Kosten in solchen Criminalfällen verfahren werden, wo es nicht auf die Auslieferung von Verbrechern, sondern nur auf die Abholung oder Stellung von Zeugen oder andern Personen ankommt.

13. Zur Entscheidung der Frage, ob der Ver- 1820
brecher hinreichendes eigenes Vermögen zur Bezahlung von Gerichtsgebühren besitze oder nicht, soll in beiderseitigen Landen etwas weiteres nicht, als das Zeugniß desjenigen Gerichts erfordert werden, unter welchem der Verbrecher seine wesentliche Wohnung hat.

Sollte derselbe seine wesentliche Wohnung in einem dritten Lande gehabt haben und die Beitreibung der Kosten dort mit Schwierigkeiten verbunden sein: so wird es angesehen, als ob derselbe kein hinreichendes eigenes Vermögen besitze.

14. Den bei Criminal-Untersuchungen zu stellenden Zeugen und andern abzuhörenden Personen sollen die Reise- und Zehrungskosten, nebst der wegen ihrer Versäumniß ihnen gebührenden Vergütungssumme, nach deren von dem requirirten Gericht geschickten Verzeichnung, bei erfolgter wirklicher Stellung von dem requirirenden Richter sofort verabreicht werden. Und sofern selbige deswegen eines Vorschusses bedürfen, wird das requirirte Gericht zwar die Auslage davon übernehmen, es soll jedoch selbige von dem requirirenden Richter auf die davon erhaltene Benachrichtigung dem requirirten Gericht ungesäumt wieder erstattet werden.

15. Wenn Verbrechen entweder auf unbestrittener Grenze, oder an solchen Orten, woselbst die Hoheitsgrenze zweifelhaft ist, verübt werden, so soll die Prävention unter den beiderseitigen Gerichten dergestalt Statt haben, daß die Untersuchung und Bestrafung demjenigen Gerichte verbleibe, welches den Inquisiten selbst über das angezeigte Verbrechen oder Vergehen zuerst vernommen hat; wobei jedoch zur wechselseitigen Bedingung gemacht wird, daß solche Fälle in Absicht der Landeshoheit nicht für Besitzhandlungen gelten, noch als solche jemals angezogen werden sollen.

16. Wegen Durchführung der Gefangenen durch beiderseitige Lande ist annoch festgesetzt, daß in den Fällen, wenn

a) der Arrestat kein Unterthan desjenigen Landesherrn ist, durch dessen Lande die Durchführung geschieht;

1820 b) die zur Wache mitgegebene Mannschaft nicht von Militair ist, sondern nur aus Polizeibedienten oder andern Personen besteht; auch

c) nicht von beträchtlicher Anzahl und nur höchstens fünf Mann stark ist,

solche auf bloße Pässe der Polizei-Behörden, welche jedoch die obige Einschränkung sub a. deutlich enthalten müssen, von den Garnisonen und jeden Orts-Obrigkeiten gestattet, auch die nöthige Assistenz dabei geleistet, außer solchen Fällen aber die gewöhnliche vorgängige Correspondenz der höhern Collegien fernerweit erforderlich sein soll.

Endlich ist den Polizeibedienten beiderseitiger Regierungen verstattet, flüchtigen Verbrechern oder Verdächtigen über die Grenze nachzusetzen, auch solche, wenn nicht sofort die Hülfe der Landesbeamten dazu bewirkt werden kann, anzuhalten, da dann die Angehaltenen jedesmal sofort an die Obrigkeit des Orts, wo sie ergriffen worden, abzugeben sind, welche wegen der Auslieferung nach den gegebenen Vorschriften verfährt.

Alle Behörden des Herzogthums Oldenburg und der Erbherrschaft Jever werden daher, in Gemäßheit höchsten Cabinetsrescripts vom 25ten v. M. hiedurch angewiesen, die vorstehende Vereinbarung genau zu beobachten und in vorkommenden Fällen zur Ausführung zu bringen.

Urkundlich des hier beigedruckten Herzoglichen Regierungssiegels.

So geschehen Oldenburg, den 2ten April 1820.

Herzoglich Holstein - Oldenburgische Regierung.

V. BRANDENSTEIN.

V. KETTLER.

49.

*Circulaire du cabinet Russe aux cours de 1820
France, de Prusse, d'Angleterre et d'Autriche, concernant les affaires d'Espagne,
datée de St. Petersbourg du $\frac{19 \text{ Avril}}{1 \text{ Mai}}$ 1820.*

(Archives diplomatiques Vol. III. pag. 378)

St. Petersbourg $\frac{19 \text{ Avril}}{1 \text{ Mai}}$ 1820.

Le chevalier de Zéa Bermudez a présenté au cabinet impérial la note ci-jointe en copie, sur les événemens qui viennent de se passer dans la péninsule, et que nous avoient déjà fait connoître les informations qui nous ont été transmises par nos agens auprès des cours étrangères.

Mr. de Zéa se borne dans cette pièce à nous prévenir que la constitution proclamée par les cortès de l'année 1812, a été acceptée par le roi, et témoigne le désir d'apprendre comment l'empereur a jugé ce changement de régime.

Si l'on considère la distance qui nous sépare de l'Espagne, et des états qui sont le plus à même d'approfondir la nature des malheurs dont elle est menacée, on reconnoîtra facilement, que la position du ministère impérial à l'égard du représentant espagnol étoit difficile et délicate.

La révolution de la péninsule fixe les regards des deux mondes. Les intérêts dont elle va décider, sont les intérêts de l'univers, et si jamais l'empereur eût souhaité que l'avis de ses alliés pût servir à régler son opinion, certes c'eût été au moment où la note du chevalier de Zéa imposoit à S. M. l'obligation de se prononcer sur un événement qui renferme peut-être l'avenir de tous les peuples civilisés.

Cette obligation existoit cependant. Elle existoit, car de nos jours tout sujet de doute devient une arme pour la malveillance.

La nécessité de répondre à Mr. de Zéa étoit donc évidente : mais dans cette grave conjoncture il sembloit

1820 naturel, qu'avant d'asseoir un jugement, l'empereur considérât le but que les cours alliées s'étoient proposé dans leurs relations avec l'Espagne; qu'il consultât les vœux qu'elles avoient exprimés à cette puissance et qu'il prît pour guides de sa propre politique les principes de la politique européenne.

C'est ce que S. M. I. devoit faire. C'est ce qu'elle a fait.

Depuis l'année 1812, plus d'un acte diplomatique atteste la généreuse sollicitude que les diverses cours de l'Europe ont constamment témoignée à l'Espagne. Elles applaudirent à la noble persévérance avec laquelle ses intrépides habitans repoussèrent un joug étranger. Elles rendirent hommage à leur sagesse lorsqu'ils surent rallier autour d'un acte constitutionnel, les intérêts les plus chers de leur patrie, les intérêts de son indépendance.

Enfin, à dater de l'époque où la providence ramena Ferdinand VII au milieu de ses peuples, elles ne cessèrent de reconnoître que des institutions solides pouvoient seules rassurer sur ses bases l'antique monarchie espagnole.

Les souverains alliés firent plus. Dans le cours des longs pourparlers relatifs au différend du Rio de la Plata et à la pacification des colonies, ils laissèrent assez comprendre que ces institutions ne seroient plus un moyen de paix et de bonheur lorsqu'au lieu d'être accordées par la bienveillance comme concession volontaire, elles auroient été adoptées par la foiblesse comme dernière mesure de salut.

Interrogeons, d'une autre part, les grandes transactions qui ont établi l'alliance européenne. Quel est l'objet des engagements que le 3 (15) novembre 1818 a vu se renouveler? Les monarques alliés venoient d'effacer alors les dernières traces de la révolution en France, mais cette révolution sembloit prête à y enfanter de nouveaux malheurs.

L'obligation des monarques étoit donc, et leur dessein fut, d'empêcher que, parti du même horizon, le même orage ne vînt une troisième fois désoler l'Europe.

Cependant comme s'il n'eût point suffi des allar- 1820
mes qu'a excitées et qu'excite encore l'état de la
France, comme si les gouvernemens et les peuples
eussent trop peu de doutes qui planent sur son ave-
nir, il a fallu que le génie du mal choisît un nou-
veau théâtre; il a fallu que l'Espagne lui offrît à
son tour un affreux sacrifice. La révolution a donc
changé de terrain; mais les devoirs des monarques
ne sauroient avoir changé de nature, et le pouvoir
de l'insurrection n'est ni moins redoutable, ni moins
dangereux en Espagne qu'il ne l'eût été en France.

Ainsi, d'accord avec ses alliés, S. M. ne pou-
voit que désirer de voir accorder à la péninsule
comme à ses provinces d'outre-mer, un régime qu'elle
regarde comme le seul qui puisse encore autoriser
quelques espérances dans ce siècle de calamités; mais
en vertu de ses engagemens du 3 (15) Novembre
1818 S. M. devoit frapper de la plus forte, de la
plus solennelle reprobation, les moyens révolution-
naires mis en oeuvre pour donner à l'Espagne des
institutions nouvelles.

Telle est la double idée qui se trouve développée
dans la réponse ci-jointe, que le cabinet de Russie
a faite au chevalier de Zéa, d'ordre de S. M. I.
L'empereur ne doute point que ses augustes alliés
n'en approuvent le contenu, et peut-être en ont-ils
déjà adressé une semblable à la cour de Madrid.

Les mêmes vœux ont en effet pu leur inspirer
le même langage, et convaincus comme S. M., que
jamais le crime ne portoit que des fruits impurs, ils
ont sans doute déploré comme elle l'attentat qui
vient de souiller les annales de l'Espagne.

Nous le répétons, il est déplorable cet attentat;
ils l'est pour la péninsule, il l'est pour l'Europe, et
la nation espagnole doit aujourd'hui l'exemple d'un
acte expiatoire aux peuples des deux hémisphères.

Jusque-là, triste objet d'inquiétudes, elle ne
pourra que leur faire redouter la contagion de ses
malheurs.

Toutefois au milieu de ces élémens de désastres,
et lorsque tant de motifs se réunissent pour affliger
les vrais amis du bien-être des nations, peut-on

1820 encore s'attendre à un meilleur avenir? Est-il quelque mesure sage et réparatoire, dont l'effet soit de reconcilier l'Espagne avec elle-même, ainsi qu'avec les autres puissances de l'Europe?

Nous n'oserons point l'affirmer, car l'expérience nous a appris à regarder presque toujours comme une illusion l'espoir d'un événement heureux; mais si l'on se fioit aux calculs que l'intérêt personnel sembleroit devoir indiquer, s'il étoit permis de présumer que les cortès obéiroient à l'instinct de leur propre conservation, on pourroit croire qu'ils se hâteront de détruire par une mesure solennelle, tout ce qu'ont eu de coupable les circonstances qui ont accompagné le changement d'administration en Espagne.

L'intérêt des cortès s'identifie ici avec l'intérêt européen. La soldatesque égarée qui les a protégés aujourd'hui, peut demain les proscrire, et leur premier devoir envers leur monarque, envers l'Espagne, envers eux-mêmes semble être de prouver que jamais ils ne consentiront à légaliser l'insurrection.

Des espérances à cet égard ne paroistroient donc pas sans quelque fondement.

Cependant l'empereur est loin de les nourrir, et s'il admettoit la possibilité d'un aussi utile résultat, il la feroit dépendre de l'unanimité qui se manifesteroit dans l'opinion des principales puissances de l'Europe, sur l'acte par lequel les représentans du peuple espagnol devroient signaler l'ouverture de leurs délibérations.

Cet accord, toujours si puissant lorsqu'il prend le caractère d'un fait irrévocable, porteroit peut-être la conviction dans l'esprit des membres les plus marquans du ministère de S. M. C., et les cours alliées sembleroient avoir un moyen facile d'imprimer à leur langage cette imposante uniformité.

Leurs ministres en France ont traité jusqu'à ce jour, en leur nom, avec un plénipotentiaire de la cour de Madrid. Ne pourroient-ils pas aujourd'hui lui présenter en commun des observations, dont le résumé va suivre, et qui rappelleroient au gouvernement espagnol la conduite ainsi que les principes politiques des monarques alliés?

Ces monarques, diroient les cinq ministres, n'ont cessé de former des vœux pour la prospérité de l'Espagne. Ils en formeront toujours. Ils ont désiré qu'en Europe comme en Amérique, des institutions conformes aux progrès de la civilisation et aux besoins du temps pussent procurer à la totalité des Espagnols de longues années de paix et de bonheur. Ils le désirent de même aujourd'hui. Ils ont souhaité que ces institutions devinssent un bienfait réel par la manière légale dont elles auroient été introduites. Ils le souhaitent encore à présent. Cette dernière considération fera deviner au ministère de S. M. C. avec quel sentiment d'affliction et de douleur ils ont appris l'événement du 8 Mars et ceux qui l'ont précédé. A leur avis, le salut de l'Espagne, ainsi que le bien de l'Europe exige que ce crime soit désavoué, cette tâche lavée, ce scandale détruit.

L'honneur d'une semblable réparation semble appartenir aux cortès. Qu'ils improuvent et déplorent hautement le moyen employé pour établir un nouveau mode de gouvernement dans leur patrie, et qu'en consolidant un régime sagement constitutionnel, ils portent les lois les plus rigoureuses contre la sédition et la révolte.

Alors, et seulement alors, les cabinets alliés peuvent maintenir avec l'Espagne des relations d'amitié et de confiance.

Développées d'un commun accord par les représentants des cinq cours, ces observations signaleroient dès à présent au ministère espagnol la ligne de conduite que suivroient les gouvernemens alliés dans le cas où les conséquences du 8 Mars perpétueroient en Espagne les troubles et l'anarchie.

Si ces conseils salutaires sont écoutés, si les cortès offrent à leur roi, au nom de la nation, un gage d'obéissance, s'ils parviennent à asseoir sur des bases durables la tranquillité de l'Espagne et la paix du sud de l'Amérique, la révolution aura été vaincue au moment même où elle croyoit obtenir son triomphe.

Si au contraire des craintes peut-être trop justes se réalisent, au moins les cinq cours auront-elles rempli un devoir sacré; au moins un nouveau fait

1820 auroit-il signalé les principes, indiqué le but, et démontré l'action de l'alliance européenne.

L'empereur attend la réponse des cours de Vienne, de Londres, de Paris et de Berlin sur la communication que son cabinet leur adresse à cet égard, et les prévient que le présent mémoire est l'instruction qu'il a fait envoyer à tous ses ministres au sujet des affaires d'Espagne.

50.

Note du ministère impérial Russe à l'envoyé d'Espagne, concernant les événemens survenus dans ce royaume, datée de St. Petersbourg du ^{20 Avril}_{2 Mai} 1820.

(Archives diplomatiques Vol. III. pag. 384)

St. Petersbourg ^{20 Avril}_{2 Mai} 1820.

La note que Mr. le chevalier de Zéa de Bermudès a adressée au ministère de Russie, en date du 10 Avril (1 Mai) a été mise sous les yeux de l'empereur.

S. M. constamment animée du désir de voir en Espagne la prospérité de l'état s'unir à la gloire du souverain et s'accroître avec elle, n'a pu apprendre sans une profonde affliction les événemens qui ont donné lieu à la communication de Mr. le chevalier de Zéa.

Alors même que l'on voudroit ne considérer cet événement que comme une conséquence déplorable des erreurs qui, depuis 1814, sembloient présager une catastrophe à la péninsule, rien ne sauroit justifier les attentats qui viennent d'y livrer les destins de la patrie aux hasards d'une crise violente.

Trop souvent de semblables désordres ont annoncé aux empires des jours de deuil.

L'avenir de l'Espagne se présente de nouveau sans un aspect ténébreux et allarmant, et de trop justes inquiétudes doivent se réveiller dans toute

l'Europe ; mais plus ces circonstances graves peuvent être funestes à la tranquillité générale dont le monde goûte à peine les premiers fruits, moins il appartient aux puissances, garantes de ce bienfait universel, de prononcer isolément et avec précipitation, dans des vues limitées ou exclusives, un jugement définitif sur les actes qui ont signalé les premiers jours de Mars en Espagne. 1820

Persuadé que le cabinet de Madrid aura adressé de semblables communications à toutes les cours alliées, l'empereur se plaît à croire que l'Europe entière se réunira pour parler à S. M. C. le langage de la vérité, et pour lui adresser, d'une voix unanime, les conseils d'une amitié aussi franche que bienveillante.

En attendant, le gouvernement de Russie ne peut se dispenser d'ajouter quelques considérations sur les faits antérieurs, que Mr. le chevalier de Zéa rappelle dans sa note. Le cabinet impérial invoquera, ainsi que lui, le témoignage de ces faits, et c'est en les citant qu'il fera connoître les principes que l'empereur se propose de suivre dans ses relations avec S. M. C.

Lorsque l'Espagne a secoué le joug étranger que la révolution française lui avoit imposé, elle a acquis des droits imprescriptibles à l'estime et à la reconnaissance de toutes les puissances européennes.

La Russie lui a payé le tribut de ces sentimens, par le traité conclu avec elle le 8 (20) Juillet 1812.

Après la paix générale, la Russie a donné de concert avec ses alliés, plus d'une preuve d'intérêt à l'Espagne. La correspondance qui a eu lieu entre les principales cours de l'Europe, atteste les vœux que l'empereur a toujours formés pour que l'autorité du roi put se consolider dans les deux hémisphères, avec l'assistance d'institutions fortes par les principes purs et généreux qu'elles auroient consacrés, et fortes surtout par la régularité du mode de leur établissement.

Emanées des trônes ces institutions deviennent conservatrices : sorties du centre des troubles populaires imposées par la r volte, elles ne produisent que de nouvelles subversions et de tristes désordres.

1820 Telle a toujours été la manière de voir de l'empereur; sa conviction à cet égard est fondée sur les leçons de l'expérience; en effet, si l'on jette ses regards sur le passé, de grands, de terribles exemples s'offrent à la méditation des peuples et des souverains.

S. M. I. persiste dans son opinion; ses vœux ne sont point changés; elle en donne ici la plus formelle assurance.

Il appartient maintenant au gouvernement de la péninsule de juger si des institutions imposées par un de ces actes violens, funeste patrimoine de la révolution contre laquelle l'Espagne a lutté avec tant d'honneur, si ces institutions peuvent jamais réaliser les bienfaits que les Deux-Mondes attendoient de la sagesse de S. M. C. et du patriotisme de ses conseils.

Les voies que l'Espagne choisira pour arriver à ce résultat important, les mesures qu'elle pourra prendre pour s'efforcer de détruire l'impression fâcheuse causée en Europe par l'événement du mois de Mars, décideront de la nature des rapports que S. M. I. pourra conserver avec le gouvernement espagnol, et de la confiance qu'elle aimeroit toujours de pouvoir lui témoigner.

51.

Convention provisoire entre l'Hanovre et l'Oldenbourg, concernant l'art. 19 du traité du 4 Février 1817, publiée à Oldenbourg le 22 Avril 1820.

(Oldenburgische wöchentliche Anzeigen 1820. No. 18.)

Die Regierung hat, unter höchster Genehmigung, mit dem Königlich Großbritannisch Hannöverschen Cabinets-Ministerium eine Vereinbarung getroffen, vermöge deren der Artikel 19. des Territorial-Ausgleichungs- und Cessions-Vertrags vom 4ten Febr.

1817 provisorisch als auf die belderseitigen Staaten 1820 ausgedehnt betrachtet werden soll.

Dieser Artikel bestimmt: "Die öffentlich angestellten Erheber der Domainial- und der zu den secularisirten oder noch bestehenden geistlichen Corporationen, auch Kirchen und Schulen gehörenden Intradon sollen nicht verpflichtet sein, gegen die sämigen Schuldner mit förmlichen Klagschriften aufzutreten, noch viel weniger sich zur Erwirkung einer an sich wohl begründeten Execution in ein förmliches processualisches Verfahren einzulassen. Es soll vielmehr die, auf den Grund eines von den gegenseits angestellten öffentlichen Beamten beglaubigten Extractes der Rückstände, zu erlassende Requisition an die competente gegenseitige amtliche Behörde, in deren District das Praestandum fällig geworden, und zwar ohne Rücksicht auf die Größe des Betrags, genügen, um die Beitreibung und Uebermittelung der Schuld, auf Kosten des Schuldners, durch diese auf das fordorsamste zu bewirken. Im Fall, daß entweder die Verpflichtung an sich bestritten oder die Zahlung entweder ganz oder zum Theil bescheinigt werden sollte, wird die requirirte Behörde hiervon den Requirenten ebenfalls ungesäumt in Kenntniß setzen und dessen weitere Erklärung gewärtigen, um zu beurtheilen, ob der Einwand des Schuldners dadurch elidirt werden, oder ob es etwa der Einleitung eines rechtlichen Verfahrens bedürfen möchte, in welchem letztern Falle ebenfalls die schleunigste und mindest kostspielige Rechts-Entscheidung den gegenseitigen Behörden zur Pflicht gemacht werden wird.

Der letzteren sollen sich ebenfalls alle diejenigen Privati zu erfreuen haben, welche gutscherrliche Gefälle aller Art in den gegenseitigen Territorien zu beziehen haben, wogegen diesen die Befugniss einer bloßen Requisition nicht wohl zugestanden werden mag, vielmehr denselben die Verfolgung des gesetzlichen Weges der Rechtshülfe obliegt."

Es wird daher diese provisorische Vereinbarung hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Oldenburg, den 22sten April 1820.

V. BRANDENSTEIN.

V. KETTLER.

52.

1820 *Ordonnance du gouvernement royal Saxon, concernant le droit de détraction envers le royaume de Pologne, du 27 Avril 1820.*

(*Gesetzsammlung für das Königreich Sachsen 1820. No. 9.*)

Von Gottes Gnaden, Friedrich August, König von Sachsen u. s. w.

In dem von Uns unterm 16ten August 1810 erlassenen Generali sind die Abschofsverhältnisse zwischen Unserm Königreiche Sachsen und dem Herzogthume Warschau dergestalt festgesetzt worden, daß

1. aller Abschofs, sowohl von ererbtem, als von dem durch Auswanderung außer Landes gehenden Vermögen, soweit derselbe in landesherrliche Klassen fließet, in beiden Ländern gänzlich aufgehoben sein, jedoch

2. den Patrimonialobrigkeiten, welche ein zu Recht beständiges Abschofsbefugniss erlangt haben, die Erhebung des hergebrachten, oder sonst festgesetzten Abschofs-Quantis von dem, aus ihrer Gerichtsbarkeit in das Herzogthum Warschau gehenden Vermögen, ferner nachgelassen bleiben solle, wenn sie nicht in einzelnen Fällen Reversalien wegen gegenseitiger Abschofsbefreiung annehmen wollen; daß dagegen

3. den Patrimonialobrigkeiten, welche ein solches Befugniss nicht darthun können, solches gegen das Herzogthum Warschau, unter dem Vorwande der Retorsion, auszuüben, nicht gestattet werden solle; daß ferner

4. die an einem oder dem andern Orte, außer dem eigentlichen Abzugsgelde, etwa hergebrachten Abentrichtungen zu milden Zwecken oder sonstigen Abgaben, noch ferner beibehalten, und

5. alle in diesen Angelegenheiten vorkommenden Expeditionen und Berichtserstattungen, zu welchen letztern die Unterobrigkeiten in jedem eintretenden

Fälle, vor Erhebung des Abschoßes, verbunden sind, 1820 in beiden Ländern, ohne Abforderung einiger Sporteln, bewerkstelliget werden sollen.

Nachdem nun Se. Majestät, der Kaiser von Rußland, mittelst Decrets vom ^{25. November}_{7. December} vorigen Jahres sich geneigt erklärt, diese Abschossverhältnisse fernerweit mit dem Königreiche Polen bestehen zu lassen, insofern Unserer Seits das Reciprocum beobachtet werde, Wir aber dasselbe beobachtet wissen wollen; so befehlen Wir andurch, daß den Vorschriften des erwähnten Generalis vom 16ten August 1810 ferner nachgegangen werden soll.

Hiernach hat sich Jedermann zu achten.

Gegeben zu Dresden, den 27sten April 1820.

Freiherr VON WERTHERN.

AUGUST BENJAMIN MÜLLER, S.

53.

Convention entre le royaume des Deux Siciles et le grand-duché de Hesse, concernant l'abolition du droit de détraction et de la gabelle d'émigration, publiée à Darmstadt le 5 Mai 1820.

(Großherzoglich Hessische Zeitung 1820.)

Nachdem eine gegenseitige Freizügigkeit bei Erbschaften zwischen dem Großherzogthum Hessen und dem Königreiche beider Sicilien bereits früher (Großherzogl. Hessische Zeitung von 1819. No. 62.) verabredet worden war, so ist durch eine weitere Uebereinkunft nunmehr eine völlige Freizügigkeit für alle Fälle bedungen worden, wo Vermögen aus einem der beiden genannten Staaten in den andern übergeht, es geschehe dies durch Vererbung, Vermächtniß, Auswanderung, Schenkung, Verkauf oder

1820 auf irgend eine andere Weise, dergestalt, daß die sowohl von dem Staate, als von anderen Personen oder Corporationen bezogenen Abgaben an Abzug oder Nachsteuer hinwegfallen, ohne daß jedoch die Gesetze über den Militair-Dienst durch diese Uebereinkunft verändert werden.

Darmstadt den 5ten Mai 1820.

Auf besonderen Allerhöchsten Befehl.

Großherzoglich Hessisches Geheimes Staats-Ministerium.

V. GROLMANN. JAUP. Freiherr v. LOHMANN.
L. v. ZANGEN.

54.

Convention entre le royaume de Wurtemberg et la principauté de Hohenzollern-Sigmaringen, publiée le 16 Juillet 1820.

(Copie.)

Nachdem Se. Majestät der König von Würtemberg, und des regierenden Fürsten zu Hohenzollern-Sigmaringen Hochfürstliche Durchlaucht die Uebereinkunft getroffen haben, daß die Territorial- und Markungs-Lösung, insofern solche durch Gesetz oder Herkommen bisher gegenseitig ausgeübt worden, künftig und zwar den 1sten Sept. dieses Jahres an, in dem einen Staate gegen die Unterthanen des andern nicht mehr zur Anwendung gebracht, jedem der beiden Staaten aber für den Fall, daß veränderte Verhältnisse ihm das Fortbestehen dieser Uebereinkunft nachtheilig machen sollten, eine gegenseitige Aufkündigungs-Befugniss mit einer Frist von zwei Jahren vorbehalten bleiben soll; so ist hierüber die gegenwärtige gegenseitig auszuwechselnde rechtskräftige Declaration ausgefertigt und durch Unterschrift und Siegel beurkundet worden.

So geschehen Sigmaringen den 16ten Juli 1820.

Auf besondern Befehl Sr. Hochfürstlichen Durchlaucht.
Hochfürstlich Hohenzollern'sche Regierung.

V. HUBER.

BILHARZ.

55.

Convention entre la Saxe royale et le duché de Saxe - Cobourg, concernant l'extradition réciproque des déserteurs, publiée le 17 Juillet 1820.

(*Gesetzsammlung für das Königreich Sachsen 1820.*
No. 14. pag. 149.)

Von Gottes Gnaden, Friedrich August, König von Sachsen u. s. w.

Nachdem Wir mit dem Herzoglich Sachsen-Coburgischen Hofe übereingekommen sind, daß die Auslieferung der Deserteurs und Militairpflichtigen jederzeit, auch ohne vorgängige Reclamation, gegenseitig erfolgen soll; so befehlen Wir andurch, daß sämtliche Obrigkeiten und andere Behörden Unserer Laude, dieser Uebereinkunft gemäß, in vor kommenden Fällen das Nöthige beobachten und verfügen, auch alle Unsere Unterthanen sich hier nach gebührend achten sollen.

Datum Dresden, am 17ten Juli 1820.

D. HEINRICH FERDINAND HÜBEL.

CARL FRIEDRICH JÄSSING, S.

56.

Convention entre la Saxe royale et le duché de Saxe - Gotha, concernant l'extradition des conscrits refractaires, publiée le 14 Août 1820.

(*Gesetzsammlung für das Königreich Sachsen 1820.*
No. 14. pag. 150.)

Von Gottes Gnaden, Friedrich August, König von Sachsen u. s. w.

Nachdem Herzoglich Sachsen-Gothaischer Seits, auf Unserm Antrag, und unter Zusicherung des Re-

1820 ciproc, die Regierungen zu Gotha und Altenburg angewiesen worden sind, jetzt und in Zukunft, bis zum Abschluß eines allgemeinen Cartels zwischen den deutschen Bundesstaaten, auf die von den hiesigen Behörden an sie gelangenden Requisitionen um Stellung ausgetretener Conscriptionspflichtigen, nach den in selbigen namentlich anzugebenden Mannschaften Nachforschung thun und letztere an die requirirende Behörde ausliefern zu lassen; so befehlen Wir hiermit, daß die Civilbrigaden Unserer Lande das diessfalls Unserer Seits zugesicherte Reciprocum gebührend beobachten sollen.

Datum Dresden, am 14ten August 1820.

Freiherr von WERTHERN.

CARL FRIEDRICH JÄSSING, S.

57.

Convention entre le Wurtemberg et le grand-duché de Bâde, concernant la jurisdiction civile à Widdern, conclue à Stuttgart le 12 Septembre 1820.

(*Regierungsblatt des Großherzogthums Baden* 1821.
25 Febr. No. IV.)

Nachdem die Großherzoglich Badische und Königlich Württembergische Regierungen für nothwendig erachtet haben, zu Beförderung der Justiz in dem, unter der beiderseitigen Staatshoheit befindlichen, Condominat-Ort Widdern sich über angemessene provisorische Einrichtungen wegen Ausübung der höheren Instanzen bei der Civil-Rechtspflege zu vereinigen, so wie dieses schon im Jahre 1809 bei der Straf-Rechtspflege geschehen ist, und nachdem sich dieselben hierüber in schriftlicher Ministerial-Correspondenz wechselseitige Mittheilungen gemacht haben, so sind die Endesunterzeichneten beiderseits beauftragt worden, eine förmliche Uebereinkunft

über den Gegenstand abzuschließen, in dessen Gemäßheit dann dieselben, in Folge der zwischen den beiden Regierungen gepflogenen schriftlichen Verhandlungen, folgende Bestimmungen als proviso-
rische Normen festgesetzt haben: 1820

ART. I. Für die zweite oder Appellations-Instanz in der Civil-Rechtspflege werden für den Condominat-Ort Widdern theils der Königlich Württembergische Gerichtshof in Efslingen, theils das Großherzoglich Badische Hofgericht in Mannheim, nach einem einzuführenden Turnus bestimmt. An diese Stelle gehen:

a. die Appellationen, Nullitätsklagen, welche nur bei dem Unterrichter anzubringen sind, Klagen wegen verzögerter oder verweigerter Justiz. Dieselben besorgen:

b. die Oberaufsicht über die erste Instanz im Allgemeinen, und insbesondere über das Pupillen-, Hypotheken- und Depositenwesen. Was

c. die Art der Appellations-Ergreifung und Einlegung, so wie die Grundsätze, wann appellirt werden kann, betrifft, so werden hierüber die Württembergischen Gesetze in Anwendung gebracht;

d. die Prozeßbehandlung aber in der zweiten Instanz richtet sich nach den Formen des betreffenden Gerichts; hingegen wird der materiellen Entscheidung immer das Württembergische Recht zu Grunde gelegt.

ART. II. Der nach dem vorhergehenden Artikel einzuführende Turnus wird in der Art bestimmt, daß derselbe

a. von Jahr zu Jahr unter den beiderseitigen Appellations-Gerichten wechselt, jedoch mit der auf die Verhältnisse der beiderseitigen Antheile an dem Ort gegründeten Modification, daß

b. gleichwohl der dritte Turnus zwei Jahre für das Großherzoglich Badische Appellations-Gericht dauert.

c. Mit dem Turnus in der Civil-Rechtspflege wechselt auf gleiche Weise der schon eingeführte Turnus in der Strafrechtspflege.

1820 d. Der Jahres - Turnus fängt jedesmal mit dem 1sten Januar zu laufen an, und wird, in der Voraussetzung, daß der schon bestehende Turnus bei der Criminal - Rechtspflege mit dem 1sten Januar künftigen Jahres an das Großherzogthum Baden übergeht, zu gleicher Zeit auch bei der Civilrechts- pflege von Großherzoglich Badischer Seite zuerst in Ausübung gebracht, wobei noch weiter bestimmt wird, daß von der Ratification der gegenwärtigen Uebereinkunft an, die Appellationsfälle an das Großherzogliche Appellationsgericht gehen und von demselben nach den Bestimmungen dieser Uebereinkunft werden erledigt werden.

ART. III. Bei der Civil-Rechtspflege wird durch den Tag des ausgesprochenen ersten Instanz - Urtheils, von welchem appellirt wird, bestimmt, vor welches der beiden höheren Gerichte zur Zeit des Wechsels die Berufung gehört. Klagen über verzögerte oder verweigerte Justiz sind an keine Zeit gebunden, eben so auch andere Klagen oder Instructions - Einholungen; diese gehen an diejenige höhere Behörde, die gerade zur Zeit der Eingabe den Turnus hat.

ART. IV. Wenn in Prozeßsachen Incident - Verfügungen einer höheren Behörde erlassen worden sind, und die definitive Erledigung nach dem Turnus an das höhere Gericht des andern Souverains kommt, so hat der Richter erster Instanz alles den Acten getreulich beizulegen, und an den höheren Richter mit solchen einzusenden, so wie auch die höheren Gerichte selbst auf Ansuchen einander alles Benöthigte mittheilen werden. Handelt es sich hingegen von nicht prozessualischen Gegenständen, so bleibt eine Sache bei derjenigen höheren Behörde, wo sie einmal angebracht ist, wenn auch vor der definitiven Erledigung der Gerichtsbarkeits - Wechsel vor sich gehen sollte.

ART. V. Prozesse bleiben, wie es sich von selbst versteht, des Wechsels ungeachtet, bei demjenigen Gerichte, wo sie einmal anhängig sind.

ART. VI. Das Rechtsmittel der Restitution wird, so lange der Prozeß noch bei dem Untergericht anhängig ist, auch bei demselben angebracht, und

kann nur dann dem höheren Instanzen zugewiesen werden, wenn die Sache durch andere Rechtsmittel dahin gebracht ist. 1820

ART. VII. Wird die Visitation der ersten Instanz für nöthig befunden, so geschieht solche durch Commission der beiden höheren Gerichte gemeinschaftlich und auf Kosten der beiden Souverains, die sich auch über die durch die Resultate nöthig werdenden Verfügungen vereinigen werden. Die commissarische Untersuchung eines speciellen Falls aber wird einseitig von demjenigen höhern Gerichte, das gerade den Turnus hat, oder bei welchem die Sache nach §. 5 anhängig ist, angeordnet, und von demselben über das Resultat entschieden. Macht jedoch das Resultat eine Normalverordnung oder Aenderung nöthig, so haben sich beide höhere Gerichte darüber zu vereinigen, ehe sie Gültigkeit haben kann.

ART. VIII. Die Erkenntnisse und Verfügungen jeder der höheren Gerichtsbehörden ergehen, wie es auch bei Criminalsachsen geschieht, in gemeinschaftlichem Namen.

ART. IX. In Rücksicht der Familienangelegenheiten der Freiherren von Zyllenhardt und von Gemmingen bleibt es bei der schon bestehenden provisorischen Uebereinkunft, daß solche exemte und zwar die von Gemmingen bei den Württembergischen und die von Zyllenhardt bei den Badischen höhern Gerichten ihre Instanz haben.

ART. X. Als dritte Instanz ist immer dasjenige höchste Gericht der beiden Souverains das geeignete, bei welchem die zweite Instanz war; es geht demnach die weitere Berufung von dem Gerichtshof in Eßlingen an das Königliche Obertribunal in Stuttgart, und von dem Hofgericht in Mannheim an das dortige Oberhofgericht.

ART. XI. In Ansehung des Revisionsmittels wird es eben so gehalten, wie es damit in dem betreffenden Staat gegen seine ausschließlichen Unterthanen gehalten wird.

ART. XII. Da in Widdern die Anwendung der Württembergischen Gesetzgebung hergebracht ist, so hat es hierbei fernerhin sein Bewenden.

1820 Die Unterzeichneten werden die Genehmigung ihrer beiderseitigen Regierungen über den gegenwärtigen doppelt ausgefertigten Vertrag in der kürzesten Zeitfrist beizubringen suchen, und solche hier auswechseln.

So geschehen Stuttgart, den 12ten September 1820.

Von Seiten Würtembergs Von Seiten Badens
Staatsrath v. BEUERBACH. Geheime Referendär RING.

(Ratificirt Badischer Seits den 21sten November, und Württembergischer Seits den 6ten December 1820.)

58.

*Convention entre la Prusse et la Hesse
electorale, concernant la réception réciproque
des vagabonds du 28 Septembre 1820.*

(Gesetzsammlung für die Königlichen Preussischen
Staaten 1820. No. 17. p. 200.)

Zwischen der Königlich Preussischen und der Kurhessischen Regierung ist unterm 28sten September d. J. eine Uebereinkunft wegen gegenseitiger Uebernahme der Vagabunden und Ausgewiesenen abgeschlossen worden, welche mit der, durch die Gesetzsammlung No. 478 abgedruckten dergleichen Uebereinkunft mit dem Königreich Baiern vom 9ten Mai 1818 mit Ausnahme des in der Anlage besonders abgedruckten Paragraphen 12 völlig gleichlautend ist.

Indem diese Uebereinkunft hierdurch zur allgemeinen Kenntnifs gebracht wird, ist es der Wille Seiner Majestät des Königs, daß dieselbe von allen Militair- und Civil- Behörden, wie auch von sämmtlichen Allerhöchst Ihren Unterthanen, in allen Stücken auf das Genaueste befolgt werde.

Berlin, den 11ten October 1820.

Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten.

A u s z u g

1820

aus der unterm 28sten September 1820 zwischen der Königlich Preussischen und der Kurhessischen Regierung abgeschlossenen Uebereinkunft wegen gegenseitiger Uebernahme der Vagabunden und Ausgewiesenen u. s. w.

§. 12. Um die Transporte gehörig zu dirigiren, sind zu beiderseitigen Uebergabe-Orten, und zwar auf Königlich Preussischem auf Kurhessischem Territorio,

Warburg,
Beverungen,
Heiligenstadt,
Treßfurth,
Medebach und
Suhla,

Volchmarsen,
Carlshafen,
Witzenhausen,
Eschwege,
Frankenberg und
Schmalkalden,

festgesetzt worden, wobei es sich von selbst versteht, daß Preussische im Schaumburgschen ergriffene Vagabunden von Rinteln nach Minden, und die aus der Grafschaft Schaumburg gebürtigen Vagabunden von Minden nach Rinteln abgeliefert werden.

59.

*Convention conclue entre la Saxe royale et la 1821
ligne cadette de Reufs-Plauen, pour la réception
réciproque des vagabonds, du 2 Janvier 1821.*

(Gesetzsammlung für das Königreich Sachsen 1821.
No. 3. pag. 15.)

Zwischen der Königlich Sächsischen Regierung und der Fürstlichen Regierung jüngerer Linie Reufs von Plauen ist, zu Feststellung der, bei Uebernahme der Vagabunden und anderer Ausgewiesenen, gegenseitig zu befolgenden Grundsätze, die Vereinigung verabredet worden, daß, statt einer dießfallsigen besondern Uebereinkunft, der Inhalt der, gegenwärtiger Erklärung in Abschrift beigelegten, zwischen den Kronen Sachsen und Preussen am 21sten Januar

1821 vorigen Jahres über denselben Gegenstand verabredeten Uebereinkunft unter den beiderseitigen Staaten als gegenseitig verbindlich anerkannt werden soll; und es sind zugleich, soviel den 12ten §. erwähnter Uebereinkunft betrifft, auf Königlich Sächsischem Gebiete die Stadt *Plauen*, und auf Fürstlich Reussischem Territorio die Städte *Schleitz* und *Hirschberg* zu Uebnahmeorten bestimmt worden.

Wie nun Se. Königl. Majestät von Sachsen, unser Allergnädigster Herr, vorstehende Vereinigung, die vom Tage der in den beiderseitigen Landen zu bewirkenden Publication derselben an in Kraft treten soll, allenthalben genehmiget haben: so ist hierüber diese Erklärung ausgefertigt, und auf Allerhöchsten Befehl vollzogen worden.

Dresden, am 2ten Januar 1821.

Königlich Sächsische Landesregierung.

[Die Unterschriften.]

60.

Convention entre la Suède et la Norvège d'une part et la Russie de l'autre, pour fixer les principes, d'après lesquels se feront réciproquement les échanges des propriétés particulières, situées des deux cotés de la frontière, et pour déterminer la compétence des tribunaux respectifs en matières criminelles entre les sujets des deux puissances habitants près de la frontière, faite et conclue à Torneå le 17 Janvier 1821, et ratifiée à Stockolm le 26 Fevrier, et à Laybach le $\frac{28 \text{ Fevrier}}{12 \text{ Mars}}$ de la même année.

(Stockholm, tryckt i Kongl. Tryckeriet, 1821.)

Nous, Charles Jean, par la grâce de Dieu, roi de Suède, de Norvège, des Goths et des Vandales, savoir

faisons: Que nous et notre très-cher frère et cousin, 1821
le sérénissime et très puissant prince et seigneur
Alexandre I., empereur et autocrateur de toutes les
Russies, de Moscovie, Kiovie, Wladimirie et Novo-
gorod, czar de Casan, czar d'Astrachan, czar de Po-
logne, czar de Sibérie, czar de Chersonèse Taurique,
seigneur de Plescow et grand duc de Smolensko, Li-
thuanie, Wolhynie, Podolie, et de Finlande, duc
d'Estonie, de Livonie, de Courlande et Sémigalle,
de Samogitie, Belostock, Carélie, Twer, Jugorie,
Permie, Wiatka, Bolgarie et d'autres; seigneur et
grand duc de Novogorod inférieur, de Czernigovie,
Resan, Polozk, Rostow, Jaroslaw, Belo-Osorie,
Udorie, Obdorie, Condinie, Witepsk, Mstislaw, do-
minateur de tout le côté du nord et seigneur d'Ivé-
rie, de Cartalinie, de Grusinie et de Cabardinie;
prince héréditaire et souverain des princes de Czir-
cassie, Gorsky et autres; héritier de Norvège, duc
de Schlesvig Holstein, de Stormarie, de Ditmarsen
et d'Oldenbourg etc. etc. animés d'une égale sollici-
tude pour le bien-être de nos fidèles sujets, ayant
résolu de conclure une convention, afin de fixer
plus spécialement les principes d'après lesquels se
feront réciproquement les échanges des propriétés
particulières situées des deux côtés de la frontière;
ayant également jugé convenable de déterminer, à
cette occasion, la compétence des tribunaux respectifs
en matières criminelles entre nos sujets habitants
près de la frontière, et ayant, à cet effet, nommé
des deux côtés des plénipotentiaires, lesquels, en
vertu de nos pleinpouvoirs respectifs, ont été autho-
risés par nous d'arrêter, conclure, signer et sceller une
pareille convention; savoir, nous, de notre côté,
notre amé et féal, le sieur Gustave de Peyron, co-
lonel d'état major, chef de notre régiment de Jemt-
lande, chasseurs, chef des bureaux de notre aide de
camp général pour l'armée, chevalier de notre ordre
de l'Epée, de l'ordre impérial de Russie de St. Wla-
dimir de la troisième et de celui de St. Anne de la
seconde classe, et de celui de Prusse pour le Mérite;
et Sa Majesté l'empereur de toutes les Russies, de
son côté, le sieur Germain de Wårnhjelm, colonel
au second régiment d'infanterie de Finlande; les
dits plénipotentiaires, après avoir échangé leurs

1821 pleinpouvoirs, reconnus en bonne et dûe forme, ont conclû, arrêté, signé et scellé, le dix-sept Janvier de la présente année, dans la ville de Torneå, une convention, ainsi qu'une instruction y annexée pour les arpenteurs, et autres personnes à employer aux échanges de propriétés, portant mot à mot ce qui suit :

Au nom de la très - sainte et indivisible Trinité.

Sa Majesté le roi de Suède et de Norvège, et Sa Majesté l'empereur de toutes les Russies ayant fixé et déterminé, par le traité de Frédéricshamn du dix sept Septembre mil huit cent neuf, ainsi que par l'acte de démarcation du vingt Novembre mil huit cent dix, les limites de leurs états respectifs, Leurs Majestés animées d'une égale sollicitude pour le bien-être de leurs fidèles sujets, ont voulu fixer et établir les principes, d'après lesquels, les propriétés en bien-fonds de chaque particulier, des deux côtés de la frontière, doivent être échangées réciproquement, afin d'écarter ainsi les causes de més-intelligence, qui peuvent résulter du mélange des propriétés; ayant, en même tems, jugé nécessaire, de déterminer d'une manière plus précise, à quel tribunal doivent ressortir les causes criminelles, entre les habitans des deux frontières.

A cet effet, Leurs dites Majestés ont nommé pour leurs commissaires plénipotentiaires, savoir: Sa Majesté le roi de Suède et de Norvège, le sieur Gustave de Peyron, colonel d'état major, chef du régiment de Jemtlande, chasseurs, chef des bureaux de son adjutant général pour l'armée, chevalier de son ordre de l'Epée, de l'ordre impérial de St. Vladimir de la 3ème, et de celui de St. Anne de la 2de classe, et de l'ordre royal de Prusse pour le mérite; et Sa Majesté l'empereur de toutes les Russies, le sieur Germain de Wörnhielm, colonel au second régiment d'infanterie de Finlande, lesquels, après avoir échangé leurs pleinpouvoirs, trouvés en bonne et dûe forme, sont convenus des articles suivans :

ART. I. Considérant, que l'échange des propriétés mixtes sur les îles, statué à la fin de la troisième

section de l'art. II. de l'acte de démarcation, n'a 1821 pas encore été effectué, les hautes parties contractantes ont arrêté: qu'il sera nommé des arpenteurs, lesquels, sous la surveillance d'une personne versée dans cette partie, et choisie, de part et d'autre, par les directions d'arpentages respectives, seront chargés d'arpenter les dites îles, d'en dresser la carte, d'en évaluer la terre, selon le degré de fertilité, et de les partager, de manière que, sans préjudice à l'intérêt réciproque, les us et coutumes des propriétaires de jouir alternativement de l'usu-fruit du même terrain (*år-omgång*), et le mélange actuel des propriétés, soient entièrement abolis.

Lorsque, de la manière prescrite, ces propriétés mixtes auront été séparées et détachées, de telle sorte, que chaque île se trouve, autant que faire se peut, dans la possession des sujets de l'une ou de l'autre puissance, celles de ces îles, qui se trouveront situées sur le territoire étranger, seront échangées, contre des îles équivalentes du côté opposé.

ART. II. Ayant été éclairci, par les cartes et autres produits à ce sujet, que plusieurs propriétaires des deux côtés de la frontière, perdroient considérablement, s'il étoit seulement permis d'échanger, l'une contre l'autre, les propriétés sur le continent, mentionnées dans la deuxième section de l'art. II. de l'acte de démarcation, et consistant en champs et prairies, ainsi qu'en forêts et pâturages, adjugées (*afvittrade*) à des fermes particulières; les hautes parties contractantes veulent bien permettre, que pour l'avantage commun des intéressés, les prairies sur les îles, situées du côté de la frontière du territoire étranger, où il ne se trouve pas d'équivalent, soient échangées contre des propriétés semblables sur le continent.

Si toutefois, après que l'échange des propriétés aura été effectué, selon les principes établis ci-dessus, il se trouve encore du terrain de reste, appartenant aux sujets de l'une ou de l'autre puissance sur le territoire de chacune d'elles, il sera permis à celui, qui n'aura point obtenu d'équivalent, de céder le terrain qui reste aux sujets de l'autre puissance, par un marché en forme, dans l'espace de trois

1821 mois, à compter de l'époque où le partage général aura été terminé dans toutes ses parties, et dûment confirmé.

Au cas, que cette aliénation n'ait pas lieu, ces sortes de propriétés seront offertes aux sujets de la puissance étrangère, dans le même espace de tems, par une vente publique, laquelle, après avoir été annoncée dans les églises des environs six (6) semaines au préalable, sera effectuée sur les lieux, par les autorités compétentes du pays, où demeure le propriétaire, selon les dispositions, que prendront à cet effet les gouverneurs des provinces de Nordbottnie, et d'Uleåborg, auxquels les chefs des arpenteurs seront tenus de faire parvenir les bordereaux des terrains restans. Comme toutefois il se pourroit, que, lors de ces ventes, les propriétaires qui voudroient profiter de la circonstance, s'arrangeassent entre-eux, pour faire des offres au dessous de la valeur du terrain mis à l'enchère, les hautes parties contractantes s'obligent, en pareil cas, à en faire l'acquisition, lorsque le prix de la vente ne s'élèvera pas au taux fixé dans le tarif suivant, savoir :

Pour un arpent taxé de champs R:d. B:co 100.
— Id. id. de prairies 83: 16. — Id. id. de forêts sur un terrain cultivable 22: 10. 8. — Id. id. de terrain cultivable sans aucune espèce de bois 16: 32. Id. id. de forêt, sur un terrain non cultivable, un tiers du prix courant du chauffage coupé et mesuré, d'après la vérification qui en aura été faite préalablement, lors de l'évaluation graduée du terrain. Il dépendra d'ailleurs de chacune des hautes puissances respectives, de décider, si les propriétaires, qui auront été obligés de renoncer ainsi aux dits terrains restans, pourront garder le montant, qu'ils en auront obtenu, ou s'ils en recevront une autre indemnité équivalente.

Pour ce qui regarde les îles des fleuves, lesquelles, après l'effectuation du partage général et de l'échange, resteront encore sur le territoire étranger, et dont la jouissance a été assurée aux sujets respectifs des hautes parties contractantes, les propriétaires auront à en payer, dans le terme prescrit, la rédevance annuelle, stipulée dans la quatrième section

de l'art. II. de l'acte de démarcation, et afin d'obte- 1821
nir à cet égard l'ordre et l'exactitude nécessaires, les
chefs des arpenteurs seront tenus, lorsque le partage
général aura été terminé, de dresser des bordereaux
exacts de toutes ces îles, d'en faire la description,
et après avoir certifié l'authenticité de ces actes par
leur signature, les faire parvenir aux gouverneurs des
provinces limitrophes, afin d'être suivis, lors de la
liquidation annuelle. »

ART. III. Afin de pouvoir fixer un terme plus
court, pour l'exécution des échanges en question,
toutes les affaires litigieuses, qui s'élèveront entre
des sujets des deux hautes parties contractantes, du-
rant cette opération, relativement au droit de pro-
priété sur le terrain, qui doit être échangé, seront
examinées et décidées dans l'espace d'un mois, par
trois commissaires de chaque côté, choisis par les
parties litigantes; lesquels commissaires, après
l'audition des témoins irrécusables, qui doivent com-
paraître aussitôt qu'ils en auront été requis, sous
peine d'amende, jusqu'à la concurrence de cinquante
Dalers en argent, ou une somme équivalente en
billets de banque de Suède, ou en roubles d'argent,
et après avoir recueilli d'ailleurs, tous les éclaircis-
semens nécessaires, seront tenus d'examiner les dites
causes et de les juger définitivement et sans appel;
à la suite de quoi ce jugement définitif, rédigé par
écrit, et signé par tous les commissaires, sera re-
mis par la partie gagnante, aux chefs des arpenteurs,
pour servir de règle, lors du partage général.

Si, parmi les commissaires, les avis se trou-
vent partagés, la pluralité des voix l'emportera; mais
si les voix sont en nombre égal des deux côtés, on
tirera au sort, pour décider la cause.

ART. IV. Cet échange des propriétés sera ter-
miné au plus tard, dans l'espace de trois années,
par les arpenteurs préposés à cet effet, et dont les
instructions, rédigées en langue suédoise, seront re-
mises à leurs chefs, par les gouvernemens des pro-
vinces limitrophes. Lesquelles instructions, contenant
l'exposé détaillé de tous les objets, dont doivent
s'occuper les arpenteurs, et munies de la signature

1821 et du cachet des commissaires plénipotentiaires respectifs, seront ponctuellement suivies et observées, comme si elles étoient insérées mot à mot dans la présente convention.

ART. V. Tous les échanges et partages étant terminés et réglés, de manière, qu'il ne reste plus que le placement des bornes ou poteaux, les chefs des arpenteurs en avertiront les dits gouverneurs de province, qui en feront leurs rapports à leurs gouvernemens respectifs, lesquels désigneront alors celui, ou ceux, qu'il leur plaira de nommer, pour se rendre au commencement du mois de Juin mil huit cent vingt trois dans la ville de Tornœå, afin d'examiner les échanges, qui auront été exécutés, et au cas, qu'il se soit élevé des difficultés relativement au partage, les décider et prendre enfin des dispositions définitives, pour que le placement des dites bornes puisse être achevé avant la fin du mois d'Août de la dite année.

ART. VI. Jusqu'à ce que le partage général et les échanges des propriétés en question, aient été achévés, et que les bornes ou poteaux soient placés, chaque propriétaire sera maintenu dans la possession et la jouissance paisible des bien-fonds, qui lui appartenoient à la conclusion de la paix de mil huit cent neuf, abstraction faite cependant des propriétés, qui depuis cette époque, ont été dûement échangées ou aliénées; sans que les défenses, ou autres mesures des autorités respectives y puissent mettre obstacle. Toutefois l'usu-fruit des propriétaires de forêts sur le territoire étranger, ne s'étendra pas au delà de ce qui sera nécessaire à leurs besoins domestiques.

Les autorités et fonctionnaires respectifs, auront à veiller scrupuleusement, à ce que chacun jouisse de ses droits, fondés sur les lois et la présente convention.

ART. VII. La délimitation, passant en effet au nord de l'île de Flugarin Saari, et laissant cette île à sagauche, quoique la description topographique, citée dans l'art. VI. de l'acte de démarcation du vingt Novembre mil huit cent dix, range par erreur cette

e au nord de la délimitation, il est convenu, que 1821 cette dite île, étant située sur le territoire russe, sera comprise dans la même catégorie, que la presque île de Svensarön, dont d'ailleurs elle forme actuellement la partie septentrionale.

ART. VIII. Pour ce qui concerne le mode de procédure criminelle des deux côtés de la frontière, les hautes parties contractantes sont convenues.

Tout délit, plus ou moins grave, commis par les sujets de l'une des deux puissances, sur le territoire de l'autre puissance, doit, lorsque le coupable est saisi dans ce dernier pays, être jugé et puni, selon les lois, et par les tribunaux du pays, où a été commis le délit.

Lorsqu'un sujet de l'une des deux puissances commet sur le territoire de l'autre puissance, dans l'une des paroisses limitrophes entre la Suède et la Russie, un des délits mentionnés dans l'art. VII, de l'acte de démarcation du vingt Novembre mil huit cent dix, tels que meurtres, incendies, brigandages ou vols, et qu'ensuite le coupable se réfugie dans son propre pays; la partie lésée, ou l'accusateur public, pourra s'adresser au gouverneur de la province, où s'est commis le crime, pour en obtenir la poursuite légale, et pour lors cette autorité, après avoir recueilli des éclaircissemens sur l'existence du crime, doit demander l'instruction de la cause, par voie de correspondance avec le gouverneur de la province, à laquelle appartient le prévenu.

Ce dernier gouverneur de province devra alors prendre des dispositions, non seulement pour que l'instruction de l'affaire soit dévolue au tribunal, qui, dans la patrie de l'accusé, se trouve le plus proche de l'endroit où s'est commis le crime; mais aussi, que le dit accusé comparaisse au tribunal, devant en outre donner avis du jour désigné pour l'information, au gouverneur de province, qui en a fait la demande, lequel en instruira la partie intéressée ou l'accusateur.

Le lésé et l'accusateur seront tenus de comparaître au jour et lieu fixés pour l'information, munis des témoins, ou autres preuves, qu'on pourra pro-

1821 duire, et pour la comparution de ceux des témoins, qui ne séjournent pas dans l'enceinte du pays, où l'information a lieu. ils pourront requérir l'entremise du gouverneur de province du pays, dans lequel les individus en question sont domiciliés.

Le tribunal, auquel la cause aura été ainsi dévolue, devra, tant à l'égard des informations, que pour ce qui concerne la détermination de la peine, procéder selon les lois en vigueur dans le pays.

S'il se commet des délits moins graves sur la frontière de la Suède et de la Russie, par un sujet de l'une des deux puissances, sur le territoire de l'autre puissance, et que le coupable soit retourné dans son pays, celui, qui a été préjudicié, pourra lui-même, ou par mandataire, s'adresser immédiatement au juge le plus proche de la frontière du pays, auquel appartient le délinquant, et poursuivra contre lui, ses prétentions, selon les lois de ce dernier pays, dans lequel il lui sera accordé toute aide et assistance légale.

ART. IX. Les ratifications de la présente convention, seront échangées, dans l'espace de quatre mois, ou plutôt si faire se peut, et dans l'endroit que les hautes parties contractantes désigneront.

En foi de quoi les susdits commissaires plénipotentiaires, en vertu de leurs pleinpouvoirs respectifs, ont signé la présente convention, et y ont apposé le cachet de leurs armes. Fait à Tornea le dix sept janvier l'an de grâce mil huit cent vingt un.

G. PEYRON.

H. WÄRNHIJELM.

I n s t r u c t i o n.

1821

Hwarefter Landtmätare och andra wederbörande hafwa sig att rätta, wid de Ego-utbyten, som jemnlikt Andra Artikeln af Gränse-Reglerings-Tractaten den Tjugonde Nowember Ettusende Åttahundrade Tio, samt Andra Artikeln uti den, under denna dag, afslutade Convention, komma att verkställas, till fränskiljande af enskilte Jordegäres tillhörigheter på ömse sidor om Riksgränsen, inom Neder-Torneå, Carl Gustafs och Öfwer-Torneå Socknar, samt Muonioniska och Emontakis Församlingar, af Norrbottens och Ulnåborgs Län; uprättad i enlighet med hwad Fjerde Artikeln af sistnämnda Convention föreskrifwer, af undertecknade Deras Kongl. och Kejserliga Majeståters Befullmäktigade Fullmyndige Commissarier.

§. 1. **P**å det ifrågawarande Ego-utbyten må inom föreskrifwen tid af trenne (3) år wara verkstälde, skola Landtmäteri-Directionerne i båda Riken, hwardera skyndsammast utse Åtta (8) driftige och uti Egodelning kunnige Landtmätare, hwilke under ledning af en, såsom Styresman, likaledes tillförordnad skicklig person, ifrån hwardera Riket, komma att detta arbete företaga och fullborda, på fätt och i den ordning här nedanföre omförmåles.

§. 2. Den Första Junii Ettusende Åttahundrade Tjugu Ett skola förenämnde Styresmän och Landtmätare, uti Torneå Stad inträffa; då de förstnämnde, defsförinnan böra anmäla sig hos Landshöfdingarne i Gränse-Länen, till erhållande af så wäl denna Instruction, som nödige Chartor och Handlingar.

Wid af dem utsättande Sammantråden, böra de ej allenast meddele samtelige Landtmätarne känne-

1821 dom, om hwad till detta arbetets hela omfång hör, utan ock, efter föregången rådplågning med dem, upgöra ordentelig och fullständig Plan för göromålens behandling, samt i enlighet dermed, och på det enahanda grunder derwid, uti alla Delningslagen må följas, utfärda Formulairer till Ego-beskrifningar, Graderings-längder och Delnings-instrumenter, hwilka owägerligen skola iakttagas.

§. 3. Med afseende å Gränse-egornes låge och beskaffenhet, samt för att i det möjligaste befordra Ego-utbytet till gemensam förmån, hafwa underteknade befullmäktigade Commisariier aktat nödigt, att bestämma Tre (3) Hufwudstationer eller Skifteslag, inom hwilka Ego-utbyten komma att verkställas, warande desse följande, nemligen: Neder-Torneå och Carl Gustafs Socknar, Ett; Öfwer-Torneå Moder-Församling med de derunder lydande Twå Kapeller, Hietaniemy och Payala eller Turtula, det Andra; samt Muonioniska och Enontäkis Lappmarks Församlingar, det Tredje.

§. 4. I afseende å den lättnad i communication som Landmätarne böra åga med Styresmännen, förläggas de sistnämndes Hufwud-station till Moderkyrko-Församlingen i Öfwer-Torneå Socken, såsom warande ungefärligen i midten af Districterne, och där det widlöftigaste arbetet jemwål förefaller; Dock må Styresmännen, då wigtiga anledningar sådant påkalla, flytta till annan ort, hwarest deras personliga närvaro kan vara mera nödig. Och ehuru Styresmännens mesta tid kommer att uptagas af den noga upmärksamhet, hwarmed de alltid skola följa arbetes gång, böra de likwål icke uraktlåta att lägga hand wid andra göromål, samt paskynda förrättningens slut, då detta, utan hinder i deras egenteliga befattning som Chefer, sig göra låter.

§. 5. Wid det uti 2. §. af denna Instruction, omnämnda sammantårde, böra Styresmännen utnämna Twå (2) Landmätare från hwardera sidan, till det första, och lika många till det andra Skiftes-laget, hwilka verkställa de till utbyte hörande Egornes mätning och affattning å Charta, samt en Tredje Landmätare, likaledes från begge Riken, i hwardera

Districtet, som med Graderingen af dessa Egor tager 1821 befattning, men i det Tredje Delnings-laget, der Ego-utbytet blifwer mindre widsträckt, skola endast Twå (2) Landtmätare från hwardera sidan utses, hwilka gemensamt lägga hand, wid så wäl mätningen, som det öfriga arbetet.

§. 6. Att Styresmännen, före utnämmandet af dessa Landtmätarne, noga göra sig underrättade om de jäf, som emot en eller annan kunna uppas, samt med fastad upmärksamhet, så wäl derå, som om någon af Landtmätarne till äfventyrs förut innehafwer kännedom af Landet, bestämma walet af dem till Districterne, äro omständigheter, hwilka till iakttagande anmärkas: likasom att; då det i mån af arbetes fortgång, må ankomma på Styresmännen, att flytta Landtmätarne från en station till en annan, samt att beordra de Landtmätare, som wid Graderingarne hafwa befattning, att under tiden, då de dermed icke kunng syfselsättas, förrätta annat arbete; de äfwen wid allt detta noga böra tillse, att ett lika antal af Swenska och Rycka Landtmätare alltid gemensamt förrätta de dem åliggande göromål, på det mistroende om wäld och ensidighet må förekommas, samt ömsesidig förmån iakttagas.

§. 7. Sedan Landtmätarne på omförmålte sätt blifwit fördelade, och underrättade om de dem åliggande skyldigheter, tillkommer det ej mindre dessa, att ofördrojeligen begifwa sig till de för dem anwiste stationer, än wederbörande Styresmän, att, genom utfärdande Kungörelser, underrätta Hemmans-innehafwarne om det skeende Ego-utbytet, Delningslagens antal, samt de Landtmätares namn, hwilka till hwarje Delnings-lag blifwit anwiste, äfwensom att de Jordägare, hwilkas rätt wid Ego-utbytet kan komma i fråga, böra å wils utsättande tid, och inom hwart District bestämd ort, infinna sig för att utwälja Graderingsmän, anskaffa nödigt antal Handlangare, samt rådplåga om öfriga till ändamålets winnande nödiga ämnen.

§. 8. Å detta sålunda utlysta första sammantråde, hwarwid Cheferne för Landtmätarne föra ordet, skall ej mindre den mellan de Höga Magterne i dag

1824 slutade Convention, ån denna Instruction upläsas; och då Allmogén, genom en efter dets fattningsgåfwa lämpad framställning, blifwit noga underrättad, om de till dets iakttagande hörande ämnen, böra grunderne för Graderingen af jorden uppgöras, Graderingsmännen utväljas, och antalet af Handtlångningsmanskapet bestämmas.

§. 9. Till Graderingsmän skola om orten och jordbruket kunnige ojäfwige personer, Twå (2) ifrån Swenska och lika många ifrån den Ryska sidan utses, samt af delfe Fyra, en efter lottning utgå, så att endast Trenne (3) Graderingsmän komma att Landtmätarne och Jordegarne, wid förrättningen åtfölja. Och som derpå ligger mycken wigt, att Graderingen inom hwarje Skifteslag, sker efter enahanda grunder, skola Graderingsmännen icke utan synnerliga omständigheter ombytas, hålst om någon af dem, utaf särdeles hinder, eller icke förutsedt jäf, blefwe urståndsatt att med denna befattning fortfara, den Fjerde utlottade, i sådan händelse, bör påkallas, och i den afgångnas ställe biträda. Hwad åter Handtlångningsmanskapet angår, så, emedan genom ett ofta skeende ombyte af detsamma, förrättningens fortgång hindras, böra Jordegarne wara omtänkte, att sådana personer, lika många å hwardera sidan om Skiftes-laget, dertill anskaffas, som en längre tid med denna befattning fortfara. Skulle, emot all förmodan, å förelagd tid, en eller flere af Handtlångarne, från förrättningsstället uteblifwa, böra närmaste Krono-Betjente, wid wite af Trettio (30) Daler Silfwermynt, eller motswarande Rubel-Silfwer, på derom gjord skriftelig requisition af Landtmätarne, genast foga anstalt om erhållande af någon annan, på de försumlige Jordegarnes kostnad, hwilken straxt får utmätas.

§. 10. Efter denna första sammankomsts slut, och sedan Styresmännen fördelt arbetet, inom de till Skiftes-laget hörande Landtmätare, åligger det de sistnämnde, att med göromålen skyndsammast göra början, och desamma med den noggranhet och drift utföra, att de Hög Monarkernes afsigt, enskild och allmän bättnad, derigenom winnes.

§. 11. Innan med egornes mätning och affattning 1821
 begynnes, skola Landtmätarne hvar i sitt Skiftes-
 lag, uti de församlade Jordegarnes närwaro, noga
 göra sig underrättade om de Lågenheters beskaffen-
 het, hwilka wid det skeende utbytet böra komma i
 fråga, samt derwid iakttaga: Att som inga andra än
 sådana Egor, bestående af åker och ång, samt sådan
 skog och utmark, hwilken till enskilda Hemmans-
 egare blifwit behörigen afwittrad (Torneå Stad härut-
 tinnan inbegripen), äro utbyte underkastade, bör
 mätningen och graderingen ej heller sträcka sig till
 impedimenta, Krono-Allmänningar, och sådan jord,
 som Kronan till Bruk och Sågverk emot recognition
 uplåtit, så framt ej sådan mark finnes vara under
 Bergsfrälse-rätt upodlad (Kängis Bruk härutinnan
 inbegripet): Att då i allmänhet, inga andra frivilliga
 utbyten kunna för lagliga anses, och ifrån all beräk-
 ning uteslutas, än de, som före den Andra October
 Ettusande Åttahundrade Femton blifwit skrifteligen
 författade, ochwid de härförinnan, i afseende å Ege-
 utbytet redan verkställda Landtmätare förrättningar
 anmälte, samt i Landtmätarens Protocoll anteknade,
 skola äfwen alla de sedermera ingångne byten, lika-
 som delse, utaf de förstnämnde, hwilka dels angå
 sådana Lågenheter, som äro på ett så långt afstånd
 från tillträdarne belägne, att någon nytta af dem,
 icke kan vara att påräkna, dels ock uptaga framde-
 les jemkningar och ersättningar af Holmegor m. m.,
 för olagliga anses; Härifrån likwål undantagne, de
 utbyten, som ömsesides Jordegare inom Enontäkis,
 Muonioniska och Payala eller Turtula Församlingar
 till och med Pello By, i Öfwer-Torneå Socken,
 skrifteligen afslutat, och hwilka, i anseende till dessa
 Egors särskilda beskaffenhet, samt Delegarnes spridda
 läge, må vinna behörigt afseende, oaktadt de icke
 inom den här ofwanföre utsatta tiden blifwit ingång-
 ne och anmälte, om Jordegarne å ömse sidor, med
 dem åtnöjas, dock att någon Egoblandning eller ore-
 dighet i Skiftet genom dem ej åstadkommes; och
 att, då hwad Holmarne angår, inga andra af dessa
 komma i fråga, än de som tagit giltig gräswäxt,
 böra de upgrundningar, som ännu icke hunnit till
 ång förwandlas, således från all beräkning afgå, utan
 att likwål härigenom någon rubbning göres, uti den

1824 rätt till slike nygrundningar och deras förädlande, som hwardera Rikets undersåtare kunna sig förwärfwat till dem, som ligga inom eget område.

§. 12. Sedan detta allt för sig gått, och Landtmätarne tagit fullkomlig kännedom om de Lågenheter som böra bytas, skola desamma mätas, å Charta affattas och beskrifwas, så widt de denna behandling förut icke warit underkastade, eller genom tidens längd undergått någon förändring, då, likasom i de fall, enår Jordegarne sjelfwa åska ytterligare undersökning af dem, sådant icke må uraktlåtas, likwål, i sistnämnde händelse, på de sökandes egen bekostnad.

§. 13. I mån af Egornes mätning och affattning, kommer graderingen af dem att genast verkställas, utaf de på förberörde sätt utsedde Graderingsmän i Jordegarnes och Graderings - Landtmätarnes närwaro; och som jordens och skogens taxering fordrar den mest granulaga åtgärd, böra Graderingsmännen, allwarligen påminne om deras skyldighet att göra hwar man rätt, med noggrannhet förrätta detta deras åliggande, och, hwad skogen angår, fåsta upmärksamhet ej allenast derå, om densamma är lämpelig till wedbrand, utan ock, om marken hwarå den växer, är till odling tjenlig eller icke, samt derefter bestämma dess värde. Skolandes Landtmätarne härwid meddela Graderingsmännen de uplysningar, som af deras skicklighet och erfarenhet bör vara att förwänta. Wore någon Jord förut graderad, iakttages derwid hwad om mätningar uti nästföregående §. stadgadt är.

§. 14. Skulle under Egornes mätning och gradering, twist upkomma emellan Grånseboerne, om egande - rätten till de Lågenheter, som böra gå i byte, underrätte Landtmätarne de stridiga parterne, om hwad Tredje Art. af förberörde Convention, i thy fall, stadgar, och antekne noga uti Protocollet, hwad å ömse sidor påstås, och swaradt blifwit, samt hwad i öfrigt till uplysning i twisteämnet lända kan: skolandes klaganden detta Protocoll, jemte Landtmätarnes derwid fogade yttrande, emot erläggande lösen, uttaga, och wid målets företagande Compromissarierne meddela. Dock böra dessa twi-

stigheter icke uppehålla förrättningens gång i öfrigt, 1821 utan åligger det Landtmåtarne efter beskaffenheten med göromålen fortfara.

§. 15. Då Egornes mätning och affattning å Chartan, beskrifning och gradering blifwit fullbordad, böra Landtmåtarne derom inberätta till Cheferne, hvilka det åligger sammankalla Jordegarn, samt efter en noga granskning af det sålunda förrättade arbetet, och sedan behörig rättelse skett, ej mindre i allt öfrigt, hwartill anledning ken finnas, än i de delar, hvilka varit underkastade Compromissariers yttrande, hafwa wårnad derå, att skiftet och utbytet företages och verkställes i den ordning, förenämnde Convention samt Storskifts-Författningarne stadga och föreskrifwa; deryid ihogkommande: att egoblandning och år-omgång å Holmarne först urskiljes, innan utbytet af Lågenheterne å fasta Landet för sig gått: att wid bristande wederlag för Lågenheter å fasta Landet, endast de Holmar må der till användas, som ligga på samma sida om Riksgränsen, der wederlaget saknas: att ömsesides Jordegares beqwåmlighet, så widt sig göra låter, alltid afsees: att wederlag ej gifwes på längre afstånd, än 2:ne högst 3:ne mil, derest förra häfden ej varit mera aflågsen: och att, framför allt, enskilldt lidande på det högsta undwikes.

§. 16. Om stridigheter wid Skiftet upstå, angående Skiftens låge m. m. böra de i Protocollet till beskaffenhet antecknas, för att kunna i ett sammanhang pröfwes, af den, eller de, som komma, på sått Femte Artikeln uti oftanämnde Convention stadgar, att lägga slutlig hand wid Ego-utbytet, och wederbörande derom underrättas.

§. 17. Wid hwarje af Cheferne och Landtmåtarne utlyst sammankomst, skola Jordegarn tillstådeskomma, så framt de åstunda att i saken börde blifwa, eller att något annat afseende å deras rätt må hafwas, än hwartill de företedde Handlingar föranleda, hwilket uti de utfärdande Kungörelserne, alltid bör inflyta: Skolandes de, såwål wid nefe sammankomster, som wid andre tillfällen hållna Protocoll, hvilka noga uptaga alla omständigheter hvarom

1821 fråga upstått, och till saken höra, behörigen justerade, och af Cheferne, samt i deras frånvaro, af Skiftes-Landtmåtarne underskrefne, ibland de öfrige Handlingarne förvaras.

§. 18. För Graderingsmännens och Handtlångarnes arfwoden skola Jordegarna ansvara, men Chefernes och Landtmåtarnes tractamenten och resekostnad skall ersättas af Kronan, i hvilket afseende Landtmåtarne åga att efter hvarje halft års förlopp inlemna till Styresmännen, rediga och specifica Räkningar, öfwer det under denna tid af dem förrättade arbete, för att efter föregången granskning warda, jemte Chefernes egna Arfwodes-räkningar, till Öfwer-Directeurens wid Landmåteriet ytterligare revision, insände; skolandes dessa Räkningar, åtföljda af de öfwer dem författade anmärkningar ifrån Landmåteri-Contoiret skyndesammast öfversändas till Landshöfdingarne i Gränse-Lånen, för att pröfwas och bestämmas, genom i behörig ordning författadt Utelag, hwilket, jemte de anordnade medlen, bör, genom Kronofogden i orten, Cheferne emot bewis tillställas.

§. 19. Skulle någon af Landtmåtarne af sjukdoms förfall blifwa hindrad att wid arbetet fortfara, åligger det Styresmännen, att genast sådant inberätta till Landshöfdingen uti Gränse-Lånet af det Riket, hwars undersäte den sålunda till arbetet förhindrade Landtmåtaren är, på det Landshöfdingen må komma i tillfälle, att genast någon annan i hans ställe förordna, hwilken oförtöfwat bör å förrättningsstället sig infinna; men om någon af Cheferne blifwer urståndsatt att sin tjenstbefattning bestrida, bör anmälan derom ske hos Öfwer-Directionen wid Landtmåteriet, som om en annans tillförordnande fogar skyndsamt anstalt, på det arbetet ej derigenom må komma att uppehållas.

§. 20. Öfwer förrättningen böra Landtmåtarne föra en fullständig och på sanningen grundad Dagbok, som uptager arbetet för hvarje dag. Börandes ett Utdrag deraf för hwar månad, samt Berättelsen om hwad som kan wara i afseende å arbetets gång att anmärka, inom Sjette (6) dagen, af den påföljande

månaden insändas till Styresmännen, hwilka det 1821 åligger, att efter arbetets slut, till Grånse-Landshöfdingarne öfwerlemnna, ej mindre dessa, än de uprättade Chartorne, Ego-beskrifningar, Graderings- och Delnings-instrument, jemte öfrige till Ego-utbytet hörande Protocoller och Handlingar, för hwilkas riktighet, äfvensom de framdeles infordrande Renovationerne, hwar och en som wid dem lagt hand, bör wara ansvarig, och komma dessa Handlingar till framtida säkerhet uti Grånse-Lånens Province-Contoir att förwaras.

§. 21. I öfrigt böra wederbörande Landshöfdingar, samt de under deras lydno stående Krono-Betjente, äfvensom öfrige Embets- och Tjenstemän, med all beredwillighet tillhandagå Cheferne för Landtmåtarne, enär de å Embetes wågnar påkallia deras biträde; och som med fästast afseende derå, att under loppet af en tidlångt utaf Trenne (3) år, wid verkställigheten af denna widlöftiga förrättning, sådana frågor möjiligen kunna upstå, för hwilkas bedömande saknas bestämd föreskrift, hafwa undertecknade Befullmäktigade Commisariier welat förordna: att Cheferne för Landtmåtarne må i sådane fall, och efter sig företeende omständigheter pröfwa och föreskrifwa sättet, hwarigenom skyndsamhet i arbetets gång, samt Delegarnes gemensamma fördel befrämjas, dock allt i öfwerensstämmelse med de Hufvudgrunder, hwilka dels i Conventionen, dels här i Instructionen äro gifna, samt derest ej pröfnin-gen af dessa frågor kunde utan hinder för arbetets fortgång tåla uppskof till den tid, då båda Regerin-garnes Ombud åter sammantråda för att wid Skif-tets fulländande, lägga den sluteliga hand, hwarom Femte Artikeln uti högstberörde Convention stadgar. Torneå Stad den Sjuttonde Januarii Ettusende Åtta-hundrade Tjugu Ett.

GUST. PEYRON.

HERMAN WÄRNHJELM.

A ces causes, nous avons voulu ratifier, approu-ver et accepter la susdite convention avec tous ses articles, points et clauses, ainsi que l'instruction y annexée, comme aussi par les présentes, nous les

1821 acceptons, approuvons et ratifions, avec tous leurs articles, points et clauses; promettons et nous engageons, de la manière la plus efficace que faire se peut, de remplir et d'observer la dite convention, dans toute sa teneur, sincèrement, fidèlement et loyalement. En foi de quoi nous avons signé la présente de notre propre main et y avons fait attacher notre grand sceau royal. Fait au château de Stockholm le vingt sixième jour du mois de Février l'an de grâce mil huit cent vingt un.

CHARLES JEAN.

LAURENT D'ENGESTRÖM.

Ratification de S. M. l'empereur de toutes les Russies de la convention susmentionnée.

Nous Alexandre I. par la grâce de Dieu empereur et autocrateur de toutes les Russies, de Moscovie, Kiovie, Wladimirie et Novogorod, czar de Casan, czar d'Astrachan, czar de Pologne, czar de Sibérie, czar de la Chersonèse Taurique, seigneur de Plescow et grand duc de Smolensko, Lithuanie, Wolhynie, Podolie. et de Finlande, duc d'Estonie, de Lïvonie, de Courlande et Sémigalle, de Samogitie, Belostock, Carélie, Twer, Jugorie, Permie, Wiatka, Bolgarie et d'autres; seigneur et grand duc de Novogorod inférieur, de Czernigovie, Resan, Polozk, Rostov, Jaroslaw, Belo- Osorie, Udorie, Obdorie, Condinie, Witepsk, Mstislaw, dominateur de tout le côté du nord et seigneur d'Ivérie, de Cartalinie, de Grusinie et de Cabardinie; prince héréditaire et souverain des princes de Czircassie, Gorsky et autres; héritier de Norvège, duc de Schlesvig Holstein, de Stormarie, de Ditmarsen et d'Oldenbourg etc. etc. savoir faisons: Que d'un commun accord entre nous et Sa Majesté le roi de Suède et de Norvège, nos plénipotentiaires respectifs ont conclu et signé dans la ville de Tornéa ce $\frac{5}{17}$ Janvier 1821, une convention, dont la teneur mot pour mot est comme suit:

(Suit la convention.)

A ces causes, après avoir suffisamment examiné 1821 cette convention, ainsi que l'instruction y mentionnée dans l'article IV, nous les avons agréées et nous les confirmons et ratifions par les présentes, dans toute leur étendue, en promettant sur notre parole impériale, pour nous et nos successeurs, que tout ce qui est stipulé dans les dites convention et instruction, sera observé et rempli inviolablement. En foi de quoi nous avons signé notre présente ratification impériale et y avons fait apposer le sceau de notre empire. Fait à Laybach, le 28 Février de l'an de grâce mil huit cent vingt et un et de notre règne la vingtième année.

A L E X A N D R E.

Le secrétaire d'état

Comte DE NESSELRODE.

61.

*Convention entre la Saxe royale et le grand-
duc de Saxe-Weimar-Eisenach, concer-
nant l'extradition réciproque des déserteurs,
publiée le 9 Février 1821.*

*(Gesetzsammlung für das Königreich Sachsen 1821.
No. 2. pag. 12.)*

Von Gottes Gnaden, Friedrich August, König von Sachsen u. s. w.

Nachdem Wir mit Sr. Königl. Hoheit, dem Großherzoge von Sachsen-Weimar-Eisenach, übereingekommen sind, die Bestimmungen der, zwischen Uns und des Königs von von Preußen Majestät, über die gegenseitige Auslieferung der Deserteurs und austretenden Militairpflichtigen, unterm 18ten April 1817 geschlossenen Convention, mit folgenden, nach den Localverhältnissen erforderlichen Modificationen:

1821 a) dafs ad §. 6. zu den Ablieferungsorten diesseits die Städte Zwickau und Leipzig, jenseits die Stadt Neustadt an der Orla bestimmt worden;

b) dafs ad §. 9. die diesseitigen Reclamationen in jedem Falle an die Großherzogliche Landesdirection zu Weimar, und die jenseitigen an die Königlich Sächsische Landesregierung oder das Königlich Sächsische General-Commando ergehen, und

c) dafs an §. 10. die Unterhaltungskosten für auszuliefernde Deserteurs an drei Gros den täglich, sowie

d) ad §. 12. die den Unterthanen, für Einlieferung von Deserteurs, abzureichenden Gratificationen von fünf Thalern für einen Mann ohne Pferd, und von zehn Thalern für einen Mann mit dem Pferde, in Conventionsmünze, ausgezahlt, auch

e) die §. 10. festgesetzten Rationen, jenseits wie diesseits, nach Dresdner Gewicht verabreicht und berechnet werden sollen;

auch zwischen Unsern und den Großherzogl. Sachsen-Weimar-Eisenachischen Landen und Behörden für verbindlich anzuerkennen; als haben sich alle Behörden und Unterthanen Unserer Lande hiernach gebührend zu achten; auch ist gegenwärtige Verordnung, in der durch das Generale vom 13ten Juli 1796 und das Mandat vom 9ten März 1818 vorgeschriebenen Mafse, gehörig bekannt zu machen.

Dresden, am 9ten Februar 1821.

Freiherr VON WERTHERN.

CHRISTIAN LEEBRECHT NOSSHY, S.

62.

*Ordonnance du gouvernement royal Saxon, 1821
concernant la convention conclue entre la
Saxe royale et les princes de Reufs de la
ligne aînée et de la ligne cadette, pour l'ex-
tradition réciproque des déserteurs, du
19 Février 1821.*

*(Gesetzsammlung für das Königreich Sachsen 1821.
No. 3. pag. 13.)*

Von Gottes Gnaden, Friedrich August, König von
Sachsen u. s. w.

Nachdem Wir mit dem Fürstlich Reussischen Ge-
sammtthause älterer und jüngerer Linie übereinge-
kommen sind, daß die Bestimmungen der, zwischen
Uns und des Königs von Preussen Majestät, über
die gegenseitige Anlieferung der Deserteurs und aus-
tretenden Militairpflichtigen, unterm 18ten April 1817
geschlossenen Convention, mit folgenden nach den
Localverhältnissen erforderlichen Modificationen:

- a) daß ad §. 6. zu den Ablieferungsorten diesseits
die Städte *Zwickau* und *Plauen*, jenseits die Städte
Greitz und *Schleitz* bestimmt worden;
- b) daß ad §. 9. die diesseitigen Requisitionen an
die Fürstliche Landesregierung zu *Greitz*, oder,
so viel die Reussischen Lande jüngerer Linie be-
trifft, an die Fürstlichen Steuerdirectorien zu *Gera*,
Schleitz, *Ebersdorf* und *Lobenstein*, jenachdem
der Deserteur unter einem dieser vier Bezirke
sich aufhält — die jenseitigen Requisitionen aber
an die Königlich Sächsische Landesregierung oder
an das Königlich Sächsische General-Commando
ergehen, und
- c) daß ad §. 10. die Unterhaltungskosten für aus-
zuliefernde Deserteurs an drei Groschen täglich,
so wie
- d) ad §. 12. die den Unterthanen, für Einlieferung
von Deserteurs, abzureichenden Gratificationen

1821 von fünf Thalern für einen Mann ohne Pferd, und von zehn Thalern für einen Mann mit dem Pferde, in Conventionsmünze ausgezahlt werden, auch zwischen Unsern und den Fürstlich Renssischen Landen und Behörden als verbindlich anerkannt werden sollen;

Als haben sich alle Behörden und Unterthanen Unserer Lande hiernach gebührend zu achten, und ist gegenwärtige Verordnung, nach Maßgabe des Generalis vom 13ten Juli 1796 und des Mandats vom 9ten März 1818, gehörig bekannt zu machen.

Dresden, am 19ten Februar 1821.

Freiherr von WERTHERN.

CHRISTIAN LEBRECHT NOSSKY, S.

63.

Convention entre le royaume des Pays-Bas et la Hesse électorale, concernant l'abolition réciproque du droit de détraction et de l'impôt d'émigration, conclue le ^{20 Février}/_{8 Mars} 1821.

Sammlung von Gesetzen u. s. w. für die Kurhessischen Staaten. Dritter Band. Jahr 1821. No. VII.

April. p. 15.)

ART. I. **L**es droits connus sous le nom de jus detractus, gabella hereditaria et census emigrationis, ne seront plus exigés ni perçus à l'avenir lorsqu'en cas de succession, legs, donation, vente, émigration ou autre, il y a lieu à une translation de biens du royaume des Pays-Bas dans l'électorat de Hesse, ou de celui-ci dans les états des Pays-Bas: toutes les impositions de cette nature étant abolies entre les deux pays.

ART. II. Cette disposition s'étend non seulement aux droits et autres impositions de ce genre, qui font partie des revenus publics, mais encore à ceux

qui jusqu'ici pourroient avoir été levés par quelques 1821 provinces, villes, juridictions, corporations ou communes, de manière que les personnes intéressées à ces exportations de biens, ne seront assujetties à d'autres impositions ou taxes, qu'à celles qui, soit à raison de droit de succession, de vente ou de mutation de propriété quelconque, sont acquittées par les habitans des Pays-Bas ou de l'électorat de Hesse eux-mêmes, d'après les lois, réglemens et ordonnances existans ou à émaner dans la suite.

ART. III. La convention susdite est applicable non seulement à toutes les successions à échoir à l'avenir, mais encore à celles déjà dévolues, mais dont la translation n'a point encore été effectuée.

ART. IV. Comme cette convention ne regarde que les propriétés et leur libre exportation, toutes les lois relatives au service militaire restent en pleine vigueur dans les deux pays et les gouvernemens contractans ne sont nullement restreints par la présente déclaration dans leur future législation sur cet objet.

ART. V. Cette convention sera délivrée en double de la même teneur et aura force et valeur dans les pays respectifs.

(Cette convention a été ratifiée par S. M. le roi des Pays-Bas le 16 Mars et par S. A. R. l'électeur de Hesse le 17 Mars 1821.)

64.

1821 *Publication concernant l'extension de plusieurs traités conclus avec la Suisse, sur plusieurs cantons et sur toute l'étendue du grand-duché de Bâde, du 24 Février 1821.*

(Regierungsblatt des Großherzogthums Baden 1821. 9 März. No. V.)

Durch den inmittelst erfolgten Beitritt verschiedener eidgenössischen Stände sind nunmehr:

I. dem Staatsvertrage vom 23ten August 1808 betreffend die Förmlichkeit bei wechselseitigen Heirathen aus dem einem Lande in das andere, die nachbenannten 15 Cantone: Luzern, Zürich, Bern, Uri, Unterwalden, Glarus, Freiburg, Solothurn, Basel, Schaffhausen, Appenzell, St. Gallen, Argau, Thurgau und Tessin; (cf. Offizielle Sammlung der das Schweizerische Staatsrecht betreffenden Aktenstücke. Bd. 2. Heft. 1. (1822.) pag. 63.)

II. Dem Staatsvertrage vom 7ten Juli 1808 über Concurs - Rechtgleichheit sind die nachstehenden 19 Cantone: Luzern, Zürich, Bern, Uri, Unterwalden, Zug, Freiburg, Solothurn, Basel, Schaffhausen, Appenzell, St. Gallen, Graubünden, Argau, Thurgau, Tessin, Waadt, Wallis und Neuenburg; (cf. Offizielle Sammlung der das Schweizerische Staatsrecht betreffenden Aktenstücke l. c. pag. 62.)

III. Dem Staatsvertrag vom 30sten August 1808 über gegenseitige Auslieferung der Verbrecher, sind 21 Cantone, nämlich: Luzern, Zürich, Bern, Uri, Schwyz, Unterwalden, Glarus, Zug, Freiburg, Solothurn, Basel, Schaffhausen, Appenzell, St. Gallen, Graubünden, Argau, Thurgau, Tessin, Waadt, Wallis und Neuenburg; (cf. Offizielle Sammlung u. s. w. l. c. p. 62.) und

IV. Dem Freizügigkeitsvertrage vom 6ten Februar 1821
1804 folgende 21 Cantone: Luzern, Zürich, Bern,
Uri, Schwyz, Unterwalden, Glarus, Zug, Freiburg,
Solothurn, Basel, Schaffhausen, Appenzell, St. Gal-
len, Graubünden, Argau, Thurgau, Tessin, Waadt,
Wallis und Neuenburg in der Art beigetreten, daß
nun jeder dieser vier Staatsverträge einerseits für
das ganze dermalige Großherzogthum, andererseits
aber für den gesammten jetzigen Gebietsumfang der
bei jedem dieser Verträge hier einzeln genannten
Cantone der schweizerischen Eidgenossenschaft in
verbindlicher Kraft bestehen (cf. Offizielle Sammlung
u. s. w. I. c. pag. 61.).

Carlsruhe, den 24sten Februar 1821.

Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten.

Freiherr VON BERSTETT.

Vdt. HÄUSER.

65.

1821 *Articles du traité d'alliance, conclu entre la France et la confédération Suisse le 27 Septembre 1803 qui, en suite de la proposition faite par S. E. le ministre plénipotentiaire de France en Suisse le 16 Octobre 1820, et de la déclaration donnée par le Directoire Fédéral au nom des états de la Suisse le 3 Mars 1821, sont maintenus provisoirement (nonobstant l'expiration du dit traité) jusqu'à l'époque de la conclusion d'une nouvelle convention entre les deux états.*

(Offizielle Sammlung der das Schweizerische Staatsrecht betreffenden Aktenstücke Bd. 2. Heft 1. (1822) pag. 64.)

a) ART. XIII. **D**ans les affaires litigieuses personnelles ou de commerce, qui ne pourront se terminer à l'amiable, ou sans la voie des tribunaux, le demandeur sera obligé de poursuivre son action directement devant les juges naturels du défendeur, à moins que les parties ne soient présentes dans le lieu même, où le contrat a été stipulé, ou qu'elles ne fussent convenues des juges par devant lesquels elles se seroient engagées à discuter leurs difficultés.

Dans les affaires litigieuses ayant pour objet des propriétés foncières, l'action sera suivie par devant le tribunal ou magistrat du lieu, où la dite propriété est située.

Les contestations qui pourroient s'élever entre les héritiers d'un François mort en Suisse, à raison de sa succession, seront portées devant le juge du domicile que le François avoit en France. Il en sera usé de même à l'égard des contestations qui pour-

roient s'élever entre les héritiers d'un Suisse mort 1821 en France.

b) ART. XIV. Il ne sera exigé des François qui auroient à poursuivre une action en Suisse, et des Suisses qui auroient une action à poursuivre en France, aucuns droits, cautions ou dépôt, auxquels ne seroient pas soumis les nationaux eux-mêmes, conformément aux lois de chaque endroit.

c) ART. XV. Les jugemens définitifs en matière civile, ayant force de chose jugée, rendus par les tribunaux françois seront exécutoires en Suisse, et réciproquement, après qu'ils auront été légalisés par les envoyés respectifs, ou à leur défaut par les autorités compétentes de chaque pays.

d) ART. XVI. En cas de faillite ou de banqueroute de la part de François possédant des biens en France, s'il y a des créanciers Suisses et des créanciers François, les créanciers Suisses qui se seroient conformés aux lois françoises pour la sûreté de leur hypothèque, seront payes sur les dits biens, comme les créanciers hypothécaires françois, suivant l'ordre de leur hypothèque; et réciproquement, si des Suisses possédant des biens dans la Confédération Helvétique, se trouvoient avoir des créanciers François et des créanciers Suisses, les créanciers François qui se seroient conformés aux lois suisses pour la sûreté de leur hypothèque en Suisse, seront colloqués sans distinction avec les créanciers Suisses, suivant l'ordre de leur hypothèque.

Quant aux simples créanciers, ils seront aussi traités également, sans considérer auquel des deux états ils appartiennent, mais toujours conformément aux lois de chaque pays.

e) ART. XVII. Dans toutes les procédures criminelles pour délits graves, dont l'instruction se fera soit devant les tribunaux françois, soit devant ceux de Suisse, les témoins suisses qui seront cités à comparoître en personne en France et les témoins françois qui seront cités à comparoître en personne en Suisse, seront tenus de se transporter près le tribunal qui les aura appelés, sous les peines déterminées par les lois respectives des deux nations. Les

1821 deux gouvernemens accorderont dans ce cas aux témoins les passe-ports nécessaires, et ils se concerteront pour fixer l'indemnité et l'avance préalable qui seront dues à raison de la distance et du séjour; mais si le témoin se trouvoit complice, il sera renvoyé par devant son juge naturel, aux frais du gouvernement, qui l'auroit appelé.

f) ART. XVIII. Si les individus qui seroient déclarés juridiquement coupables de crimes d'état, assassinats, empoissemens, incendies, faux sur des actes publics, fabrication de fausse monnaie, vols avec violence ou effraction, ou qui seroient poursuivis comme tels, en vertu des mandats décernés par l'autorité légale, se réfugioient d'un pays dans l'autre, leur extradition sera accordée à la première réquisition. Les choses volées dans l'un des deux pays et déposées dans l'autre, seront fidèlement restituées, et chaque état supportera jusqu'aux frontières de son territoire les frais d'extradition et de transport.

Dans le cas de délits moins graves, mais qui peuvent emporter peine afflictive, chacun des deux états s'engage, indépendamment des restitutions à opérer, à punir lui-même le délinquant; et la sentence sera communiquée à la légation françoise en Suisse, si c'est un citoyen françois, et respectivement au chargé d'affaires de la Suisse à Paris, ou à son défaut au Directoire Fédéral, si la punition pesoit sur un citoyen suisse.

66.

*Convention entre la Prusse et la Saxe 1821
royale, concernant les déclarations de majori-
té des mineurs possessionés en même tems
dans le royaume et dans le duché de Saxe,
du 15 Mars 1821.*

*(Gesetzsammlung für die Königlichen Preussischen
Staaten 1821. No. 4. p. 39.)*

Zwischen der Königlich Preussischen und der Königlich Sächsischen Regierung ist zu Erläuterung und Ergänzung der unterm 20sten Februar 1816 wegen Abgabe und Fortsetzung der in dem Königreiche und Herzogthume Sachsen anhängigen Rechtsachen abgeschlossenen Convention, und zwar des 11ten bis mit dem 16ten Paragraphen derselben, folgende Uebereinkunft getroffen worden:

ART. I. So oft von der Behörde des Landes, in welchem die Hauptvormundschaft anhängig ist, dem Minderjährigen *venia aetatis* ertheilt wird, soll diese in beiden Landestheilen in der Regel die Kraft der erlangten Volljährigkeit, mithin auch in Rücksicht auf das in dem andern Landestheile gelegene Vermögen haben.

ART. II. Sollen von dieser Regel Ausnahmen Statt finden, und gewisse Beschränkungen der Dispositionsfähigkeit noch fort dauern, so müssen diese jedesmal namentlich in der von der Behörde des Landes, wo die Hauptvormundschaft geführt wurde, über die Großjährigkeits-Erklärung auszustellenden Urkunde ausgedrückt werden.

ART. III. Wenn auch Minderjährige das Land verlassen, in welchem die Hauptvormundschaft Statt findet, so soll doch dadurch, in sofern sie noch Vermögen in beiden Landen besitzen, nichts in der Führung der Vormundschaft geändert werden, und mithin die von der Oberbehörde der Hauptvormund-

1821 schaft ertheilte *venia aetatis* auch alsdann noch in dem andern Landestheile volle Wirkung haben.

Nachdem Se. Königliche Majestät von Preussen diese Uebereinkunft überall genehmigt und wegen Vollziehung derselben das Erforderliche zu verfügen geruht haben, ist hierüber diese zur öffentlichen Bekanntmachung bestimmte Erklärung ausgefertigt und von dem Königlichen Ministerio der auswärtigen Angelegenheiten unterzeichnet worden.

Berlin, den 15ten März 1821.

Königl. Preuss. Ministerium der auswärtigen
Angelegenheiten.

In Abwesenheit des Chefs:

HOFFMANN.

67.

Convention entre la Prusse et la ligne cadette des princes de Reuss-Plauen, concernant la réception réciproque des vagabonds, publiée le 5 Avril 1821.

(Gesetzsammlung für die Königlichen Preussischen Staaten 1820. No. 5. p. 41.)

Nachdem die Königlich Preussische Regierung mit der Fürstlichen Regierung jüngerer Linie Reuss von Plauen dahin übereingekommen ist, die bei Uebnahme der Vagabunden und Ausgewiesenen gegenseitig zu befolgenden Grundsätze festzustellen; so erklären beide Regierungen hiermit, daß sie, statt einer besonderen Uebereinkunft dieserhalb, lediglich den Inhalt, der zwischen den Kronen Preussen und Sachsen am 5ten Februar 1820 über denselben Gegenstand abgeschlossenen Uebereinkunft (confer pag. 40 seqq. der Gesetzsammlung des Jahres 1820), unter den beiderseitigen Staaten als verbindlich gegenseitig anerkennen wollen, und zugleich was den §. 12 er-

wähnter Uebereinkunft anbetrifft, auf Königlich 1821
Preussischem Gebiete die Stadt Zeitz, auf Fürstlich
Reufsischem Gebiete dagegen die Stadt Gera als
Uebergabe-Orte hierdurch festsetzen, jedoch mit
der Modification, daß diejenigen in den Fürstlich
Reufsischen Landen jüngerer Linie ergriffenen Vaga-
bunden, welche nach den Bestimmungen dieser
Uebereinkunft als den, vormals zum Voigtländischen
Kreise Sachsens gehörigen, jetzt Königlich Preussi-
schen enclavirten Orten angehörig zu betrachten
sind, sofort an diese selbst, die Vagabunden dage-
gen, welche aus dem Neustädter Kreise Königlich
Preussischen Antheils und als zu diesen gehörig an-
zusehen sind, nach der Kreisstadt Ziegenrück, so
wie die in jenen Gebietstheilen angehaltenen, den
Fürstlich Reufsischen Landen jüngerer Linie ange-
hörigen Vagabunden ohne Weiteres an das nächste
Fürstlich Reufs-Plauische Justizamt abzuliefern sind.

Gegenwärtige im Namen Sr. Majestät des Königs
von Preussen und der Durchlauchtigen Fürsten jün-
gerer Linie Reufs von Plauen zweimal gleichlautend
ausgefertigte Erklärung soll, nach erfolgter gegensei-
tiger Auswechselung, sogleich Kraft und Wirksam-
keit erhalten und in den beiderseitigen Landen öf-
fentlich bekannt gemacht werden.

Geschehen Berlin, den 5ten April 1821.

Königlich Preussisches Ministerium der auswärtigen
Angelegenheiten.

Graf VON BERNSTORFF.

68.

1821 *Convention entre la Bavière et la ligne ca-
dette de Reufs - Plauen, concernant la ré-
ception réciproque des vagabonds, du
27 Avril 1821.*

(*Reg. und Intelligenz - Blatt für das Königreich
Baiern. No. 17. 9ten Mai 1821.*)

Maximilian Joseph, von Gottes Gnaden König von
Baiern.

Nachdem Wir mit der Fürstlich Reufs-Plaue-
schen der jüngeren Linie Regierung zu Gera dahin
übereingekommen sind, die zwischen Uns und dem
Königlich Sächsischen Hofe unterm 15ten Juni 1820
(Allgemeines Intelligenz-Blatt Stück XXIII. Seite 525
u. f.) wegen wechselseitiger Uebernahme der Vaga-
bunden und Ausgewiesenen abgeschlossene Ueberein-
kunft, auch auf Unsere und der besagten Fürstlichen
Regierung Lande gegenseitig verbindlich auszudeh-
nen, und als Uebergabs-Stationen auf Königlich
Baierischem Territorio die Orte *Naila* und *Nord-
halben*, auf Fürstlich Reufs - Plaueschen Gebiete
hingegen die Städte *Hirschberg* und *Löbenstein* be-
stimmt worden sind, so befehlen Wir Unsern sämmt-
lichen Polizei - Behörden, sich in vorkommenden
Fällen nach den in gedachter Convention vom 15ten
Juni vorigen Jahres enthaltenen Bestimmungen ge-
nauest zu achten.

Gegenwärtige Verfügung soll von dem Tage ihrer
öffentlichen Bekanntmachung an in Kraft treten.

München, den 27sten April 1821.

M A X. J O S E P H.

Graf VON RECHBERG.

Auf Königl. Allerhöchsten Befehl:

Der General-Secretär:

VON BAUMÜLLER.

69.

*Traité entre la Bavière et le Wurtemberg, 1821 .
concernant les rapports de jurisdiction, signé
à Munic le 7-Mai 1821.*

(*Regierungs- und Intelligenz-Blatt für das König-
reich Baiern, vom 3ten Oct. 1821. Nr. 33.*)

Nachdem zwischen der Krone Baiern und Würtemberg zu Beförderung der Justiz - Pflege in den beiderseitigen Staaten, über Feststellung der gegenseitigen Gerichts - Verhältnisse Unterhandlungen gepflogen worden, so sind von beiden contrahirenden Souverainen zu wirklicher Abschließung eines Vertrages über diesen Gegenstand als Bevollmächtigte ernannt worden:

von Seite der Krone Baiern:

der Ministerial - Rath, Joseph Anton von Belli de Pino, Ritter des Königl. Baierischen Civil - Verdienst - Ordens und des Großherzogl. Hessischen Haus - Ordens,

von Seite der Krone Würtemberg:

der geheime Legations - Rath Christian Ludwig Billfinger, Ritter des K. Würtembergischen Civil - Verdienst - Ordens,

welche nach Auswechslung ihrer beiderseitigen Vollmachten folgenden Jurisdictions - Vertrag unter Vorbehalt der Allerhöchsten Ratificationen abgeschlossen haben:

§. 1. Beide contrahirende Staaten versichern sich gegenseitige Rechtshülfe sowohl in bürgerlichen als peinlichen Sachen, insoweit nicht hierüber im gegenwärtigen Vertrage besondere Einschränkungen enthalten sind.

§. 2. Jeder von den beiden contrahirenden Staaten erkennt in seinem Gebiete die Rechts - Kraft und Vollstreckbarkeit der richterlichen Erkenntnisse des andern Staates, insoferne solche Urtheile von einem nach den nähern Bestimmungen des gegenwärtigen

1821 Staats-Vertrags beiderseits als competent anerkannten Gerichte ausgegangen sind.

§. 3. Ein von einem zuständigen Gerichte erlassenes rechtskräftiges Erkenntniß begründet vor den Gerichten des andern Staates die Einrede des rechtskräftigen Urtheils (*exceptio rei judicatae*) mit denselben Wirkungen, als wenn das Urtheil von einem Gerichte desjenigen Staates, in welchem solche Einrede geltend gemacht wird, gesprochen worden wäre; desgleichen werden solche Erkenntnisse an den in dem andern Staate gelegenen Gütern des Sachfälligen unweigerlich vollstreckt, wenn

1. durch gerichtliche Zeugnisse dargethan ist, daß in dem answärtigen Staate selbst, von dessen Gerichten erkannt worden, keine, auch der Zeit und den übrigen Verhältnissen nach gleich bereite und hinreichende Vollstreckungs-Mittel vorhanden seien, und
2. keine eigene Unterthanen mit Forderungen sich gemeldet haben, rücksichtlich welcher ihnen an den zur Vollstreckung des fremdrichterlichen Erkenntnisses angewiesenen Sachen ein vorzügliches oder gleiches Recht gesetzlich zusteht.

Soll daher die Hülfsvollstreckung an der Substanz unbeweglicher Güter geschehen, so ist zunächst der Inhalt des fremdrichterlichen Erkenntnisses nebst Anzeige der Güter, auf welche die Hülfsvollstreckung nachgesucht worden ist, öffentlich bekannt zu machen, und sind alle Unterthanen dieses Staats, welche etwa aus dem Grunde einer Hypothek oder anderer Titel ein vorzügliches oder gleiches Recht an jenen Gütern zu haben meinen, unter Anberaumung eines bestimmten Präklusiv-Termins aufzufordern, bei dem einschlägigen Gerichte erster Instanz ihre Forderungen geltend zu machen.

§. 4. Keinem Unterthan ist es erlaubt, sich durch freiwillige Prorogation der Gerichtsbarkeit des andern Staates, dem er als Unterthan und Staatsbürger nicht angehört, zu unterwerfen.

Keine Gerichtsbehörde ist befugt, der Requisition eines auf diese Weise gesetzwidrig prorogirten Gerichts in Stellung des Beklagten, oder Vollstreckung

des Erkenntnisses Statt zu geben. Jedes von einem solchen Gerichte gesprochene Erkenntniß wird in dem einen, wie in dem andern Staate als ungültig betrachtet.

§. 5. Beide contrahirende Staaten erkennen gegenseitig den Grundsatz, daß der Kläger dem Gerichtsstande des Beklagten zu folgen habe. Es wird daher das Urtheil der fremden Gerichtsstelle nicht nur soferne es den Beklagten, sondern auch soferne es den Kläger, z. B. rücksichtlich der Erstattung von Gerichts-Kosten u. d. gl. betrifft, in dem andern Staate als rechtsgültig anerkannt und vollzogen.

§. 6. Die Widerklage (*Reconventio*) begründet die Gerichtsbarkeit des über die Vorklage zuständigen Richters, jedoch nur unter der Voraussetzung des rechtlichen Zusammenhanges (*Connexität*) der Widerklage mit der Vorklage.

§. 7. Die *Provocations-Klagen* (*ex lege diffamari*, oder *ex lege si contendat*) werden erhoben vor dem persönlich zuständigen Gerichte des Provocanten, oder da, wohin die Klage in der Hauptsache selbst gehörig ist, es wird daher die von diesem Gerichte, besonders im Falle des Ungehorsams, ausgesprochene Sentenz von der Obrigkeit des Provocirten als rechtskräftig und vollstreckbar anerkannt.

§. 8. Beide Staaten erkennen den Gerichtsstand des Wohnsitzes (*Domicil*) dergestalt an, daß bei persönlichen Klagsachen, welche keinen besondern Gerichtsstand (*forum speciale*) begründen, der Unterthan des einen Staates von dem Unterthanen des andern nur vor dem Richter seines Wohnsitzes belangt werden darf, und das von diesem Richter ausgesprochene rechtskräftige Erkenntniß wird aus-hülfweise an den in dem andern Staate sich befindenden Gütern des Sachfälligen vollzogen.

Jedoch können diejenigen, welche ohne Staatsbürger zu sein, in dem einen oder dem andern Staate eine abgesonderte Handlung, Fabrik, oder anderes dergleichen Etablissement besitzen, wegen persönlicher Verbindlichkeiten, welche sie in Ansehung solcher Etablissements eingegangen haben, sowohl vor den Gerichten des Landes, wo die Ge-

1821 werbs - Anstalten sich befinden, als vor dem Gerichtsstande des Domicils, nach den Regeln der Prävention auch aufser dem Falle des Concurses belangt werden.

Auch können die Unterthanen des einen Staates, welche in dem andern begütert sind, von dem Fiscus sowohl, als von den Unterthanen dieses Staates nicht nur in Real - sondern auch in Personal - Klagen vor den Gerichten desselben, wo nämlich die Güter sich befinden, belangt werden, jedoch nur in so weit, als diese Güter einen zureichenden Executions - Gegenstand darbieten, oder dafür angenommen werden wollen.

Bei Auswanderungen hat der answandernde noch ein Jahr lang nach seiner Auswanderung vor den Gerichten des Staates, welchen er verlassen, wegen der Ansprüche, die vor der Auswanderung gegen ihn erwachsen sind, zu Recht zu stehen.

§. 9. Erben, die wegen einer Handlung des Erblassers mit einer persönlichen Klage zu belangen sind, werden nicht vor dem Gerichtsstande des Erblassers, sondern vor ihrem eigenen belangt, sofern nicht bereits mit dem Erblasser selbst die Streitsbefestigung geschehen ist.

§. 10. Wenn der Unterthan des einen Staates, wo er seinen Wohnsitz hat, in dem andern begütert ist, und in Concurs geräth, so wird von beiden Staaten das Gericht des Wohnsitzes des Schuldners als allgemeines Gant - Gericht, jedoch mit der Einschränkung anerkannt, daß für die Concurse des in beiden Staaten begüterten hohen und ritterschaftlichen Adels nach Beschaffenheit der individuellen Umstände, mittelst wechselseitiger Communication der allgemeine Gerichtsstand durch ein besonderes auf den einzelnen Fall sich beschränkendes Einverständnifs wird regulirt werden.

Sollte ein Einverständnifs nicht zu Stande kommen, so finden in solchem Falle Particular - Concurse Statt.

Aufser diesem wird einem Particular - Concurs nur in folgenden zwei Fällen Statt gegeben:

1. zu Gunsten der Erbschafts - Gläubiger, welche in 1821 Ansehung der Erbschaft das ihnen zustehende außerordentliche Separations- Recht geltend machen,
2. wenn der Gemeinschuldner in dem einen oder andern Staate eine abgesonderte Handlung, Fabrik, oder anderes dergleichen Etablissement besitzt, weshalb zum Vortheil derjenigen Gläubiger, welche in Ansehung solcher Etablissements demselben besonders creditirt haben, ein Particular-Concurs eröffnet werden darf.

§. 11. Alle Forderungen, sie seien auf ein dingliches oder persönliches Recht gegründet, sind allein bei dem allgemeinen Gantgerichte einzuklagen, und das außerhalb Landes befindliche Vermögen des Gemeinschuldners wird nach vorgängiger Veräußerung der Grundstücke und Effecten durch den Richter der gelegenen Sache und nach vorgängiger Mittheilung des Locations - Urtheils an diesen dem Gantgerichte abgeliefert.

§. 12. Dagegen zieht der allgemeine Gerichtsstand die bereits anhängigen Rechts - Sachen nur rücksichtlich der Location an sich, so, daß dergleichen Forderungen zwar vor dem Gantgerichte bei Strafe der Ausschließung anzugeben sind, und in das Locations - Erkenntniß am gehörigen Orte eingereiht werden, die Haupt - Liquidation der Forderung aber vor dem Gerichte, wo sie angefangen worden, bis zum Schlusse fortgesetzt wird, wobei dem Gläubiger oder Contradictor unbenommen ist, zu interveniren. Ist der Streit über die besonders verhandelte Forderung zur Zeit der Abfassung des Gant - Urtheils noch nicht beendet, so wird dieselbe in diesem eventuell locirt.

§. 13. Rücksichtlich der Rang - Ordnung der Gläubiger, entscheiden die an dem Orte des Gantgerichts geltenden Gesetze, ohne irgend einen Unterschied zwischen in - und ausländischen Gläubigern.

Was jedoch die auf unbeweglichen Gütern haftenden Hypothekar - Forderungen betrifft; so werden solche nach den Gesetzen des Gerichtsstandes der gelegenen Sache beurtheilt.

1821 Dasselbe gilt von den jure separationis kommenden Ansprüchen auf im Besitze des Gemeinschuldners befindliche unbewegliche Güterstücke, — wohin auch die Ewiggeld-Renten in München gehören — so wie hinsichtlich der Nothwendigkeit, solche Ansprüche bei dem Concurs-Gerichte anzumelden.

§. 14. Alle Anklagen und actiones mixtae, sie mögen eine bewegliche oder unbewegliche Sache betreffen, desgleichen alle possessorischen Rechtsmittel, wie auch die actiones in rem scriptae werden vor dem Gerichte erhoben, in dessen Bezirk sich die Sache befindet, welche den Gegenstand der Klage ausmacht, vorbehältlich dessen, was auf den Fall eines Concurses §. 11. und 12. bestimmt ist.

Das von dem Gerichte der gelegenen Sache gesprochene rechtskräftige Erkenntniß wird von dem Richter des Wohnsitzes des Beklagten nach allen Theilen anerkannt und an den in dem Wohnorte befindlichen Gütern in so weit vollstreckt, als die in dem andern Staate gelegenen Güter des Sachfälligen unzureichend sind.

§. 15. Erbschafts-Klagen werden nicht im Wohnorte des Erben, sondern da, wo sich die Erbschaft befindet, erhoben und zwar dergestalt, daß, wenn die Erbschafts-Stücke zum Theil in dem andern Gebiete der contrahirenden Staaten sich befinden, der Kläger seine Klage zu theilen verbunden ist, ohne Rücksicht, wo der größte Theil der Erbschafts-Sachen sich befinden mag.

Doch werden alle beweglichen Erbschafts-Stücke angesehen, als befänden sie sich an dem Wohnorte des Erblassers.

Activ-Forderungen werden ohne Unterschied, ob sie mit Hypothek versehen sind, oder nicht, den beweglichen Sachen gleich gezählt, jedoch mit Ausnahme der in München bestehenden sogenannten Ewiggelder, als welche den Immobilien gleich gehalten werden.

§. 16. Der Gerichtsstand des Arrests wird in beiden Staaten anerkannt, und daher das Urtheil des Arrests-Richters, soweit die arrestirte Sache nicht

zureicht, von der Obrigkeit des Wohnorts vollzogen. 1821
Jedoch darf der Arrest nur alsdann, wenn eine wirkliche Gefahr, die Forderung zu verlieren, eintritt, erkannt werden.

Sobald auch der Richter des Arrests von dem ausländischen Richter des Wohnorts beurkundete Nachricht erhält, daß über die Schulden bereits die formelle Gant erkannt worden, oder sich derselbe wenigstens im Stande des materiellen Concurses befinde, der die Eröffnung des formellen unvermeidlich macht, so wird der Arrest aufgehoben und die Forderung des den Arrest Impetirenden an das Gantgericht verwiesen.

§. 17. Der Gerichtsstand des Contractes findet nur dann seine Anwendung, wenn sich der Contractant zur Zeit der Ladung in dem Gerichts-Bezirk anwesend findet, in welchem der Contract geschlossen worden ist. Dieses ist besonders auf die auf öffentlichen Märkten geschlossenen Contracte und auf Viehhandel anwendbar.

§. 18. Die Clausel in einer Wechsel-Verschreibung, wodurch sich der Schuldner der Gerichtsbarkeit eines jeden Wechsel-Gerichts, in dessen Gerichtszwang er zur Verfallzeit anzutreffen sei, unterworfen hat, wird von beiden Staaten als gültig, und das hiernach eintretende Gericht für zuständig, mithin dessen Erkenntniß für vollstreckbar anerkannt.

§. 19. Den Gerichtsstand der geführten Verwaltung hat der Ausländer der sie führt, da anzuerkennen, wo entweder die bevormundete Person ihren Wohnsitz hat, oder die verwalteten Güter liegen, der Verwalter mag nun zur Zeit der Verwaltung in eben dem Staate gewohnt, oder dieselbe in seinem auswärtigen Wohnsitze geführt haben.

§. 20. Jede ächte Intervention, die nicht eine besonders zu behandelnde Rechts-Sache in einen schon anhängigen Proceß einmischt, sie sei principal, oder accessorisch, betreffe den Kläger oder den Beklagten, sei nach vorgängiger Streits-Verkündigung (*litis denunciatio*) geschehen, oder ohne dieselbe, begründet gegen den ausländischen Interven-

1821 nienten die Gerichtsbarkeit des Staates, in welchem der Haupt-Process geführt wird.

§. 21. Sobald vor irgend einem in den vorhergehenden §§en dieses Staats-Vertrags bestimmten Gerichtsstande eine Sache rechtshängig (pendent) geworden ist, so ist der Streit daselbst zu beendigen, ohne daß die Rechtshängigkeit durch Veränderung des Wohnsitzes oder Aufenthalt des Beklagten gestört oder aufgehoben werden könnte.

Die Rechtshängigkeit (litis Pendentz) wird durch Insinuation der Ladung für begründet erkannt.

§. 22. Alle Rechts-Geschäfte unter Lebenden und auf den Todesfall werden, was die Gültigkeit derselben rücksichtlich ihrer Form anbetrifft, nach den Gesetzen des Orts beurtheilt, wo sie eingegangen sind, soferne nicht die Handlung selbst einem verbotenden Gesetze des einen Staates entgegen ist.

Rechts-Geschäfte über Real-Rechte, als die Uebertragung des Eigenthums, Bestellung von Hypotheken und dergleichen, richten sich lediglich nach den Gesetzen des Orts, wo die Güter liegen, welche sie zum Gegenstande haben.

§. 23. Verbrecher, oder andere Uebertreter von Straf-Gesetzen werden, soweit der nachfolgende §. 25. keine Ausnahme macht, von dem einen Staate dem andern nicht ausgeliefert.

§. 24. Wenn der Unterthan des einen Staates in dem Gebiete des andern sich einer Uebertretung schuldig gemacht hat und daselbst ergriffen und abgeurtheilt worden ist; so wird das Erkenntniß dieses Gerichts von dem Staate, dem der Verurtheilte als Unterthan angehört, an den in seinem Gebiete befindlichen Gütern desselben vollzogen.

Gleiches gilt von dem Falle, wenn der Schuldige in dem Staate, dem er als Unterthan angehört, verurtheilt worden ist, und in dem Gebiete des andern Staates Güter besitzt.

§. 25. Unterthanen des einen Staates, welche wegen Verbrechen und Vergehen ihr Vaterland verlassen und in den andern Staat sich geflüchtet haben, werden auf vorgängige Requisition und Bescheinigung der verübten That, wie auch gegen Ersatz der Kosten an ihren Souverain ausgeliefert.

§. 26. In demselben Falle, wo der eine Staat 1821 berechtigt ist, die Auslieferung eines Verbrechers zu fordern, ist derselbe auch verbunden, die ihm von dem andern Staate angebotene Auslieferung gegen Erstattung der Kosten anzunehmen.

§. 27. In allen Civil- und Criminal-Fällen, wo die persönliche Gegenwart der Zeugen, an dem Orte der Untersuchung nothwendig ist, wird die Stellung der Unterthanen des einen Staats vor das Untersuchungs-Gericht des andern zur Ablegung des Zeugnisses, zur Confrontation oder Recognition gegen vollständige Vergütung der Reisekosten oder der Versäumnifs nicht verweigert.

Gegenwärtiger doppelt ausgefertigter, von beiderseitigen Bevollmächtigten unterzeichneter Jurisdictions-Vertrag soll den beiden allerhöchsten Höfen unverzüglich zur Ratification vorgelegt, und die Ratifications-Urkunden längstens innerhalb zwei Monaten in München gegen einander ausgewechselt werden.

So geschehen München den 7ten Mai 1821.

JOSEPH ANTON V. BELLI. CHR. LUDW. BILFINGER.

Wie Wir nun diesen Staats-Vertrag vollkommen und mit dem Versprechen genehmigen, alles, was in demselben festgesetzt ist, in genaue Erfüllung bringen zu lassen, als haben Wir zu dessen Bestätigung gegenwärtige Urkunde eigenhändig unterzeichnet und Unser Königliches Insiegel beiducken lassen.

Gegeben in Unserer Königl. Residenzstadt München, den Ersten August, im Jahre Eintausend Acht-hundert Zwanzig und Ein und Unseres Reichs im Sechzehnten.

MAX. JOSEPH.

Der Staats-Minister des Königl. Hauses
und des Aeußern,

Graf v. RECHBERG.

70.

1821 *Convention entre la république de Colombie
et la province de Guayaquil, signée à Guayaquil le 25 Mai 1821.**(The Times 1821. Dec. 18. No. 11, 432.)*

The government of the republic of Columbia, in order to carry into effect the fundamental law of the state, desiring to obtain the free votes of the towns which have thrown off the Spanish domination in the south of Quito, to incorporate them with the republic, to call their representatives to the national assembly, and to constitute itself in the face of the world under a solid and concentrated form, has confided its powers to Brigadier-General Antonio Jose Sucre, for the purpose of offering to the government and people of Guayaquil the constitutional law of the republic, as the social compact of Columbia, of inviting them to a union, or to a negociation, which might hasten that object, and the most prompt liberation of the department of Quito; and the superior junta of government of the province of Guayaquil, receiving with singular satisfaction this honourable invitation by means of the senior commissioner, whose credentials and powers, given to him by the president liberator of the republic, have been examined; being also penetrated with a full sense of the advantages of the fundamental law, of the necessity of uniting this province to some of the great associations of South America, of the convenience which its local situation presents for intimate relations with Columbia; and finally, considering all the circumstances of mutual utility which may lead to a high degree of prosperity, and keeping in view the provisional constitution of the province, have agreed, after the most mature conferences and necessary explications, to sign a convention which shall fix and secure the political existence of the province and the guarantee of its rights, on the bases contained in the following articles:

ART. I. The superior Junta of Guayaquil, not 1821
being empowered by the provincial constitution to declare the incorporation of the province with the republic of Columbia, according to the fundamental law, nevertheless engage to make manifest and to recommend the advantages of that law to the electoral Junta of the province as soon as it shall meet, for the purpose of obtaining the free expression of the will of the said Junta, on the subject of the junction in the form which may be convenient. For which purpose advantage will be taken of the opportunity which our situation must present after the next campaign, in which the provinces of Quito and Cuenca will be free.

ART. II. The superior Junta of Guayaquil declares that the province which they represent is under the auspices and protection of the republic of Columbia. Wherefore the Junta confer on the president Liberator all their powers for providing for the defence of the province, and maintaining its independence, including all the powers connected with negociations, treaties of alliance, peace and commerce, to be entered into with friendly nations, enemies or neutrals. For this reason, the Junta will prepare and transmit directly, or by means of commissioners, the necessary expeditions which appear to be recommended by the considerations due to this province, on account of its geographical, political and commercial situation, in any treaties which may be concluded.

ART. III. The complete occupation of the department of Quito being of the greatest importance to the general welfare of America and in particular those parts of Columbia which still groan under Spanish oppression: Guayaquil, animated by the sentiments of union and fraternity, engages to cooperate by all possible means with the plans of the republic for liberating the provinces of the said department. The Junta therefore, promises to supply all the munitions of war as far as may be consistent with the resources of the country, and 800 veteran troops, to be paid and maintained by the province. These troops, incorporated in the division destined

1821 by the Liberator to be employed in the south of this republic, will afford a new proof of the affection and interest which Guayaquil feels for Quito, Cuenca and the other districts still in a state of subjugation.

ART. IV. The republic of Columbia offers her troops, arms and resources for the defence of Guayaquil and all the department of Quito. She therefore engages to send the troops which may be necessary, and Guayaquil to facilitate transports and supplies for passage and subsistence in the province, the expense of which shall be recognized in the national debt.

ART. V. Guayaquil being under the protection of the republic and incorporating, by this convention, the greater part of its forces with the division of the south of Columbia, and under the command of the chief thereof, the superior Junta, in the name of the province, concede to the said chief the powers necessary for entering into stipulations, by any negotiation with the government of Quito, which may have for its basis the liberty of the country, for concluding any suspension of arms which may be necessary and for extending to the republic of Guayaquil the provisions of the treaty of the 25th of November last, in respect of rendering the war between Columbia and Spain regular.

ART. VI. The government of Columbia, after the manifestations already given of approbation and esteem for the efforts of the people of Guayaquil, in breaking their chains and elevating themselves to the full enjoyment of the rights of social life, recognizes in the province and its inhabitants the most important supports of the liberty of Quito and offers to recompense their generous services and their cooperation in the plans of the republic, with all the advantages which the situation of that province on the pacific claims.

ART. VII. The present treaty, concluded by the superior Junta of Guayaquil, in the name of the people whom they represent, and by the General of brigade Antonio Jose Sucre, commissioned by the

government of Columbia, shall have force and complete effect from the day of this date; and under whatever form the province may constitute itself, its government shall be bound to observe the said treaty, as shall that of Columbia, according to its engagement. 1821

And in pursuance of our having thus concluded and agreed, we, the president and members of the superior Junta of Guayaquil, and Brigadier General Antonio Jose Sucre, commissioned by the government of the republic, sign four copies of this convention, of which two are to remain in the office of the secretary of the Junta, and two shall be delivered to the said commissioner.

Guayaquil, May 15, 1821.

(The signatures follow.)

71.

Armistice entre D. Jose de Lacerna, et le général D. Jose de San Martin, conclu à Punchanea le 23 Mai 1821.

(*The Times* 1821. Octr. 23. No. 11, 384.)

The commissioners assembled in Punchanea to treat concerning the mode of putting an end to the evils of the war in Peru, that is to say: — On the part of his Excellency Senor D. Jose de Lacerna, president of the Junta of pacification established in Lima. — Mareschal de Camp D. Manuel de Llano y Najera; D. Jose Maria Galdiano, second constitutional Accalda of the city of Lima; and D. Manuel Abreu, captain of a frigate; and on the part of his Excellency Senor Captain General D. Jose de San Martin — Senors Colonel D. Thomas Guido, first aide de camp; D. Juan Garcia del Rio, secretary of the government and of finance; and D. Jose Ignacio de la Rosa. Convinced of the necessity of a temporary suspension of hostilities for the purpose of

1821 fixing the bases of a negociation, and of concluding an armistice, during which an attempt may be made to remove the existing differences between the Spanish government and the independents of this part of South America, after having interchanged and acknowledged their respective powers, the commissioners have agreed upon the following articles:

ART. I. Hostilities are suspended between the contracting parties during the term of 20 days, reckoning from that in which the present armistice shall be ratified. The divisions of both armies shall preserve the positions which they shall occupy at the time that the ratification of the armistice shall be notified to them, and their parties shall not advance beyond the line to which they at present extend.

ART. II. If the above-named term of 20 days shall not be found sufficient for the fulfilment of the proposed object, it may be extended as far as shall be necessary to that effect.

ART. III. As soon as this armistice shall be ratified, their Excellencies Senor D. Jose de Lacerna et Senor Jose de San Martin, accompanied by two of the members of the Junta of pacification, and other persons to be agreed on, shall hold an interview on some day and at some place to be named, in order that, the difficulties that exist with each of the contracting parties being overcome, both commissions may proceed immediately to arrange a definitive armistice.

ART. IV. If by any unforeseen fatality the two contracting parties shall be unable to arrive at a mutual good understanding, hostilities shall not be renewed by either of them without two days' notice that the present armistice is at an end.

ART. V. Their Excellencies Senor D. Jose de Lacerna, and Senor D. Jose de San Martin, on making the ratification, shall respectively give orders that each of the foregoing articles shall be faithfully and scrupulously observed.

ART. VI. The present armistice shall be ratified 1821
by each of the contracting parties within eight hours.

Given in Punchanea, at 5 in the evening of the
23d of May 1821.

(Signed by the commissioners.)

The present treaty is confirmed and ratified in
all its parts.

May 23, 1821.

JOSE DE LACERNA.

TORRIBIO DE ACEBAL.

Head-quarters at Ancon, May 23, 1821.

Ratified: JOSE DE SAN MARTIN.

72.

*Convention entre la Saxe royale et la ligne
ainée de Reufs-Plauen, concernant la ré-
ception réciproque des vagabonds, publiée
le 2 Juin 1821.*

*(Gesetzsanmlung für das Königreich Sachsen 1821.
No. 11. pag. 78.)*

Zwischen der Königl. Sächs. Landesregierung und
der Fürstlichen Regierung älterer Linie Reufs von
Plauen ist, zu Feststellung der bei Uebernahme der
Vagabunden und anderer Ausgewiesenen gegenseitig
zu befolgenden Grundsätze, verabredet worden, dafs,
statt einer diefefalligen besondern Uebereinkunft,
der Inhalt der, gegenwärtiger Erklärung in Abschrift
beigefügten, zwischen den Kronen Sachsen und
Preussen am 21sten Januar 1820 über denselben Ge-
genstand verabredeten Uebereinkunft unter den bei-
derseitigen Staaten, als gegenseitig verbindlich an-
erkannt werden soll; und es sind zugleich, so viel
den 12ten §en erwähnten Uebereinkunft betrifft, auf
Königl. Sächs. Gebiete die Stadt *Plauen* und auf
Fürstlich Reussischem Territorio die Stadt *Greiz* zu
Uebnahmeorten bestimmt worden.

1821 Wie nun Se. Königl. Majestät von Sachsen, unser allergnädigster Herr, vorstehende Vereinigung, die vom Tage der in den beiderseitigen Landen zu bewirkenden Publication derselben an in Kraft treten soll, allenthalben genehmiget haben: also ist hierüber diese Erklärung ausgefertigt und auf allerhöchsten Befehl vollzogen worden.

Dresden, am 2ten Juni 1821.

Königl. Sächs. Landesregierung.

(die Unterschriften.)

73.

Déclaration concernant les mesures concertées entre la Prusse et la Hesse électorale, pour empêcher les délits forestiers dans les forêts limitrophes, du 3 Juin 1821.

(Gesetzsammlung für die Königlichen Preussischen Staaten 1821. No. 10. p. 105.)

Nachdem die Königlich Preussische Regierung mit der Kurfürstlich Hessischen Regierung übereingekommen ist, wirksamere Maaßregeln zur Verhütung der Forstfrevel in den Gränzwaldungen gegenseitig zu treffen, erklären beide Regierungen Folgendes:

ART. I. Es verpflichtet sich sowohl die Königlich Preussische als die Kurfürstlich Hessische Regierung, die Forstfrevel, welche ihre Unterthanen in den Waldungen des andern Gebiets verübt haben möchten, sobald sie davon Kenntniß erhält, nach denselben Gesetzen zu untersuchen und zu bestrafen, nach welchen sie untersucht und bestraft werden würden, wenn sie in inländischen Forsten begangen worden wären.

ART. II. Von den beiderseitigen Behörden soll zur Entdeckung der Frevler alle mögliche Hülfe

geleistet werden; und namentlich wird gestattet, 1821
dafs die Spur der Forstfrevler durch die Förster oder
Waldwärter u. s. w. bis in das fremde Gebiet ver-
folgt, und Haussuchungen, ohne vorherige Anfrage
bei den landrätlichen Behörden und Aemtern, auf
der Stelle, jedoch nur in Gegenwart und nach An-
ordnung des zu diesem Behufe mündlich zu requi-
rierenden Bürgermeisters oder Orts - Schultheissen,
vorgenommen werden.

ART. III. Bei diesen Haussuchungen mufs der
Ortsvorstand sogleich ein Protocoll aufnehmen, und
eine Ausfertigung desselben dem requirirenden An-
geber, eine zweite Ausfertigung aber seiner vorge-
setzten Behörde (Landrath oder Beamten) übersen-
den, bei Vermeidung einer Polizeistrafe von 1 bis
5 Thalern für denjenigen Ortsvorstand, welcher der
Requisition nicht Genüge leistet. Auch kann der
Angeber verlangen, dafs der Förster, oder in dessen
Abwesenheit der Waldwärter des Orts, worin die
Haussuchung vorgenommen werden soll, dabei zu-
gezogen werde.

ART. IV. Den untersuchenden und bestrafenden
Behörden in den Königlich Preussischen und den
Kurfürstlich Hessischen Staaten wird zur Pflicht ge-
macht, die Untersuchung und Bestrafung der Forst-
frevler so schnellig vorzunehmen, als es nach der
Verfassung des Landes nur immer möglich ist, auch
insbesondere bei ausgezeichneten oder bedeutenden
Freveln die Untersuchung nicht bis zu den gewöhn-
lichen im Kurhessischen vierteljährig zu haltenden
Buftagen auszusetzen, sondern in jedem einzelnen
Falle eintreten zu lassen. Die Vollziehung der Straf-
erkenntnisse und die Beitreibung der dem Wald-
Eigenthümer zuerkannten Entschädigungs - Gelder
soll übrigens mit der erforderlichen Beschleunigung
bewirkt und darüber zu gegründeten Beschwerden
niemals Anlafs gegeben werden.

ART. V. Gegenwärtige im Namen Sr. Majestät
des Königs von Preussen und Sr. Königlichen Hoheit
des Kurfürsten von Hessen, zweimal gleichlautend
ausgefertigte Erklärung soll, nach erfolgter gegensei-
tiger Auswechselung, Kraft und Wirksamkeit in

1821 den beiderseitigen Landen haben und öffentlich bekannt gemacht werden.

Berlin den 3ten Juni 1821.

Königl. Preufs. Ministerium der auswärtigen
Angelegenheiten.

Graf VON BERNSTORFF.

74.

*Cartel entre la Hesse électorale et le grand-
duché de Saxe-Weimar, concernant l'extra-
dition réciproque des déserteurs, publié le
5 Juin 1821.*

(Sammlung von Gesetzen u. s. w. für die Kurhessi-
schen Staaten. Jahr 1821. No. X. Juni. p. 23.)

Von Gottes Gnaden Wir Wilhelm der Ilte, Kurfürst u. s. w. thun hiermit kund:

Nachdem zwischen Unserem General-Kriegs-Departement und der Großherzoglich Sachsen-Weimar-Eisenachischen Landes-Direction, mit beiderseitiger allerhöchster Genehmigung, die unten folgende Uebereinkunft wegen gegenseitiger Auslieferung der Deserteurs und sonet anstretenden militairpflichtigen Mannschaft verabredet und unter dem Vorbehalte, daß deren Abänderung von dem künftigen Erscheinen einer allgemeinen Convention des deutschen Bundes über diesen Gegenstand abhängig bleiben solle, geschlossen worden ist; so befehlen Wir hierdurch allen Unseren Militair- und Landespolizei-Behörden, auch sonst einem Jeden, den es angeht, nach den Bestimmungen dieser Uebereinkunft sich schuldigst zu achten.

Urkundlich Unserer Allerhöchsteigenen Unterschrift und des beigedruckten Staatssiegels gegeben zu Wilhelmshöhe am 5ten Juni 1821.

WILHELM, Kurfürst.

ART. I. Alle in Zukunft und zwar vom Tage 1821 der Publication gegenwärtiger Convention an von den Armeen der beiden hohen contrahirenden Theile unmittelbar oder mittelbar in des andern Lande oder zu dessen Truppen, wenn diese auch außerhalb ihres Vaterlandes sich befinden sollten, desertirenden Militairpersonen sollen gegenseitig ausgeliefert werden.

ART. II. Als Deserteurs werden, ohne Unterschied des Grades oder der Waffe, alle diejenigen angesehen, welche zu irgend einer Abtheilung des stehenden Heeres oder der bewaffneten Landesmacht nach den gesetzlichen Bestimmungen eines jeden der beiden Staaten gehören und derselben mit Eid und Pflicht verwandt sind, mit Inbegriff der bei der Artillerie oder dem sonstigen Fuhrwesen angestellten Knechte.

ART. III. Sollte der Fall vorkommen, daß ein Deserteur der hohen contrahirenden Mächte früher schon von einer andern Macht desertirt wäre; so wird dennoch, selbst, wenn mit der Letzteren ebenfalls Auslieferungs-Verträge beständen, die Auslieferung stets an diejenige der hohen contrahirenden Mächte erfolgen, deren Dienst er zuletzt verlassen hat. Wenn ferner ein Soldat von den Truppen eines der paciscirenden Souveraine zu denen eines dritten und von diesem wiederum in die Lande eines andern paciscirenden Souverains oder sonst zu dessen Truppen desertirt; so kommt es darauf an, ob letzterer Souverain mit jenem dritten einen Cartel hat. Ist dieses der Fall; so wird der Deserteur dahin abgeliefert, woher er zuletzt entwichen ist; im entgegengesetzten Fall aber wird er dem paciscirenden Souveraine, dessen Dienste er zuerst verlassen hat, ausgeliefert.

ART. IV. Nur folgende Fälle, werden als Gründe, die Auslieferung eines Deserteurs zu verweigern, anerkannt:

a. wenn der Deserteur aus den Staaten des jenseitigen hohen Souverains, so wie sie durch die neuesten Verträge begrenzt sind, gebürtig ist, oder darin auf irgend eine rechtliche Weise das Unter-

1821 thansrecht erlangt hat, und also mittelst der Desertion nur in seine Heimath zurückkehrt;

b. wenn ein Deserteur in dem Staate, in welchen er entwichen ist, ein Verbrechen begangen hat, dessen Bestrafung vor seiner Auslieferung die Landesgesetze erfordern. Wenn nach überstandener Strafe der Deserteur ausgeliefert wird; so sollen die denselben betreffenden Untersuchungs-Acten entweder im Original, oder auszugsweise und in beglaubten Abschriften übergeben werden, damit ermessen werden kann, ob ein dergleichen Deserteur noch zum Militärdienste geeignet sei oder nicht. Schulden oder andere, von einem Deserteur eingegangene Verbindlichkeiten geben dagegen dem Staate, in welchem er sich aufhält, kein Recht, dessen Auslieferung zu versagen.

ART. V. Die Verbindlichkeit zur Auslieferung erstreckt sich auch auf die Pferde, Sattel- und Reitzeug, Armatur- und Montirungsstücke, welche von den Deserteurs etwa mitgenommen worden sind, und tritt auch dann ein, wenn der Deserteur selbst, nach den Bestimmungen des vorhergehenden Artikels, nicht ausgeliefert wird.

ART. VI. Um durch die möglichste Regelmäßigkeit die Auslieferung zu beschleunigen, sind beide hohe contrahirende Theile wegen der Auslieferungs-Orte übereingekommen, daß Kurfürstlich Hessischer Seits zu Fulda und Hersfeld, so wie Großherzoglich Weimarischer Seits zu Creuzburg und Geisa eine gegenseitig bekannt zu machende Behörde mit der Empfangnahme der Deserteurs und sofortigen Bezahlung aller in den nachfolgenden Art. 10 und 12 stipulirten Kosten beauftragt sein wird.

ART. VII. Die Auslieferung geschieht in der Regel freiwillig und ohne erst eine Requisition abzuwarten. Sobald daher eine Militair- oder Civilbehörde einen jenseitigen Deserteur entdeckt, wird derselbe, nebst den etwa bei ihm befindlichen Effecten, Pferden, Waffen u. s. w. sofort, unter Beifügung eines aufzunehmenden Protocols, an die jenseitige Behörde im nächsten Ablieferungs-Orte gegen Bescheinigung übergeben.

ART. VIII. Sollte aber ein Deserteur der Aufmerksamkeit der Behörden desjenigen Staates, in welchen er übergetreten ist, entgangen sein; so wird dessen Auslieferung sogleich auf die erste desfallsige Requisition erfolgen, selbst dann, wenn er Gelegenheit gefunden hätte, in dem Militairdienste des gedachten Staates angestellt zu werden. Nur wenn über die Richtigkeit wesentlicher, in der Requisition angegebenen Thatfachen, welche die Auslieferung überhaupt bedingen, solche Zweifel obwalten, daß zuvor eine nähere Aufklärung derselben zwischen der requirirenden und der requirirten Behörde nöthig wird, ist der Auslieferung Anstand zu geben.

ART. IX. Die im vorstehenden Artikel erwähnten Requisitionen ergehen Kurhessischer Seits an die Großherzogliche Landes-Direction zu Weimar, und Großherzoglich Weimarscher Seits an das Hessische General-Kriegs-Departement zu Cassel. Von den Militair-Behörden werden diejenigen Deserteurs, welche etwa zum Dienst angenommen sein sollten, von den Civil-Behörden aber diejenigen, bei denen dieses der Fall nicht ist, ausgeliefert.

ART. X. An Unterhaltungs-Kosten werden der ausliefernden Macht für jeden Deserteur vom Tage seiner Verhaftung an bis zum Tage der Auslieferung einschließlic, auf den Tag drei Groschen Conventionsgeld, für ein Pferd aber täglich sechs Pfund Hafer, acht Pfund Hen und drei Pfund Stroh, Casseler Gewicht, der Centner zu ein hundert und acht Pfund, gut gethan. Die Berechnung der Futterkosten geschieht nach den Marktpreisen des Ortes oder der nächsten Stadt, wo die Arretirung geschehen ist, und die Bezahlung erfolgt, ohne geringste Schwierigkeit, sogleich bei der Auslieferung.

ART. XI. Aufser diesen Kosten und der im nachfolgenden Art. 12 bemerkten Belohnung, kann ein Mehreres unter irgend einem Vorwande, wenn auch gleich der auszuliefernde Mann unter den Truppen des Souverains, der ihn auszuliefern hat, angeworben sein sollte, etwa wegen des Handgeldes, genossener Löhnung, Bewachung und Fortschaffung oder wie es sonst Namen haben möchte, nicht gefordert werden.

1821 ART. XII. Dem Unterthanen, welcher einen Deserteur einliefert, soll eine Gratification von fünf Thalern Conventionsgeld für den Mann ohne Pferd und von zehn Thalern Conventionsgeld für einen Mann mit dem Pferde gereicht, von dem auszuliefernden Theile vorgeschossen und sofort bei der Auslieferung wieder erstattet werden. In Rücksicht anderer ausgetretenen Militairpflichtigen, die nicht nach Art. 2 in die Klasse der eigentlichen Deserteurs gehören, fällt dieses Cartelgeld weg.

ART. XIII. Den Empfang der in den Art. 10 und 12 gedachten Kosten und Gratifications-Erstattung hat die ausliefernde Behörde zu bescheinigen. Wegen des etwa nicht sofort auszumittelnden Betrages der zu erstattenden Unkosten aber ist die Auslieferung der Deserteurs, wenn derselben sonst kein Bedenken entgegen steht, nicht aufzuhalten.

ART. XIV. Allen Behörden, besonders den Grenzbehörden wird es strenge zur Pflicht gemacht werden, auf die jenseitigen Deserteurs ein wachsamcs Auge zu haben, und daher einen jeden, aus dessen Aussagen, Kleidung, Waffen oder anderen Anzeichen sich ergibt, daß er ein solcher Deserteur sei, sogleich, ohne erst eine Requisition deshalb abzuwarten, unter Aufsicht zu stellen oder nach Umständen zu verhaften.

ART. XV. Alle nach der Verfassung der beiderseitigen Staaten reserve- oder landwehr- oder überhaupt militairpflichtigen Unterthanen, welche sich von Zeit der Publication dieser Convention an in die Lande des andern Souverains oder zu dessen Truppen begeben, sind, auf vorgängige Reclamation, der Auslieferung ebenfalls unterworfen, und es soll mit dieser Auslieferung übrigens sowohl in Hinsicht der dabei zu beobachtenden Form als auch wegen der zu erstattenden Verpflegungskosten eben so gehalten werden, wie es wegen der Auslieferung militairischer Deserteurs in dieser Convention bestimmt ist. Bei allen solchen Auslieferungen aber, welche von der Obrigkeit auf jenseitige Requisition bewirkt werden, wird ein Cartelgeld nicht entrichtet.

ART. XVI. Diejenigen Individuen, welche nach den Gesetzen eines jeden der pacificirenden Staaten

im militairpflichtigen Alter sind, und bei Ueber- 1821
schreitung der gegenseitigen Grenzen, ohne eine
hinreichende Legitimation vorzeigen zu können, den
Verdacht auf sich ziehen, daß sie sich der Militair-
pflicht gegen ihren Staat entziehen wollen, sollen
sofort zurückgewiesen und dergleichen Personen
weder Aufenthalt noch Zuflucht in dem jenseitigen
Staate gestattet werden.

ART. XVII. Den beiderseitigen Behörden und
Unterthanen wird strenge untersagt werden, Deser-
teurs oder sonstige Militairpflichtige, die ihre des-
fallsige Befreiung nicht hinlänglich nachweisen kön-
nen, zu Kriegsdiensten anzunehmen, deren Aufent-
halt zu verheimlichen, oder dieselben, um sie et-
waigen Reclamationen zu entziehen, in entferntere
Gegenden zu befördern. Auch soll es nicht gestat-
tet werden, daß von irgend einer fremden Macht
dergleichen Individuen innerhalb der Staaten der
hohen Souveraine angeworben werden.

ART. XVIII. Wer sich der wissentlichen Ver-
hehlung eines Deserteurs oder Militairpflichtigen und
der Beförderung der Flucht desselben schuldig
macht, wird mit einer nachdrücklichen Geld- oder
Gefängnißstrafe belegt.

ART. XIX. Gleichmäßeig wird es den Untertha-
nen beider hohen contrahirenden Mächte untersagt
werden, von einem jenseitigen Deserteure Pferde,
Sattel- und Reitzeng, Armatur- und Montirungs-
stücke zu kaufen oder sonst an sich zu bringen.
Der Uebertreter dieses Verbots wird nicht allein zur
Herausgabe dergleichen an sich gebrachter Gegen-
stände, ohne den mindesten Ersatz, oder zur Erstat-
tung des Werths gehalten, sondern auch überdem
mit willkührlicher Geld- oder Gefängnißstrafe be-
legt werden, wenn bewiesen wird, daß er wissent-
lich von einem Deserteur etwas gekauft oder an sich
gebracht habe.

ART. XX. Indem auf diese Art eine regelmäßige
Auslieferung der gegenseitigen Deserteurs und Mi-
litairpflichtigen eingeleitet ist, wird jede eigenmäch-
tige Verfolgung eines Deserteurs auf jenseitigem Ge-
biete als eine Verletzung desselben streng untersagt

1821 und sorgfältig vermieden werden. Wer sich dieses Vergehens schuldig macht, wird, wenn er dabei betroffen wird, sogleich verhaftet und zur gesetzlichen Bestrafung an seine Regierung abgeliefert werden.

ART. XXI. Als eine Gebietsverletzung ist jedoch nicht anzusehen, wenn von einem Commando, welches einen oder mehrere Deserteurs bis an die Grenze verfolgt, ein Commandirter in das jenseitige Gebiet gesandt wird, um der nächsten Orts-Obrigkeit die Desertion zu melden. Diese Obrigkeit muß vielmehr, wenn der Deserteur sich in ihrem Amtsbezirke befindet, denselben sofort verhaften; und in diesem Falle wird, wie überhaupt jedesmal, wenn ein Deserteur von der Obrigkeit verhaftet wird, kein Cartelgeld bezahlt. Der Commandirte darf sich aber keinesweges an dem Deserteur vergreifen, widrigenfalls er nach Art. 20 zu behandeln ist.

ART. XXII. Jede gewaltsame oder heimliche Anwerbung im jenseitigen Gebiete, Verführung jenseitiger Soldaten zur Desertion oder anderer Unterthanen zum Austreten mit Verletzung ihrer Militairpflicht, ist streng untersagt. Wer eines solchen Beginns wegen in dem Staate, wo er sich dessen schuldig gemacht, ergriffen wird, ist der gesetzlichen Bestrafung desselben unterworfen. Wer sich aber dieser Bestrafung durch die Flucht entzieht, oder von seinem Vaterlande aus auf obige Art auf jenseitige Unterthanen zu wirken sucht, wird, auf desfallsige Requisition, in seinem Vaterlande zur Untersuchung und nachdrücklichen Strafe gezogen werden.

ART. XXIII. Diejenigen, welche vor Bekanntmachung dieser Convention von den Truppen der einen der hohen contrahirenden Mächte desertirt sind und entweder bei der Armee des andern Souverains Militairdienste genommen haben oder sich, ohne dergleichen wiederum ergriffen zu haben, in dessen Landen aufhalten, sind der Reclamation und Auslieferung nicht unterworfen.

ART. XXIV. Den Landeskindern beider Theile, welche zur Zeit der Publication wirklich in dem Militairdienste des andern Souverains sich befinden,

soll die Wahl frei stehen, entweder in ihren Geburtsort zurückzukehren, oder in den Diensten, in welchen sie sich befinden, zu bleiben. Doch müssen sie sich längstens binnen einem Jahre, nach Publication gegenwärtiger Convention, diesfalls bestimmt erklären, und es soll denjenigen, welche in ihre Heimath zurückkehren wollen, der Abschied unweigerlich ertheilt werden. Bei freiwilligen Capitulanten treten diese Bestimmungen erst nach Ablauf der Capitulation ein.

ART. XXV. Gegenwärtige Convention wird beiderseits zu gleicher Zeit zur genauesten Befolgung publicirt werden, und ist, falls nach dem im Eingange gemachten Vorbehalt eine Aenderung oder Modification nicht erfordert wird, gültig und geschlossen auf sechs Jahre, mit stillschweigender Verlängerung bis zu erfolgender Aufkündigung, welche sodann jederzeit jedem der hohen contrahirenden Theile ein Jahr voraus frei steht.

75.

Convention entre la Prusse et la ligne aînée des princes de Reuss-Plauen, concernant la réception réciproque des vagabonds, publiée le 9 Juillet 1821.

(Gesetzsammlung für die Königlichen Preussischen Staaten 1821. No. 11. p. 103.)

Nachdem die Königlich Preussische Regierung mit der Fürstlichen Regierung älterer Linie Reuss von Plauen dahin übereingekommen ist, die bei Uebnahme der Vagabunden und Ausgewiesenen gegenseitig zu befolgenden Grundsätze festzustellen, so erklären beide Regierungen hiermit, daß sie, statt einer besondern Uebereinkunft dieserkalb, lediglich den Inhalt der zwischen den Kronen Preussen und Sachsen am 5ten Febrnar 1820 über denselben Gegenstand abgeschlossenen Uebereinkunft (confer.

1821 pag. 40 sqq. der Gesetzsammlung des Jahres 1820) unter den beiderseitigen Staaten als verbindlich gegenseitig anerkennen wollen, und zugleich soviel den §. 12 erwähnter Uebereinkunft betrifft, auf Königlich Preussischem Gebiete die Stadt Zeitz, auf Fürstlich Reufsischem Gebiete dagegen die Stadt Greitz, als Uebergabe-Orte hierdurch festsetzen, jedoch mit der Modification, daß diejenigen in den Fürstlich Reufsischen Landen der älteren Linie ergriffenen Vagabunden, welche nach den Bestimmungen dieser Uebereinkunft als den, vormals zum Voigtländischen Kreise Sachsens gehörigen, jetzt Königlich Preussischen enclavirten Orten angehörig zu betrachten sind, sofort an diese selbst, diejenigen Vagabunden dagegen, welche aus dem Neustädter Kreise Königlich Preussischen Antheils und als zu diesem gehörig anzusehen sind, nach der Kreisstadt Ziegenrück, so wie die in jenen Gebietstheilen angehaltenen, den Fürstlich Reufsischen Landen älterer Linie angehörigen Vagabunden ohne Weiteres an das nächste Fürstlich Reufs-Planensche der ältern Linie Justizamt abzuliefern sind.

Gegenwärtige im Namen Seiner Majestät des Königs von Preußen und der Durchlauchtigen Fürsten älterer Linie Reufs von Planen zweimal gleichlautend ausgefertigte Erklärung, soll, nach erfolgter gegenseitiger Auswechslung, sogleich Kraft und Wirkung erhalten und in den beiderseitigen Landen öffentlich bekannt gemacht werden.

Geschehen Berlin den 9ten Juli 1821.

Königl. Preuss. Ministerium der auswärtigen
Angelegenheiten.

Graf VON BERNSTORFF.

76.

*Procès verbal signé par le commissaire de 1821
la part des Etats-Unis de l'Amérique sep-
tentrionale et le commissaire de la part de
Sa Majesté Catholique concernant la remise
de la province de la Floride orientale aux
Etats-Unis; fait à St. Augustin le
10 Juillet 1821.*

*(Acts passed at the first session of the seventeenth
congress of the United States pag. 110.)*

In the place of St. Augustine, and on the tenth day of July, eighteen hundred and twenty-one, Don José Coppinger, colonel of the national armies, and commissioner, appointed by his excellency the captain general of the Island of Cuba, to make a formal delivery of this said place and province of East Florida, to the government of the United States of America, by virtue of the treaty of cession, concluded at Washington on the 22d of February, eighteen hundred and nineteen, and the royal schedule of delivery of the twenty-fourth of October, of the last year, annexed to the documents mentioned in the certificate that form a heading to these instruments in testimony thereof, and the adjutant general of the southern division of said states, colonel Don Robert Butler, duly authorized by the aforesaid government to receive the same; we having had several conferences in order to carry into effect our respective commissions, as will appear by our official communications; and having received, by the latter, the documents, inventories, and plans, appertaining to the property and sovereignty of the Spanish nation held in this province and in its adjacent Islands depending thereon, with the sites, public squares, vacant lands, public edifices, fortifications, and other works, not being private property, and

1821 the same having been preceded by the arrangements and formalities that, for the greater solemnity of this important act, they have judged proper, there has been verified, at four o'clock of the evening of this day, the complete and personal delivery of the fortifications, and all else of this aforesaid province, to the commissioner, officers, and troops, of the United States; and, in consequence thereof, having embarked for the Havanna the military and civil officers and Spanish troops, in the American transports provided for this purpose, the Spanish authorities having this moment ceased the exercise of their functions, and those appointed by the American government having began theirs; duly noting that we have transmitted to our governments the doubts occurring whether the artillery ought to be comprehended in the fortifications, and if the public archives, relating to private property, ought to remain and be delivered to the American government by virtue of the cession, and that there remain in the fortifications, until the aforesaid resolution is made, the artillery, munitions, and implements, specified in a particular inventory, awaiting, on these points and the others appearing in question in our correspondence, the superior decision of our respective governments, and which is to have, whatever may be the result, the most religious compliance, at any time that it may arrive, and in which the possession that at present appears given shall not serve as an obstacle.

In testimony of which, and that this may at all times serve as an expressive and formal receipt in this act, we, the subscribing commissioners, sign four instruments of this same tenor, in the English and Spanish languages, at the abovementioned place, and said day, month, and year.

ROBERT BUTLER.

JOSE COPPINGER.

[To the original act, there is a certificate, in the Spanish language, of which the following is a translation.]

"In faith whereof, i certify that the preceding 1821 act was executed in the presence of the illustrious Ayuntamiento and various private persons assembled; and also of various military and naval officers of the government of the United States of America. St. Augustine, 10th of July, 1821.

JUAN DE ENTRALGO,
*notary of the government, and
secretary of the Cabildo.*

77.

*Procès verbal signé par le commissaire de la
part des Etats-Unis de l'Amérique septen-
trionale et par le commissaire de la part de
Sa Majesté Catholique, concernant la re-
mise de la province de la Floride occiden-
tale aux Etats-Unis; fait à Pensacola le
17 Juillet 1821.*

*(Acts passed at the first session of the seventeenth
congress of the United States pag. 111.)*

The undersigned, major general Andrew Jackson, of the state of Tennessee, commissioner of the United States, in pursuance of the full powers received by him from James Monroe, president of the United States of America, of the date of the tenth of March, 1821, and of the 45th of the independence of the United States of America, attested by John Quincy Adams, secretary of state; and Don José Callava, commandant of the province of West Florida, and commissioner for the delivery, in the name of his Catholic Majesty, of the country, territories, and dependencies, of West Florida, to the commissioner of the United States, in conformity

1821 with the powers, commission, and special mandate, received by him from the captain general of the island of Cuba, of the date of the 5th of May, 1821, imparting to him therein the royal order of the 24th of October, 1820, issued and signed by his Catholic Majesty, Ferdinand the Seventh, and attested by the secretary of state, Don Evaristo Perez de Castro: —

Do certify by these presents, that on the seventeenth day of July, one thousand eight hundred and twenty-one, of the christian aera, and forty-sixth of the independence of the United States, having met in the Court Room of the government house in the town of Pensacola, accompanied on either part by the chiefs and officers of the army and navy, and by a number of the citizens of the respective nations, the said Andrew Jackson, major general and commissioner, has delivered to the said colonel commandant Don José Callava, his beforementioned powers; whereby he recognises him to have received full power and authority to take possession of, and to occupy, the territories ceded by Spain to the United States by the treaty concluded at Washington on the 22d day of February, 1819, and for that purpose to repair to said territories, and there to execute and to perform all such acts and things touching the premises, as may be necessary for fulfilling his appointment conformably to the said treaty and the laws of the United States, with authority likewise to appoint any person or persons, in his stead, to receive possession of any part of the said ceded territories, according to the stipulations of the said treaty: Wherefore, the colonel commandant Don José Callava immediately declared, that in virtue, and in performance, of the power, commission, and special mandate, dated at Havana on the 5th of May, 1821, he thenceforth, and from that moment, placed the said commissioner of the United States in possession of the country, territories, and dependencies, of West Florida, including the fortrefs of St. Marks, with the adjacent islands, dependent upon said province, all public lots and squares, vacant lands, public edifices, fortifications, barracks, and other buildings which are not private

property, according to, and in the manner set forth 1821
by, the inventories and schedules which he has
signed and delivered, with the archives and docu-
ments directly relating to the property and sover-
eignty of the said territory of West Florida, inclu-
ding the fortrefs of St. Marks, and situated to the
east of the Mississippi river, the whole in confor-
mity with the second article of the treaty of cession
concluded at Washington the 22d of February, 1819,
between Spain and the United States, by Don Luis
de Onis, minister plenipotentiary of his Catholic
Majesty, and John Quincy Adams, secretary of state
of the United States, both provided with full pow-
ers, which treaty has been ratified on the one part
by his Catholic Majesty, Ferdinand the Seventh, and
the president of the United States, with the advice
and consent of the senate of the United States, on
the other part; which ratifications have been duly
exchanged at Washington the 22d of February, 1821,
and the forty-fifth of the independence of the Unit-
ed States of America, by general Don Dyonisius
Vives, minister plenipotenciary of his Catholic Ma-
jesty, and John Quincy Adams, secretary of state of
the United States, according to the instrument
signed on the same day: And the present delivery
of the country is made, in order that, in execution
of the said treaty, the sovereignty and the property
of that province of West Florida, including the for-
trefs of St. Marks, shall pass to the United States,
under the stipulations therein expressed.

And the said colonel commandant Don José Cal-
lava has, in consequence, at this present time, made
to the commissioner of the United States, major ge-
neral Andrew Jackson, in this public cession, a de-
livery of the keys of the town of Pensacola, of the
archives, documents, and other articles, in the in-
ventories beforementioned; declaring that he re-
leases from their oath of allegiance to Spain, the ci-
zens and inhabitants of West Florida who may
chose to remain under the dominion of the United
States.

And, that this important and solem act may be
in perpetual memory, the within named have signed

1821 the same, and have sealed with their respective seals, and caused to be attested by their secretaries of commission, the day and year aforesaid.

ANDREW JACKSON.

JOSE CALLAVA.

By order of the commis-
sioner on the part of the
United States.

Por mandato de su señoría
el Coronel Comisario del
Gobierno de España.

R. K. CALL,
secretary of the commission.

El Secretario de la Comision,

JOSE Y CRUZAT.

78.

Bulle concernant la circonscription des diocèses dans le royaume de Prusse, donnée le 16 Juillet 1821 et ratifiée par S. M. le roi de Prusse le 23 Août de la même année.

(Gesetzsammlung für die Königlichen Preussischen Staaten 1821. No. 12. p. 113.)

Pius episcopus, servus servorum Dei ad perpetuam rei memoriam.

De salute animarum, deque Catholicae religionis incremento pro Apostolicae servitutis officio impense solliciti curas nostras continuo intendimus ad ea omnia, quae Christi fidelium spirituali regimini procurando magis apta, et utilia comparare posse dignoscamus. Hoc sane consilio jamdiu cogitationes nostras praecipue intendimus in regiones illas, quae actu dominatui subsunt Serenissimi Principis Friderici Guillelmi Borussiae regis, ut illius intercedente ope, ac liberalitate rem sacram ibidem meliori qua fieri posset methodo componere valeremus.

Probe equidem nobis ante oculos versabatur praesens regionum illarum ratio, nec unquam deplorare cessaveramus ingentia damna promanata ex praeteritis rerum perturbationibus, quae florentissimas olim atque ditissimas Germaniae ecclesias a veteri, quo

praestabant, splendore dejectas, ac bonorum praesi- 1821
dio spoliatas, ad miserrimum redegerant statum, ex
quo summa in Catholicam religionem, et in Catho-
licos ipsos perniciēs promanavit.

Cumque temporum conditio minime pateretur
inclutae nationis Germanicae ecclesias ad splendidum
antiquum statum aspicere revocatas, omne studium
diligentiamque adhibuimus, ut tantis malis ea sal-
tem pararemus remedia, quae ad conservandam illis
in regionibus Catholicam fidem, et ad animarum
Christi fidelium salutem procurandam imprimis ne-
cessaria, et opportuna esse viderentur.

Hujus modi autem votis nostris mirifice obsecun-
davit laudatus Borussiae rex, cujus propensam ad-
modum invenimus, et grato animo prosequimur vo-
luntatem in Catholicos magno numero sibi subditos,
praesertim ex ei attributa grandi parte provinciarum
ad Rhenum, ita ut omnia tandem fausto, felicitique
exitu componere ac pro locorum positione, atque
incolarum commoditate novum in Borussiae regno
ecclesiarum statum et dioecesium limites nunc con-
stituere, singulaeque deinde sedes, ubi deficient,
propriis, dignis et idoneis pastoribus donare va-
leamus.

Pro expressis igitur, ac de verbo ad verbum in-
sertis habentes, omnibus iis, quae respiciunt infra
dicendas, vel ecclesiarum et capitulorum, eorumque
peculiarium anteriorum jurium, ac praerogativarum
extinctionem, aut immutationem seu reordinationem
ac respectivarum dioecesium dismembrationem, seu
novam applicationem, nec non cujuscumque praece-
dentis juris metropolitici annulationem, et insuper
quoruncumque interesse habentium consensui ple-
narii suppletis ex certa scientia, et matura delibe-
ratione nostris, deque apostolicae potestatis plenitu-
dine, praevia ex nunc omnimoda suppressione, ex-
tinctione, et annulatione vacantis episcopalis sedis
Aquisgranensis, cum illius Cathedrali capitulo ad sta-
tum simplicis collegiatae ut infra reducendo, atque
alterius episcopalis ecclesiae, et capituli cathedralis
Corbejensis, nec non monasterii abbatiae nuncupati
Neocellensis, vulgo Neuenzell, ex nunc itemque alte-
rius monasterii abbatiae pariter nuncupati Olivensis

1821 ex nunc pro tunc, quando scilicet ex persona venerabilis fratris Josephi de Hohenzollern episcopi Warmiensiis moderni abbatis Olivensis quomodocumque vacaverit; ut communia quoque Germanorum vota regiis etiam aucta commendationibus benigno favore prosequamur, ad omnipotentis Dei gloriam et ad honorem beati Petri apostolorum principis Coloniensem ecclesiam, jam antea inter Germaniae sedes nulli antiquitate ac splendore secundam, sub invocatione laudati principis apostolorum ad metropolitanae ecclesiae gradum restituimus, ac in illo perpetuo constituendam esse decernimus eidemque metropolitanae suffraganeas assignamus episcopales ecclesias Trevirenses, Monasteriensem atque Paderbornensem.

Episcopalem pariter ecclesiam Posnaniensem sub invocatione sanctorum Petri et Pauli apostolorum ad sedis metropolitanae gradum extollimus, ac constituimus, eandemque alteri archiepiscopali ecclesiae Gnesnensi sub invocatione sancti Adalberti per dimissionem venerabilis fratris Ignatii Raczyński ultimi illius Archiepiscopi in manibus nostris libere factam, et per nos admissam ad praesens vacanti, aequè principaliter perpetuo unimus, et aggregamus, ac venerabili fratri Timotheo Górszński moderno episcopo Posnaniensi curam, regimen et administrationem ipsius ecclesiae Gnesnensis plenarie committimus, eundemque Archiepiscopum Gnesnensem, ac Posnaniensem constituimus, et deputamus, ac archiepiscopum Gnesnensem ac Posnaniensem semper esse, et appellari mandamus, ejusque juri metropolitico episcopalem ecclesiam Culmensis suffraganeam assignamus.

Episcopales vero ecclesias Wratislaviensem, ac Warmiensem huic sanctae sedi perpetuo immediate subjectas esse ac remanere debere declaramus.

Singulis autem archiepiscopis et episcopis omnia et singula jura, praeeminentias, praerogativas, ac privilegia aliis illarum partium archiepiscopis et episcopis legitime competentia tribuimus et confirmamus.

Quod spectat capitulum metropolitanae ecclesiae Colonienensis, in eo duas erigimus dignitates, praeposituram videlicet, quae major erit post pontificalem, ac decanatum secundam, decem canonicatus numera-

rios, et quatuor canonicatus honorarios, ac praeterea 1821 octo vicarias seu praebendas.

Archiepiscopalis ecclesiae Gnesnensis capitulum constabit in posterum ex unica dumtaxat praepositi dignitate et ex numero sex canonicatum, alterius vero Posnaniensis archiepiscopalis ecclesiae capitulum efformabunt duo dignitates, praepositi videlicet, ac decani, octo canonicatus numerarii et alii quatuor canonicatus honorarii, nec non octo vicariae, seu praebendatus.

Cathedralium ecclesiarum Trevirensis atque Paderbornensis respectivum capitulum constabit ex duabus dignitatibus, una nempe praepositi, ac altera decani, ex octo canonicatibus honorariis, atque e sex vicariis, seu praebendatis.

In cathedrali ecclesia Monasteriensi capitulum constituent binae dignitates, major nempe praepositurae, ac secunda decanatus, octo canonicatus numerarii, quatuor honorarii canonicatus, et octo vicariae, seu praebendatus.

Culmensis cathedralis ecclesiae capitulum constabit ex binis dignitatibus, praepositurae videlicet, ac decanatus, ex octo canonicatibus numerariis, ex quatuor honorariis canonicatibus, et e sex vicariis, seu praebendatis.

Cathedralis ecclesiae Wratislaviensis capitulum efformabunt duo dignitates, una videlicet praepositurae, et altera decanatus, decem canonicatus numerarii quorum primus scholastici praebendam annexam habebit, sex canonicatus honorarii, atque octo vicariae, seu praebendatus.

Demum quod attinet ad episcopalem ecclesiam Warmiensem, illius cathedrale capitulum in eo quo nunc reperitur statu consistet; reservata tamen nobis, ac romanis pontificibus successoribus nostris facultate capitulum ipsum ad aliarum in regno Borussiae existentium ecclesiarum normam imposterum conformandi.

Porro in qualibet ex antedictis ecclesiis tam archiepiscopalibus quam episcopalibus animarum parochianorum cura habitualis residebit penes capitulum, actualis vero ab uno e capitularibus ad hoc expresse

1821 designando, et praevio examine ad formam sacrorum canonum ab ordinario approbando cum vicariorum auxilio exercebitur, ac in unoquoque ex iisdem capitulis duo ab ordinario stabiliter deputandi erunt idonei canonici, a quorum uno poenitentarii, ab altero verò sacram scripturam statis diebus populo exponendo theologi respective munera fideliter adimpleantur.

Singulis profecto ex primodictorum capitulorum canonicis honorariis, quos ad personalem residentiam et ad servitium chori minime obligatos esse declaramus, idem cum residentibus canonicis aditus ad chorum et ad caeteras ecclesiasticas functiones patebit; nosque ad magis praedictarum ecclesiarum decus ac splendorem omnibus antedictis dignitatibus, et canonicis indultum utendi iisdem insigniis, quibus antea fruebantur, expresse confirmamus et quatenus opus sit de novo concedimus, et elargimur.

Cuiuslibet similiter ex supradictis capitulis cathedralibus nunc et pro tempore existentibus, ut ipsi capitulariter congregati pro novo, et circumstantiis magis accommodato earundem archiepiscopalium, et episcopalium ecclesiarum, earumque chori quotidiano servitio, nec non rerum, ac iurium tam spiritualium, quam temporalium prospero, felicique regimine, gubernio, ac directione, onerumque iis respective incumbentium supportatione, distributionum quotidianarum, et aliorum quorumcumque emolumentorum exactione, ac divisione, et poenarum incurrendarum a non interessentibus divinis officiis incursu, singulorum praesentis, et absentis notandis, caeremoniis, ac ritibus servandis, et quibusvis aliis rebus circa praemissa necessariis, et opportunis quaecumque statuta, ordinationes, capitula et decreta, licita tamen atque honesta, et sacris canonibus, constitutionibusque apostolicis, decretisque concilii Tridentini minime adversantia sub praesidentia, inspectione et approbatione respectivorum archiepiscoporum et episcoporum edere atque edita declarare et interpretari, ac in meliorem formam redigere et reformare, seu alia de novo, ab illis ad quos spectat, et pro tempore spectabit inviolabiliter observanda, sub poenis in contrafacientes statuendis pariter condere atque

edere libere ac licite valeant, facultatem perpetuo 1821 concedimus, et impertimur.

Dignitatem canonicorum et vicariorum, seu praebendorum numero tam in metropolitani quam in cathedralibus capitulis ut supra praefinito, ad ea tam pro hac prima vice, quam pro futuris temporibus componenda statuimus, ut imposterum quilibet ad dignitates, et canonicatus assequendos infrascriptis ornatus esse debeat requisitis, nempe, quod majores sacros ordines susceperit, utilemque ecclesiae operam saltem per quinquennium navaverit, vel in animarum cura exercenda, aut adjuvanda sese praestiterit, vel theologiae, aut sacrorum canonum professor extiterit, vel alicuique in regno Borussiae existenti episcopo in dioecesanæ administrationis munere inservierit, vel demum in sacra theologia aut in jure canonico doctoratus lauream rite fuerit consequutus; postremae tamen hujusce conditionis effectum ex justis, gravibusque causis per decennium a data praesentium computandum in suspensum remanente. Cujuscumque vero conditionis ecclesiasticos viros aequali jure ad dignitates, et canonicatus obtinendos gaudere debere decernimus. Itemque statuimus unam in Monasteriensi, ac alteram in Vratislaviensi cathedralibus ecclesiis canonicalem praebendam designandam, et ab eo ad quem juxta mensium alternativam pertinebit, semper et quandocumque conferendam esse uni, et alteri canonica requisita habentibus ex professoribus universitatum in dictis respectivis civitatibus existentium; atque ulterius decernimus, tam praepositum parochialis ecclesiae sanctae Hedwigis civitatis Berolinensis, quam decanum commissarium ecclesiasticum in comitatu Glacensi pro tempore existentes inter honorarios canonicos Vratislaviensis cathedralis capituli esse cooptandos; ita ut pari cum iis fruantur jure, locum illum, atque ordinem tenentes, qui secundum respectivae nominationis tempus ipsis competere dignoscatur. Quilibet autem ex canonicis honorariis in unumquodque ex antedictis capitulis cooptandus sumendus erit ex numero archiepiscoporum animarum curam in respectiva dioecesi laudabiliter exercentium.

Quod vero attinet ad novam supradictorum capitulorum pro hac prima vice ea qua convenit celeri-

1821 tate explendam compositionem, infra nominando harum literarum nostrarum exequutori potestatem facimus, ut in unaquaque ecclesia tam dignitates et canonicatus, quam vicarias, seu praebendatus actu vacantes, quae ad aequandum numerum ut supra designatum fortasse deficient, dignis et idoneis ecclesiasticis viris ex delegata sibi speciali apostolica facultate, ac hujus sauctae sedis nomine conferat; ita tamen ut ii dumtaxat, qui de dignitatibus et canonicatibus ab ipso provisi fuerint, apostolicas novae provisionis et confirmationis literas infra sex menses ex tunc proximos a dataria nostra impetrare, et expedire facere teneantur. Et si contingat, quod in aliqua ex metropolitanis, vel cathedralibus in Borussiae regno existentibus ecclesiis dignitates, canonici et vicarii, seu praebendati legitime, et canonice instituti adhuc viventes respectivum numerum a nobis ut supra praefinitum excedant, praedictus exequutor apostolicus, vocatis auditisque interesse habentibus, aut per voluntarias jurium abdications ab illis vel ab illorum aliquibus emittendas rem componat, proviso insimul per congruas vitalitias pensiones, jam a serenissimo rege pollicitas dimittentium sustentationi, aut si abdications hujusmodi minime habeantur, vel sufficientem numerum non attingant in hoc casu, qui numerum in supradicta nostra dispositione praefinitum excedentes dignitatum, canonicatum, et vicariatuum possessionem postremo loco adepti fuerint, si apud ecclesias suas resideant, capitulares quidem, et vicarii respective esse pergent, juribus et praerogativis nunc iis competentibus fruentur, suosque redditus in ea quantitate percipient, qua in praesens gaudent. Sed quando beneficia ab iis obtenta quocumque modo vacaverint aliis conferri minime poterunt, atque ex nunc pro tunc suppressa, et extincta debeant intelligi, ad hoc ut deinceps praefixus ut supra numerus in respectivis capitulis ad amissim observeatur. Quod si in aliquo capitulo canonici minoribus in praesentiarum fruuntur redditibus, quam qui futuris eorum loco assignantur, nullum isti reddituum augmentum consequentur, nisi ab exequutore apostolico singillatim similibus amplioribus redditibus donati fuerint.

Futuro autem tempore, ac successivis vacationibus a nobis, et romanis pontificibus successoribus nostris praepositura, quae major post pontificalem dignitas in supramemoratis archiepiscopalibus, et episcopalibus ecclesiis, nec non in ecclesia Aquisgranensi in collegiatam ut infra erigenda, itemque canonicatus in mensibus Januarii, Martii, Maji, Julii, Septembris, ac Novembris in praefatis ecclesiis vacantes conferentur quemadmodum in capitulo Wratislaviensi hactenus factum est: quo vero ad decanatus in praedictis metropolitanis, et cathedralibus ecclesiis, et ad canonicatus tam in ipsis, quam in dicta Aquisgranensi ecclesia in collegiatam erigenda, in aliis sex mensibus vacantes ab archiepiscopis et episcopis respective conferentur. Vicariatus autem, seu praebendatus in praedictis ecclesiis quocumque mense vacaverint, respectivorum archiepiscoporum collationi relinquimus.

Rem denique Germaniae gratissimam, simulque praelaudato Borussiae regi acceptissimam, nos esse facturos judicantes, si electionum jure in transrhenanis ecclesiis retento, ac confirmato, et in cisrhenanis cessato per apostolicas dispositiones anni millesimi octingentesimi primi nunc in ipsis cisrhenanis dioecesibus praefati regis temporali dominio subjectis, idem jus electionis redintegretur, quoad capitula ecclesiarum ad Germaniam pertinentium, nempe Coloniensis, Trevirensis, Wratislaviensis, Paderbornensis et Monasteriensis, decernimus ac statuimus, quod alia quacumque ratione vel consuetudine, nec non electionis, et postulationis discrimine, nobilitatisque natalium necessitate sublati capitulis praedictis, postquam supradicta methodo constituta, et ordinata erunt facultatem tribuimus, ut in singulis illarum sedium vacationibus per antistitem respectivorum obitum extra Romanam curiam, vel per eorum sedium resignationem, et abdicationem (excepto tamen praesenti casu vacationis Coloniensis ac Trevirensis ecclesiarum) infra consuetum trimestris spatium dignitates, ac canonici capitulariter congregati, et servatis canonicis regulis novos antistites ex ecclesiasticis quibuscumque viris regni Borussici incolis, dignis tamen, et juxta canonicas sanctiones idoneis servatis servandis ad formam sacrorum canonum

1821 eligere possint; ad hujusmodi autem electiones jus suffragii habebunt canonici tam numerarii, quam honorarii, ne exclusis quidem illis, qui ultra capitularium numerum in hac reordinatione praefinitum, quoad vixerint in ipsis capitulis conservabuntur.

Nihil vero in capitulis episcopalium ecclesiarum Warmiensis, et Culmensis, nec non archiepiscopali Gnesnensis et Posnaniensis inuicem perpetuo unitarum, innovantes mandamus dumtaxat ut Gnesnenses et Posnanienses capitulares ad archiepiscopi electionem conjunctim debeant procedere. Quod autem spectat vacantem episcopalem ecclesiam Wratibaviensem, specialem potestatem facimus, quinque actu in illa existentibus dignitatibus, nempe praeposito, decano, archidiacono, scholastico et custode, octo canonicis residentibus, et sex canonicis honorariis, qui nunc ejus ecclesiae capitulares habentur, ut ad novi episcopi electionem canonicam modo et forma praemissis, hac etiam prima vice procedere possint, et valeant.

Quaelibet vero electionum hujusmodi instrumenta in authentica forma exarata, ad sanctam sedem de more mittentur, a qua si electio canonice peracta agnoscetur, et ex processu inquisitionis deinde a romano pontifice in singulis casibus alicui ex archiepiscopis, vel episcopis intra fines regni Borussiae existentibus committendo, et ad formam instructionis jussu San. Mem. Urbani Octavi praedecessoris nostri editae diligenter exarando de electi idoneitate constiterit, electiones hujusmodi a nobis, et romanis pontificibus successoribus nostris juxta statutum morem per apostolicas literas confirmabuntur.

In singulis praeterca civitatibus, tam archiepiscopalibus, quam episcopalibus unum clericorum seminarium, vel conservandum vel de novo quamprimum erigendum esse statuimus, in quo is clericorum numerus ali. atque ad formam decretorum sacri concilii Tridentini institui, et educari debeat, qui respectivorum dioecesium amplitudini, et necessitati respondeat, quique ab exequutore praesentium literarum congrue erit praefiniendus: archiepiscopi tamen Gnesnensis et Posnaniensis judicio, et pruden-

tiae relinquimus, vel in utraque civitate proprium, 1821
ac distinctum, vel unum tantum in Posnaniensi ci-
vitate, quia amplius aedibus constat, pro clericis am-
barum dioecesium seminarium constabilire prout
ecclesiarum ipsarum utilitas postulaverit.

Volentes nunc praevia dismembratione, separa-
tione atque immutatione nonnullorum locorum, et
paraeciarum a priorum ordinariorum jurisdictione
subtrahendarum ad effectum illa, et illas dioecesibus
infrascriptis noviter aggregandi, atque incorporandi,
prout magis in domino opportunum visum fuerit,
et auditis etiam venerabilibus fratribus nostris S. R.
E. cardinalibus congregationi de propaganda fide
praepositis ad novam dioecesium circumscriptionem
procedere, ut singularum distinctis finibus quaestio-
nes omnes auferantur circa spiritualis jurisdictionis
exercitium, earum distributionem ac divisionem de
apostolicae potestatis plenitudine decernimus, prae-
scribimus, et constituimus juxta eum, qui sequitur,
modum, videlicet:

Metropolitanae ecclesiae Coloniensis dioecesis ef-
formabitur ex paraeciis sexcentum octoginta sex
partim in sinistra, partim in dextra Rheni ripa po-
sitae. Et in sinistra quidem complectetur paraecias
omnes pridem in suppressa ad praesens Aquisgra-
nensi dioecesi contentas, quae ad provincias perti-
nent Coloniensem, Dusseldorphenam et Aquisgranen-
sem, nempe ultra paraecias civitatum Coloniae et
Aquisgrani ecclesias cantonales nuncupatas — Berg-
heimersdorff — Bonna vulgo Bonn — Brehl —
Kerpen — Lechenich — Lessenich — Loevenich —
Meckenheim — Münstereiffel — Zolbiacum vulgo
Zülpich — Crefeld — Dahlen — Dormagen — Elsen
— Gladbach — Neuts — Urdingen — Viersen —
Burtscheid — Marcodurum vulgo Düren — Erke-
lenz — Eschweiler — Geilenkirchen — Gemünd —
Heinsberg — Juliacum vulgo Jülich — Linnig —
Montjoie — et Niddeggen — una cum earum eccle-
siis succursalibus et adnexis, quae in dictis provin-
ciis intra Borussici regni fines modo inveniuntur, a
cantonalibus disjungendo paraecias succursales, et ad-
nexas extra regnum positas, et viceversa succursales,
et adnexas pridem pendentes a cantonalibus positae

1821 extra regnum aggregando cantonalibus in regno existentibus. Complectetur praeterea cantonales ecclesias ad Leodiensem dioecesim pertinentes, ac temporariae administrationi moderni vicarii capitularis Aquisgranensis ab apostolica sede commissas videlicet ecclesias cantonales nuncupatas — Cronemburg — Eupen — Malmedy — Niederkrüchten — Schleiden — et St. Viith — una cum earum succursalibus, et adnexis in Borussica ditioe sitis, ac sex parocciis succursalibus, nuncupatis — Afden — Alsdorff — Markstein — Rolduc — Ubach — et Welz — modo dependentes a cantonali — Herckraede — posita extra regnum Borussicum. Insuper complectetur novemdecim provinciae Aquisgranensis ad Trevirensensem dioecesim usque nunc pertinentes paraecias nuncupatas — Allendorff — Blankenheim — Dollendorff — Hollerath — Lommersdorff — Manderfeld — Marmagen — Mülheim — Nettersheim — Reiferscheid — Rescheid — Rigsdorff — Rohr — Schmiltheim — Schönberg — Steinfeld — Tondorff — Udelhoven — et Wildenburg — cum suis adnexis ecclesiis. In dextera autem Rheni ripae, provinciaeque Coloniensi, Dusseldorphiana, et Confluentina paraecias complectetur regionum — Juliensis — Dusseldorphianae — Essensis — et Siegburgensis — cum earum succursalibus, et adnexis demptis tamen paraecia — Römershagen — Paderbornensi dioecesi ut infra applicanda, nec non parocciis — Hachenburg — et Marienstadt — nuncupatis, quae in ducatu Nassaviae reperiuntur.

Dioecesis episcopalis ecclesiae Trevirensis, ab omni metropolitico jure archiepiscopi Mechliniensis subtractae, constabit infra regni Borussici fines ex parocciis sexcentum triginta quatuor, scilicet in sinistra Rheni ripa, ex iis omnibus, quae actu ad illam dioecesim pertinent, et provincia Trevirensi continentur. Tum vero ex ea suppressae nunc dioecesis Aquisgranensis parte, quae in Confluentina provincia continentur, videlicet civitate ipsa Confluentiae, et ecclesiis cantonalibus nuncupatis — Aldenau — Ahryweiler — Andernach — Boppard — Castellaun — Cochem — Creuznach — Kayseresch — Kirchberg — Krin — Lutzerath — Mayen — Munstermayfeld — Niederzissen — Oberwesel — Polch —

Pünderich — Remagen — Rübenach — Simmern — 1821
 Sobernheim — St. Goar — Stromberg — Treifs —
 Ulmen — Wanderath — et Zell — cum suis succur-
 salibus, et adnexis. Porro autem ex centum triginta
 duabus paroeciis tum cantonalibus, tum succursali-
 bus, cum suis adnexis, quæ in circumscriptione
 anni millesimi octingentesimi primi dioecesi Meten-
 si, fuerant attributæ, ac deinde temporariæ admi-
 nistrationi vicarii capitularis Trevirensis ab apostolica
 sede commissæ. In dextera vero Rheni ripa ex
 cunctis ecclesiis ditionis Borussicæ, quæ pridem ad
 ipsam Trevirensis dioecesis spectabant, quæque
 per Gallicanarum dioecesium circumscriptionem anno
 millesimo octingentesimo primo a nobis factam ab
 illa fuerant dismembratæ, ac in præsens a vicario
 apostolico in oppido Ehrenbreitstein residente ad
 nostrum beneplacitum administrantur. Tandem vero
 extra prædictum paracciarum sexcentum triginta
 quatuor numerum, regniq; Borussici fines cunctis
 illis, quæ in territoriis principum Coburgensis, Hom-
 burgensis et Oldenburgensis inveniuntur jam ipsi
 dioecesi Trevirensi pertinentibus.

Dioecesim episcopalis Monasteriensis ecclesiæ
 suffraganeæ metropolitanæ Coloniensis efformabunt
 biscentum octoginta septem paræciæ intra fines
 regni Borussici sitæ et aliæ quoque extra ejusdem
 regni fines in eodem dioecesano territorio actu
 comprehensæ de quibus in aliud tempus disponendi
 nobis et romanis pontificibus successoribus nostris
 prout opportunum in domino judicabitur facultatem
 reservamus. Adjungimus præterea regiones nuncu-
 patas — Recklinghausen — Sterkrathensem — et
 Reesensem — pridem antiquæ Coloniensis dioecesis,
 exclusæ tamen ab hac postrema regione paroecia Oef-
 felt sub temporali Belgici regni dominio existente,
 nec non ex dioecesi Aquisgranensi nunc suppressa
 cantonales ecclesias nuncupatas — Calcar — Cleve
 — Cranenburg — Dulken — Geldern — Goch —
 Kempen — Meurs — Rheinberg — Wonkum —
 Weesel — et Xanten — cum suis succursalibus et
 adnexis, exceptis tamen iis dominio regis Belgarum
 in temporalibus subjectis. Adjungimus insuper pa-
 raecias nuncupatas — Elten — et Emmerich — cum
 sua filiali huc usque sub missionibus Hollandicis

1821 extantes, itemque paraeciam — Damme — quam ab Osnabrugensi dioecesi separamus et paraeciam — Oldenburgensem — quam sejungimus a missionibus septentrionalibus, quaeque pertinent ad ditionem ducis Oldenburgensis. Denique moderno, ac pro tempore existingi episcopo Monasteriensi perpetuo regendas, et administrandas committimus quinque paraecias nuncupatas — Brochterbeck — Ibbenbüren — Mettingen — Recke — et Halverde — quae suffraganei Osnabrugensis administrationi ad apostolicae sedis beneplacitum erant commissae.

Paderbornensis episcopalis ecclesiae, Coloniensis metropolitanae suffraganae, dioecesis iisdem, quibus nunc reperitur, manebit circumscripta limitibus. Illi praeterea adjungimus alteram nunc suppressam dioecesim Corbejensem cum integro suo territorio a venerabili fratre Ferdinando episcopo Monasteriensi administratam, nec non ex transrbenano antiquae Coloniensis dioecesis territorio decanatus — Meschedensem — Altendornensem — Brilonensem — Wormbachensem — Medebachensem — et Wettenscheidensem — nuncupatos cum suis parochialibus, et filialibus ecclesiis, pariterque commissariatum — Haarensem — et paraeciam — Römershagen — et ulterius — Rittbergensem — et Wiedenbrückensem — decanatus, cum suis respective parochialibus, et filialibus ecclesiis ab Osnabrugensi dioecesi separandos, nec non a dioecesi olim Moguntina, postea Ratisbonensi disjungendas paroecias — Siegen — et Obernetphen — nuncupatas, civitatem Heiligenstadt — cum suo decanatu, et decanatus — Beurensem — Bischoferodensem — Kirchworbensem — Külstädtensem — Lengefeldensem — Neuendorfensem — Nordhausensem — Rüstenfeldensem — Wiesenfeldensem — cum suis parochialibus, et filialibus ecclesiis, et civitatem Erfurii — cum tribus paroeciis suburbanis, atque paroecias in territorio magni ducis Saxoniae Wismariensis existentes, nec non paroeciam Eppensem extra Borussiae regnum in principatu Waldecensi ab antiqua Coloniensi dioecesi segregandam, et demum a missionum septentrionalium vicariatu apostolico separandas, et a futuris, ac pro tempore existentibus Paderbornensibus episcopis perpetuo administrandas paroeciis — Mindensem — scilicet in

Westphalia, et in provincia Saxoniae — Adersleben 1824

— Althaldensleben — Ammensleben — Aschersleben

— Hadtmersleben — ecclesias St. Andreae, et Sanctae

Catharinae Halberstadii — Hamersleben — Heders-

leben — Huysburg — Magdeburg — Marienbeck —

Marienstuhl — Meyendorf — Stendal — Halle —

et Burg. — Attentis autem grandaeva aetate, ac egre-

giis de ecclesia et de catholica religione meritis, ve-

nerabilis fratris Francisci Egonis a Furstemberg prae-

stantissimi Hildesiensis ac Paderbornensis praesulis,

ac missionum septemtrionalium vicarii apostolici, ne

ipsi novae administrationis onus adjungatur decerni-

mus, et mandamus nihil circa talem antistitem in

praesens esse innovandum, sed cuncta in eo, quo

nunc reperiuntur, statu interea relinquendo, ante-

dictam Paderbornensis dioecesis ampliationem eo

dumtaxat tempore eum effectum sortiri debere, cum

episcopali sedi Paderbornensi de laudati antistites

Francisci Egonis persona quomodocumque vacanti

novus episcopus apostolicae sedis auctoritate institue-

tur. Interea vero omnia loca et paroeciae, quae a

Coloniensi et Osnabrugensi dioecesibus ut supra dis-

membrantur, administrationi peculiaris vicarii apo-

stolici a nobis committentur, ut inibi usque ad Pa-

derbornensis episcopalis sedis vacationem, ac futuri

novi episcopi institutionem, exerceat spirituales ju-

risdictionem: atque insuper alia loca, et paroeciae a

dioecesi olim Moguntina postea Ratisbonensi dis-

juncta, et ab episcopo pridem Corbejensi, nunc Mo-

nasteriensi administrata temporanae pariter vicarii

apostolici administrationi tradentur.

Archiepiscopatum Gnesnensis et Posnaniensis in-

vicem perpetuo aequae principaliter unitarum dioece-

ses efformabunt ea ipsa loca, quae actu in iisdem

continentur, post novissimam dioecesium regni Po-

lonici a nobis peractam circumscriptionem, exceptis

tamen decanatibus Schlochaviensi — Tuchelensi —

et Camenensi, Culmensi dioecesi ut infra adjicien-

dis, ac praeterea decanatus Kruszwicensis, Junivla-

dislaviensis et Gniewkowensis a dioecesi Wladisla-

viensi separandi, qui ad praesens a vicario apo-

stolico Gedanensi administrantur, nec non decanatus

Ostrzeszowensis et Kempnensis disjungendi a dioe-

cesi Wratielaviensi. Divisionem autem et assignatio-

1821 nem territorii dioecesanî pro una et altera dioecesi statuendam infra dicendo præsentium literarum exequutori peragendam expresse committimus.

Dioecesis episcopalis ecclesiae Culmensis, suffraganeae archiepiscopi Gnesnensis et Posnaniensis, constabit ex biscentum quindecim paraeiis nempe cum suis respective succursalibus, et filiabus ecclesiis ex decanatibus Lessensi, Rhedensi, Neumarkano, Loebaviensi, Lautenburgensi, Strasburgensi, Gollubensi, Thorunensi, Culmensi, Culmsecensi et Gurcznensi cum paroecia Biallitten nuncupata: quae postremae duo olim dioecesis Plocensis a suffraganeo Culmensi in praesens administrantur; itemque ex decanatibus Gedanensi, Putzigensi, Mirchaviensi, Dirschaviensi, Stargardensi, Moewensi, Neuenburgensi, Schwetzensi, Lauenburgensi, Schlochaviensi, Tuchelensi, Camerensi et Fordonensi; qui decanatus pridem dioecesis Wladislaviensis, nunc ab antedicto vicario Apostolico Gedanensi administrantur, nec non ex territorio Monasterii Abbatiae nuncupatae Olivensis ut supra suppressi ex nunc pro tunc quando ex persona moderni abbatis quomodocumque vacaverit. Et quoniam expositum nobis fuit aptas Culmae deficere domos pro episcopi, et capituli decenti habitatione, facultatem tribuimus apostolico harum literarum exequutori, ut auditis interesse habentibus, ac re mature perpensa, firmo remanente titulo, ac denominatione episcopatus Culmensis, et opportunis adsignatis ecclesiae atque aedibus, residentiam episcopi et capituli Culmensis, si ita in domino expedire judicaverit, Pelplinum transferre libere ac licite possit, et valeat proviso insimul congruae cathedralis Culmensis manutentioni.

Wratislaviensis episcopalis ecclesiae huic apostolicae sedis immediate subjectae dioecesim efformabit actualis illius territorium, exceptis dumtaxat decanatibus Ostrzeszowensi, Kempnensi, dioecesi Posnaniensi ut supra incorporatis, ac insuper decanatus Plessensis, et Bythomiensis a Cracoviensi dioecesi disjuncti, nec non sequentes paraeiae in Lusatia, videlicet Neocellensis Monasterii nullius ut supra suppressi, et aliae nuncupatae — Wittichenan, Guntersdorf, Hennerdorf, Pfaffendorf, Ubersdorf a de-

cano collegiatae ecclesiae Sancti Petri oppidi Budis- 1821
sinae in Lusatia superiori hactenus administratae;
quae omnes insimul intra fines Borussiae regni pa-
raeciae ad sexcentum viginti unius numerum ascen-
dent. Conservabit item illas, quas actu habet in
Austriaca ditione paraecias. Futuri praeterea, ac pro
tempore existentis Wratislaviensis episcopi admini-
strationi perpetuo subijcimus eas, quae a vicario
apostolico missionum septemtrionalium fuerunt hu-
cuscque administratae paraeciae in civitatibus Bero-
lini, Potsdamii, Spandaviae, Francfurti ad Viadrum,
Stettini et Stralsundiae, quaeque imposterum vi sub-
delegationis episcopi Wratislaviensis a supramemo-
rato praeposito parochialis ecclesiae sanctae Hedwigis
dictae civitatis Berolinensis erunt administrandae.

Denique Warmiensi episcopalis ecclesiae, apostoli-
cae sedi pariter immediate subjectae dioecesis ex
proprio actuali dioecesano territorio constabit, atque
insuper ex decanatibus — Fürstenverdensi — Neu-
teichensi — Mariaeburgensi — Stumensi — et Christ-
burgensi — cum suis ecclesiis tam succursalibus,
quam filialibus a dioecesi Culmensi disjungendis, ita
ut integra dioecesis centum novemdecim paraecias
complectatur.

Praedictas itaque civitates et ecclesias archiepis-
pales et episcopales, itemque paraecias et loca re-
spectivis ecclesiis pro dioecesi attributa, eorumque
incolas utriusque sexus tam clericos, quam laicos
iisdem ecclesiis eorumque praesulibus pro suis re-
spective civitate, territorio, dioecesi, clero et populo
perpetuo assignamus, et in spiritualibus omnimode
subijcimus ad hoc ut cuilibet antistiti vel jam pro-
moto, vel in futurum apostolica auctoritate promo-
vendo liceat per se vel per alios eorum nomine
(postquam tamen supramemoratus Josephus episcopus
Warmiensi praesentes literas debitae executioni man-
daverit, et quoad nonnullas dispositiones nunc pro
tunc a nobis factas cum tempus pro illarum execu-
tione ut supra definitum advenerit) veram, realem,
actuaalem et corporalem possessionem regiminis, ad-
ministrationis, et omnimodo juris dioeccsani, et or-
dinarii in praedictis civitatibus, ac earum ecclesiis et
dioecesibus, nec non bonis aliisque redditibus ad

1821 ipsarum dotationem, ut infra assignandis rigore literarum apostolicarum canonicae institutionis libere apprehendere, apprehensamque retinere; propterea-que statim, ac in locis per hanc nostram dispositionem singulis dioecsisibus nunc attributis possessionem sumpserint, illarumque regimen actu consecuti fuerint, omnis antiquorum sub quocumque ordinariis seu vicariis, vel administratorum titulo jurisdictio cessare debet, omnesque facultates in partibus et locis ab eorum jurisditione subtractis nullius erunt amplius roboris vel momenti.

Nos enim ad respectivorum dioecesanorum utilitati consulendum praescribimus, et injungimus ut omnia et singula documenta respicientia ecclesias, dioeceses, paraecias, et loca ut supra dismembrata, ac de novo applicata a veteribus cancellariis extrahi, et cancellariis dioecesium quibus erunt incorporata opportuna forma tradi, atque in iis perpetuo debeant asservari.

Vicissim autem venerabiles fratres moderni, ac pro tempore existentes Pragensis, et Olomucensis archiepiscopi, nec non episcopi Reginorhadencensis, et Litomericensis eandem, quam nunc exercent, spiritualem jurisditionem in regno Borussico etiam in posterum conservabunt.

Filiales vero, et parochiales ecclesias earumque fractiones in hac nostra dispositione non comprehensas, et extra regnum Borussiae existentes a matricibus et parochialibus in eodem regno positis disjungimus, et a proximioribus ordinariis aliis matricibus et parochialibus ditionum, quibus in temporalibus subjacent, applicandas esse mandamus, ac vicissim de paraeciis et filialibus ecclesiis cum suis fractionibus intra Borussicum regnum positis, quae a matricibus extra idem regnum existentibus pendent, idem observandum esse decernimus; reservata nobis, et huic apostolicae sedi cura de spirituali regimini aliis partibus et locis si opus fuerit providendi.

Inspectis autem dioecesium Borussici regni amplitudine, ac magno dioecesanorum numero, cum difficile admodum esset archiepiscopis, et episcopis confirmationis sacramentum Christi fidelibus administrare,

aliaque pontificalis munera sine alterius episcopi 1821
opera, et auxilio exercere; hinc nos confirmantes
suffraganeatus in dioecesibus regni Borussiae in qui-
bus constituti reperiuntur, eos in Coloniensi, ac
Trevirensi dioecesibus redintegramus, et de novo
constituimus: atque id circo quilibet archiepiscopus,
et episcopus nos, et romanos pontifices successores
nostros juxta praescriptum morem supplicabit, ut
aliquis ecclesiasticus vir opportunis praeditus requi-
sitis, ad suffraganei munus designetur, ac prae-
vio canonico processu, servatisque consuetis formis de
episcopatu titulari in partibus infidelium cum assue-
tae congruae adsignatione provideatur.

Quoniam vero praeclaram antiquissimam Colo-
niensem sedem archiepiscopalem duximus redinte-
grandam, potius quam episcopalem sedem Aquisgra-
nensem illius quodammodo loco viginti dumtaxat
ab hinc annis erectam conservare; aliquam tamen
civitatis Aquisgranensis rationem habendam esse
existimantes, cognita etiam in id propensa serenissi-
mi Borussiae regis voluntate, decernimus. ac sta-
tuimus, quod ecclesia sub titulo Beatae Mariae Vir-
ginis antea cathedralis in collegiatam immutetur,
ejusque collegiale capitulum constet ex unica tantum
praepositi dignitate, et sex canonicalibus cujus et
quorum collatio semper quoad praeposituram aposto-
licae sedi, et quoad canonicatus eidem sedi aposto-
licae alternatim cum Coloniensi archiepiscopo spec-
tare debeat ac pertinere. Hujusmodi autem capitu-
laribus, ex peculiari gratia licentiam deferendi cap-
pam magnam sericam, violacei coloris cordulis sericis
subsutam cum pellibus armellinis hyemali, aestivo
autem tempore mozzettam supra rochetum conce-
dimus et indulgemus, atque ulterius facultatem con-
dendi statuta iisdem modo et forma quibus de ca-
pitulis cathedralium ecclesiarum supra eluculenter
dictum est tribuimus et impertimur.

In exequutorem itaque praesentium nostrarum
literarum praedictum venerabilem fratrem Josephum
episcopum Warmiensem, de cujus prudentia, doctri-
na atque integritate plurimam in domino fiduciam
habemus, expresse nominamus, eligimus, constitui-
mus, et deputamus eidemque committimus, ut supra-

1821 dicta omnia et singula a nobis disposita ad praestitutum finem perducant, atque pariter ad effectum vacantes ecclesias de idoneis pastoribus, quae prima necessitas est, cito providendi, et cunctas res ecclesiasticas ad meliorem statum et ordinem revocandi quaslibet ecclesias congrua et firma dotatione muniri studeat, media ad hoc necessaria benevolentissime ac liberaliter exhibente praeclaudato serenissimo Borussiae rege, qui magnanimi principis animum et propensissimam erga catholicos ejus imperio subjectos voluntatem pro ordinandis absque ulla mora dioecesis omnibus regni Borussiae aperte declaravit, et sequentibus ratione ac modo stabilienda et applicanda proposuit.

Super publicis regni sylvis nominatim designandis tot census auctoritate regia imponantur, quot erunt dioeceses dotandae, et in respectiva quantitate, ut ex iis annui fructus ab omnibus cujuscumque generis, oneribus prorsus libere percipi possint qui satis sint, vel ad integram ipsarum dioecesium dotationem si nullam actu habeant, vel ad supplementum ejusdem dotationis si partem aliquam suorum bonorum adhuc possideant, ita ut singulae dioeceses eos annuos redditus imposterum habeant, qui redditus pro archiepiscopali et episcopali mensa, pro capitulo, pro seminario dioecetano, proque suffraganeo statutis in quantitate singulis inferius designanda perfecte respondeant, atque hujusmodi censuum proprietas per instrumenta in legitima, validaque regni forma stipulanda, et a praeclaudato rege subscribenda unicuique ecclesiae conferetur. Et quoniam enunciatae sylvae, prout et publica bona omnia regni Borussiae, ob aes alienum, a gubernio, bellorum causa contractum, hypotheca gravatae sunt, atque ob id super nulla earum parte census imponi eorumque fructus percipi salva fide, possunt, antequam immunita, per solutiones a gubernio creditoribus hypothecariis factas, aeris alieni summa, sufficiens sylvarum quantitas hypothecae vinculo liberata fuerit; cumque secundum legem, qua serenissimus rex creditoribus publicis cavit, anno millesimo octingentesimo trigesimo tertio a magistratibus definiendum sit, qui agri ab eo vinculo soluti, quique adhuc nexi remanebunt, hinc decernimus praedictos census,

super sylvis supramemoratis, dicto anno millesimo octingentesimo trigesimo tertio, et citius etiam si prius antedictae sylvae ab hypotheca saltem pro rata censuum imponendorum liberatae fuerint, esse imponendos, proptereaue a singulis dioecesisbus immediate saltem post annum millesimum octingentesimum trigesimum tertium praedictorum censuum fructus esse percipiendos ex nunc autem usque ad totum annum millesimum octingentesimum trigesimum tertium, vel usque ad celeriozem dictorum censuum impositionem, eandem argenti summam fructibus censuum respondentem ab aerariis provincialibus unicuique dioecesi esse numerandam. Ne vero ullo modo numerationis prorogatio ultra annum millesimum octingentesimum trigesimum tertium timeri possit, quum forte magistratus intercesserint, ne census imponantur, non satis diminuta publici aeris alieni quantitate, laudatus rex ultro promisit, conceptisque verbis sese obligavit, si praeter omnem expectationem id accadat, se curaturum esse, ut tot agri regis impensis emanant pleno domini jure singulis ecclesiis tradendi, quot necessarii sint, ut eorum redditus annuas illas summas exaequent, quae a censibus percipiendae essent, nisi impedimentum illud intercessisset. Quae omnia cum serenissimus rex per diplomata in valida regni forma a se subscribenda in tuto ponere, ait pollicitus, ut plenum, et integrum effectum suo tempore sortiantur; hinc supradictus Josephus episcopus diplomata hujusmodi singulis ecclesiis tradet in respectivis archivis asservanda.

Similes autem redditus ad formam promissionis regiae, deductis oneribus, constare debebunt sequentes annuas dotationum summas. nempe pro archiepiscopo Coloniensi, ac pro archiepiscopo Gnesensi et Posnaniensi duodecim millium thalerorum Borussiae, pro episcopis Trevirensi, Monasteriensi, Paderbornensi, et Culmensi octo millium thalerorum ejusdem monetae, pro episcopo vero Wratislaviensi duodecim millium thalerorum dictae monetae, ultra redditus fundi Würbeniani ad ejus episcopalem mensam spectantis pro parte dioecesis in regno Borussiae, salvis manentibus illis redditibus, quos percipit ex reliqua dioecesis parte temporali dominio charie-

1821 simi in Christo filii nostri, Francisci Austriae imperatoris, atque Hungariae et Bohemiae regis apostolici subjecta; quod vero ad Warmiensis episcopalis mensae dotationem pertinet, firmis bonis, ac redditibus, quibus actu illa mensa gaudet, nihil in praesens innovandum esse declaramus, sed aliquando ad aliarum in regno Borussico mensarum normam apostolica interveniente auctoritate fore conformandam.

Pari methodo metropolitanae ecclesiae Colonien-sis capitulum dotabitur in annua summa pro praeposito thalerorum Borussicorum bis mille, pro decano thalerorum item bis mille, pro quolibet ex duobus primis canonicis numerariis thalerorum mille bis centum, pro quolibet ex sequentibus sex canonicis thalerorum mille, pro quolibet ex duobus postremis canonicis thalerorum octingentorum, pro quolibet ex quatuor canonicis honorariis thalerorum centum, pro quolibet demum ex octo vicariis, seu praebendatis thalerorum bis centum.

In archiepiscopali ecclesia Gnesnensi pro praeposito et sex canonicis quibus illud capitulum imposterum constabit, ea reddituum quantitas conservabitur, qua praepositus et sex capitulares seniores actu fruuntur. In capitulo archiepiscopalis ecclesiae Posnaniensis redditus praedicto modo assignabuntur in annua summa pro praeposito thalerorum mille octingentorum, pro quolibet ex duobus primis canonicis thalerorum mille biscentum, pro quolibet ex quatuor sequentibus thalerorum mille, pro quolibet ex duobus extremis thalerorum octingentorum, pro quolibet ex quatuor canonicis honorariis thalerorum centum et pro quolibet ex octo vicariis, seu praebendatis thalerorum biscentum.

In capitulis cathedralium ecclesiarum tam Trevirensis, quam Paderbornensis pro praeposito thalerorum mille quatuor centum, item pro decano thalerorum mille quatuor centum, pro quolibet ex duobus primis canonicis thalerorum mille, pro duobus sequentibus thalerorum noningentorum, pro quolibet ex quatuor canonicis honorariis thalerorum centum et pro quolibet e sex vicariis, seu praebendatis thalerorum bis centum.

In episcopali ecclesia Monasteriensi, pro praepo- 1821
sito thalerorum mille octingentorum, ac pariter pro
decano thalerorum mille octingentorum, pro quolibet
ex duobus primis canonicis thalerorum mille biscentum,
pro quolibet ex sequentibus quatuor. thalerorum
mille, pro quolibet ex duobus postremis thalerorum
octingentorum, pro quolibet ex quatuor canonicis
honorariis, thalerorum centum et pro quolibet ex octo
vicariis, seu praebendis thalerorum biscentum.

In ecclesia cathedrali Culnensi pro praeposito
thalerorum mille biscentum, item pro decano thalerorum
mille biscentum, pro primo canonico thalerorum mille,
pro secundo thalerorum noningentorum, pro quolibet ex
reliquis sex, thalerorum octingentorum, pro quolibet e
quatuor canonicis honorariis thalerorum centum, et pro
quolibet e sex vicariis seu praebendis thalerorum
biscentum.

In cathedrali ecclesia Wratislaviensi, pro praeposito
thalerorum bis mille, pro decano similiter thalerorum
bis mille, pro primo canonico praebendam scholastici
obtinente thalerorum mille quingentorum, pro quolibet
ex aliis septem, thalerorum mille, pro quolibet e sex
canonicis honorariis thalerorum centum, et pro quolibet
ex octo vicariis seu praebendis thalerorum biscentum.

In ecclesia vero episcopali Warmiensi, nihil circa
ejus capituli dotationem, et formam ad praesens immutandum
esse declaramus, reservata tamen nobis, et romanis pontificibus
successoribus nostris facultate illos aliquando ad reliquarum
Borussici regni ecclesiarum normam conformandi.

Aquisgranensis praeterea ecclesiae per nos in collegiatam
ut supra constitutae capitulum, constans ex unica praepositi
dignitate, et sex canonicatibus eandem annuorum reddituum
summam conservabit, qua actu gaudet.

Committimus pariter antedicto Josepho episcopo Warmiensi,
ut clericorum seminariis in qualibet dioecesi opportune
constabiliendis firma remanente possessione bonorum, quae
ad praesens obtinent eas vel partiales, vel integras prout
necessitas, atque uti-

1821 litas postulabit bonorum dotationes attribuet, quae ab adpromissa serenissimi Borussiae regis liberalitate suppeditabuntur.

Mandamus quoque eidem Josepho episcopo, ut pro cujuslibet antistitis decenti residentia, vel vetera episcopia, si commode fieri poterit, vel alias domos ad id a praefato rege in respectivis civitatibus, atque etiam alteras ruri, si facile possit concedendas; itemque domos pro dignitatibus canonicis et vicariis, seu praebendis, nec non pro curia ecclesiastica, pro capitulo et archivo tribuendas opportune statuet, atque assignet.

Ad manutentionem vero fabricarum tam metropolitanarum, quam cathedralium ecclesiarum, comprehensis quoque suppressis cathedralibus Corbejensi et Aquisgranensi, atque ad divini cultus, ac inservientium expensas ea bona, ac redditus etiam in futurum conservabuntur, quae iis usibus jam sunt destinata, quaeque serenissimus rex diligentissime servaturum est pollicitus; et in casu extraordinariae necessitatis confidimus fore, ut rebus hisce de thesauro regio liberaliter provideatur.

Antedicto Josepho episcopo praeterea injungimus, ut cujuslibet archiepiscopalis et episcopalis ecclesiae suffraganeas assuetae congruae dotationi provideat, atque singulis archiepiscopis et episcopis ad satisfaciendum expensis vicariorum generalium, et curiae eam reddituum tribuat quantitatem, quae a praeaudato Borussiae rege juxta liberalem, ac providam suam promissionem haece titulis tactam constituetur.

Et quoniam serenissimus Borussiae rex ultro nobis pollicitus est se non modo domos illas tam ad alendos emeritos senes, vel infirmos sacerdotes, quam ad coercendos ecclesiasticos discolos, ubi existunt conservaturum, sed etiam novas, ubi desunt constabulituum, propterea ipsi Josepho episcopo committimus, ut cognitis iis, quae de hac re statuerit praeaudatus rex, auditisque respectivis locorum ordinariis, sub quorum jurisdictione hujusmodi domus manere debebant, omnia quae opus erunt circa memoratas domos, earumque congruam dotationem disponat.

Cum vero in suppressis Corbejensi et Aquisgra- 1821
nensi cathedralibus ecclesiis sacra reperiantur suppl-
lectilia ad pontificalia in illis exercenda non amplius
necessaria, facultatem praedicto Josepho episcopo
concedimus ea in usum et commodum archiepisco-
palis ecclesiae Coloniensis, si opus fuerit, sin minus
in usum aliarum regni ecclesiarum, quae iis indi-
geant, libere valeat convertere.

Habita nunc ratione reddituum supramemoratis
archiepiscopalibus et episcopalibus regni Borussiae
ecclesiis ad presens respective assignatorum, in li-
bris camerae apostolicae prout sequitur, nempe eccle-
siam Coloniensem in florenis mille auri de camera,
ecclesias invicem unitas Gnesnensem et Posnanien-
sem in florenis pariter mille, ecclesiam Wratislavien-
sem in florenis mille centum sexaginta sex cum
duobus tertiis, ecclesiasque Trevirenses, Monaste-
riensem, Paderbornensem, Culmensis et Warmien-
sem in florenis sexcentum sexaginta sex cum duobus
tertiis taxari mandamus.

Ut autem cuncta a nobis ut supra disposita rite
feliciter, ac celeriter ad optatum exitum perducantur
supradicto Josephi episcopo Warmiensi harum litera-
rum exequutori deputato omnes, et singulas ad hu-
jusmodi effectum necessarias, et opportunas concedi-
mus facultates, ut praeiis respectivis dotationibus
per instrumenta in valida regni forma exaranda ad
uniuscujusque ecclesiae cum suo capitulo, sive
erectionem, sive novam ordinationem, ac respectivi
territorii dioecesei circumscriptionem procedere,
aliaque omnia ut supra ordinata peragere, atque
statuere delegata sibi apostolica auctoritate libere, et
licite possit et valeat; atque ulterius ipsi Josepho
episcopo facultatem pariter tribuimus, ut ad plenam
rerum omnium in locis praesertim ab ejus residentia
remotis executionem unam vel plures, personam vel
personas in simili vel alia dignitate ecclesiastica con-
stitutam vel constitutas subdelegare, et tam ipse
Josephus, quam persona, vel personae ab eo sic sub-
deleganda, vel subdelegandae super quacumque op-
positione, in actu executionis hujusmodi quomodo-
libet forsitan oritura, servatis tamen de jureservandis
etiam definitive, et quacumque appellatione remota

1821 pronuntiare libere item, ac licite possint et valeant, ac quilibet eorum respective possit et valeat.

Eidem vero Josepho episcopo expresse injungimus, ac mandamus ut exempla singulorum actuum tam per se, quam per ab eo subdelegatos in praesentium literarum executionem conficiendorum intra quadriestrem ab impleta ipsarum executione ad hanc apostolicam sedem in authentica forma transmittat in archivio congregationis rebus consistorialibus praepositae de more asservanda.

Praesentes autem literas, et in eis contenta, ac statuta quaecumque, etiam ex eo quod quilibet in praemissis vel in eorum aliquo jus, aut interesse habentes, vel quomodolibet etiam in futurum habere praetendentes cujusvis status, ordinis, conditionis, et praecminentiae, ac etiam specifica, expressa et individua mentione digni sint, illis non consenserint, seu quod aliqui ex ipsis ad promissa minime vocati, vel etiam nullimode, aut non satis auditi fuerint, sive ex alia qualibet etiam laesionis, vel alia juridica privilegiata, ac privilegiatissima causa, colore, praetextu, et capite etiam in corpore juris clauso, nullo unquam tempore de subreptionis, vel obreptionis, aut nullitatis vitio, seu intentionis nostrae, vel interesse habentium consensus, aliove quolibet defectu quantumvis magno, inexcogitato, substantiali ac substantialissimo, sive etiam ex eo quod in praemissis solemnitates, et quaecumque alia forsau servanda et adimplenda, minime servata et adimpleta, seu causae propter quas praesentes emanaverint non sufficienter adductae, verificateae, et justificatae fuerint, notari, impugnari, aut alias infringi, suspendi, restringi, limitari vel in controversiam vocari, seu adversus eas restitutionis in integrum, aperiitionis oris, aut aliud quodcumque juris, facti vel justitiae remedium impetrari, aut sub quibusvis, contrariis constitutionibus, revocationibus, suspensionibus, limitationibus, decretis, aut declarationibus, generalibus vel specialibus quomodolibet factis minime posse comprehendendi, sed semper ab illis exceptas esse et fore, ac tanquam ex pontificiae providentiae officio, certa scientia et potestatis plenitudine, omnimoda firmitate perpetuo validas, et effi-

caces existere, et fore suosque plenarios et integros 1821
effectus sortiri, et obtinere, ac ab omnibus ad quos
spectat et spectabit quomodolibet in futurum perpetuo et inviolabiliter observari, ac supradictarum ecclesiarum episcopis et capitulis aliisque, favorem praesentes nostrae literae concernunt perpetuis futuris temporibus plenissime suffragari debere, eosdemque super praemissis omnibus, et singulis, vel illorum causa ab aliquibus quavis auctoritate fungentibus quomodolibet molestari, perturbari, inquietari, vel impediri, neque ad probationem, seu verificationem quoruncumque in iisdem praesentibus narratorum nullatenus unquam teneri, neque ad id in iudicio, vel extra cogi, seu compelli posse, et si secus super his a quoquam quavis auctoritate scienter vel ignoranter contigerit attentari irritum, et prorsus inane esse ac fore volumus, atque decernimus.

Non obstantibus de jure quaesito non tollendo, de suppressionibus committendis ad partes vocatis quorum interest, aliisque nostris et cancellariae apostolicae regulis, nec non dictarum ecclesiarum etiam confirmatione apostolica, vel quavis firmitate alia roboratis statutis et consuetudinibus etiam immemorabilibus privilegiis, quoque indultis, et concessionibus quamvis specifica, et individua mentione dignis, omnibusque et singulis apostolicis, ac in synodalibus, provincialibus et universalibus conciliis editis specialibus, vel generalibus constitutionibus, et ordinationibus, quibus omnibus, et singulis eorumque totis tenoribus, ac formis, etiam si specialis, specifica et individua mentio, seu quaevis alia expressio habenda, aut aliqua alia exquisita forma ad hoc servanda foret, illorum tenores, ac si de verbo, ad verbum, nihil penitus omissis, et forma in illis tradita, observata, inserti forent, praesentibus pro expressis habentes ad praemissorum omnium, et singulorum effectum latissime, et plenissime, ac specialiter, et expresse ex certa scientia, et potestatis plenitudine paribus derogamus, et derogatum esse declaramus, caeterisque contrariis quibuscumque.

Volumus praeterea, ut harum literarumstrarum transumptis, etiam impressis, manu tamen alicujus notarii publici subscriptis, et sigillo personae in

1821 ecclesiastica dignitate constitutae munitis, eadem prorsus fides ubique adhibeatur, quae ipsis praesentibus adhiberetur si forent exhibitae vel ostensae.

Nulli ergo omnium hominum liceat hanc paginam nostrae suppressionis, extinctionis, erectionis, unionis, dismembrationis, disjunctionis, separationis, aggregationis, applicationis, circumscriptionis, concessionis, indulti, elargitionis, assignationis, supplementationis, subjectionis, attributionis, statuti, declarationis, commissionis, deputationis, mandati, decreti, derogationis, et voluntatis infringere, vel ei ausu temerario contraire, si quis autem hoc attentare praesumpserit indignationem Omnipotentis Dei ac beatorum Petri et Pauli apostolorum ejus se noverit incursurum.

Datum Romae apud Sanctam Mariam Majorem anno incarnationis dominicae millesimo octingentesimo vigesimo primo decimo septimo Kalendas Augusti, pontificatus nostri anno vigesimo secundo.

Da die Mir von Ihnen vorgelegte päbstliche Bulle, welche mit den Worten: de salute animarum anhebt, und aus Rom vom 16ten Juli d. J. (XVII Cal. Aug.) datirt ist, nach ihrem wesentlichen Inhalte mit jener Vereinbarung zusammenstimmt, die unter dem 26sten März d. J. in Betreff der Einrichtung, Ausstattung und Begränzung der Erzbisthümer und Bisthümer der katholischen Kirche des Staats, und aller darauf Bezug habenden Gegenstände, getroffen, auch von Mir bereits unter dem 9ten Juni d. J. genehmigt worden ist; so will Ich, auf Ihren Antrag, auch den wesentlichen Inhalt dieser Bulle, nämlich dem, was die auf vorerwähnte Gegenstände sich beziehenden sachlichen Verfügungen betrifft, hierdurch Meine Königliche Billigung und Sanction ertheilen. Kraft deren diese Verfügungen als bindendes Statut der katholischen Kirche des Staats von allen die es angeht, zu beobachten sind.

Diese Meine Königliche Billigung und Sanction ertheile Ich, vermöge Meiner Majestätsrechte, und diesen Rechten, wie auch allen Meinen Unterthanen

evangelischer Religion und der evangelischen Kirche 1821 des Staats, unbeschadet.

Demnach ist ein Abdruck dieser Bulle in die Gesetzsammlung aufzunehmen, und für die Ausführung derselben durch das Ministerium der geistlichen Angelegenheiten zu sorgen.

Berlin, den 23sten August 1821.

FRIEDRICH WILHELM.

An den Staats-Kanzler

Herrn Fürsten VON HARDENBERG.

79.

Proclamation du président des Etats-Unis de l'Amérique septentrionale, concernant la réciprocité à observer dans le commerce entre les Etats-Unis et le royaume de Norvège; datée du 20 Août 1821.

(Acts passed at the first session of the seventeenth congress of the United States pag. 108.)

Whereas, by an act of the congress of the United States, of the third of March, one thousand eight hundred and fifteen, so much of the several acts imposing duties on the ships and vessels, and on goods, wares, and merchandise, imported into the United States, as imposed a discriminating duty of tonnage between foreign vessels and vessels of the United States, and between goods imported into the United States in foreign vessels and vessels of the United States, were repealed, so far as the same respected the produce or manufacture of the nation to which such foreign ship or vessel might belong, such repeal to take effect in favor of any foreign nation whenever the president of the United States should be satisfied that the discriminating or coun-

1821; tervailing duties of such foreign nation, so far as they operated to the disadvantage of the United States, have been abolished:

And whereas satisfactory proof has been received by me, through the chargé d'affaires of the United States in Sweden, under date of the thirtieth day of January, one thousand eight hundred and twenty-one, that thenceforward all discriminating or countervailing duties in the kingdom of Norway, so far as they operated to the disadvantage of the United States, had been and were abolished:

Now, therefore, I, James Monroe, president of the United States of America, do hereby declare and proclaim, that so much of the several acts imposing duties on the tonnage of ships and vessels, and on goods, wares, and merchandise, imported into the United States, as imposed a discriminating duty of tonnage between vessels of the kingdom of Norway and vessels of the United States, and between goods imported into the United States in vessels of the said kingdom of Norway and vessels of the United States, are repealed, so far as the same respect the produce or manufacture of the said kingdom of Norway.

Given under my hand, at the city of Washington, this twentieth day of August, in the year of our Lord one thousand eight hundred and twenty-one, and the forty-sixth year of the independence of the United States.

JAMES MONROE.

By the president:

JOHN QUINCY ADAMS,
secretary of state.

80.

Traité de pacification entre D. Juan Odonojú 1821 vice-roi du Mexique et D. Aug. Iturvide, conclu à Cordova le 24 Août 1821, mais qui ne fut pas ratifié par l'Espagne.

(*Le Moniteur universel* 1821. 8 Nov. No. 312. *Journal de Francfort* 1821. 12 Nov. No. 315.)

ART. I. Cette partie de l'Amérique sera souveraine et indépendante, sous le nom d'empire du Mexique.

ART. II. Son gouvernement sera une monarchie tempérée et constitutionnelle.

ART. III. Ferdinand VII, en arrivant au Mexique, y régnera, et à son défaut, ses héritiers ou successeurs.

ART. IV. L'empereur fixera sa cour à Mexico, ville capitale de l'empire.

ART. V. Deux commissaires du senor Don Juan Odonojú partiront pour porter au roi d'Espagne ce traité; en même tems les cortès du royaume lui offrent la couronne sous les garanties et les formes convenables, et lui demandent son acquiescement à l'art. 3.

ART. VI. Il sera formé une junta des personnes les plus distinguées du royaume par leurs vertus, leurs talents, leur caractère, leur fortune, et par l'estime dont elles jouissent dans l'opinion publique.

ART. VII. La junta sera appelée *gouvernement provisoire*.

ART. VIII. Le senor Don Juan Odonojú en sera membre de droit.

ART. IX. La junta nommera un président à la majorité des voix, soit parmi ses membres, soit dans le public en général.

ART. X. Le premier acte de la junta sera de faire savoir au peuple son installation, les motifs de sa réunion et les explications qu'elle croira nécessai-

1821 res, ainsi que le mode adopté pour nommer les membres des cortès.

ART. XI. La junte, après avoir élu son président, nommera une régence de trois personnes, choisies dans son sein ou dans le public, qui seront revêtues du pouvoir exécutif et du gouvernement de l'empire jusqu'à l'arrivée du monarque.

ART. XII. Lorsque le gouvernement provisoire sera installé, il gouvernera selon les loix existantes, excepté dans les cas où elles seront contraires à l'égalité, jusqu'à ce que les cortès forment une constitution pour l'empire.

ART. XIII. Immédiatement après que la régence sera nommée, les cortès seront appelés conformément à l'art. 24 du plan d'égalité.

ART. XIV. Le pouvoir exécutif repose dans la régence; le pouvoir législatif dans les cortès.

ART. XV. Tout individu sera libre d'aller partout où il le voudra et d'emporter sa fortune, à l'exception des débiteurs et des criminels; ainsi les Européens qui sont en Amérique, et les Américains demeurant dans la Péninsule, seront libres de choisir le pays qu'ils préféreront, en payant les droits d'usage sur les fonds qu'ils emporteront.

ART. XVI. Ne sont pas compris dans l'article précédent les fonctionnaires publics ou militaires notoirement opposés à l'indépendance du Mexique; mais ils sortiront du royaume dans le délai que la régence prescrira, en emportant avec eux leur avoir, et en payant le droit d'exportation.

ART. XVII. Le senor Don Juan Odonaju offre de faire usage de son autorité, afin que les troupes qui sont maintenant dans la ville de Mexico l'abandonnent après une capitulation honorable, selon les désirs du commandant en chef pour éviter l'effusion du sang.

Cordova, le 24 Août 1821.

ODONAJU.

ITURVIDE.

81.

*Traité entre les Etats-Unis de l'Amérique 1821
septentrionale et les Ottawas, Chippewas et
Pattiwatimas, conclu le 29 Août 1821 et
ratifié par le président des Etats-Unis le
25 Mars 1822.*

*(Acts passed at the first session of the seventeenth
congress of the United States pag. 122.)*

Whereas a treaty between the United States of America, and the Ottawa, Chippewa, and Pattiwatima, tribes of Indians, was made and concluded on the twenty-ninth day of August, in the year of our Lord one thousand eight hundred and twenty-one, at Chicago, in the state of Illinois, by commissioners on the part of the United States, and certain chiefs and warriors of the said tribes, on the part and in behalf of the said tribes; which treaty is in the words following to wit:

Articles of a treaty made and concluded at Chicago, in the state of Illinois, between Lewis Cass and Solomon Sibley, commissioners of the United States, and the Ottawa, Chippewa, and Pattiwatima, nations of Indians.

ART. I. The Ottawa, Chippewa, and Pattiwatima, nations of Indians cede to the United States all the land comprehended within the following boundaries: Beginning at a point on the south bank of the river St. Joseph of lake Michigan, near the parc aux vaches, due north from Rum's village, and running thence south to a line drawn due east from the southern extreme of lake Michigan, thence with the said line east to the tract ceded by the Pattiwatimas to the United States by the treaty of fort Meigs in 1817, if the said line should strike the said tract, but if the said line should pass north of the said tract, then such line shall be continued until it strikes the western boundary of the tract

1824 ceded to the United States by the treaty of Detroit in 1807, and from the termination of the said line, following the boundaries of former cessions, to the main branch of the grand river of lake Michigan, should any of the said lines cross the said river, but if none of the said lines should cross the said river then to a point due east of the source of the said main branch of the said river, and from such point due west to the source of the said principal branch, and from the crossing of the said river, or from the source thereof, as the case may be, down the said river, on the north bank thereof, to the mouth; thence following the shore of lake Michigan to the south bank of the said river St. Joseph, at the mouth thereof, and thence with the said south bank to the place of beginning.

ART. II. From the cession aforesaid, there shall be reserved, for the use of the Indians, the following tracts:

One tract at Mang-ach-qua village, on the river Peble, of six miles square.

One tract at Mick-ke-saw-be, of six miles square.

One tract at the village of Na-to-wa-se-pe, of four miles square.

One tract at the village of Prairie Ronde, of three miles square.

One tract at the village of Match-e-be-nash-she-wish, at the head of the Kekalamazoo river.

ART. III. There shall be granted by the United States to each of the following persons, being all Indians by descent, and to their heirs, the following tracts of land:

To John Burnet, two sections of land.

To James Burnet, Abraham Burnet, Rebecca Burnet, and Nancy Burnet, each one section of land; which said John, James, Abraham, Rebecca, and Nancy, are children of Kaw-kee-me, sister of Top-ni-be, principal chief of the Pattiwatima nation.

The land granted to the persons immediately preceding, shall begin on the north bank of the river St. Joseph, about two miles from the mouth, and shall extend up and back from the said river for quantity.

To John B. La Lime, son of Noke-no-quā, one half a section of land, adjoining the tract before granted, and on the upper side thereof. 1821

To Jean B. Chandonai, son of Chip-pe-wa-quā, two sections of land, on the river St. Joseph, above and adjoining the tract granted to J. B. La Lime.

To Joseph Daze, son of Chip-pe-wa-quā, one section of land above and adjoining the tract granted to Jean B. Chandonai.

To Monguago, one half a section of land, at Mish-she-wa-ko-kink.

To Pierre Moran or Peeresh, a Pattiwatima chief, one section of land, and to his children two sections of land, at the mouth of the Elk-heart river.

To Pierre Le Clerc, son of Moi-quā, one section of land on the Elk-heart river, above and adjoining the tract granted to Moran and his children.

The section of land granted by the treaty of St. Mary's, in 1818, to Peeresh or Perig, shall be granted to Jean B. Cicot, son of Pe-say-quot, sister of the said Peeresh, it having been so intended at the execution of the treaty.

To O-she-ak-ke-be or Benac, one half of a section of land on the north side of the Elk-heart river, where the road from Chicago to fort Wayne first crosses the said river.

To Me-naw-cbe, a Pattiwatima woman, one half of a section of land on the eastern bank of the St. Joseph, where the road from Detroit to Chicago first crosses the said river.

To Theresa Chandler or To-e-ak-qui, a Pattiwatima woman, and to her daughter Betsey Fisher, one section of land on the south side of the grand river, opposite to the Spruce Swamp.

To Charles Beaubien and Medart Beaubien, sons of Manna-ben-a-quā, each one half of a section of land near the village of Ke-wi-go-shkeem, on the Washtenaw river.

To Antoine Roland, son of I-gat-pat-a-wat-a-mie-quā, one half of a section of land adjoining and below the tract granted to Pierre Moran.

To William Knaggs or Was-es-kuk-son, son of Ches-quā, one half of a section of land adjoining and below the tract granted to Antoine Roland.

1821 To Madeline Bertrand, wife of Joseph Bertrand, a Pattiwatima woman, one section of land at the parc aux vaches, on the north side of the river St. Joseph.

To Joseph Bertrand, junior, Benjamin Bertrand, Laurent Bertrand, Theresa Bertrand, and Amable Bertrand, children of the said Madeline Bertrand, each one half of a section of land at the portage of the Kankakee river.

To John Riley, son of Me-naw-cum-a-go-quoi, one section of land, at the mouth of the river Au Foin, on the grand river, and extending up the said river.

To Peter Riley, the son of Me-naw-cum-e-go-qua, one section of land, at the mouth of the river Au Foin, on the grand river, and extending down the said river.

To Jean B. Le Clerc, son of Moi-quà, one half of a section of land, above and adjoining the tract granted to Pierre Le Clerc.

To Joseph La Framboise, son of Shaw-we-no-qua, one section of land upon the south side of the river St. Joseph, and adjoining on the upper side the land ceded to the United States, which said section was also ceded to the United States.

The tracts of land herein stipulated to be granted, shall never be leased or conveyed by the grantees or their heirs to any persons whatever, without the permission of the president of the United States. And such tracts shall be located after the said cession is surveyed, and in conformity with such surveys as near as may be, and in such manner as the president may direct.

ART. IV. In consideration of the cession aforesaid, the United States engage to pay to the Ottawa nation, one thousand dollars in specie annually forever, and also to appropriate annually, for the term of ten years, the sum of fifteen hundred dollars, to be expended as the president may direct, in the support of a blacksmith, of a teacher, and of a person to instruct the Ottawas in agriculture and in the purchase of cattle and farming utensils. And the United States also engage to pay to the Pattiwa-

tima nation five thousand dollars in specie, annually, 1821 for the term of twenty years, and also to appropriate annually, for the term of fifteen years, the sum of one thousand dollars, to be expended as the president may direct, in the support of a blacksmith and a teacher. And one mile square shall be selected, under the direction of the president, on the north side of the grand river, and one mile square on the south side of St. Joseph, and within the Indian lands not ceded, upon which the blacksmiths and teachers employed for the said tribes, respectively, shall reside.

ART. V. The stipulation contained in the treaty of Greenville, relative to the right of the Indians to hunt upon the land ceded while it continues the property of the United States, shall apply to this treaty.

ART. VI. The United States shall have the privilege of making and using a road through the Indian country, from Detroit and fort Wayne, respectively, to Chicago.

ART. VII. This treaty shall take effect and be obligatory on the contracting parties, so soon as the same shall be ratified by the president of the United States, by and with the advice and consent of the Senate thereof.

In testimony whereof, the said Lewis Cass and Solomon Sibley, commissioners as aforesaid, and the chiefs and warriors of the said Ottawa, Chippewa, and Pattiwatima, nations, have hereunto set their hands, at Chicago aforesaid, this 29th day of August, in the year of our Lord one thousand eight hundred and twenty-one.

LEWIS CASS.

SOLOMON SIBLEY.

82.

1821 *Circulaire du ministère des relations extérieures de la Grande-Bretagne au corps diplomatique à Londres, concernant les marchandises importées par les légations, du 31 Août 1821.*

(*Archives diplomatiques* Vol. VI. pag. 131.)

LLe marquis de Londonderry a l'honneur de faire savoir confidentiellement à S. Exc., qu'il est parvenu à la connoissance des lords commissaires de la trésorerie de S. M., qu'il est survenu récemment quelques cas où, sans doute contre les intentions et ordres de quelques membres du corps diplomatique résidans dernièrement ou à présent en cette cour, et en conséquence de l'inconduite de leurs agens ou domestiques, il y a eu des ventes de grandes quantités de vins importés pour l'usage de L. Exc., au moyen desquelles le vin a été admis dans la consommation générale, et le gouvernement a été privé ainsi du revenu qui auroit dû provenir d'une telle vente.

Lord Londonderry est convaincu qu'il lui suffit de faire connoître cette circonstance, pour que des mesures soient efficacement prises afin de prévenir le retour de cette pratique; et il se flatte que S. Exc. admettra la convenance de régler à l'avenir qu'aucune vente pareille n'ait lieu dans aucunes circonstances quelconques, excepté lors que toute la cave appartenante à un ministre qui quittera l'Angleterre sera transmise à son successeur; mais que lorsque le vin d'un ministre étranger sera laissé pour être vendu sans être ainsi transmis, il en sera dûment donné avis à l'échiquier, afin que les droits dûs soient levés sur ce vin; et à défaut d'un tel avis, les vins seront, ainsi qu'il est déjà déclaré par la loi, acquis au gouvernement par forfaiture.

Lord Londonderry est assuré que le corps diplomatique préférera un règlement de cette nature, pour

l'observance duquel il s'en rapporte pleinement à 1821 l'honneur très-connu et à la loyauté de ceux auxquels il s'adresse en cette occasion, à celui par lequel chaque ministre étranger seroit restreint, comme ci-devant, à l'importation d'une certaine quantité de vin selon son rang.

Lord Londonderry n'a plus qu'à appeler encore l'attention de S. Exc. . . . sur la précaution additionnelle qu'il est nécessaire d'adopter, que dans toutes les demandes d'admission de vins sans droits, il soit formellement et expressément déclaré que les vins désignés sont et doivent être pour sa propre consommation; et les lords de la trésorerie requerront le bureau du revenu de fournir à Lord Londonderry, pour l'instruction de chaque année, une note des vins ainsi admis d'après sa demande.

Il ne reste plus à Lord Londonderry qu'à exprimer encore sa vive espérance que S. Exc. . . ne considérera pas cette communication comme tendant aucunement à limiter la libéralité avec laquelle ses privilèges, en commun avec ceux de ses collègues, ont été étendus, en ne mettant aucune restriction quelconque à la quantité de vin qu'il peut importer franc de droits pour sa consommation *bona fide* et celle de sa famille.

Lord Londonderry profite de cette occasion pour renouveler à S. Exc. l'assurance de sa haute considération.

Bureau des affaires étrangères, le 31 Août 1821.

LONDONDERRY.

83.

1821 *Ukase de S. M. l'empereur de toutes les Russies qui interdit tout commerce aux nations étrangères avec les îles Aleutiennes et détermine les limites maritimes de l'Amérique Russe, datée du 16 Septembre 1821.*

(*Le Moniteur universel* 1821. 29 Octr. No. 302.)

Considérant que, d'après les rapports qui nous ont été soumis, les relations commerciales de nos sujets aux îles Aleutiennes et dans les établissemens tout le long des côtes du nord-ouest de l'Amérique, sont exposés à toute sorte de désavantage et de vexations par le commerce interlope; considérant de plus que la cause principale de ces inconvéniens dérive du défaut de réglemeut sur les limites de la navigation le long de ces côtes, et d'une forme fixe pour les relations commerciales, tant auxdits endroits que sur la côte orientale de la Sibérie, nous avons jugé nécessaire de déterminer ces relations par le réglemeut suivant :

1. Il n'est permis qu'aux sujets russes de se livrer au commerce, à la pêche de la baleine et autres poissons, et à toute autre branche quelconque d'industrie dans les îles, ports et golfs en général le long des côtes nord-ouest de l'Amérique, à commencer du détroit de Behring jusqu'au 51° latitude nord, ainsi que le long des îles Aleutiennes et sur la côte orientale de la Sibérie et des îles Kouriles, savoir: du détroit de Behring jusqu'au cap sud de l'île Ouroup, nommément jusqu'au 45° 41' latitude nord.

2. Il est en conséquence défendu à tout bâtiment étranger d'aborder aux établissemens russes désignés dans le paragraphe précédent, et de s'en approcher à une distance moindre de 100 mille italiens. Tout contrevenant perdra sa cargaison.

3. Sont exceptés les bâtimens qui, par tempête 1821 ou manque de vivres seront obligés d'aborder à la côte. Dans ces deux cas, ils sont tenus de justifier leur approche. Les vaisseaux envoyés par les puissances amies pour des voyages de découvertes, sont également exceptés de la règle générale sous la restriction d'être munis de passeports du ministère de la marine russe.

4. Les vaisseaux marchands étrangers qui abordent les côtes par les raisons ci-dessus indiquées, sont obligés de choisir un endroit où se trouve un établissement russe.

5. Il sera envoyé un pilote, si le tems le permet, aux vaisseaux marchands étrangers, à l'effet de leur assigner un ancrage propre à ces bâtimens. Tout capitaine contrevenant paiera une amende de 100 piastres.

6. Tous les bâtimens à rames des vaisseaux marchands étrangers doivent aborder à un endroit indiqué, et il sera arboré pendant le jour un pavillon blanc, et la nuit un fanal. Un inspecteur veillera à ce qu'aucune marchandise n'en sorte ou n'y entre secrètement. Celui qui mouillera à tout autre endroit paiera 50 piastres; et celui qui transportera des marchandises ou autres effets sur le rivage, 500 piastres, et les marchandises seront confisquées.

7. Les capitaines des vaisseaux susmentionnés manquant de provisions pour continuer leur voyage, seront obligés de l'annoncer au chef de l'endroit, qui assignera le lieu où ils pourront s'en procurer. Le contrevenant paiera une amende de 200 piastres.

8. Si la réparation d'un vaisseau exige, qu'il soit déchargé, le capitaine doit y être autorisé. Dans ce cas, ledit capitaine remettra à l'autorité du lieu un état de la quantité des marchandises. Celui qui cédera une partie de la cargaison sera taxé de contrebande, et paiera 1000 piastres d'amende.

9. Les dépenses qui auroient été faites dans lesdits parages seront liquidées en argent comptant ou en traites. Dans le cas, où le capitaine n'auroit pas d'argent, et que personne ne voudroit se rendre son garant, le chef du lieu est autorisé, sur la de-

1821 mande du capitaine, à vendre une partie des marchandises nécessaires au paiement des frais. Cette vente ne pourra se faire qu'au profit de la compagnie et par l'entremise de l'autorité. Elle ne pourra excéder, sous aucun prétexte quelconque, le montant des dépenses, sous peine de séquestre de la cargaison et d'une amende de mille piastres.

84.

Convention entre la France et le royaume des Pays-Bas, concernant l'extradition réciproque des déserteurs, signée à Paris le 2 Octobre 1821.

(Archives diplomatiques Vol. V. pag. 613.)

Sa Majesté le roi de France et Sa Majesté le roi des Pays-Bas, étant convenus de conclure une convention de cartel, ont à cet effet, muni de leurs pleins pouvoirs, savoir :

Sa Majesté le roi de France et de Navarre,

Le sieur Etienne-Denis baron Pasquier, ministre secrétaire d'état des affaires étrangères, chevalier des ordres du roi, grand'croix de l'ordre royal de la Légion d'honneur, etc.;

Et Sa Majesté le roi des Pays-Bas :

Le sieur Robert baron Fagel, lieutenant général, premier aide-de-camp du roi, son envoyé extraordinaire et ministre plénipotentiaire près Sa Majesté Très-Chrétienne, commandeur de son ordre militaire, membre du corps équestre de la province de Hollande;

Lesquels, après s'être communiqué leurs pleins pouvoirs respectifs, sont convenus des articles suivants :

ART. I. A dater de l'échange des ratifications de la présente convention, tous les individus qui désertent le service militaire des deux hautes parties contractantes, seront restitués de part et d'autre.

ART. II. Seront réputés déserteurs, non seulement les militaires de toute arme et de toute grade qui quitteront leurs drapeaux, mais encore les individus appartenant à la marine, et ceux qui, appelés au service actif de la milice nationale ou de toute autre branche militaire quelconque des deux pays, ne se rendroient pas à l'appel et chercheroient à se réfugier sur le territoire de l'une des hautes parties contractantes.

ART. III. Sont exceptées de la restitution ou de l'extradition qui pourra être demandée en vertu de la présente convention,

1. Les individus nés sur le territoire de l'état dans lequel ils auroient cherché un asile, et qui, moyennant la désertion, ne feroient que rentrer dans leur pays natal;

2. Les individus qui, soit avant soit après leur désertion, se seroient rendus coupables d'un crime ou délit quelconque à raison duquel il y auroit lieu de les traduire en justice devant les tribunaux du pays où ils se seront retirés.

Néanmoins en ce dernier cas, l'extradition aura lieu après que le déserteur aura été acquitté ou aura subi sa peine.

ART. IV. Lorsqu'un déserteur aura atteint le territoire de celle des deux puissances à laquelle il n'appartiendra pas, il ne pourra, sous aucun prétexte, y être poursuivi par les officiers de son gouvernement: les officiers se borneront à prévenir de son passage les autorités locales, afin qu'elles aient à le faire arrêter. Toutefois, pour accélérer l'arrestation de ce déserteur, une ou deux personnes chargées de la poursuite pourront, au moyen d'un passe-port ou d'une autorisation en règle qu'elles devront obtenir de leur chef immédiat, se rendre au plus prochain village, situé en dehors de la frontière, à l'effet de réclamer des autorités locales l'exécution de la présente convention.

ART. V. Les autorités qui voudront réclamer un déserteur adresseront leurs réclamations à l'administration, soit civile, soit militaire, qui, dans les deux pays, se trouvera le mieux à portée d'y satisfaire.

1821 Les dites autorités réclamaront leur réquisitoire du signalement du déserteur; et, dans le cas où l'on seroit parvenu à l'arrêter, l'autorité requérante en sera prévenue par un avis accompagné d'un extrait du registre du geolier ou concierge de la prison où le déserteur aura été écroué.

ART. VI. Dans le cas où les déserteurs seroient encore porteurs de leurs armes ou revêtus de leur équipement, habillement ou marques distinctives, sans être munis d'un passe-port, et de même dans tous les cas où il seroit constant, soit par l'aveu du déserteur, soit d'une manière quelconque, qu'un déserteur de l'une des hautes parties contractantes se trouve sur le territoire de l'autre, il sera arrêté sur le champ, sans réquisition préalable, pour être immédiatement livré entre les mains des autorités compétentes établies sur les frontières de l'autre souverain.

ART. VII. Si par suite de la dénégation de l'individu arrêté ou autrement, il s'élevoit quelques doutes sur l'identité d'un déserteur, la partie réclameuse ou intéressée devra constater, au préalable, les faits non suffisamment éclaircis, pour que l'individu arrêté puisse être mis en liberté ou restitué à l'autre partie.

ART. VIII. Dans tous les cas, les déserteurs arrêtés seront remis aux autorités compétentes, qui feront effectuer l'extradition selon les règles déterminées par la présente convention. L'extradition se fera avec les armes, chevaux, selles, habillemens et tous autres objets quelconques dont les déserteurs étoient nantis ou qui auroient été trouvés sur eux lors de l'arrestation. Elle sera accompagnée du procès-verbal de l'arrestation de l'individu, des interrogatoires qu'il auroit subis, et de toutes autres pièces nécessaires pour constater la désertion. Pareille restitution aura lieu des chevaux, effets d'armement, d'habillement et d'équipement, emportés par les individus désignés dans l'article 3 de la présente convention comme exceptés de l'extradition.

Les hautes parties contractantes se concerteront ultérieurement sur la désignation des places frontières où la remise des déserteurs devra être opérée.

ART. IX. Les frais auxquels aura donné lieu 1821 l'arrestation des déserteurs, seront remboursés de part et d'autre, à compter du jour de l'arrestation, qui sera constaté par l'extrait dont il est fait mention à l'article 5, jusqu'au jour de l'extradition inclusivement.

Ces frais comprendront la nourriture et l'entretien des déserteurs et de leurs chevaux, et sont fixés à soixante-quatorze centimes, argent de France, ou trente-cinq cents, argent des Pays-Bas, par jour, pour chaque homme; et à un franc, six centimes, argent de France, ou cinquante cents, argent des Pays-Bas, par jour, pour chaque cheval. Il sera payé en outre, par la partie requérante ou intéressée, une gratification de vingt-cinq francs, argent de France, ou onze florins quatre-vingt-un vingt-cinq centièmes de cent, argent des Pays-Bas, pour chaque homme; et de cent cinquante-huit francs, soixante-treize centimes, ou soixante-quinze florins pour chaque cheval et son équipage, au profit de quiconque sera parvenu à découvrir et faire arrêter un déserteur, ou qui aura contribué à la restitution d'un cheval et de son équipage.

ART. X. Les frais et gratifications dont il est fait mention dans l'article précédent, seront acquittés immédiatement après l'extradition.

Les réclamations qui pourroient être faites à cet égard, ne seront examinées qu'après que le payement aura été provisoirement effectué.

ART. XI. Les hautes parties contractantes s'engagent mutuellement à prendre les mesures les plus convenables pour la répression de la désertion et pour la recherche des déserteurs. Elles feront usage, à cet effet, de tous les moyens que leur offrent les lois du pays; elles sont convenues particulièrement,

1. De faire porter une attention scrupuleuse sur les individus inconnus qui franchiroient les frontières des deux pays, sans être munis de passe-ports en règle;

2. De défendre sévèrement à toute autorité quelconque d'enrôler ou de recevoir dans le service militaire, soit pour les armes de terre soit pour la marine, un sujet de l'autre des hautes parties con-

1821 tractantes qui n'aura pas justifié, par des certificats ou attestations en due forme, qu'il est dispensé du service militaire dans son pays.

La même mesure sera applicable dans le cas où l'une des hautes parties contractantes aura permis à une puissance étrangère de faire des enrôlemens dans ses états.

ART. XII. La présente convention est conclue pour deux ans, à l'expiration desquels elle continuera à être en vigueur pour deux autres années, et ainsi de suite, sauf déclaration contraire de la part de l'un des deux gouvernemens.

ART. XIII. La présente convention sera ratifiée et les ratifications en seront échangées dans le terme de six semaines, ou plutôt, si faire se peut.

En foi de quoi, les plénipotentiaires respectifs l'ont signé et y ont apposé le cachet de leurs armes.

Fait à Paris, le 2 Octobre 1821.

Signé PASQUIER.

Signé FAGEL.

85.

Convention entre la Prusse et le duché de Nassau pour empêcher les délits forestiers dans les forêts limitrophes, publiée le

10 Octobre
20 Novembre 1821.

(*Gesetzsammlung für die Königlichen Preussischen Staaten* 1821. No. 14. p. 163. *Sammlung der landesherrlichen Edicte und Verordnungen des Herzogthums Nassau.* Bd. 3. p. 40.)

Nachdem die Königlich Preussische Regierung mit der Herzoglich Nassauischen Regierung übereingekommen, wirksamere Maassregeln zur Verhütung der Forstfrevel in den Grenzwaldungen gegenseitig zu treffen, erklären beide Regierungen Folgendes :

1. Es verpflichtet sich sowohl die Königlich 1821
Preussische als die Herzoglich Nassauische Regierung, die Forstfrevel, welche ihre Unterthanen in den Waldungen des andern Gebiets verübt haben möchten, sobald sie davon Kenntniß erhält, nach denselben Gesetzen zu untersuchen und zu bestrafen, nach welchen sie untersucht und bestraft werden würden, wenn sie in inländischen Forsten begangen worden wären.

2. Von den beiderseitigen Behörden soll zur Entdeckung der Frevler alle mögliche Hülfe geleistet werden und namentlich wird gestattet, daß die Spur der Forstfrevler durch die Förster oder Waldwärter u. s. w. bis in das fremde Gebiet verfolgt, und Haussuchungen ohne vorherige Anfrage bei den landrätlichen Behörden und Aemtern auf der Stelle, jedoch nur in Gegenwart und nach der Anordnung des zu diesem Behufe mündlich zu requirirenden Ortsvorstandes vorgenommen werden.

3. Bei diesen Haussuchungen muß der Ortsvorstand sogleich ein Protocoll aufnehmen und ein Exemplar dem requirirenden Angeber einhändigen, ein zweites Exemplar aber seiner vorgesetzten Behörde (Landrath oder Beamten) übersenden, bei Vermeidung einer Polizeistrafe von 1 bis 5 Thaler für denjenigen Ortsvorstand, welcher der Requisition nicht Genüge leistet. Auch kann der Angeber verlangen, daß der Förster, oder in dessen Abwesenheit der Waldwärter des Orts, worin die Haussuchungen vorgenommen werden sollen, dabei zugezogen werde.

4. Den untersuchenden und bestrafenden Behörden wird zur Pflicht gemacht, die Untersuchung und Bestrafung der Forstfrevel in jedem einzelnen Falle so schleunig vorzunehmen, als es nach der Verfassung des Landes nur irgend möglich ist. Auch soll die Vollziehung der Straferkenntnisse und die Beitreibung der, dem beschädigten Waldeigenthümer zuerkannten Schadenersatzgelder, welche übrigens von den Königlich Preussischen Behörden eben so, wie dies bei den Herzoglich Nassauischen der Fall ist, in allen vorkommenden Fällen von den Straf-

1821 geldern getrennt angesetzt werden. jedesmal ohne Verzögerung bewirkt, und darüber niemals zu gegründeten Beschwerden Veranlassung gegeben werden.

5. Gegenwärtige, im Namen Sr. Majestät des Königs von Preußen und Sr. Durchlaucht des Herzogs zu Nassau zweimal gleichlautend ausgefertigte Erklärung soll nach erfolgter gegenseitiger Auswechselung Kraft und Wirksamkeit in den beiderseitigen Landen haben und öffentlich bekannt gemacht werden.

Berlin, den 10ten Oct. Wiesbaden, den 20sten Nov.
1821. 1821.

Königl. Preufs. Ministerium
der auswärtigen Angele-
genheiten.

Herzogl. Nassauisches
Staats - Ministerium.

Freih. v. MARSCHALL.

Graf VON BERNSTORFF.

Vdt. STEIN.

86.

*Convention entre la Saxe royale et le grand-
duc de Saxe - Weimar - Eisenach, concer-
nant la réception réciproque des vagabonds,
du 14 Novembre 1821.*

*(Gesetzsammlung für das Königreich Sachsen 1821.
No. 21. pag. 155.)*

Zwischen der Königlich Sächsischen und der Großherzoglich Sächsischen Regierung ist, wegen wechselseitiger Uebernahme der Vagabunden und Ausgewiesenen, folgende Uebereinkunft verabredet worden.

§. 1. Es soll in Zukunft kein Vagabund oder Verbrecher in das Gebiet des andern der beiden hohen contrahirenden Theile ausgewiesen werden, wenn derselbe nicht entweder ein Angehöriger desjenigen Staats ist, welchem er zugewiesen wird, und in demselben sein Heimwesen zu suchen hat,

oder doch durch das Gebiet desselben, als ein An- 1821
gehöriger eines in gerader Richtung rückwärts lie-
genden Staats, nothwendig seinen Weg nehmen muß.

§. 2. Als Staatsangehörige, deren Uebernahme
gegenseitig nicht versagt werden darf, sind an-
zusehen :

a) alle Diejenigen, deren Vater, oder, wenn sie
außer der Ehe erzeugt wurden, deren Mutter, zur
Zeit ihrer Geburt, in der Eigenschaft eines Unter-
thanen mit dem Staate in Verbindung gestanden, oder
welche ausdrücklich zu Unterthanen aufgenommen
worden sind, ohne nachher wieder aus dem Un-
terthanen-Verbande entlassen worden zu sein, oder
ein anderweitiges Heimathrecht erworben zu haben ;

b) Diejenigen, welche von heimathlosen Aeltern
zufällig innerhalb des Staatsgebiets geboren sind, so
lange sie nicht in einem andern Staate das Unter-
thanenrecht, nach dessen Verfassung erworben, oder
sich daselbst, mit Anlegung einer Wirthschaft, ver-
heirathet, oder darin, unter Zulassung der Obrigkeit,
zehn Jahre lang gewohnt haben.

c) Diejenigen, welche zwar weder in dem Staats-
gebiete geboren sind, noch das Unterthanenrecht,
nach dessen Verfassung, erworben haben, hingegen
nach Aufhebung ihrer vorherigen staatsbürgerlichen
Verhältnisse, oder überhaupt als heimathlos dadurch
in nähere Verbindung mit dem Staate getreten sind,
daß sie sich daselbst, unter Anlegung einer Wirth-
schaft, verheirathet haben, oder daß ihnen, während
eines Zeitraums von zehn Jahren, stillschweigend
gestattet worden ist, darin ihren Wohnsitz zu ha-
ben ; wobei festgesetzt worden ist, daß auch ins-
besondere diejenigen als ausdrücklich zu Untertha-
nen aufgenommen betrachtet werden sollen, welche
nicht in dem Staatsgebiete geboren sind, jedoch dem
Staate, zu Zeiten eines Kriegs oder des Friedens,
Militärdienste geleistet haben, und zwar ohne
Rücksicht auf die Dauer dieses Dienstverhältnisses
und den im Militair gehaltenen Rang.

§. 3. Wenn ein Landstreicher ergriffen wird,
welcher in dem einen Staate geboren ist, in einem
andern aber das Unterthanenrecht ausdrücklich er-

1821 worben, oder, mit Anlegung einer Wirthschaft, sich verheirathet, oder, durch zehnjährigen Aufenthalt sich einheimisch gemacht hat, so ist der letztere Staat vorzugsweise verbunden, ihn aufzunehmen.

Trifft das ausdrücklich erworbene Unterthanenrecht in dem einen Staate mit der Verheirathung oder der zehnjährigen Wohnung in einem andern Staate zusammen, so ist das erweislich neuere Verhältnisse entscheidend, jedoch dann, wenn hierüber zu einer ausreichenden Gewissheit nicht zu gelangen sein sollte, der Staat, in welchem dem Heimathlosen ein zehnjähriger Aufenthalt gestattet worden, vorzugsweise zu seiner Aufnahme verpflichtet.

§. 4. Sind bei einem Vagabunden oder auszuweisenden Verbrecher keine der in den vorstehenden Paragraphen enthaltenen Bestimmungen anwendbar, so muß derjenige Staat, in welchem er sich befindet, ihn vorläufig beibehalten.

§. 5. Verheirathete Personen weiblichen Geschlechts sind demjenigen Staate zuzuweisen, welchem ihr Ehemann, vermöge eines der angeführten Verhältnisse, zugehört. Wittwen sind nach eben denselben Grundsätzen zu behandeln, es wäre denn, daß während ihres Wittwenstandes eine Veränderung eingetreten sei, durch welche sie, nach den Grundsätzen der gegenwärtigen Uebereinkunft, einem andern Staate zufallen.

Auch soll Wittwen, ingleichen den geschiedenen oder von ihren Ehemännern verlassenen Eheweibern, die Rückkehr in ihren auswärtigen Geburts- oder vorherigen Aufenthaltsort dann vorbehalten bleiben, wenn die Ehe innerhalb der ersten fünf Jahre nach deren Schließung wieder getrennt worden und kinderlos geblieben ist.

§. 6. Befinden sich unter einer heimathlosen Familie Kinder unter 14 Jahren, oder welche sonst wegen des Unterhalts, den sie von den Aeltern genießen, von denselben nicht getrennt werden können, so sind solche, ohne Rücksicht auf ihren zufälligen Geburtsort, in denjenigen Staat zu verweisen, welchem bei ehelichen Kindern der Vater, oder bei unehelichen die Mutter zugehört. Wenn aber

die Mutter unehelicher Kinder nicht mehr am Leben 1821 ist, und letztere bei ihrem Vater befindlich sind, so werden sie von dem Staate mit übernommen, welchem der Vater zugehört. Diejenigen Kinder einer heimathlosen Familie, welche 14 Jahre, und drüber alt sind und bei ihren Aeltern keinen Unterhalt finden, gehören, sofern nicht ein näherer Anspruch auf ihre anderweitige Aufnahme begründet ist, in den Ort ihrer Geburt.

§. 7. Hat ein Staatsangehöriger durch irgend eine Handlung sich seines Bürgerrechtes verlustig gemacht, ohne einem andern Staate zugehörig geworden zu sein, so kann der erstere Staat der Beibehaltung oder Wiederaufnahme desselben sich nicht entziehen.

§. 8. Handlungsdiener, Handwerksgesellen und Dienstboten, welche, ohne eine selbstständige Wirthschaft zu haben, in Diensten stehen, ingleichen Zöglinge und Studirende, welche der Erziehung oder des Unterrichts wegen irgendwo verweilen, erwerben durch diesen Aufenthalt, wenn derselbe auch länger als zehn Jahre dauern sollte, kein Wohnsitzrecht.

Zeitpächter sind den hier oben benannten Individuen nur dann gleich zu achten, wenn sie nicht für ihre Person, oder mit ihrem Hausstande und Vermögen, sich an den Ort der Pachtung hinbegeben haben.

§. 9. Denjenigen, welche als Landstreicher oder aus irgend einem andern Grunde ausgewiesen werden, hingegen in dem benachbarten Staate, nach den in der gegenwärtigen Uebereinkunft festgestellten Grundsätzen, kein Heimwesen anzusprechen haben, ist letzterer, den Eintritt in sein Gebiet zu gestatten, nicht schuldig, es würde denn urkundlich zur völligen Ueberzeugung dargethan werden können, daß das zu übernehmende Individuum einem in gerader Richtung rückwärts liegenden Staate zugehöre, welchem dasselbe nicht wohl anders, als durch das Gebiet des erstern, zugeführt werden kann.

§. 10. Sämmtlichen betreffenden Behörden wird es zur strengsten Pflicht gemacht, die Absendung

1821 der Vagabunden in das Gebiet des andern der hohen contrahirenden Theile, nicht bloß auf die eigene unzuverlässige Angabe derselben zu veranlassen, sondern, wenn das Verhältniß, wodurch der andere Staat zur Uebernahme eines Vagabunden conventionsmäÙig verpflichtet wird, nicht aus einem unverdächtigen Passe oder aus andern völlig glaubhaften Urkunden hervorgeht, oder, wenn die Angabe des Vagabunden nicht durch besondre Gründe und die Verhältnisse des vorliegenden Falles unzweifelhaft gemacht wird, zuvor die Wahrheit sorgfältig zu ermitteln, und nöthigen Falls bei der vermeintlich zur Aufnahme des Vagabunden verpflichteten Behörde Erkundigung einzuziehen.

§. 11. Sollte der Fall eintreten, daß ein von dem einen der hohen contrahirenden Theile dem andern Theile, zum weitem Transporte in einen rückwärts liegenden Staat, zufolge der Bestimmung des §. 9. zugeführter Vagabund von dem letztern nicht angenommen würde, so kann derselbe wieder in denjenigen Staat, welcher ihn ausgewiesen hatte, zur Beibehaltung zurückgebracht werden.

§. 12. Es bleibt den beiderseitigen Regierungs-Behörden überlassen, unter einander die nähern Verabredungen wegen der zu bestimmenden Richtung der Transporte, so wie wegen der Uebernahmssorte, zu treffen.

§. 13. Die Ueberweisung der Vagabunden geschieht in der Regel vermittelst Transports und Abgabe derselben an die Polizeibehörde desjenigen Ortes, wo der Transport, als von Seiten des answeisenden Staates, für beendet anzusehen ist. Mit den Vagabunden werden zugleich die Beweisstücke, worauf der Transport conventionsmäÙig gegründet wird, übergeben. In solchen Fällen, wo keine Gefahr zu besorgen ist, können einzelne Vagabunden auch mittelst eines Laufpasses, in welchem ihnen die zu befolgende Route genau vorgeschrieben ist, in ihr Vaterland gewiesen werden.

Es sollen auch nie mehr als drei Personen zugleich auf den Transport gegeben werden, es wäre denn, daß sie zu einer und derselben Familie gehö-

ren, und in dieser Hinsicht nicht wohl getrennt 1821 werden können.

Größere sogenannte Vagantenschube sollen künftig nicht Statt finden.

§. 14. Da die Ausweisung der Vagabunden nicht auf Requisition des zur Annahme verpflichteten Staats geschieht, und dadurch zunächst nur der eigene Vortheil des ausweisenden Staats bezweckt wird, so können für den Transport und die Verpflegung der Vagabunden keine Anforderungen an den übernehmenden Staat gemacht werden.

Wird ein Auszuweisender, welcher einem rückwärts liegenden Staate zugeführt werden soll, von diesem nicht angenommen, und deshalb, nach §. 11, in denjenigen Staat, welcher ihn ausgewiesen hatte, zurückgebracht, so muß letzterer auch die Kosten des Transports und der Verpflegung erstatten, welche bei der Zurückführung aufgelaufen sind.

§. 15. Vorstehende Uebereinkunft soll vom Tage der beiderseits zu bewirkenden Publication an verbindlich sein und in Kraft treten.

Wie nun Se. Königliche Majestät von Sachsen diese Uebereinkunft allenthalben genehmigt und wegen Vollziehung derselben das Erforderliche anzuordnen geruhet haben:

So ist hierüber diese, zur Publication bestimmte Erklärung ausgefertigt und auf allerhöchsten Befehl unterzeichnet worden.

Dresden, am 14ten November 1821.

Königl. Sächs. Cabinets - Minister und Staats - Secretair.

Graf VON EINSIEDEL.

87.

1821 *Publication concernant l'extension ultérieure de quelques traités conclus avec la Suisse, sur plusieurs cantons et sur toute l'étendue du grand-duche de Bâde, du 20 Novembre 1821.*

(*Regierungsblatt des Großherzogthums Baden 1821. 8 Decbr. No. XX.*)

Nach der neueren Urkunde des eidgenössischen Vorortes Zürich vom 18ten August d. J. sind nunmehr

I. dem Staatsvertrage vom 23sten August 1808, die Förmlichkeiten bei wechselseitigen Heirathen betreffend, auch noch die eidgenössischen Stände Zug, Waadt und Genf; also in allem nunmehr XVIII Cantone beigetreten (siehe die Bekanntmachung vom 20sten Februar d. J. Regierungsblatt No. V. vom 9ten März).

II. Dem Staatsvertrage vom 7ten Juli 1808, über Concurs - Gleichheit, schliesst sich nunmehr auch der löbliche Stand Genf an; also XX Cantone.

III. Dem Staatsvertrage vom 30sten August 1808, über gegenseitige Auslieferung der Verbrecher, ist nur der löbliche Stand Genf nicht beigetreten; derselbe ist aber für die übrigen XXI Cantone verbindlich.

IV. Durch die förmlich erklärte Zustimmung des löblichen Standes Genf zu dem Freizügigkeitsvertrage vom 6ten Februar 1804 ist derselbe nun für alle XXII eidgenössischen Stände verbindlich.

Carlsruhe, den 20sten November 1821.

Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten.

Freiherr VON BERSTETT.

Vdt. RÖMER.

88.

Déclaration concernant les mesures concer- 1821
tées entre la Prusse et l'Hanovre, pour em-
pêcher les délits forestiers dans les forêts
limitrophes, publiée à Berlin le 20 Novem-
bre et à Hanovre le 31 Décembre 1821.

Gesetzsammlung für die Königlichen Preussischen
Staaten 1821. No. 2. pag. 39. Gesetzsammlung für
das Königreich Hannover. J. 1821. Abthl. 1.
No. 1. p. 3.)

Nachdem die Königlich Großbritannisch Hanno-
 versche Regierung mit der Königlich Preussischen
 Regierung übereingekommen ist, wirksamere Maas-
 regeln zur Verhütung der Forstfrevel in den Grenz-
 Waldungen gegenseitig zu treffen, erklären beide
 Regierungen Folgendes:

1. Es verpflichtet sich sowohl die Königlich
 Großbritannisch Hannoversche, als die Königlich
 Preussische Regierung, die Forstfrevel, welche ihre
 Unterthanen in den Waldungen des andern Gebiets
 erübt haben möchten, sobald sie davon Kenntniss
 erhält, nach denselben Gesetzen zu untersuchen und
 zu bestrafen, nach welchen sie untersucht und be-
 traft werden würden, wenn sie in inländischen
 Forsten begangen worden wären.

2. Von den beiderseitigen Behörden soll zur
 Entdeckung der Frevler alle mögliche Hülfe geleistet
 werden; und namentlich wird gestattet, dass die
 pur der Forstfrevler durch die Förster oder Wald-
 wärter u. s. w. bis in das fremde Gebiet verfolgt,
 und Haussuchungen, ohne vorherige Anfrage bei
 den Aemtern und landrätthlichen Behörden auf der
 stelle, jedoch nur in Gegenwart und nach der An-
 ordnung des zu diesem Behufe mündlich zu requi-
 rierenden Bürgermeisters, Orts-Schultheissen, Vogts
 oder sonstigen Orts-Vorgesetzten, vorgenommen
 werden.

1821 3. Bei diesen Haussuchungen muß der Orts-Vorstand sogleich ein Protocoll aufnehmen und ein Exemplar dem requirirenden Angeber einhändigen, ein zweites Exemplar aber seiner vorgesetzten Behörde (Beamten oder Landrath) übersenden, bei Vermeidung einer Polizei-Strafe von 1 bis 5 Rthl. für denjenigen Orts-Vorstand, welcher der Requisition nicht Genüge geleistet hat. Auch kann der Angeber verlangen, daß der Förster oder, in dessen Abwesenheit, der Waldwärter des Orts, worin die Haussuchungen vorgenommen werden sollen, dabei zugezogen werde.

4. Den untersuchenden und bestrafenden Behörden in den Königlich Großbritannisch Hannoverschen und in den Königlich Preussischen Staaten wird zur Pflicht gemacht, die Untersuchung und Bestrafung der Forstfrevel, in jedem einzelnen Falle, nach den Grundsätzen der im Jahre 1798 deshalb getroffenen Vereinbarung, welche hiemit auf die beiden Staaten nach diesem Zeitpunkt hinzugekommenen Provinzen erstreckt wird, so schleunig vorzunehmen, als es nach der Verfassung des Landes nur immer möglich sein wird.

5. Gegenwärtige, im Namen Sr. Majestät des Königs von Großbritannien und Hannover und Sr. Majestät des Königs von Preussen, zweimal gleichlautend ausgefertigte Erklärung, soll nach erfolgter gegenseitiger Auswechselung, Kraft und Wirksamkeit in den beiderseitigen Landen haben und öffentlich bekannt gemacht werden.

Hannover den 31sten December 1821.

Berlin den 10ten November 1821.

Königl. Großbritannisch
Hannoversche zum Cabinets-
Ministerio verordnete
General-Gouverneur und
Geheime-Räthe.

Königl. Preuss. Ministerium
der auswärtigen
Angelegenheiten.

VON BERNSTORFF.

ARNSWALDT.

89.

*Proclamation du président des Etats - Unis 1821
de l'Amérique septentrionale, concernant la
réciprocité à observer dans le commerce entre
les Etats - Unis et le duché d'Oldenbourg;
datée du 22 Novembre 1821.*

*(Acts passed at the first session of the seventeenth
congress of the United States pag. 109.)*

Whereas, by an act of the congress of the United States, of the third of March, one thousand eight hundred and fifteen, so much of the several acts imposing duties on the ships and vessels, and on goods, wares, and merchandise, imported into the United States, as imposed a discriminating duty of tonnage between foreign vessels and vessels of the United States, and between goods imported into the United States in foreign vessels and vessels of the United States, were repealed, so far as the same respected the produce or manufacture of the nation to which such foreign ship or vessel might belong, such repeal to take effect in favor of any foreign nation whenever the president of the United States should be satisfied that the discriminating or countervailing duties of such foreign nation, so far as they operate to the disadvantage of the United States, have been abolished:

And whereas satisfactory proof has been received by me, under date of the eleventh of May last, that thenceforward all discriminating or countervailing duties of the dukedom of Oldenburg, so far as they might operate to the disadvantage of the United States, should be, and were, abolished, upon his highness the duke of Oldenburg's being duly certified of a reciprocal act on the part of the United States:

Now, therefore, I, James Monroe, president of the United States of America, do hereby declare and proclaim, that so much of the several acts imposing

1821 duties on the tonnage of ships and vessels, and on goods, wares, and merchandise, imported into the United States, as impose a discriminating duty of tonnage between vessels of the dukedom of Oldenburg and vessels of the United States, and between goods imported into the United States, in vessels of the said dukedom of Oldenburg and vessels of the United States, are repealed, so far as the same respect the produce or manufacture of the said dukedom of Oldenburg.

Given under my hand, at the city of Washington, this twenty-second day of November, in the year of our Lord one thousand eight hundred and twenty-one, and the forty-sixth year of the independence of the United States.

JAMES MONROE.

By the president:
JOHN QUINCY ADAMS,
secretary of state.

90.

Déclaration concernant les mesures concertées entre la Prusse et le duché de Saxe-Cobourg, pour empêcher les délits forestiers dans les forêts limitrophes, publiée à Berlin le 4 Décembre 1821.

(Gesetzsammlung für die Königlichen Preussischen Staaten 1822. No. 3. p. 41.)

Nachdem die Königlich Preussische Regierung mit der Herzoglich Sachsen-Coburgischen Regierung übereingekommen ist, wirksamere Maasregeln zur Verhütung der Forstfrevel in den Grenzwaldungen gegenseitig zu treffen, erklären beide Regierungen Folgendes:

1. Es verpflichtet sich sowohl die Königlich 1821
Preussische, als die Herzoglich Sachsen-Coburgische
Regierung die Forstfrevel, welche ihre Unterthanen
in den Waldungen des andern Gebiets verübt haben
möchten, sobald sie davon Kenntniß erhält, nach
denselben Gesetzen zu untersuchen und zu bestrafen,
nach welchen sie untersucht und bestraft werden
würden, wenn sie in inländischen Forsten begangen
worden wären.

2. Von den beiderseitigen Behörden soll zur
Entdeckung der Frevler alle mögliche Hülfe geleistet
werden, und namentlich wird gestattet, daß die
Spur der Forstfrevler durch die Förster oder Wald-
wärter u. s. w. bis auf eine Stunde Entfernung von
der Grenze verfolgt, und Haussuchungen, ohne vorherige
Anfrage bei den landrätlichen Behörden und
Aemtern, auf der Stelle, jedoch nur in Gegenwart
und nach der Anordnung des zu diesem Behufe
mündlich zu requirirenden Bürgermeisters oder Orts-
Schultheißen vorgenommen werden.

3. Bei diesen Haussuchungen muß der Ortsvor-
stand sogleich ein Protocoll aufnehmen und ein
Exemplar dem requirirenden Angeber einhändigen,
ein zweites Exemplar aber seiner vorgesetzten Be-
hörde (Landrath oder Beamten) übersenden, bei Ver-
meidung einer Polizeistrafe von 1 bis 5 Thaler für
denjenigen Ortsvorstand, welcher der Requisition
nicht Genüge leistet. Auch kann der Angeber ver-
langen, daß der Förster, oder in dessen Abwesen-
heit, der Waldwärter des Orts, worin die Haus-
suchungen vorgenommen werden sollen, dabei zuge-
zogen werde.

4. Die Einziehung des Betrags der Strafe und
der etwa statt gehabten Gerichtskosten, soll demje-
nigen Staate verbleiben, in welchem der verurtheilte
Frevler wohnt, und in welchem das Erkenntniß
statt gefunden hat, und nur der Betrag des Schaden-
Ersatzes und der Pfandgebühren an die betreffende
Kasse desjenigen Staats abgeführt werden, in wel-
chem der Frevel verübt worden ist.

4. Den untersuchenden und bestrafenden Behör-
den in den Königlich Preussischen und in den Her-

1821 zöglich Sachsen-Coburgischen Staaten, wird es zur Pflicht gemacht, die Untersuchung und Bestrafung der Forstfrevel in jedem einzelnen Falle so schnell vorzunehmen, als es nach der Verfassung des Landes nur irgend möglich sein wird.

6. Gegenwärtige, im Namen Sr. Majestät des Königs von Preussen und Seiner Durchlaucht des Herzogs von Sachsen-Coburg zweimal gleichlautend ausgefertigte Erklärung soll, nach erfolgter gegenseitiger Auswechslung, Kraft und Wirksamkeit in den beiderseitigen Landen haben, und öffentlich bekannt gemacht werden.

Berlin den 4ten December 1821.

Königl. Preuss. Ministerium der auswärtigen
Angelegenheiten.

Graf VON BERNSTORFF.

91.

*Convention entre la Bavière et la ligne aînée
de Reufs, concernant la réception réciproque
des vagabonds, publiée à Munich le 7 Dé-
cembre 1821.*

*(Regierungs- und Intelligenz-Blatt für das König-
reich Baiern. No. 41. 12ten Decbr. 1821.)*

Maximilian Joseph, von Gottes Gnaden König von Baiern.

Nachdem wir nunmehr auch mit dem Fürstlichen Hause Reufs der ältern Linie (zu Greitz) übereingekommen sind, die zwischen Uns und der Krone Sachsen unterm 15ten Junius 1820 abgeschlossene Convention wegen wechselseitiger Aufnahme der Vaganten und anderer Ausgewiesenen auf Unsere und die Fürstlich Reufsischen Lande gedachter älterer Linie, in gegenseitig verbindlicher Weise, auszu-
dehnen, und soviel insonderheit den §. 12. erwähn-

ter Convention betrifft, Unserer Seits die Stadt *Hof* 1821 im Ober-Main-Kreise, Fürstlich Reufsischer Seits aber die Stadt *Greitz*, als Uebernahms-Stationen bestimmt worden sind, so haben sämtliche Unsere Polizei-Behörden in vorkommenden Fällen sich hiernach eben so zu achten, wie Wir ein Gleiches unterm 27sten April d. J. (Regierungs- und Intelligenz-Blatt St. 17. S. 422.) in Ansehung der Fürstlich Reufsischen Lande der jüngern Linie, bereits verordnet haben.

München, den 7ten December 1821.

M A X. J O S E P H.

Graf VON RECHBERG.

Auf Königl. allerhöchsten Befehl:
der General-Secretair,
VON BAUMÜLLER.

92.

*Déclaration concernant les mesures concertées
entre la Prusse et le duché d'Oldenbourg,
pour empêcher les délits forestiers dans les
forêts limitrophes, publiée à Berlin le
8 Décembre 1821.*

(*Gesetzsammlung für die Königlichen Preussischen
Staaten 1821. No. 1. p. 8.*)

Nachdem die Königlich Preussische Regierung mit der Herzoglich Holstein-Oldenburgischen Regierung übereingekommen ist, wirksamere Maasregeln zur Verhütung der Forstfrevel in den Grenzwaldungen zu treffen, erklären beide Regierungen:

ART. I. Es verpflichtet sich sowohl die Königlich Preussische, als die Herzoglich Holstein-Oldenburgische Regierung:

1821 denburgische Regierung, die Forstfrevler, welche ihre Unterthanen in den Waldungen des andern Gebietes verübt haben möchten, sobald sie davon Kenntniss erhält, nach denselben Gesetzen zu untersuchen und zu bestrafen, nach welchen sie untersucht und bestraft werden würden, wenn sie in inländischen Forsten begangen worden wären.

ART. II. Von den beiderseitigen Behörden soll zur Entdeckung der Frevler alle mögliche Hülfe geleistet werden und namentlich wird gestattet, daß die Spur der Forstfrevler durch die Förster oder Waldwärter bis auf eine Stunde Entfernung von der Grenze verfolgt, und Haussuchungen, ohne vorherige Anfrage bei den landrätlichen Behörden und Aemtern auf der Stelle, jedoch nur in Gegenwart und nach der Anordnung des zu diesem Behuf mündlich zu requirirenden Bürgermeisters oder Orts - Schultheissen vorgenommen werden.

ART. III. Bei diesen Haussuchungen muß der Ortsvorstand sogleich ein Protocoll aufnehmen, und ein Exemplar dem requirirenden Angeber einhändigen, ein zweites Exemplar aber seiner vorgesetzten Behörde (Landrath oder Beamten) übersenden, bei Vermeidung einer Polizeistrafe von 1 bis 5 Thaler für denjenigen Ortsvorstand, welcher der Requisition nicht Genüge leistet. Auch kann der Angeber verlangen, daß der Förster, oder in dessen Abwesenheit, der Waldwärter des Orts, worin die Haussuchungen vorgenommen werden sollen, dabei zugezogen werde.

ART. IV. Die Einziehung des Betrages der Strafe und der etwa statt gehabten Gerichtskosten soll demjenigen Staate verbleiben, in welchem der verurtheilte Frevler wohnt, und in welchem das Erkenntniss statt gefunden hat, und nur der Betrag des Schadenersatzes und der Pfandgebühren an die betreffende Kasse desjenigen Staats abgeführt werden, in welchem der Frevler verübt worden ist.

ART. V. Den untersuchenden und bestrafenden Behörden in den Königlich Preussischen und in den Herzoglich Holstein - Oldenburgischen Staaten wird

zur Pflicht gemacht, die Untersuchung und Bestrafung der Forstfrevel in jedem einzelnen Falle so schleunig vorzunehmen, als es nach der Verfassung des Landes nur immer möglich sein wird. 1821

ART. VI. Gegenwärtige, im Namen Seiner Majestät des Königs von Preussen und Seiner Durchlaucht des Herzogs von Holstein-Oldenburg zweimal gleichlautend ausgefertigte Erklärung soll, nach erfolgter gegenseitiger Auswechselung, Kraft und Wirksamkeit in den beiderseitigen Landen haben und öffentlich bekannt gemacht werden.

Berlin den 8ten December 1821.

Königl. Preuss. Ministerium der auswärtigen
Angelegenheiten.

VON BERNSTORFF.

93.

1821 *Traité entre S. M. l'archiduchesse Marie Louise d'Autriche, duchesse de Parme, Plaisance et Guastalle et la confédération Suisse, concernant l'abolition de l'impôt d'émigration et du droit de détraction; du*
11 et 28 Décembre 1821.

(Offizielle Sammlung der das Schweizerische Staatsrecht betreffenden Aktenstücke Bd. 2. Heft 1. (1821) pag. 52.)

Nachdem Ihre Majestät die Frau Erzherzogin Maria Louisa von Oesterreich, regierende Herzogin von Parma, Piacenza und Guastalla u. s. w., und die Schweizerische Eidgenossenschaft, in der Absicht, die zwischen den beiderseitigen Staaten bestehenden freundschaftlichen Verhältnisse noch fester zu knüpfen, und den wechselseitigen Verkehr möglichst zu begünstigen, sich über den Grundsatz einer recipirlichen Aufhebung der Heimfallrechte, so wie des Abzugs in Vermögensexportationsfällen aus dem einen Staat in den andern, vorläufig einverstanden haben, — ist die nähere Anwendung dieses aufgestellten Grundsatzes, durch geführten Briefwechsel sorgfältig ausgemittelt und genauer bestimmt worden, und daher die nachfolgende verbindliche Uebereinkunft zu Stande gekommen.

Zu diesem Ende hin, haben sie, um das gegenwärtige Verkommniß abzuschließen und zu unterzeichnen, ernannt:

Ihre Majestät die Frau Erzherzogin von Oesterreich, regierende Herzogin von Parma, Piacenza und Guastalla u. s. w.;

Den Herrn Adam Albert Grafen von Neipperg, Großkreuz des heiligen Kaiserlichen Constantinianischen St. Georgsordens, Commandeur des Maria Theresiaordens, Großkreuz des Schwedischen

93.

*Trattato fra Sua Maestà Maria Luigia 1821
Principessa Imperiale, Arciduchessa d'Au-
stria, Duchessa di Parma, Piacenza, e
Guastalla ecc. ecc., e la Confederazione
Svizzera. Dal 11 et 28 Dicembre 1821.*

*(Offizielle Sammlung der das Schweizerische Staats-
recht betreffenden Aktenstücke Bd. 2. Heft 1. (1822.
pag. 52.)*

Sua Maestà l'Arciduchessa Maria Luigia d'Austria Duchessa di Parma, Piacenza, e Guastalla ecc. ecc., e la Confederazione Svizzera, volendo vieppiù stringere e consolidare le relazioni esistenti d'amicizia, e favorire il reciproco commercio, hanno preliminarmente convenuto d'abolire reciprocamente ogni diritto d'Albinaggio, come anche di Forensità, o Retorsione in caso di trasporto delle sostanze da uno Stato nell' altro. L'analoga applicazione di questo stabilitosi principio, fu appianata diligentemente colla corrispondenza, e regolata nel più giusto modo, e quindi fu fissata la seguente convenzione obbligatoria.

A tale effetto hanno nominato per conchiudere, e sottoscrivere la presente convenzione, cioè:

Sua Maestà l'Arciduchessa d'Austria, Duchessa di Parma, Piacenza, e Guastalla ecc. ecc.:

Il Signor Adamo Alberto Conte di Neipperg, Gran Croce del Sacro Angelico Imperial Ordine Costantiniano di San Giorgio, Commendatore dell' Ordine di Maria Teresa, Gran Croce dell' Ordine della

1821 Schwerdtordens, des Russischen St. Annaordens, des Sardinischen Ordens der heiligen Mauritius und Lazarus, des heiligen Ferdinand, so wie des Verdienstordens beider Sicilien; Ritter des Russischen St. Georgsordens vierter Klasse; zweiten Inhaber des Husarenregiments Nr. 3; Kämmerer, wirklichen Geheimen Rath und Generalleutnant in Diensten Ihrer Majestät des Kaisers von Oesterreich, Präsident des Militairdepartements, Obercommandant der Truppen, und beauftragt mit den auswärtigen Angelegenheiten der Herzogthümer Parma, Piacenza und Guastalla, —

Und die schweizerische Eidgenossenschaft:

Den Herrn Hans von Reinhard, Bürgermeister des Standes Zürich, Mitglied des vorörtlichen Staatsraths, und gewesenen Landamman der Schweiz, — welche, nachdem sie ihre Vollmachten ausgewechselt und dieselben in gehöriger Form befunden haben, über die nachstehenden Artikel übereingekommen sind und übereinkommen:

ART. I. Die in den Staaten Ihrer Majestät der Frau Erzherzogin, regierenden Herzogin von Parma, Piacenza und Guastalla, bestehenden Verordnungen, Gesetze und Uebungen, in Hinsicht auf das Heimfallrecht, sollen keine Anwendung auf die Angehörigen der Schweizerischen Eidgenossenschaft finden. Demzufolge sind diese letztern befugt, in den Staaten Ihrer Majestät jede Art von Vermögensanfall, es mag solcher von testamentarischer Verordnung, Verlassenschaft ab intestato, Schenkung unter Lebenden, oder anderer Erwerbsweise herrühren, anzutreten und in Besitz zu nehmen; gleichwie solches den Unterthanen Ihrer Majestät selbst gestattet ist, und unter eben den Bedingungen, welchen diese im nämlichen Fall unterworfen sind.

ART. II. Den Unterthanen Ihrer Majestät, der Frau Erzherzogin, regierenden Herzogin von Parma, Piacenza und Guastalla, wird hinwieder die nämliche Befreiung im ganzen Umfang der Schweizerischen Eidgenossenschaft zu Theil. Sie sind daselbst keiner Art von Heimfallrecht unterworfen, sondern, gleich den Schweizerischen Angehörigen, und mit Vorbehalt der auch für diese letztern festgesetzten Bedingnisse, befugt, das auf dem Gebiete der

Spada di Svezia, di S. Anna di Russia, dei Santi 1821
Maurizio e Lazzaro di Sardegna, di San Fernando
e del Merito delle Due Sicilie, Cavaliere di quarta
classe di San Giorgio di Russia, secondo Proprietario
del Reggimento d'Ussari Nro. 3., Ciamberrano,
Consigliere intimo attuale di Stato, e Luogotenente
Generale al Servizio di Sua Maestà l'Imperatore d'Au-
stria; Presidente del Dipartimento Militare. Coman-
dante superiore delle truppe, ed Incaricato degli
affari esteri dei Ducati di Parma, Piacenza, e
Guastalla, —

E la Confederazione Svizzera:

Il Signor Giovanni de Reinhard, Borgomastro
della Repubblica di Zurigo, Membro del Consiglio
di Stato della Confederazione, e già Landammanno
della Svizzera, — I quali dopo avere cambiate le
loro Plenipotenze, ed avendole trovate in debita
forma, hanno convenuto e convengono quanto siegue:

ART. I. Le ordinanze, leggi, e consuetudini in
materia d'Albinaggio, veglianti negli Stati di Sua
Maestà l'Arciduchessa, Duchessa di Parma, Pia-
cenza, e Guastalla, non saranno di alcuna forza
per le persone appartenenti alla Confederazione Sviz-
zera. Conseguentemente queste ultime sono auto-
rizzate di prendere possesso, e di godere tutti i beni
di qualsivoglia specie e natura, loro provenienti, sì
per successione *ab intestato*, sì per donazione tra i
vivi, che per qualunque altra maniera d'acquisto,
non altrimenti che i sudditi proprii di Sua Maestà,
ben inteso che soggiaceranno alle stesse leggi e con-
dizioni a questi imposte.

ART. II. Viceversa i sudditi di Sua Maestà l'Ar-
ciduchessa, Duchessa di Parma, Piacenza, e Gua-
stalla, godranno delle stesse immunità in tutto il
territorio della Confederazione Svizzera. Non sa-
ranno quindi assogettati a diritto qualunque d'Albi-
naggio, ma autorizzati del pari che le persone ap-
partenenti alla Confederazione Svizzera, di prendere
possesso, e godere tutti i beni di qualsivoglia specie
e natura, che possono loro provenire per disposizione

- 1821 XXII Schweizerkantone durch testamentliche Ver-
ordnung, Verlassenschaft ab intestato, Schenkung
unter Lebenden, oder auf andere Erwerbsweise an
sie gekommene Vermögen anzutreten und in Besitz
zu nehmen.

ART. III. Es wird zwischen den Staaten Ihrer
Majestät der Frau Erzherzogin, regierenden Herzo-
gin von Parma, Piacenza und Guastalla, und der
gesammten Schweizerischen Eidgenossenschaft eine
vollkommene Freizügigkeit beobachtet, und mithin
bei keinem Vermögensausgang aus den Herzogthü-
mern Parma, Piacenza und Guastalla nach der
Schweiz, oder umgekehrt, aus der Schweiz nach
den Herzogthümern Parma, Piacenza und Guastalla,
es mag solche Exportation von Erbschaft, Vermächtni-
s, Verkauf, Schenkung, mit Erfüllung der vorge-
schriebenen Bedingnisse statt findender Auswande-
rung, oder anderm Ursprung herrühren, — irgend
ein Abzug, Abschoss, Abfahrtsgeld, Nachsteuer, oder
sonst eine andere Gebühr bezogen werden. Denje-
nigen Gebühren aber, welche nach jetzigen oder
künftigen Gesetzen des einen oder des andern der
beiden, contrahirenden Staaten, auch von seinen
eigenen Angehörigen bei Erbschaften, Schenkungen,
oder andern Handänderungen, auch außer dem Fall
der Exportation bezahlt werden müssen, soll durch
gegenwärtige Uebereinkunft kein Abbruch geschehen.

ART. IV. Diese Freizügigkeit erstreckt sich nicht
nur auf alle Gebühren der im vorstehenden Artikel
näher bezeichneten Art, welche in die Staatskassen
fließen würden, sondern auch auf alle diejenigen
ähnlichen Bezüge, welche allfällig von Städten,
Communen, Corporationen, Stiftern, Klöstern, Pa-
trimonialgerichten, oder Privatberechtigten, bis da-
hin erhoben worden sein könnten.

ART. V. Die sämmtlichen obstehenden Bestim-
mungen werden vom Tage der Auswechslung der
Ratificatorien an gerechnet, welche so beförderlich
als möglich statt finden soll, in die Kraft eines
förmlichen Staatsvertrags erwachsen, und rechtlich
zu wirken anfangen; wobei jedoch die bestimmte
Meinung obwaltet, daß alle am Tage der Auswechs-

testamentaria, per successione *ab intestato*, per do- 1821
nazione tra i vivi, o per qualunque altra maniera
d'acquisto, nel territorio dei ventidue Cantoni Sviz-
zeri; ritenute però le condizioni imposte alle per-
sone appartenenti alla Confederazione Svizzera.

ART. III. Avrà luogo reciprocamente fra gli Stati
di Sua Maestà l'Arciduchessa, Duchessa di Parma,
Piacenza, e Guastalla, e tutta la Confederazione
Svizzera un libero trasporto delle sostanze, così che
per niuna esportazione dai Ducati di Parma, Pia-
cenza, e Guastalla nella Svizzera, e così pure vice-
versa dalla Svizzera nei Ducati di Parma, Piacenza,
e Guastalla, saranno esatte le gravezze così dette:
Abzug, *Abschofs*, *Abfahrts-geld*, *Nachsteuer*, o ve-
runa altra tassa sotto qualunque titolo, e qualunque
sia il modo con cui abbia luogo l'esportazione, sulle
sostanze, provenienti d'eredità, da disposizione tes-
tamentaria, da vendita, donazione, ne per emigra-
zione eseguita colle condizioni prescritte; ferma però
stante l'esazione di quelle tasse prescritte dalle leggi
vigenti, o che da uno o dall' altro dei due Stati
contraenti si potessero stabilire, che dai sudditi de-
vonosi pagare per le eredità, donazioni, od altro can-
giamento di proprietà, anche non esportabile.

ART. IV. Questo libero trasporto si estenderà
non solamente a tutte le imposte che nella maniera
sudescritta nell' articolo precedente, erano versate
nell' erario dello Stato, ma anche a tutti i redditi
che eventualmente furono riscossi fino al presente
da Città, Comunità, Corporazioni, Capitoli, Mona-
steri, Giurisdizioni patrimoniali, o da altri privati
che ne avessero avuto il diritto.

ART. V. Tutte le summentovate convenzioni
avranno irrevocabilmente la forza d'un trattato pub-
blico, ed avranno il loro pieno ed intero effetto dal
giorno in cui sarà eseguito il cambio delle ratifiche,
che avrà luogo il più presto possibile. Di comune
consentimento però si ritiene, che tutti i casi scaduti
il giorno del cambio delle ratifiche, od anche prima,

1821 lung etwa bereits anhängige aber noch unerledigte Fälle, gegenseitig nach den Bestimmungen dieses Vertrags beurtheilt und erledigt werden sollen.

Zu Bekräftigung dessen, haben die beiderseitigen Bevollmächtigten sich hier eigenhändig unterzeichnet, und das Siegel ihrer Wappen beigedruckt.

Zürich, den 11ten Christmonat 1821.

HANS VON REINHARD,
Bürgermeister von Zürich.

Ratificatorien. (Ratificazioni.)

A.

Noi Maria Luigia Principessa Imperiale Arciduchessa d'Austria per la grazia di Dio Duchessa di Parma, Piacenza, e Guastalla ecc. ecc.

Avendo veduto, ed esaminato il Trattato portante l'Abolizione del diritto d'Albinaggio, Forensità, o Retorsione, tra i Nostri Dominj, e quelli della Confederazione Svizzera, il quale Trattato è del tenore seguente:

(Il Trattato è il sopra riportato.)

Abbiamo tanto per Noi, che pei Nostri Successori accettato, approvato, ratificato, e confermato il surriferito Trattato, e per le presenti lo accettiamo, approviamo, ratifichiamo e confermiamo, promettendo, che sarà dal canto Nostro inviolabilmente mantenuto, ed osservato. In fede di che abbiamo firmato il presente Trattato di Nostra propria Mano, munito del maggior Sigillo delle Nostre Armi, e contrassegnato dal Nostro Cavaliere d'Onore Tenente Maresciallo Conte di Neipperg, Incaricato delle Relazioni Estere dei Nostri Ducati.

Dato della Nostra Ducale Residenza di Parma questo giorno dodici del mese di Gennajo dell' anno mille ottocento ventidue.

MARIA LUIGIA. *Conte di NEIPPERG.*

Per espresso e supremo ordine di Sua Maestà:

Barone WERKLEIN.

e che ancora fossero indecisi, saranno giudicati e 1821 terminati reciprocamente, secondo le convenzioni stabilite in questo trattato.

In fede di che i rispettivi Plenipotenziarj si sono sottoscritti, e vi hanno apposto il Sigillo delle loro Armi.

Parma, il 28 Dicembre 1821.

Il Tenente Maresciallo

Conte DI NEIPPERG.

B.

Wir Bürgermeister und Staatsräthe des Eidgenössischen Vororts Zürich, im Namen der XXII verbündeten Stände der Schweizerischen Eidgenossenschaft, beurkunden hiemit:

Dafs, nachdem zwischen den Ständen der Schweizerischen Eidgenossenschaft auf der einen, und Ihro Majestät der Frau Erzherzogin, regierenden Herzogin von Parma, Piacenza und Guastalla u. s. w. auf der andern Seite, wegen gegenseitiger Aufhebung der Heimfalls- und Abzugsrechte Unterhandlungen angebahnt, und ein wirklicher Staatsvertrag in Zürich unterm 11ten December, in Parma aber unterm 28sten December 1821, unterzeichnet worden, —

Wir diesen Vertrag, welcher von Wort zu Wort also lautet:

(Hier folgt der vorstehende Vertrag.)

Als von den XXII Ständen der Schweizerischen Eidgenossenschaft in allen seinen Theilen ratificiert erklären; und demzufolge, im Namen der gesammten Eidgenossenschaft, feierlichst versprechen, dafs dieser Staatsvertrag zu allen Zeiten gewissenhaft erfüllt, und aufrecht erhalten werden solle.

Dessen zu immerwährender Urkunde, ist gegenwärtiges Ratificationsinstrument von Unserm Präsidenten, so wie von dem Kanzler der Eidgenossenschaft; eigenhändig unterzeichnet, und mit dem

1821 Eidgenössischen Staatssiegel bekräftigt worden: Zürich, den 8ten Jenner im Jahr eintausend achthundert und zwei und zwanzig. (1822.)

Der Amtsbürgermeister
des Eidgenössischen Vororts Zürich,
Präsident der Schweizerischen Tagsatzung:

HANS VON REINHARD.

Der Kanzler der Eidgenossenschaft:
MOUSSON.

94.

*Convention entre la Saxe royale et le duché
de Saxe-Gotha, concernant la réception
réciproque des vagabonds, du 17 Décembre
1821.*

(Gesetzsammlung für das Königreich Sachsen 1822.
No. 2. pag. 11.)

Zwischen der Königlich Sächsischen und der Herzoglich Sachsen-Gothaischen Regierung ist, wegen wechselseitiger Uebernahme der Vagabunden und Ausgewiesenen, folgende Uebereinkunft verabredet worden.

§. 1. Es soll in Zukunft kein Vagabund oder Verbrecher in das Gebiet des andern der beiden hohen contrahirenden Theile ausgewiesen werden, wenn derselbe nicht entweder ein Angehöriger desjenigen Staats ist, welchem er zugewiesen wird, und in demselben sein Heimwesen zu suchen hat, oder doch durch das Gebiet desselben, als ein Angehöriger eines in gerader Richtung rückwärts liegenden Staats, nothwendig seinen Weg nehmen muß.

§. 2. Als Staatsangehörige, deren Uebernahme gegenseitig nicht versagt werden darf, sind anzusehen:

a) alle Diejenigen, deren Vater, oder, wenn sie 1821
außer der Ehe erzeugt wurden, deren Mutter, zur
Zeit ihrer Geburt, in der Eigenschaft eines Unter-
thans, mit dem Staate in Verbindung gestanden, oder
welche ausdrücklich zu Unterthanen aufgenommen
worden sind, ohne nachher wieder aus dem Un-
terthansverbande entlassen worden zu sein, oder
ein anderweitiges Heimathrecht erworben zu haben.

b) Diejenigen, welche von heimathlosen Eltern
zufällig innerhalb des Staatsgebiets geboren sind, so
lange sie nicht in einem andern Staate das Unter-
thanenrecht, nach dessen Verfassung, erworben, oder
sich daselbst, mit Anlegung einer Wirthschaft, ver-
heirathet, oder darin, unter Zulassung der Obrigkeit,
zehn Jahre lang gewohnt haben;

c) Diejenigen, welche zwar weder in dem Staats-
gebiete geboren sind, noch das Unterthanenrecht,
nach dessen Verfassung, erworben haben, hingegen,
nach Aufhebung ihrer vorherigen staatsbürgerlichen
Verhältnisse, oder überhaupt als heimathlos, dadurch
in nähere Verbindung mit dem Staate getreten sind,
dafs sie sich daselbst, unter Anlegung einer Wirth-
schaft, verheirathet haben, oder dafs ihnen, wäh-
rend eines Zeitraums von zehn Jahren, still-
schweigend gestattet worden ist, darin ihren Wohn-
sitz zu haben;

wobei festgesetzt worden ist, dafs auch insbe-
sondere diejenigen als ausdrücklich zu Untertha-
nen aufgenommen betrachtet werden sollen, welche
nicht in dem Staatsgebiete geboren sind, jedoch dem
Staate, zu Zeiten eines Kriegs, oder des Friedens,
Militairdienste geleistet haben, und zwar ohne
Rücksicht auf die Dauer dieses Dienstverhältnisses
und den im Militair gehaltenen Rang.

§. 3. Wenn ein Landstreicher ergriffen wird,
welcher in dem einen Staate geboren ist, in einem
andern aber das Unterthanenrecht ausdrücklich er-
worben, oder, mit Anlegung einer Wirthschaft, sich
verheirathet, oder, durch zehnjährigen Aufenthalt,
sich einheimisch gemacht hat, so ist der letztere
Staat, vorzugsweise, verbunden, ihn aufzunehmen.
Trifft das ausdrücklich erworbene Unterthanenrecht
in dem einen Staate mit der Verheirathung oder der

1821 zehnjährigen Wohnung in einem andern Staate zusammen, so ist das erweislich neuere Verhältniß entscheidend, jedoch dann, wenn hierüber zu einer ausreichenden Gewißheit nicht zu gelangen sein sollte, der Staat, in welchem dem Heimathlosen ein zehnjähriger Aufenthalt gestattet worden, vorzugsweise zu seiner Aufnahme verpflichtet.

§. 4. Sind bei einem Vagabunden oder auszuweisenden Verbrecher keine der in den vorstehenden Paragraphen enthaltenen Bestimmungen anwendbar, so muß derjenige Staat, in welchem er sich befindet, ihn vorläufig beibehalten.

§. 5. Verheirathete Personen weiblichen Geschlechts sind demjenigen Staate zuzuweisen, welchem ihr Ehemann, vermöge eines der angeführten Verhältnisse, zugehört. Wittwen sind nach eben denselben Grundsätzen zu behandeln, es wäre denn, daß während ihres Wittwenstandes eine Veränderung eingetreten sei, durch welche sie, nach den Grundsätzen der gegenwärtigen Uebereinkunft, einem andern Staate zufallen.

Auch soll Wittwen, ingleichen den Geschiedenen oder von ihren Ehemännern verlassenen Eheweibern, die Rückkehr in ihren auswärtigen Geburts- oder vorherigen Aufenthaltsort dann vorbehalten bleiben, wenn die Ehe innerhalb der ersten fünf Jahre nach deren Schließung wieder getrennt worden und kinderlos geblieben ist.

§. 6. Befinden sich unter einer heimathlosen Familie Kinder unter 14 Jahren, oder welche sonst wegen des Unterhalts, den sie von den Eltern genießen, von denselben nicht getrennt werden können, so sind solche, ohne Rücksicht auf ihren zufälligen Geburtsort, in denjenigen Staat zu verweisen, welchem bei ehelichen Kindern der Vater, oder bei unehelichen die Mutter zugehört. Wenn aber die Mutter unehelicher Kinder nicht mehr am Leben ist, und letztere bei ihrem Vater befindlich sind, so werden sie von dem Staate mit übernommen, welchem der Vater zugehört. Diejenigen Kinder einer heimathlosen Familie, welche 14 Jahre und darüber alt sind, und bei ihren Eltern keinen Unterhalt

finden, gehören, sofern nicht ein näherer Anspruch 1821 auf ihre anderweitige Aufnahme begründet ist, in den Ort ihrer Geburt.

§. 7. Hat ein Staatsangehöriger durch irgend eine Handlung sich seines Bürgerrechts verlustig gemacht, ohne einem andern Staate zugehörig geworden zu sein, so kann der erstere Staat der Beibehaltung oder Wiederannahme desselben sich nicht entziehen.

§. 8. Handlungsdiener, Handwerksgesellen und Dienstboten, welche, ohne eine selbstständige Wirthschaft zu haben, in Diensten stehen, ingleichen Zöglinge und Studirende, welche der Erziehung oder des Unterrichts wegen irgendwo verweilen, erwerben durch diesen Aufenthalt, wenn derselbe auch länger als zehn Jahre dauern sollte, kein Wohnsitzrecht.

Zeitpächter sind den hier obenbenannten Individuen nur dann gleich zu achten, wenn sie nicht für ihre Person, oder mit ihrem Hausstande und Vermögen sich an den Ort der Pachtung hinbegeben haben.

§. 9. Diejenigen, welche als Landstreicher oder aus irgend einem andern Grunde ausgewiesen worden, hingegen in dem benachbarten Staate, nach den in der gegenwärtigen Uebereinkunft festgestellten Grundsätzen, kein Heimwesen anzusprechen haben, ist letzterer, den Eintritt in sein Gebiet zu gestatten, nicht schuldig, es würde denn urkundlich zur völligen Ueberzeugung dargethan werden können, daß das zu übernehmende Individuum einem in gerader Richtung rückwärts liegenden Staate zugehöre, welchem dasselbe nicht wohl anders, als durch das Gebiet des erstern, zugeführt werden kann.

§. 10. Sämmtlichen betreffenden Behörden wird es zur strengsten Pflicht gemacht, die Absendung der Vagabunden in das Gebiet des andern der hohen contrahirenden Theile, nicht bloß auf die eigene unzuverlässige Angabe derselben zu veranlassen; sondern, wenn das Verhältniß, wodurch der andere Staat zur Uebernahme eines Vagabunden conventionsmäßig verpflichtet wird, nicht aus einem un-

1821 verdächtigen Passe, oder aus andern völlig glaubhaften Urkunden hervorgeht, oder, wenn die Angabe des Vagabunden nicht durch besondere Gründe und die Verhältnisse des vorliegenden Falles unzweifelhaft gemacht wird, zuvor die Wahrheit sorgfältig zu ermitteln, und nöthigenfalls bei der vermeintlich zur Aufnahme des Vagabunden verpflichteten Behörde Erkundigung einzuziehen.

§. 11. Sollte der Fall eintreten, daß ein von dem einem der hohen contrahirenden Theile dem andern Theile, zum weitem Transporte in einen rückwärts liegenden Staat, zufolge der Bestimmung des §. 9. zugeführter Vagabund von dem letztern nicht angenommen würde, so kann derselbe wieder in denjenigen Staat, welcher ihn ausgewiesen hatte, zur vorläufigen Beibehaltung zurückgebracht werden.

§. 12. Es bleibt den beiderseitigen Provinzial-Regierungs-Behörden überlassen, unter einander die nähern Verabredungen, wegen der zu bestimmenden Richtung der Transporte, so wie wegen der Uebernahmorte, zu treffen.

§. 13. Die Ueberweisung der Vagabunden geschieht in der Regel mittelst Transports und Abgabe derselben an die Polizeibehörde desjenigen Orts, wo der Transport als von Seiten des ausweisenden Staats für beendet anzusehen ist. Mit den Vagabunden werden zugleich die Beweisstücke, worauf der Transport conventionsmäßig gegründet wird, übergeben. In solchen Fällen, wo keine Gefahr zu besorgen ist, können einzelne Vagabunden auch mittelst eines Laufpasses, in welchem ihnen die zu befolgende Route genau vorgeschrieben ist, in ihr Vaterland gewiesen werden.

Es sollen auch nie mehr als drei Personen zugleich auf den Transport gegeben werden, es wäre denn, daß sie zu einer und derselben Familie gehören und in dieser Hinsicht nicht wohl getrennt werden können. Größere sogenannte Vagantenschube sollen künftig nicht Statt finden.

§. 14. Da die Ausweisung der Vagabunden nicht auf Requisition des zur Annahme verpflichteten Staats geschieht, und dadurch zunächst nur der eigene Vortheil des ausweisenden Staats bezweckt wird, so können für den Transport und die Ver-

pflegung der Vagabunden keine Anforderungen an 1821 den übernehmenden Staat gemacht werden.

Wird ein Auezuweisender, welcher einem rückwärts liegenden Staate zugeführt werden soll, von diesem nicht angenommen, und deshalb, nach §. 11, in denjenigen Staat, welcher ihn ausgewiesen hatte, zurückgebracht, so muß letzterer auch die Kosten des Transports und der Verpflegung erstatten, welche bei der Zurückführung aufgelaufen sind.

§. 15. Vorstehende Uebereinkunft soll vom Tage der beiderseits zu bewirkenden Publication an verbindlich sein und in Kraft treten.

Wie nun Se. Königl. Majestät von Sachsen diese Uebereinkunft allenthalben genehmigt, und, wegen Vollziehung derselben, das Erforderliche anzuordnen gernhet haben, also ist hierüber diese zur Publication bestimmte Erklärung ausgefertigt und auf allerhöchsten Befehl unterzeichnet worden.

Dresden, am 17ten December 1821.

Königl. Sächs. Kabinets - Minister und Staats - Secretair.

Graf VON EINSIEDEL.

95.

Arrangement entre la Grande-Bretagne et 1817 les Etats-Unis de l'Amérique septentrionale, concernant le nombre des bâtimens armés à entretenir sur les lacs; conclu à Washington au mois d'Avril 1817, et promulgué par le président des Etats-Unis le 28 Avril 1818.

(JON. ELLIOT's *diplomatic code of the United States of America etc.* pag. 297.)

By the president of the United States. A proclamation.

Whereas an arrangement was entered into at the city of Washington, in the month of April, in the

1817 year of our Lord one thousand eight hundred and seventeen, between Richard Rush, esquire, at that time acting as secretary for the department of state of the United States, for and in behalf of the government of the United States; and the right honorable Charles Bagot, his Britannic majesty's envoy extraordinary and minister plenipotentiary, for and in behalf of his Britannic majesty; which arrangement is in the words following, to wit:

"The naval force to be maintained upon the American lakes, by his majesty and the government of the United States, shall henceforth be confined to the following vessels on each side; that is —

"On lake Ontario, to one vessel not exceeding one hundred tons burden, and armed with one eighteen pound cannon.

"On the upper lakes, to two vessels, not exceeding like burden each, and armed with like force.

"On the waters of lake Champlain, to one vessel not exceeding like burden, and armed with like force.

"All other armed vessels on these lakes shall be forthwith dismantled, and no other vessels of war shall be there built or armed.

"If either party should hereafter be desirous of annulling this stipulation, or should give notice to that effect to the other party, it shall cease to be binding after the expiration of six months from the date of such notice.

"The naval force so to be limited shall be restricted to such services as will, in no respect, interfere with the proper duties of the armed vessels of the other party."

And whereas the senate of the United States have approved of the said arrangement, and recommended that it should be carried into effect; the same having also received the sanction of his royal highness the Prince Regent, acting in the name and on the behalf of his Britannic majesty:

Now, therefore, I, James Monroe, president of the United States, do, by this my proclamation, make known and declare that the arrangement afo-

resaid, and every stipulation thereof, has been duly entered into, concluded, and confirmed, and is of full force and effect. 1817

Given under my hand, at the city of Washington, this twenty-eighth day of April, in the year of our Lord one thousand eight hundred and eighteen, and of the independence of the United States the forty-second.

JAMES MONROE.

By the president:

JOHN QUINCY ADAMS,
secretary of state.

96.

Décision des commissaires nommés par la Grande-Bretagne et les États-Unis de l'Amérique septentrionale conformément au 4^{ème} article du traité de Gand de 1814; datée de New York du 24 Novembre 1817.

(JON. ELLIOT *diplomatic code of the United States of America* — Washington 1827. 8. — pag. 291.)

By Thomas Barclay and John Holmes, esquires, commissioners, appointed by virtue of the fourth article of the treaty of peace and amity between his Britannic majesty and the United States of America, concluded at Ghent, on the twenty-fourth day of December, one thousand eight hundred and fourteen, to decide to which of the two contracting parties to the said treaty, the several islands in the Bay of Passamaquoddy, which is part of the Bay of Foundy, and the island of Grand Menan, in the said Bay of Foundy, do respectively belong, in conformity with the true intent of the second article of the treaty of peace of one thousand seven hundred

1817 and eighty three, between his said Britannic majesty and the aforesaid United States of America.

We, the said Thomas Barclay and John Holmes, commissioners as aforesaid, having been duly sworn impartially to examine and decide upon the said claims, according to such evidence as should be laid before us on the part of his Britannic majesty and the United States, respectively, have decided, and do decide, that Moose island, Dudley island, and Frederick island, in the Bay of Passamaquoddy, which is part of the Bay of Foundy, do, and each of them does, belong to the United States of America: and we have also decided, and do decide, that all the other islands, and each and every of them, in the said Bay of Passamaquoddy, which is part of the Bay of Foundy, and the island of Grand Menan, in the said Bay of Foundy, do belong to his said Britannic majesty, in conformity with the true intent of the said second article of said treaty of one thousand seven hundred and eighty-three.

In faith and testimony whereof, we have set our hands and affixed our seals, at the city of New York, in the state of New York, in the United States of America, this twenty-fourth day of November, in the year of our Lord one thousand eight hundred and seventeen.

JOHN HOLMES.

THOMAS BARCLAY.

Witness — JAMES T. AUSTIN, Agent U. S. A.

ANTHONY BARCLAY, *secretary*.

97.

*Déclaration des commissaires nommés par la 1817
Grande - Bretagne et les Etats - Unis de
l'Amérique septentrionale conformément au
4^{ème} article du traité de Gand de 1814;
datée de New York du 24 Novembre
1817.*

(JOH. ELLIOT *diplomatic code of the United States
of America* pag. 292.)

New York, 24th December, 1817.

Sir, The undersigned commissioners, appointed by virtue of the fourth article of the treaty of Ghent, have attended to the duties assigned them; and have decided that Moose island, Dudley island, and Frederick island, in the Bay of Passamaquoddy, which is part of the Bay of Foundy, do each of them belong to the United States of America, and that all the other islands in the Bay of Passamaquoddy, and the island of Grand Menan, in the Bay of Foundy, do each of them belong to his Britannic majesty, in conformity with the true intent of the second article of the treaty of peace of one thousand seven hundred and eighty-three. The commissioners have the honor to enclose herewith their decision.

In making this decision, it became necessary that each of the commissioners should yield a part of his individual opinion: several reasons induced them to adopt this measure; one of which was the impression and belief that the navigable waters of the Bay of Passamaquoddy, which, by the treaty of Ghent, is said to be part of the Bay of Foundy, are common to both parties for the purpose of all lawful and direct communication with their own territories and foreign ports.

The undersigned have the honor to be,

With perfect respect, Sir,

Your obedient and humble servants,

J. HOLMES.

THO. BARCLAY.

98.

1818 *A convention between his Catholic Majesty and the United States of America, for the indemnification of those who have sustained losses, damages, or injuries, in consequence of the excesses of individuals, of either nation, during the late war, contrary to the existing treaty or the laws of nations; done at Madrid Aug. 11, 1802 and ratified by the president and senate of the United States on the 9th Jan. 1804 and by the king of Spain on the 9th July 1818.*

(JON. ELLIOT *diplomatic code of the United States of America* pag. 363.)

His Catholic Majesty and the government of the United States of America, wishing amicably to adjust the claims which have arisen from excesses committed during the late war, by individuals of either nation, contrary to the laws of nations or the treaty existing between the two countries: his Catholic Majesty has given, for this purpose, full powers to his excellency Don Pedro Cevallos, counsellor of state, gentleman of the bed chamber in employment, first secretary of state and universal despatch, and superintendant general of the posts and post offices in Spain and the Indies; and the government of the United States of America to Charles Pinckney, a citizen of the said states, and their minister plenipotentiary near his Catholic Majesty; who have agreed as follows:

98.

*Convention entre l'Espagne et les Etats-1818
Unis de l'Amérique septentrionale, concer-
nant l'indemnisation de ceux qui, par les
excès d'individus de l'une ou de l'autre na-
tion, ont essuyé, pendant la dernière guerre,
des pertes et des dommages contraires au
traité existant et au droit des gens; signée
à Madrid le 11 Août 1802, et ratifiée par
le président et par le sénat des Etats-Unis
le 9 Janvier 1804 et par le roi d'Espagne
le 9 Juillet 1818 *).*

(JON. ELLIOT *diplomatic code of the United States
of America* pag. 363.)

Deseando su Magestad Catolica y el gobierno de los Estados Unidos de America, ajustar amistosamente las demandas que han ocasionado los excesos cometidos durante la ultima guerra por individuos de una y otra nacion, contra el derecho de gentes ó el tratado existente entre los dos paises; ha dado su Magestad Catolica plenos poderes á este efecto á Don Pedro Cevallos, se Consejero de Estado, gentilhomme de camara con exercicio, primer secretario de estado y del despacho universal, superintendente general de correos y postas de España é Indias; y el gobierno de los Estados Unidos de America á Don Carlos Pinkney, ciudadano de dichos Estados y su ministro plenipotenciario cerca de su Magestad Catolica, quienes han convenido en lo siguiente:

*) Cette convention se trouve dans une traduction françoise et sans date dans le 8ème tome du supplément au recueil (4ème tome du nouveau rec.) pag. 568. L'éditeur a cru en devoir donner ici les textes originaux.

1818 1. A board of commissioners shall be formed, composed of five commissioners, two of whom shall be appointed by his Catholic Majesty, two others by the government of the United States, and the fifth by common consent; and in case they should not be able to agree on a person for the fifth commissioner, each party shall name one, and leave the decision to lot: And hereafter, in case of the death, sickness or necessary absence, of any of those already appointed, they shall proceed in the same manner, to the appointment of persons to replace them.

2. The appointment of the commissioners being thus made, each one of them shall take an oath to examine, discuss, and decide, on the claims, which they are to judge, according to the laws of nations and the existing treaty, and with the impartiality justice may dictate.

3. The commissioners shall meet and hold their sessions in Madrid, where, within the term of eighteen months (to be reckoned from the day on which they may assemble) they shall receive all claims, which, in consequence of this convention, may be made, as well by the subjects of his Catholic Majesty as by the citizens of the United States of America, who may have a right to demand compensation for the losses, damages, or injuries, sustained by them, in consequence of the excesses committed by Spanish subjects or American citizens.

4. The commissioners are authorized, by the said contracting parties, to hear and examine, on oath, every question relative to the said demands, and to receive, as worthy of credit, all testimony, the authenticity of which cannot reasonably be doubted.

5. From the decisions of the commissioners there shall be no appeal; and the agreement of three of them shall give full force and effect to their decisions, as well with respect to the justice of the claims, as to the amount of the indemnification which may be adjudged to the claimants; the said contracting parties obliging themselves to satisfy the

1. Se formará una junta compuesta de cinco vocales de los quales, dos serán nombrados por su Magestad Catolica, otros dos por el gobierno de los Estados Unidos, y el quinto de comun consentimiento; y en el caso de no poderse convenir en el sugeto para quinto vocal, nombrará uno cada parte dexando la eleccion entre los dos a la suerte, y se procederá en la misma forma en adelante al nombramiento ulterior de los sugetos que reemplazaren á los que actualmente lo son en los casos de muerte, enfermedad ó precisa ausencia. 1818

2. Hecho así el nombramiento prestará cada uno de los vocales el juramento de examinar, discutir, y sentenciar las demandas sobre que juzgaren con arreglo al derecho de gentes y tratado existente, y con la imparcialidad que dicta la justicia.

3. Residerán los vocales y celebrarán las juntas en Madrid, en donde en el perfixo termino de diez y ocho meses, contados desde el dia en que se junten, admitirán todas las demandas que á consecuencia de esta convencion hicieren tanto los vasallos de su Magestad Catolica como los ciudadanos de los Estados Unidos de America, que tuviren derecho á reclamar perdidas, daños y perjuicios, en consecuencia de los excesos cometidos por Españoles y ciudadanos de dichos Estados durante la nltima guerra contra el derecho de gentes y tratado existente.

4. Se autoriza por dichas partes contratantes á los vocales para oir y examinar baxo la sancion del juramento qualezquiera puntos concernientos á las referidas demandas y á recibir como digno de fé todo testimonio de cuya autenticidad no puede dudarse con fundamento.

5. Bastara el acuerdo de tres vocales para que sus sentencias tengan fuerza de irrevocables y sin apelacion tanto por lo que respecta á la justicia de las demandas, como por lo que hace á las cantidades que se adjudicaren por indemnizacion á los demandantes; pues se obligan las partes contratantes á satisfacerlas en especie, sin rebaxa, en las epocas y

1818 said awards in specie, without deduction, at the times and places pointed out, and under the conditions which may be expressed by the board of commissioners.

6. It not having been possible for the said plenipotentiaries to agree upon a mode by which the above mentioned board of commissioners should arbitrate the claims originating from the excesses of foreign cruisers, agents, consuls, or tribunals, in their respective territories, which might be imputable to their two governments, they have expressly agreed that each government shall reserve (as it does by this convention) to itself, its subjects or citizens, respectively, all the rights which they now have, and under which they may hereafter bring forward their claims, at such times as may be most convenient to them.

7. The present convention shall have no force or effect until it be ratified by the contracting parties, and the ratification shall be exchanged as soon as possible.

In faith whereof, we, the underwritten plenipotentiaries, have signed this convention, and have affixed thereto our respective seals.

Done at Madrid, this 11th day of August, 1802.

PEDRO CEVALLOS.

CHARLES PINCKNEY.

Ratified, by the president and senate, on the 9th Jan. 1804; and by the king of Spain on the 9th July, 1818.

parages señalados, y baxo las condiciones que se 1818
expresaren en las sentencias de la junta.

6. No habiendo sido posible ahora á dichos plenipotenciarios convenirse en el modo de que la referida junta arbitrase las reclamaciones originadas en consecuencia de los excesos de los corsarios, agentes, consules, ó tribunales, extrangeros, en los respectivos territorios, que fueren imputables á los dos gobiernos: se han convenido expresamente en que cada gobierno se reserve, como por esta convencion se hace, para si, sus vasallos y ciudadanos respectivamente, todos los derechos que ahora les asistan, y en que promuevan en adelante sus reclamaciones en el tiempo que les acomodare.

7. La presente convencion no tendrá ningun valor ni efecto hasta que se haya ratificado por las partes contratantes, y se cangearan las ratificaciones lo mas pronto que sea posible.

En fé de lo qual, nosotros los infrascriptos plenipotenciarios, hemos firmado esta convencion y hemos puesto nuestros sellos respectivos.

Hecho en Madrid, a 11 de Agosto, de 1802.

PÉDRO CEVALLOS.

CHARLES PINCKNEY.

99.

1818 *Convention entre la Grande - Bretagne et les Etats-Unis de l'Amérique septentrionale, concernant la pêche, les limites et plusieurs autres points, signée à Londres le 20 Octobre 1818 et dont les ratifications ont été échangées à Washington le 30 Janvier 1819 *)*.

(JON. ELLIOT's *diplomatic code of the United States of America etc.* pag. 262.)

The United States of America, and his Majesty the king of the united kingdom of Great Britain and Ireland, desirous to cement the good understanding which happily subsists between them, have, for that purpose, named their respective plenipotentiaries, that is to say: The president of the United States, on his part, has appointed Albert Gallatin, their envoy extraordinary and minister plenipotentiary to the court of France; and Richard Rush, their envoy extraordinary and minister plenipotentiary to the court of his Britannic Majesty: And his Majesty has appointed the right honorable Frederick John Robinson, treasurer of his Majesty's navy, and president of the committee of privy council for trade and plantations; and Henry Goulbourn, esq. one of his Majesty's under secretaries of state: Who, after having exchanged their respective full powers, found to be in due and proper form, have agreed to and concluded the following articles:

ART. I. Whereas differences have arisen respecting the liberty claimed by the United States, for the

*) Cette convention se trouve d'après deux traductions peu exactes dans le 8ème Tome du suppl. au rec. (4e tome du nouv. rec.) pag. 511 suiv. L'éditeur a cru en devoir donner ici le texte original.

inhabitants thereof, to take, dry, and cure, fish, on 1818
certain coasts, bays, harbours, and creeks, of his
Britannic Majesty's dominions in America, it is
agreed between the high contracting parties, that
the inhabitants of the said United States shall have,
forever, in common with the subjects of his Bri-
tannic Majesty, the liberty to take fish of every kind
on that part of the southern coast of Newfoundland,
which extends from Cape Ray to the Rameau is-
lands, on the western and northern coast of New-
foundland, from the said Cape Ray to the Quirpon
islands, on the shores of the Magdalen islands, and
also on the coasts, bays, harbours, and creeks, from
Mount Joly, on the southern coast of Labrador, to
and through the straits of Bellisle, and thence north-
wardly indefinitely along the coast, without preju-
dice, however, to any of the exclusive rights of the
Hudson Bay company: and that the American fisher-
men shall also have liberty, forever, to dry and cure
fish in any of the unsettled bays, harbours, and
creeks, of the southern part of the coast of New-
foundland, hereabove described, and of the coast of
Labrador; but so soon as the same, or any portion
thereof, shall be settled, it shall not be lawful for
the fishermen to dry or cure fish at such portion so
settled, without previous agreement for such pur-
pose, with the inhabitants, proprietors, or posses-
sors, of the ground. And the United States hereby
renounce, forever, any liberty heretofore enjoyed
or claimed by the inhabitants thereof, to take, dry,
or cure fish, on or within three marine miles of
any of the coasts, bays, creeks, or harbours, of his
Britannic Majesty's dominions in America, not in-
cluded within the abovementioned limits: Provided,
however, that the American fishermen shall be ad-
mitted to enter such bays or harbours, for the pur-
pose of shelter and of repairing damages therein, of
purchasing wood, and of obtaining water, and for
no other purpose whatever. But they shall be un-
der such restrictions as may be necessary to prevent
their taking, drying, or curing, fish therein, or in
any other manner whatever abusing the privileges
hereby resolved to them.

1818 ART. II. It is agreed, that a line drawn from the most northwestern point of the lake of the Woods, along the forty-ninth parallel of north latitude, or if the said point shall not be in the forty-ninth parallel of north latitude, then that a line drawn from the said point due north or south, as the case may be, until the said parallel of north latitude, and from the point of such intersection due west along and with the said parallel, shall be the line of demarkation between the territories of the United States and those of his Britannic Majesty, and that the said line shall form the northern boundary of the said territories of the United States, and the southern boundary of the territories of his Britannic Majesty, from the lake of the Woods to the Stony Mountains.

ART. III. It is agreed, that any country that may be claimed by either party on the northwest coast of America, westward of the Stony Mountains, shall, together with its harbours, bays, and creeks, and the navigation of all rivers within the same, be free and open, for the term of ten years from the date of the signature of the present convention, to the vessels, citizens, and subjects, of the two powers: it being well understood, that this agreement is not to be construed to the prejudice of any claim which either of the two high contracting parties may have to any part of the said country, nor shall it be taken to affect the claims of any other power or state to any part of the said country; the only object of the high contracting parties, in that respect, being to prevent disputes and differences amongst themselves.

ART. IV. All the provisions of the convention "to regulate the commerce between the territories of the United States and of his Britannic Majesty," concluded at London, on the third day of July, in the year of our Lord one thousand eight hundred and fifteen, with the exception of the clause which limited its duration to four years, and excepting, also, so far as the same was affected by the declaration of his Majesty respecting the island of

St. Helena, are hereby extended and continued in 1818
force for the term of ten years from the date of the
signature of the present convention, in the same
manner as if all the provisions of the said conven-
tion were herein specially recited.

ART. V. Whereas it was agreed by the first article of the treaty of Ghent, that "All territory, places, and possessions, whatsoever, taken by either party from the other, during the war, or which may be taken after the signing of this treaty, excepting only the islands hereinafter mentioned, shall be restored without delay, and without causing any destruction, or carrying away any of the artillery or other public property originally captured in said forts or places, which shall remain therein upon the exchange of the ratifications of this treaty, or any slaves, or other private property;" and whereas, under the aforesaid article, the United States claim for their citizens, and as their private property, the restitution of, or full compensation for, all slaves who, at the date of the exchange of the ratifications of the said treaty, were in any territory, places, or possessions, whatsoever, directed by the said treaty to be restored to the United States, but then still occupied by the British forces, whether such slaves were, at the date aforesaid, on shore, or on board any British vessel, lying in waters within the territory or jurisdiction of the United States; and whereas differences have arisen whether, by the true intent and meaning of the aforesaid article of the treaty of Ghent, the United States are entitled to the restoration of, or full compensation for, all or any slaves, as above described, the high contracting parties hereby agree to refer the said differences to some friendly sovereign or state, to be named for that purpose; and the high contracting parties further engage to consider the decision of such friendly sovereign or state to be final and conclusive on all the matters referred.

ART. VI. This convention, when the same shall have been duly ratified by the president of the United States, by and with the advice and consent

1818 of their senate, and by his Britannic Majesty, and the respective ratifications mutually exchanged, shall be binding and obligatory on the said United States, and on his Majesty; and the ratifications shall be exchanged in six months from this date, or sooner, if possible.

In witness whereof the respective plenipotentiaries have signed the same, and have hereunto affixed the seal of their arms. Done at London, this twentieth day of October, in the year of our Lord one thousand eight hundred and eighteen.

ALBERT GALLATIN.

RICHARD RUSH.

FREDERICK JOHN ROBINSON.

HENRY GOULBOURN.

Ratified by the prince regent on the 2d of November 1818.
By the president and senate, on the 28th January, 1819.

I.

TABLE CHRONOLOGIQUE

*des traités renfermés dans le IX^{ème} (V^{ème})
Tome et dans ce Volume supplémentaire.*

*(La lettre a désigne le IX^{ème} (V^{ème}) Tome, la lettre b le
Volume supplémentaire.)*

1808

- | | | | |
|-----------|---|------------|------|
| 11 Mai. | Freizügigkeits-Convention zwischen dem
Königreiche Baiern und dem Großherzog-
thume Hessen | Pag. a. 77 | 1808 |
| | Actes relatifs à l'avenement de Joachim
Murat au trône de Naples. | | |
| 15 Juill. | a. Décret de l'empereur des François par
lequel il nomme Joachim Murat, roi de
Naples | a. 12 | |
| 20 Juill. | b. Proclamation de Joachim Murat à son
avenement au trône | a. 14 | |
| | c. Décret du roi Joachim Murat qui dé-
signe son titre | a. 15 | |
| 31 Décb. | Traité entre S. M. le roi de Wurtemberg
et S. A. R. le grand duc de Bâde, concer-
nant des cessions et autres arrangemens
territoriaux | a. 1 | |

1809

- | | | | |
|----------|--|-------|------|
| 31 Mars. | Freizügigkeits-Vertrag zwischen dem Kö-
nigreiche Baiern und dem Herzogthume
Sachsen-Hildburghausen | a. 79 | 1809 |
| 9 Juill. | Herz. Nassauische Erklärung den mit
der Krone Baiern abgeschlossenen Frei-
zügigkeits-Vertrag betreffend | a. 62 | |

- 1809 27 Juill. Erklärung die allgemeine Freizügigkeit zwischen dem Königreiche Baiern und den gesammten Herzoglich Nassauischen Staaten betreffend Pag. a. 80
- 9 Décb. Freizügigkeitsvertrag zwischen Baiern und Sachsen - Meiningen a. 81

1810

- 1810 28 Févr. Traité entre la France et la Bavière pour l'exécution du traité de Vienne du 14 Octobre 1809 a. 16
9. 12 Oct. Herzoglich Nassauische Erklärung die Einführung einer allgemeinen Freizügigkeit betreffend a. 59

1811

- 1811 Note des ministres de Russie auprès les diverses cours de l'Europe au sujet de la réunion du duché d'Oldenbourg à la France a. 23
- 21 Févr. Erklärung der Freizügigkeit zwischen Baiern und dem Großherzogthume Würzburg a. 82
- 30 Mars. Convention entre la Bavière et la Saxe royale pour l'extradition réciproque des déserteurs a. 24
- 16 Avril. Herz. Nassauische Erklärung den mit dem Königreiche Preussen abgeschlossenen Freizügigkeits-Vertrag betreffend a. 63
- 11 Mai. Erklärung der Freizügigkeit zwischen Baiern und dem Königreiche Westphalen a. 82
- 26 Juin. Erklärung die Anwendung des Freizügigkeits-Vertrags zwischen Baiern und Preussen betreffend a. 83

1812

- 1812 27 Avril. Erklärung die Erneuerung des Freizügigkeits-Vertrags zwischen Baiern und Sachsen - Coburg - Saalfeld betreffend a. 86
- 3 Mai. Herzogl. Nassauische Erklärung den mit dem Herzogthum Sachsen - Meiningen abgeschlossenen Freizügigkeits-Vertrag betreffend a. 64

- 1 Juill. Erklärung die Freizügigkeit zwischen den Kaiserlich Oesterreichischen Staaten und dem Herzogthum Nassau betreffend Pag. a. 64 1812
- 16 Juill. Erklärung die Freizügigkeit zwischen den Herzogthümern Anhalt - Bernburg und Nassau betreffend a. 66
- 19 Décb. Freizügigkeits - Vertrag zwischen Baiern und Sachsen - Gotha und Altenburg a. 87

1813

- 28 Mars. Erklärung die Freizügigkeit zwischen Baiern und den Fürstlich Isenburgischen Landen betreffend a. 87 1813
- 18 Juin. Erklärung die Freizügigkeit zwischen dem Großherzogthum Hessen und dem Herzogthum Nassau betreffend a. 66

1814

- Actes relatifs au traité de paix conclu entre la cour d'Autriche et celle de Naples au mois de Janvier 1814 1814
- 8 Janv. a. Acte séparé a. 32
- b. Article des instructions de S. M. l'empereur d'Autriche, communiqué par Mr. le comte de Neipperg à Mr. le duc de Gallo a. 33
- 3 Févr. Convention conclue entre le duc de Gallo et lord William Bentink a. 31
- 18 Avril. Convention militaire entre l'armée anglaise et les troupes de la garnison de la ville de Gênes a. 34
- 5 Juill. Article séparé du traité d'amitié entre la Grande - Bretagne et l'Espagne a. 38

1815

- Actes par lesquels l'administration des états de Parme, de Plaisance et de Guastalle est provisoirement cédée à S. M. l'empereur d'Autriche. 1815
- 31 Mars. a. Bekanntmachung Ihro Majestät, der Kaiserin Maria Louise u. s. w. dafs sie die provisorische Verwaltung ihrer Staaten von Parma, Piacenza und Guastalla,

1815	Sr. Majestät dem Kaiser von Oesterreich übergeben habe	Pag. a. 39
2 Avril.	Bekanntmachung Sr. Majestät des Kaisers von Oesterreich, daß Er die provisorische Verwaltung der Staaten von Parma, Piacenza und Guastalla, in eigenem Namen übernommen habe	a. 40
7 Avril.	Patente de S. M. l'empereur d'Autriche par laquelle il déclare la formation du royaume Lombardo-Vénitien et sa réunion à l'empire	a. 55
13 Mai.	Convention conclue au nom de la reine régente de Naples entre le prince Cariati et le commodore Campbell	a. 45
6 Juill.	Convention entre la Bavière et la Hesse électorale pour l'extradition réciproque des déserteurs	a. 48
25 Nov.	Convention entre la Prusse et la Saxe royale concern. les billets de caisse	b. 1

1816

1816	7 Févr.	Erklärung die Abzugsfreiheit zwischen dem Großherzogthume Sachsen-Weimar und dem Herz. Nassau betreffend	a. 68
	3 Avril.	Traité de paix entre le roi des Deux-Siciles et le dey d'Alger	a. 90
	7 Avril.	Erklärung die Freizügigkeit zwischen Baiern und Sachsen-Weimar betreffend	a. 88
	17 Avril.	Traité de paix entre le roi des Deux-Siciles et le bey de Tunis	a. 98
	29 Avril.	Traité de paix entre le roi des Deux-Siciles et le bey de Tripoli	a. 106
	5 Juin.	Erklärung die Freizügigkeit zwischen dem Königreich Würtemberg und dem Herzogthum Nassau betreffend	a. 73
	23 Juill.	Erklärung die Erneuerung des zwischen Baiern und dem Großherzogthum Hessen bestehenden Freizügigkeits-Vertrags betreffend	a. 88
	29 Juill.	Erklärung die Freizügigkeit zwischen dem Kurfürstenthum Hessen und dem Herzogthum Nassau betreffend	a. 69

- 3 Août. Erklärung die Freizügigkeit zwischen dem Herzogthum Oldenburg und dem Herzogthum Nassau betreffend Pag. a. 69 1816
- 5 Août. Erklärung die Freizügigkeit zwischen dem Herzogthum Sachsen-Coburg und dem Herzogthum Nassau betreffend a. 70
- 31 Août. Erklärung die Freizügigkeit zwischen dem Königreich Sachsen und dem Herzogthum Nassau betreffend a. 71
- 31 Août. Erklärung die Freizügigkeit zwischen dem Großherzogthum Mecklenburg-Schwerin und dem Herzogthum Nassau betreffend a. 70
- 26 Sept. Convention entre le roi des Deux-Siciles et le roi de la Grande-Bretagne et d'Irlande a. 116
- 28 Sept. Erklärung die Freizügigkeit zwischen den Oesterreichischen Staaten und den Herzoglich Nassauischen Landen betreffend a. 72
- 19 Octr. Convention entre la Bavière et le grand-duché de Bâde pour l'extradition réciproque des déserteurs a. 126
- 6 Nov. Erklärung die Freizügigkeit zwischen dem Großherzogthum Mecklenburg-Strelitz und dem Herzogthum Nassau betreffend a. 72
- 22.23 Déc. Traité de paix et d'amitié conclu entre les Etats-Unis de l'Amérique septentrionale et le dey et la régence d'Alger b. 6

1817

- 9 Janv. Erklärung die zwischen der freien Stadt Frankfurt und dem Herzogthume Nassau bestehende Freizügigkeit betreffend a. 74 1817
- 15 Janv. Erklärung die zwischen dem Canton Basel und dem Herzogthum Nassau bestehende Freizügigkeit betreffend a. 75
- 14 Janv. Freizügigkeits-Vertrag zwischen Baiern und Kurhessen a. 89
- Avril. Arrangement entre la Grande-Bretagne (1818 28 Avr.) et les Etats-Unis de l'Amérique septen-

- 1817 trionale, concernant le nombre des bâtimens armés à entretenir sur les lacs Pag. b. 395
- 19 Mai. Erklärung die zwischen der freien Stadt Frankfurt und dem Herzogthum Nassau bestehende Freizügigkeit betreffend a. 75
- 24 Mai. Conv. entre l'Autriche et la Bavière a. 146
- 17 Juin. Concordat entre la France et le Saint-Siège b. 39
- 27 Juill. Convention entre la Prusse et la Saxe royale concernant le partage des fondations pieuses dans le royaume et dans le duché de Saxe b. 27
- 28 Juill. Convention entre la Prusse et la Saxe royale, concernant la remise et la continuation des procès pendans dans le royaume et dans le duché de Saxe b. 14
- 11 Août. Acte de vente d'une escadre russe, cédée par la Russie à l'Espagne a. 41
- 15 Août. Convention entre le roi des Deux-Siciles et le roi d'Espagne a. 133
- 10 Sept. Acte additionnel au traité de paix de Fredricshamn, entre la Suède et la Norvège d'une part et la Russie de l'autre a. 137
- 29 Août.
- 25 Octr. Erklärung wegen Ausdehnung der seit 1812 zwischen der Königl. Preussischen Regierung und der Schweizerischen Eidgenossenschaft bestehenden Freizügigkeits - Uebereinkunft, auf sämtliche jetzige Preussische und zur Eidgenossenschaft gehörige Lande a. 167
- 15 Nov. Patente de S. M. le roi de Bavière établissant l'état politique de S. A. R. le prince de Leuchtenberg, en sa qualité de prince de Eichstädt a. 155
- 24 Nov. Décision des commissaires nommés par la Grande-Bretagne et les Etats-Unis de l'Amérique septentrionale, en conformité du 4ème article du traité de Gand de 1814 b. 397
- 24 Nov. Déclaration des commissaires nommés par la Grande-Bretagne et les Etats-Unis

de l'Amérique septentrionale, en conformité du traité de Gand de 1814 Pag. b. 399 1817

8 Déc. Erklärung wegen der zwischen der Königl. Preussischen und Königl. Württembergischen Regierung verabredeten Freizügigkeit, in Betreff der zum deutschen Bunde nicht gehörigen Preussischen Provinzen a. 166

16 Déc. Convention entre la Prusse et la Bavière pour l'extradition réciproque des déserteurs a. 293

22 Déc. Durchmarsch- und Etappen-Convention zwischen Preussen und Braunschweig a. 210

1818

10 Janv. Erklärung die Freizügigkeit zwischen dem Königreich der Niederlande und dem Herzogthum Nassau betreffend a. 76 1818

17 Janv. Loi napolitaine, relative à la naturalisation des étrangers a. 174

16 Févr. Concordat entre le royaume des Deux-Siciles et le Saint-Siège b. 43

6 Mai. Bekanntmachung, die wegen wechselseitiger Uebernahme der Vaganten und anderer Ausgewiesenen zwischen dem Großherzogthum Hessen und dem Herzogthum Nassau abgeschlossene Ueber-einkunft betreffend a. 276

21 Mai. Convention entre la Prusse et la Bavière, pour l'extradition réciproque des vagabonds a. 309

11 Juin. Convention de cartel entre la Prusse et le royaume des Pays-Bas a. 180

18 Juin. - Uebereinkunft wegen einer Hülfsmilitärstrafe für die Königl. Preussischen Truppen durch das Fürstenthum Lippe a. 258
25 Août.

9 Juill. (1802
11 Août) Convention entre l'Espagne et les Etats-Unis de l'Amérique septentrionale, concernant l'indemnisation de ceux qui par les excès d'individus de l'une ou de l'autre nation, contraires au traité existant et au droit des gens, ont essuyé des

- 1818 pertes et des dommages pendant la dernière guerre Pag. b. 400
- 20 Juill. Bekanntmachung über die Cartel-Convention zwischen Preussen und Hessen-Homburg a. 316
- 29 Juill. Convention entre le royaume des Deux-Siciles et le Saint-Siège, concernant l'extradition réciproque des brigands et des malfaiteurs a. 281
- 30 Juill. Loi de navigation du royaume des Deux-Siciles a. 185
- 8 Août. Déclaration faite par le gouvernement des Pays-Bas sur l'abolition réciproque du droit d'aubaine entre ce royaume et celui des Deux-Siciles a. 286
- 8 Août. Convention entre la Prusse et l'Autriche, pour l'extradition réciproque des déserteurs a. 301
- 16 Août. Auszug aus der zwischen der Königl. Preussischen und Herzogl. Nassauischen Regierung abgeschlossenen Cartel-Convention a. 320
- 19 Sept. Bekanntmachung über die Cartel-Convention zwischen Preussen und Sachsen-Gotha und Altenburg a. 317
- 28 Sept. Durchmarsch- und Etappen-Convention zwischen Preussen und Oldenburg a. 267
- 20 Octr. Convention entre la Grande-Bretagne et les Etats-Unis de l'Amérique septentrionale, concernant la pêche, les limites et plusieurs autres points b. 406
- 4 Nov. Convention de cartel concernant l'extradition réciproque des déserteurs, conclue entre la Prusse et le duché d'Oldenbourg b. 57
- 1819 12 Janv. 6 Nov. Déclaration, concernant l'abolition du droit d'aubaine entre le royaume des Deux-Siciles et le royaume de Wurtemberg b. 41
- 7 Nov. Extrait du protocole de la conférence ministérielle tenue à Aix-la-Chapelle. Affaires des médiatisés a. 278

- 12 Nov. Durchmarsch - und Etappen - Con- 1818
vention zwischen Preußen und Anhalt-
Köthen Pag. a. 233
- 12 Nov. Durchmarsch - und Etappen - Con-
vention zwischen Preußen und Anhalt-
Bernburg a. 220
- 12 Nov. Durchmarsch - und Etappen - Con-
vention zwischen Preußen und Anhalt-
Dessau a. 246
- 16 Déc. Erklärung wegen der zwischen der Kö-
nigl. Preussischen und der Fürstl. Braun-
schweig - Lüneburgischen Regierung ver-
abredeten Freizügigkeit, in Betreff der
zum deutschen Bunde nicht gehörigen
Preussischen Provinzen a. 168

1819

- 7 Janv. Convention entre le royaume des Pays- 1819
Bas et le grand - duché de Hesse, relati-
vement à l'abolition réciproque du droit
de détraction et de l'impôt d'émigration b. 55
- 22 Janv. Erklärung wegen der zwischen der Kö-
nigl. Preussischen und der Herzoglich
Sachsen - Meiningschen Regierung ver-
abredeten Freizügigkeit, im Betreff der
zum deutschen Bunde nicht gehörigen
Preussischen Provinzen a. 318
- 22 Janv. Erklärung wegen der zwischen der Kö-
nigl. Preussischen und der Fürstlich
Schwarzburg - Sondershausenschen Re-
gierung verabredeten Freizügigkeit, im
Betreff der zum deutschen Bunde nicht
gehörigen Preussischen Provinzen a. 319
- 5 Févr. Traité entre les états de Buenos Ayres
et du Chili a. 324
- 20 Févr. Erklärung wegen der zwischen der Kö-
nigl. Preussischen und der Fürstlich
Schaumburg - Lippeschen Regierung ver-
abredeten Freizügigkeit, in Betreff der
zum deutschen Bunde nicht gehörigen
Preussischen Provinzen a. 169

- 1819 20 Févr. Déclaration concernant l'abolition du droit de détraction et de traite-foraine entre la Prusse et la principauté de Schaumburg-Lippe Pag. b. 64
- 22 Févr. Traité d'amitié, d'accord et de fixation de limites entre l'Espagne et les Etats-Unis d'Amérique a. 328
- 22 Févr. Décret de S. M. le roi du royaume des Deux-Siciles relatif à la franchise accordée aux membres du corps diplomatique a. 346
- 23 Févr. Convention entre la Prusse et le duché de Brunsvic-Lunebourg pour l'extradition réciproque des déserteurs a. 304
- 23 Févr. Convention entre la Prusse et la Hesse grand-ducale, concernant la réception réciproque des vagabonds b. 65
- 26 Févr. Décret du roi des Deux-Siciles concernant l'abolition du droit d'aubaine envers les sujets autrichiens et les déclarations de la cour d'Autriche y relatives a. 415
- 6 Mars. Erklärung wegen der zwischen der Königl. Preussischen und der Fürstl. Lippeschen vormundschaftlichen Regierung verabredeten Freizügigkeit, in Betreff der zum deutschen Bunde nicht gehörigen Preussischen Provinzen a. 170
- 6 Mars. Erklärung wegen der zwischen der Königl. Preussischen und der Fürstl. Hohenzollern-Sigmaringischen Regierung verabredeten Freizügigkeit, in Betreff der zum deutschen Bunde nicht gehörigen Preussischen Provinzen a. 171
- 6 Mars. Déclaration concernant l'abolition du droit de détraction et de traite-foraine entre la Prusse et la principauté de Lippe-Detmold b. 66
- 6 Mars. Déclaration concernant l'abolition du droit de détraction et de traite-foraine entre la Prusse et la principauté de Hohenzollern-Sigmaringen b. 67

- 8 Mars. Décret du roi des Deux-Siciles relatif à l'abolition du droit d'aubaine envers les sujets du duc d'Anhalt-Dessau Pag. a. 418 1819
- 8 Mars. Décret du roi des Deux-Siciles relatif à l'abolition du droit d'aubaine envers les sujets du duc de Saxe-Meiningen a. 419
- 8 Mars. Décret du roi des Deux-Siciles relatif à l'abolition du droit d'aubaine envers les sujets du duc de Saxe-Hildbourghausen a. 420
- 15 Mars. Erklärung wegen der zwischen der Königl. Preussischen und der Fürstl. Regierung jüngerer Linie Reufs von Plauen verabredeten Freizügigkeit, in Betreff der zum deutschen Bunde nicht gehörigen Preussischen Provinzen a. 172
- 15 Mars. Loi du royaume des Deux-Siciles relative à l'abolition du droit d'aubaine envers les sujets de S. M. le roi des Pays-Bas a. 422
- 15 Mars. Déclaration concernant l'abolition du droit de détraction et de traite-foraine entre la Prusse et la ligne cadette des princes de Reufs-Plauen b. 68
- 22 Mars. Erklärung wegen der zwischen der Königl. Preussischen und Fürstl. Reussischen Regierung älterer Linie verabredeten Freizügigkeit, in Betreff der zum deutschen Bunde nicht gehörigen Preussischen Provinzen a. 173
- 22 Mars. Déclaration concernant l'abolition du droit de détraction et de traite-foraine entre la Prusse et la ligne aînée des princes de Reufs b. 68
- 23 Mars. Décret de S. M. le royaume des Deux-Siciles, concernant la franchise des ports de Palerme et de Messine a. 350
- 26 Mars. Décret du roi des Deux-Siciles relatif à l'abolition du droit d'aubaine envers l'état de Parme a. 423
- 26 Mars. Décret du roi des Deux-Siciles relatif à l'abolition du droit d'aubaine envers la ville de Hambourg a. 424

- 1819 29 Mars. Déclaration concernant l'abolition du droit de détraction et de traite-foraine entre la Prusse et la principauté de Lichtenstein Pag. b. 68
- 29 Mars. Publication concernant l'abolition du droit d'aubaine entre le royaume des Deux-Siciles et le duché d'Oldenbourg b. 69
- 31 Mars. Convention entre la Prusse et le royaume de Wurtemberg pour l'extradition réciproque des déserteurs a. 303
- 31 Mars. Auszug aus der zwischen der Königl. Preussischen und der Herzogl. Nassauischen Regierung abgeschlossenen Uebereinkunft, wegen wechselseitiger Uebnahme der Vagabunden und Ausgewiesenen a. 323
- 31 Mars. Déclaration concernant l'abolition des fraix de justice en matières criminelles, concertée entre la Prusse et le grand-duché de Saxe-Weimar b. 70
- 5 Avril. Cartel entre l'Hanovre et le duché de Brunsvic, concernant l'extradition réciproque des déserteurs b. 71
- 6 Avril. Déclaration concernant l'émigration des sujets respectifs entre la Bavière et le duché de Saxe-Hildbourghausen b. 79
- 16 Avril. Bekanntmachung der zwischen Preussen und Nassau abgeschlossenen Uebereinkunft wegen wechselseitiger Uebnahme der Vagabunden und Ausgewiesenen a. 322
- 16 Avril. Déclaration concernant l'abolition du droit de détraction et de traite-foraine entre la Prusse et la régence de Hesse-Hombourg b. 68
- 24 Avril. Acte de ratification de la Porte Ottomane relativement à la cession des îles Joniennes à la Grande-Bretagne et de Parga à la Turquie a. 378

- 28 Avril. Décret du roi des Deux-Siciles relatif à l'abolition du droit d'aubaine envers la ville de Bremen 1819
Pag. a. 425
- 28 Avril. Décret du roi des Deux-Siciles relatif à l'abolition du droit d'aubaine envers la ville de Lubeck a. 426
- 28 Avril. Décret du roi des Deux-Siciles relatif à l'abolition du droit d'aubaine envers les sujets du roi de la Grande-Bretagne a. 427
- 29 Avril. Déclaration concernant l'interprétation du §. 3 de la convention du 27 Mai 1817 sur l'abolition du droit de détraction entre la Prusse et la Saxe royale b. 80
- 3 Mai. Décret du roi des Deux-Siciles relatif à l'abolition du droit d'aubaine envers les sujets de l'électeur de Hesse a. 429
- 3 Mai. Décret du roi des Deux-Siciles relatif : à l'abolition du droit d'aubaine envers l'état de Toscane a. 431
- 6 Mai. Convention de cartel entre l'Autriche et le duché de Modène a. 391
- 7 Mai. Convention entre la Prusse et le grand-duché de Mecklenbourg-Strelitz, pour l'extradition réciproque des vagabonds a. 306
- 8 Mai. Convention entre la Prusse et le duché de Saxe-Gotha et Altenbourg, concernant l'abolition des fraix de justice en matières criminelles b. 81
- 11 Mai. Ordonnance de S. M. le roi de Prusse concernant l'abolition du droit de détraction et de la gabelle d'émigration envers les états de la confédération germanique b. 83
- 16 Mai. Convention entre la Prusse et le royaume des Deux-Siciles, concernant l'abolition réciproque du droit de retraite et de l'impôt d'émigration a. 178
- 19 Mai. Déclaration concernant l'abolition du droit de détraction et de la gabelle d'émigration entre le royaume des Pays-Bas et la Hesse grand-ducale b. 85

- 1819 19 Mai. Déclaration concernant l'abolition du droit d'aubaine entre le royaume des Deux-Siciles et la Hesse grand-ducale Pag. b. 86
- 25 Mai. Déclaration concernant l'abolition du droit de détraction entre la Suède et la Norvège et la Hesse électorale b. 87
- 29 Mai. Convention entre les Deux-Siciles et la Sardaigne, pour l'extradition réciproque des malfaiteurs a. 398
- 2 Juin. Décret du roi des Deux-Siciles relatif à l'abolition du droit d'aubaine envers les sujets du royaume de Suède et de Norvège a. 432
- 5 Juin. Convention entre la Prusse et la Hesse électorale, concernant le transport des prisonniers militaires b. 88
- 17 Juin. Convention entre la Prusse et le grand-duché de Bâde, pour l'extradition réciproque des déserteurs a. 305
- 29 Juin. Décret du roi des Deux-Siciles relatif à l'abolition du droit d'aubaine envers les sujets du roi de Portugal a. 433
- 1 Juill. Cartel concernant l'extradition réciproque des déserteurs, conclu entre la Hesse électorale et le duché de Brunswick b. 89
- 6 Juill. Convention entre les Deux-Siciles et le Saint-Siège a. 402
- 14 Juill. Loi française, sur la succession des étrangers en France a. 405
- 15 Juill. Cartel concernant l'extradition réciproque des déserteurs, conclu entre la Hesse électorale et la principauté de Schaumbourg-Lippe b. 97
- 25 Juill. Déclaration concernant l'abolition réciproque du droit de détraction, de la gabelle héréditaire et d'émigration entre le royaume des Deux-Siciles et le royaume de Wurtemberg b. 100
- 27 Juill. Convention entre le grand-duché de Bâde et le canton d'Argovie, conc. l'extradition réciproque des fondations pieuses b. 101

- 27 Juill. Traité entre le grand-duché de Bâde et le canton d'Argovie, conc. l'arrangement de différentes réclamations 1819
Pag. b. 105
- 7⁹ Août. Convention entre la Hesse électorale et la principauté de Schaumbourg-Lippe, concernant l'extradition réciproque des criminels et la suppression des fraix de justice en matières criminelles b. 110
- 10 Août. Arrangement concerté entre la Prusse et la Saxe royale concernant les passeports de leurs sujets respectifs b. 115
- 17 Août. Décret du roi des Deux-Siciles relatif à l'abolition du droit d'aubaine envers les sujets du grand-duc de Saxe-Weimar a. 435
- 17 Août. Décret du roi des Deux-Siciles relatif à l'abolition du droit d'aubaine envers les sujets du duc d'Anhalt-Bernbourg a. 436
- 17 Août. Décret du roi des Deux-Siciles relatif à l'abolition du droit d'aubaine envers la ville de Francfort a. 437
- 28 Août. Convention principale conclue entre la Prusse et la Saxe royale, en exécution du traité de paix entre les deux puissances fait à Vienne le 18 Mai 1815 b. 117
- 2 Sept. Publication de la chancellerie royale de Stockholm, conc. l'abolition du droit de détraction entre la Suède et la Norvège d'un coté et plusieurs états Européens de l'autre b. 219
- 23 Sept. Déclaration concernant l'abolition du droit de détraction et de traite-foraine entre la Prusse et la principauté de Hohenzollern-Hechingen b. 68
- 28 Sept. Décret du roi des Deux-Siciles relatif à l'abolition du droit d'aubaine envers les sujets du grand-duc de Mecklenbourg-Schwerin a. 438
- 30 Sept. Déclaration concernant le for légal dans les actions de provocation pour les sujets Saxons et Prussiens b. 220

- 1819 25 Oct. Convention entre la Prusse et la principauté de Schwarzbourg - Sondershausen, concernant les douanes et les droits de consommation a. 406
- 27 Oct. Convention entre la Prusse et le grand-duché de Bâde, pour faciliter les requisi-
sions, les citations et les insinuations
judiciaires b. 224
- 16 Nov. Décret du roi des Deux-Siciles relatif
à l'abolition du droit d'aubaine envers
les sujets du roi d'Hanovre a. 439
- 18 Nov. Déclaration concernant une convention
entre la Bavière et le duché de Saxe-
Meiningen, pour la réception réciproque
des vagabonds b. 223
- 25 Nov. Déclaration concernant l'abolition de la
gabelle d'émigration entre la Bavière et
les Deux-Siciles b. 224
- 7 Déc. Décret du roi des Deux-Siciles relatif
à l'abolition du droit d'aubaine envers
les sujets du duc de Saxe-Cobourg a. 441
- 17 Déc. Acte de réunion des états de Venezuela
et de la Nouvelle Grenade a. 411

1820

- 1820 1 Janv. Convention conclue entre les royaumes
des Pays-Bas et de Sardaigne, à l'égard
d'une abolition réciproque du droit d'au-
baine b. 225
- 11 Janv. Articles supplémentaires à la déclaration
qui établit l'abolition réciproque des
droits de détraction entre les royaumes
des Deux-Siciles et de Wurtemberg b. 226
- 5 Févr. Convention entre la Prusse et la Saxe
royale, pour l'extradition réciproque des
déserteurs et des vagabonds a. 315
- 2 Févr. Décret du roi des Deux-Siciles relatif
à l'abolition du droit d'aubaine envers
les sujets du grand-duc de Mecklen-
bourg-Strelitz a. 442
- 18 Févr. Convention entre la Prusse et la Sar-
daigne, relative à l'abolition réciproque

du droit de détraction et de l'impôt d'émigration 1820
Pag. a. 448

22 Févr. Convention entre la Hesse électorale et la principauté de Lippe-Detmold, concernant l'extradition réciproque des criminels et la suppression des fraix de justice en matières criminelles b. 227

2 Mars. Patente de S. M. l'empereur d'Autriche relative à la franchise de tout droit de détraction accordée aux sujets des états de la confédération germanique a. 450

25 Mars. Rapport du ministre des cultes et de l'instruction publique de la Russie, pour le renvoi définitif des Jesuites hors des frontières de l'empire a. 461

25 Mars. Convention entre la Prusse et la principauté de Schwarzbourg-Sondershausen, concernant la suppression des fraix de justice en matières criminelles b. 228

27 Mars. Déclaration concernant l'abolition du droit d'aubaine entre les Deux-Siciles et la Bavière a. 443

28 Mars. Règlement concernant une convention entre la Saxe royale et la Bohême pour la réception réciproque des vagabonds b. 230

Mars. Décret et proclamation du roi d'Espagne pour l'acceptation de la constitution promulguée par les cortès généraux et extraordinaires en 1812 a. 454

2 Avril. Convention conclue entre la régence d'Oldenbourg et de Lubek et le tribunal de Gluckstadt, concernant l'extradition réciproque des criminels et la suppression des fraix de justice en matières criminelles b. 231

19 Avril
1 Mai Circulaire du cabinet Russe aux cours de France, de Prusse, d'Angleterre et d'Autriche, conc. les affaires d'Espagne b. 237

20 Avril
1 Mai Note du ministère impérial Russe à l'envoyé d'Espagne, concern. les événements survenus dans ce royaume b. 242

- 1820 22 Avril. Convention provisoire entre l'Hanovre et l'Oldenbourg, concernant l'art. 19 du traité du 4^{ème} Février 1817 Pag. b. 244
- 27 Avril. Ordonnance du gouvernement royal Saxon concernant le droit de détraction envers le royaume de Pologne b. 246
- 3 Mai. Décret du roi des Deux-Siciles relatif à l'abolition du droit d'aubaine envers les sujets du roi de Suède et de Norvège a. 444
- 5 Mai. Convention entre le royaume des Deux-Siciles et le grand-duché de Hesse, concernant l'abolition du droit de détraction et de la gabelle d'émigration b. 347
- 15 Mai. Déclaration concernant l'abolition du droit d'aubaine entre les Deux-Siciles et le grand-duché de Hesse a. 445
- 15 Mai. Décret du roi des Deux-Siciles relatif à l'abolition du droit d'aubaine envers les sujets du grand-duc de Bâde a. 447
- 15 Mai. Acte final des conférences ministérielles tenues à Vienne, pour compléter et consolider l'organisation de la confédération germanique a. 467
- 15 Juin. Convention entre la Bavière et la Saxe roy., pour l'extradition réciproque des vagabonds et des malfaiteurs a. 511
- 24 Juin. Déclarations de la Saxe royale et de la
- 7 Juill. confédération suisse concernant l'abolition du droit de détraction a. 555
- Actes relatifs aux affaires du royaume des Deux-Siciles;
- 6 Juill. a. Proclamation du roi des Deux-Siciles à la nation Sicilienne pour l'acceptation d'un gouvernement constitutionnel a. 562
- 6 Juill. b. Acte de cession du roi au duc de Calabre a. 562
- 7 Juill. c. Proclamation du roi a. 564
- 7 Juill. d. Décret rendu par le duc de Calabre pour l'acceptation de la constitution espagnole a. 564

- 25 Juill. e. Note confidentielle remise par les ministres d'Autriche aux différentes cours d'Allemagne au sujet des événemens de Naples 1820
Pag. a. 565
- 1 Oct. f. Note du ministre des affaires étrangères de Naples, envoyée au nom du roi des Deux-Siciles à toutes les cours de l'Europe a. 568
- 4 Oct. g. Rapport du secrétaire d'état, ministre des affaires étrangères du royaume des Deux-Siciles, fait au parlement national a. 576
- 20 Nov. h. Lettre autographe de l'empereur d'Autriche au roi des Deux-Siciles a. 585
- 3 Déc. i. Lettre autographe du roi de France au roi des Deux-Siciles a. 587
- 7 Déc. k. Message du roi des Deux-Siciles au parlement national a. 589
- 8 Déc. l. Dépêche circulaire des cours d'Autriche, de Russie et de Prusse à leurs ministres et chargés d'affaires près les cours d'Allemagne et du nord a. 592
- 11 Déc. m. Lettre du roi de Naples, en réponse à celle de l'empereur d'Autriche a. 588
- 16 Juill. Convention entre le royaume de Wurtemberg et la principauté de Hohenzollern-Sigmaringen b. 248
- 17 Juill. Convention entre la Saxe royale et le duché de Saxe-Cobourg, concernant l'extradition réciproque des déserteurs b. 249
- 3 Août. Résolutions de la diète de la confédération germanique sur la proposition du ministre président et d'après les conférences ministérielles de Vienne, pour l'établissement du tribunal austrial a. 516
- 9 Août. Convention entre la France et la Sardaigne pour l'extradition réciproque des déserteurs a. 532
- 14 Août. Convention entre la Saxe royale et le duché de Saxe-Gotha, concernant l'extradition des conscrits refractaires b. 249

- 1820 12 Sept. Convention entre le Wurtemberg et le grand-duché de Bâde. conc. la juridiction civile à Widdern Pag. b. 250
- 28 Sept. Convention entre la Prusse et la Hesse électorale concernant la réception réciproque des vagabonds b. 254
- 25 Nov. Traité d'armistice conclu entre les chefs de l'armée espagnole et ceux de l'armée républicaine de Colombie, signé à Truxillo a. 535
- 26 Nov. Convention conclue entre le général espagnol Morillo et le général républicain Bolivar, sur la manière de se faire la guerre a. 540
- 24 Déc. Convention entre le grand-duché de Bâde et la confédération Suisse, au sujet de la principauté de Nellenbourg a. 543
- 25 Déc. Convention entre la Prusse et le Danemark pour l'extradition réciproque des déserteurs a. 547

1821

- 1821 2 Janv. Convention conclue entre la Saxe roy. et la ligne cadette de Reufs-Plauen, pour la réception réciproque des vagabonds b. 255
- 17 Janv. Convention entre la Suède et la Norvège d'une part et la Russie de l'autre, pour fixer les principes, d'après lesquels se feront réciproquement les échanges des propriétés particulières, situées des deux côtés de la frontière, et pour déterminer la compétence des tribunaux respectifs en matières criminelles entre les sujets des deux puissances habitans près de la frontière b. 256

Actes relatifs aux affaires du royaume des Deux-Siciles

- 19 Janv. n. Dépêche circulaire adressée aux ministres de S. M. Britannique près les cours étrangères a. 595

- 28 Janv. o. Lettre du roi des Deux-Siciles à son fils le prince régent 1821
Pag. a. 609
- 31 Janv. p. Dépêche adressée par Mr. le comte de Nesselrode, ministre des affaires étrangères de S. M. l'empereur de toutes les Russies, à Mr. le comte de Stackelberg, env. extr. et min. plén. de la cour de St. Petersburg, près celle de Naples a. 599
- 1 Janv. q. Seconde dépêche envoyée par Mr. le comte de Nesselrode etc. à Mr. le comte de Stackelberg etc. a. 607
- 3 Févr. r. Déclaration publiée à Vienne, lorsque l'armée autrichienne reçut l'ordre de passer le Pô et de se porter vers les frontières napolitaines a. 611
- 5 Févr. s. Rapport fait par le duc de Gallo, ministre des affaires étrangères du roi des Deux-Siciles au prince régent a. 620
- 7 Févr. t. Manifeste du gouvernement napolitain a. 624
- 3 Févr. u. Proclamation du roi des Deux-Siciles a. 630
- 0 Mars. v. Convention pour la suspension des hostilités entre l'armée autrichienne et l'armée napolitaine, signée devant Capoue a. 632
- 3 Mars. w. Convention pour l'occupation de la ville de Naples et de ses forts par les troupes autrichiennes et pour l'évacuation des fortresses de Gaëte et de Pescara; signée à Aversa a. 633
- 0 Mai. x. Dépêche circulaire adressée de Laybach aux légations de S. M. l'empereur de toutes les Russies dans l'étranger a. 934
- 2 Mai. y. Déclaration publiée au nom des cours d'Autriche, de Prusse et de Russie, lors de la clôture du congrès de Laybach a. 638
- 2 Mai. z. Dépêche circulaire adressée avec la déclaration de Laybach aux ministres des trois puissances près les cours étrangères a. 641

- 1821 9 Févr. Convention entre la Saxe royale et le grand-duché de Saxe-Weimar-Eisenach, concernant l'extradition réciproque des déserteurs Pag: b. 275
- 19 Févr. Ordonnance du gouvernement royal Saxon concernant la convention conclue entre la Saxe royale et les princes de Reufs de la ligne aînée et de la ligne cadette, pour l'extradition réciproque des déserteurs b. 277
- 20 Févr. Convention entre le royaume des Pays-Bas et la Hesse électorale, concernant l'abolition réciproque du droit de détraction et de l'impôt d'émigration b. 278
- 8 Mars.
- 24 Févr. Publication concernant l'extension de plusieurs traités conclus avec la Suisse sur plusieurs cantons et sur toute l'étendue du grand-duché de Bâle b. 280
- 3 Mars. Articles du traité d'alliance, conclu entre la France et la confédération Suisse du 27 Septembre 1803, qui, en suite de la proposition faite par S. E. le ministre plénipotentiaire de France en Suisse le 16 Octobre 1820, et de la déclaration donnée par le directoire fédéral au nom des états de la Suisse le 3 Mars 1821, sont maintenus provisoirement (non obstant l'expiration dudit traité) jusqu'à l'époque de la conclusion d'une nouvelle convention entre les deux états b. 284
- Actes relatifs aux affaires du royaume de Sardaigne.
- 12 Mars. a. Proclamation du roi de Sardaigne, au sujet des premiers événemens de la révolution de Turin a. 650
- 13 Mars. b. Acte d'abdication du roi de Sardaigne, Victor Emanuel a. 652
- 13 Mars. c. Proclamation du prince de Carignan, régent a. 653
- 13 Mars. d. Résolution du prince régent et du corps de la ville de Turin pour la publication de la constitution espagnole a. 654

- 15 Mars. Convention entre la Prusse et la Saxe royale, concernant les déclarations de majorité des mineurs possessionnés en même téms dans le royaume et dans le duché de Saxe Pag. b. 285
- 16 Mars. e. Déclaration de S. A. R. Charles Felix, duc de Gênevois, sur la révolution de Turin a. 656
- 1 Avr. f. Acte confirmatif de l'abdication de S. M. Victor-Emanuel a. 657
- 24 Juill. g. Convention conclue entre les plénipotentiaires de L. L. M. M. l'empereur d'Autriche, le roi de Prusse et l'empereur de Russie d'une part et S. M. le roi de Sardaigne d'autre part, pour l'occupation d'une ligne militaire dans les états de S. M. Sarde a. 658
- 5 Avr. Convention entre la Prusse et la ligne cadette des princes de Reufs-Plauen, concernant la réception réciproque des vagabonds b. 286
- 27 Avr. Convention entre la Bavière et la ligne cadette de Reufs-Plauen, concernant la réception réciproque des vagabonds b. 288
9. 12 Loi organique de la confédération germanique pour sa constitution militaire, adoptée dans la 15ème et 17ème séance plénière de la diète a. 677
- 7 Mai. Traité entre la Bavière et le Wurtemberg, concernant les rapports de juridiction b. 289
- 23 Mai. Armistice entre D. Jose de Lacerna et le général D. Jose de San Martin, conclu à Punchaena b. 301
- 25 Mai. Convention entre la république de Colombie et la province de Guayaquil b. 298
- 2 Juin. Convention entre la Saxe royale et la ligne aînée de Reufs-Plauen, conc. la réception réciproque des vagabonds b. 303
- 3 Juin. Déclaration concernant les mesures concertées entre la Prusse et la Hesse élect.,

- 1821 pour empêcher les délits forestiers dans les forêts limitrophes Pag. b. 304
- 5 Juin. Cartel entre la Hesse électorale et le grand-duché de Saxe-Weimar, conc. l'extradition réciproque des déserteurs b. 306
- 23 Juin. Acte pour la libre navigation de l'Elbe, signé à Dresde par les plénipotentiaires d'Autriche, de Prusse, de Saxe, d'Hanovre, de Danemarck, de Mecklenbourg-Schwerin, d'Anhalt-Bernbourg, d'Anhalt-Köthen, d'Anhalt-Dessau et de la ville libre de Hambourg a. 714
- 9 Juill. Convention entre la Prusse et la ligne aînée des princes de Reuss-Plauen, concernant la réception réciproque des vagabonds b. 313
- 10 Juill. Procès verbal signé par le commissaire de la part des Etats-Unis de l'Amérique septentrionale et le commissaire de la part de Sa Majesté Catholique, concernant la remise de la province de la Floride orientale aux Etats-Unis b. 315.
- 16 Juill. Bulle concernant la circonscription des diocèses dans le royaume de Prusse, donnée le 16 Juill. 1821 et ratifiée par S. M. le roi de Prusse le 23 Août de la même année b. 320
- 17 Juill. Procès verbal signé par le commissaire de la part des Etats-Unis et par le commissaire de la part de Sa Majesté Catholique, concernant la remise de la province de la Floride occidentale aux Etats-Unis b. 317
- 16 Août. Déclarations de l'Autriche et de la confédération Suisse, concernant l'abolition du droit de détraction et de la gabelle d'émigration a. 559
- 20 Août. Proclamation du président des Etats-Unis de l'Amérique septentrionale, concernant la réciprocité à observer dans le commerce entre les Etats-Unis et le royaume de Norvège b. 347
- 24 Août. Traité de pacification entre D. Juan Odonofu et D. Aug. Iturvide, conclu à Cordova b. 349

- 29 Août. Traité entre les Etats-Unis de l'Amérique septentrionale et les Ottawas, Chipewas et Pattiwatimas Pag. b. 351 1821
- 29 Août. Déclarations de la Bavière et de la confédération suisse, concernant l'abolition du droit de détraction et de la gabelle d'émigration a. 560
- 29 Août. Déclarations du Wurtemberg et de la confédération suisse, concernant l'abolition du droit de détraction et de la gabelle d'émigration a. 561
- 31 Août. Circulaire du ministère des relations extérieures de la Grande-Bretagne au corps diplomatique à Londres, concernant les marchandises importées par les légations b. 356
- 16 Sept. Ukase de S. M. l'empereur de toutes les Russies qui interdit tout commerce aux nations étrangères avec les îles Aleutiennes et détermine les limites maritimes de l'Amérique Russe b. 358
- 2 Oct. Convention entre la France et le royaume des Pays-Bas, conc. l'extradition réciproque des déserteurs b. 360
- 10 Oct. Convention entre la Prusse et le duché de Nassau pour empêcher les délits forestiers dans les forêts limitrophes b. 364
- 20 Nov.
- 23 Oct. aa. Convention pour l'occupation militaire des Deux-Siciles par les troupes autrichiennes, conclue entre les plénipotentiaires de LL. MM. l'empereur d'Autriche, le roi de Prusse et l'empereur de Russie d'une part, et de S. M. le roi de Naples d'autre part a. 647
- 14 Nov. Convention entre la Saxe royale et le grand-duché de Saxe-Weimar, conc. la réception réciproque des vagabonds b. 366
- 20 Nov. Publication concernant l'extension ultérieure de quelques traités conclus avec la Suisse sur plusieurs cantons et sur toute l'étendue du grand duché de Bâde b. 372
- 20 Nov. Déclaration concernant les mesures concertées entre la Prusse et l'Hanovre, pour

- 1821 empêcher les délits forestiers dans les forêts limitrophes Pag. b. 373
- 22 Nov. Proclamation du président des Etats-Unis de l'Amérique septentrionale, concernant la réciprocité à observer dans le commerce entre les Etats-Unis et le duché d'Oldenbourg b. 375
- 4 Déc. Déclaration concernant les mesures concertées entre la Prusse et le duché de Saxe-Cobourg, pour empêcher les délits forestiers dans les forêts limitrophes b. 376
- 7 Déc. Convention entre la Bavière et la ligne aînée de Reufs, concernant la réception réciproque des vagabonds b. 378
- 8 Déc. Déclaration concernant les mesures concertées entre la Prusse et le duché d'Oldenbourg, pour empêcher les délits forestiers dans les forêts limitrophes b. 379
11. 28 Déc. Traité entre S. M. l'archiduchesse Marie Louise d'Autriche, duchesse de Parme, Plaisance et Guastalle et la confédération suisse, concernant l'abolition de l'impôt d'émigration et du droit de détraction b. 382
- 17 Déc. Convention entre la Saxe royale et le duché de Saxe-Gotha, conc. la réception réciproque des vagabonds b. 390
- 1822 14 Déc. Convention conclue à Verone entre les plénipotentiaires de L. L. M. M. l'empereur d'Autriche, le roi de Prusse et l'empereur de Russie d'une part et de S. M. le roi de Sardaigne d'autre part, pour faire cesser l'occupation temporaire d'une ligne militaire dans les états de S. M. le roi de Sardaigne a. 663
-

II.

TABLE ALPHABÉTIQUE.

(La lettre a désigne le IXème (Vème) Tome, la lettre b ce Volume supplémentaire.)

Aix-la-Chapelle (Congrès d')

- 7 Nov. Extrait du protocole de la conférence 1818
ministérielle tenue à Aix-la-Chapelle. Af-
faires des médiatisés Pag. a. 287

Alger.

- 3 Avril. Traité de paix avec les Deux-Siciles a. 90 1816
22. 23 Traité de paix et d'amitié avec les Etats-
Déc. Unis d'Amérique b. 6

Allemagne (Confédération germanique).

- 11 Mai. Ordonnance de S. M. le roi de Prusse 1819
conc. l'abolition du droit de détraction
et de la gabelle d'émigration envers les
états de la confédération germanique b. 83
15 Mai. Acte final, pour compléter et consolider 1820
l'organisation de la confédération ger-
manique a. 467
3 Août. Résolutions de la diète de Francfort, pour
l'établissement du tribunal austrégial a. 516
9. 12 Loi organique pour la constitution mili- 1821
Avril. taire de la conf. germ. a. 677

Amérique (Peuples divers).

- 29 Août. Traité entre les Etats-Unis et les Otta- 1821
was, les Chippewas et les Pattiwatimas b. 351

Amérique septentrionale (Etats - Unis).

- 1816 22. 23 Traité de paix et d'amitié avec le dey et la régence d'Alger b. 6
- 1817 Avril. Arrangement avec la Grande-Bretagne (1818 conc. le nombre des bâtimens armés à 28 Avr.) entretenir sur les lacs b. 395
- 24 Nov. Décision des commissaires nommés par la Gr. Bretagne et les Etats-Unis conformément au 4ème article du traité de Gand b. 397
- 24 Nov. Déclaration des commissaires nommés par la Gr. Bretagne et les Etats-Unis conformément au 4ème article du traité de Gand b. 399
- 1818 9 Juill. Convention avec l'Espagne conc. l'indemnisation de ceux qui etc. ont souffert des (1802 11 Août.) pertes et des dommages pendant la dernière guerre b. 400
- 20 Oct. Convention avec la Grande-Bretagne, conc. la pêche, les limites etc. b. 406
- 1819 22 Févr. Traité d'amitié, d'accord et de limites avec l'Espagne a. 328
- 1821 10 Juill. Procès verbal conc. la remise de la Floride orientale aux Etats-Unis b. 315
- 17 Juill. Procès verbal conc. la remise de la Floride occidentale aux Etats-Unis b. 317
- 20 Août. Proclamation du président des Etats-Unis conc. la réciprocité à observer dans le commerce avec la Norvège b. 347
- 29 Août. Traité avec les Ottawas, les Chippewas et les Pattiwatimas b. 351
- 22 Nov. Proclamation du président des Etats-Unis conc. la réciprocité dans le commerce avec le duché d'Oldenbourg b. 375

*Angleterre voyez Grande - Bretagne.**Anhalt - Bernbourg.*

- 1812 16 Juill. Erklärung die Freizügigkeit mit Nassau betreffend a. 66
- 1818 12 Nov. Durchmarsch- und Etappen-Convention mit Preussen a. 220

- 17 Août. Décret du roi des Deux - Siciles relatif à 1819
l'abolition du droit d'aubaine Pag. a. 436
- 23 Juin. Acte pour la libre navigation de l'Elbe a. 714 1821

Anhalt - Cöthen.

- 12 Nov. Durchmarsch - und Etappen - Convention 1818
mit Preussen a. 233
- 23 Juin. Acte pour la libre navigation de l'Elbe a. 714 1821

Anhalt - Dessau.

- 12 Nov. Durchmarsch - und Etappen - Convention 1818
mit Preussen a. 246
- 8 Mars. Décret du roi des Deux-Siciles relatif à 1819
l'abolition du droit d'aubaine a. 418
- 23 Juin. Acte pour la libre navigation de l'Elbe a. 714 1821

Autriche.

- 1 Juill. Erklärung die Freizügigkeit mit dem 1812
Herzogthum Nassau betreffend a. 64
- Actes relatifs au traité de paix, con-
clu entre la cour d'Autriche et celle
de Naples au mois de Janvier 1814.
- 8 Janv. a. Acte séparé a. 32 1814
b. Article des instructions de S. M. l'em-
pereur d'Autriche, communiqué par Mr.
le comte de Neipperg à Mr. le duc de
Gallo a. 33
- Actes par lesquels l'administration des 1815
états de Parme, de Plaisance et de
Guastalle est provisoirement cédée à
S. M. l'empereur d'Autriche.
- 31 Mars. a. Bekanntmachung Ihro Majestät, der
Kaiserin Maria Louise u. s. w. dafs sie die
provisorische Verwaltung Ihrer Staaten
von Parma, Piacenza und Guastalla Sr.
Majestät dem Kaiser von Oesterreich
übergeben habe a. 39
- 2 Avr. b. Bekanntmachung Sr. Majestät des Kai-
sers von Oesterreich, dafs Er die provi-
sorische Verwaltung der Staaten von
Parma, Piacenza und Guastalla, in eig-
nem Namen übernommen habe a. 40

1815	7 Avr.	Patenté concernant la formation du royaume Lombardo-Vénitien et sa réunion à l'empire	Pag. a. 56
1816	28 Sept.	Erklärung die Freizügigkeit mit Nassau betreffend	a. 72
1817	24 Mai.	Convention avec la Bavière	a. 146
1818	8 Août.	Convention avec la Prusse pour l'extradition réciproque des déserteurs	a. 301
1819	6 Mai.	Convention de cartel avec le duché de Modène	a. 391
	26 Févr.	Déclarations relatives à l'abolition du droit d'aubaine envers les Deux-Siciles	a. 415
1820	2 Mars.	Patente relative à la franchise du droit de détraction accordée aux états de la confédération germanique	a. 450
	28 Mars.	Réglement conc. une convention entre la Saxe roy. et la Bohême pour la réception réciproque des vagabonds	b. 230
	25 Juill.	Note confid. remise aux différentes cours d'Allemagne au sujet des affaires de Naples	a. 565
	20 Nov.	Lettre autogr. de l'empereur au roi des Deux-Siciles	a. 575
	8 Déc.	Dépêche circulaire aux ministres et chargés d'aff. près les cours d'Allemagne et du Nord	a. 592
1821	13 Févr.	Déclarat. publiée à Vienne lorsque l'armée autrichienne reçut l'ordre de se porter vers Naples	a. 611
	20 Mars.	Convent. avec l'armée napolitaine signée devant Capoue	a. 632
	23 Mars.	Convent. pour l'occupation de la ville de Naples etc. signée à Aversa	a. 633
	12 Mai.	Déclaration lors de la clôture du congrès de Laybach	a. 638
	12 Mai.	Dépêche circulaire adressée aux ministres près les cours étrangères	a. 641
	23 Juin.	Acte pour la libre navigation de l'Elbe	a. 714
	24 Juill.	Convention avec la Sardaigne pour l'occupation d'une ligne militaire dans le Piémont	a. 658

16 Août.	Déclaration conc. l'abolition du droit de détraction et d'émigration envers la Suisse	1821
	a. 559	
23 Oct.	Convention avec les Deux-Siciles pour l'occupation militaire de ce royaume	a. 647
14 Déc.	Convention avec la Sardaigne pour faire cesser l'occupation d'une ligne militaire dans le Piémont	1822
	a. 663	

Bade.

31 Déc.	Traité avec le Wurtemberg concernant des cessions et d'autres arrangemens territoriaux	1808
	a. 1	
19 Oct.	Convention avec la Bavière pour l'extradition réciproque des déserteurs	1816
	a. 126	
17 Juin.	Convention avec la Prusse pour l'extradition réciproque des déserteurs	1819
	a. 305	
27 Juill.	Convention avec le canton d'Argovie conc. l'extradition réciproque des fondations pieuses	b. 101
27 Juill.	Traité avec le canton d'Argovie conc. l'arrangement des diff. réclamations	b. 105
27 Oct.	Convention avec la Prusse pour faciliter les réquisitions, les citations et les insinuations judiciaires	b. 221
15 Mai.	Décret du roi des Deux-Siciles relatif à l'abolition du droit d'aubaine	1820
	a. 447	
12 Sept.	Convention avec le Wurtemberg, conc. la juridiction civile à Widdern	b. 250
24 Déc.	Convention avec la Suisse au sujet de la princip. de Nellenbourg	a. 543
24 Févr.	Publication conc. l'extension de plusieurs traités conclus avec la Suisse etc.	1821
	b. 280	
20 Nov.	Publication conc. l'extension ultérieure de quelques traités conclus avec la Suisse etc.	b. 372

Bavière.

11 Mai.	Freizügigkeitsconvention mit dem Großherzogthume Hessen	1808
	a. 77	
31 Mai.	Freizügigkeitsvertrag mit dem Herzogthume Sachsen-Hildburghausen	1808
	a. 79	

1809	9 Juill.	Nassauische Erklärung den mit Baiern abgeschlossenen Freizügigkeitsvertrag betreffend	Pag. a. 62
	27 Juill.	Erklärung die allgemeine Freizügigkeit mit den Nassauischen Staaten betreffend	a. 80
	9 Dec.	Freizügigkeitsvertrag mit Sachsen-Meiningen	a. 81
1810	28 Févr.	Traité avec la France pour l'exécution du traité de Vienne du 14 Oct. 1809	a. 16
1811	21 Févr.	Erklärung der Freizügigkeit mit dem Großherzogthum Würzburg	a. 82
	30 Mars.	Convention avec la Saxe royale pour l'extradition réciproque des déserteurs	a. 24
	11 Mai.	Erklärung der Freizügigkeit mit dem Königreiche Westphalen	a. 82
	26 Juin.	Erklärung den Freizügigkeitsvertrag mit Preussen betreffend	a. 83
1812	27 Avril.	Erklärung die Erneuerung des Freizügigkeitsvertrags mit Sachsen-Coburg betreffend	a. 86
	19 Déc.	Freizügigkeitsvertrag mit Sachsen-Gotha und Altenburg	a. 87
1813	28 Mars.	Erklärung die Freizügigkeit mit den Fürstl. Isenburgischen Landen betreffend	a. 87
1815	6 Juill.	Convention entre la Hesse électorale pour l'extradition réciproque des déserteurs	a. 48
1816	7 Avr.	Erklärung die Freizügigkeit mit Sachsen-Weimar betreffend	a. 88
	23 Juill.	Erklärung die Erneuerung des Freizügigkeits-Vertrags mit dem Großherzogthume Hessen betreffend	a. 88
	19 Oct.	Convention avec le Bade pour l'extradition récipr. des déserteurs	a. 126
1817	14 Janv.	Freizügigkeitsvertrag mit Kurhessen	a. 89
	24 Mai.	Convention avec l'Autriche	a. 146
	15 Nov.	Patente établissant l'état politique de S. A. R. le prince de Leuchtenberg, en sa qualité de prince de Eichstädt	a. 155
	16 Déc.	Convention avec la Prusse pour l'extradition réciproque des déserteurs	a. 293
1818	21 Mai.	Convention avec la Bavière pour l'extradition réciproque des vagabonds	a. 309

- 6 Avr. Déclaration conc. l'émigration des snjets 1819
respectifs entre la Bavière et le duché
de Saxe - Hildbourghausen Pag. b. 79
- 18 Nov. Déclaration conc. une convention avec
le duché de Saxe-Meiningen, pour la
réception réciproque des vagabonds b. 223
- 25 Nov. Déclaration conc. l'abolition de la gabelle
d'émigration envèrs les Deux-Siciles b. 224
- 27 Mars. Déclaration conc. l'abolition du droit 1820
d'aubaine envèrs les Deux-Siciles a. 443
- 15 Juin. Convention avec la Saxe, pour l'extra-
dition réciproque des vagabonds et des
malfaiteurs a. 511
- 27 Avr. Convention avec la ligne cadette de 1821
Reufs-Plauen conc. la réception réci-
proque des vagabonds b. 288
- 7 Mai. Traité avec le Wurtemberg conc. les rap-
ports de juridiction b. 289
- 19 Août. Déclaration conc. l'abolition du droit de
détraction et d'émigration envèrs la
Suisse a. 560
- 7 Déc. Convent. avec la ligne ainée de Reufs,
conc. la réception réciproque des va-
gabonds b. 378

Bremen (Ville libre de)

- 28 Décret du roi des Deux-Siciles relatif à 1819
l'abolition du droit d'aubaine a. 425

Brunsvic.

- 23 Déc. Durchmarsch - und Etappen - Convention 1817
mit Preussen a. 210
- 15 Déc. Erklärung wegen der mit Preussen ver- 1818
abredeten Freizügigkeit in Betreff der
zum deutschen Bunde nicht gehörigen
Preussischen Provinzen a. 168
- 23 Févr. Convention avec la Prusse pour l'extra- 1819
dition réciproque des déserteurs a. 304
- 5 Avr. Cartel avec l'Hanovre conc. l'extradition
réciproque des déserteurs b. 71
- 1 Juill. Cartel avec la Hesse élect. conc. l'extra-
dition réciproque des déserteurs b. 89

Buenos Ayres (Provinces unies de Rio de la Plata)

1819 5 Févr. Traité avec l'état de Chili Pag. a. 324

Chili.

1819 5 Févr. Traité avec l'état de Buenos Ayres a. 324

Colombie.

1819 17 Déc. Acte de réunion des états de Venezuela et de la Nouvelle Grenade a. 411

1820 25 Nov. Traité d'armistice, signé à Truxillo a. 535

26 Nov. Convention entre Morillo et Bolivar sur la manière de se faire la guerre a. 540

1821 25 Mai. Convention avec le province de Guayaquil b. 301

*Confédération germanique voyez Allemagne.**Dannemarc.*

1820 25 Déc. Convention avec la Prusse pour l'extradition réciproque des déserteurs a. 547

1821 23 Juin. Acte pour la libre navigation de l'Elbe a. 714

Deux - Siciles.

1808 Actes relatifs à l'avenement de Joachim Murat au trône de Naples.

15 Juill. a. Décret de l'empereur des François par lequel il nomme Jochim Murat, roi de Naples a. 12

20 Juill. b. Proclamation de Joachim Murat à son avenement au trône a. 14

c. Décret du roi Joachim Murat, qui désigne son titre a. 15

1814 Actes relatifs au traité de paix conclu entre la cour d'Autriche et celle de Naples au mois de Janviér 1814.

8 Janv. a. Acte séparé

b. Articles des instructions de S. M. l'empereur d'Autriche, communiqué par Mr. le comte de Neipperg à Mr. le duc de Gallo a. 33

3 Févr. Convention conclue entre le duc de Gallo et lord William Bentink a. 31

1815 13 Mai. Convention conclue au nom de la reine régente avec le commodore Campbell a. 45

3 Avr.	Traité de paix avec le dey d'Alger	Pag. a. 90	1816
17 Avr.	Traité de paix avec le bey de Tunis	a. 98	
29 Avr.	Traité de paix avec le bey de Tripoli	a. 106	
26 Sept.	Convention avec la Grande-Bretagne	a. 116	
15 Août.	Convention avec l'Espagne	a. 133	1817
17 Janv.	Loi, relative à la naturalisation des étrangers	a. 174	1818
16 Févr.	Concordat avec le Saint-Siège	b. 43	
16 Mai.	Convention avec la Prusse, conc. l'abolition réciproque du droit de retraite et de l'impôt d'émigration	a. 178	
30 Juill.	Loi de navigation	a. 185	
29 Juill.	Convention avec le Saint-Siège conc. l'extradition réciproque des brigands et des malfaiteurs	a. 281	
8 Août.	Déclaration conc. l'abolition du droit d'aubaine entre les Deux-Siciles et les Pays-Bas	a. 286	
6 Nov.	Déclaration conc. l'abol. du droit d'aubaine envers le Wurtemberg	b. 41	
22 Févr.	Décret relatif à la franchise accordée aux membres du corps diplomatique	a. 346	1819
26 Févr.	Décret concernant l'abolition du droit d'aubaine envers l'Autriche	a. 415	
8 Mars.	Décret relatif à l'abolit. du droit d'aub. envers le duché d'Anhalt-Dessau	a. 418	
8 Mars.	Décret relatif à l'abolit. du droit d'aub. envers le duché de Saxe-Meiningen	a. 419	
8 Mars.	Décret relatif à l'abolit. du droit d'aub. envers le duché de Saxe-Hildbourg-hausen	a. 420	
15 Mars.	Loi concernant l'abolit. du droit d'aubaine envers les Pays-Bas	a. 422	
23 Mars.	Décret concernant la franchise des ports de Palerme et de Messine	a. 350	
26 Mars.	Décret relatif à l'abolition du droit d'aubaine envers l'état de Parme	a. 423	
26 Mars.	Décret relatif à l'abolition du droit d'aubaine envers la ville de Hambourg	a. 424	
29 Mars.	Publication conc. l'abolition du droit d'aubaine envers l'Oldenbourg	b. 69	

- 1819 28 Avr. Décret relatif à l'abolition du droit d'aubaine envers la ville de Bremen Pag. a. 425
- 28 Avr. Décret relatif à l'abolition du droit d'aubaine envers la ville de Lubeck a. 426
- 28 Avr. Décret relatif à l'abolition du droit d'aubaine envers la Grande-Brétagne a. 427
- 3 Mai. Décret relatif à l'abolition du droit d'aubaine envers la Hesse électorale a. 429
- 3 Mai. Décret relatif à l'abolition du droit d'aubaine envers la Toscane a. 431
- 19 Mai. Déclaration concern. l'abolition du droit d'aub. envers la Hesse grand-ducale b. 86
- 29 Mai. Convention avec la Sardaigne, pour l'extradition réciproque des malfaiteurs a. 398
- 2 Juin. Décret relatif à l'abolition du droit d'aubaine envers la Suède et la Norvège a. 432
- 29 Juin. Décret relatif à l'abolition du droit d'aubaine envers le Portugal a. 433
- 6 Juill. Convention avec le Saint-Siège a. 402
- 25 Juill. Déclaration conc. l'abolition du droit de détraction, de la gabelle héréditaire et d'émigration envers le Wurtemberg b. 100
- 17 Août. Décret relatif à l'abolition du droit d'aubaine envers le grand-duché de Saxe-Weimar a. 435
- 17 Août. Décret relatif à l'abol. du droit d'aub. envers le duché d'Anhalt-Bernbourg a. 436
- 17 Août. Décret relatif à l'abol. du droit d'aub. envers la ville de Francfort a. 437
- 28 Sept. Décret relatif à l'abolition du droit d'aubaine envers le grand-duché de Mecklenbourg-Schwerin a. 438
- 16 Nov. Décret relatif à l'abolition du droit d'aubaine envers l'Hanovre a. 439
- 25 Nov. Déclaration conc. l'abolition de la gabelle d'émigration envers la Bavière b. 224
- 7 Déc. Décret relatif à l'abol. du droit d'aub. envers le duché de Saxe-Cobourg a. 441
- 1820 11 Janv. Articles supplém. conc. l'abol. des droits de détraction envers le Wurtemberg b. 226

- 2 Févr. Décret relatif à l'abolition du droit d'aubaine envers le grand-duché de Mecklenbourg - Strelitz 1820
Pag. a. 142
- 27 Mars. Déclaration conc. l'abol. du droit d'aubaine envers la Bavière a. 443
- 3 Mai. Décret relatif à l'abolition du droit d'aubaine envers la Suède et la Norvège a. 444
- 5 Mai. Convention avec le grand-duché de Hesse conc. l'abolition du droit de détraction et de la gabelle d'émigration b. 247
- 15 Mai. Déclaration conc. l'abol. du droit d'aub. envers le gr. duché de Hesse a. 445
- 15 Mai. Décret relatif à l'abol. du droit d'aubaine envers le gr. duché de Bâde a. 447
- Actes relatifs aux affaires du royaume des Deux-Siciles.
- 6 Juill. a. Proclamation du roi pour l'acceptation d'un gouvernement constitutionnel a. 562
- 6 Juill. b. Acte de cession du roi au duc de Calabre a. 563
- 7 Juill. c. Proclamation du roi a. 563
- 7 Juill. d. Décret du duc de Calabre pour l'acceptation de la constitution espagnole a. 564
- 25 Juill. e. Note confid. remise par les ministres d'Autriche aux diff. cours d'Allemagne au sujet des événemens de Naples a. 565
- 4 Oct. f. Note du ministre des aff. étr. de Naples envoyée à toutes les cours de l'Europe a. 568
- 4 Oct. g. Rapport du min. des aff. étr. fait au parlement national a. 576
- 20 Nov. h. Lettre autographe de l'empereur d'Autriche au roi des Deux-Siciles a. 585
- 3 Déc. i. Lettre autographe du roi de France au roi des Deux-Siciles a. 587
- 11 Déc. k. Lettre du roi en réponse à celle de l'empereur d'Autriche a. 588
- 7 Déc. l. Message du roi au parlement national a. 589
- 8 Déc. m. Dépêche circulaire des cours d'Autriche, de Russie et de Prusse à leurs ministres près les cours d'Allemagne et du Nord a. 592

- 1821 19 Janv. n. Dépêche circulaire adressée par le
gouvernement anglois aux ministres de
S. M. Britannique près les cours étran-
gères Pag. a. 595
- 31 Janv. o. Dépêche adressée par Mr. le comte
de Nesselrode à Mr. le comte de Stackel-
berg a. 599
- 31 Janv. p. Seconde dépêche adressée par Mr. le
comte de Nesselrode à Mr. le comte de
Stackelberg a. 607
- 28 Janv. q. Lettre du roi à son fils le prince
régent a. 609
- 13 Févr. r. Déclarat. publiée à Vienne, lorsque
l'armée autrichienne reçut l'ordre de se
porter vers Naples a. 611
- 15 Févr. s. Rapport fait par le duc de Gallo au
prince régent a. 620
- 17 Févr. t. Manifeste a. 624
- 23 Févr. u. Proclamation du roi a. 630
- 20 Mars. v. Convention avec l'armée autrichienne
signée devant Capoue a. 632
- 23 Mars. w. Convent. pour l'occupation de la ville
de Naples etc. signée à Aversa a. 633
- 10 Mai. x. Dépêche circulaire adressée aux lég-
ations de S. M. l'empereur de Russie dans
l'étranger a. 634
- 12 Mai. y. Déclaration publiée au nom des cours
d'Autriche, de Prusse et de Russie, lors
de la clôture du congrès de Laybach a. 638
- 12 Mai. z. Dépêche circulaire adressée avec la
déclaration de Laybach aux ministres
des trois puissances près les cours étran-
gères a. 641
- 23 Oct. aa. Convention avec l'Autriche, la Prusse
et la Russie pour l'occupation militaire
des Deux - Siciles a. 647

Diète germanique voyez Allemagne.

Espagne.

- 1814 5 Juill. Article séparé du traité d'amitié avec la
Grande-Bretagne a. 38
- 1817 11 Août. Acte d'achat d'une escadre russe a. 41

15 Août.	Conv. avec les Deux - Siciles	Pag. a.	133	1817
9 Juill.	Convention avec les Etats - Unis conc.			1818
(1802	l'indemnisation de ceux qui etc. ont			
11 Août)	souffert des pertes et des dommages pendant la dernière guerre	b.	400	
22 Févr.	Traité d'amitié, d'accord et de limites avec les Etats - Unis	a.	328	1819
Mars.	Décret et proclamation du roi pour l'acceptation de la constitution promulguée			1820
Avril.	par les cortès en 1812	a.	454	
20 Avril	Note du ministère russe à l'envoyé d'Espagne, conc. les événemens survenus dans ce royaume	b.	242	
1 Mai				
25 Nov.	Traité d'armistice signé à Truxillo	a.	535	
26 Nov.	Conv. conclue entre Morillo et Bolivar sur la manière de se faire la guerre	a.	540	
23 Mai.	Armistice conclu à Punchanea	b.	301	1821
10 Juill.	Procès verbal conc. la remise de la Floride orientale aux Etats - Unis	b.	315	
17 Juill.	Procès verbal conc. la remise de la Floride occidentale aux Etats - Unis	b.	317	
24 Août.	Traité de pacification de Cordova	b.	349	

Etats barbaresques voyez Alger, Tripoli et Tunis.

Etats - Unis voyez Amérique septentrionale.

France.

28 Févr.	Traité entre la France et la Bavière pour l'exécution du traité de Vienne du 14 Oct. 1809	a.	16	1810
18 Avr.	Convention militaire entre l'armée anglaise et les troupes de la garnison de la ville de Gênes	a.	34	1814
17 Juin.	Concordat avec le Saint - Siège	b.	39	1817
14 Juill.	Loi sur la succession des étrangers en France	a.	405	1819
9 Août.	Convention avec la Sardaigne pour l'extradition réciproque des déserteurs	a.	532	1820
3 Déc.	Lettre autographe du roi au roi des Deux - Siciles	a.	587	

- 1821 3 Mars. Arrangement avec la Suisse conc. le renouvellement de plusieurs articles du traité d'alliance du 27 Sept. 1803 Pag. b. 284
- 2 Oct. Convention avec les Pays-Bas, concern. l'extradition réciproque des déserteurs b. 360

Francfort (Ville libre de)

- 1817 9 Janv. Erklärung die Freizügigkeit mit Nassau betreffend a. 75
- 19 Mai. Erklärung die Freizügigkeit mit Nassau betreffend a. 75
- 1819 17 Août. Décret du roi des Deux-Siciles relatif à l'abolition du droit d'aubaine a. 437

Grande-Bretagne.

- 1814 3 Févr. Convention entre le duc de Gallo et lord William Bentink a. 31
- 18 Avr. Convention militaire entre l'armée anglaise et les troupes de la garnison de la ville de Gènes a. 34
- 5 Juill. Article séparé du traité d'amitié avec l'Espagne a. 38
- 1815 13 Mai. Convention conclue entre le commodore Campbell et le prince Cariaty au nom de la reine régente de Naples a. 45
- 1816 26 Sept. Convention avec les Deux-Siciles a. 116
- Avril. Arrangement avec les Etats-Unis conc. (1818 le nombre des bâtimens armés à entre-
- 28 Avr.) tenir sur les lacs b. 395
- 1817 24 Nov. Décision des commissaires nommés par la Grande-Bretagne et les Etats-Unis conformément au 4ème art. du traité de Gand b. 397
- 24 Nov. Déclaration des commissaires nommés par la Gr. Brétagne et les Etats-Unis conformément au 4ème art. du traité de Gand b. 399
- 20 Oct. Convent. avec les Etats-Unis concern. la pêche, les limites etc. b. 406
- 1819 24 Avr. Acte de ratification de la Porte Ottomane relativement à la cession des îles Jonien-

nes à la Grande-Bretagne et de Parga à 1819
la Turquie Pag. a. 387

28 Avr. Décret du roi des Deux-Siciles relatif à
l'abolition du droit d'aubaine a. 437

19 Janv. Dépêche circulaire adressée aux ministres 1821
de S. M. Britannique près les cours
étrangères a. 595

31 Août. Circulaire du ministère des affaires étran-
gères au corps diplomatique à Londres,
conc. les marchandises importées par les
légations b. 356

Hambourg (Ville libre de)

26 Mars. Décret du roi des Deux-Siciles relatif à 1819
l'abolition du droit d'aubaine a. 424

23 Juin. Acte pour la libre navigation de l'Elbe a. 714 1821

Hanovre.

5 Avr. Cartel avec le duché de Brunsvic, conc. 1819
l'extradition réciproque des déserteurs b. 71

16 Nov. Décret du roi des Deux-Siciles relatif à
l'abolition du droit d'aubaine a. 439

22 Avr. Conv. provisoire avec l'Oldenbourg b. 244 1820

23 Juin. Acte pour la libre navigation de l'Elbe a. 714 1821

20 Nov. Déclaration conc. les mesures concertées
avec la Prusse, pour empêcher les délits
forestiers dans les forêts limitrophes b. 373

Hesse électorale.

6 Juill. Convention avec la Bavière pour l'extra- 1815
dition réciproque des déserteurs a. 48

29 Juill. Erklärung die Freizügigkeit mit Nassau 1816
betreffend a. 69

14 Janv. Freizügigkeits-Vertrag mit Baiern a. 89 1817

3 Mai. Décret du roi des Deux-Siciles relatif à 1819
l'abolition du droit d'aubaine a. 427

25 Mai. Déclaration conc. l'abolition du droit de
détraction envers la Suède et la Norvège b. 87

5 Juin. Convention avec la Prusse conc. le trans-
port des prisonniers militaires b. 88

1 Juill. Cartel avec le duché de Brunsvic conc.
l'extradition réciproque des déserteurs b. 89

- 1819 15 Juill. Cartel avec la princip. de Schaumbourg-Lippe conc. l'extradition réciproque des déserteurs Pag. b. 97
- 1820 23 Févr. Convention avec la princip. de Lippe-Deimold conc. l'extradition réciproque des criminels et la suppression des fraix de justice en matières criminelles b. 217
- 28 Sept. Convention avec la Prusse, conc. la réception réciproque des vagabonds b. 254
- 1821 ^{20 Févr.}
8 Mars Convention avec les Pays-Bas, conc. l'abolition réciproque des droits de détraction et de l'impôt d'émigration b. 278
- 3 Juin. Arrangement avec la Prusse pour empêcher les délits forestiers b. 304
- 5 Juin. Cartel avec le gr. duché de Weimar, conc. l'extrad. récipro. des déserteurs b. 306

Hesse - Hombourg.

- 1818 20 Juill. Bekanntmachung über die Cartel - Convention mit Preussen a. 316
- 1819 16 Avr. Déclaration conc. l'abolition du droit de détraction et de traite-foraine envers la Prusse b. 68

Hesse grand-ducale (Darmstadt).

- 1808 11 Mai. Freizügigkeitsconvention mit Baiern a. 77
- 1813 18 Juin. Erklärung die Freizügigkeit mit dem Herzogthum Nassau betreffend a. 66
- 1816 23 Juill. Erklärung die Erneuerung des Freizügigkeits-Vertrags mit Baiern betreffend a. 88
- 1818 6 Mai. Bekanntmachung die mit Nassau wegen wechselseitiger Uebernahme der Vaganten und anderer Ausgewiesenen abgeschlossenen Uebereinkunft betreffend a. 276
- 1819 23 Févr. Convention avec la Prusse conc. la réception réciproque des vagabonds b. 65
- 15 Mai. Déclaration conc. l'abolition du droit d'aubaine envers les Deux-Siciles a. 445
- 19 Mai. Déclaration conc. l'abolition du droit de détraction et de la gabelle d'émigration envers les Pays-Bas b. 85
- 19 Mai. Déclaration conc. l'abolition du droit d'aubaine envers les Deux-Siciles b. 86

- 7 Juin. Convention avec les Pays-Bas relat. à 1819
l'abol. du droit de détraction et de la ga-
belle d'émigration Pag. b. 55
- ⁷/₉ Août. Convention avec la princip. de Schaum-
bourg-Lippe, conc. l'extradition récipro-
que des criminels et la suppression des
fraix de justice en matières crimin. b. 110
- 5 Mai. Convention avec les Deux-Sicules, conc. 1820
l'abolition du droit de détraction et de
la gabelle d'émigration b. 247

Hohenzollern-Hechingen.

- 23 Sept. Déclaration conc. l'abolition du droit de 1819
détraction et de traite-foraine envers la
Prusse b. 68

Hohenzollern-Sigmaringen.

- 6 Mars. Déclaration conc. l'abolition du droit de 1819
détraction et de traite-foraine envers la
Prusse b. 67
- 16 Juill. Convention avec le Wurtemberg b. 248 1820

Isenbourg.

- 28 Mars. Erklärung die Freizügigkeit mit Baiern 1813
betreffend a. 87

Laybach (Congrès de).

- 12 Mai. Déclaration publiée au nom des cours 1821
d'Autriche, de Prusse et de Russie, lors
de la clôture du congrès de Laybach a. 638
- 12 Mai. Dépêche circulaire adressée avec la décl-
ARATION de Laybach aux ministres des trois
puissances près les cours étrangères a. 641

Lichtenstein.

- 29 Mars. Déclaration conc. l'abolition du droit de 1819
détraction et de traite-foraine envers la
Prusse b. 68

Lippe - Detmold.

- 18 Juin. Uebereinkunft mit Preussen wegen einer 1818
²⁵/₅ Août Hülfsmilitairstraße a. 256

1819 6 Mars. Déclaration conc. l'abolition du droit de détraction et de traite-foraine envers la Prusse Pag. b. 66

6 Mars. Erklärung der mit Preussen verabredeten Freizügigkeit, in Betreff der zum deutschen Bunde nicht gehörigen Preussischen Staaten a. 171

1820 22 Févr. Convention avec la Hesse élect. conc. l'extradition réciproque des criminels et la suppression des fraix de justice en matières criminelles b. 227

Lippe - Schaumbourg.

1819 20 Févr. Erklärung wegen der mit Preussen verabredeten Freizügigkeit, in Betreff der zum deutschen Bunde nicht gehörigen Preussischen Provinzen a. 169

20 Févr. Déclaration conc. l'abolition du droit de détraction et de traite-foraine envers la Prusse b. 64

15 Juill. Cartel avec la Hesse élect. conc. l'extradition réciproque des déserteurs b. 97

7² Août. Convention avec la Hesse élect. conc. l'extradition réciproque des criminels et la suppression des fraix de justice en matières criminelles b. 110

Lubec (Ville libre de).

1819 28 Avr. Décret du roi des Deux-Siciles relatif à l'abolition du droit d'aubaine a. 426

Mecklenbourg - Schwerin.

1816 31 Août. Erklärung die Freizügigkeit mit Nassau betreffend a. 70

1819 28 Sept. Décret du roi des Deux-Siciles relatif à l'abolition du droit d'aubaine a. 438

1821 23 Juin. Acte pour la libre navigation de l'Elbe a. 714

Mecklenbourg - Strelitz.

1816 6 Nov. Erklärung die Freizügigkeit mit dem Herz. Nassau betreffend a. 72

1819 7 Mai. Convention avec la Prusse, pour l'extradition réciproque des vagabonds a. 306

2 Févr. Décret du roi des Deux-Siciles relatif à 1820
l'abolition du droit d'aubaine Pag. a. 442

Mexique.

24 Août. Traité de pacification de Cordova b. 349 1821

Modène.

6 Mai. Convention de cartel avec l'Autriche a. 391 1819

Naples voyez Deux-Siciles.

Nassau.

9 Juill. Erklärung den mit Baiern abgeschlosse- 1809
nen Freizügigkeitsvertrag betreffend a. 62

27 Juill. Erklärung die allgem. Freizügigkeit mit
Baiern betreffend a. 80

9. 12 Oct. Erklärung die Einführung einer allge- 1810
meinen Freizügigkeit betreffend a. 59

16 Avr. Erklärung den mit Preußen abgeschlos- 1811
senen Freizügigkeitsvertrag betreffend a. 63

3 Mai. Erklärung den mit dem Herzogthum 1812.
Sachsen-Meiningen abgeschlossenen Frei-
zügigkeitsvertrag betreffend a. 64

1 Juill. Erklärung die Freizügigkeit mit den Kai-
serlich Oesterreichischen Staaten betref-
fend a. 64

16 Juill. Erklärung die Freizügigkeit mit dem
Herzogthume Anhalt - Bernburg betref-
fend a. 66

18 Juin. Erklärung die Freizügigkeit mit dem 1813
Großherzogthume Hessen betreffend a. 66

7 Févr. Erklärung die Freizügigkeit mit dem 1816
Großherz. Sachsen-Weimar betreffend a. 68

5 Juin. Erklärung die Freizügigkeit mit Wür-
temberg betreffend a. 73

29 Juill. Erklärung die Freizügigkeit mit dem
Kurfürstenthum Hessen betreffend a. 69

3 Août. Erklärung die Freizügigkeit mit dem
Herzogthume Oldenburg betreffend a. 69

5 Août. Erklärung die Freizügigkeit mit dem
Herzogthume Sachsen-Coburg betreffend a. 70

31 Août. Erklärung die Freizügigkeit mit dem
Großherzogthum Mecklenburg-Schwerin
betreffend a. 70

- 1816 31 Août. Erklärung die Freizügigkeit mit dem Königsreiche Sachsen betreffend Pag. a. 71
- 28 Sept. Erklärung die Freizügigkeit mit den Oesterreichischen Staaten betreffend a. 72
- 6 Nov. Erklärung die Freizügigkeit mit dem Großherzogthum Mecklenburg - Strelitz betreffend a. 72
- 1817 9 Janv. Erklärung die Freizügigkeit mit der Stadt Frankfurt betreffend a. 74
- 15 Janv. Erklärung die Freizügigkeit mit dem Canton Basel betreffend a. 75
- 19 Mai. Erklärung die Freizügigkeit mit der Stadt Frankfurt betreffend a. 75
- 1818 10 Janv. Erklärung die Freizügigkeit mit dem Königsreiche der Niederlande betreffend a. 76
- 6 Mai. Bekanntmachung die mit dem Großherzogthume Hessen wegen Uebernahme der Vaganten und anderer Ausgewiesenen abgeschlossene Uebereinkunft betreffend a. 276
- 16 Août. Auszug aus der mit Preussen abgeschlossenen Cartel-Convention a. 320
- 1819 31 Mars. Auszug aus der mit Preussen abgeschlossenen Uebereinkunft wegen wechselseitiger Uebernahme der Vagabunden und Ausgewiesenen a. 323
- 16 Avr. Bekanntmachung der mit Preussen abgeschlossenen Uebereinkunft wegen wechselseitiger Uebernahme der Vagabunden und Ausgewiesenen a. 322
- 1821 10 Oct. Convention avec la Prusse pour empêcher les délits forestiers dans les forêts 20 Nov. limitrophes b. 364

Norvège voyez Suède.

Oldenbourg et Lubec.

- 1811 Note des ministres de Russie auprès diverses cours de l'Europe au sujet de la réunion du duché d'Oldenbourg à la France a. 23
- 1816 3 Août. Erklärung die Freizügigkeit mit dem Herzogthum Nassau betreffend a. 69

- 28 Sept. Durchmarsch- und Etappen-Convention 1818
mit Preussen Pag. a. 267
- 4 Nov. Convention avec la Prusse conc. l'ex-
1819 12 Janv. tradition récipro. des déserteurs b. 57
- 29 Mars. Publication conc. l'abolition du droit
d'aubaine envers les Deux-Siciles b. 69 1819
- 2 Avr. Convention avec le tribunal de Gluck- 1820
stadt, conc. l'extradition réciproque des
criminels et la suppression des fraix de
justice en matières criminelles b. 231
- 22 Avr. Conv. provisoire avec l'Hanovre b. 244
- 22 Nov. Procl. du prés. des Etats-Unis conc. la 1821
réciprocité dans le commerce avec le
duché d'Oldenbourg b. 375
- 8 Déc. Déclaration conc. les mesures concertées
avec la Prusse pour empêcher les délits
forestiers dans les forêts limitrophes b. 379

Pape voyez Rome (Cour de).

Parme, Plaisance et Guastalle.

- Actes par lesquels l'administration des 1815
états de Parme, de Plaisance et de
Guastalle est provisoirement cédée à
S. M. l'empereur d'Autriche.
- 31 Mars. a. Bekanntmachung Ihro Majestät, der
Kaiserin Maria Louise u. s. w. das sie
die provisorische Verwaltung ihrer Staa-
ten von Parma, Piacenza und Guastalla
Sr. Majestät dem Kaiser von Oesterreich
übergeben habe a. 39
- 2 Avr. b. Bekanntmachung Sr. Majestät des Kai-
sers von Oesterreich, das Er die pro-
visorische Verwaltung der Staaten von
Parma, Piacenza und Guastalla in eigen-
nem Namen übernommen habe a. 40
- 26 Mars. Décret du roi des Deux-Siciles relatif à 1819
l'abolition du droit d'aubaine a. 423
11. 28 Traité avec la confédération suisse, conc. 1821
Déc. l'abolition de l'impôt d'émigration et du
droit de détraction b. 382

Pays - Bas.

- 1818 10 Janv. Erklärung die Freizügigkeit mit Nassau betreffend a. 76
 11 Juin. Conv. de cartel avec la Prusse a. 180
 8 Août. Déclaration concern. l'abolition du droit d'aubaine entre les Pays - Bas et les Deux - Siciles a. 286.
- 1819 7 Janv. Convention avec la Hesse grand-ducale relat. à l'abolition du droit de détraction et de l'impôt d'émigration b. 55
 15 Mars. Loi du royaume des Deux-Siciles relative à l'abolition du droit d'aubaine a. 422
 19 Mai. Déclaration conc. l'abolition du droit de détraction et de la gabelle d'émigration envers la Hesse grand-ducale b. 85
- 1820 1 Janv. Convention avec la Sardaigne, à l'égard d'une abolition réciproque du droit d'aubaine b. 225
- 1821 ^{20 Févr.}
 8 Mars Convention avec la Hesse électorale, conc. l'abolition réciproque du droit de détraction et de l'impôt d'émigration b. 278
 2 Oct. Convention avec la France, conc. l'extradition réciproque des déserteurs b. 360

Pérou.

- 1821 23 Mai. Armistice conclu à Punchanea b. 301

Porte.

- 1819 24 Avr. Acte de ratification relativement à la cession des îles Joniennes à la Grande-Bretagne et de Parga à la Turquie a. 387

Portugal.

- 1819 29 Juin. Décret du roi des Deux-Siciles relatif à l'abolition du droit d'aubaine envers le Portugal a. 433

Provinces unies de Rio de la Plata voyez Buenos Ayres.

Prusse.

- 1811 16 Avr. Nassauische Erklärung den mit Preußen abgeschlossenen Freizügigkeitsvertrag betreffend a. 63

26 Juin.	Erklärung den Freizügigkeitsvertrag mit Baiern betreffend	Pag. a. 83	1811
25 Nov.	Convention avec la Saxe royale conc. les billets de caisse	b. 1	1815
27 Juill.	Convention avec la Saxe royale conc. le partage des fondations pieuses etc.	b. 27	1817
28 Juill.	Convention avec la Saxe royale conc. les procès pendans etc.	b. 14	
25 Oct.	Erklärung wegen Ausdehnung der seit 1812 mit der Schweizerischen Eidgenossenschaft bestehenden Freizügigkeits-Uebereinkunft auf sämtliche jetzige Preussische und zur Eidgenossenschaft gehörige Lande	a. 167	
8 Déc.	Erklärung wegen der mit Würtemberg verabredeten Freizügigkeit, in Betreff der zum deutschen Bunde nicht gehörigen Preussischen Provinzen	a. 166	
16 Déc.	Convention avec la Bavière pour l'extradition réciproque des déserteurs	a. 293	
23 Déc.	Durchmarsch - und Etappen - Convention mit Braunschweig	a. 210	
16 Mai.	Convention avec les Deux-Siciles, conc. l'abolition du droit de retraite et de l'impôt d'émigration	a. 178	1818
21 Mai.	Convention avec la Bavière pour l'extradition réciproque des vagabonds	a. 309	
11 Juin.	Conv. de cartel avec les Pays-Bas	a. 180	
18 Juin.	Uebereinkunft mit Lippe-Dehmold wegen einer Hülfsmilitärstrafse	a. 258	
25 Août.	Bekanntmachung über die Cartel-Convention mit Hessen-Homburg	a. 316	
20 Juill.	Convention avec l'Autriche pour l'extradition réciproque des déserteurs	a. 301	
8 Août.	Auszug aus der mit Nassau abgeschlossenen Cartel-Convention	a. 320	
16 Août.	Bekanntmachung über die Cartel-Convention mit Sachsen-Gotha und Altenburg	a. 317	
19 Sept.	Durchmarsch - und Etappen - Convention mit Oldenburg	a. 267	

- 1818 ^{1818 4 Nov.} Convention avec le duché d'Olden-
^{1819 12 Janv.} bourg, conc. l'extradition réciproque
des déserteurs Pag. b. 57
- 12 Nov. Durchmarsch - und Etappen - Convention
mit Anhalt - Bernbourg a. 220
- 12 Nov. Durchmarsch - und Etappen - Convention
mit Anhalt - Cöthen a. 233
- 12 Nov. Durchmarsch - und Etappen - Convention
mit Anhalt - Dessau a. 246
- 16 Déc. Erklärung wegen der mit Braunschweig
verabredeten Freizügigkeit, in Betreff
der zum deutschen Bunde nicht gehörigen
Preussischen Provinzen a. 168
- 1819 22 Janv. Erklärung wegen der mit der Sachsen-
Meiningischen Regierung verabredeten
Freizügigkeit in Betreff der zum deut-
schen Bunde nicht gehörigen Preussis-
chen Provinzen a. 318
- 22 Janv. Erklärung wegen der mit der Schwarz-
burg - Sondershausenschen Regierung ver-
abredeten Freizügigkeit, in Betreff der
zum deutschen Bunde nicht gehörigen
Preussischen Provinzen a. 319
- 20 Févr. Erklärung wegen der mit Schaumburg-
Lippe verabredeten Freizügigkeit, in Be-
treff der zum deutschen Bunde nicht ge-
hörigen Preussischen Provinzen a. 169
- 20 Févr. Déclaration conc. l'abolition du droit de
détraction et de traite - foraine envers la
princip. de Schaumbourg - Lippe b. 64
- 23 Févr. Convention avec la Hesse grand-ducale,
conc. la réception réciproque des vagabonds b. 65
- 23 Févr. Convention avec le duché de Brunsvic
pour l'extrad. réciproque des déserteurs a. 304
- 6 Mars. Erklärung wegen der mit Lippe-De-
tmold verabredeten Freizügigkeit, in Be-
treff der zum deutschen Bunde nicht ge-
hörigen Preussischen Provinzen a. 171
- 6 Mars. Déclaration conc. l'abolition du droit de
détraction et de traite - foraine envers la
princip. de Lippe - Detmold b. 66

- 6 Mars. Déclaration concernant l'abolition du droit de détraction et de traite - foraine envers la principauté de Hohenzollern-Sigmaringen 1819
Pag. b. 67
- 15 Mars. Déclaration conc. l'abolition du droit de détraction et de traite - foraine envers la ligne cadette des princes de Reufs-Plauen b. 68
- 15 Mars. Erklärung wegen, der mit der jüngeren Linie Reufs von Plauen verabredeten Freizügigkeit, in Betreff der zum deutschen Bunde nicht gehörigen Preussischen Provinzen a. 172
- 22 Mars. Erklärung wegen der mit der älteren Linie Reufs verabredeten Freizügigkeit, in Betreff der zum deutschen Bunde nicht gehörigen Preuss. Provinzen a. 173
- 22 Mars. Déclaration conc. l'abolition du droit de détraction et de traite - foraine envers la ligne aînée des princes de Reufs b.
- 29 Mars. Déclaration conc. l'abolition du droit de détraction et de traite - foraine envers la princip. de Lichtenstein b. 68
- 31 Mars. Convention avec le Wurtemberg pour l'extradition réciproque des déserteurs a. 303
- 31 Mars. Auszug aus der mit Nassau abgeschlossenen Uebereinkunft wegen wechselseitiger Uebernahme der Vagabunden und Ausgewiesenen a. 323
- 31 Mars. Déclaration conc. l'abolition des fraix de justice en matières criminelles envers le gr. duché de Saxe - Weimar b. 70
- 16 Avr. Bekanntmachung der mit Nassau abgeschlossenen Uebereinkunft wegen wechselseitiger Uebernahme der Vagabunden und Ausgewiesenen a. 322
- 16 Avr. Déclaration conc. l'abolition du droit de détraction et de traite - foraine envers la régence de Hesse - Hombourg b. 68
- 29 Août. Déclar. conc. l'abolition du droit de détraction envers la Saxe royale b. 80

- 1819 7 Mai. Convention avec le grand - duché de Mecklenbourg - Strelitz, pour l'extradition réciproque des vagabonds Pag. a. 306
- 8 Mai. Convention avec le duché de Saxe-Gotha et d'Altenbourg conc. l'abolition des fraix de justice en matières crimin. b. 81
- 11 Mai. Ordonnance conc. l'abolition du droit de détraction et de la gabelle d'émigration envers les états de la confédération germanique b. 83
- 5 Juin. Convention avec la Hesse élect. concern. le transport des prisonniers militaires b. 88
- 17 Juin. Convention avec le grand - duché de Bâde pour l'extradition réciproque des déserteurs a. 305
- 10 Août. Arrangement avec la Saxe roy. conc. les passeports de leurs sujets respectifs b. 115
- 28 Août. Convention principale avec la Saxe royale b. 117
- 23 Sept. Déclaration conc. l'abolition du droit de détraction et de traite-foraine envers la princip. de Hohenzollern - Hechingen b. 68
- 30 Sept. Déclaration conc. le for légal dans les actions de provocation pour les sujets Saxons et Prussiens b. 220
- 25 Oct. Convention avec la princip. de Schwarzbourg-Sondershausen, conc. les douanes et les droits de consommation a. 406
- 27 Octr. Convention avec le grand - duché de Bâde pour faciliter les réquisitions, les citations et les insinuations judiciaires b. 221
- 1820 5 Févr. Convention avec la Saxe royale pour l'extradition réciproque des déserteurs et des vagabonds a. 315
- 18 Févr. Convention avec la Sardaigne, relative à l'abolition du droit de détraction et d'émigration a. 448
- 25 Mars. Convention avec la princip. de Schwarzbourg-Sondershausen, conc. la supp. des fraix de justice en matières crimin. b. 228

- 28 Sept. Convention avec la Hesse élect., conc. 1820
la réception récipro. des vagabonds Pag. b. 254
- 8 Déc. Dépêche circulaire aux ministres et char-
gés d'affaires près les cours d'Allemagne
et du Nord a. 592
- 25 Déc. Convention avec le Danemarck pour l'ex-
tradition réciproque des déserteurs a. 547
- 15 Mars. Convention avec la Saxe roy. conc. les 1821
déclar. de majorité des mineurs etc. b. 285
- 5 Avr. Convention avec la ligne cadette des
princes de Reufs-Plauen conc. la ré-
ception réciproque des vagabonds b. 286
- 12 Mai. Déclaration lors de la clôture du congrès
de Laybach a. 638
- 12 Mai. Dépêche circulaire adressée aux ministres
près les cours étrangères a. 641
- 3 Juin. Arrangement avec la Hesse élect. pour
empêcher les délits forestiers etc. b. 304
- 23 Juin. Acte pour la libre navigation de l'Elbe a. 714
- 9 Juill. Convention avec la ligne aînée de Reufs-
Plauen conc. la réception réciproque des
vagabonds b. 313
- 16 Juillet
23 Août Concordat avec le Saint-Siège b. 320
- 24 Juill. Convention avec la Sardaigne pour l'oc-
cupation d'une ligne militaire dans le
Piémont a. 658
- 10 Oct.
20 Nov. Convention avec le duché de Nassau
pour empêcher les délits forestiers dans
les forêts limitrophes b. 364
- 23 Oct. Convention avec les Deux-Siciles pour
l'occupation militaire de ce royaume a. 647
- 20 Nov. Déclarat. conc. les mesures concertées
avec l'Hanovre pour empêcher les délits
forestiers dans les forêts limitrophes b. 373
- 4 Déc. Déclarat. conc. les mesures concertées
avec le duché de Saxe-Cobourg, pour
empêcher les délits forestiers dans les
forêts limitrophes b. 376
- 8 Déc. Déclarat. conc. les mesures concertées avec
le duché d'Oldenbourg, pour empêcher les
délits forestiers dans les forêts limit. b. 379

- 1822 14 Déc. Convention avec la Sardaigne pour faire
cesser l'occupation d'une ligne militaire
dans le Piémont Pag. a. 663

Rome (Cour de).

- 1817 17 Juin. Concordat avec la France b. 39
1818 16 Févr. Concordat avec les Deux-Siciles b. 43
29 Juill. Convention avec les Deux-Siciles, conc.
l'extradition réciproque des brigands et
des malfaiteurs a. 287
1819 6 Juill. Convention avec les Deux-Siciles a. 402
1821 ^{16 Juill.}_{23 Août} Concordat avec la Prusse b. 320

Reufs - Plauen (Ligne aînée).

- 1819 22 Mars. Erklärung wegen der mit Preussen ver-
abredeten Freizügigkeit, in Betreff der
zum deutschen Bunde nicht gehörigen
Preussischen Provinzen a. 173
22 Mars. Déclaration conc. l'abolition du droit de
détraction et de traite-foraine envers la
Prusse b. 68
1821 19 Févr. Convention avec la Saxe roy. pour l'ex-
tradition réciproque des déserteurs b. 277
2 Juin. Convention avec la Saxe royale conc. la
réception récipr. des vagabonds b. 303
9 Juill. Convention avec la Prusse, conc. la ré-
ception réciproque des vagabonds b. 313
7 Déc. Convention avec la Bavière, conc. la ré-
ception récipr. des vagabonds b. 378

Reufs - Plauen (Ligne cadette).

- 1819 15 Mars. Erklärung wegen der mit Preussen ver-
abredeten Freizügigkeit, in Betreff der
zum deutschen Bunde nicht gehörigen
Preussischen Provinzen a. 172
15 Mars. Déclaration conc. l'abolition du droit de
détraction et de traite-foraine envers la
Prusse b. 68
1821 2 Janv. Convention avec la Saxe roy. pour la
réception récipr. des vagabonds b. 255
19 Févr. Convention avec la Saxe roy., conc. l'ex-
tradition réciproque des déserteurs b. 277

- 5-Avr. Convention avec la Prusse, conc. la ré- 1821
ception récipr. des vagabonds Pag. b. 286
- 27-Avr. Convention avec la Bavière, conc. la ré-
ception réciproque des vagabonds b. 288

Russie.

- Note des ministres de Russie auprès les 1811
diverses cours de l'Europe au sujet de
la réunion du duché d'Oldenbourg à la
France. a. 23
- 11 Août. Acte de vente d'une escadre russe, cédée 1817
à l'Espagne a. 41
- 10 Sept. Acte additionnel au traité de paix de
29 Août. Fredricshamn avec la Suède a. 137
- 25 Mars. Rapport du ministre des cultes et de l'in- 1820
struction publique, pour le renvoi des
Jesuites a. 461
- 19 Avril Circulaire aux cours de France, de Prusse,
1 Mai d'Angleterre et d'Autriche, concern. les
affaires d'Espagne b. 237
- 20 Avril Note à l'envoyé d'Espagne conc. les évé-
1 Mai nemens survenus dans ce royaume b. 242
- 27 Avr. Ordonnance du gouvern. saxon conc. le
droit de détraction envers la Pologne b. 246
- 8 Déc. Dépêche circulaire aux ministres et char-
gés d'affaires près les cours d'Allemagne
et du Nord a. 592
- 17 Janv. Convention avec la Suède et la Norvège 1821
conc. les échanges des propriétés situées
des deux cotés de la frontière et la com-
pétence des tribunaux respectifs en ma-
tières criminelles etc. b. 256
- 31 Janv. Dépêche adressée par Mr. le comte de
Nesselrode à Mr. le comte de Stackel-
berg a. 599
- 31 Janv. Seconde dépêche adressée par Mr. le
comte de Nesselrode à Mr. le comte de
Stackelberg a. 607
- 10 Mai. Dépêche circulaire adressée de Laybach
aux légations russes dans l'étranger a. 634
- 12 Mai. Déclaration lors de la clôture du con-
grès de Laybach a. 638

- 1821 12 Mai. Dépêche circulaire adressée aux ministres
près les cours étrangères Pag. a. 641
- 24 Juill. Convention avec la Sardaigne pour l'oc-
cupation d'une ligne militaire dans le
Piémont a. 658
- 16 Sept. Ukase, qui interdit tout commerce aux
nations étrangères avec les îles Aleutien-
nes et détermine les limites maritimes de
l'Amérique russe b. 358
- 23 Oct. Convention avec les Deux-Siciles pour
l'occupation militaire de ce royaume a. 647
- 1822 14 Déc. Convention avec la Sardaigne pour faire
cesser l'occupation d'une ligne militaire
dans le Piémont a. 663

Sardaigne.

- 1819 29 Mai. Convention avec les Deux-Siciles, pour
l'extradition récipro. des malfaiteurs a. 398
- 1820 1 Janv. Convention avec les Pays-Bas, à l'égard
d'une abolition réciproque du droit d'au-
baine b. 225
- 18 Févr. Convention avec la Prusse, relative à
l'abolition du droit de détraction et d'émi-
gration a. 448
- 9 Août. Convention avec la France pour l'extra-
dition réciproque des déserteurs a. 532
- 1821 Actes relatifs aux affaires du roy. de
Sardaigne.
- 12 Mars. a. Proclamation du roi au sujet des pre-
miers événemens de la révolution de
Turin a. 650
- 13 Mars. b. Acte d'abdication de S. M. Victor
Emanuel a. 652
- 13 Mars. c. Proclamation du prince de Carignan,
régent a. 653
- 13 Mars. d. Résolution pour la publication de la
constitution espagnole a. 654
- 16 Mars. e. Déclaration de S. A. R. Charles Felix,
duc de Gênois, sur la révolution de
Turin a. 656
- 1 Avr. f. Acte confirmatif de l'abdication de S.
M. Victor Emmanuel a. 657

- 24 Juill. g. Convention avec l'Autriche, la Prusse 1821
et la Russie pour l'occupation d'une
ligne militaire dans les états de S. M.
Sarde Pag. a. 658
- 14 Déc. h. Convention avec l'Autriche, la Prusse 1822
et la Russie pour faire cesser l'occupa-
tion d'une ligne militaire dans le Pié-
mont a. 663

Saxe (royale).

- 30 Mars. Convention avec la Bavière pour l'extra- 1811
dition réciproque des déserteurs a. 24
- 25 Nov. Convention avec la Prusse conc. les bil- 1815
lets de caisse b. 1
- 31 Août. Erklärung die Freizügigkeit mit Nassau 1816
betreffend a. 71
- 27 Juill. Convention avec la Prusse conc. le par-
tage des fondations pieuses etc. b. 27
- 28 Juill. Convention avec la Prusse conc. les pro-
cès pendans etc. b. 14
- 29 Avr. Déclaration conc. l'abolition du droit de 1819
détraction envers la Prusse b. 80
- 10 Août. Arrangement avec la Prusse conc. les
passeports de leurs sujets respectifs b. 115
- 28 Août. Convention princ. avec la Prusse b. 117
- 30 Sept. Déclaration conc. le for légal dans les
actions de provocation pour les sujets
Saxons et Prussiens b. 220
- 5 Févr. Convention avec la Prusse pour l'extra- 1820
dition réciproque des déserteurs et des
vagabonds a. 315
- 28 Mars. Règlement conc. une convention avec la
Bohême pour la réception réciproque
des vagabonds b. 230
- 27 Avr. Ordonnance conc. le droit de détraction
envers la Pologne b. 246
- 15 Juin. Convention avec la Bavière pour l'extra-
dition réciproque des vagabonds et des
malfaiteurs a. 511
- 24 Juin. Déclaration conc. l'abolition du droit de
détraction envers la Suisse a. 555

- 1820 17 Juill. Convention avec le duché de Saxe-Cobourg, conc. l'extradition réciproque des déserteurs Pag. b. 249
- 14 Août. Convention avec le duché de Saxe-Gotha, conc. l'extradition des conscrits refractaires b. 249
- 1821 2 Janv. Convention avec la ligne cadette de Reufs-Plauen, pour la réception réciproque des vagabonds b. 255
- 9 Févr. Convention avec le gr. duché de Saxe-Weimar, conc. l'extradition réciproque des déserteurs b. 275
- 19 Févr. Ordonnance conc. la convention avec la ligne aînée et la ligne cadette des princes de Reufs, pour l'extradition réciproque des déserteurs b. 277
- 15 Mars. Convention avec la Prusse conc. les déclarations de majorité des mineurs b. 285
- 2 Juin. Convention avec la ligne aînée de Reufs-Plauen, conc. la réception réciproque des vagabonds b. 303
- 23 Juin. Acte pour la libre navigation de l'Elbe a. 714
- 14 Nov. Convention avec le grand-duché de Saxe-Weimar, conc. la réception réciproque des vagabonds b. 366
- 17 Déc. Convention avec le duché de Saxe-Gotha, conc. la réception réciproque des vagabonds b. 390

Saxe-Cobourg.

- 1812 27 Avr. Erklärung die Erneuerung des Freizügigkeitsvertrags mit Baiern betreffend a. 86
- 1816 5 Août. Erklärung die Freizügigkeit mit Nassau betreffend a. 70
- 1819 7 Déc. Décret du roi des Deux-Siciles relatif à l'abolition du droit d'aubaine a. 441
- 1820 17 Juill. Convention avec la Saxe royale, conc. l'extradition réciproque des déserteurs b. 249
- 1821 4 Déc. Déclarat. conc. les mesures concertées avec la Prusse pour empêcher les délits forestiers dans les forêts limitrophes b. 376

Saxe - Gotha.

19 Déc.	Freizügigkeitsvertrag mit Baiern	a.	87	1812
19 Sept.	Bekanntmachung über die Cartel-Con- vention mit Preussen	Pag. a.	317	1818
8 Mai.	Convention avec la Prusse, conc. l'abo- lition des fraix de justice en matières criminelles	b.	81	1819
14 Août.	Convention avec la Saxe royale, conc. l'extradition des conscrits refractaires	b.	249	1820
17 Déc.	Convention avec la Saxe royale, conc. la réception récipr. des vagabonds	b.	390	1821

Saxe - Hildbourghausen.

31 Mai.	Freizügigkeitsvertrag mit Baiern	a.	79	1809
8 Mars.	Décret du roi des Deux-Siciles relatif à l'abolition du droit d'aubaine	a.	420	1819
6 Avr.	Déclaration conc. l'émigration des sujets respectifs entre la Bavière et le duché de Saxe-Hildbourghausen	b.	79	

Saxe - Meiningen.

9 Déc.	Freizügigkeitsvertrag mit Baiern	a.	80	1809
3 Mai.	Nassauische Erklärung den mit Sachsen- Meiningen abgeschlossenen Freizügig- keitsvertrag betreffend	a.	64	1812
22 Janv.	Erklärung wegen der mit Preussen ver- abredeten Freizügigkeit, in Betreff der zum deutschen Bunde nicht gehörigen Preussischen Provinzen	a.	318	1819
8 Mars.	Décret du roi des Deux-Siciles relatif à l'abolition du droit d'aubaine	a.	419	
18 Nov.	Déclaration conc. une convention avec la Bavière pour la réception réciproque des vagabonds	b.	223	

Saxe - Weimar.

7 Févr.	Erklärung die Freizügigkeit mit Nassau betreffend	a.	68	1816
7 Avr.	Erklärung die Freizügigkeit mit Baiern betreffend	a.	88	
31 Mars.	Déclaration conc. l'abolition des fraix de justice en matières criminelles envers le gr. duché de Saxe-Weimar	b.	70	1819

- 1821 9 Févr. Conv. avec la Saxe royale, conc. l'extradition réciproque des déserteurs Pag. b. 275
 5 Juin. Cartel avec la Hesse électorale, conc. l'extradition réciproque des déserteurs b. 306
 14 Nov. Convention avec la Saxe royale, conc. la réception réciproque des vagabonds b. 366

Schwarzbourg-Sondershausen.

- 1819 22 Janv. Erklärung wegen der mit Preussen verabredeten Freizügigkeit, in Betreff der zum deutschen Bunde nicht gehörigen Preussischen Provinzen a. 319
 25 Oct. Convention avec la Prusse, concernant les douanes et les droits de consommation a. 406
 1820 25 Mars. Convention avec la Prusse, conc. la suppression des frais de justice en matières criminelles b. 228

Suède et Norvège.

- 1817 ^{10 Sept.}
_{29 Août.} Acte additionnel au traité de paix de Fredricshamn avec la Russie a. 137
 1819 25 Mai. Déclaration conc. l'abolition du droit de détraction envers la Hesse élect. b. 87
 2 Juin. Décret du roi des Deux-Siciles relatif à l'abolition du droit d'aubaine a. 432
 2 Sept. Publication de la chancellerie roy., conc. le droit de détraction entre la Suède et la Norvège d'un côté et plusieurs états européens de l'autre b. 219
 1820 2 Mai. Décret du roi des Deux-Siciles relatif à l'abolition du droit d'aubaine a. 444
 1821 ¹⁷/₇ Janv. Convention avec la Russie conc. les échanges des propriétés, situées des deux côtés de la frontière et la compétence des tribunaux respectifs en matières criminelles etc. b. 256
 20 Août. Proclamation du président des Etats-Unis conc. la réciprocité à observer dans le commerce entre les Etats-Unis et la Norvège b. 347

Suisse.

- 15 Janv. Erklärung die Freizügigkeit zwischen dem Canton Basel und dem Herzogthume Nassau betreffend 1817
Pag. a. 75
- 25 Oct. Erklärung wegen Ausdehnung der seit 1812 mit Preussen bestehenden Freizügigkeits - Uebereinkunft auf sämtliche jetzige Preussische und zur Eidgenossenschaft gehörige Lande a. 167
- 27 Juill. Convention entre le canton d'Argovie et le gr. duché de Bâde, conc. l'extradition réciproque des fondations pieuses 1819
b. 101
- 27 Juill. Traité entre le canton d'Argovie et le gr. duché de Bâde, conc. l'arrangement de diff. réclamations b. 105
- 7 Juill. Déclaration conc. l'abolition du droit de détraction envers la Saxe royale 1820
a. 555
- 24 Déc. Convention avec le gr. duché de Bâde, au sujet de la princip. de Nellenbourg a. 543
- 24 Févr. Publication conc. l'extension de plusieurs traités conclus avec le gr. duché de Bâde etc. 1821
b. 280
- 3 Mars. Arrangement avec la France conc. le renouvellement de plusieurs articles du traité d'alliance du 27 Sept. 1803 b. 284
- 16 Août. Déclaration conc. l'abolition du droit de détraction et d'émigration envers l'Autriche a. 559
- 20 Nov. Publication conc. l'extension ultérieure de quelques traités conclus avec le gr. duché de Bâde b. 372
- 29 Nov. Déclaration conc. l'abolition du droit de détraction et d'émigration envers la Bavière a. 560
- 29 Nov. Déclaration conc. l'abolition du droit de détraction et d'émigration envers le Wurtemberg a. 561
11. 28 Déc. Traité avec le duché de Parme, conc. l'abolition de l'impôt d'émigration et du droit de détraction b. 382

Toscane.

- 1819 3 Mai. Décret du roi des Deux-Siciles relatif à l'abolition du droit d'aubaine Pag. a. 431

Tripoli.

- 1816 29 Avr. Traité de paix avec les Deux-Siciles a. 106

Tunis.

- 1816 17 Avr. Traité de paix avec les Deux-Siciles a. 98

Westphalie.

- 1811 11 Mai. Erklärung der Freizügigkeit mit Baiern a. 82

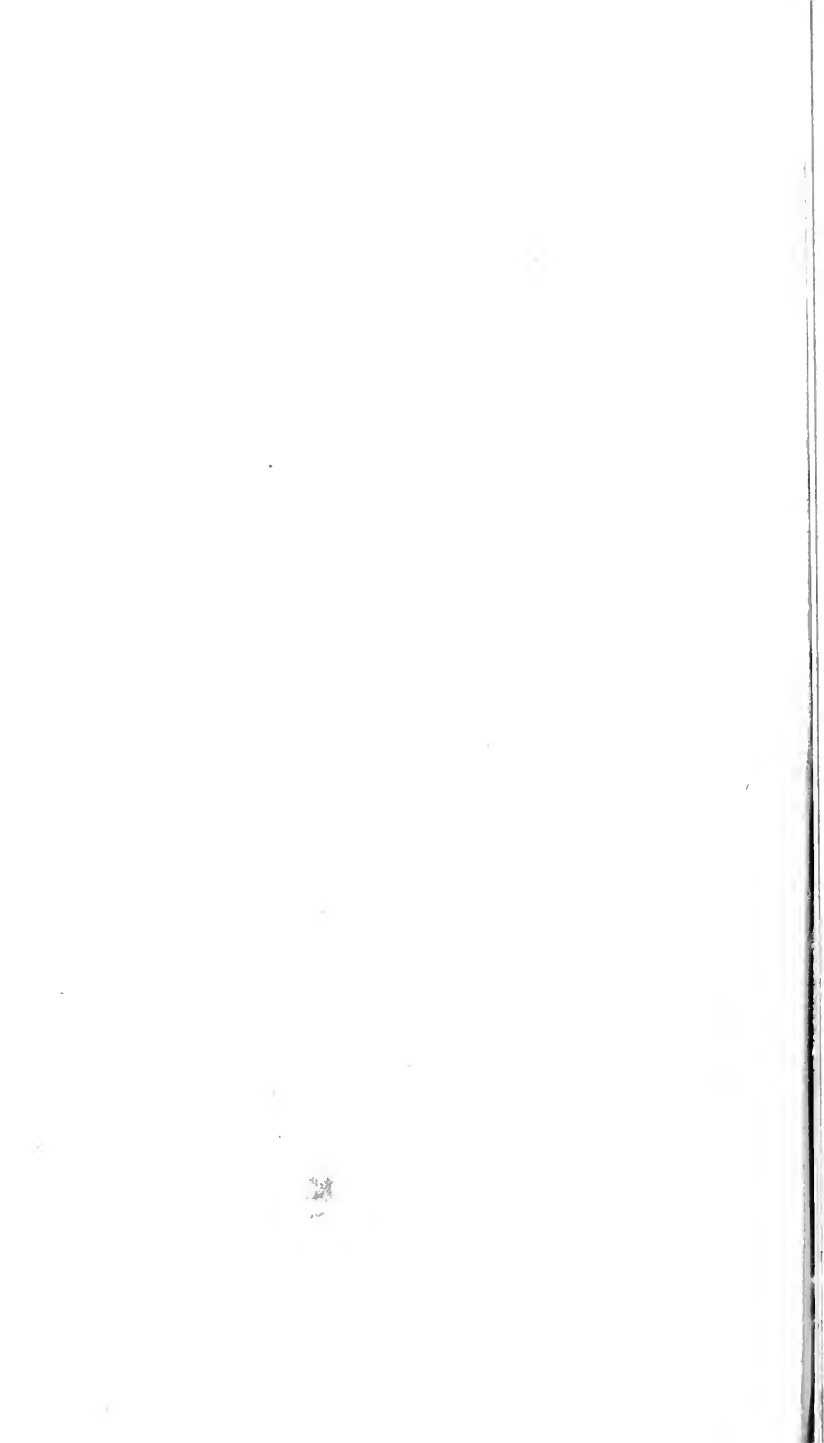
Wurtemberg.

- 1808 31 Déc. Traité avec le gr. duché de Bâde, conc. des cessions et d'autres arrangemens territoriaux a. 1
- 1816 5 Juin. Erklärung die Freizügigkeit mit dem Herzogthume Nassau betreffend a. 73
- 1817 8 Déc. Erklärung wegen der mit Würtemberg verabredeten Freizügigkeit, in Betreff der zum deutschen Bunde nicht gehörigen Preussischen Provinzen a. 166
- 1818 6 Nov. Déclaration conc. l'abolition du droit d'aubaine envers les Deux-Siciles b. 41
- 1819 31 Mars. Convention avec la Prusse pour l'extradition réciproque des déserteurs a. 303
- 25 Juill. Déclaration conc. l'abolition réciproque du droit de détraction, de la gabelle héréditaire et d'émigration envers les Deux-Siciles b. 100
- 1820 11 Janv. Articles supplém. conc. l'abolition des droits de détraction envers les Deux-Siciles b. 226
- 5 Mai. Convention avec la princip. de Hohenzollern-Sigmaringen b. 248
- 12 Sept. Convention avec le gr. duché de Bâde. conc. la juridiction à Widdern b. 250

- 7 Mai. Traité avec la Bavière, conc. les rapports 1821
de juridiction Pag. b. 238
- 9 Août. Déclaration conc. l'abolition du droit de
détraction et d'émigration envers la
Suisse a. 561
- Wurzburg.*
- 1 Févr. Erklärung der Freizügigkeit mit Baiern a. 82 1811
-

E R R A T A.

- pag. 67 Ligne 30 au lieu de Siegmaringen lisez Sigmaringen
- 229 - - 7 - - - Lars - - Laurent
-





**PLEASE DO NOT REMOVE
CARDS OR SLIPS FROM THIS POCKET**

UNIVERSITY OF TORONTO LIBRARY

JX
142
N6
t-5

